



Werbeseite

Werbeseite

## Hausmitteilung

29. September 1997

Betr.: Workuta, Schriftsteller, SPIEGEL special

Not und Tod brachte diese Stadt im Nordosten Rußlands nicht nur Abertausenden aus Deutschland, Kriegsgefangenen zuerst, später dann den politischen Häftlingen. In ihren Straflagern und Bergwerken litten Polen wie Ukrainer, Menschen vom Balkan und aus den asiatischen Steppen, und als kürzlich etwa die SPIEGEL-Sekretärin Christina Gaidzik bei einem privaten Besuch in Estland ihre Gastgeberin fragte, warum wohl die russische Minderheit im Lande so miserabel behandelt werde, fiel die Antwort ganz knapp aus: „Ich war zehn Jahre in Workuta!“ Die Stadt im ewigen Frost, so beschreibt Redakteur und Rußlandkenner Fritjof Meyer in diesem Heft ihren historischen Stellenwert, war „eine der übelsten Metastasen des Archipels Gulag“.



Meyer in Workuta

Nun siecht Workuta dahin, der Gulag ist Geschichte, doch auf den Streifzügen durch den Ort blieb die Vergangenheit allgegenwärtig, und Meyer war schließlich „froh darüber, das Rückfahrbillett in der Tasche zu haben“. Als 17jähriger DDR-Bürger hatte er aus West-Berlin Flugblätter besorgt, die Freunde dann über sowjetische Kasernenmauern in Magdeburg warfen. Seiner Verhaftung entging Meyer durch Flucht, andernfalls, da ist er sich ziemlich sicher, wäre er „schon viel früher nach Workuta gekommen“ (Seite 206).

Wie „Lady Diana zu Lebzeiten“ fühle er sich, klagte António Lobo Antunes. Gerade jetzt, da die diesjährige Bekanntgabe des Nobelpreisträgers für Literatur bevorsteht, sieht sich der portugiesische Schriftsteller von der Presse verfolgt. Männliche Zeitungsleute mag er schon gar nicht, und am liebsten bestellt er die lästigen Journalisten in eine Lissabonner Klinik – wo der gelernte Arzt noch gelegentlich arbeitet. SPIEGEL-Redakteurin Helene Zuber traf es da wesentlich besser: Sie wurde von Lobo Antunes in einem schlichten Apartment empfangen, dessen Wände mit Aufklebern des örtlichen Fußballclubs „Benfica“ bepappt sind. Zwei Stunden seines zehn- bis zwölfstündigen Arbeitstags opferte der eigenwillige Autor dann für das SPIEGEL-Gespräch über sein literarisches Werk und die Verhältnisse im Heimatland (Seite 234). Gute Bekanntschaft half dabei: Vor vier Jahren, anlässlich einer Recherche, hatten sich Zuber und Lobo Antunes zum erstenmal getroffen. Damals bat der Künstler, in dessen Œuvre die afrikanische Kolonialzeit einen festen Platz hat, die SPIEGEL-Frau zu später Stunde in eine Schwarzendisko, mit schwierigen Tänzen zu kapverdischen Rhythmen. „Ich tanze gern“, erklärt der Autor, und an der Disko ging auch diesmal kein Weg vorbei. Doch nun war es eine von sanfter Art, samt Lichtorgel und Schnulzen des Julio Iglesias.



Wie immer pünktlich zur Frankfurter Messe bemüht sich SPIEGEL special, Lesern den beschwerlichen Weg durch das Labyrinth des Büchermarkts zu erleichtern. „Liebe, Laster, Literaten“ heißt diesmal das Schwerpunktthema, präsentiert in 27 Beiträgen: über Liebespaare im Roman und in der Realität, über die Pein der Porno-Übersetzer oder die Obsessionen von Sittenrichtern in Politik und Justiz. Harry Mulisch, Bestsellerautor, bekennt seine Sucht nach den Frauen, und über die Frauen um Brecht schreibt Marcel Reich-Ranicki. Das neue SPIEGEL special ist vom Dienstag an im Handel.

Werbeseite

Werbeseite



## Titel

Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst ..... 86  
Aktien für alle – das Modell der Zukunft? ..... 94  
Expertenvorschläge zur Krisenbewältigung .... 101

## Kommentar

Rudolf Augstein: Scheitert Deutschland? ..... 34

## Deutschland

**Panorama:** Kohls Zweifel an EU-Partnern / Bonner Anti-Doping-Plan ..... 16  
**Regierung:** Einrichten im Stillstand ..... 22  
**CDU/CSU:** SPIEGEL-Gespräch mit Wolfgang Schäuble über seine mißglückten Anläufe zur Steuerreform ..... 24  
**Verkehr:** Kommt die 0,5-Promille-Grenze? ..... 27  
**Außenpolitik:** Sfor-Truppe bleibt in Bosnien ... 29  
**SPD:** Zurück zu den kleinen Leuten ..... 32  
SPIEGEL-Gespräch mit Henning Voscherau über seine Niederlage ..... 36  
**Parteien:** Jung wählt rechts ..... 42  
**Einheit:** Joachim Gauck über die Heimatlosigkeit der Ostdeutschen ..... 46  
**Brandenburg:** Wie Landwirtschaftsminister Zimmermann für seine Familie sorgt ..... 54  
**Gesellschaft:** Das bizarre Doppelleben der einsamen Marianne W. .... 56  
**Extremisten:** Krach um PKK ..... 66  
**Kriminalität:** Warum das Beispiel New York nicht für deutsche Städte taugt ..... 70  
Interview mit NRW-Innenminister Franz Josef Kniola über innere Sicherheit ..... 74  
**Strafjustiz:** Der „Diätpillen“-Prozeß in Köln... 80

## Wirtschaft

**Trends:** Neue Eigentümer für Grundig / Selbstanzeige bei der Dresdner Bank ..... 111  
**Medien:** Digital-TV mit ARD / Ein Duft von RTL ..... 112  
**Geld:** Deutsche an der Wall Street / Gewinne in Emerging Markets ..... 113  
**Bundesbank:** Tietmeyer gegen Waigel ..... 114  
**Luftfahrt:** Schlammschlacht um die Entlassung des LTU-Chefs ..... 117  
**Öffentlicher Dienst:** ÖTV-Chef Herbert Mai über den drohenden Tarifkonflikt ..... 120  
**Gasindustrie:** Gasprom sucht Investoren .... 125  
**Wirtschaftspolitik:** Der Mann hinter Schröder ..... 127  
**Globalisierung:** Ernüchterung in Bangalore... 129  
**Standort:** Chinesische Bleistifte – made in Germany ..... 142

## Gesellschaft

**Szene:** Tierschützer kritisieren Begeisterung für Dalmatiner-Hunde / Postmortaler Werberuhm für Steve McQueen ..... 145  
**Partnerschaft:** Die US-Subkultur der Polygamie-Anhänger ..... 146  
**Zeichentrick:** „Die furchtlosen Vier“ ..... 150  
**Astrologie:** SPIEGEL-Gespräch mit Gunter Sachs über sein Sterndeutungsbuch ..... 163

## Serie

Deutscher Herbst (III):  
Hat der Staat die Selbstmorde von Stammheim bewußt zugelassen? ..... 172

## Ausland

**Panorama:** Interview mit dem serbischen Ultranationalisten Vojislav Šešelj / Neue Front im algerischen Bürgerkrieg ..... 189  
**Südostasien:** Brennende Wälder ..... 190

# Stillstand statt Steuerkompromiß

Seiten 22, 24



Koalitionäre Waigel, Schäuble, Solms

Unions-Fraktionschef Wolfgang Schäuble wollte „einen Stillstand der deutschen Politik vermeiden“, so erklärte er seinen allerletzten Vorstoß in Sachen Steuerreform. Damit scheiterte er, weil weder FDP oder CSU noch SPD an einem Kompromiß interessiert waren. Einen klammheimlichen Verbündeten allerdings hatte Schäuble im Bundesrat: den sozialdemokratischen Bürgermeister von Bremen, Henning Scherf. Der hatte sich zu einem Kompromiß bereit gefunden – in der Hoffnung auf Bundeshilfe für das arme Bremen über 1998 hinaus.

# Gauck: „Die Seelen vieler überfordert“

Seite 46

Sieben Jahre nach der Vereinigung sind die meisten Ostdeutschen noch immer nicht in der Bundesrepublik angekommen. Stasi-Aktenverwalter Joachim Gauck benennt als Hauptgrund für die Anhänglichkeit an die alte Zeit ein psychologisches Hemmnis: Die Umgestaltung der realsozialistischen Gesellschaft habe „die Seelen sehr, sehr vieler überfordert“. Gauck verlangt Geduld: „Wir brauchen länger, die Trümmerlandschaft, die die Diktatur in uns hinterließ, zu verwandeln.“



Einheits-Jubel am Brandenburger Tor

# Promille-Grenze runter?

Seite 27

Die Bundesregierung muß möglicherweise die 0,5-Promille-Grenze einführen, obwohl sie das gar nicht will. Doch der niedrige Alkoholpegel ist Teil eines Gesetzespakets, auf dessen Verabschiedung Brüssel drängt – unter Androhung hoher Strafen.

# Rache für den Gold-Coup

Seite 114



Tietmeyer, Kohl

Bundesbankpräsident Tietmeyer hat seinen Groll über den Streit um die Goldreserven offenbar noch nicht verwunden, er läßt keine Gelegenheit aus, der Regierung und dem Kanzler zu widersprechen. Bei der Jahrestagung des Weltwährungsfonds in Hongkong stichelte der Währungshüter öffentlich gegen Finanzminister Waigel. In Sachen Euro gilt Tietmeyer in Bonn längst als unsicherer Kantonist, und nun droht ein neuer Konflikt: Die Bundesbank will beweisen, daß sie die Stabilität der Mark weiter ernst nimmt. Eine Zinserhöhung droht.



Dunstglocke über Malaysias Hauptstadt Kuala Lumpur

## Feuer und Smog über Südostasien

Seite 190

In Indonesien stehen 800 000 Hektar Wald in Flammen, krebserregender Rauch hat fünf Nachbarstaaten erfaßt. Die Katastrophe ist hausgemacht: durch hemmungslosen Raubbau an der Natur, Fahrlässigkeit und Korruption – und der „El Niño“-Effekt verstärkte das Desaster.

## „Mein Volk wird ärmer und ärmer“

Seite 196

Schikaniert von den Generälen, trotz die Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi unnachgiebig der Militärjunta in Burma. Im SPIEGEL-Gespräch fordert sie vom Westen „härtere Anstrengungen“ gegen die korrupten Machthaber.

## Monster vom Reißbrett

Seite 272

Für den Dinosaurier-Schocker „Vergessene Welt“ oder das Rührstück vom Wal „Willy“ konstruieren Hollywoods Techniker Roboter, die Raumfahrtingenieure vor Neid erblassen lassen. Die mechanischen Meeressäuger können naturgetreu schwimmen, der Tyrannosaurus rex verrichtet sein Zerstörungswerk mit brachialer Hydraulik. Die Angst der Schauspieler, die dem Monster Auge in Auge gegenüberstehen, ist nur teilweise vorgetäuscht.



Roboter-Wal „Willy“

## Streit um das Bildnis einer Mörderin

Seite 254



Harveys „Myra“ (Ausschnitt)

London, für viele Kenner das neue Weltzentrum zeitgenössischer Kunst, ist derzeit Hauptstadt des Skandals: Seit langem hat keine Ausstellung Publikum und Medien so entzweit wie „Sensation“, die Parade einer coolen bis zynischen Nachwuchsgeneration in der Royal Academy. Das Großformat „Myra“, auf dem der Maler Marcus Harvey eine Kindermörderin porträtiert hat, wurde mit Tinte und Ei besudelt, soll aber – gereinigt – bald in die Schau zurückkehren.

**Großbritannien:** Tony Blairs Visionen ..... 193  
**Burma:** SPIEGEL-Gespräch mit der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi über ihren Kampf gegen die Diktatur ..... 196  
**Polen:** Wahlsieg der Rechten ..... 202  
**Rußland:** Workuta – sterbende Gulag-Stadt... 206  
**Italien:** Die Frauen der Mafia ..... 219  
**Brasilien:** Katholische Priester auf Abwegen ..... 225

### Kultur

**Szene:** Romancier Delius als Buchhalter der BRD-Geschichte / Lässiges von den Stones ... 229  
**Autoren:** Der portugiesische Schriftsteller António Lobo Antunes ..... 232  
 SPIEGEL-Gespräch mit Lobo Antunes über seine Romane und seine Heimat ..... 234  
**Bestseller** ..... 238  
**Pop:** Bob Dylans glorreiches Comeback ..... 242  
**Hauptstadt:** Ex-Kultursenator Ulrich Roloff-Momin rechnet ab ..... 246  
**Kino:** Rainer Kaufmanns Bestsellerverfilmung „Die Apothekerin“ ..... 250  
**Stars:** Jugendidol Ewan McGregor im Film „Brassed Off“ ..... 252  
**Ausstellungen:** Rummel um „Sensation“-Schau in London ..... 254  
**Jazz:** Neues von Dee Dee Bridgewater ..... 260  
**Fernsehen:** Interview mit „Bella Block“-Darstellerin Hannelore Hoger ..... 262  
**Klatsch:** Neue Schmähattacke auf die Windsors ..... 269  
**Fernseh-Vorausschau** ..... 306

### Wissenschaft + Technik

**Prisma:** Falken als Flughafenpolizei / Menschenversuche mit Aidspatienten ..... 271  
**Roboter:** Elektronische Bestien für Hollywood ..... 272  
**Anatomie:** Neue Namen für Busen, Bauch und Niere ..... 277  
**Raumfahrt:** SPIEGEL-Gespräch mit dem Raumfahrtchef Walter Kröll über die Rolle der Deutschen im All ..... 280  
**Ärzte:** Ambulante OP-Zentren vor der Pleite ..... 284  
**Automobile:** Die größten Flops auf Rädern... 286

### Sport

**Fußball:** Der ewige Querulant Stefan Effenberg ..... 292  
**Bodybuilding:** Serie von Dopingtoten nach Anabolikakonsum ..... 296

**Briefe** ..... 9  
**Impressum** ..... 14, 300  
**Register** ..... 302  
**Personalien** ..... 304  
**Hohlspiegel/Rückspiegel** ..... 310

## Philosoph und Kobold

„E.T.“-Autor William Kotzwinkle im Interview. Außerdem in SPIEGEL KULTUR EXTRA, dem Magazin für Abonnenten: die neue CD von Joe Jackson und Mark Fishers grandiose Pop-Arenen.



Werbeseite

Werbeseite

„Man mag die Zielsetzung der RAF als falsch und menschenverachtend bezeichnen. Doch gerade in diesem Grenzbereich politischer Auseinandersetzung zeigt sich die Ambivalenz des Täter-Opfer-Prinzips. Opfer werden auch einmal schnell zu Tätern.“

Marc Olschewski aus Dortmund zum Titel: „Herbst des Terrors“

## Hilflos unprofessionell

Nr. 38/1997, Titel: Schleyer/Mogadischu/Stammheim – Herbst des Terrors – 20 Jahre danach

Zum Terror wurde nur das erklärt, was den Mächtigen selbst angst machte, den Normalbürger aber kaum gefährdete. An die 30 Verkehrstote pro Tag, circa 500 000 seit dem Krieg, darunter täglich ein Kind: Das ist der wahre Terror.

BAD NEUENAHR DR. K. RÖSER

Der Herbst '77 ist immer noch nicht ganz beschrieben, weil seine Geschichte viel früher einsetzt. Woher rührte die absurde Gigantomanie, einen gesonderten, ausbruchssicheren, dennoch kinderleicht zugänglichen Hochsicherheitstrakt für ein paar Häftlinge zu bauen, während Schleyers „Volksgefängnis“ unentdeckt und nahezu „bombensicher“ bleiben konnte?

WERNE (NRDRH.-WESTF.) JOHANNES HABIG

Eine bewundernswerte Leistung der Bundesregierung und des Krisenstabes, wie sie dem Terror der Baader-Meinhof-Bande einen starken Rechtsstaat entgegensetzte.

BERLIN TOBIAS HARKE

Zum Zeitpunkt des Attentats auf Hanns Martin Schleyer am 5. September 1977 arbeitete ich als Journalist bei einer Presseagentur in Bonn. Über den Ticker war gerade die Meldung von dem Attentat auf Hanns Martin Schleyer eingegangen. Wenige Minuten danach beschloß ich, nach Rücksprache, mit meinem Motorrad zum Tatort in Köln zu fahren. Ich wollte wissen: Komme ich an den Tatort heran, und wie funktioniert die angeblich ausgelöste Ring-

fahndung? Zwischen 18 und 18.30 Uhr, die Tatzeit war 17.28 Uhr, traf ich unbehelligt am Tatort ein. Ich bekam bei dem Durcheinander mit, daß es zwischen der Kölner Polizei und Beamten des BKA zu „Meinungsverschiedenheiten“ gekommen war. Dazu ein Beispiel: Das BKA verfügte über keine Stadtpläne von Köln und verlangte diese von der Kölner Polizei. Die Beamten der Domstadt waren wegen des arroganten Auftretens der Mitarbeiter des BKA stinksauer und weigerten sich, Stadtpläne auszuhändigen. Auch sonst verhielten sich die Kölner Polizisten gegenüber ihren Kollegen vom BKA recht zugeknöpft. Die Beamten des BKA machten einen hilflosen und unprofessionellen Eindruck. Es herrschte ein fürchterliches Durcheinander unter den Sicherheitskräften. Mir gelang es, als Beweis,



SPiegel-Titel 38/1997

Glassplitter von den zerschossenen Autos einzustecken. Gegen 20 Uhr verließ ich den Tatort. Ich testete nun die angeblich ausgelöste Ringfahndung. Mit dem Motorrad kam ich überall durch. In den Nachbarstraßen, rund um den Tatort – keine Kontrollen. Auf den Schnellstraßen in Köln – keine Kontrollen. Der Autobahnring um Köln und dessen viele Rastplätze – keine Kontrollen. Der Flughafen Köln wurde ebenfalls nicht stärker als sonst „beobachtet“. Wo war die angeblich angeordnete Ringfahndung? Ich kam in die Redaktion zurück und schrieb eine Reportage über das von mir Beobachtete. Der Agenturchef erkannte sofort die Brisanz meiner Recherche. Wir einigten uns, im Interesse der Sicherheitslage die Reportage nicht zu veröffentlichen.

QUEDLINBURG (SACHSEN-ANH.) KARSTEN KNOLLE  
CDU/MdL



## Vor 50 Jahren

DER SPIEGEL VOM 27. September 1947

**Zweiter Parteitag der SED in Berlin** Pieck, Grotewohl und Ulbricht lassen sich feiern. **Unzufriedenheit mit der UN** Der Verlauf der Vollversammlung vermag das erschütterte Vertrauen in die Friedensorganisation nicht wiederherzustellen. **Pariser Verhandlungen über die Zukunft Europas** Der alte Kontinent erwartet von den USA 22,4 Milliarden Dollar als Hilfe. **Bodenreform in der US-Zone** Keiner soll mehr als 150 Hektar landwirtschaftlich zu nutzende Fläche besitzen. **Erbitterter Streit um die Rocklänge** Modehäuser fürchten Ruin.

Diese Artikel sind im Internet abzurufen unter <http://www.spiegel.de>

Der Titel: General Robertson wird Militärgouverneur der britischen Zone

Werbeseite

Werbeseite





**Beisetzung von Terrorismus-Opfer Kranenburg (1977)**  
Konkretes menschliches Leid

### Die Angst fuhr mit

Nr. 37/1997 Terrorismus: Die unbekanntenen Opfer – RAF-Kugeln zerstörten Familien und Karrieren von drei Polizisten

Die Reportage von Bruno Schrep ist das Beste und Wichtigste, was ich zu „20 Jahre Deutscher Herbst“ gelesen habe. In der Flut oft eitler und selbstgerechter Aufsätze, die sich mit dem „großen Ganzen“ befassen, zeigt dieser Text das Wesentliche: das konkrete menschliche Leid, welches die Terroristen angerichtet haben.

MÜNCHEN

ANDREA BISCHHOFF

Ich kam als 19jähriges Schutzmannlein 1977 von der Polizeischule in meine Heimatstadt Bad Homburg zurück, wo ich damals täglich potentielle Terroristen kontrollieren mußte, die die Bevölkerung zu dieser Zeit in jeder Ecke währte. Bei jeder Kontrollfahrt fuhr die Angst mit. Und das sichere Bewußtsein, im Ernstfall mit Sicherheit nicht der erste sein zu dürfen, der schießt, ergo vermutlich selbst der erste zu sein, der erschossen wird. Unsere Dozenten auf der Polizeischule vertraten die Ansicht: Jeder Schutzmann, der Opfer von Terroristen wurde, war selbst schuld, er hätte eben die Eigensicherung besser beachten sollen. Ein Lehrgangskollege wurde mittels einer von einem Gewaltverbrecher geworfenen Handgranate auf den Rollstuhl befördert, der Mann hat bis heute keinen Polizeipsychologen gesehen. In diesem Staat gilt nach wie vor: Therapie den Straftätern, Gleichmut den Opfern.

BAD HOMBURG

JÜRGEN STAMM

### Strikte Neutralität

Nr. 37/1997, Regierung: Schummeln für den Euro

Eurostat, das statistische Amt der Europäischen Union, fungiert keineswegs als willfähriger Erfüllungsgehilfe für den pünktlichen Start der Währungsunion. Das Amt ist zwar eine Generaldirektion der Kommission, doch läßt es stets strikte Neu-

tralität gegenüber den Belangen der Mitgliedstaaten walten. Kein Kommissionsmitglied hat Eurostat bislang politische Weisungen zu Sachentscheidungen erteilt. Bei der Berechnung der Maastricht-Kriterien hält sich Eurostat ausschließlich an die im Vertrag über die Europäische Union vorgegebenen Regeln. Alle Sonderfälle werden nach einem streng geregelten Verfahren geklärt; sie werden in Arbeitsgruppen und Ausschüssen untersucht, in denen nicht nur Vertreter der nationalen statistischen Ämter, sondern auch des Europäischen Währungsinstituts und der Zentralbanken sitzen, also auch Mitarbeiter der Deutschen Bundesbank. Selbst wenn Eurostat rechtlich nicht an diese Stellungnahmen gebunden ist, hat es sie doch immer in größtmöglichem Umfang berücksichtigt. Dies gilt auch für die Sonderfälle, die seit Ende 1996 geklärt wurden, darunter die von Ihnen zitierten Fälle „France Télécom“ und „Eurosteuer in Italien“. Die Entscheidungen gründeten alle auf einstimmigen oder zumindest mit starker Mehrheit abgegebenen Stellungnahmen der Arbeitsgruppen.

LUXEMBURG

YVES FRANCHET

GENERALDIREKTOR VON EUROSTAT

### Unglaublich einseitiges System

Nr. 38/1997, Medizin: Immer mehr Schadensersatz wegen ärztlicher Kunstfehler; Ein Operationsopfer im Labyrinth der Gerichte

Seit mehr als 20 Jahren muß in Kunstfehlerprozessen in Kalifornien (und anderen US-Staaten) nicht mehr der Geschädigte nachweisen, daß offensichtliche Schäden aus einer fehlerhaften medizinischen Behandlung resultieren, sondern der Arzt muß das Gegenteil beweisen. So einfach können die speziell ausgebildeten Anwälte der Ärzteversicherer mit den Patienten nicht mehr Katz und Maus spielen, und das Gutachterunwesen wird minimiert. Zu einem solchen Schritt gehört aber ein mutiger, unabhängiger Gesetzgeber.

DAMME (NIEDERS.)

DIETER A. HOFMANN

Jeder Arzt hat Mitgefühl mit einem Patienten, dessen Erkrankung nicht heilbar ist oder der an Therapiefolgen leidet. Auch als Gutachter im Fall Claus Domnick ist man über das Resultat tief bekümmert. Hilfe tut not. Die weltweit erste Operation einer Aortenisthmusstenose wurde 1944 vorgenommen. Die Entwicklung zu einem einheitlichen Therapiestandard ist nicht einmal heute als abgeschlossen zu betrachten, um soviel weniger war dies 1978 der Fall. Für den Fachmann sind deshalb auch die Gesichtspunkte der Begutachtung einerseits

mit dem Zeitablauf entwicklungsbedürftig, andererseits im Einzelfall auf den gegebenen Zeitpunkt zu beziehen. Die in Ihrem Artikel als „hochkarätige Privatgutachter“ bezeichneten Gutachter sind fachfremd.

DÜSSELDORF PROF. (EM.) DR. WOLFGANG BIRCKS  
HEINRICH-HEINE-UNIVERSITÄT

Es ist nicht richtig, der Zunft der Geburtshelfer Vertuschen vorzuwerfen, im Gegenteil: Wir setzen uns seit Jahren sehr kritisch für eine Reform unseres Faches ein. Nach unserer Auffassung beruht die Zunahme der vermeintlichen oder nachgewiesenen Schadensfälle in der Geburtshilfe unter anderem darauf, daß zu häufig Frauen mit erhöhten Risiken in Kliniken entbunden werden, die dafür weder personell noch apparativ eingerichtet sind.

NÜRNBERG PROF. DR. A. FEIGE  
GESELLSCH. FÜR PRÄNATAL- UND GEBURTSMEDIZIN

Prozesse, die das Land führt, werden in der Regel durch die Fachminister geführt. Ist eine dem Fachminister nachgeordnete Stelle zur Vertretung befugt, so vertritt diese eigenverantwortlich den Fachminister. Dies ist bei dem geschilderten Fall so – bei der vorliegenden Endvertretungsregelung handelt die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel eigenverantwortlich. Das Universitätsklinikum wird im übrigen die noch offenen Gutachterkosten übernehmen.

KIEL DR. DIETER SWATEK  
MINISTERIUM FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT

Ich bin bei einer Knieoperation verpfuscht worden. Der Operateur hat nichts für die notwendige weitere Behandlung getan; er hatte nur die Absicht, es zu vertuschen. Zwei Ärzte haben auf den Fehler hingewiesen, waren aber nicht bereit, als Gutachter aufzutreten. Patientenvereinigungen müßten mit allem Nachdruck daran arbeiten, wie man dieses unglaubliche, einseitige Gutachtersystem verändern könnte.

ACHIM (NIEDERS.) JÖRG RIEMEYER



REPORTERS / TRANSGLOBE

**Chirurgen bei Herzoperation**  
*Ein mutiger Gesetzgeber ist gefragt*



Comic „Laß das – nimm die Finger weg“: Pädagogischer Rat

### Schaurige Comics

Nr. 38/1997, Kindesmißbrauch: Fördergelder für umstrittene Hilfsorganisationen

Da wird über einen Comic hergezogen, der Kinder stark genug machen soll, um sich zu wehren. Ich gehe jede Wette ein, daß jedes siebenjährige Kind versteht, was Sie nicht verstehen wollen: nämlich, daß dort Situationen dargestellt werden, die passieren können, aber nicht passieren müssen.

HAMBURG KAREN SCHULZ

Es trifft nicht zu, daß Zartbitter und andere Organisationen mit einem angeblich „parteilich-feministischen Ansatz“ aus Bundesmitteln mit jährlich 800 000 Mark gefördert werden sollen. Unser Ministerium unterstützt mit dieser Summe vor allem Aus- und Fortbildungsmaßnahmen des Deutschen Kinderschutzbundes, der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz sowie der Bundesarbeitsgemeinschaft der Kinderschutz-Zentren. Denn gerade durch fachliche Qualifizierung der Helfer läßt sich das Risiko falscher Verdächtigungen im Bereich des sexuellen Mißbrauchs verringern. Weder die von Ihnen kritisierten Organisationen Zartbitter in Coesfeld noch Wildwasser in Worms haben vom Ministerium eine Förderung erhalten. Zweifel an der fachlichen Qualifikation der Kölner Kinderschutzorganisation Zartbitter, die den Comic „Laß das – nimm die Finger weg“ erstellt hat, sind gegenüber dem Ministerium bisher nicht geäußert worden. Im Gegenteil: Der Kölner Verein praktiziert eine gute Zusammenarbeit mit der dortigen Polizei und Justiz, wo dies dem Interesse der Beteiligten dient. Und er hat bereits mehrere Comics zum Thema Sexueller Mißbrauch erstellt und dabei pädagogischen Rat einbezogen. Die Seriosität der bundesweiten Informations- und Dokumen-

tationsstelle in Münster wird bislang von Fachleuten nicht in Frage gestellt. Wir unterstützen die Einrichtung, zahlen jedoch keine Förderung an Professor Tilmann Fűrniß selbst.

BONN VOLKER BÄSTLEIN  
MINISTERIUM FÜR FAMILIE,  
SENIOREN, FRAUEN, JUGEND

Daß eine christdemokratische Familienministerin mit feministischen Aktionsgruppen in einem Bett liegt, ist nicht verwunderlich. Die Konservativen verteufeln die Sexualität, die Feministinnen die Männer. Dar- aus lassen sich Koalitionen und schaurige Comics wie „Laß das –

nimm die Finger weg“ schmieden. Es zeigt sich, daß Männerfeindlichkeit lediglich eine andere Form ist, Sexualfeindlichkeit auszudrücken. Sollte Familienpolitik nicht dazu beitragen, diese Animositäten abzubauen? Nur tut das Zartbitter nicht, ebensowenig wie Wildwasser oder das Bremer Mädchenhaus. Von Ausnahmen abgesehen, tun sich die Einrichtungen, die aus den Kampagnen gegen den sexuellen Mißbrauch hervorgegangen sind, schwer mit der Professionalisierung. Wie viele weitere Wormser Prozesse braucht das Land, damit die Trennung zwischen agiertem Männerhaß, Sexualangst und professioneller Hilfe auf der anderen Seite wieder klar gezogen wird?

BREMEN PROF. DR. GERHARD AMENDT  
INSTITUT FÜR GESCHLECHTERFORSCHUNG

### Lustvoll ausgewalzt

Nr. 38/1997, Kino: SPIEGEL-Gespräch mit Regisseur Michael Haneke über seinen Thriller „Funny Games“ und die Gewalt im Film

Wie krank ist die Welt Michael Hanekes eigentlich? Lieber Herr Haneke, das, was Sie in zwei – in der Tat unerträglichen – Film-

### DER SPIEGEL

**VERANTWORTLICHER REDAKTEUR** dieser Ausgabe für Panorama, Parteien, Einheit, Brandenburger, Extremisten, Kriminalität: Ulrich Schwarz; für Regierung, CDU/CSU, Außenpolitik, SPD: Dr. Gerhard Spörl; für Verkehr, Titelgeschichte, Trends, Medien, Geld, Bundesbank, Luftfahrt, Öffentlicher Dienst, Gasindustrie, Wirtschaftspolitik, Standort: Armin Mahler; für Panorama Ausland, Südostasien, Großbritannien, Burma, Polen, Italien, Brasilien, Autoren (S. 234): Dr. Romain Leick; für Szene, Zeichentrick, Astrologie, Autoren (S. 232), Bestseller, Pop, Hauptstadt, Kino, Stars, Ausstellungen, Jazz, Fernsehen, Klatsch, Fernseh-Vorausschau: Wolfgang Höbel; für Prisma, Roboter, Anatomie, Raumfahrt, Ärzte, Automobile: Johann Grolle; für Fußball: Thomas Hüetlin; für Bodybuilding: Udo Ludwig; für namentlich gezeichnete Beiträge: die Verfasser; für Briefe, Register, Personalien, Hohlspiegel, Rückspiegel: Dr. Manfred Weber; für Titelbild: Stefan Kiefer; für Gestaltung: Rainer Sennewald; für Hausmitteilung: Hans-Joachim Schöps; Chef vom Dienst: Thomas Schäfer (sämtlich Brandtswiete 19, 20457 Hamburg)

**TITELILLUSTRATION:** Rafal Olbinski

stunden lustvoll auswalzen, übersteigt das Maß der Alpträume meines sittenverluderten Lebens. In manchen düsteren Momenten, wie nach dem Ende Ihres Films, fühle ich mich gestraft. Gestraft und müde gemacht von klugscheißenden 68ern, denen jede menschliche Regung außerhalb der angegrauten Hirnzellen fremd zu sein scheint. Dann kommt es vor, daß ich des Erlaubten ebenso müde werde wie moralintriefender Schlaumeier. Denn was ist schon verboten? Alles darf gezeigt werden, alles wird therapeutisch ausdiskutiert und angesprochen. Natürlich in aller „ästhetischen Keuschheit“.

BERLIN JAMES NIXDORF

### Gemalt, nicht gepinselt

Nr. 37/1997, Szene/Kunst

Die Überschrift zu meinem Interview „Die DDR hatte die besseren Bilder“ führte in die Irre. Unhaltbare Zuspitzungen dieser Art gilt es aber im heiklen deutsch-deutschen Dialog zu vermeiden, denn die Ausstellung der „Deutschlandbilder“ unterstellt ihrerseits just das Gegenteil. Außerdem hat sich in den Text das Wort „pinseln“ eingeschlichen. Meine Maler, ob sie aus dem Osten oder aus dem Westen stammen, malen. Bei Bildern, die „gepinselt“ werden, handelt es sich stets um Machwerke.

BERLIN DIETER BRUSBERG

### Auf beiden Seiten „katastrophal“

Nr. 38/1997, Musik: Thea Dispeker, die älteste Konzertagentin der Welt



In dem im ganzen so gelungenen Porträt meiner Person und Arbeit ist ein Gedanke nicht richtig wiedergegeben. Es steht da, die Gründung des Staates Israel sei „bis heute eine Katastrophe“. Das ist nicht meine Auffassung. Vielmehr empfinde ich alle Probleme, auf der israelischen wie auf der palästinensischen Seite, die die Geschichte des Staates Israel seit seiner Gründung begleiten, als katastrophal.

**Dispeker**  
NEW YORK THEA DISPEKER

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen.

In der Heftmitte befindet sich ein zwölfseitiger Beihemer der Firma Peek & Cloppenburg, Düsseldorf, in der Inlandsauflage einschließlich der Postauflage. Einer Teilaufgabe dieser SPIEGEL-Ausgabe ist ein Prospekt der Ford-Werke, Köln, sowie eine Postkarte des Springer Verlages/AUTO BILD, Hamburg, beigegeklebt. Eine Teilaufgabe dieser SPIEGEL-Ausgabe enthält eine Beilage der Staatlichen Lotterie Günther, Bamberg, sowie eine Beilage der Buchhandlung Hugendubel, München. Der Postauflage liegt eine Verlegerbeilage SPIEGEL KULTUR EXTRA bei.



JUSTIZ

## Appell an Bonn

Das Bonner Landgericht hat an die Bundesregierung appelliert, die Wiedergutmachung für Zwangsarbeit unter der NS-Diktatur zu regeln. „Wir würden uns wünschen, daß die Entschädigungsfrage endlich mal geklärt wird“, sagte der Vorsitzende Richter der 1. Zivilkammer, Heinz Sonnenberger, am letzten Verhandlungstag eines Musterprozesses am Mittwoch vergangener Woche: „Wir haben immer noch die Hoffnung, daß vielleicht die Politik uns doch noch die Entscheidung abnimmt.“

Bisher hat die Bundesregierung jegliche Entschädigung für Zwangsarbeit abgelehnt. In dem seit über fünf Jahren anhängigen Verfahren klagen 22 ehemals polnische und ungarische Jüdinnen, die von den Nazis nach Auschwitz verschleppt wurden und dort für die deutsche Rüstungsproduktion arbeiten mußten. Bereits im Laufe des Verfahrens hatte die Bonner Zivilkammer als erstes deutsches Gericht den Anspruch auf Wiedergutmachung für Zwangsarbeit als „dem Grunde nach gerechtfertigt“ beurteilt.

Vor dem endgültigen Urteil, daß die Richter für den 5. November angekündigt haben, gibt es neue Probleme. Nach Durchsicht aller alten Akten stellte sich heraus, daß die durchweg über 70 Jahre alten Klägerinnen nach ihrer Übersiedlung nach Israel oder Kanada in den sechziger Jahren bereits als Verfolgte des Nazi-Regimes Entschädigungszahlungen erhielten.

Das Landgericht muß nun prüfen, ob neben dieser Wiedergutmachung für Verfolgung aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen durch die SS auch der eigenständige Rechtsanspruch auf Schadensersatz für die geleistete Zwangsarbeit Bestand hat.



NS-Zwangsarbeiter (1943)



Kohl (beim Europagipfel in Amsterdam)

ACTION PRESS

EUROPA

## Kanzlers Zweifel

Bundeskanzler Helmut Kohl sieht bei den europäischen Partnerländern wenig Neigung, bald neue Mitglieder in die EU aufzunehmen. Könnten die Staats- und Regierungschefs beim Dezember-Gipfel wirklich geheim abstimmen, gäbe es, so Kohl im Bonner Kabinett, wohl keine Mehrheit für die Ost-Erweiterung: Die Bereitschaft der Nachbarn, Subventionen mit Polen, Tschechen, Ungarn, Slowenen und Esten zu teilen, sei äußerst begrenzt.

Bonn drängt aber darauf, daß die Beitrittsverhandlungen beim Gipfeltreffen Mitte Dezember beschlossen und in spätestens vier Jahren abgeschlossen werden. Grund: Deutschland werde, so Kohl, schon wegen der Nähe zu den neuen Märkten im Osten „Hauptnutznießer“ der Ausdehnung sein. Die Unlust der anderen EU-Staaten an der Erweiterung offenbarte sich im Rat der Außenminister am vorvorigen Montag in Brüssel. Seine Regierung, erklärte der Spanier Abel Matutes, beharre darauf, wie bisher die Milliardenzuschüsse aus dem Kohä-

sionsfonds zu erhalten. Falls die Mittel, wie von der EU-Kommission vorgeschlagen, nach 1999 von 60 auf knapp 40 Milliarden Mark begrenzt würden und allmählich auslaufen sollten, dann müßten die Gelder eben unter einem anderen Etikett, etwa im Agrarsektor, weiterfließen. Andernfalls werde es seinem Land schwerfallen, dem – nur einstimmig zu fassenden – Erweiterungsbeschluß zuzustimmen.

Helmut Kohl stört sich auch an den hohen deutschen Beiträgen für die EU. Die jährliche Pro-Kopf-Nettobelastung der Deutschen beträgt 325 Mark, die der Franzosen nur 59, die der Engländer 159 Mark. Auch die Briten, die sich unter Maggie Thatcher Rabatte ertrudelt hatten, möchte Kohl wieder stärker belastet sehen. Der Kanzler warnte im Kabinett allerdings vor zu großen Erwartungen. Man könne allenfalls mit verstärkten Rückflüssen wie etwa zugunsten neuer Arbeitsplätze rechnen. Kohl: „Klar ist, daß wir größter Nettozahler bleiben.“

BUNDESWEHR

## Sparziel verfehlt

Die Bundeswehr wird das Ziel, durch Rationalisierung jährlich rund 3,8 Milliarden Mark zu erwirtschaften, nicht erreichen. Die Summe sollte vor allem durch Personalabbau erzielt und besonders für die Modernisierung der Ausrüstung ausgegeben werden. „Dieser Gedanke wird nicht weiter verfolgt“, erklärte vergangene Woche der Sonderbeauftragte für „Aufwandbegrenzung und Rationalisierung“, Brigadegeneral Wolfgang Schikowski, auf einer Tagung des Deutschen Bundeswehr-Verbandes. Der Grund: Überzähliges Personal – mehrere tausend Soldaten und Zivilbedienstete – darf nicht entlassen werden, weil die Bundesregierung eisern an der Truppenstärke von rund 340 000 Soldaten festhält.



Schikowski

Eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung ziviler Unternehmensberater hatte 1994 vorgerechnet, allein durch Streichungen beim Personal könne die Bundeswehr rund 1,4 Milliarden Mark für den Kauf moderner und weniger reparaturanfälligen Militärgeräts freisetzen. Schikowski hofft nun, vom Jahr 2000 an durch andere Rationalisierungsmaßnahmen wenigstens 810 Millionen Mark jährlich zusammenzubekommen. Aber selbst davon werde für Neuanschaffungen kaum etwas übrigbleiben, weil der wachsende Reparaturaufwand für ältere Panzer, Radfahrzeuge und Fluggerät das freiwerdende Geld größtenteils gleich wieder aufzehre. Bei dieser tristen Bilanz blieb am Ende für personelle Rationalisierungen offenbar nur der Spar-General selbst übrig. Wenn Schikowski 1998 in Pension geht, will Verteidigungsminister Volker Rühle (CDU) den vor drei Jahren extra eingerichteten Posten nicht wieder besetzen.



Springstein, Krabbe

DOPING

## Strafe für Hintermänner

Mit einer drastischen Verschärfung des Arzneimittelgesetzes will Gesundheitsminister Horst Seehofer (CSU) Doping bekämpfen. Zukünftig soll es verboten sein, so heißt es in einem Referentenentwurf, „Arzneimittel zu Dopingzwecken bei Menschen in den Verkehr zu bringen, zu verschreiben oder bei anderen anzuwenden“. Das Gesetz richtet sich besonders gegen Trainer oder Betreiber von Sportstudios. Aber auch Ärzte sollen bei Verstößen strafrechtlich und auch „nach ärztlichem Berufsrecht“ belangt werden.

Mit der Novelle will das Gesundheitsministerium Dopingfälle wie den der Sprinterin Katrin Krabbe verhindern. Die Neubrandenburgerin war von ihrem Trainer Thomas Springstein unter anderem mit dem Kälbermastmittel Clenbuterol versorgt worden. Für ein solches Vergehen müßte sich Springstein nach neuem Recht vor Gericht verantworten.

Mit der Gesetzesvorlage kommt Seehofer der SPD entgegen, die seit Jahren ein Anti-Doping-Gesetz fordert. Bisher hatte sich der für den Sport zuständige Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) stets gegen ein Dopinggesetz gewehrt, weil er dadurch die Autonomie der Sportverbände beeinträchtigt sah.

Am Rande

## Kreuz, Mond, Raute



Soldaten sind keine Mörder. Das ist hierzulande höchststrichterlich festgestellt und wird demnächst sogar als Gesetz beschlossen. Aber, diese Bemerkung wird erlaubt sein: Soldaten sind strohdumm – zumindest werden sie wohl vom Internationalen Roten Kreuz dafür gehalten. In den moslemischen Ländern wird die Hilfsorganisation anstelle des Kreuzes durch einen roten Halbmond dargestellt, in Israel ist das Symbol ein roter Davidstern. Das scheint die Krieger mächtig zu verwirren, weshalb Kreuz, Halbmond und Stern künftig auf Wunsch der Samariter beim Einsatz in Krisenregionen durch ein einheitliches Zeichen ersetzt werden sollen. Das soll sicherstellen, daß niemand mehr aus religiösen Gründen auf den Falschen feuert.

Dabei müßten, so sollte man meinen, dem durchschnittlichen Soldaten drei einfache Symbole eigentlich beizubringen sein, schließlich kennt er das Prinzip aus dem Westen: Dort tragen die Bösen einen schwarzen Hut, die Guten einen weißen – und auf den Pianisten schießt man nicht, egal, welche Sorte Hut er trägt. Aber offenbar ist ein modernes Gemetzel komplizierter als ein Film. Zum einen sind – anders als im Kino – trotz teuerster Waffentechnik nach einem veritablen Krieg nicht alle Bösen tot (und nicht alle Guten verheiratet), und zweitens müssen sich die Kämpfer heutzutage noch weit kompliziertere Symbole einprägen. So klebt beispielsweise das Bundesamt für Zivilschutz kleine weiß-blaue Schilder an bestimmte Gebäude. Die bedeuten, daß hier bitte nur auf Menschen geschossen werden darf, das Gebäude hingegen gilt als schützenswertes Kulturzeugnis. Der berühmten Brücke von Mostar hat das Dasein als Kulturdenkmal übrigens auch nichts geholfen. Also liegt das Rote Kreuz vielleicht doch richtig. Das neue Einheitssymbol soll eine Raute sein, die an einen Diamanten erinnert. Mal abgesehen davon, daß „Internationale Rote Raute“ eher wie der Kampfname einer Kickboxergang klingt – es bleibt zu hoffen, daß die Neueinführung die Kämpfer dieser Welt nicht überfordert. Gut möglich nämlich, daß sich der einfache Soldat im Eifer des Gefechts schlicht denkt: „Ihr könnt mich mal rautenweise. Alles, was nicht mein Oliv trägt, wird erschossen.“



Krause

F. HORMANN / NORDLICHT

STEUERN

## Rettung vom Freund

Ex-Minister Günther Krause ist vergangenen Freitag der Vollstreckung eines Haftbefehls knapp zuvorgekommen. Das Berliner Finanzamt für Körperschaften I verlangte vorige Woche die Verhaftung des Christdemokraten, weil er mit Steuerzahlungen in Höhe von 113 657,14 Mark im Verzug ist. Krause hatte sich bei privaten Geschäften verspekuliert. Der Haftbefehl (Az 38 M 8017/97) war vom Amtsgericht Berlin-Charlottenburg am 11. März erlassen worden, „um die Abgabe der eidesstattlichen Versicherung“ zu seinen Vermögens-

verhältnissen „zu erzwingen“. Obwohl Krause zu einem vorherigen Termin trotz Ladung nicht erschien, gelang es seinem Anwalt, den Haftbefehl außer Kraft zu setzen. Bedingung des Gerichts: Krause sollte Unterlagen über Außenstände und voraussichtliche Zahlungseingänge bei seinen Firmen einreichen, Forderungen ans Finanzamt abtreten und den Betrag bis zum Jahresende abtrottern. Weil er aber den Auflagen nur unzureichend nachkam, verlangte das Finanzamt nun den Vollzug. Nachdem Krause, der in Berlin noch wie gewohnt seinen Geschäften nachgeht, von der drohenden Verhaftung erfuhr, überwies Freitag nachmittag für ihn ein Geschäftsfreund dem Finanzamt die Steuerschuld.

STAATSBÜRGERSCHAFT

## Junger wilder Senator

Der Berliner Innensenator Jörg Schönbohm (CDU) steht bei den Auseinandersetzungen um eine Reform des Staatsbürgerschaftsrechts auf Seiten der FDP und der jungen Wilden in der CDU. In der ZEITSCHRIFT FÜR AUSLÄNDERRECHT UND -POLITIK unterstützt der General a. D. „Überlegungen“, nach denen „für in Deutschland geborene Kinder von bereits langjährig und legal hier lebenden Ausländern“ zunächst auch der „Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit kraft Geburt zuzulassen“ sei. Schönbohm, der sich in der Union bisher eher mit strikten Forderungen zur inneren Sicherheit einen Namen gemacht hat, vertritt damit die Haltung der freidemokratischen Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, Cornelia Schmalz-Jacobsen. Die CSU und Bundesinnenminister Manfred Kanther lehnen die Forderung nach einer Doppelstaatsbürgerschaft für Ausländerkinder bislang ab.

Schönbohms Position gilt nun bei einer Reihe junger CDU-Bundestagsabgeordneter und den Grünen als Kompromißformel für einen interfraktionellen Gruppenantrag. Er soll ins Parlament eingebracht werden, wenn die Regierungsparteien sich auf keine gemeinsame Gesetzesinitiative einigen können.

WÄHRUNGSUNION

## Strikte Einhaltung

*Der Staatsminister in der bayerischen Staatskanzlei, Kurt Faltlhauser, 57, antwortet in einer Argumentation für das Kabinett auf das Euro-Papier des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Schäuble. Der hatte eine Abkehr von der strikten Einhaltung der Schuldenkriterien zur Währungsunion angedeutet. Auszüge aus Faltlhausers Papier:*

Der Deutsche Bundestag hat in seiner Entschließung vom 2. Dezember 1992 dokumentiert, daß für die Bundesrepublik Deutschland eine besondere „Interpretationskultur“ zum Maastrichter Vertrag gelten muß. Die hohe politische Bedeutung der D-Mark habe das Versprechen, daß „die künftige europäische Währung so stabil sein und bleiben muß wie die Deutsche Mark“, zu einer zentralen Aussage des Bundestages sowie des Bundesrates gemacht.

In dem Papier ist von dieser besonderen Interpretationskultur, die eine strikte und enge Auslegung im Interesse der Bundesrepublik Deutschland vorgibt, nicht mehr die Rede. Vielmehr wird das deutsche Interesse in einen politischen Gesamtzusammenhang gestellt: Es sei ein Gebot der

„Fairness und der Klugheit“, die bisherigen Erfolge der Partner anzuerkennen. „Dann ist die D-Mark keine Opfergabe mehr für Europa, sondern eine Morgengabe!“ Die Philosophie früherer Zeiten war, daß zunächst die Politische Union weitestgehend fortgeschritten sein muß, bevor eine Währungsunion als „Krönung“ abrundend hinzukommen kann.

Seit dem Delors-Bericht (*in dem der damalige Präsident der EU-Kommission, Jacques Delors, 1989 ausdrücklich auf zeitliche Festlegungen für die Wirtschafts- und Währungsunion verzichtete* –Red.) gilt (mehr oder weniger unwidersprochen) die Doktrin der Parallelität: Die Politische Union muß im Gleichschritt mit dem Prozeß der Währungsunion vorangehen.

Gleichwohl wird mit dem Unionspapier die Doktrin der Parallelität de facto aufgegeben. Die frühere Doktrin der Abfolge wird gewissermaßen umgekehrt: Die Währungsunion als Antriebskraft und Voraussetzung

für eine fortschreitende politische Entwicklung. Die „Morgengabe“ wird für den politischen Fortschritt gegeben.

Es ist aber falsch, die pünktliche Einführung der Währungsunion zur Voraussetzung für den Fortschritt der Politischen Union zu machen. Mit dieser Interpretation wären die Entscheidungen des Bundestages und Bundesrates zur Währungsunion nicht möglich gewesen.

Vor diesem Hintergrund ist es unverständlich, wenn in dem Papier formuliert wird, daß es keinen Anlaß gibt, „einer Verschiebung das Wort zu reden“. Man redet einer Verschiebung nicht das Wort, wenn man vertragskonform die Verschiebung als eine Möglichkeit anspricht.

Das Papier unterstellt, daß die Diskussion über die Kriterien Angst erzeugt. Die Konsequenz aus diesem Hinweis wäre, daß das strikte Festhalten an den Konvergenzkriterien letztlich Angst erzeugt und dadurch Vertrauen zerstört.

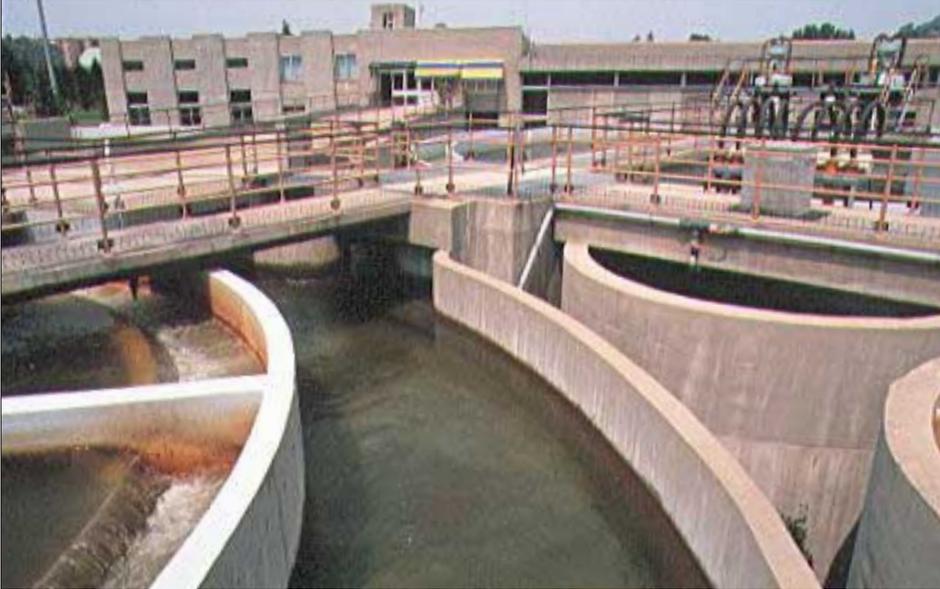
Die umgekehrte Interpretation muß gelten: Nur die strikte Einhaltung derjenigen Kriterien, die für die Bürger sichtbar und seit vielen Jahren nachvollziehbar sind, schafft Vertrauen und beseitigt Angst.



Faltlhauser

F. HELLER / ANTON





Kläranlage in Turin

M. EDWARDS / STILL / ARGUS

U MWELT

## Europa ungeklärt

In der Europäischen Union sind 12 000 der 40 000 Kläranlagen defekt. Ein in der vergangenen Woche vom Europäischen Rechnungshof diskutierter Sonderbericht zur Gewässerverschmutzung in der Gemeinschaft weist weiter darauf hin, daß „nicht wenige“ Kläranlagen zwar fertiggestellt, aber nicht in Betrieb seien, weil die Elektrizitätsrechnungen nicht bezahlt werden können oder weil man in ländlichen Gebieten nicht damit umzugehen wisse. So hätten in Italien von sechs geprüften Kläranlagen fünf nicht funktioniert. Insgesamt müsse dort wie in Belgien auch die Hälfte aller Anlagen repariert werden. Alarmierend sind nach dem Bericht die Verhältnisse in der Bretagne. Obwohl diese Region EU-Zuschüsse aus allen drei Strukturfonds erhalte, sei die Bevölkerung einem Nitratgehalt ausgesetzt, der das

Zehnfache des EU-Grenzwerts betrage. Von den 1500 Schweinezuchtbetrieben, die dort pro Jahr drei Millionen Schweine mästeten, seien nur 2 mit einer Kläranlage ausgestattet.

„Teilweise katastrophal“ sei die Behandlung des in Kläranlagen anfallenden giftigen Schlammes, der in Korsika, Italien und Portugal unbehandelt auf öffentlichen Abfallplätzen abgekippt werde. Die EU gibt zwischen 1994 und 1999 etwa 31,5 Milliarden Mark nur für Umweltschutz aus. Ihre Kontrolleure bemängeln an Deutschland, daß es trotz ausreichender Ausstattung mit Kläranlagen in einigen Regionen immer noch zu hohe Nitratbelastungen gebe.

Rechnungshofpräsident Bernhard Friedrichmann sagte vorige Woche bei seiner Auszeichnung mit dem „Euronatur“-Preis in Bonn, die für Umweltfragen zuständige Generaldirektion XI der EU-Kommission sei „ein zahnloser Tiger, sie hat keine Macht und auch kein Recht auf Kontrolle vor Ort“.

FREMDENFINDLICHKEIT

## Dörfer von gestern

Brandenburgs Ausländerbeauftragte, Altmuth Berger, beklagt eine zunehmende Fremdenfeindlichkeit, „besonders gegen jüdische Emigranten“ aus Osteuropa. Jüngstes Beispiel: das 400-Einwohner-Dorf Gollwitz im Landkreis Potsdam-Mittelmark. Dort haben die sieben Gemeindevertreter per Beschluß die Aufnahme von 50 jüdischen Einwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion abgelehnt. Die Gemeinde fürchtet um die geplante Entwicklung zum Wohn- und Ferienort für Wohlhabende. Zwar ist der Beschluß folgenlos, da das Heim für die Immigranten dem Landkreis gehört. Doch der zuständige Sozialdezernent Günther Baaske beobachtet einen „zunehmenden Solidarisierungseffekt“ mit den Gollwitzern bei anderen Gemeinden. Baaske: „Es scheint niemandem ein Licht aufzugehen, daß sie sich völlig danebenbenommen haben – nicht einmal dem Bürgermeister.“



K. WEINER

Heldt

Der Ort ist kein Einzelfall. Baaske hat in seinem Kreis allein drei weitere Gemeinden mit ähnlich gestrigen Ratsbeschlüssen. Berger lud nun den ehrenamtlichen Gemeindevorsteher der Gollwitz, den parteilosen Andreas Heldt, 34, zur brandenburgischen „Woche der ausländischen Mitbürger“ ein: „Da kann er mal mit Ausländern in Kontakt kommen.“

VERKEHR

## Teure Schneise

Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann (CDU) will die umstrittene ICE-Neubaustrecke zwischen dem oberfränkischen Ebensfeld und der thüringischen Landeshauptstadt Erfurt offenbar weitgehend vom Steuerzahler bezahlen lassen. Nach einer „Informationsunterlage“ des Verkehrsministeriums (BMV) rechnet die Deutsche Bahn AG mit Gesamtinvestitionen von 4,044 Milliarden Mark allein für das 109 Kilometer lange Teilstück der geplanten Hochgeschwindigkeitsstrecke Nürnberg-Berlin. „Zuwendungsfähig aus Bundesmitteln“, so das BMV-Papier, seien voraussichtlich 3,721 Milliarden Mark, 90,2

Prozent davon sollen als „Baukostenzuschuß“, die restlichen 9,8 Prozent durch ein zinsloses Darlehen finanziert werden. Die Finanzierungsvereinbarung solle „noch in diesem Jahr“ abgeschlossen werden. Der hohe Bundeszuschuß trägt offenbar dem Umstand Rechnung, daß die Strecke „keinen unternehmerischen Sinn“ macht, wie es in einer internen Stellungnahme der Bahn heißt. Verkehrs- und Umweltexperten bezweifeln den Nutzen des Prestigeprojekts, für das eine Schneise durch den Thüringer Wald geschlagen werden muß. Alternativvorschläge zum Ausbau vorhandener Strecken konnten sich nicht durchsetzen. „Da wird der Bahn aus politischen Gründen eine unwirtschaftliche Strecke aufs Auge gedrückt“, urteilt der Bahnexperte der Grünen, Albert Schmidt.





REGIERUNG

# Vorwärts in den Stillstand

Als Wolfgang Schäuble seinen letzten Vorschlag zur Steuerreform unterbreitete, spekulierte er auf Bewegung im Bundesrat. Tatsächlich waren SPD-geführte Bundesländer bereit zum Kompromiß. Doch daran hatten weder FDP und CSU noch Oskar Lafontaine Interesse.



Unruhig rutschten Wolfgang Gerhard und Hermann Otto Solms auf ihren Stühlen hin und her. Zum Unmut der beiden liberalen Spitzenpolitiker rührte Wolfgang Schäuble in der Koalitionsrunde am vorigen Dienstag demonstrativ an ein Tabu.

Noch einmal zettelte er eine Diskussion darüber an, ob der Solidaritätszuschlag wirklich 1998 um zwei Prozentpunkte gesenkt werden soll. Die beiden Matadore der Steuersenkungspartei, die gerade in Hamburg schmachvoll gescheitert war, sahen darin einen Anschlag auf ihr bestes Stück.

„Es wird ungeheuer teuer“, nörgelte Schäuble und wies auf die ungeklärte Finanzierung des 7,5-Milliarden-Wahlgeschenks an die Klientel der FDP hin. Gerhard und Solms bockten und blickten erwartungsvoll auf ihren obersten Protektor, den Kanzler. Sie hatten ja, im trauten Zusammenspiel mit der CSU, dem Reformantreiber der Koalition schon am Wochenende zuvor wegen seiner Initiative, eventuell die Mineralölsteuer zu erhöhen, eine Abfuhr verpaßt.

Diesmal sah Helmut Kohl keinen Grund, Schäuble in der Drängler-Rolle zu entmutigen. Vor den Koalitionspartnern wollte er ihn nicht erneut desavouieren. „Du mußt schauen, wie du das mit der FDP hinkriegst, Wolfgang“, ermunterte der Kanzler seinen Fraktionschef.

Die Runde stimmte dem Vorschlag Schäubles zu, im Finanzministerium mit neuen Rechenmodellen zu prüfen, ob ein Verzicht auf die Soli-Senkung genügend Finanzmasse für einen durchgehend reduzierten Steuertarif ergeben könne, auf den sich dann die Sozialdemokraten, die Macht im Bundesrat, einlassen würden.

Es war Schäubles letzter Etappensieg in der langen Schlacht um das wichtigste Reformvorhaben dieser Regierungsperiode. Zwei Tage darauf scheiterten seine Vermittlungsbemühungen in Sachen Steuerreform an der Zerstrittenheit der Regierung und dem Widerstand der Opposition.

Dabei fand Schäuble in der langen Nachtsitzung des zweiten Vermittlungsverfahrens von Bundestag und Bundes-

\* Vorigen Freitag bei der Grundsteinlegung fürs Kanzleramt in Berlin.

Kanzler Kohl\*: „Du mußt schauen, wie du das hinkriegst“

rat einen klammheimlichen Verbündeten unter den Sozialdemokraten: den Bremer Bürgermeister Henning Scherf. Der CDU/CSU-Fraktionschef handelte keineswegs, wie ihm unterstellt wurde, taktisch tolpatschig oder kopflös.

Scherf hatte „viele Telefonate“ in den vergangenen Wochen mit Staatsminister Anton Pfeifer geführt und mit dem Kanzler höchstselbst Kontakt aufgenommen. Seine Hoffnung: Zustimmung zur Steuerreform gegen die Fortführung der Bundeshilfe zur Sanierung des maladen Bremen – 1,8 Milliarden Mark jährlich – über 1998 hinaus.

Unterstützt von dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck sowie dem niedersächsischen Finanzminister Willi Waike, setzte sich Scherf am vorigen Donnerstag für eine Verständigung ein – in der Erwartung, Finanzminister Theo Waigel werde einen Kompromißvorschlag unterbreiten. Als SPD-Fraktionsgeschäftsführer Peter Struck, Oskar Lafontaines Aufpasser, den Antrag stellte, die Gespräche abubrechen, stimmte der Bremer Bürgermeister gegen die SPD-Vertreter und mit der Koalition. Scherf: „So war es abgemacht.“

Doch der andere Teil der Abmachung blieb aus: Waigel holte keinen neuen Vorschlag aus seiner Aktentasche – er war ja nicht an einem Kompromiß im Sinne

**„Das liegt ja auf unserer Linie – das können wir nicht ablehnen“**

Schäubles interessiert. Der Finanzminister regte noch nicht einmal an, sich am nächsten Tag erneut zu treffen. Das war das Ende der Bemühungen um eine Steuerreform.

Hinterher überzogen sich die Kontrahenten mit den bekannten wechselseitigen Beschuldigungen. Die „ausschließlich parteipolitisch motivierte Blockadehaltung“ von Lafontaine, so Schäuble, Waigel & Co. monoton, habe eine Übereinkunft verhindert. In der „Unfähigkeit der Koalition, sich auf ein gemeinsames Konzept zu verständigen“, liegt für SPD-Fraktionschef Rudolf Scharping wie eh und je der Grund für das Reformdebakel. Kanzler Kohl gewähre der FDP „Narrenfreiheit“.

Im berühmten Rollenspiel haben Regierung und Opposition monatelang folgenlos über Reformen palavert, die sie für ebenso notwendig wie undurchführbar erklärten. Selten zuvor wartete das Land so lange vergebens darauf, daß sich Regierung und Opposition zu einem passablen Kompromiß aufraffen.

Eine massive Senkung der Steuern – anfangs um 60, dann immerhin noch um 30 Milliarden Mark – hatte die Regierung Kohl 1996 versprochen und als probates Rezept gegen steigende Massenarbeitslosigkeit angepriesen. Bis zu diesem Frühjahr

näherten sich die Steuerexperten von Koalition und Opposition auch tatsächlich langsam, aber stetig an. Obwohl die Sozialdemokraten zu Recht bemängelten, daß die Finanzierung der Steuererwoltaten in den Sternen stehe und die Besserverdienenden begünstige.

Dann jedoch wollte SPD-Chef Lafontaine, weil es bei den Demonstrationen der Ruhr-Kumpels in Bonn so schön lief, lieber Held der Arbeiter sein als Steuerreformer. Die Liberalen fürchteten plötzlich Flecken auf dem Banner der Steuersenkungspartei. In der Union wuchs die Sorge, das Reformprojekt könne mehr aus der eigenen Klientel verprellen als neue Wähler gewinnen.

Den Preis für die Reformunfähigkeit zahlen nun Arbeitslose und Steuerzahler, Bürger und Betriebe:

- ▶ das Steuerrecht bleibt bis zur Jahrtausendwende ungerecht, unsozial und ökonomisch unsinnig;
- ▶ die Lohnzusatzkosten sinken nicht, wie von Kanzler Kohl versprochen, sie steigen im nächsten Jahr weiter an;
- ▶ die großspurige Ankündigung der Koalition, wenigstens die Rentenreform 1998 zu beginnen, ist ebenso geplatzt wie das Versprechen, die Absenkung des Rentenniveaus mit einer gleichzeitigen Beitragssenkung zu verbinden;
- ▶ selbst die Senkung des Solidaritätszuschlags um zwei Prozentpunkte zum 1. Januar 1998 dürfte sich als Mogelpackung erweisen: Die Abgabensenkung wird durch neue Steuerzugriffe an anderer Stelle finanziert.

Blockade der Sozialdemokraten plus Selbstblockade der Regierung – und jetzt herrscht bis zum 27. September 1998 Wahlkampf in Deutschland.

Es war immer wieder Schäuble, der die Koalition in die Reform-Offensive („Wir müssen Schneisen schlagen“) trieb. Er scheute auch vorige Woche kein Risiko, „übrigens nicht nur für mich, sondern auch für die Koalition“ (siehe Seite 24).

Um den Sozialdemokraten den Einstieg in einen Steuerdeal aufzuzwingen, offerierte er eine Senkung der Lohnnebenkosten mit Öko-Ansatz. Über die Grundzüge seines Angebots setzte der Unions-Fraktionschef vorab den SPD-Kollegen Scharping telefonisch in Kenntnis. Der informierte eilends Parteichef Lafontaine, weil ihm umge-



hend klar wurde: „Das liegt ja völlig auf unserer Linie, folglich können wir das nicht ablehnen.“

Noch ehe, wie von Schäuble erhofft, der Charme seines Vorschlags erkennbar werden konnte, wiesen ihn die Koalitionspartner CSU und FDP in seltener Eintracht zurück.

Gleich zwei indirekte Steuern, Mehrwert- und Mineralölabgaben, zu erhöhen sei nicht eben populär, erbot sich Theo Waigel, unterwegs in Hongkong. Zumal ein dadurch möglicher Steuerkompromiß auch noch die Handschrift der SPD trüge und damit Lafontaine zugute käme. Grob wie selten zuvor kritisierte die FDP Schäubles Initiative. Als „schädlich“ kanzelten Fraktionschef Solms und Generalsekretär Guido Westerwelle den Vorschlag ab.

Die Liberalen stecken voller Argwohn, daß Schäuble auf lange Sicht eine Große Koalition bevorzuge. Ohnedies haben Gerhard und Westerwelle alles Interesse an einem Kompromiß mit der SPD verloren. „Wenn wir die Mineralölsteuer erhöht hätten“, sagte der FDP-Chef vor Vertrauten, „hätten wir einen Steuerkompromiß bekommen, ist doch klar. Das wollten wir aber nicht.“ Eine nennenswerte, echte



**Koalitionäre Solms, Schäuble, Waigel: „Ungeheuer teuer“**

Steuersenkung ist angesichts der desolaten Staatsfinanzen nicht finanzierbar. Eine Umschichtung – etwa Lohnnebenkosten zu senken und die Mehrwert- und Mineralölsteuer im Gegenzug anzuheben – ginge „voll aufs SPD-Konto“, so ein FDP-Präsident, und wäre „für uns verheerend“.

Weil es einer „Reformpartei“ (Westerwelle) andererseits nicht gut ansteht, daß sämtliche Reformen auf der Strecke bleiben, werden jetzt, statt der Großprojekte Steuern oder Renten, „viele kleine Erfolge“ angepeilt.

In der FDP-Parteizentrale werden, unter großer Geheimhaltung, schon etliche Themen auf ihre Eignung abgeklopft: Vom Sexualstrafrecht bis zur Reform des Staatsbürgerschaftsrechts sollen bewährte liberale Bedenken hintangestellt und, ganz schnell, Absprachen mit der Union getroffen werden.

Daß die neue Gefälligkeit der Liberalen geeignet sein könnte, die Bonner Regierung aus ihrer Apathie herauszureißen, ist wenig wahrscheinlich.

Wenn die Senkung der Lohnnebenkosten an der FDP scheiterte, drohte Thüringens Ministerpräsident Bernhard Vogel vorigen Donnerstag schon mal an, werde er sich sehr genau ansehen, wie denn die angekündigte Senkung des Solidaritätszuschlages finanziert werden soll. Das wird ohnehin schwierig genug. Denn den Kassen des Staates drohen, die nächste Steuerschätzung im November wird das zeigen, neue Löcher: zwischen drei und zehn Milliarden Mark.

Ohne Rentenreform 1998 muß der Beitrag der Versicherten noch über die schon veranschlagten 0,3 Prozent erhöht werden. Automatisch reißt das, über den damit gekoppelten höheren Bundeszuschuß, ein zusätzliches Loch in Waigels Etat. Dazu drückt die Regierung die Sorge, daß wachsende Importpreise – unter anderem Folge des Dollar-Höhenfluges – die Inflation wieder anheizen. Die Bundesbank könnte mit höheren Zinsen reagieren. Das käme den größten deutschen Schuldner, Finanzminister Waigel, teuer zu stehen.

Nur einer gibt sich unbeeirrt und spürt seit der Hamburg-Wahl neuen Auftrieb: Kanzler Kohl.

Debakel Steuerreform? Dann werde sie eben erst mit der Jahrtausendwende kommen, beruhigt der Rekordkanzler seine Knappen, „was sind schon zwei Jahre vor der Geschichte?“

Natürlich werde er „in dem von mir erwarteten Fall der Wiederwahl“ in Sachen Steuerreform sofort tätig werden, verkündete Kohl am vorigen Freitag nach der Grundsteinlegung für das neue Kanzleramt im Berliner Spreebogen kämpferisch. Und genüßlich ließ der Kanzler die Zunge rollen, als er die Landtagswahltermine bis zur Bundestagswahl im September 1998 aufzählte, beginnend mit Niedersachsen, „einer Wahl sehr eigener Art“.



Unions-Strategie Schäuble, Parteifreunde\*: „Ein Risiko nicht nur für mich, sondern auch für die“

SPIEGEL-GESPRÄCH

## „Das ist zutiefst enttäuschend“

CDU/CSU-Fraktionschef Wolfgang Schäuble über seine fehlgeschlagenen Anläufe zur Steuerreform und die Zusammenarbeit in der Koalition

**SPIEGEL:** Herr Schäuble, wieviel gilt Ihr Wort heute noch in der Koalition?

**Schäuble:** Ich bin im Kreis der Partei- und Fraktionsvorsitzenden einer von sechsen. Wir reden miteinander. Und wenn der Vorsitzende der Unionsfraktion in einer besonderen Situation sagt, er persönlich würde etwas nicht an einer bestimmten Frage scheitern lassen ...

**SPIEGEL:** ... Sie hatten am Samstag vor der Hamburg-Wahl zur Senkung der Lohnnebenkosten neben einer Erhöhung der Mehrwertsteuer auch die Mineralölsteuer ins Spiel gebracht ...

**Schäuble:** ... und wenn dann andere eine andere Meinung haben, dann ist das für mich nicht sonderlich dramatisch. Ich habe dasselbe des öfteren schon früher gesagt.

\* Kanzleramtsminister Friedrich Bohl, CDU-Generalsekretär Peter Hintze. Das Gespräch führten die Redakteure Olaf Ihlau und Hans-Jürgen Schlämp.

**SPIEGEL:** Aber niemals wurden Sie dafür dermaßen abgekanzelt wie diesmal von Ihren Kollegen aus FDP und CSU.

**Schäuble:** Ich bin nicht aus Zuckerwatte.

**SPIEGEL:** FDP-Fraktionschef Hermann Otto Solms nannte Ihre Offerte „schädlich“, andere sprachen von „Anbiederung“ an die SPD.

**Schäuble:** Ich wollte einen Stillstand der deutschen Politik vermeiden. Das war mein Motiv, dafür bin ich ein Risiko eingegangen, übrigens nicht nur für mich, sondern auch für die Koalition. Daß man mir einen Fehlschlag dann kritisch vorhält, muß ich akzeptieren. Ich bin nicht verletzt.

**SPIEGEL:** War der Vorstoß mit dem Kanzler abgestimmt?

**Schäuble:** Ich habe ja meine persönliche Meinung, und die sage ich gelegentlich. Dieses Grundrecht werde ich auch in Zukunft für mich reklamieren, wenn auch vielleicht sparsamer in Anspruch nehmen.



FOTOS: M. DÄRCHINGER

Aber zugegeben: Es gibt zu meinem Vorschlag auch achtbare Gegenargumente.

**SPIEGEL:** Etwa von Theo Waigel, der moniert, Sie würden mit zwei Steuererhöhungen die Bürger verärgern und der SPD Wahlkampfmunition liefern.

**Schäuble:** Als wir untereinander geredet haben, hat Waigel gesagt: Wenn wir in der eigentlichen Steuerreform wegen der Totalblockade überhaupt nichts erreichen, dann seien meine Argumente gewichtig. Manche sagen, ich sei ungeduldig. Ich finde das nicht, aber ich möchte gerne Ergebnisse.

**SPIEGEL:** Was war Ihr Ziel?

**Schäuble:** Mein Ziel war, Bewegung in die Blockadefront der SPD-Bundesratsmehrheit zu bringen. Wir müssen uns aufeinander zu bewegen und das Menschenmögliche tun, um die Rahmenbedingungen für mehr Arbeitsplätze, weniger Arbeitslose und mehr Investitionen positiv zu beeinflussen. Das ist der Kern der Sache.

**SPIEGEL:** Aber da hat Sie die Koalition, hat Sie der Kanzler im Regen stehenlassen.

**Schäuble:** In der Fraktion hätten wir eine Mehrheit für meinen Vorschlag gehabt. Der CDU-Bundesvorstand hat ihn komplett unterstützt. Doch man kann in einer Koalition nicht so miteinander umgehen, daß die eine Seite beschließt und die andere Seite auch, und dann ist man nicht mehr einigungsfähig. Das macht keinen Sinn. Deswegen hat der Bundeskanzler völlig richtig gehandelt und gesagt: Wenn das nicht einigungsfähig ist, dann macht es auch keinen Sinn, die Sache zuzuspitzen.

**SPIEGEL:** Einige glauben, daß Sie eine solche koalitionsinterne Zuspitzung im Sinn hatten – mit Druck durch die SPD, deren Fraktionschef Rudolf Scharping Sie vor Ihrem Vorstoß unterrichtet hatten.

**Schäuble:** Kollege Scharping und ich sind uns einig, daß wir über Gespräche, falls wir intern welche führen, nicht die Öffentlichkeit informieren. Richtig ist vielmehr, daß ich mich bemüht habe, Druck auf die SPD auszuüben, leider ohne Erfolg. Das ist zutiefst enttäuschend. Meine Kollegen, die sagten, es mache keinen Sinn, der SPD entgegenkommen zu signalisieren, hatten recht.

**SPIEGEL:** Blockiert wurde Ihr Vorstoß jedoch nicht von der Opposition, sondern von Ihren eigenen Koalitionspartnern.

**Schäuble:** Die SPD hat sich nicht bewegt; daran ist letztlich alles gescheitert. Und ich habe wenig Respekt vor allen SPD-Ministerpräsidenten, von Voscherau bis Simonis

und Schröder, die immer wieder erklärt hatten, sie würden einem Blockadekurs nicht folgen. Zwar haben sich in der SPD-Front im Vermittlungsausschuß erstmals Risse gezeigt. Doch am Ende waren alle Verhandlungswilligen wieder eingefangen.

**SPIEGEL:** Vielleicht hat der Unionsstrategie Schäuble die strategischen Fähigkeiten Oskar Lafontaines unterschätzt.

**Schäuble:** Es mag sein, daß ich mir nicht vorstellen konnte, daß man in einem solchen Maße parteipolitische Interessen über gesamtstaatliche Verantwortung und Länderinteressen stellt. Aber die Debatte über die Steuerreform wird weitergehen.

**SPIEGEL:** Aber in dieser Legislaturperiode ist die Steuerreform endgültig gescheitert.

**Schäuble:** Gewiß, es gibt kein drittes Vermittlungsverfahren. Es müßte dann eine ganz neue Gesetzgebung begonnen werden. Natürlich könnte man auf der Basis eines interfraktionellen Entwurfs relativ schnell zu Ergebnissen kommen, wenn man sich einig wäre. Aber wegen der Blockade der SPD-Mehrheit werden wir die Sache wohl ad acta legen müssen. Der erste Termin, an dem eine Steuerstrukturreform in Kraft treten kann, ist der 1. Januar 2000.

**SPIEGEL:** Was sind schon zwei Jahre vor der Geschichte, sagt der Kanzler.

**Schäuble:** Das ist wohl wahr – aber auch vor dem Hintergrund von über vier Millionen Arbeitslosen? Diese Steuerreform, zu der es in der fachlich orientierten Öffentlichkeit kaum noch Widerspruch gibt, wird kommen, wohl nicht mehr in dieser Legislaturperiode, aber in der nächsten. Selbst wenn Rot-Grün an die Regierung käme, was ich nicht für wahrscheinlich halte, müßten sie eine Steuerreform mit einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage zur Senkung aller Steuersätze machen. Zwei Jahre sind vor der Ewigkeit wenig, aber vor der konkreten Situation und vor den Sorgen der Menschen verdammt lang, zu lang.

**SPIEGEL:** Mit welchen Erfolgen wollen Sie die Wähler denn überzeugen? Aus der



„Ich habe mich bemüht, Druck auf die SPD auszuüben, leider ohne Erfolg“

Steuerreform wird nichts, das nächste Debakel droht bei der Rente. 1998, wie von Ihnen versprochen, klappt es nun doch nicht mit dem Start der Rentenreform.

**Schäuble:** Die Rentenreform war von Anfang an für 1999 vorgesehen. Wir haben dann gesagt, wenn es eine Chance gibt, sich mit der Opposition zu verständigen, könnten wir sie auch auf 1998 vorziehen.

**SPIEGEL:** Dagegen gab es auch bei Ihren Koalitionsfreunden schwere Bedenken. Norbert Blüm zum Beispiel hat Sie ge-



„Manche sagen, ich sei ungeduldig. Ich möchte gerne Ergebnisse“

warn, ausgerechnet im Wahljahr den Rentnern eine Nullrunde zuzumuten.

**Schäuble:** Es geht nicht ums Wahljahr. Aber das Argument von Norbert Blüm muß man ernsthaft würdigen: 1998 haben wir eine so geringe Rentenanpassung, daß es bei einem Vorziehen der Reform zu einer Nullrunde käme. 1999 haben wir einen etwas höheren Anpassungsspielraum. Für die Akzeptanz einer ohnedies nicht leicht vermittelbaren Rentenstrukturreform ist es günstiger, wenn man nicht gleich mit einer Nullrunde anfangen muß.

**SPIEGEL:** Wie geht es jetzt weiter?

**Schäuble:** Wir haben den Fraktionen am Freitag vorgeschlagen, die Rentenreform so zu verabschieden, daß das Inkrafttreten 1999 nicht davon abhängig gemacht wird, daß die SPD der zur Senkung des Beitragssatzes notwendigen Erhöhung der Mehrwertsteuer zustimmt.

**SPIEGEL:** Also gibt es nur eine Senkung des Rentenniveaus, aber keine Beitragssenkung?

**Schäuble:** Es wird ein Gesetz zur Rentenreform geben, das nicht zustimmungspflichtig ist. Da steht ein Artikel drin, daß der Beitragssatz gesenkt und der Bundeszuschuß entsprechend erhöht wird. Dieser Artikel tritt aber nur in Kraft, wenn zeitgleich dazu die zur Finanzierung notwendige Erhöhung der Mehrwertsteuer in Kraft treten kann. Wenn der Bundesrat das blockiert, kommt auch der Artikel zur Beitragsumschichtung nicht.

**SPIEGEL:** Also doch: Dann sinkt das Rentenniveau, aber nicht die Beiträge. Das wollte Arbeitsminister Norbert Blüm mit seiner Reform gerade vermeiden.

**Schäuble:** Das fällt uns auch nicht leicht. Aber was sollen wir tun, wenn der Bundesrat so einseitig und konsequent, wie nie in der Geschichte der Bundesrepublik, als Blockadeinstrument mißbraucht wird?

**SPIEGEL:** Wie praktisch, daß man alles auf die bösen Sozis schieben kann. Aber wie wollen Sie die Absenkung des Soli-Zuschlags finanzieren, ohne den Bundesetat vollends zu ruinieren?

**Schäuble:** Wir werden den Soli, wie versprochen, senken. Dabei bleibt es. Die Auswirkungen auf den Haushalt 1998 werden so begrenzt werden, wie wir es im Steuerreformgesetz 1998 in der vom Bundestag verabschiedeten Fassung erklärt haben.

**SPIEGEL:** Woher soll das Geld kommen?

**Schäuble:** Wie wir es im einzelnen machen, darüber sind wir im Gespräch.

**SPIEGEL:** Von einer 7,5-Milliarden-Mark-Nettoentlastung, wie von der FDP versprochen, kann keine Rede sein, wenn die Steuerzahler die Senkung des Soli-Zuschlags an anderer Stelle mit einem Aufschlag bezahlen müssen.

**Schäuble:** Die haushaltspolitischen Zwänge sind eben so. Mehr als 700 Millionen Mark, vielleicht auch knapp eine Milliarde, ist als Nettoentlastung nicht drin.

**SPIEGEL:** Sie selbst haben vorigen Dienstag im Koalitionsgespräch mit der FDP noch einmal eine Verständigung gesucht, auf die Soli-Absenkung zu verzichten.

**Schäuble:** Ich sage niemals etwas zu dem, was wir in der Runde der Koalitionsführung besprochen haben oder nicht.

**SPIEGEL:** Andere haben ihren Unwillen zur Soli-Senkung öffentlich signalisiert, Thüringens CDU-Ministerpräsident Bernhard Vogel zum Beispiel.

**Schäuble:** Pacta sunt servanda, hat Franz Josef Strauß immer gesagt, er hatte recht.

**SPIEGEL:** Gut die Hälfte der Unionsfraktion, heißt es, halte diese Art der Steuersenkung für falsch.

**Schäuble:** Das kann ja nicht sein, denn alle Abgeordneten von CDU/CSU und FDP im Deutschen Bundestag haben dem Steuerreformgesetz zum 1. Januar 1998 zugestimmt; da steht das drin. Daß ein Ministerpräsident eines ostdeutschen Bundeslandes sich darum sorgt, daß durch eine solche Maßnahme Leistungen für die neuen Bundesländer eingeschränkt werden, ist doch völlig in Ordnung. Ich habe ihm allerdings schon gesagt, daß ich die öffentliche Diskussion darüber überflüssig finde, weil seinen Sorgen schon Rechnung getragen wird.

**SPIEGEL:** In Ihrer Umgebung heißt es, Schäuble leide unter den ständigen Streitereien und Disziplinlosigkeiten der eigenen Truppe.

**Schäuble:** Leiden ist ein dramatischer Begriff. Gelegentlich ärgere ich mich. Aber ich glaube, daß andere sich auch gelegentlich über mich ärgern. Das wird sich im Zweifel die Waage halten.

**SPIEGEL:** Für die Öffentlichkeit fügen sich Waigels Sommertheater und Ihre Mineralölsteuer-Kapriolen zum Bild einer Koalition in Konfusion.

**Schäuble:** Nein. Zu den Debatten, die im Sommer in erster Linie durch ein SPIEGEL-Gespräch ausgelöst wurden, ist genügend gesagt. Die Koalition ist sich in schwieriger Zeit trotz mancher Widerstände in der prinzipiellen Zielrichtung völlig einig: daß wir uns mit aller Kraft darum bemühen, Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftschancen unseres Landes zu verbessern. Die Hamburger scheinen das übrigens schon verstanden zu haben.

**SPIEGEL:** Sehen Sie allen Ernstes im Hamburger Wahlergebnis einen Vertrauensschub für die Bonner Koalition?



**„Mehr als 700 Millionen Mark, vielleicht auch eine Milliarde, ist als Netto-Entlastung nicht drin“**

**Schäuble:** Es ist jedenfalls keine Unterstützung für die Blockadepolitik der SPD im Bundesrat. CDU und FDP haben zusammen zugelegt, SPD und Grüne abgenommen.

**SPIEGEL:** Nur droht Ihnen eine geschwächte FDP als Dauerpartner im Bund abhandeln zu kommen.

**Schäuble:** Da wir in unserer Partnerschaft sehr treu sind, wollen wir nicht darüber spekulieren, was wäre, sollte unseren Partner ein schlimmes Schicksal ereilen. Bei der Bundestagswahl wird es um die Frage gehen, ob die bisherige Koalition mit Helmut Kohl an der Spitze im Amt bleibt oder Rot-Grün kommt. Dabei hat die FDP, sollte sie nicht dramatische Fehler machen, eine sichere Chance, auch im nächsten Bundestag wieder vertreten zu sein. Und an unseren guten Ratschlägen wird es nicht fehlen.

**SPIEGEL:** Herr Schäuble, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

VERKEHR

# Promille und Prozenzte

Die Koalition wagt es nicht, eine niedrigere Alkoholgrenze für Autofahrer durchzusetzen. Das bringt sie in die Klemme.

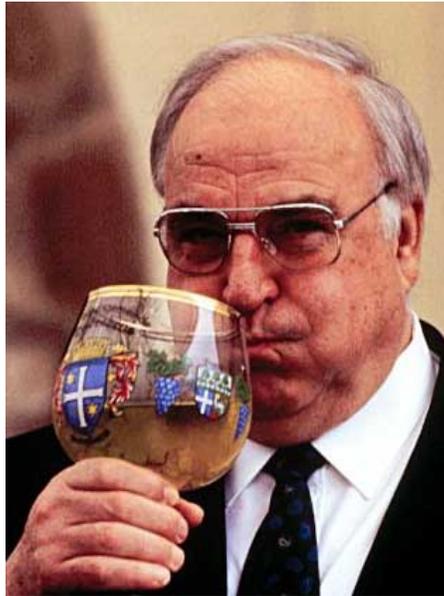
In der Form höflich, in der Sache drohend, so meldete sich der britische EU-Kommissar Neil Kinnock beim Bonner Verkehrsminister Matthias Wissmann (CDU), nicht ohne „Seiner Exzellenz, Herrn Dr. Klaus Kinkel, Bundesminister des Auswärtigen“ eine Ablichtung zukommen zu lassen. Die Depesche mit dem Aktenzeichen 96/2218 und dem Datum 10. Juni 1997 hat es in sich.

Aufgrund ihres „gegenwärtigen Kenntnisstandes“, so formulierte der frühere britische Labourführer lapidar und EUBürokratisch, sei „die Kommission der Auffassung, daß Deutschland seine Verpflichtungen aus Artikel 12 der Richtlinie 91/439/EWG über den Führerschein und aus dem EG-Vertrag nicht erfüllt hat“. Für eine Rechtfertigung blieben Bonn zwei Monate Zeit, verabschiedete sich der Brite.

Hinter dem Brüsseler Kauderwelsch verbirgt sich ein für Kanzler und Koalition peinlicher Konflikt. Denn die Brüsseler Forderung ist gekoppelt an ein Thema, das seit Jahren Politiker wie Bürger emotionalisiert. Quer durch Union und FDP ist umstritten, ob die Alkoholgrenze von 0,8 Promille im Straßenverkehr ausreicht oder ob die kritische Schwelle bei 0,5 oder gar – wie einst in der DDR – bei 0,0 Promille gezogen werden soll.

Am 12. Juni hatte die Koalition mit ihrer Mehrheit eine Änderung des Straßenverkehrsgesetzes von der Tagesordnung des Parlamentes abgesetzt. Der Entwurf, der endlich die von Brüssel seit 1991 angemahnten neuen Fahrerlaubnisklassen und Führerscheine im Scheckkartenformat auch in Deutschland einführen sollte, war durch ein raffiniertes Manöver der SPD zur Gefahr geworden: Die Sozis hatten die Senkung der Promillegrenze auf 0,5 nebst namentlicher Abstimmung in das Paragraphenwerk eingeschleust.

Der EU-Führerschein ist nun an die Promillegrenze gekoppelt – und das Paket läßt sich ohne Zustimmung der Opposition nicht mehr aufschneiden. Obendrein hatten die Sozialdemokraten dank ihrer Mehrheit in der Länder-



Wein- und Winzerfreund Kohl Wallungen für Europa verdrängt

kammer eine entsprechende Bundesratsinitiative eingebracht.

Die SPD-Opposition kann sich, das hatten die Beratungen in den Ausschüssen gezeigt, der Zustimmung zahlreicher Koalitionsabgeordneter sicher sein. Das würde reichen, um dem Kanzler eine schmerzhaftes Parlamentsniederlage zuzufügen.

Von Kohl – diese Erfahrung hat seine engste Umgebung über Jahre gewonnen – ist kaum Nachgiebigkeit zu erwarten: Über 0,5 oder gar 0,0 Promille läßt der Pfälzer Wein- und Winzerfreund nicht mit sich reden. Beim Thema Promille verdrängt der Kanzler sogar seine meist historisch verbrämten Wallungen für das gemeinsame Europa. Den Zusammenhang von Promille im Blut und Prozenten am Wahltag hat der CDU-Vorsitzende verinnerlicht.

Der Kinnock-Brief löste in Bonn höchste Alarmstufe aus. Im Hause Wissmann

wurde der Fall zur Chefsache erklärt. Oberstes Gebot: so wenig Öffentlichkeit wie irgend möglich.

Am Montag nachmittag voriger Woche beriet Minister Wissmann aus dem Rheinland Baden-Württemberg heimlich im Bundeshaus über seine Bringschuld gegenüber Brüssel – mit dem Südpfälzer Hobbywinzer Heiner Geißler („Quatsch, Millionen von Menschen potentiell zu Kriminellen zu machen“) und der Rheingauerin Hannelore Rönsch.

Dabei war auch Fraktionsvize Rudolf Seiters aus Niedersachsen, dem Land der Biere und Körnchen, und Ossi Paul Krüger, dessen Gefolgschaft aus den neuen Ländern angesichts häufiger Suff-Crashes mehrheitlich für 0,0 Promille wie zu DDR-Zeiten plädiert. Am Ende blieb Ratlosigkeit, im Amtsjargon wurde „weiterer Gesprächsbedarf“ festgestellt.

In dieser Woche sollen daher die diversen Landesgruppen der Fraktion – diskret, versteht sich – ihre Stimmungslage zum „Stimmungskiller 0,5“ (ein Unionsexperte) ergründen. CSU-Landesgruppenchef Michael Glos, der zwar „im größten Frankenweingebiet“ lebt, aber nicht zum Promillezirkel geladen war, ärgerte sich bereits in der vorigen Woche „maßlos über diese heiße Nummer, bei der jeder Depp mitredet und die nur die Leute verärgert“.

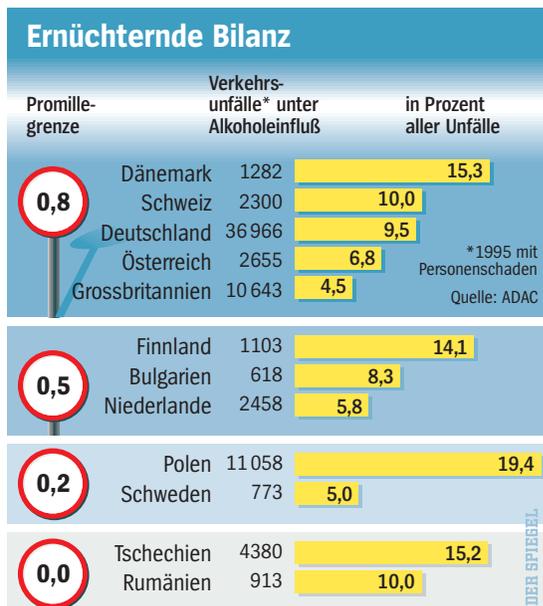
Was sich hinter dem Formeldunst aus künftigen Grenzwerten für „Atemalkoholkonzentration“ und entsprechenden „forensisch anerkannten Verfahren“ für Unbill aus Brüssel ankündigt, ließ Wissmann am Montag außen vor, schon um sich selbst zu schützen.

In einem internen Vermerk hatte ihm die Abteilung Straßenverkehr seines Hauses bereits am 1. Juli die „Folgen bei einer weiteren Verzögerung der Verabschiedung“ des überfälligen Gesetzes aufgeführt. Mit dem Kinnock-Brief habe die Kommission nicht nur gewarnt, sondern bereits formell ein „Vertragsverletzungsverfahren“ gegen die Bundesrepublik „eingeleitet“. Das kann teuer werden.

Der Bundesregierung stehe nämlich mindestens eine Klage der Kommission vor dem Europäischen Gerichtshof ins Haus. Bleibe Bonn störrisch, könne der Gerichtshof auf Antrag der Kommission, so der Vermerk für Wissmann, ein „Zwangsgeld“ festsetzen, „im ungünstigsten Falle Tagessatz von ca. 1,5 Mio. DM“.

Bei der Errechnung des Tagessatzes werden, bereiteten die Beamten den Minister vor, „ausgehend von einem Grundbetrag die Schwere und die Dauer des Verstoßes sowie die Zahlungsfähigkeit des betreffenden Mitgliedstaates berücksichtigt“. Höchstsatz und Verzögerung von einem Jahr nach einem Urteil vorausgesetzt, wären mehr als eine halbe Milliarde Mark fällig.

Sogar Wissmanns Freunde im Parlament werden ungeduldig. Einzelne lassen verär-



gert über den Stillstand der Rechtspflege jegliche politisch gebotene Vorsicht fallen. Die jahrelange Hinhaltetaktik ihrer Oberen wird offen angesprochen.

Am 27. Juni richtete der CDU-Abgeordnete Wolfgang Freiherr von Stetten aus seinem Schloß im Wahlkreis Schwäbisch-Hall-Hohenlohekreis einen Notruf an den „lieben Matthias“. Er sei selbst ein Befürworter der Beibehaltung der 0,8-Promillegrenze. Als Berichterstatter habe er in den vergangenen Jahren immer wieder aktiv bei den „Verzögerungen“ mitgewirkt, die eine Abstimmung der Anträge der anderen Parteien und des Bundesrates verhinderten, schrieb der Parteifreund dem Minister.

„Nun sind wir aber vor der Situation, daß sich die parlamentarische Behandlung nicht mehr verzögern läßt“, so die Meinung des Freiherrn. Nach seiner Einschätzung würde rund ein Drittel der CDU-Abgeordneten und die Hälfte der FDP-Abgeordneten bei einer freien Abstimmung für die 0,0-Promille-Lösung stimmen: „Ich kann mir beim besten Willen auch nicht vorstellen, daß sich eine solche Frage zu einer Koalitionsfrage oder sogar Kanzlerfrage hochstilisieren läßt, weil dies in keinem Verhältnis zum Aufwand steht.“

Bislang bleibt Wissmann noch schuldig, wie er seine Kritiker daheim oder die Brüsseler Bürokraten besänftigen kann.

In einer drei Seiten langen Antwort legte er Kinnock zwar umständlich dar, warum wegen einiger Ausschreibungsprobleme die neuen Führerscheine und Klassen noch nicht eingeführt seien. Daß die mächtige Lobby um Helmut Kohl und große Teile aller Koalitionsparteien nicht wagen, ihre Klientel zu verprellen und die Abgeordneten in freier Abstimmung über die künftige Promillegrenze entscheiden zu lassen, verschweigt Wissmanns Antwort.

Von dieser Woche an will er in der Koalition einen Vorschlag testen, den ihm seine Beamten am 8. September nahegelegt haben. Er geht auf eine Idee des bayerischen Innenministers Günther Beckstein (CSU) zurück. Die 0,8-Promille-Grenze, sanktioniert mit Fahrverbot und hoher Geldbuße, soll zwar beibehalten werden. Daneben aber soll eine „zweite Grenze“ (Vermerk) bei 0,5 Promille gezogen werden, ohne Fahrverbot, mit einem relativ niedrigen Bußgeld von etwa 100 oder 150 Mark.

Wenn ein Polizist diese gelbe Karte zieht, sollen dem erwischten Fahrer nicht vier, sondern nur zwei oder drei Punkte in Flensburg eingetragen werden. Zusätzlich will der Minister die Polizei großzügig mit Geräten zur Atemkontrolle ausstatten, die den zeitraubenden und lästigen Bluttest überflüssig machen und häufigere Kontrollen ermöglichen.

Wissmann: „Wichtiger, als neues Recht zu schaffen, ist es, das bestehende durchzusetzen.“ ◆

AUSSENPOLITIK

# Schleppend voran

Die internationale Friedenstruppe soll über 1998 hinaus in Bosnien bleiben – verkleinert und auf unbestimmte Zeit.

Bei der Uno-Vollversammlung in New York unterbreitete der malaysische Außenminister Abdullah Badawi seinem deutschen Kollegen Klaus Kinkel vergangenen Dienstag eine eigenwillige Idee zur Befriedung des Balkans: Versöhnungsbereite Bosnier sollten an einen Runden Tisch gebeten werden; außerdem wolle er Repräsentanten der verfeindeten Serben, Moslems und Kroaten nach Malaysia einladen – zwecks Anschauungsunterrichts in harmonischem Zusammenleben verschiedener Völker, Kulturen und Religionen.

Kinkel trug den Einfall sogleich dem russischen Außenminister Jewgenij Primakow vor. Nach einer Sitzung der Bosnien-Kontaktgruppe, der neben Deutschland und Rußland die USA, Frankreich, Großbritannien und Italien angehören, bleibt erst einmal offen, ob der schöne Plan je verwirklicht wird.

So gut wie sicher ist seit vergangener Woche hingegen, daß die Sfor-Friedenstruppe samt Einheiten der Bundeswehr nach Ablauf ihres bisherigen Mandats im Juni nächsten Jahres in Bosnien bleiben wird – ausgedünnt zwar, mit neuem Namen versehen, aber dafür auf unbestimmte Zeit.

Die Verteidigungsminister der Nato sollen bei einem „informellen“ Treffen diese Woche im niederländischen Maastricht über die Modalitäten der verlängerten Präsenz beraten. Erst nach den auf November und Dezember vorgezogenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in der serbischen Republik in Bosnien will die Allianz entscheiden, ob und wann die Truppen vermindert werden können.

Die Sfor-Kommandeure in Sarajevo waren davor, die gerade erst wegen der Kommunalwahlen verstärkte Truppe voreilig zu verkleinern. Ihnen erscheint der Friede noch zu brüchig. Bis Juni, so der Rat der Generale, solle Sfor möglichst in voller Stärke – zur Zeit rund 35 000 Soldaten aus 36 Ländern – bleiben. Sonst könne die Truppe auch nicht mehr nennenswert zum zivilen Wiederaufbau beitragen, der ohnehin nur schleppend vorankommt.

Verteidigungsminister Volker Rühle („Im Juni ist Schluß!“) muß umdenken. Erst kürzlich hatte er beteuert, die Bundeswehr werde gemeinsam mit den Amerikanern im Sommer 1998 abziehen. Anstatt über eine Verlängerung des Einsatzes zu sinn-

ren, solle Druck gemacht werden, um die Konfliktparteien zur Raison zu bringen und den Wiederaufbau zu beschleunigen.

Rühe war sich bisher mit seinem amerikanischen Kollegen William Cohen einig. Der hatte im März aus Rücksicht auf Skeptiker im US-Senat versprochen, seine GIs im Juni endgültig heimzuzuholen.

Doch nun ist alles anders. Der Sicherheitsberater des US-Präsidenten Bill Clinton, Sandy Berger, gab die neue Marschzahl vor: Die internationale Staatengemeinschaft müsse sich, so Berger, „noch eine ganze Weile engagieren“ – sonst drohe neuer Krieg. Der Friedensprozeß hinke zwar hinter dem Zeitplan her, warnte der US-Vermittler Richard Holbrooke, einer der Väter des Dayton-Abkommens: Die Truppen angesichts der mühsam erzielten Fortschritte im Juni abzuziehen hieße, „eine erfolgreiche Mannschaft schon vor dem Abpfiff vom Spielfeld zu schicken“.

So denkt auch US-Außenministerin Madeleine Albright. Deshalb schwenkten Cohen und einflußreiche Senatoren um: Es gebe, so der US-Verteidigungsminister

nungen radikaler Kriegstreiber zunichte machen, sie könnten nach dem Abzug der Sfor-Soldaten neuen Krieg anzetteln.

Vor allem die Moslems stehen bei den Militärs im Sfor-Hauptquartier unter dem Verdacht, sie wollten verlorenes Terrain gewaltsam zurückerobern. „Die werden immer frecher“, warnt ein Nato-General.

Das ist kein Wunder: Während die Serben laut Sfor-Einschätzung hauptsächlich über rostige Uralt-Waffen verfügen, wird die Armee der moslemisch-kroatischen Föderation von den Amerikanern mit finanzieller Unterstützung arabischer Öl-Staaten massiv aufgerüstet und an modernsten Trainingseinrichtungen ausgebildet.

Sogar die Bundeswehr hilft mit: An der Hubschrauber-Schule des Heeres in Büchel werden je 30 Piloten und Techniker auf den kriegsmäßigen Umgang mit Helikoptern amerikanischer Herkunft vorbereitet.

In der Brüsseler Nato-Zentrale diskutieren Diplomaten und Militärs bereits verschiedene „Optionen“, wie ein neuer Waffengang verhindert werden könne. Eine davon lautet, mit der bosnischen Staatsführung eine langfristige „Rahmenverein-



Deutsche Sfor-Soldaten in Bosnien: Neuen Waffengang verhindern

vergangene Woche, ein „langfristiges Interesse“ an Stabilität auf dem Balkan.

In New York plädierten auch Großbritannien und Frankreich für die Verlängerung des Militäreinsatzes. Rußland will sich weiter beteiligen, vorausgesetzt, so Primakow zu Kinkel, daß die Nato die Führung behält und die Amerikaner bleiben.

Nun werden die alten Argumente auf den Kopf gestellt. Bisher galt, schon die Ankündigung, die Friedensmission zu verlängern, nehme den Einigungsdruck von Serben, Moslems und Kroaten. Jetzt lautet die Devise, das frühe Signal solle die Hoff-

barung“ über enge militärische und zivile Zusammenarbeit zu schließen. Die könne vielleicht sogar ohne Mandat der Vereinten Nationen eine stark verkleinerte Militärpräsenz der Allianz und ihrer Sfor-Partner legitimieren: als eine Art Brandwache, die notfalls Verstärkungskräfte herbeiruft.

Die USA könnten dabei sogar ihre Kampftruppen zurückziehen, etwa nach Ungarn und Deutschland, und den Oberbefehl an einen Europäer abgeben. Der Nato würde es genügen, wenn Washington Luftstreitkräfte, Fernmelde- und Logistik-Einheiten stellte. ◆

Werbeseite

Werbeseite



SPD

# Platz für den kleinen Mann

Nach der Niederlage bei der Hamburg-Wahl entdeckt die SPD ihre soziale Seite neu. Parteichef Oskar Lafontaine fühlt sich in seinem Linkskurs bestätigt, Gerhard Schröders Kanzlerkandidatur ist wieder offen.



Neue SPD-Werbung mit Lafontaine und Schröder: „Von den Umfragen schon fast besoffen“

Ein letztes Mal vor den Vorhang treten und dem Publikum sagen: Ich stehe zu meinem Stück, auch wenn es durchgefallen ist. So hat sich der Schauspielersohn Henning Voscherau seinen Abschied vom Bundesrat inszeniert, preußisch-streng wie den Rückzug als Bürgermeister.

Als am Freitag in der Länderkammer die Debatte zur Kriminalitätsbekämpfung aufgerufen wurde, meldete sich der Hamburger als erster Redner. Offenbar unbeirrt von seiner Niederlage, vermittelte er den staunenden Ländervetretern den Eindruck, er habe zu Recht auf das Thema innere Sicherheit im Wahlkampf gesetzt.

„Noch nie in 30 Jahren Politik“, so Voscherau, „habe ich einen solchen Volkszorn gegen Gewalt erlebt, mit der Niederreiung gültiger Grenzen des Anstands.“ Daß er diesen Zorn durch seine Sicherheitsparolen erst so richtig geschürt haben könnte, glaubt er nicht. Zum Abschied erbat er sich eine breite Mehrheit für die Bundesratsinitiative gegen Kriminalität, die er zusammen mit Gerhard Schröder und Edmund Stoiber (CSU) angeregt hatte.

Zwar kam die gemeinsame Entschließung durch, die vor allem Verschär-

fungen für jugendliche Straftäter, Sexualverbrecher und ausländische Kriminelle vorsieht. Aber die geschlossene Unterstützung seiner SPD-Länderkollegen, die sich Voscherau erhofft hatte, blieb aus. Rheinland-Pfalz stimmte offen dagegen, die rotgrün regierten Länder Hessen, Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein enthielten sich.

„Wir machen den populistischen Aktionismus, immer mehr und immer schärfere Gesetze zu verlangen, nicht mit“, erklärte der schleswig-holsteinische Justizminister Gerd Walter (SPD).

Nach der Hamburger Niederlage mit dem Thema Law and Order wenden sich viele Sozialdemokraten fast erleichtert wieder ihrer traditionellen Kernbotschaft zu: „Das, was da immer unter der Überschrift Kriminalität und innere Sicherheit gehandelt wird“, ist in den Worten des Partei-Vize Wolfgang Thierse „eigentlich ein soziales Thema“. Vor allem in Ostdeutschland, das meint er in Ost-Berlin lebende Thierse, sei die Angst vor dem sozialen Absturz viel größer als vor Handtaschenraub.

Auch in Hamburg erreichte die Voscherau-Show gerade nicht die sogenann-

ten Modernisierungsverlierer. Arbeitslose, sozial Schwache und Abstiegsbedrohte in den Arbeitervierteln und Großwohnsiedlungen liefen zur CDU und auch zur extremen Rechten über. Anstatt über Wettbewerb und Flexibilisierung redeten die Bonner Spitzenossen deshalb vergangene Woche vor allem wieder über die soziale Frage.

„Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die soziale Gerechtigkeit stehen im Mittelpunkt“, sagt die bayerische SPD-Vorsitzende Renate Schmidt, die zwei Wochen vor der Bundestagswahl 1998 gegen den studierten Populisten Edmund Stoiber in einer Landtagswahl bestehen muß.

Angesteckt von den überwindenden positiven Reaktionen auf das wirtschaftspolitische Grundsatzpapier Schröders, das vor allem auf Wachstum setzt und nach neuen Wegen

der SPD in der Arbeitsmarktpolitik sucht, hatten sich die Genossen schon auf der Siegerstrecke der dynamischen Modernisierer gewöhnt. Viele träumten davon, daß Schröder in der bürgerlichen Mitte Stimmen gewinnt.

Jetzt ist wieder der kleine Mann dran. „Wir müssen in die Haushalte gehen, quasi einen Häuserkampf um die enttäuschten SPD-Wähler führen“, sagt der SPD-Arbeitsmarktexperte Ottmar Schreiner.

Selbst pragmatische Wirtschaftspolitiker wie der Schröder-Berater Bodo Hombach meinen plötzlich, die SPD müsse sich „um die unmittelbaren, materiellen Sorgen der Abstiegsgefährdeten“ kümmern. Hombach: „Wir müssen ihnen deutlich machen, daß es wieder einen Platz für sie gibt.“

Die Niederlage des Hamburgers riß die SPD aus einem Hochgefühl, in das sie sich während der vergangenen Monate leichtgläubig hineingesteigert hatte. „Wir waren von den Umfragen ja schon fast besoffen“, sagt Thierse. Auch dem SPD-Chef Oskar Lafontaine ist die Partei nun „zu euphorisch“ gewesen.

Ein Warnschuß, gerade noch zur rechten Zeit – so reden sich Lafontaine und seine

Genossen das miserable Hamburger Ergebnis schön. Mit 36,2 Prozent rutschte die Hamburger SPD unter Voscherau auf ihr schlechtestes Ergebnis nach dem Krieg ab. Die CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Ole von Beust konnte dagegen um gut fünf Punkte auf 30,7 Prozent zulegen.

Auch wenn sich die Wahlanalytiker einig waren, daß die Abstimmung vor allem Hamburger Verhältnisse widerspiegelt und kein bundespolitisches Signal bedeutet, ist die SPD doch auf dem Weg zum Kanzleramt um einige Felder zurückgeworfen. Erstmals zog die CDU/CSU vergangene Woche auch bei der Sonntagsfrage („Wen würden Sie wählen, wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre?“) wieder an den Sozialdemokraten vorbei.

Das trifft besonders den bisherigen Demoskopie-Favoriten Schröder. Denn Voscherau hat für den potentiellen SPD-Kanzlerkandidaten und derzeit beliebtesten deutschen Politiker, ob er wollte oder nicht, einen Testwahlkampf veranstaltet.

Wie Schröder vertraute der Hamburger Bürgermeister vor allem auf seine eigene, weit über der Partei liegende Popularität. Und er setzte wie Schröder auf Ängste: die Bedenken gegen den Euro, vor allem aber die Furcht vor Kriminalität. Der Kollege aus Hannover unterstützte ihn im Wahlkampf nach Kräften.

Strahlend und mit aufgekrempten Ärmeln hatten sich beide als siegesgewisse Kampfgefährten gezeigt. Jetzt wirkt es so, als hätten sie gemeinsam verloren. „In Hamburg ist nicht nur Henning Voscherau, sondern Schröders Strategie abgewählt worden“, folgert Grünen-Fraktionssprecher Joschka Fischer, „nämlich die Strategie, Stimmungen hinterherzulaufen.“

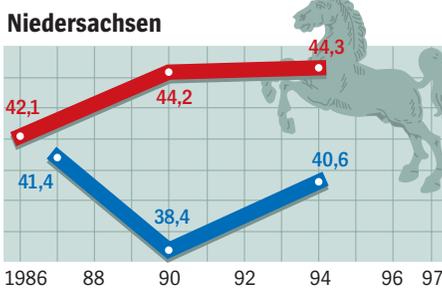
Das Wahlergebnis, berichteten Schröder-Freunde hernach, habe den potentiellen Kanzlerkandidaten spürbar „getroffen“. Offensichtlich nervös geworden, räumte er wenige Tage danach ein, die von ihm mitangestoßene Diskussion um die innere Sicherheit sei „allzu plötzlich gekommen, ohne seriöse Vorbereitung“. Schröder fast schon reumütig: „Wir waren gelegentlich

## Land unter

Wahlergebnisse der SPD in Prozent

■ bei Landtags-/Bürgerschaftswahlen  
■ bei Bundestagswahlen

DER SPIEGEL



zu einseitig, statt alle Aspekte wirklich offen zu diskutieren.“

Lafontaine dagegen fühlt sich wieder obenauf. Als hätte seine Partei statt einer unerwarteten Niederlage einen satten Sieg vorzuweisen, wirkte er bei seinen Auftritten vergangene Woche in Bonn aufgeräumt und gutgelaunt wie schon lange nicht mehr.

Nach außen zeigte der saarländische Ministerpräsident brav Solidarität mit dem gedemütigten Genossen aus Hamburg.

Doch sobald kein Mikrofon mehr in der Nähe war, donnerte Lafontaine los. Die Niederlage sei hausgemacht, von einem Spitzenkandidaten, der nicht nur auf das

falsche Thema gesetzt habe, sondern auch noch vergessen habe, daß er als oberster Verwaltungschef ja selbst für die Misere verantwortlich gemacht werden könne.

Als habe Voscherau eine ansteckende, für Sozialdemokraten besonders gefährliche Krankheit, bemühten sich die Bonner Spitzengenossen, möglichst weit weg vom Wahlverlierer zu rücken und von Schröder gleich mit. In einer Sitzung der Bundestagsfraktion, so ein SPD-Parlamentarier, „gab es keinen, der offensiv für Voscheraus oder Schröders Kurs eingetreten wäre“.

Die Niederlage des Schröder-Genossen Voscherau eröffnet der SPD die unverhoffte Möglichkeit, den eigenwilligen Kanzleraspiranten härter auf Linie zu bringen. Jeden Vorstoß, den Schröder künftig gegen den Euro, gegen den Umweltschutz oder für eine zackige Abschiebung krimineller Ausländer unternehmen wird, kann die Parteispitze unter Hinweis auf das Hamburger Debakel bremsen.

Öffentlich geben sich die beiden konkurrierenden Kandidaten Lafontaine und Schröder weiter einig und geschlossen, so wie sie es verabredet haben. Erstmals werden die beiden demnächst sogar gemeinsam in einer SPD-Werbeanzeige erscheinen, unter dem Titel: „Gegen kopflose Politik hilft nur eins: neue Köpfe“. Darauf strahlen die beiden altbekannten Gesichter in harmonischer Gelassenheit, als könne sie nichts auseinanderbringen.

Im Hintergrund arbeitet Lafontaine jedoch beharrlich an einem eigenen Modernitäts-Entwurf, mit dem er sich von Wirtschaftspragmatikern wie Schröder und dem Düsseldorfer Wirtschaftsminister Wolfgang Clement absetzen möchte. Ende Oktober will der gelernte Physiker auf dem Dortmunder Kongreß der SPD-Kommision „Fortschritt 2000“, die das SPD-Regierungsprogramm vorbereitet, in einer Grundsatzrede seine ökonomische Theorie verkünden.

Auf dem Landesparteitag der Saar-SPD vorvergangenes Wochenende in Bexbach gab Lafontaine schon eine Probe ab, einige Spitzen gegen den Rivalen eingeschlossen.

# Scheitert Deutschland?

RUDOLF AUGSTEIN

So sah es der künftige Bürgermeister des Stadtstaates Hamburg, Ortwin Runde, nach der Wahl: „Unser Land ist nicht in Ordnung.“ Der Gedanke, nach ihm werde es wohl für lange Zeit keinen SPD-Bürgermeister mehr geben, liegt ihm offenbar nicht fern.

Professor Arnulf Baring, Zeitgeschichtler an der Freien Universität Berlin, formuliert in seinem neu erschienenen Buch „Scheitert Deutschland?“ (Deutsche Verlags-Anstalt) die Fragen und Antworten so, daß man meinen könnte, Deutschland sei schon am Ende.

Zweifellos, Baring will aufrütteln. Damit scheitert er aber durch die Bedingungen, die er für die nächste Zukunft stellt und die eine Änderung der menschlichen Natur zur Voraussetzung hätten.

Es stimmt ja, in den ersten 20 Jahren der Bonner Republik haben wir alle mehr gearbeitet oder arbeiten müssen als in den folgenden 20 Jahren. Da aber niemand bereit ist (Baring würde sagen: bereit scheint), etwas von dem abzugeben, was er hat, bleiben wir im bloßen Appellieren stecken. Es muß, so sieht Baring es selbst, mehrere Jahre lang noch schlimmer kommen als bisher, damit die tiefe Krise, in der das Land steckt, von einer Mehrheit gesehen werden kann. 1974 hörte man in Sonthofen vom seligen F. J. Strauß dieselbe Parole.

Es stimmt, die Wähler können sich nicht mehr orientieren. Zu viele wissen nicht, welchem Lager oder welcher Parteienkonstellation sie zustimmen können, das gilt für Hamburg ebenso wie für das ganze Land.

Die SPD, große Verliererin in Hamburg, hat sich in mehrerlei von ihr selbst ausgelegten Netzen verfangen. Von unserem Bundeskanzler Helmut Kohl verlangt man schier Unmögliches: Er muß die FDP per Mundbeatmung am Leben halten, um selbst am Leben zu bleiben.

Wie sollen sich die Liberalen, wie von ihrem Hamburger Landesverband gefordert, bis zu den Bundestagswahlen von Grund auf erneuern, und was hätte man davon, wenn dadurch die jetzige Kohl-Stagnation noch vier oder acht Jahre fort dauerte?

Dies ist eben eine Kohl-Republik geworden, wo Wahlplakate den Hand-

lungsbedarf übertünchen sollen. Die allseits bekannten Fehlentwicklungen, die Deutschland nach des Professors Meinung in die zweite Liga der Industrienationen haben absteigen lassen, kennt Baring und nennt sie beim Namen.

Mit der Struktur der Arbeitslosigkeit in Deutschland, einem Problem höchster Priorität, hat er sich nur cursorisch befaßt; und sonderbarerweise sieht er in den elektronischen Medien und sogar in der BILD-Zeitung die Hauptschuldigen für den fehlenden politischen Impetus. Die hätten den Politikern Beine machen sollen. Ihnen weist er auch Schuld zu, aber eben nur „auch“ – eine Mitschuld gewissermaßen.

Für die Währungsunion und den Euro trifft das zu. Die Bundespolitiker haben sich so verhalten, als ginge sie das alles nichts an.

Die Währungsunion bezeichnet Baring als ein amerikanisch-französisches Projekt, das an der Bevölkerung vorbeigeschleust wird:

*Obwohl die geplante Währungsunion weder unsere industrielle Struktur-schwäche noch unsere sozialstaatliche Überlastung beheben kann, wird sie als angebliches Allheilmittel von allen Parteien – an der Bevölkerung vorbei – der Verwirklichung entgegengetrieben. Niemand sagt, daß wir dieses riskante Projekt nicht dem europäischen Einigungswillen, sondern offenbar einer leichtfertigen französisch-amerikanischen Nötigung im Jahre 1990 verdanken.*

Washington zählte wohl nicht zu den Treibern. Die Baring früher lobten, sollten ihn jetzt wegen seiner „political incorrectness“ nicht verdammen. Kein noch so angesehener deutscher Nationalökonom kann Baring garantieren, daß er sich im falschen Lager aufhält. Die Lager-Theorie taugt hier nicht.

Baring fordert von den Politikern, sie sollten dem Wahlvolk klar sagen, daß man über seine Verhältnisse gelebt habe, daß mithin eine Durststrecke folgen werde. Baring: „Mit den meisten Kadetten, die da heute antreten, glaube ich in der Tat, haben wir keine Chance.“ Er nennt keine Namen, aber den Oberkadetten kennen wir.

## Lange Gesichter

Verluste der SPD bei Landtags- /Bürger-schaftswahlen in Prozentpunkten



Gegen Schröders unternehmerfreundliche Flexibilisierungspolitik stellte Lafontaine dort eine Moderne, „die etwas zu tun hat mit dem Humanen, mit dem Menschlichen“. Heute werde so getan, „als sei das Ökonomische das Alleinseligmachende in der Welt“.

Schröder, so lautet die untergründige Botschaft dieser Kritik, ist auch nicht der alleinseligmachende Kanzlerkandidat.

Die Grünen sind sich nach Hamburg schon nicht mehr so sicher, daß ihr Partner in einer rot-grünen Bundesregierung Schröder heißt. Joschka Fischer hält die Kandidatenfrage bei der SPD inzwischen für „offener denn je“.

Besonders die persönliche Schmerzgrenze des Kanzleraspiranten für die Niedersachsenwahl („2,0 sind 2,0“) könnte nach Fischers Meinung noch gefährlich werden: „Schröder dachte, er legt sich eine kleine Hürde, über die er bequem drüberspringt“, sagt der Grüne, „jetzt sieht er, daß er plötzlich Stabhochsprung üben muß.“



SPIEGEL-GESPRÄCH

# „Die Aura des Siegers ist dahin“

Hamburgs Bürgermeister Henning Voscherau über seine Wahlniederlage, die strategischen Fehler seiner Partei und die Notwendigkeit einer Opposition gegen den Euro



Hamburg nach der Bürgerschaftswahl: „Ein Ringen der SPD mit ihren eigenen Traditionswählern“

**SPIEGEL:** Herr Voscherau, führende deutsche Sozialdemokraten sind sich einig wie selten: Henning Voscherau ist schuld am Hamburger Desaster der SPD. Fühlen Sie sich schuldig?

**Voscherau:** Jedenfalls habe ich dafür die Verantwortung übernommen.

**SPIEGEL:** Ihr Kardinalfehler, so heißt es, sei die Konzentration des Wahlkampfes auf vorwiegend von den Konservativen besetzte Themen wie innere Sicherheit und Ausländer-Kriminalität gewesen.

**Voscherau:** Wer das so behauptet, versteht gar nichts von Hamburg und auch nichts von der Anlage des SPD-Wahlkampfes. Der war auf die Themen Arbeitslosigkeit, soziale Gerechtigkeit, Wohnungsbau, Kindergärten ausgerichtet. Es waren die Bürger, bei denen wir mit diesen Themen nicht durchgekommen sind. Es gibt in der ham-

burgischen Lebenswirklichkeit eine Sonderlage bei der Gewaltentwicklung seit Öffnung des Eisernen Vorhangs, die in dieser Form wohl in kaum einer anderen deutschen Stadt zu verzeichnen ist.

**SPIEGEL:** Das heißt, Sie sahen sich gezwungen, diese Sorgen aufzugreifen?

**Voscherau:** Ausnahmslos bei jedem Bürgergespräch drehte sich die erste Frage in knallharter Tonlage um dieses Thema. Wenn ich das nicht so überzeugend und erfolgreich beantwortet hätte – einerseits Aufruf zum Bündnis gegen Gewalt, andererseits Widerstand gegen falsche Rezepte und braune Tonlagen –, wäre das Stimmenergebnis rechts außen viel höher gewesen. Gegenüber 1993 habe ich es so reduzieren können!

**SPIEGEL:** Wann haben Sie geahnt, daß Sie die Wahl verlieren?

**Voscherau:** In den letzten 14 Tagen wurde es immer härter.

**SPIEGEL:** Dabei war es doch nicht der politische Gegner, der Ihnen zusetzte.

**Voscherau:** Es waren die eigenen Stammwähler. Es war doch ein Ringen der SPD mit der Klientel ihrer eigenen Traditionswähler.

**SPIEGEL:** Mußten die nicht den Eindruck gewinnen, daß in Hamburg mehr mit Worten und weniger mit Taten gearbeitet wird? Die Sozialdemokraten regieren hier seit vier Jahrzehnten.

**Voscherau:** Ich habe Ihnen dazu schon in einem SPIEGEL-Gespräch am 4. Oktober 1993 gesagt, es sei zu befürchten, daß der Bundestag – der ist ja auf diesen Feldern der Gesetzgeber – seine Chancen diesbezüglich nicht einmal bis zur Wahl 1998 nutzen werde. Das spricht für Weitsicht.

**SPIEGEL:** Die Kriminalität und die Verelendung der Innenstädte sind doch nicht allein mit Bonner Versäumnissen zu erklären.

**Voscherau:** Nein, aber die Langsamkeit unseres deutschen Gesetzesstaates hat etwas zu tun mit Zeitgeist, hat etwas zu tun mit der Heimsuchung unserer Generationen durch die Sünden der Väter in der Nazi-Zeit und hat etwas zu tun mit dem deutschen Hang zu Bürokratie und Perfektionismus.

**SPIEGEL:** Gut, aber die Langsamkeit des Gesetzesstaates hat nichts damit zu tun, ob mehr Polizei in den Straßen zu sehen ist, ob die U-Bahnen sauber sind oder ob die Junkies am Hauptbahnhof herumhängen.

**Voscherau:** An dieser Stelle gibt es eine harte und sehr direkte Kritik der Hamburger, und daran ist auch etwas, allerdings viel weniger, als die Leute glauben. Erstens: Die U-Bahnen sind sauber. Die S-Bahn ist verrottet, und die gehört dem Bund. Jetzt beginnt er, daran zu arbeiten. Zweitens: Das Thema der offenen Drogenzene in Hamburg ist nicht etwa ein Problem, weil wir nicht mit 300 oder 400 Dealern fertig werden könnten, sondern, weil wir wegen der Gesetzeslage und wegen des Bretts vor dem Kopf der Bonner CDU/CSU nicht in der Lage sind, eine realistische Drogenpolitik für die Süchtigen durchzusetzen. Drittens: Es hat allerdings in diesen vier Jahren innerhalb der Hamburger SPD sehr harte weltanschauliche Kontroversen über die Bekämpfung der Verwahrlosung in dieser Stadt gegeben. Diese Kontroversen wurden zu häufig mit dem Ziel der Erhaltung des innerparteilichen Betriebsfriedens ohne Konsens abgebrochen. Probleme lassen sich so nicht bewältigen.

**SPIEGEL:** Mit anderen Worten: Sie haben, des innerparteilichen Friedens wegen, diese Kontroversen gescheut.

**Voscherau:** Ich trage die Verantwortung. Die Ursachen müssen wohl eher andere in ihrem eigenen Verhalten suchen.

**SPIEGEL:** Also ist Ihre Partei mit dafür verantwortlich, daß Hamburg nicht so sauber ist wie etwa München.

**Voscherau:** München hat eine ungleich geringere Anhäufung von Problemen. Und: München steht seit Jahrzehnten im Ruf, daß dort härter durchgegriffen wird: eine Imagefrage.

**SPIEGEL:** Ist denn diese Permissivität der Hamburger SPD dermaßen schwer in den Griff zu kriegen?

**Voscherau:** Die Verwechslung von Permissivität und Toleranz habe ich immer für ein Problem gehalten und tue das noch.

**SPIEGEL:** Funktionsträger der SPD erklären nun, daß der Wahlkampf in Niedersachsen mit einer anderen Strategie geführt werden müsse als der in Hamburg.

**Voscherau:** Die sagen das, weil sie glauben, jetzt einen Angriffspunkt gegen Gerhard Schröder gefunden zu haben, den sie schon lange suchten.

**SPIEGEL:** Und haben sie ihn gefunden?

**Voscherau:** Darüber entscheiden in einer großen Partei demokratische Mehrheiten. Daß es auf dem linken Flügel Gegner der Schröderschen Wirtschaftsthesen gibt, ist ja kein Geheimnis mehr. Weil Gerhard Schröder und ich in manchem einig sind, glauben nun vielleicht einige, neue Argumente in der Hand zu haben.

**SPIEGEL:** Gerhard Schröder steht einer rot-grünen Koalition skeptisch gegenüber, Sie lehnen sie sogar ab. Hat das Ihre Wähler irritiert?

**Voscherau:** Das ist so nicht richtig. Meine Prognose war pessimistisch, ob es mit den Grünen gehen werde. Aber ich bin ein intellektuell offener Mensch und wäre natürlich bereit gewesen, bei einer Stärkung durch den Wähler mich eines anderen belehren zu lassen. Aber bei diesem Wahlergebnis, mit dem Kopf unter dem Arm sozusagen, wäre der Versuch für mich aussichtslos gewesen – für Ortwin Runde da-

### „Das übliche Taktik-Spiel der Bonner Republik ist zu Ende“

gegen ist er sicher sehr aussichtsreich, denn ich habe die Niederlage auf mich genommen, und er hat den Rücken freier.

**SPIEGEL:** Ist es überhaupt einer Demokratie bekömmlich, wenn eine so große Stadt wie Hamburg mehr als 40 Jahre von derselben Partei regiert wird?

**Voscherau:** Das ist das Argument von Helmut Schmidt gewesen, das mir das ganze Jahr 1997 wie ein Mühlstein um den Hals gehangen hat, nämlich: Es müsse endlich ein Wechsel kommen.

**SPIEGEL:** Sie persönlich hat er immerhin ausgenommen.

**Voscherau:** Ja, aber das nützt nichts. In der Demokratie geht es um Parteimehrheiten. Fast jeder Wechsel sei besser als kein Wechsel, hat Schmidt gesagt. Dazu kam noch kurz vor der Wahl zweimal der segensreiche Hinweis von Klaus von Dohnanyi, man möge doch FDP wählen. Rückenwind war das nicht gerade.

**SPIEGEL:** Hat Schmidt nicht recht?



**Voscherau beim SPIEGEL-Gespräch\*:** „Knallharter Ton“

**Voscherau:** Nein. Das Etikett ist identisch, die Richtung nicht. Die SPD von 1974 war nicht dieselbe wie die Brauer-Neumann-Partei der fünfziger und sechziger Jahre. Die SPD von 1997 ist wiederum eine ganz andere Partei. Diese Bereitschaft zum Wandel hat die SPD immer wieder zur stärksten Partei gemacht.

**SPIEGEL:** Warum haben Sie kurz vor dem Wahltag damit gedroht, daß Sie Ihr Amt bei Verletzung einer gewissen „Schmerzgrenze“ niederlegen würden? Mußte das nicht als eine Art Nötigung verstanden werden?

**Voscherau:** Im Gegenteil. Ich wußte, daß es in Hamburg eine große Gruppe von Wählern gibt, die sich entschlossen hatte, die SPD vor allem meinetwegen zu wählen. Ich wollte mich vor einem späteren Betrugsvorwurf schützen.

**SPIEGEL:** Wieso Betrugsvorwurf?

**Voscherau:** Wenn ich diese Schmerzgrenze nicht erwähnt hätte, wären die Leute gekommen und hätten gesagt: Wir haben dich gewählt, nicht deine Partei, und jetzt bist du weg. Ein Versuch der Wählertäuschung durch den Spitzenkandidaten darf nicht sein.

**SPIEGEL:** Aber Sie haben sich selbst eine Falle gestellt. Nur haben Sie nicht gedacht, daß diese Falle zuschnappt. Sie dachten vielmehr, die Falle schrecke die Wähler davon ab, Sie nicht zu wählen.

**Voscherau:** Das trifft nicht zu. Zwei Argumente waren für mich ausschlaggebend: Drei Tage vor der Wahl waren 40 Prozent der Hamburger unentschieden. Da muß man aufs Ganze gehen und einen Aufrüttelungseffekt versuchen. Der zweite Grund war, daß ich mich, wie gesagt, vor dem Wählertäuschungsvorwurf schützen wollte.

**SPIEGEL:** Und dennoch haben das viele als arrogante Drohung empfunden.

**Voscherau:** Nein, nein, mir ging es allein darum, daß nur auf diese Weise, mit Klarheit und Ehrlichkeit, etwas gegen diese Parteien- und Demokratieverdrossenheit getan werden kann. Das übliche Taktik-Spiel der Bonner Republik ist meiner Meinung nach zu Ende.

**SPIEGEL:** Seit der letzten Bundestagswahl hat Ihre Partei in keiner Landtagswahl mehr zugelegt ...

**Voscherau:** Ja, NRW minus 4 Prozent, Bremen minus 5,4, Berlin minus 6,8, Baden-Württemberg minus 4,3, Rheinland-Pfalz minus 5, Schleswig-Holstein – Heide Simonis – minus 6,4 und ich jetzt minus 4,2 Prozent.

**SPIEGEL:** Also kein Grund zurückzutreten?

**Voscherau:** Doch, schauen Sie mal, mit 36,2 Prozent

\* Mit den Redakteuren Dieter Wild und Martin Doerry im Hamburger Rathaus.

reißen Sie nichts herum. Die Aura des Siegers, auf den die Partei bauen muß, um voranzukommen, ist dahin. In dieser Lage läuft man sehr schnell Gefahr, zumal als Repräsentant einer parteiinternen Minderheit, Spielball zu werden, sich verbiegen zu müssen und dann ans Portepée gefaßt zu werden: Nun hab dich nicht so, setz dich über die inhaltlichen Überzeugungen hinweg und denk an die Fassade. Für eine solche Rolle eigne ich mich nun mal nicht.

**SPIEGEL:** Ihr designierter Nachfolger Ortwin Runde hat nun aber die gleichen Sorgen. Auch er hat es mit einer Partei zu tun, die aus der Wahl mit nur 36 Prozent hervorgegangen ist. Und er macht vermutlich gerade die Koalition, die Sie nicht wollten.

**Voscherau:** In einem Punkt hat er es leichter. Er kommt von links, er ist ein in der Partei mit viel Freundschaft begleiteter führender Kopf der deutlichen Parteimehrheit, jedenfalls der Parteifunktionäre und Delegierten. Mit der schnellen Übernahme der Verantwortung habe ich zudem

### „Warum überläßt die Opposition den Euro dem Kanzler und der Koalition?“

verhindert, daß dieses Ergebnis fälschlich in eine bundespolitische Entscheidung uminterpretiert wird. Ich hoffe, meine Genossen in Bonn können jedenfalls die Richtigkeit dieses Arguments einsehen.

**SPIEGEL:** Die Genossin Ingrid Matthäus-Maier hat Ihnen im Gegenteil gleich mehrere Vorwürfe gemacht. So sei es falsch gewesen, Euro-kritische Töne im Wahlkampf anklingen zu lassen. In der Tat nehmen Sie hier mit Gerhard Schröder eine Minderheitsposition in der SPD ein.

**Voscherau:** Schröders und meine Positionen sind inhaltlich etwas verschieden. Im übrigen ist der Einwand von Frau Matthäus-Maier völlig falsch. Ich bin in sieben Wochen maximal fünfmal nach dem Euro gefragt worden.

**SPIEGEL:** Sie haben aber ausdrücklich den Vorschlag einer Volksbefragung gemacht.

**Voscherau:** Das halte ich auch unverändert für richtig.

**SPIEGEL:** So eine Volksbefragung sieht die Verfassung nun mal nicht vor.

**Voscherau:** Darum geht es nicht. Warum unternimmt die Opposition nicht einen solchen Vorstoß, sondern überläßt den Euro dem Kanzler und seiner Koalition?

**SPIEGEL:** Wenn die Mächtigen Volksbefragungen anregen – ist das nicht stets ein Ausweis von Führungsschwäche?

**Voscherau:** Kann so sein. Aber als Tony Blair den Engländern versprach: Euro nur mit Referendum, oder als die Dänen zweimal ein solches Referendum machten – das alles war kein Ausweis von Schwäche.

**SPIEGEL:** Diese Abstimmungen haben jedenfalls dazu geführt, daß der Euro dort vorerst nicht eingeführt wird.

**Voscherau:** So ist die Demokratie ...

**SPIEGEL:** ... ist das auch Ihr politisches Ziel?

**Voscherau:** Ich bin für eine europäische Föderation mit eigener Außenpolitik und Verteidigungspolitik. Ich bin allerdings der Meinung, daß man die Einführung des Euro, noch mehr die Osterweiterung, mit einer Demokratisierung der Europäischen Union kombinieren müßte.

**SPIEGEL:** Nicht einmal Ihre eigene Partei beharrt auf diesem Junktim.

**Voscherau:** Richtig, die wollen die Verbindung nicht. Das heißt, sie wollen den Schritt jetzt gemeinsam mit dem Bundeskanzler tun. An dieser Stelle habe ich Zweifel – aber als Pro-Europäer, sage ich ausdrücklich. Sowohl der Bundestag als auch der Bundesrat werden die Erfüllung oder Nicht-Erfüllung der Maastricht-Kriterien an der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts messen müssen. Mich wundert allerdings, daß das Bundesverfassungsgericht in dieser Sache wie eine „quantité négligable“ behandelt wird.

**SPIEGEL:** Man kann sich aber auch nicht so richtig vorstellen, daß das Bundesverfassungsgericht entscheiden soll, ob die Maastricht-Kriterien nun mit 3,1 oder 3,4 Prozent erfüllt sind.

**Voscherau:** Da haben Sie recht. Das ist auch eher eine skurrile Diskussion. Die habe ich im übrigen nie geführt.

**SPIEGEL:** Sie wird immer wieder geführt.

**Voscherau:** Da der Herr Bundeskanzler und der Herr Bundesfinanzminister die Erfinder des Satzes „3,0 bleibt 3,0“ sind – diesen Satz werden Sie im Maastrichter Vertrag nicht finden –, warum sollte eine Opposition den beiden den Gang nach Canossa, nach Hause zum heimischen Wähler, abnehmen?

**SPIEGEL:** Aber die Opposition macht genau das. SPD und Grüne erklären fortwährend, daß die punktgenaue Einhaltung der Kriterien nicht notwendig sei.

**Voscherau:** Ich bin hier zwar kein Oppositioneller, aber ich halte mich für oppositionsfähig und kann das nicht nachvollziehen.

**SPIEGEL:** Wollen Sie nun wirklich in Ihren Beruf als Notar zurückkehren und schon mit 56 Jahren aus der Politik aussteigen?

**Voscherau:** Ich weiß es nicht; meine Überlegungen für die Zeit danach haben noch nicht begonnen.

**SPIEGEL:** Die Rückkehr in den erlernten bürgerlichen Beruf ist womöglich nicht sehr attraktiv, wenn man einmal soviel Macht besessen hat.

**Voscherau:** Einfluß, nicht Macht. Aber ich lade Sie gerne mal in mein Notariat ein. Ein erlernter Beruf, in dem man schon mal Erfolg hatte, ist auch nicht schlecht.

**SPIEGEL:** Herr Voscherau, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Werbeseite

Werbeseite





NPD-Demonstration gegen Wehrmachtsausstellung in München: Mobilisierung des braunen Fußvolks

PARTEIEN

## Junge wählen rechts

Das Wählerpotential extremer Rechtsparteien in der Bundesrepublik verfestigt sich.

Die aber sind gespalten und untereinander verzinkt.

**G**erhard Frey, Chef der rechtsextremen Deutschen Volksunion (DVU), schwelgte in Siegeslaune. Im Kreis seiner Getreuen schwärmte der Münchner Verleger der DEUTSCHEN NATIONAL-ZEITUNG, dessen Partei bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen am vorletzten Sonntag mit 4,97 Prozent nur knapp an der Fünfprozenthürde scheiterte, von einen „phantastischen, einzigartigen, wunderbaren Erfolg“.

Der Mann hat ein wenig übertrieben. Zwar überraschte das DVU-Ergebnis selbst Experten des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Die hatten noch kurz vor der Wahl in einer geheimen „Verschlussache, nur für den Dienstgebrauch“ gemeint, es sei „kaum zu erwarten, daß die DVU ihr Wahlergebnis von 1993 wesentlich verbessern kann“. Damals hatte die Frey-Truppe lediglich 2,8 Prozent der Stimmen erhalten.

Doch den Hamburger Achtungserfolg erreichte die DVU weniger durch einen Rechtsruck, sondern vor allem auf Kosten rechtsradikaler Konkurrenten, in erster Linie der Republikaner.

Die hatten vier Jahre zuvor mit 4,8 Prozent ebenfalls nur knapp die Fünfprozenthürde verfehlt, diesmal bekamen sie lediglich 1,9 Prozent. Ähnlich wie jetzt die DVU hatten auch die Republikaner damals ihr Scheitern auf angeblichen Wahlbetrug zurückgeführt.

Doch die bei den Völkischen traditionell beliebten Verschwörungstheorien können nicht darüber hinwegtäuschen, daß derzeit keine extreme Rechtspartei in der Lage ist, das rechte Wählerpotential erfolgreich auszuschöpfen. Den Extremisten fehlt eine



DVU-Chef Frey in Hamburg\*  
„Phantastisch, einzigartig, wunderbar“

charismatische Führungsfigur wie Jean-Marie Le Pen in Frankreich oder Jörg Haider in Österreich.

Um so mehr sollte die demokratischen Politiker aller Couleur beunruhigen, daß sich das Wählerpotential der Rechten in den letzten Jahren verfestigt hat. Nach kurzfristigen Erfolgen der 1952 verbotenen Sozialistischen Reichspartei und der NPD in den sechziger Jahren – sie saß in sieben Länderparlamenten gleichzeitig – waren Rechtsradikale bei Wahlen bis Ende der achtziger Jahre eine unbedeutende Randerscheinung. Erst mit dem Einzug der Republikaner 1989 in das Europaparlament begann der Aufschwung. Damals schafften die Reps 7,1 Prozent.

Zulauf haben die Rechten vor allem aus der Arbeiterschaft. Wie die Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen in zahlreichen

\* Am Wahlsonntag; neben ihm der Hamburger DVU-Vorsitzende Heinrich Gerlach.

Untersuchungen herausfand, tendieren junge Facharbeiter, die etwas zu verlieren haben, sowie sozial Schwache, die nur gelegentlich Arbeit finden, in ihrem Wahlverhalten nach rechts außen. „Die Erfahrung von Desintegration am Rande der Gesellschaft“, so der Bielefelder Jugendforscher Wilhelm Heitmeyer, „verbindet sich inzwischen mit der Angst vor Desintegration in der Mitte.“

Unter den Sympathisanten der Extremisten finden sich zudem weit mehr Männer als Frauen. Die Wahlforscher erklären dieses Phänomen damit, daß Frauen durch das Macho-Gehabe rechter Demagogen häufig abgestoßen würden.

Die Hamburger Wahl belegt Heitmeyers These vom Schulteranschlag der Mittel- und Unterschichtler. 12 Prozent der Arbeiter in der Hansestadt gaben der DVU die Stimme. Ihre besten Ergebnisse erreichte die Frey-Partei in einzelnen Wahlbezirken in Billbrook mit 19,4, in Harburg mit 19,2 und in Hamburg-Rahlstedt mit 18,1 Prozent – überwiegend Viertel mit hoher Arbeitslosigkeit und schwacher sozialer Infrastruktur. In einem Wahllokal in Hamburg-Wilhelmsburg gaben insgesamt 24,4 Prozent der Wähler den rechten Parteien ihre Stimme.

Wahlforscher befürchten, daß es andernorts noch schlimmer kommen könnte. Das gesamte rechte Wählerpotential sieht Dieter Roth von der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen bundesweit bei 10 Prozent, der Mainzer Politologe Jürgen Falter sogar bei rund 20 Prozent.

Verstärkung bekommen die Rechten vor allem von Jungen und ganz Jungen. Die Zeiten, in denen die Rechtsextremisten vorwiegend ergraute Ex-Hitlerjungen und Frontkämpfer mobilisierten, sind vorbei: Rund 15 Prozent aller männlichen Wähler unter 25 stimmten in Hamburg für die DVU.

Die meisten von ihnen gehören offenkundig zur Stammklientel der SPD: Eine von der DGB-nahen Hans-Böckler-Stiftung in Auftrag gegebene Studie kommt zu dem Ergebnis, daß gewerkschaftlich organisierte Jugendliche noch stärker zu nationalistischen und rechten Positionen neigen als



nicht organisierte Gleichaltrige. So bekannten sich unter mehr als 1000 befragten Jugendlichen je nach Region 32 bis 41 Prozent der Organisierten, aber nur 25 Prozent der nicht gewerkschaftlich Gebundenen als „rechts oder eher rechts“.

Den Einzug in den Bundestag werden die Rechtsextremisten im nächsten Jahr indes kaum schaffen. Dazu sind sie zu sehr zerstritten. Zwar appelliert Frey immer mal wieder an die Republikaner, eng zusammenzuarbeiten. Doch der DVU-Boß selbst war zur Kooperation unfähig. Zeitweilige Allianzen mit der NPD endeten stets im Zank.

Auch ein Zusammengehen des gemäßigten Rechtsaußen Manfred Brunner, früher Chef der bayerischen FDP, mit der DVU ist ausgeschlossen. Brunners „Bund freier Bürger“, der in Hamburg mit Parolen gegen den Euro trotz viel Werbung bei kläglichen 1,3 Prozent hängenblieb, ist penibel auf Abgrenzung gegen Frey und Konsorten bedacht.

In der Sache ist Brunner („unsere Identität ist rechtsbürgerlich“) von der Konkurrenz nicht weit entfernt. Er geht mit ähnlichen Parolen wie die Republikaner auf Stimmenfang – gegen „die Herrschenden“ und den Euro, für „Inländerfreundlichkeit“.

Trotz des Hamburger Debakels will der Ex-Liberrale, der „langfristig auf einen Zerfall der CDU“ hofft, seine kleine Truppe von Wohlstandschauvinisten in einen aussichtslosen Bundestagswahlkampf führen.

Republikaner-Chef Rolf Schlierer lehnt Wahlbündnisse ebenfalls ab. Er setzt darauf, daß Freys „Gespensterpartei“ für einen Wahlkampf weder genug Geld noch Leute hat. Die DVU (15 000 Mitglieder) ist miserabel organisiert.

Denn Rechtsanwalt und Mediziner Schlierer gelang es im März letzten Jahres, die Reps mit 9,1 Prozent zum zweitenmal in den baden-württembergischen Landtag zu bringen. Der rechte Akademiker bemüht sich, seine Partei vom Image einer Bierzelt-Rabaukentruppe zu befreien.

Anders als Vorgänger Franz Schönhuber präsentiert Schlierer die Republikaner als „staats- und verfassungserhaltende Partei“ und als „zwangsläufig konservativ“. Der Rep-Chef möchte „als integraler Bestandteil“ zum politischen System „dazugehören“ und träumt gar von der „Duldung“ einer Unions-Regierung durch die Rechten.

Die Probe aufs Exempel wollen die Reps bei der Bayernwahl 1998 machen, die 14

Tage vor der Bundestagswahl stattfindet. Dort hat sich der Landesverband unter Führung des Unternehmers Johann Gärtner nach jahrelangen Querelen mit mehr als 4000 Mitgliedern stabilisiert. Allein seit Jahresbeginn nahmen die Bayern-Reps 500 neue Mitglieder auf.

Mit moderaten Parolen gegen den Euro und für mehr innere Sicherheit suggeriert Gärtner geschickt „Gemeinsamkeit mit der CSU“, zudem pflegt er eifrig Kontakte zum rechten Flügel der CSU-Landtagsfraktion.

Die Christsozialen reagieren erschreckt. Ministerpräsident Edmund Stoiber warnt seine Partei intern, die Reps nicht zu unterschätzen. Eine von der CSU-Landesleitung in Auftrag gegebene „Wähler-Analyse“ sieht die Republikaner in Bayern bei 4 bis 4,5 Prozent.

Zur Bundestagswahl rüstet auch die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), mit knapp 4000 Mitgliedern die drittstärkste Kraft der organisierten Rechten. Die NPD verbucht derzeit Zulauf vor allem in den neuen Bundesländern, insbesondere von ehemaligen Republikanern, denen der Schlierer-Kurs zu lasch ist.

Erfolge hatte die NPD in den letzten Jahren weniger bei Wahlen als bei der Mobilisierung des braunen Fußvolkes. So gelang es ihr im März, durch enge Kooperation mit Neonazis aus „autonomen Kameradschaften“, rund 5000 meist junge Rechtsradikale in München zu einer Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung zu mobilisieren.

NPD-Chef Udo Voigt, der seine Anhänger mit Revolutionsparolen („Das politische System der BRD

geht dem Ende entgegen“) bei Laune hält, steht jedoch statt des Einzugs in den Bundestag eine Schlacht in den eigenen Reihen bevor. Am 4. Dezember soll der frühere NPD-Chef Günter Deckert, der eine Haftstrafe wegen Volksverhetzung absitzt, aus der Justizvollzugsanstalt Bruchsal entlassen werden.

Auf Voigts Betreiben hat die NPD Deckert vor wenigen Wochen seines Postens als NPD-Vize entheben lassen. Deckert hatte immer wieder kräftig gegen Führungskameraden gewettert. Nach seiner Entlassung will der Ex-Vorsitzende Rache nehmen. Deckert hat schon angekündigt: „Die Tage der Verräter sind gezählt.“ ◆



Republikaner-Chef Schlierer

T. KLUNK / ZEITUNGSPHOTO



EINHEIT

# Noch lange fremd

Von Joachim Gauck



Sieben Jahre nach der Wiedervereinigung wächst immer noch nur mühsam zusammen, was zusammengehört. Joachim Gauck, 57, früher Pfarrer in Rostock und seit 1990 oberster Verwalter der Stasi-Akten, glaubt, daß die Ostdeutschen sich heimatlos fühlen. Gauck: Die Umgestaltung der alten DDR „hat in Umfang und Tempo die Seelen sehr, sehr vieler überfordert“.

Ulm an der Donau. Der allerprächtigste Blick auf Altstadt und Münster an einem wunderschönen Septembertag. Ich soll in einer Runde wißbegieriger, gebildeter und politisch engagierter Menschen einen Wessi-Witz erzählen – einen Wessi-Witz wenige Tage vor dem Ende des verflixten siebten Jahres nach der Vereinigung. Einen der Witze, in denen der Wessi als solcher als Mischung aus Ostfrieze und Blondine – aber meist gefährlicher als jene – als absonderliches Zerrbild auftritt. Ich fühle mich aber plötzlich unbehaglich an diesem schönen Ort. Vor acht Jahren wäre mir all dies noch wie ein Traum erschienen, und jetzt soll ich bitte wenigstens einen dieser blöden Witze erzählen. Mir fällt natürlich keiner ein, obwohl ich ja schon Dutzende gehört hatte. Mir fällt wahrscheinlich keiner ein, weil es mich ärgert, daß es solche Witze gibt.

Wir haben das siebte Jahr überstanden, aber diese Witze erfreuen sich wachsender Beliebtheit bei uns im Osten. Solcherart Witze haben Ursachen. Da meinen viele, sie müßten sich mit Gehässigkeit schadloß halten. Als wir im Osten noch teils dumpf, teils aufmüpfig, aber allesamt ohnmächtig dahinlebten, als alles seinen sozialistischen Gang ging und allzu viele das Gefühl hatten, sie seien schlicht überflüssig, da gab es die DDR-Witze. Das waren unsere verkrampten Versuche, es denen heimzuzahlen, es waren auch Betäubungsspielen. Jetzt haben wir Ossis unsere Witze über die Wessis.

Aber wo liegt jetzt der Grund für den Erfolg solcher bösen Scherze? Ist das Ausdruck dieser mysteriösen ostdeutschen „Befindlichkeit“? Sie wird jetzt ja allenthalben hochstilisiert zum Wert an sich. Wir haben dabei nicht nachzufragen oder gar zu kritisieren, die ostdeutsche Befindlichkeit darf allerhöchstens teilen, wer ihrer für würdig befunden wird.

Dazu zählen trotz der Wessi-Witze auch so manche Wessis. Allen voran die Intellektuellen, die mit den letzten Resten überkommener Glaubenssicherheit ausgestattet, den Ossis noch einmal die Welt erklären, die Schlechtigkeit des Westens im allge-

meinen und die Bösartigkeit des Kapitalismus im besonderen – mithin die ganze Ausweglosigkeit unserer Existenz – inbegriffen. Ich nenne sie gern unsere „Verständnis-Wessis“.

Sie nützen uns aber wenig, weil ihre selektive Wahrnehmung unserer eigenen selektiven Wahrnehmung nicht abhilft. Und letztendlich reagieren die Verständnis-Wessis doch so viel anders auch nicht als einer der Charaktere aus den Witzen: der Besserwessi. Die Menschen im Osten werden zu Objekten ihres missionarischen Treibens – sei es nun in der Geste des zupackenden, erdrückenden Helfers oder in der des sensiblen Trösters.

Und der eine liefert die Vorlage für den Wessi-Witz, der andere lacht mit. Was dann in solchen Witzen wieder hochkommt, ist altbekannt: Der durchschnittliche Westdeutsche ist höchst mitelmäßig, unmoralisch und geldgierig. Das glaubte zu DDR-Zeiten trotz pausenloser propagandistischer Berieselung bald keiner mehr. Jetzt wird es plötzlich bedeutungsvoll für viele. Der Kapitalismus klingt wieder bedrohlich.

Eben noch konnte es uns nicht schnell genug gehen mit dem harten Geld, der D-Mark. Eben noch waren wir die Bewunderer eines westlichen Lebensrezepts, das allen bessere Zeiten versprach und die Bundesrepublik so stark und stabil gemacht hatte. Eben noch konnte man sich umworben fühlen von Volksvertretern, die sich auch zu richtigen Wahlen stellten.

Jetzt, wo Zuspruch, Solidarität und Anerkennung so nötig wären, macht so mancher dieser Repräsentanten der Stabilität einen Bogen um ostdeutsche Gefilde. Dafür kommen die Verständnis-Wessis und huldigen einer „Befindlichkeit“, die besser hinterfragt werden sollte.

Denn wenn Günter Gaus oder auch Günter Grass dem Osten die Lage erklären, werden ja insbesondere jene Ossi-Köpfchen gekrault, die besonders unaufgeklärt und – dies ist noch schlimmer – besonders aufklärungsempfindlich sind.

Mein Abschied von der ostdeutschen Befindlichkeit hat viele Stationen:

Vor drei oder vier Jahren wurde die Ostalgie langsam aber sicher ein unübersehbares Phänomen. In den nordostdeutschen Niederungen hörte ich immer häufiger einen Satz, den ich aus den fünfziger Jahren von Oma und allerhand Onkeln und

Tanten kannte: „Es ist aber auch nicht alles schlecht gewesen!“ Es lohnt sich also, sich zu erinnern an das Erinnern. Wer alt genug ist, kennt drei Schlüsselworte für die zwölf braunen Jahre: „Autobahnen, keine Arbeitslosen, geringe Kriminalität“. Es war eben nicht alles schlecht.

Ich hatte mein Déjà-vu-Erlebnis bei anderem, bis in die Worte hinein ähnlichem Erinnerungsgut: „Kindergärten, Vollbeschäftigung, geringe Kriminalität“. Hätte die SED auch nur eine Autobahn mehr gebaut – wir hätten möglicherweise bei dem einen oder anderen dieselbe Trias des gezinkten Erinnerns wie nach



Einheitsfeier am Brandenburger Tor (Silvester 1989)

J. BÖNING / ZENIT



dem Krieg. Ich habe mich und andere in diesen Jahren oft pathetisch gefragt, wo wir eigentlich sind. Zu kurz war noch der Abstand zu jener Zeit, als plötzlich jedermann die ganze DDR samt Ideologie und Lebensalltag so gründlich satt hatte, daß wenige revolutionäre Wochen genüigten, um das ganze System nach unse-rem Willen auf den Abfallhaufen der Geschichte zu befördern.

Wir wollten das bewährte Neue – das funktionierende westliche Politik- und Wirtschaftsmodell, das manchen Westlern bereits recht alt erschien. Angesichts der Alternativen war dies überaus vernünftig. Aber gleichzeitig hat diese Umgestaltung in Umfang und Tempo die Seelen sehr, sehr vieler überfordert.

Mit dem Weststaat und dem Westgeld und den Westregeln kamen eben nur bei Minderheiten Westgefühle. Schritt für Schritt wurde das Ja zur Einheit und zum freiheitlichen Gemeinwesen ergänzt und manchmal auch verdrängt durch Gefühle der Fremdheit und Unsicherheit.

Menschen, die zwar frei, aber arbeitslos sind, müssen unzufrieden werden. Aber warum geben dann bei diversen Meinungsfragen regelmäßig Mehrheiten zu Protokoll, daß es ihnen so schlecht nicht geht und sie mit ihrer persönlichen Situation zufrieden sind? Nur was die allgemeine Entwicklung betrifft, so sei man eher unzufrieden. Und Ausdruck dieser allgemeinen Säuer- nisse sind dann die stetig sinkenden Zustimmungsraten zu zentralen Werten der Demokratie. Der Demokratie geht es in der öffentlichen Meinung des Ostens ähnlich wie dem Urteil über den Westler: Der Daumen senkt sich.

Das sei natürlich, sagen seriöse Oppositionelle, PDS-Anhänger und politische Randgruppen gleichermaßen. Das sei die Folge der fehlerhaften und mangelhaften Strukturpolitik, der unzureichenden Führungsfähigkeit der Bundesregierung.

Ich traue dieser Analyse nicht über den Weg. Ich glaube, daß neben den tatsächlichen oder unterstellten Fehlern der Bundesregierung viel ältere und grundsätzlichere Ursachen für das gegenwärtige Lebensgefühl ostdeutscher Menschen existieren.

Und selbst wenn es der Bonner Opposition gelingen sollte, die Macht zu erringen, und selbst wenn sie danach zu strukturpolitischen Innovationen fähig wäre, so würde die nachhaltige Fremdheit, die Distanz vieler Ostdeutscher nicht einfach verschwinden. Unsere Vergangenheit unter totalitärer Herrschaft war zu lang.

**E**ine andere Station meines Abschieds von der ostdeutschen Befindlichkeit ist eine Begegnung mit einer alten Bekannten: Kurz nach der letzten Bundestagswahl treffe ich Sabine, die in Wirklichkeit natürlich anders heißt. Ich habe die 27jährige Frau einige Jahre nicht gesehen. Wir sitzen in einer Berliner Kneipe, sprechen auch über die zurückliegende Wahl und unsere eigene Entscheidung. Und zu meinem größten Erstaunen erzählt Sabine, sie habe PDS gewählt.

Es verschlägt mir die Sprache. Sabine gehörte zu den erklärten Gegnern der SED. Ausgehalten in der DDR hatte sie es nur, weil sie einen Beruf in der Kirche ergriffen hatte. Ich kannte sie schon als Kind, und später war sie eine der oppositionellen jungen Frauen in einer meiner Jugendgruppen. Nach 1990 hat sie noch mal ein Studium begonnen. Sie gehört objektiv zu den Gewinnern der Einheit.

Ich frage sie – mehr als verwundert – wo denn ihre politischen Gründe gewesen seien. Sie habe keine politischen Gründe dafür

gehabt, meint Sabine. „Ich hatte keine“, sagte sie. „Ach, weißt du, ich fühlte mich so heimatlos.“

Als ich Stunden später nach Hause gehe, da fällt mir ihr Satz schwer aufs Gemüt. Plötzlich reizen mich nostalgische Osis nicht mehr zum Zorn. Gerade hat mir eine Frau, die ich so lange kenne, eine Spur gezeigt, die ich verfolgen muß. Meine besserwiserische Munterkeit wandelt sich schlagartig in Erschrecken und Traurigkeit. Sabine benennt etwas, das einen Schlüssel zum Verstehen jener enthielt, die ich bislang nicht verstehen konnte: Fremdheit.

Deswegen also wählt sie eine Partei, die die Diktatur schönredet, sich fast schon liebevoll daran erinnert. Eine Partei, in der so viele sitzen, die einst diese Diktatur repräsentierten. Sie wählt nicht PDS, weil sie nunmehr ein neues, vielleicht sogar interessantes Programm hat, sondern weil allein die Existenz dieser Partei einen Impuls von Vertrautheit auslöste.

Nicht die alte Ideologie, so scheint mir jetzt, veranlaßt so viele Menschen zur verklärten Rückschau. Schlechte Lebensgefühle, die aus Fremdheit, Unvertrautheit und Unbehagen entstehen, suchen nach Veränderung. Es zeigt sich, daß weniger rationale Gründe benutzt werden und daß es leichter ist, eine Gemeinsamkeit, etwas, das eben nur wir haben, neu aufzurufen – die in der DDR entstandene Mentalität. Es geht in diesem Zusammenhang weniger darum, solch eine Haltung zu bewerten. Wichtig ist, daß wir ihrer bewußt werden, sie verstehen lernen. Gewachsene Mentalität verwandelt sich offensichtlich erheblich langsamer, als Wissen und Intellekt sich ändern und erweitern können.

Wenn wir die Geschichte der frühen Bundesrepublik und die Jahre zwischen 1945 und 1949 im Westen anschauen, so begegnen uns vielfältige Belege für die Langsamkeit des Mentalitätswandels. Ich zitiere immer wieder jene Allensbach-Umfrage von 1948, in der 57 Prozent der Westdeutschen auf die Frage, ob der Nationalsozialismus eine gute Sache gewesen sei, die nur schlecht gemacht wurde, mit einem Ja antworteten – und das obwohl inzwischen in Zeitungen und Wochenschaun, von den Kanzeln und in Gewerkschaftstreffen die Nazis durch die blutigen Fakten und durch demokratisches Gedankengut delegitimiert waren.

Nicht aus bösem Willen oder ideologiegeleitet, sondern einem eher natürlichen Beharrungsvermögen folgend, behaupten sich trotz oder gerade wegen aller möglichen Umbrüche lebensgeschichtliche Prägungen länger, als es die jeweiligen Lehren vermögen. Dieses Beharrungsvermögen hat seine schlechten wie auch seine guten Seiten. Jahrzehnte der Diktaturen und ihrer Bespitzelungssysteme haben es beispielsweise nicht geschafft, den Menschen einzutrichtern, es sei normal, den eigenen Arbeitskollegen oder gar den Freund zu verraten. Auch in den späten Jahren der DDR noch sagte die Mehrheit nein, wenn sie als Spitzel geworben werden sollte. Da hatte der schlichte menschliche Anstand überlebt.

Zumeist allerdings zeigt die Diktatur Wirkung: Wie etwa sollen Menschen rasch vergessen können, was sie über Jahre oder gar Jahrzehnte hinweg als ihre wesentliche Botschaft verinnerlicht hatten: Beuge dein Haupt, passe dich an, und es wird dir gutgehen.

Für viele, mich eingeschlossen, ist es inzwischen relativ gleichgültig, mit welcher Ideologie die Diktatoren ihre Macht begründen. Als Folge totalitärer Herrschaft fällt uns die außerordentliche Ähnlichkeit der Unterdrückten auf.

Diktatur macht krank. Sicher, jede Diktatur bringt auch höchst imponierende Kämpfer, gelegentlich gar Heilige hervor. Sicher, es



Fackelzug zum 40. Geburtstag der DDR (1989)

J. FINCK / ZEITUNG



Werbeseite

Werbeseite

entsteht neben pseudoreligiösen Politikinszenierungen höchst subtile Kunst.

Und wenn uns auch noch mehr Gutes aus schlechten Zeiten einfällt, das Grundübel totalitärer Herrschaft können wir nicht aus den Augen verlieren. Totalitäre Herrschaft läßt den Menschen nicht zu sich selbst kommen. Wo Individualität und Selbstbestimmung verwehrt werden, wo die Teilnahme an der Macht verweigert ist, wird der Staatsbürger zurückverwandelt in den Untertan.

Ohnmacht macht ähnlich. Deshalb also verdienen jene, die mit der Ideologie des Sozialismus die Ohnmacht der Ohnmächtigen organisiert haben, keine mildernden Umstände. Wenn man dem Mittelalter die Inquisition vorwirft, wie sollte man jene, die als Zeitgenossen der Moderne ihre Macht auf Entmündigung, Zersetzung, Unterdrückung gründen, freisprechen? Müßten nicht gerade Sozialisten und linke Liberale mit besonderer Verbitterung den Verrat ihrer Ideale durch eine schonungslose Kritik des einst real existierenden Staatssozialismus beantworten?

Zum Glück ist dies ja für viele aufgeklärte Linke im Westen inzwischen selbstverständlich. Aber gerade in Deutschland mißbrauchen leider die Milieulinken immer noch einen rituellen Antifaschismus, um sich vor der Auseinandersetzung mit der zweiten deutschen Diktatur zu drücken.

Wenn dieser Gesellschaft in ihrer Neigung, alte Lager sicherheiten immer wieder neu zu beleben, nur Altes einfällt, bleibt der demokratische, antitotalitäre Grundkonsens auf der Strecke. Altlinke in purem Antifaschismus und Altkonservative und Rechte in sturem Antikommunismus ergänzen sich eben nicht, sie blockieren nur die Diskussion.

Dabei sind wir ja ganz gut aus den Startlöchern gekommen, vor nunmehr acht Jahren. Im Herbst 1989 haben wir nach langem Gehorsam die Zivilcourage wiederentdeckt. Warum glauben wir uns unsere eigene Revolution nicht mehr? Hat uns die Courage verlassen, weil die eigenen Verdienste angesichts westlicher Dominanz bedeutungslos erscheinen? Oder waren wir nach der langen Entwöhnung von selbstbestimmtem Handeln einfach zu kurzatmig?

Wahrscheinlich stimmt beides. Und wir enden in der Beschwörung alter Zeiten und Werte – und bei den Wessi-Witzen.

**E**ine Zukunft hat eine solche Haltung nicht. In der Nachkriegszeit im Westen gab es ja auch diese Parteien und Gruppen, die ihre Gefolgschaft aus nationalem Frust, Minderwertigkeitsgefühlen und politischem Trotz rekrutierten. Damals beschädigten sie nur den sowieso schon ramponierten Ruf des Landes und trugen zu einem Klima bei, das die Täter der NS-Zeit begünstigte. Heute sind sie alle vergessen.

Ich bin froh, daß ich nicht politisch handeln mußte in der frühen Zeit der Bundesrepublik. Gnadenfieber, Schlußstrichneigung und Versöhnungsmetaphorik versperrten den Deutschen den Weg zur Selbstbefreiung durch Anerkennung von Verantwortlichkeit und Schuld. Wir im Osten haben uns nach dem Ende des Stasi-Sozialismus keinen Schlußstrich verordnet, und wir können darauf stolz sein. Wir haben uns dafür entschieden, den Fakten nicht aus dem Weg zu gehen. Wir haben die Archive geöffnet – nicht nur das der Stasi, auch das der Partei und die der Regierung. Wir haben dies selbst entschieden noch im Sommer 1990 vor der Einheit.



Jugendweihe im Berliner Friedrichstadtpalast (1997)

Dennoch leben wir mit der Erblast all dieser Jahrzehnte politischer Ohnmacht, die unserer Haltung geschadet hat und die tief in unsere Mentalität eindrang. Sie wird uns noch lange drücken.

Wie gehen wir damit um? Kriechen wir in unsere Wagenburg, unser Zelt und beschnuppern uns dort immer wieder aufs neue, um uns von der Nähe des Bekannten trösten zu lassen? Oder testen wir das fremde, unbekanntes Terrain. Brechen wir mit all unseren alten Ängsten noch einmal auf – wohl wissend, daß wir angstfrei nicht mehr werden. Wie oft probieren wir es? Ein-, zwei- oder dreimal?

Die Freiheit läßt uns sicher freier atmen als der alte Mief – sie ist für uns, denen Befreiung doch so wichtig war, weiterhin von entscheidender Bedeutung. Aber nach all der eingeübten Angst ist es hier im Osten zu wenig, denn zu viele glauben, daß sie mehr Risiken als Chancen der Freiheit präsentiert bekommen. Ich bin nicht dieser Ansicht – nur: Zu viele empfinden dies so.

Wir können uns jetzt in der Demokratie nicht schweigend und erschöpft einfach nur still hinsetzen, als wären wir am Ziel. So haben beispielsweise allzu viele

junge Leute keinen Ausbildungsplatz. Dabei könnten gerade diese jungen Menschen viel schneller in der freien Gesellschaft ankommen – sie sind frei von den Lähmungserscheinungen durch langjährige Prägung. Gerade sie würden ja die Freiheit, in der man sich selbst etwas getraut, gern ausprobieren. Sie dürfen von den Älteren nicht in das Gefängnis der Nostalgie geholt werden. Aber sie erwarten vom neuen Deutschland, daß Handlungsräume geöffnet werden und nicht nur die Türen der Arbeitsämter offenstehen.

Wir haben uns 1989/90 mutig geschworen, uns der Wahrheit zu stellen. Wie und warum sollten wir jetzt damit aufhören? Schon die Suche nach Wahrheit befreit. Und diese Suche befähigt uns – uns alle, auch die Menschen im Westen. Wir lernen dabei auch, den Politikern beim schwierigen Umgang mit heute noch real existierenden Diktaturen genauer auf die Finger zu schauen – vom kommunistischen China bis zum fundamentalistischen Iran der Ajatollahs.

Zum Schluß: Etwas Nostalgie muß sein! „Es war ja auch nicht alles schlecht in der DDR“ – wohl wahr. Gut war, daß so viele nein zum Verrat gesagt haben, Feinde wie Freunde der DDR. Gut war, daß es so unterschiedliche Formen von Opposition gab über alle Jahrzehnte. Und daß wir – im Land des Gehorsams aufgewachsen – unsere Freiheit selber schufen –, das vor allem war nicht schlecht!

Nach sieben Jahren Einheit scheint mir wichtig: Wir brauchen noch länger Zeit, die Trümmerlandschaft, die die Diktatur in uns hinterließ, zu verwandeln – aber den meisten kann dies gelingen. Nur – von Trümmern, Fehlern und besonders eigener Schuld kann man sich nicht befreien, wenn man die Fehler und die Schuld der anderen thematisiert. Es half nach dem Krieg auch nichts, immer wieder auf die Fehler der Sieger hinzuweisen. Irgendwann kamen wir bei eigener Schuld an und haben sie bearbeitet.

Das hat das Land dann wirklich verändert. Unter anderem deshalb konnten ostdeutsche Demokraten mit Freude auf die Vereinigung mit diesem (West-)Deutschland zugehen. Kritik an Regierungen und ungerechten Zuständen kann nicht Ersatz sein für Selbstkritik und Selbstbefreiung aus alten Bindungen und Prägungen. ◆

Werbeseite

Werbeseite



BRANDENBURG

# Hilfe vom geistigen Vater

Der brandenburgische Landwirtschaftsminister Edwin Zimmermann macht alles für die Bauern – am meisten für die der eigenen Familie.

**K**ernige Sprüche sind Edwin Zimmermanns Sache. Wo auch immer den Bauern in Brandenburg Ungemach droht, ist der gelernte Traktorist zur Stelle.

Als Umweltminister Matthias Platzeck weite Flächen an der Oder unter Naturschutz stellen ließ, rief Zimmermann die betroffenen Bauern ganz ungeniert auf, die Schranken um das Schutzgebiet niederzureißen. Als Einzelhandelsketten brandenburgische Produkte nach Bauernmeinung zu billig aufkaufen wollten, drohte er mit Boykott: „Dann werden die nicht mehr beliefert.“

Weil Zimmermann für die SPD im Agrarland Brandenburg als Stimmenfänger unverzichtbar ist, überlebte der Minister sogar eine teure Affäre: Der von ihm genehmigte Bau überdimensionierter Anlagen zur Beseitigung von Tierkadavern führte 1995 zu Millionenverlusten und trieb einen Staatssekretär zum Rücktritt. Dem Minister brachte der Vorfall lediglich einen Spitznamen ein: „Kadaver-Ede“.

Doch jetzt könnte es für Zimmermann eng werden. Der Sozialdemokrat steht im Verdacht, er könne private und berufliche Belange nicht voneinander trennen.

Als sein Kollege Platzeck in diesem Jahr wieder einmal ein Landschaftsschutzgebiet ausweisen wollte, verweigerte Zimmermann die nötige Unterschrift. Zwei Ämter und ein Privatbetrieb hatten Einwände gegen das Projekt erhoben.

Der Privatbetrieb gehört Eckhardt und Monique Zimmermann, beide mit dem Minister durchaus verwandt: Eckhardt ist sein Bruder, Monique seine Tochter.

„Wir erheben Einspruch gegen die bestehende Rechtsverordnung über das Landschaftsschutzgebiet Rochau-Kolpiener Heide“, heißt es in dem Brief von Monique Zimmermann aus dem Dorf Schöna-Kolpien an das zuständige Amt für Agrarordnung. „Da wir auf unseren Flächen ohnehin bereits eine intensivere Bewirtschaftungsform anstreben und die vorliegende Rechtsverordnung keinerlei Entschädigung erkennen läßt, können wir dem nicht zustimmen.“ Er selbst, räumte Zimmermann gegenüber dem SPIEGEL ein, habe seiner Tochter erklärt, welche Folgen Platzecks Vorhaben für ihre Landwirtschaft gehabt hätte.

Daß Edwin Zimmermann an der heimischen Scholle in Schöna hängt, daraus hat er kein Hehl gemacht. Er und sein Bruder Eckhardt stammen aus dem märkischen Dorf rund 60 Kilometer südlich von Berlin,



Minister Zimmermann  
„Natürlich macht er PR für uns“

hier gehörte ihren Eltern Haus und Hof. Erbe Eckhardt und Edwins Tochter Monique bewirtschaften in Schöna Äcker, betreiben Forst- und Viehwirtschaft im großen Stil. Edwin Zimmermann und seine Frau bauen direkt neben dem Hof des Bruders derzeit ein Haus.

Seit Jahren sorgt der Landwirtschaftsminister fürsorglich für die Seinen. 1994 gründete er, damals bereits Landwirtschaftsminister, den „Förderverein Dahme/Mark“, dessen Vorsitz er zunächst selbst übernahm. Der Verein, frohlockte er zwei Jahre später, habe sich „zu dem Impulsgeber für die regionale Entwicklung“ in Dahme entwickelt. Ein Informationsamt, eine Trachtenwerkstatt, Modenschauen und Markttage seien „maßgeblich dem Förderverein zu verdanken“.

Eins der Projekte steht auf dem Hof der Zimmermanns. Seit drei Jahren arbeiten fünf ABM-Kräfte in deren alter Backstube in einer „Schaubäckerei“. Während andere Unternehmungen des Vereins dahindümpeln, die Trachtentnäherei dichtgemacht wurde, ist Zimmermanns Backstube inzwischen fit für den freien Markt. Chef der neuen GmbH „Schaubäckerei“ wird Monique Zimmermann.

Den familiären Aufschwung hat der Minister mit befördert. Landauf, landab lobte er unermüdlich den Förderverein Dahme. Wolfgang Siegler, seit Zimmermanns Wechsel vom Vereinsvorsitz zum Ehrenmitglied Chef des Vereins: „Wenn Herr Zimmermann seine Gespräche führt, dann macht er natürlich PR für uns.“

Die Werbung blieb nicht ohne Erfolg. Vor wenigen Monaten machte die Berliner Lebensmittel-Kette Meyer-Beck dem Förderverein ein wertvolles Geschenk – zwei nagelneue Backöfen für die Schaubäckerei in Schöna. Wert der Gabe: 120 000 Mark.

Wer die Öfen besorgt hat, ist kein Geheimnis. Siegler gibt dem Ehrenmitglied Zimmermann die Ehre. Und der Minister bestreitet dies nicht: Er selbst habe den Geschäftsführer von Meyer-Beck auf das Projekt aufmerksam gemacht. Er sei schließlich „der geistige Vater aller Projekte“ des Vereins.

Seit vorletzter Woche verkaufen Filialen der Firma Meyer-Beck Brot aus dem Hause Zimmermann. Die neue GmbH soll dem Verein eine Pacht zahlen, über deren Höhe sich Förderverein und GmbH ausschweigen. Auch für die Firma Meyer-Beck hat sich die Schenkung gelohnt. Der Agrarminister preist die Firma bei jeder Gelegenheit als mustergültigen Betrieb: „Meyer-Beck arbeitet positiv mit dem Land Brandenburg zusammen.“

An seinem Einsatz für das Wohl der eigenen Familie kann Brandenburgs oberster Landwirt nichts Verwerfliches finden: „Es ist mir eine Herzensangelegenheit, daß es den landwirtschaftlichen Betrieben in Brandenburg gutgeht, natürlich auch dem meiner Familie.“



Schaubäckerei in Schöna: „Es ist mir eine Herzenssache“



# Die 40 Quadratmeter der Marianne W.

Fast ein Jahr lag eine weibliche Leiche unentdeckt in einem Hamburger Wohnsilo. Die Nachforschungen geben Einblick in das bizarre Doppelleben einer einsamen Frau. *Von Bruno Schrep*



V. SCHIMKUS

Appartement der Marianne W.\*: Ganz unten Zeitungen von 1974

Das Hochhaus Striepenweg 40 in Hamburg-Harburg, mitten im Stadtteil Neuwiedenthal, ist ein häßlicher Betonbau aus den sechziger Jahren. Die Wände im Erdgeschoß und in den Aufzügen sind mit Graffiti beschmiert, vor den Briefkästen stapeln sich weggeworfene Reklamesendungen. Es riecht nicht gut.

Die Mieter, darunter viele sozial Schwache, viele Ausländer, viele Alleinstehende, kennen sich untereinander kaum. Die Namensschilder an den Wohnungstüren wechseln oft. Wer noch genug Kraft hat, bemüht sich, hier schnell wieder wegzuziehen.

Vom 16. Stockwerk ist die Aussicht phantastisch. Bei klarem Wetter kann man bis weit ins Alte Land hineinsehen, in das riesige Obstanbaugebiet am Rande Hamburgs.

In diesem 16. Stock, in Appartement 7, wohnte fast 30 Jahre die Sachbearbeiterin Marianne W. Dort ist sie auch, von den Nachbarn unbemerkt, im Alter von 64 Jahren verstorben. Als sie gefunden wurde, war ihre Leiche bereits verweset.

Niemand weiß, wie ihr Leben endete. Starb sie schnell, nach plötzlichem Herzversagen oder nach einem Schlaganfall? Oder konnte sie vor Schwäche nicht mehr aufstehen, ist sie nach Tagen oder Wochen verhungert und verdurstet?

Niemand weiß, wann sie starb. Im August vorigen Jahres? Im September? In der ersten Oktoberwoche? Die auf dem Totenschein angegebene Sterbezeit umfaßt zwölf Monate: Vom 14. August 1996 bis zum 15. August 1997, 12.20 Uhr.

Aussagen von Jugendfreundinnen, Verwandten, Geschäftsleuten und ehemaligen Arbeitskollegen der Toten ergeben das Bild eines bizarren Doppellebens: ein geordne-

**Mieterin Marianne W.**  
*Krankhafter Zwang*

tes, nach außen, für Bekannte, Kollegen, Vorgesetzte. Ein chaotisches, nur für sich, zwischen Abfall, Altpapier und teilweise neuen, noch nicht getragenen Kleidern in der knapp 40 Quadratmeter großen Wohnung. Die Feuerwehrleute, die ihre Tür auf-

\* Nach der Öffnung am 15. August.

brachen, entdeckten als erste, was die Mieterin unbedingt zu verheimlichen suchte.

Als Frau W. Ende 1968 in die gerade fertiggestellte Anlage am Striepenweg zieht, gilt das Wohnen im Hochhaus noch als Fortschritt, als luftige Alternative zu kleinbürgerlicher Enge und stickigem Altbaumief.

Für die neue Mieterin ist das Appartement 7 – Wohn-Schlafzimmer, Kochnische, kleines Bad, winziger Balkon – die erste eigene Wohnung. Obwohl bereits Mitte Dreißig, hat sie bisher bei den Eltern gelebt. Erst nachdem die Mutter nach langer Krankheit gestorben ist, der Stiefvater erneut heiratet, macht sie sich selbständig. Ihr leiblicher Vater verließ die Familie, als sie drei Jahre alt war.

Sie ist wie so viele Menschen ihrer Generation noch vom Krieg geprägt. 1943, als Elfjährige, überlebte sie im Luftschutzkeller die Bombardierung Hamburgs, spürte erstmals Todesangst. „Nachbarhäuser wurden getroffen und brannten aus“, erinnert sich eine Schulfreundin, „viele Bewohner kamen um.“

In der Nachkriegszeit lernte Marianne W. mit dem Mangel zu leben, hatte oft Hunger: Zucker und Butter waren rationiert, die Milch war dünn wie Wasser. Viele Kinder wurden zum Hamstern auf die Straße geschickt. 1949, als sie die Mittlere Reife gepackt hatte, bekam sie erstmals ein paar richtige Nylonstrümpfe. Da war sie 17.

Knapp 20 Jahre später kann sie sich jede Woche neue Strümpfe leisten: Sie hat einen gutbezahlten Posten als kaufmännische Angestellte, die Miete für das neue Appartement ist niedrig.

Auf ihre Hochhauswohnung ist die Mittdreißigerin richtig stolz. Sie kauft sich eine moderne Schrankwand mit kleiner, aufklappbarer Bar, eine Sitzgarnitur mit Couchtisch und zwei Sesseln, dazu passende Vorhänge. Sie lädt Freunde ein, selbst flüchtige Bekannte, die sie zufällig auf der Straße trifft, fordert sie zum Besuch auf: „Ihr müßt einfach die Aussicht genießen.“

Vermutlich hat außer Marianne W. indes nie jemand das Appartement 7 betreten.

Schon bald nach ihrem Einzug, etwa um 1970, muß die Frau begonnen haben, Gegenstände zu sammeln, die andere als Abfall aussortieren: den alten Reklameprospekt des Supermarkts, die leere Medikamentenschachtel, die kaputte Plastik-tischdecke. An manchen Stellen bilden sich kleine Halden.

Anfang der siebziger Jahre wechselt Marianne W. zur Allgemeinen Ortskrankenkasse, wo sie auch gelernt hat, wird Kundenbetreuerin der AOK in Harburg. Bei den Kunden ist sie beliebt: Sie hilft Versicherten, die mit Anträgen nicht zurechtkommen, zahlt in Notfällen schon mal Krankengeld per Scheck aus, obwohl das nicht üblich ist.

Die Halden in Appartement 7 werden größer. Die Mieterin, inzwischen über 40,

Werbeseite

Werbeseite





Wohnhaus von Marianne W.\*: Niemand schlug Alarm

nicht von dem gebrauchten Papiertaschentuch. Nicht von der leeren Konservendose, nicht von der ausgebrannten Glühbirne.

Sie leidet, ohne es zu wissen, an einer ungewöhnlichen Krankheit: dem sogenannten Vermüllungssyndrom – einer Störung, die von Medizinern auf Verluste in der Kindheit zurückgeführt wird. Ihr Leben wird von dem Zwang bestimmt, alles aufheben zu müssen.

Wie Marianne W. werden etwa drei Prozent der Erwachsenen in der Bundesrepublik von unterschiedlichsten Zwängen gepeinigt – sie waschen sich unentwegt die Hände, kontrollieren bis zu hundertmal, ob ihre Wohnungstür verschlossen ist oder trauen sich aus Angst vor ansteckenden Krankheiten nicht in Busse, Kneipen oder Kinos. Die Zwangshandlungen dienen der Abwehr unbewusster Ängste.

Beim Versuch, ihre Krankheit zu verheimlichen, kapselt sich Marianne W. immer mehr ab. Ihre Einsamkeit bekämpft sie mit Alkohol, wie ihre Hinterlassenschaft ausweist. Sie trinkt, bis der Druck nach-

nicht erscheint. Heute ist klar, daß es der alleinstehenden Frau peinlich war, sich nicht mit Gegeneinladungen revanchieren zu können.

Zu ihrem 50. Geburtstag stehen drei Halbschwestern, die sie seit Jahrzehnten nicht gesehen hat, mit einem riesigen Blumenstrauß vor Appartement 7. Die Jubilarin öffnet nicht. Zu Weihnachten möchte ein Kollege einen Kuchen vorbeibringen, klingelt mehrfach, sieht einen schwachen Lichtschein. Die Tür bleibt geschlossen.

Als die Angestellte 1986 zur Mahnabteilung in der Hamburger AOK-Zentrale versetzt wird, führen bei ihr zu Hause vermutlich nur noch enge Schneisen zur Badewanne, zur Balkontür, zur Küchenecke. Der Fußboden drum herum ist etwa einen halben Meter hoch mit Gegenständen jeder Art bedeckt.

Die Kollegen in der Zentrale merken nichts: Marianne W. kommt stets mit ausgesucht modischer Kleidung ins Büro, trägt fast täglich eine andere, schicke Garderobe. Auch ihre Frisur ist immer tipptopp, sie riecht ganz dezent nach teurem Parfum. Alkoholisiert wirkt sie nie.

„Selten habe ich eine so gepflegte Frau erlebt“, erinnert sich der Mitarbeiter, der ihr jahrelang gegenüber gesessen hat.

Ihre Kleider kauft Marianne W. ausschließlich in einem kleinen Modegeschäft unmittelbar neben dem Hochhaus. Dort taucht sie mindestens einmal pro Woche als gute Kundin auf. Die beiden Inhaberinnen werden ihre engsten Vertrauten.

Ihnen gesteht sie, wie schwer ihr die Umstellung auf Computer fällt, auf „diese doofen Dinger“. Ihnen berichtet sie auch, daß sie von einer Weltreise träumt oder

hebt jetzt auch alle Zeitungen und Illustrierten auf, stapelt sie auf dem Fußboden und in den Sesseln. Ganz unten werden bei den Aufräumarbeiten die Ausgaben von 1974 gefunden.

Die Techniker vom Fernmeldeamt, die ihr einen Telefonanschluß legen sollen, bestellt Marianne W. aus Scham wieder ab. Auch den verheirateten Mann, den sie während einer Kur kennenlernt, mit dem sie sich anfreundet, läßt sie nicht in ihre Wohnung. Immer wieder wimmelt sie ihn mit Ausflüchten ab. Der Freund mietet schließlich ein Zimmer für die gemeinsamen Wochenenden. Die Beziehung scheidet, weil der Familienvater seine Ehefrau nicht verlassen möchte.

Der Mann habe sie an ihre Jugendliebe erinnert, erzählt Frau W. einer Bekannten, an einen jungen Unternehmersohn, mit dem sie Anfang der fünfziger Jahre verlobt gewesen sei. Doch der Verlobte sei bei einem Unfall in Südamerika gestorben.

Marianne W. kann sich von nichts mehr trennen. Nicht von dem alten Kalender,



Marianne W. (r.) bei einer Feier mit Kollegen: Die Mitarbeiter merken nichts

läßt. Die leeren Wein- und Bierflaschen wickelt sie sorgfältig in Papier und Plastiktüten und schichtet sie aufeinander.

Freunde und Verwandte melden sich immer seltener. Sie können nicht verstehen, warum Marianne W. Einladungen ignoriert, zu Geburtstagsfeiern oder Partys einfach

doch zumindest von einer Kreuzfahrt – seit Jahrzehnten ist sie im Urlaub nie weiter als nach Hannover gekommen.

Weil ihr Kleiderschrank längst vollgestopft ist, türmt sie getragene Sachen, aber auch neue, noch verpackte Röcke, Blusen und Strümpfe nach einem komplizierten

\* Pfeil: das 16. Stockwerk.



Werbeseite

Werbeseite

System auf bereits bestehende Haufen auf, trennt die verschiedenen Schichten mit Plastikfolie voneinander ab. Manchmal bricht so ein Haufen zusammen, die Einzelteile rutschen in die wenigen verbliebenen Lücken. Fast überall liegt der Staub zentimeterhoch.

Im Büro witzeln die Kollegen über Marianne W.s Sauberkeitsfimmel. Als sie einen anderen Schreibtisch bekommt, bringt sie eine Flasche Spüli mit, wischt sorgfältig jede Schublade aus. Auch die Tastatur ihres neuen Computers reinigt sie sorgfältig mit Benzin, jeden Buchstaben einzeln.

Doch weil „Woody“, wie sie inzwischen von allen genannt wird, ein prima Kerl ist, immer hilfsbereit, immer freundlich, sehen die anderen über die Marotte hinweg. Schließlich sorgt die Abteilungsälteste für

Kleidung breitet sich hüfthoch im ganzen Raum aus, an manchen Stellen höher. Zum Balkon führt kein Weg mehr, die Badezimmertür ist ebenfalls blockiert. Auch das Bett ist vollgepackt.

Im Sommer 1996 verlieren sich die Spuren von Marianne W. Bei den ehemaligen Kollegen meldet sie sich nicht, obwohl sie es fest versprochen hat. Ins Modegeschäft kommt sie nur noch gelegentlich. Im Supermarkt nebenan wird sie noch ein paar Mal beim Bierholen gesehen. An einem Samstag Anfang August erscheint sie nicht zum vereinbarten Friseurtermin.

Lange Zeit wird Frau W. nicht vermisst. Das Bankkonto, auf dem die Rente aufläuft, weist stets Deckung auf. Die Miete, 564,84 Mark monatlich, wird automatisch abgebucht. Post bekommt Marianne W. seit Jahren so gut wie nie.

Keiner fährt hoch in den 16. Stock, klingelt, klopft, schlägt Alarm. Erst ein knappes Jahr nach ihrem Verschwinden verständigen die Besitzerinnen des Modeladens die Polizei.

Als am 15. August dieses Jahres das Appartement 7 geöffnet wird, finden sich unter anderem: 500 gebrauchte und unbenutzte Strumpfhosen, 400 Kleider und Röcke, zum Teil neu, schätzungsweise 10 000 Papiertaschentücher (gebraucht), 350 Flaschen Parfum, teilweise noch gefüllt, 1200 leere Wein- und Bierflaschen, 3 defekte Fernsehapparate, 2 Radios und 3000 alte Zeitungen.

Oben auf einem Papierstapel liegt ein vergilbter Brief, unterschrieben von zwei ehemaligen Kolleginnen:



Porträtfoto von Marianne W.: „Eine so gepflegte Frau“

ein herzliches Betriebsklima: Sie achtet darauf, daß die Keksdose immer gefüllt ist, wacht darüber, daß kein Geburtstag vergessen wird, kein Jubiläum unbeachtet bleibt. Die Kollegen sind ihre Familie.

An einem Herbsttag 1994 kommt die Stammkundin W. blaß und zitternd ins Modegeschäft, kann vor Aufregung kaum sprechen. „Sie wollen mich vorzeitig in Rente schicken“, berichtet sie, „ich will aber nicht. Ich kämpfe um meinen Arbeitsplatz.“ Sie weint.

Die Krankenkassenangestellte unterschreibt einen Auflösungsvertrag zum 31. Dezember 1995, bekommt „als Entschädigung für den vorzeitigen Verlust des Arbeitsplatzes“ 10 000 Mark ausbezahlt. Sie ist 63 Jahre alt.

In Appartement 7 wachsen im ersten Halbjahr 1996 die letzten Schneisen zu. Die Mischung aus Abfall, Altpapier und

*Liebe Woody! Und wieder ist es Weihnachten geworden. In diesem Jahr hast Du uns von Anfang bis Ende lieb behandelt und sehr verwöhnt. Was liegt da näher, als über Dich das Füllhorn auszugießen. So kam zu Dir der Nikolaus. Du hast es ihm zwar verboten, aber der Weihnachtsmann ist ein alter, gütiger Mann, der sich nichts verbieten läßt. Er hat auf die Erde geschaut und gesagt: „Die liebste Woody von allen bekommt etwas zu Weihnachten. Sie hat es verdient.“*

Der Entrümpelungsspezialist, ausgestattet mit Atemschutzmaske und einer riesigen Schaufel, füllt 250 Müllsäcke. Eine solche Wohnung, sagt er, habe er noch nie gesehen.

Unten, an den Briefkästen, klebt inzwischen bei Appartement 7 ein Zettel mit einem neuen Namen. ◆

Werbeseite

Werbeseite



EXTREMISTEN

# Dringendes Bedürfnis

Politik, Justiz und Verfassungsschutz streiten über den richtigen Umgang mit den kurdischen Radikalen. Einem PKK-Führer wurden weitreichende Zugeständnisse gemacht.

Strafverfolgung“) gar nicht erst verhandelt. Das Bonner Justizministerium ist informiert, Diskretion vereinbart. Auch Schultz will sich nicht äußern: „Dazu sage ich nichts vor der Verhandlung.“

Die Zurückhaltung ist verständlich. Denn Yilmaz wird den Gerichtssaal im kommenden Frühjahr als freier Mann verlassen können. Daß die 34 Monate, die Yilmaz in London nach seiner Ergreifung in Auslieferungshaft saß, aufs Strafmaß an-

gerechnet werden, entspricht gesetzlichen Regeln. Daß aber mit Yilmaz fest vereinbart wurde, daß er nach der Hälfte der Haftzeit entlassen wird, gehört zu den Sonderheiten des Falls.

Der Deal mit dem PKK-Funktionär und seinen Anwälten dokumentiert, welchen neuen Kurs die Justiz im Umgang mit den Kurden eingeschlagen hat. Die Bundesanwaltschaft müht sich, anhängige Alt-Verfahren gegen die Kader der Arbeiterpartei möglichst zügig und geräuschlos abzuwickeln.

Generalbundesanwalt Kay Nehm denkt schon darüber nach, wie lange seine Behörde die PKK überhaupt noch als Terroristenorganisation verfolgen könne.

Falls sich die PKK „auf die politische Agitation“ beschränke, so Nehm, wäre „ihr Führungskader jedenfalls für die Zukunft nicht mehr als eine terroristische Vereinigung“ anzusehen, „ob einem das gefällt oder nicht“.

Auf einen extremen Gegenkurs möchte dagegen Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) seine

Amtscollegen in den Ländern verpflichten. Erst Anfang dieses Monats hatte Kanther in harschen Worten versucht, die nordrhein-westfälische Regierung dazu zu bringen, eine Erlaubnis für das „Kurdische Kultur- und Friedensfestival“ zu widerrufen. Die Veranstaltung in Köln sei „offenkundig die jährliche Großveranstaltung der PKK“ und damit ein „strafbarer Verstoß gegen das Betätigungsverbot“.

Obwohl die Bonner ihr Fernschreiben zum Brandbrief („Eilt sehr, sofort auf den Tisch“) hochgejazzt hatten, blieb man in NRW fest. Das Happening durfte mit behördlichem Segen stattfinden, obwohl Kanther formal recht hat.

Die verbotene PKK darf sich hierzu-lande nicht betätigen, das Zeigen ihrer Symbole ist eine Straftat. Als in Köln Kurden Fahnen schwenkten und eine Rede des PKK-Führers an die Seinen



Kurden-Festival in Köln\*: „Strafbarer Verstoß gegen das Betätigungsverbot“

Die Richter des Dritten Strafsenats beim Oberlandesgericht Celle haben ganz ordentlich zu tun. Angeklagte müssen schon mal ein Jahr ausharren, bis ihr Prozeß bei der Staatsschutzkammer terminiert ist.

Für den Kurden Faysal Dunlayici, 47, alias Kani Yilmaz, der erst im August von den englischen Behörden an die deutsche Justiz ausgeliefert wurde, gilt eine solche lange Wartezeit nicht. Die Hauptverhandlung gegen ihn soll voraussichtlich schon im November beginnen.

Das ist nicht die einzige Besonderheit im Verfahren 2 BJs 117/94-8, das die Bundesanwaltschaft gegen Yilmaz wegen des „Verdachts der Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung“ gemäß Paragraph 129a StGB führt. Yilmaz, der

einstige Europa-Chef der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans PKK, kennt auch schon das Urteil – ehe überhaupt Anklage erhoben worden ist.

Wie in einem Drehbuch haben Ankläger und Verteidigung den Verlauf des Verfahrens festgeschrieben und das Ergebnis ausgehandelt. Eine solche Absprache, die wohl auch aus politischer Opportunität erfolgte, ist bislang einzigartig in der deutschen Rechtsgeschichte.

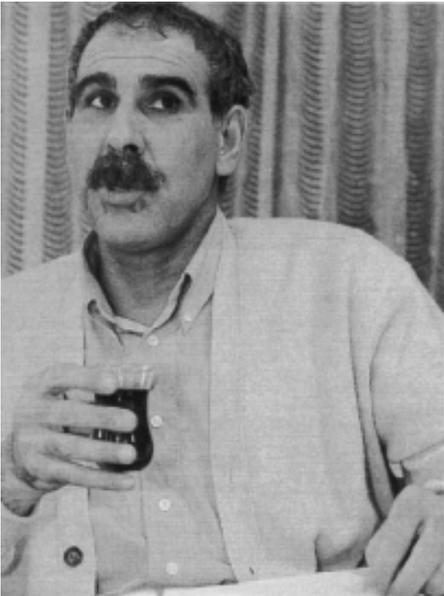
Yilmaz, ein Kampfgefährte des Kurdenführers Abdullah Öcalan, soll wegen Sachbeschädigung und schwerer Brandstiftung zu „einer Freiheitsstrafe von nicht mehr als acht Jahren“ verurteilt werden, versicherte die Bundesanwaltschaft seinem Bremer Verteidiger, Hans-Eberhard Schultz. Der Vorwurf, Kopf einer Terrortruppe zu sein, werde gemäß Paragraph 154a der Strafprozeßordnung („Beschränkung der

\* Am 6. September im Müngersdorfer Stadion.



Werbeseite

Werbeseite



K. MEHNER

**Ehemaliger PKK-Europa-Chef Yilmaz**  
Drehbuch für das Strafverfahren

eingespielt wurde, schritt die Polizei nicht ein.

Der Fall Yilmaz und der Streit um die Kölner Veranstaltung zeigen die Unsicherheit, die deutsche Sicherheitsbehörden befällt, wenn sie sich mit der größten extremistischen Ausländergruppe (circa 9000 Mitglieder) in diesem Land beschäftigen müssen.

Noch vor vier Jahren schien die Sache klar. Nach bundesweiten Brandanschlägen verbot Kanther die PKK, in rascher Folge kamen in den folgenden Jahren Neugründungen kurdischer Organisationen auf den Index. Hunderte von Verfahren wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung oder wegen des Verstoßes gegen das Vereinsgesetz wurden eingeleitet.

1995 reisten dann Emissäre der Bundesregierung zu Öcalan und mahnten ein Ende der Gewalt an. Der Kurdenführer lenkte ein. Die Chance, wie einst PLO-Chef Jassir Arafat vom geschmähten Terroristen zum geachteten Chef einer Befreiungsbewegung aufzusteigen, schmeichelte ihm. Der damalige Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) besuchte die Innenminister der Länder und warb um Zurückhaltung gegenüber der PKK.

Öcalan hielt Wort, die Ausschreitungen ebten ab. Über Mittelsmänner halten Bonn und der Kurdenführer Kontakt miteinander. Aber obwohl Kanzleramt und die zu-

ständige Fachabteilung im Kanther unterstehenden BfV sich weiter für die weiche Linie stark machen, will der Innenchef die Freiräume jetzt nicht mehr dulden.

Weil er „nach wie vor ein dringendes Bedürfnis am konsequenten Vollzug des Verbots“ sieht, fordert Kanther von den Ländern jetzt grundsätzliche Festlegungen. Unter anderem sollen sie erklären, ob sie PKK-gesteuerte Veranstaltungen schon dann für zulässig halten, wenn „Gewaltfreiheit“ und „werbefreier Verlauf“ garantiert sind.

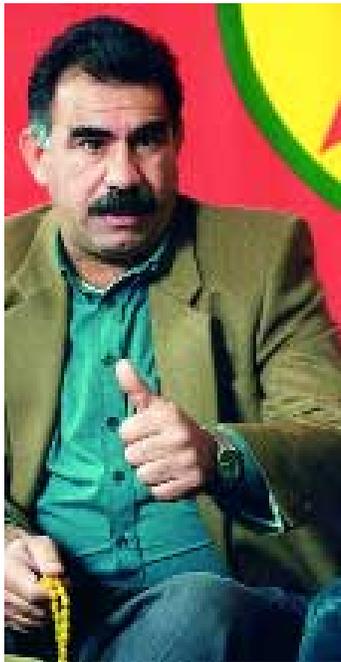
Doch Kanthers „Rachefeldzug“ (ein Düsseldorfer Ministerialer) dürfte wenig Aussicht auf Erfolg haben, die prinzipientreue Linie im Umgang mit der PKK existiert kaum mehr. Schon im letzten Monat war ein erster Deal zwischen Anklägern und PKK-Verteidigern für einen Prozeß bekanntgeworden. Ein Abgesandter Öcalans hatte beim Generalbundesanwalt für zwei angeklagte Funktionäre recht milde Urteile ausgehandelt. Den beiden Kadern war sogar ein Geständnis erspart geblieben.

Daß sich die Karlsruher auf so entgegenkommende Art nun sogar mit Yilmaz einigten, gilt selbst Insidern als überraschend. Den Bundesanwälten galt der Kurde nämlich als Öcalans Drahtzieher in Europa. Im Oktober 1994 wurde er vor dem Londoner Parlamentsgebäude verhaftet, als er gerade auf dem Weg zu einer Rede vor britischen Labour-Abgeordneten war. In einem an Scotland Yard übermittelten Haftbefehl warf der Bundesgerichtshof Yilmaz vor, für 55 Überfälle und 59 Brandstiftungen gegen türkische Konsulate, Banken und Geschäfte mitverantwortlich zu sein.

Zu der Terrorwelle des Jahres 1993 braucht Yilmaz, auch dies ist abgesprochen, nicht auszusagen. Die Bundesanwaltschaft will sich mit einer Erklärung seines Verteidigers zufriedengeben, in

der Yilmaz sich der heutigen Haltung seines Chefs Öcalans anschließt: Damals seien Fehler gemacht worden, nun setze er sich dafür ein, daß sich die Kurden in Deutschland gesetzestreu verhalten sollen.

Selbst mit weiterem juristischen Handel muß Yilmaz nach Abschluß des Celler Prozesses nicht rechnen. Zeugenauftritte in anderen PKK-Verfahren, versichert die Bundesanwaltschaft, seien für ihn nicht geplant. Falls er wider Erwarten doch geladen werde, kann Yilmaz ungeschoren schweigen – Karlsruhe verpflichtete sich, „keine Anträge auf Beugemittel zu stellen“.



M. ZUCHT / DER SPIEGEL

**PKK-Führer Abdullah Öcalan**



FOTOS: M. TRIPPEL / IMAGES.DE

**Razzia in Berlin:** *Wieviel grünen Schutzmann braucht der Mensch?*

KRIMINALITÄT

# Bratton vorm Kopf

Von Dieter Schenk

„Aufräumen wie in New York?“ fragte der SPIEGEL in einer Titelgeschichte (Nr. 28/1997) über die wachsende Kriminalität in deutschen Städten und die Überlegungen von Politikern, durch massive Polizeipräsenz nach amerikanischem Muster die Gemeinden wieder sicherer zu machen. Nach Ansicht des Berliner Kriposchefs und stellvertretenden Polizeipräsidenten Dieter Schenk, 59, wäre das ein gefährlicher Weg. In einem Beitrag für den SPIEGEL fordert Schenk statt dessen das Entdeckungs- und Verurteilungsrisiko für Intensivtäter zu erhöhen.

**D**iese Botschaft hört jeder gern: „Wir können gegen das Verbrechen gewinnen“, verkündet William Bratton, der ehemalige Chef der New Yorker Polizei, auf einer Werbetournee durch Deutschland. Und die Begeisterung ist erdrückend. Politiker aller Couleur und Journalisten jeglicher Provenienz jubeln, als habe da einer die Polizei neu entdeckt.

Zunehmende Gewaltkriminalität, bedrohlich ansteigende Straftaten von Jugendlichen und die Drogenschwemme – alles, was bisher so kompliziert erschien, läßt sich offenbar doch mit einfachen Mitteln bekämpfen. Razzien gegen Schwarzfahrer und aggressive Bettler, Platzverweis für die Pinkler und Trinker, Schluß mit Müll, Ratten und Verwahrlosung – durch hartes Durchgreifen und Präsenz der Ordnungsmacht auf den Straßen zeigt der Staat die Zähne, und schon lassen die Kriminellen erschreckt von ihrem bösen Tun ab. Warum sind wir nicht früher darauf gekommen?

Die Antwort ist simpel: Weil es so einfach nicht funktioniert. Bedenkt man die äußerst unterschiedlichen rechtlichen und sozialen Voraussetzungen in den Vereinigten Staaten und bei uns, dann läßt die unkritische Begeisterung frösteln, mit der hierzulande die Übernahme des New Yorker Konzepts gefordert wird. Mit seinem Ruf nach „Zero-tolerance“ hat da wohl einer den Kern geheimer Sehnsüchte benannt.

Dabei ist sogar zweifelhaft, ob Brattons Thesen die amerikanische Situation richtig beschreiben. Nicht nur in New York, sondern auch in vielen anderen amerikanischen Großstädten ist die Kriminalität vom

„Bürgerkriegslevel“ auf ein immer noch erschreckendes Niveau gesunken, häufig auch ohne neue Polizeistrategie.

Neben der in New York praktizierten Null-Toleranz spielen viele andere Entwicklungen eine wichtige Rolle: demographische Veränderungen, in deren Gefolge die Zahl junger Männer abnimmt, die verbesserte Arbeitsmarktsituation, Änderungen des Haftrechts für Wiederholungstäter und die Wiederbelebung ganzer Stadtviertel durch Maßnahmen der Sozialarbeit, es gibt viele mögliche Ursachen.

Statt sorgfältiger Analyse aller dieser Faktoren wird uns aber derzeit mit Marketingmethoden verkauft, daß eine ungezielte, flächendeckende staatliche Repressionspolitik im öffentlichen Raum die richtige Prävention gegen Kriminalität sein soll. Ständige Personenkontrollen, körperliche Durchsuchungen, Vertreibung von Junkies, Bettlern, Gehwegradlern und üblichen (jugendlichen) Verdächtigen sollen Unruhe unter den Störern der öffentlichen Ordnung schaffen. So wird dem Bürger suggeriert, daß durch Aktionismus mehr Sicherheit geschaffen werden könne.

Nicht benannt wird das Risiko, das mit dieser Vorgehensweise verbunden und allen Fachleuten bekannt ist: Die ungezielte Nadelstichtaktik provoziert bei den Be-



troffenen, die überwiegend der Unterschicht oder ethnischen Minderheiten angehören, zunehmenden Widerstand. Das wiederum stürzt die handelnden Polizisten in eine unerträgliche Lage: Im Bewußtsein der Erwartung der Bevölkerung, nun werde mit harter Hand „aufgeräumt“, brechen sie den Widerstand. So entsteht eine explosive Stimmung, die sich früher oder später in gewalttätigen Eruptionen freisetzt.

Spätestens seit den bürgerkriegsähnlichen Unruhen im Londoner Stadtteil Brixton und in Los Angeles ist dieser Mechanismus bekannt. Und die letzten Berichte aus New York über polizeiliche Übergriffe und wachsende Proteste bestätigen, daß dort dieser Eskalationsprozeß derzeit mit Macht ausgebrochen ist.

Keine Frage, die Broken-Windows-Theorie, auf die Bratton und seine Nachahmer verweisen, ist nicht grundsätzlich falsch. Gegenden mit zerbrochenen Fenstern und Müll auf den Straßen laden zur weiteren Zerstörung ein und bieten sich als Drogenumschlagplatz an. Mit der Pflege des öffentlichen Raums kann erreicht werden, daß die Bürger sich mit ihrer Lebensumwelt identifizieren, daß sie selbst soziale Kontrolle ausüben und Randalierer sich weniger frei fühlen.

Vandalismus ist so zu bekämpfen. Aber wenn es um die anwachsende und den Bürger besonders belastende Kriminalität wie Wohnungseinbruch und Körperverletzung geht, führt der Ruf nach „mehr Grün auf den Straßen“ gefährlich in die Irre.

Zum einen wird die Polizei überfordert, weil ihr die Hauptverantwortung für die Entwicklung der Kriminalität zugeschoben wird, während gleichzeitig alle übrigen Rahmenbedingungen außer acht bleiben. Damit wird wieder aufgeschoben, was seit langem überfällig ist: die Überprüfung der Effektivität aller mit der Abwehr des Verbrechens befaßten Institutionen – vom Jugendamt über Staatsanwaltschaft und Gericht bis hin zum Strafvollzug.



Plünderer in Los Angeles: Noch immer erschreckendes kriminelles Niveau

Zum anderen wird – wieder einmal – die dringend notwendige Umverteilung der personellen Ressourcen der Polizei zugunsten sorgfältiger Ermittlungen gegen Straftäter verhindert. Die Frage „wieviel grünen Schutzmann braucht der Mensch“ wird nunmehr um so dringlicher.

Das führt zum eigentlichen Kern der kriminalpolitischen Debatte: Wollen wir das subjektive Sicherheitsgefühl oder die objektive Sicherheit der Bürger verbessern? Geht es um letzteres, also um den Schutz vor Straftätern, dann sollte die polizeiliche Erfahrung ernst genommen werden: Die Sicherheit des Bürgers ist heute eben nicht durch Gelegenheitstäter bedroht, die angesichts eines Polizeibeamten von ihrem Plan ablassen. Unser Hauptproblem sind vielmehr die Intensiv- und Serientäter. Nicht immer mehr Menschen werden kriminell, sondern eine relativ kleine Zahl von Tätern begeht in immer schnelleren Abständen erneut Straftaten.

Jede Großstadt-Kripo kann Hunderte solcher Täter benennen, die als Handtaschenräuber, Wohnungseinbrecher, Autodiebe, Taschendiebe oder Schläger immer

wieder serienweise Straftaten begehen. Ein Beleg von vielen ist die Berliner Untersuchung über Wohnungseinbrüche. Dabei stellte sich heraus, daß nur 4 Prozent der Täter an nahezu 40 Prozent aller aufgeklärten Taten beteiligt waren.

Der Bürger wünscht sich mehr sichtbare polizeiliche Präsenz auf der Straße in der Hoffnung auf mehr Sicherheit. Die Politiker bedienen das subjektive Unsicherheitsgefühl des Bürgers, weil sonst der Verlust von Wählerstimmen befürchtet wird.

Um in einem Rechtsstaat Sicherheit vor gefährlichen Intensivtätern zu gewährleisten, bedarf es jedoch stets der sorgfältigen Ermittlung und Beweisführung, der Observation gerade dieser Intensivtäter und der gezielten Fahndung. Das heißt, es obliegt der Polizei, das Entdeckungsrisiko für die Täter auf ein Maximum hochzutreiben, ein Job, der in Uniform und durch bloße Präsenz gerade nicht zu schaffen ist.

Vielmehr muß dringend die Zahl der Ermittlungsbeamten bei Schutz- und Kriminalpolizei erhöht, müssen die Observationseinheiten konsequent ausgeweitet, die Fahndungseinheiten verstärkt werden. In einer Zeit knapper öffentlicher Kassen ist das aber nur über eine veränderte Ressourcenverteilung zu erreichen.

Mit der vorläufigen Inhaftierung der Intensivtäter enden aber die Möglichkeiten der Polizei, den Bürger vor diesen Personen zu schützen. Dann sind die Justiz beziehungsweise die Jugendämter am Zug.

Und hier bedarf es nun eines strengen Haftrechts für Wiederholungstäter. Die gegenwärtige Rechtslage hat bei der Polizei längst zum bösen Wort von der „Begrüßung auf frischer Tat“ geführt, der viel zu oft die Entlassung folgt. Gerade junge Kriminelle, die schwere Straftaten begangen haben, machen heute die falsche Erfahrung, daß sie die Folgen ihres Tuns kalkulieren kön-

**Tatort Großstadt** Straftaten je 100 000 Einwohner 1996

	MORD TOTSCHLAG		RAUBDELIKTE*		VERGEWALTIGUNG*	
	Gesamtzahl der erfaßten Fälle					
New York	13,4	981	588	42 900	29,0	2200
Berlin	8,8	304	285	9908	13,9	482
Frankfurt am Main	7,5	49	303	1970	12,6	82
Hamburg	6,4	110	350	5983	16,0	273
München	5,7	70	88	1089	16,3	201

DER SPIEGEL \*für New York City: vorläufige Zahlen



# „Mehr Polizei auf die Straße“

NRW-Innenminister Franz-Josef Kniola über innere Sicherheit

**SPIEGEL:** Herr Minister, Sie kreieren eine „Ordnungspartnerschaft“ zwischen Polizei, Bundesgrenzschutz, Bahn, Verkehrsgesellschaften und Kommunen für Nordrhein-Westfalen. In Hamburg hat die Sozialdemokratische Partei gerade mit Law-and-Order-Parolen viele Stimmen verloren.

**Kniola:** In NRW ist kein Wahlkampf. Law and Order oder null Toleranz sind Dinge, die mich nicht umtreiben. Was mich beschäftigt, ist die Angst vieler Bürger, in unseren Städten gebe es rechtsfreie Räume. Die Menschen fürchten sich vor aggressiven Bettlern, möglicherweise unterstützt von einem Pitbull. Sie werden angepöbelt, die Städte sind überzogen mit Schmierereien. Und da sagen die Leute völlig zu Recht, hier muß etwas geschehen.

**SPIEGEL:** Gleichzeitig lehnen Sie das Angebot des Bundesinnenministers ab, Beamte des Bundesgrenzschutz (BGS) als Hilfsheriffs in den Großstädten einzusetzen. Wie paßt das zusammen?

**Kniola:** Ich will durchaus mit dem Bundesgrenzschutz auf Bahnhöfen, in den Bahnen und auf dem Bahnhofsvorfeld zusammenarbeiten. Da ist der BGS als Bundesorgan originär zuständig, und da wollen wir ihn auch in die Pflicht nehmen. Aber gemeinsame Streifengänge in den Straßen der Großstädte will ich nicht. Mit Hilfe des Grenzschutzes versucht der Bund immer wieder, sich in Länderzuständigkeiten einzuschleichen.

**SPIEGEL:** Ist es den Menschen, die über wachsende Kriminalität auf den Straßen klagen, nicht egal, ob sie von Kniolas Polizisten oder Manfred Kanthers Grenzschützern geschützt werden?

**Kniola:** Das mag sein. Kanther will aber nur 880 Bundesgrenzschützer bei der Bahnpolizei einsetzen. Das sind für die 80 Großstädte in Deutschland je zehn Beamte, also eineinhalb Kräfte pro Schicht. Damit kann ich wirklich kein Sicherheitsnetz spannen.

**SPIEGEL:** Also mehr BGS-Beamte für die Kommunen?

**Kniola:** Nein, ich fordere klare Zuständigkeiten. Der Bundesgrenzschutz hat



Minister Kniola

in Bahnen und auf Bahnhöfen genug zu tun, um dort die öffentliche Sicherheit zu verbessern. Das gleiche gilt für die Grenzen. Der Bund soll erst einmal die Aufgaben bewältigen, für die er zuständig ist.

**SPIEGEL:** Ist das nicht ein kleinlicher Streit um Bundesländer-Kompetenzen, den die Bürger kaum verstehen?

**Kniola:** Von außen betrachtet, vielleicht. Aber der Bund versucht seit langem, immer wieder zu umgehen, was im Grundgesetz geregelt ist. Nach Aufhebung der Kontrollen an den EU-Grenzen hat Bonn beispielsweise den Begriff des Sicherheitsschleiers entwickelt. Das ist eine deutliche Verwischung von polizeilichen und grenzpolizeilichen Zuständigkeiten. Kanthers Angebot geht deutlich in die Richtung, den BGS zu einer Bundespolizei zu machen, also, originäre Polizeizuständigkeiten beim Bund anzusiedeln. Das brauchen wir nicht, und das wollen wir nicht.

**SPIEGEL:** Wie wollen Sie dann bei leeren Kassen die geforderte Polizeipräsenz erreichen?

**Kniola:** Wir brauchen mehr Polizisten auf der Straße. Dafür ist vor allem eine andere Einstellung notwendig. Wir müssen vielen, vor allem jüngeren Polizeibeamtinnen und -beamten klarmachen, daß die Fußstreife etwas Normales ist und der Alltagsdienst der Polizei nicht vom Auto aus erfolgt. Wir haben zudem die Polizei mit einer Fülle von bürokratischen Aufgaben belastet. Durch Straffung der Struktur könnten in NRW bis zu 2000 Beamte zusätzlich für die eigentlichen Polizeiaufgaben freigestellt werden.

**SPIEGEL:** Und warum ist das noch nicht geschehen?

**Kniola:** Wir sind auf gutem Wege: Durch die Reformen der letzten fünf Jahre haben wir bereits eine Effizienzsteigerung erreicht, die etwa 3000 Polizeistellen entspricht.

nen. Daraus muß, zumindest bei den Serientätern, wieder die Inhaftierung bis zur Verurteilung werden. Auch der Erlaß eines Teils der Strafe ist bei diesem Täterkreis selten zu rechtfertigen. Das Sicherheitsinteresse der Bürger sollte vorgehen.

Schnelle Aufklärung und eine nach der Tat-Intensität differenzierte Verurteilung ist insbesondere bei der Zurückdrängung von Jugendgruppengewalt von höchster Bedeutung. Eine Reihe gefährlicher Jugendbanden ist in Berlin nach Inhaftierung der Gruppenbosse auseinandergefallen. Erst in dieser Phase hatten die Sozialarbeiter eine Chance, Einfluß auf die Mitläufer zu gewinnen. Folgenlose Razzien sind hingegen für manchen Täter nur prestigefördernd. Die kurzfristig Inhaftierten prahlen mit ihren Erlebnissen.

Kinder, die immer wieder als Handtaschenräuber auffallen, sollten in geschlossenen Heimen untergebracht werden. Man wird auch fragen müssen, ob die häufig verhängten Geldstrafen für Taschendiebe kriminalitätsverhindernde oder nicht eher kriminalitätsfördernde Wirkung haben.

In diesem Zusammenhang muß auch die personelle Situation der Justiz gesehen werden. Schon vor 20 Jahren hat der Kriminologe Klaus Sessar festgestellt:

*Da der legalen Entkriminalisierung ebenso Grenzen gesetzt sind wie der weiteren Aufblähung des Justizapparates, wird mit steigender Kriminalität die Staatsanwaltschaft immer mehr zu einer Instanz wer-*



Drogenszene in Hamburg: „Begrüßung auf frischer Tat“

*den, die einen Großteil der verfolgbaren leichten und mittleren Kriminalität abfängt und entweder einstellt oder mit Hilfe von Auflagenerteilung oder Strafbefehl sanktioniert, um immer mehr nur noch die wichtige Kriminalität für öffentliche Hauptverhandlungen durchzulassen.*

Diese vorhergesagte Entwicklung wurde durch die neueste Untersuchung des Kri-



Werbeseite

Werbeseite

minologischen Forschungsinstituts Niedersachsen über die Situation in Hamburg bestätigt. Trotz erheblicher Zunahme der Jugendstraftaten blieb die Zahl der Verurteilungen gleich. Die Staatsanwälte werden der Aktenberge nur noch Herr, wenn sie die Mehrzahl der Verfahren einstellen.

Eine Erfahrung aus Berlin deutet in die gleiche Richtung. Nachdem das Berliner Bereitschaftsgericht personell verstärkt wurde, hat sich die Quote der Haftbefehle gegen polizeilich vorgeführte Personen nahezu verdoppelt.

In einer freien Gesellschaft wie der unseren, in der die soziale Kontrolle nach und nach verschwindet, sind die gefährlichen Kriminellen diejenigen, die kühl abwägen zwischen den erzielbaren Gewinnen und den potentiellen Verlusten. Wer dagegen offensiv vorgehen will, muß dafür sorgen, daß sowohl das Entdeckungs- als auch das Verurteilungsrisiko groß ist.

Das subjektive Unsicherheitsgefühl der Bürger wird nach allen Erkenntnissen wesentlich durch Medienberichte erzeugt. Die schnelle Aufklärung der Tat und der erneute Bericht in den Medien können das Gefühl des Schutzes durch Staat und Polizei zuverlässig erhöhen und nicht nur scheinbar. Wer liest, daß der gefährliche Schläger, Handtaschenräuber oder Einbrecher, über dessen Taten man sich noch gestern aufgeregt hat, nunmehr ermittelt und inhaftiert ist, der wird die bunte Truppe Jugendlicher auf dem Bahnhof mit weniger Mißtrauen beäugen.

Wer die erfolgreiche Entdeckung und Aufklärung von Straftaten will, muß aber auch akzeptieren, daß im Zentrum aller Kriminalistik der ständige Datenabgleich steht. Wir müssen von der Vorstellung Abschied nehmen, die Hauptgefahr für die Freiheit des einzelnen gehe vom Staat aus.

Die Hölle, das können auch die anderen sein. Wo immer mehr Menschen geschlagen, bestohlen und gemüht, also ihrer grundrechtlich geschützten Individualrechte beraubt werden, muß es die Opfer ratlos machen, wenn in der öffentlichen Diskussion polizeiliche Zugriffe auf Daten noch immer mit dem Hinweis auf den Überwachungsstaat verweigert werden.

Die Nagelprobe wird die Einrichtung einer bundesweiten DNA-Datei werden. Die Naturwissenschaft hat der Kriminalistik mit dem genetischen Fingerabdruck eine revolutionäre Ermittlungsmöglichkeit eröffnet. Insbesondere Sexualstraftäter könnten schnell identifiziert und weitere Menschen davor bewahrt werden, Opfer zu werden.

Prävention, die nicht lediglich bemäntelte Repression sein soll, wird immer eine zivilgesellschaftliche Aufgabe sein, an der sich die Polizei gern beratend beteiligt.



Ex-Polizeichef Bratton

Sie funktioniert aber erst dann gut, wenn gleichzeitig gewaltbereite Wiederholungstäter mit entschlossenen Reaktionen rechnen müssen. Wenn etwa Jugendfreizeitheime in Kreuzberg und anderswo geschlossen werden müssen, weil das Personal von gewalttätigen Jugendlichen geschlagen wird, sind die Grenzen präventiver Bemühungen erreicht.

Wer Ordnungsvorstellungen hat, in denen Trinker und Obdachlose aus dem öffentlichen Raum verbannt werden, soll das offen sagen und für entsprechende Gesetzesänderungen werben. Aber ich warne davor, dies mit der Verbrechensbekämpfung zu vermengen.

Richtig ist: Wir dürfen in den Kommunen weder Ghettos für Kriminelle entstehen lassen noch Zonen, in die sich die Polizei nicht hineinwagt. Das gilt allerdings überall, nicht nur in den Stadtvierteln der unteren Schichten.

Versteht man „broken windows“ als Chiffre für rechtsfreie Räume, dann haben wir längst weit gefährlichere große „no-go-areas“, in denen sich Steuerhinterzieher, Wirtschaftskriminelle und Menschenhändler bewegen. Doch das ist dann ein Thema für den nächsten Wahlkampf. ♦



Mordopfer in Frankfurt: Weder Ghettos für Kriminelle entstehen lassen noch Zonen, in die sich die Polizei nicht hineinwagt

Werbeseite

Werbeseite



# Auf Zusatzeinnahmen schielend

Der Traum von einer schlanken Figur treibt Menschen zu Ärzten und Apothekern. Mittel, die wirken, sind meist auch gefährlich. In Köln stehen ein Arzt und zwei Apotheker vor Gericht, die Patienten gefährdet haben sollen. *Von Gisela Friedrichsen*

Es fing an, wie es heute üblich ist: Im Sommer 1995 wird gegen Ärzte und Apotheker ermittelt, die offenbar nicht ungefährliche Schlankheitskapseln verschrieben und hergestellt haben sollen. Gerüchte über Todesfälle kursieren. Der belgische Arzt Yvan Coesens, Erlöser von Speckfalten und Fettpolstern, vor dessen Praxis Dicke und Modebewußte aus Bussen quollen, verschwindet in Luxemburg von der Bildfläche. Er hatte mit einer von dem französischen Arzt Jacques Moron entworfenen, hochwirksamen Abmagerungsrezeptur ein Riesengeschäft gemacht. Nicht nur die Steuerfahndung ist hinter ihm her, sondern auch die Polizei. Er soll in Südafrika untergekommen sein.

In Deutschland werden Arztpraxen durchsucht und Pillen beschlagnahmt, denn auch hier gieren Dicke und Abnehmensüchtige nach Präparaten à la Coesens. Der Kreis der Verdächtigen wird täglich größer. Polizei und Staatsanwaltschaft richten Notteléfono ein. Tausende Patien-

ten rufen an, verunsichert, in Angst und Panik. Die Boulevardpresse erfindet die „Todes-Diät“. Der Vorsitzende der Arzneimittelkommission der Deutschen Apotheker fürchtet: „Die Dunkelziffer der Toten und Geschädigten ist sehr hoch.“ Ein Medienthema ersten Ranges wird geboren. Immer wieder taucht es in den Schlagzeilen auf. Die Zahl der Opfer aber bleibt unklar. Also schwindet das Interesse.

Doch als am 8. September 1997 vor dem Kölner Landgericht der Prozeß gegen den Arzt Dr. Reinhard Jansen, 47, und die Apotheker Dr. Thomas Weppelmann, 46, und Dr. Klaus Therling, 52, beginnt – ein dritter Apotheker ist verhandlungsunfähig –, flackert die Aufmerksamkeit noch einmal auf. Patientinnen kommen im Fernsehen zu Wort: Eine klagt über angeblich unerträgliche Nebenwirkungen der Schlankheitskapseln, eine andere schwärmt von ihrer Wirksamkeit.

Schon am zweiten Sitzungstag läßt das öffentliche Interesse nach. Die Staatsanwaltschaft mußte den Vorwurf, die Ange-

klagten hätten in „mindestens einem Fall einen anderen in die Gefahr des Todes gebracht“, fallenlassen. Ein Nachweis ließ sich nicht führen. Die Zuschauerreihen sind leer. Das Fernsehen ist längst mit anderen Justizthemen beschäftigt – mit dem Fußballer Effenberg zum Beispiel und der Scheidung von Hillu und Gerhard.

Die direkte und indirekte Vorverurteilung der Angeklagten im Übermaß verlangt es, ihnen mit besonderer Fairness zu begegnen. Wie es heute eben so ist: Schon die Ermittlungen haben Spuren hinterlassen. So verschickte die Staatsanwaltschaft an 3628 Personen einen Fragebogen, um sich von Wirkung der Kapseln ein Bild zu machen. Es hieß darin: „Vorab mache ich Sie ausdrücklich darauf aufmerksam, daß es sich bei den von Herrn Dr. med. Jansen rezeptierten Schlankheitskapseln, nach der Bewertung zuständiger Gesundheitsbehörden, um ein bedenkliches Arzneimittel handelt, dessen Einnahme u. U. lebensgefährliche Nebenwirkungen herbeiführen kann.“

Hätte man das nicht neutraler formulieren sollen? Viele Zeugen, die in Köln demnächst vom Gericht über die Kapseln befragt werden, leben seither wohl in der Furcht oder der Gewißheit, von Jansen in Lebensgefahr gebracht worden zu sein. Verteidiger Reinhard Birkenstock: „Das ist Zeugenbeeinflussung.“

Dem Arzt und den Apothekern wird hauptsächlich vorgeworfen, gegen Paragraph 5 des Arzneimittelgesetzes verstoßen zu haben. Sie sollen Arzneimittel, „bei denen begründeter Verdacht auf schädliche Wirkungen besteht, in den Verkehr gebracht“ und dabei die Gesundheit einer großen Zahl von Menschen gefährdet haben: „in mindestens 13 902 Einzelakten“ alle Angeklagten, die Apotheker darüber hinaus „in 10 765 Einzelakten“.

Der Prozeß wird sich hinziehen. Denn eine Fülle von Rechtsproblemen harret der Klärung, vom Streit der Gelehrten über Nutzen, Bedenklichkeit oder Gefahr der Präparate ganz abgesehen. Bringt der verschreibende Arzt „in den Verkehr“, oder tut das nicht doch ausschließlich der Apotheker? Darf der Staat, darf die Judikative sich zum Richter im medizinischen Methodenstreit aufwerfen? Wenn der Arzt im Rahmen seiner „Therapiefreiheit“ eine Rezeptur verschreibt – soll



Angeklagter Jansen (mit Verteidiger Birkenstock), Arzt Coesens: Riesengeschäfte



der Apotheker sie dann nicht herstellen dürfen?

Im Mittelpunkt des Verfahrens steht Jansen, daran wird seine Verteidigung noch zu tragen haben. Die angeklagten Apotheker haben vor Gericht bereits erklärt, daß er an Herstellung und Vertrieb der Kapseln „in keinsten Weise“ beteiligt war; ihm habe ausschließlich die Verordnung obliegen. Damit wiederum hätten sie, die Apotheker überhaupt nichts zu tun gehabt. „Wenn ein Patient mit Magenbeschwerden zuviel Aspirin nimmt, gefährdet er auch seine Gesundheit. Wir gingen immer von einer sachgerechten Verschreibung aus. Keiner der Patienten klagte jemals über bedeutende Nebenwirkungen. Außerdem hat die Krankenkasse bezahlt“, sagt Therling.

Und Weppelmann: „Bei fachgerechter Behandlung gab es keine Gefährdung, vor allem wenn man zum Vergleich die Gefährdung des Organismus durch Übergewicht heranzieht. Es ist ein Sinneswandel eingetreten – weg von den zumeist unsinnigen Diäten, hin zu einer medikamentösen Therapie. Ich kann als Apotheker allerdings nicht die Indikation einer Rezeptur prüfen, da mir weder die Diagnose noch Vorschädigungen, noch Begleiterkrankungen bekannt sind. Ich weiß nicht, ob der Patient schilddrüsenkrank ist, ich weiß nicht, ob er Diabetiker ist, ich weiß nicht, ob er herzkrank ist.“

Jansen hat in einer umfangreichen schriftlichen und mündlich vorgetragenen Einlassung schon eine Menge zugegeben:

### **Täglich sechs Kapseln eingenommen statt der verschriebenen zwei**

daß er in vielen Fällen zu leichtfertig die sogenannten Diät-Kapseln verordnete (die mit „Diät“ nicht das geringste zu tun haben, denn angeblich durfte man ja weiteressen wie bisher und sollte trotzdem fulminant abnehmen). Daß er auf Zusatzeinnahmen schielte, daß er sich medizinisch über die Wirkungen nur zu oberflächlich informierte, daß er die ihm bekanntgewordenen Warnungen, etwa ein Schreiben der Ärztekammer, nicht ernst genug nahm.

Aus gutbürgerlichem Haus stammend, der Vater war Zahnarzt und Kreismedizinalklinikdirektor, die Mutter Studiendirektorin, hat Jansen einen korrekten Lebenslauf: Staatsexamen mit „sehr gut“, Promotion, Assistenzarzt an namhaften Krankenhäusern, Praxiserfahrung auch bei einem Landarzt, Stabsarzt bei der Bundeswehr, seit dem 18. Lebensjahr CDU-Mitglied, Heirat mit einer Krankenschwester, ein erwachsener Sohn, eine 17jährige Tochter.

Mit 27 eröffnete er, finanziell unerfahren, eine Praxis in Euskirchen. Arbeit gab es in Fülle. Dem unkomplizierten, burschikosen jungen Arzt liefen die Patienten zu. Doch Schulden gab es ebenfalls, und sie

wurden immer höher. Ein Vierteljahr lang fährt er einen Porsche 911, das war es dann auch schon. Er steckt Geld in die falschen Objekte. Und: „Bedingt durch mein patientenorientiertes Arbeiten in der Praxis kam es zu zahlreichen Krankenkassenregressen und Leistungskürzungen, insgesamt dürfte es sich um eine Rückzahlungssumme von bisher 600 000 Mark handeln.“

Da sich die Prognosen für die Entwicklung einer Kassenpraxis immer düsterer gestalten, überlegt er, wie er auf ein zweites finanzielles Standbein kommen könnte: „Ich schielte neidvoll auf einige sogenannte florierende Modepraxen“ – ein

wohl unumgängliches Bekenntnis, das im Urteil eine Rolle spielen dürfte.

Auf diesem Boden gedeihen Träume: eine kleine Ganzheitsklinik zusammen mit einem Psychologen und der Krankengymnastin, wo es auch Akupunktur, Ozontherapie, Psycho- und Bioresonanztherapie und ähnliches geben sollte, oder eine Klinik für Suchtkranke und so fort. Realisieren ließ sich das alles nicht.

Schon Ende der siebziger Jahre hatte eine Bekannte Jansen gefragt, ob Schlankheitskapseln, die ihr ein Arzt in Aachen verschrieben habe, schädlich seien, ob es sie auch in Euskirchen gebe. „Ich schrieb mir die Inhaltsstoffe von der Kapseldose

ab und besprach diese Angelegenheit mit einem Apotheker, der die Möglichkeit der Herstellung bejahte und mich auf die Therapie nach Moron hinwies“, sagt Jansen vor Gericht.

So fängt es mit den „Diät-Kapseln“ an – mit folgenschweren Auswirkungen auf den täglichen Betrieb. In der Praxis muß es oft drunter und drüber gegangen sein – bis zu 350 Patienten am Tag, inklusive 30 bis 35 Hausbesuche, wenig Privatpatienten, dafür um so mehr Kranke aus den „sozialen Brennpunktbereichen“, wie Jansen sagt. Dazu die Betreuung von Methadon-Patienten. Außerdem arbeitet er als Polizeiarzt. „Einmal war eine Firma in der Praxis,

die sich um die Optimierung der Arbeitsabläufe kümmern sollte. Sie gab nach zwei Tagen auf, da sie sich einer chaotischen Praxis mit ihren verwirrenden Arbeitsabläufen nicht gewachsen sah.“

Als eine Patientin einen Kreislaufkollaps erleidet, bespricht sich Jansen mit den Krankenhausärzten. Es stellt sich heraus, daß die Frau anstelle der verschriebenen zwei Kapseln täglich sechs eingenommen hatte, nach dem Motto „viel hilft viel“, um die Wirkung zu beschleunigen.

Wie Haarwuchsmittel sind auch Schlankheitspräparate ein immerwährendes Ziel der Begierde vieler Menschen. Und die Begehrlichkeit des Arztes in Geld-

nöten, diese Begierde zu nutzen, stand ihr in diesem Fall nicht nach. Auch die Apotheker, denen die Coesens-Rezepturen wohlbekannt waren, zierten sich nicht.

Weppelmann und Therling, nach ihrer Vita hervorragende Kenner der Materie, Lehrbeauftragte, Ausbilder, berufspolitisch engagiert, zudem unternehmerisch erfolgreich (gewesen), wollen nicht gewußt haben, daß Jansen die Dinge immer mehr über den Kopf wuchsen. Sie schneiderten an den Rezepturen hier ein wenig weg und dort ein wenig hinzu, so daß sich Einwände der Behörden und Standesorganisationen lange Zeit umschiffen ließen. Ausdrücklich verboten wurde nie etwas.

Die Apotheker wollen nicht gewußt haben, daß Jansen, wie die Anklage behauptet, die Schilddrüsenwerte der Patienten nicht beachtete, daß er verschrieb, auch wenn die Patientinnen gar nicht überge-wichtig waren, daß er sogar sieben- und achtjährigen Kindern das Zeug verordnete. In mindestens sechs Fällen soll er die Patienten gar nicht gesehen, geschweige denn untersucht haben, sondern auf Anruf hin das Rezept ausgestellt haben. Die Waage stand unbenutzt in einer Ecke. Nicht einmal das Gewicht hat er kontrolliert.

„Wenn ein Patient zum wiederholten Mal ein Rezept von Ihnen wollte – wie sind Sie da verfahren?“ fragt der Vorsitzende Richter Helmut Möller. „Haben Sie sich auf die Angaben des Patienten verlassen, oder haben Sie neu untersucht?“ „Ich habe mich vorwiegend auf die Wünsche der Patienten verlassen“, antwortet Jansen. „Wenn die noch mehr abnehmen wollten, habe ich mich danach gerichtet.“

Allein durch die 13 902 Rezepte, die Jansen ausstellte, sollen die Apotheker von 1992 bis 1995 einen Umsatz von mindestens 1,1 Millionen Mark erzielt haben. Der Arzt soll in eineinhalb Jahren allein durch die Verschreibung der Schlankheitskapseln 180 000 Mark in bar eingenommen haben; dazu rechnete er seine Leistungen noch mit den Krankenkassen ab.

Denn Geld braucht er auch für Privates: 1993 trennt er sich von seiner Frau und zieht mit einer Krankengymnastin zusammen, mit der er eine 17 Monate alte Tochter hat.

Ob und wie gefährlich die Kapseln möglicherweise waren, ist bis heute nicht eindeutig klar. Bei krankhaft Übergewichtigen lassen sie sich, unter strenger ärztlicher Kontrolle, eventuell rechtfertigen. Diese Personen aber sind zumeist gesundheitlich schwerer angeschlagen als solche, die nur ein wenig an ihren Problemzonen herum-korrigieren möchten, damit das Kleid Größe 36 wieder paßt und der Bikini nicht mehr kneift.

Zwei Frauen in Köln auf dem Gerichtsflur: „Gibt es diese Pillen eigentlich noch irgendwo?“ „Nicht, daß ich wüßte. Denn sonst hätte ich sie mir schon besorgt. Wenn ich nämlich nichts esse, wird mir immer ganz schlecht.“ „Mir auch.“ ◆

Werbeseite

Werbeseite



# Die gespaltene Gesellschaft

Die einen sind arbeitslos, die anderen mehren an der Börse und mit Spitzengehältern ihr Vermögen: Arm und Reich driften in Deutschland auseinander, und in der Mittelschicht wächst die Angst vor dem Absturz – mit gefährlichen Folgen. Wieviel Ungleichheit verträgt die Demokratie?



Edelrestaurant (in München): Die oben verdienen

In den Schuldnerberatungen von Caritas und Paritätischem Wohlfahrtsverband findet sich immer häufiger eine Klientel ein, die dort vor geraumer Zeit noch nicht anzutreffen war: Familienväter, die einmal 7000 bis 9000 Mark verdient haben.

Sie wähten sich sicher – bis sie entlassen wurden.

Schon die zeitweilige Arbeitslosigkeit reicht aus, auch Abteilungsleiter oder Ingenieure finanziell und sozial abrutschen zu lassen. Mühsam halten viele Absteiger nach außen das heile Bild des Wohlstands aufrecht – notfalls auf Pump.

Inzwischen gelten rund zwei Millionen private Haushalte als überschuldet: Sie können Zinsen und Tilgung für ihre Kredite nicht mehr tragen. „Immer mehr Menschen“, meldet die R+V Versicherung, „leben am Rande des finanziellen Ruins.“

Daß sich etwas verändert hat, das spüren alle, die bisher mit den Vertretern der Randschichten der Gesellschaft zu tun hatten – und die sich plötzlich Menschen gegenübersehen, die bis vor kurzem der Mittelschicht angehörten. „Unsere Antragsteller kommen jetzt aus allen Berufen“, beschreibt die Kölner Sozialdezernentin Ursula Christiansen die Leute, die sich um eine Sozialwohnung bemühen.

Politiker und Ökonomen sind alarmiert. Die jetzt betroffene Mittelschicht – leistungswillige Angestellte, geschäftstüchtige Selbständige, aber auch gutbezahlte Facharbeiter – bildete jahrzehntelang das Rückgrat der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Für sie hatte sich das Versprechen des Wirtschaftswunder-Ministers Ludwig Erhard („Wohlstand für alle“) erfüllt. Sie waren die schweigende, weil zufriedene Mehrheit

des Landes. Die Regierungen von SPD und CDU konnten sich auf diesen Block, der monolithisch in der Mitte der Gesellschaft ruhte, verlassen. Das Bürgertum war gegen rechte wie linke Extreme resistent.

Der Börsenboom und die Massenarbeitslosigkeit bringen nun die alte Statik durcheinander: Die Reichen werden ständig reicher – auch zahlreicher. Das Heer der Bedürftigen nimmt in mindestens glei-



Armenspeisung (in Berlin): Die ganz unten sind zum Nichtstun verdammt

P. GLASER



W. M. WEBER

*doppelt gut – im Job und an der Börse*

chem Tempo zu. Und die Mittelschicht, die große Gruppe der Otto-Normalverbraucher, erodiert allmählich, einige steigen auf, aber viele rutschen ab.

Die Gewißheit, nach Schule, Ausbildung oder Studium für immer zum einigermaßen begüterten Teil der Gesellschaft zu gehören, verflüchtigt sich. Soziologen registrieren im Bürgertum eine wachsende Angst vor dem Absturz. Die Furcht ist berechtigt, sagen die Experten vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung: „Das Armutsrisiko reicht heute bis weit in die mittleren Einkommenslagen hinein.“

So entsteht eine Republik der Gegensätze: Die oben verdienen oft doppelt gut – im Job und an der Börse. Die in der Mitte schufteten auch – aber für einen Lohn, mit dem sich zuweilen nur schwer die gewohnte Lebensführung bestreiten läßt.

Arbeit lohnt sich nicht mehr – das gilt für viele, die bisher glaubten, ein Job sichere die Existenz und einen zwar bescheidenen, aber stetig wachsenden Wohlstand.

Netto haben immer mehr immer weniger: Die Löhne wachsen, wenn sie denn wachsen, langsamer als die Preise, die Sozialabgaben und die Steuern steigen. Die Politik scheint unfähig, den Reichen einen gerechteren Anteil abzuverlangen. Die Steuersätze sind zwar hoch – sogar zu hoch –, aber vielfältig sind die Schlupflöcher, die es gerade Gutbetuchten ermöglichen, den staatlichen Abgaben zu entfliehen.

Normalverdiener haben diese Möglichkeit nicht. Sie zahlen immer mehr: Steuern und all die Abgaben, die auf immer weniger Arbeitsplatzbesitzer verteilt werden.

Längst hat die ungleiche Verteilung von Arbeit und Vermögen das Gesicht des Landes verändert. In den Zentren locken immer neue Edelboutiquen, draußen am Stadtrand rutschen ganze Trabantenviertel in die Armut. Auf den großen Alleen der Stadt fahren die Cabrios der Gewinner dicht an dicht, untendrunter verkommt so manche U-Bahn-Linie zum Spielfeld der Ausgestoßenen.

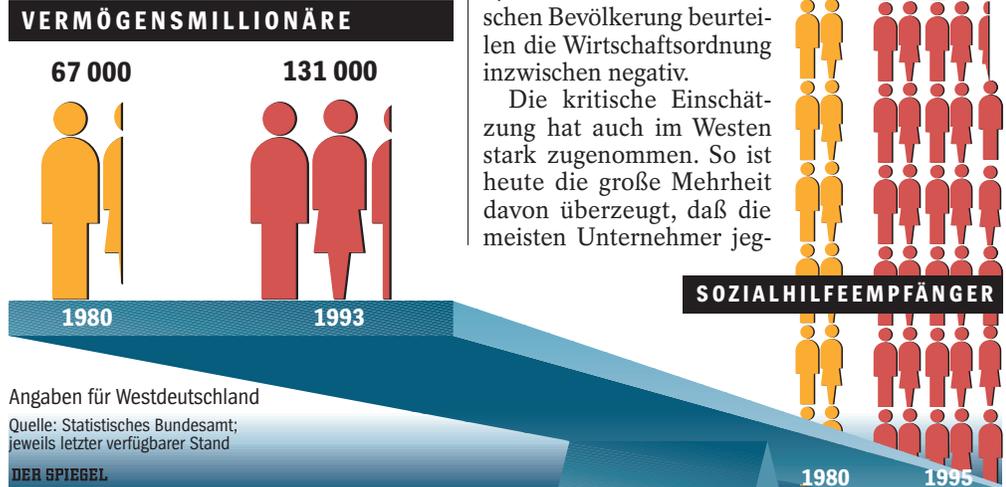
Selbst in Stadtvierteln, die früher als gut bürgerlich galten, findet ein Szenenwechsel statt. Vor der Kulisse schmucker Wohnhäuser schleichen immer mehr Menschen durch die Straßen, deren Hab und Gut in zwei Plastiktüten paßt.

Nur noch die Ränder der Gesellschaft melden Wachstum: Die Zahl der Sozialhilfeempfänger hat sich binnen eines Jahres

um eine Viertelmillion erhöht. Die Vermögensmillionäre legten innerhalb von vier Jahren (1989 bis 1993), so das Wiesbadener Bundesamt für Statistik in seiner neuesten Erhebung, ebenfalls mächtig zu – plus 25 Prozent.

Deutschland driftet fast lautlos auseinander – dabei summieren sich die Sozialtats aller öffentlichen Hände auf über eine Billion Mark pro Jahr. Aber das Vertrauen in das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik, so eine Untersuchung des Meinungsforschungsinstituts Allensbach, „ist auf Talfahrt“: 43 Prozent der ostdeutschen und 27 Prozent der westdeutschen Bevölkerung beurteilen die Wirtschaftsordnung inzwischen negativ.

Die kritische Einschätzung hat auch im Westen stark zugenommen. So ist heute die große Mehrheit davon überzeugt, daß die meisten Unternehmer jeg-





D. HOPPE / NETZHAUT

**Deutsche beim Konsum (in Oberhausen): Schleppende Umsätze im Einzelhandel**

liche soziale Einstellung vermissen lassen. „Alte Formeln von Klassegegensätzen und Klassenkampf scheinen der Bevölkerung zunehmend wieder geeignet zur Beschreibung der sozialen und ökonomischen Realität“, analysiert Allensbach-Forscherin Renate Köcher.

Bundespräsident Roman Herzog hat als einer der ersten Politiker die „neuen sozialen Unterschiede“ offen angesprochen. Die Kirchen mahnen: „Tiefe Risse gehen durch unser Land.“

Getrieben von der SPD, die seit Monaten gegen eine Steuerreform „für Chefärzte und andere Millionäre“ Front macht, befaßt sich auch die konservativ-liberale Regierung mit dem Thema. Arbeitsminister Norbert Blüm klagte jüngst im CDU-Vorstand, daß „hohe Gewinne, sinkende Steuereinnahmen und immer mehr Entlassungen“ einfach nicht mehr zusammenpaßten. Es gebe „ein wachsendes Problem in unserer Gesellschaft, und das heißt Gerechtigkeit“.

So sieht das auch Bundeskanzler Helmut Kohl, sagen seine Berater. Die Strategen im Kanzleramt glauben mittlerweile, das Thema werde den nächsten Wahlkampf besonders prägen – ihn vielleicht sogar entscheiden. „Die soziale Unsicherheit, aber auch der Neid“, fürchtet die FRANKFURTER ALLGEMEINE, „könnten ein politisches Ventil suchen: bei den Wahlen.“

Die Bürgerschaftswahl in Hamburg lieferte den Parteien „den Vorgeschmack auf das, was noch kommen könnte“, warnt der Berliner Politologe Elmar Altvater. Die re-

gierende SPD wurde in der Hansestadt von ihrer einstigen Stammwählerschaft, den Arbeitern, abgestraft, der rechtsradikalen DVU fehlten nur 238 Stimmen zum Einzug in die Bürgerschaft. „Wenn die Ungleichheit zu groß wird“, so Altvater, „gerät die Demokratie in Gefahr“ (siehe Seite 101).

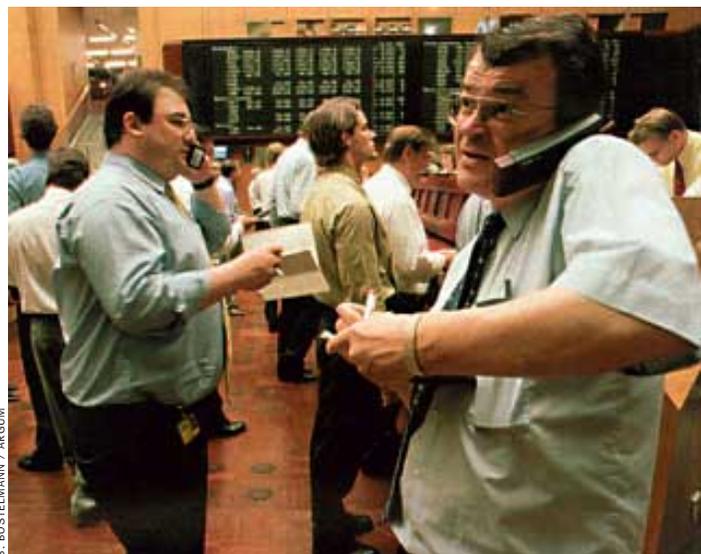
Dem Land steht eine neue Debatte über Reichtum und Armut bevor, die es verdient, jenseits des Links-rechts-Schemas geführt zu werden: Treibt der Turbokapitalismus die Gesellschaft fast zwangsläufig auseinander?

Oder tut eine größere Ungleichheit der Marktwirtschaft sogar gut? Verführt der Reiz des Geldes zu Unternehmensgründungen und Innovationen, mobilisiert die Spreizung der Einkommen vielleicht sogar die Leistungsbereitschaft einer verkrusteten Gesellschaft?

Aufhalten läßt sich der Trend zur Globalisierung ohnehin nicht, aber er kann durch Politiker und Tarifparteien gestaltet werden. Für die Macher in Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Parteien lautet die entscheidende Frage daher: Wie weit darf die Spreizung gehen? Was können Staat und Unternehmen tun, um dem Prozeß seine Brutalität zu nehmen, ohne die stimulierende Wirkung

eines nach Gerechtigkeitskriterien noch akzeptablen Wohlstandsgefälles zu zerstören?

Fest steht: Die Verteilung der Vermögen im Lande verschiebt sich immer mehr. Gerecht war sie auch bisher nicht, Geldvermögen, Immobilien und Betriebsvermögen liegen in den Händen einer relativ kleinen Schicht. Fünf Prozent der privaten Haushalte besitzen mehr als ein Drittel des gesamten privaten Vermögens. Im Durchschnitt verfügt jeder dieser Haushalte über Werte von mehr als zwei Millionen Mark. Die untere Hälfte der Gesellschaft besitzt dagegen nur knapp zehn Prozent aller pri-



B. BOSTELMANN / ARGUM

**Frankfurter Börse: So einfach, Millionär zu werden**

vaten Vermögenswerte – im Durchschnitt nicht einmal 59 000 Mark pro Kopf.

Die ungleiche Verteilung der Vermögen wird vorangetrieben durch die unterschiedliche Entwicklung der Einkommen: Das verfügbare Realeinkommen der Selbständigen stieg von 1980 bis 1995 im Vergleich zum Durchschnittseinkommen um 54,3 Prozent, während das der Arbeitnehmer um fast 10 Prozent sank.

Noch geht es den meisten gut, sofern sie denn einen Job haben. Die Deutschen sind noch immer Reiseweltmeister, zu Ferienzeiten sind die Pauschallieger ausgebucht. Aber dafür wird andernorts gespart, seit 1992 klagt der Einzelhandel über schlepende Umsätze.

Doch die Schere öffnet sich – zwischen denen, die sich immer mehr, und denen, die sich immer weniger leisten können. Einfache Tätigkeiten rutschen in der Bezahlung nach unten, eine kleine Gruppe von Angestellten rückt in bislang ungeahnte Einkommenskategorien vor.

Wer den richtigen Beruf hat, kann schon in jungem Alter viel Geld verdienen. „Mit 35 Jahren – 150 000 Mark und mehr“, titelte jüngst das Wirtschaftsmagazin CAPITAL – und berichtete, daß immer mehr junge Führungskräfte diese Schallmauer überspringen, die „für fast 98 Prozent aller deutschen Arbeitnehmer eine unüberwindliche Hürde“ darstelle.

„Noch nie“, bestätigt Unternehmens- und Personalberater Jochen Kienbaum, „waren die Chancen so gut, ohne Umweg in die Topetagen der deutschen Wirtschaft zu stoßen.“ Auch Robert Koehler, Chef der Wiesbadener SGL Carbon sagt: „High Potentials können durchstarten.“

Volkswirte bringen es mit Mitte 30 in Führungspositionen leicht auf 170 000 Mark; Juristen, die ihre Karriere nach der Universität mit durchschnittlich 74 000 Mark beginnen, dürfen laut Kienbaum mit 35 Jahren in einem Großkonzern sogar auf rund 200 000 Mark per annum hoffen.

Das Signal der Firmen für ihre Mitarbeiter ist klar: Leistung lohnt sich. Und wer als Selbständiger beginnt, kann – bei deutlich größerem Risiko – natürlich auch größere Einkommenssprünge erzielen.

Auf Super-Gagen für Super-Leistung darf eine Marktwirtschaft nicht verzichten. Reichtum, sagt selbst der Bochumer Armutsforscher Professor Ernst-Ulrich Huster, stellt „die Vorbedingung für unternehmerische Risikobereitschaft dar“.

Die großen Einkommen flossen zu einem guten Teil an die Börse – und vermehrten sich dort im Eiltempo. Kleinere Rückschläge, wie zum Beispiel in den vergangenen Wochen, werden da locker weggesteckt. Wer sein Geld etwa in US-Stan-

### Während die Spitzengehälter steigen, kämpft die Masse gegen Reallohnverluste

dardaktien angelegt hat, konnte das eingesetzte Kapital seit dem Crash im Oktober 1987 um 325 Prozent steigern.

Mit Zeitverzögerung zündete die Börsenrakete auch hierzulande. Der Dax, der Deutsche Aktienindex, meldete bis vor kurzem Rekord auf Rekord, in der zweiten Juli-Woche übersprang das Börsenbarometer die magische 4000-Punkte-Grenze.

Seit Anfang 1996 ist der Dax, in dem die größten deutschen Aktiengesellschaften vertreten sind, um 82 Prozent nach oben geschneilt. Viele Werte haben sich trotz der jüngsten Kursturbulenzen in derselben Zeit sogar vervielfacht: SAP plus 110 Prozent, Porsche plus 300 Prozent, Sixt plus 500 Prozent – noch nie war es in Deutschland so leicht, Millionär zu werden.

Doch nur Gutverdiener – Manager, Unternehmer, Anwälte, Architekten oder Ärzte – können an den Wertpapiermärkten kraftvoll mitspielen. Gerade knapp sechs Prozent der deutschen Haushalte besitzen heute Aktien.

Es hat sich, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung jüngst monierte, eine Zweiklassengesellschaft entwickelt: Die große Masse der Deutschen muß mit Kapitaleinkünften „in geringer Höhe“ leben; für eine kleine Minderheit hingegen „sind Vermögenseinkünfte von beträchtlicher Bedeutung“.

Derweil die Gehälter für Spitzenjobs steigen, kämpft die Masse der Beschäftigten gegen Reallohnverluste. Im Zuge der Globalisierung wächst der Druck auf die Löhne. Für viele Arbeiter reicht das Einkommen kaum mehr aus, die Familie ohne Zuschüsse aus den Sozialkassen zu ernähren.

Gleichzeitig hat die öffentliche Hand alles nur noch schlimmer gemacht: Auch bei relativ kleinen Einkommen greift der Staat rücksichtslos zu. Lohnsteuer und Sozialabgaben auf die durchschnittlichen Arbeitseinkommen stiegen seit 1980 um ein Viertel auf 35 Prozent; im gleichen Zeitraum fiel der Anteil der Ertragsteuern der Unternehmen von 16 auf 5 Prozent der gesamten Steuereinnahmen.

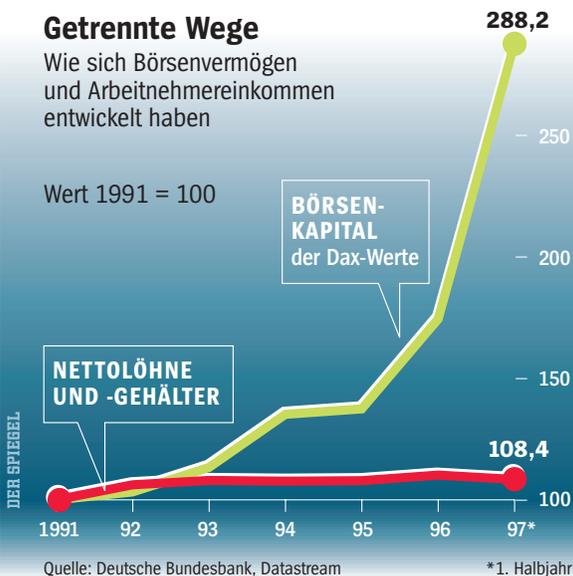
Am unteren Ende der Lohnskala driften immer mehr Beschäftigte in die Armut ab: Es entsteht, ähnlich wie in den Vereinigten Staaten, eine Klasse der „working poor“. „Es ist unglaublich“, sagt Claus Schäfer vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung, „aber die Armut in der Arbeit wächst.“

So hat sich seit 1978 die Zahl derjenigen, die voll arbeiten, aber nicht einmal halb soviel wie der Durchschnittsdeutsche – 50 000 Mark – bekommen, auf elf Prozent erhöht; die Hälfte des Durchschnittseinkommens gilt für Haushalte als gängige Definition für die relative Armutsgrenze. In 10 Branchen lag der tarifliche Mindestlohn 1995 bei unter 1600 Mark, in weiteren 13 unter 1800 Mark. Die niedrigste tarifliche Grundvergütung wurde in der rheinland-pfälzischen Lederwaren- und Kofferindustrie gezahlt: 1252 Mark brutto pro Mo-

### Getrennte Wege

Wie sich Börsenvermögen und Arbeitnehmereinkommen entwickelt haben

Wert 1991 = 100



Billigjob Müllsortieren: Tiefe Risse gehen durch das Land



D. BOSTELMANN / ARGON

**Pfandleiher (in Frankfurt): Immer mehr Menschen leben am Rande des Ruins**

nat. Von Armut betroffen sind vor allem Alleinerziehende und Arbeitslose, in beiden Gruppen sei, so der Frankfurter Sozialpolitikprofessor Richard Hauser, „eine deutlich steigende Tendenz der Armutsquoten zu erkennen“. Im Westen gilt ein Drittel aller Haushalte mit mindestens einem Arbeitslosen als arm, bei den Alleinerziehenden sind es kaum weniger.

In vielen Städten können es sich Normalverdiener wie Polizisten oder Postbeamte nicht mehr leisten, da zu wohnen, wo sie arbeiten. Sie müssen lange Fahrtzeiten in Kauf nehmen, um mit ihrem Gehalt einigermaßen auszukommen.

Seit die Konzerne ganze Hierarchie-Ebenen wegrationalisiert haben, tauchen in den Arbeitsämtern zunehmend ehemalige Manager auf. Wer von ihnen älter als Mitte 40 ist, hat immer weniger Chancen, wieder einen vergleichbaren Job zu finden.

Die Reichen haben für die Probleme der anderen nicht allzuviel übrig – zumindest kein Geld. Sie haben andere Sorgen: Viele tun vieles, manche alles, um das Vermögen vor dem Zugriff des Umverteilungsstaates zu schützen. In vielen besonders wohlhabenden Gemeinden und Stadtteilen sind die Steuereinkünfte in den vergangenen Jahren drastisch zurückgegangen – nicht, weil die Leute ärmer, sondern, weil sie, mit staatlicher Hilfe, trickreicher geworden sind.

Das Geld fließt in vom Finanzministerium unterstütz-

te Abschreibungsmodelle, in ostdeutsche Immobilien oder bis vor kurzem auch in Schiffsbeteiligungen, bahnt sich seinen Weg auf Bankkonten in Luxemburg, zu Treuhändern auf den Kanalinseln oder in anonymen Liechtensteiner Stiftungen.

Zehntausende von Reichen haben, so glauben bundesdeutsche Steuerfahnder, auf solche Weise Geld ins Ausland gebracht – oftmals mit Hilfe der Banken. Der prominenteste Verdächtige: Wolfgang Rölller, der zurückgetretene Aufsichtsratschef der Dresdner Bank. Die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft vermutet, daß der mächtige Banker hinter einer geheimnisvollen Vaduzer Stiftung namens Gallumena steht, in der ein Treuhänder mehrere Millionen Schweizer Franken verwalten soll (SPIEGEL 38/1997).

Geradezu demonstrativ verlegen vor allem Prominente ihren Wohnsitz dorthin,

wo die Abgaben niedrig sind. Sie sagen dem deutschen Wohlfahrtsstaat adieu – auf Nimmerwiedersehen.

In der Schweiz präsentierte das Wirtschaftsmagazin BILANZ jüngst hinter einem goldgefärbten Titelblatt die Rangliste der 200 Topverdiener, an der Spitze die drei Großaktionäre des Pharmakonzerns Roche mit einem Vermögen von mehr als zwölf Milliarden Franken. Doch wenige Plätze tiefer folgen schon die ersten Zugezogenen aus Deutschland.

Zu den Millionären und Milliardenären, die ins Nachbarland übersiedelt sind, zählen der Altplayboy Gunter Sachs, die Brüder Friedrich-Christian und Gert-Rudolf Flick, Mick und Muck genannt, die Erben der Keks-Familie Bahlsen und die Kräuterlikör-Dame Hubertine Underberg – jeder vierte Krösus in der Schweiz stammt aus Deutschland.

Als vorerst letzter kam aus Monaco einer der ärmeren Ausreißer, mit einem geschätzten Vermögen von knapp 200 Millionen, angebraust. Formel-1-Pilot Michael Schumacher hat sich am Genfer See eine Villa gekauft.

Nicht immer war die Vermögensverteilung hierzulande derart schief wie heute. Als die Menschen sich nach dem Krieg an den Wiederaufbau machten, da wurde im Osten Deutschlands das Eigentum nach sowjetischem Vorbild sozialisiert.

Auch im Westen hielten die meisten zunächst fast nichts in Händen: Viele Häuser und Fabriken waren zerstört, und mit der Stunde Null, der Währungsreform am 20. Juni 1948, bekam jeder ein „Kopfgeld“ von 40 Mark ausgehändigt.

Das Geldvermögen aus den Vorkriegsjahren war fast nichts mehr wert, Sparkonten wurden im Verhältnis 6,50 Mark zu 100 Reichsmark abgewertet. Und so entließ der harte Schnitt die Westdeutschen mit einem Geldbesitz von gerade 20 Milliarden Mark in die Nachkriegszeit – heute besitzt allein die Familie der Aldi-Brüder Theo und Karl Albrecht soviel Geld.

Der Wechsel von der Reichsmark zur D-Mark war der Start ins Wirtschaftswun-

### Großer Reichtum – ungleich verteilt





Werbeseite

Werbeseite



# „Sparlohn statt Barlohn“

Die Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapitalvermögen findet quer durch die Parteien immer mehr Anhänger. Aktien für alle – das Modell der Zukunft?

Seit 27 Jahren schon kämpft der christlich-demokratische Arbeitnehmer Wolfgang Vogt, 67, im Bundestag für ein Ziel: die Einführung des Investivlohns.

Nur ein Bruchteil vom monatlichen Salär, so die simple Idee, müßte jeder Beschäftigte regelmäßig in Firmenbeteiligungen anlegen, um später wachsenden Profit einzustreichen, wie ein richtiger Unternehmer.

Unermüdlich predigte Vordenker Vogt im Parlament die Vision von der „Teilhabe aller Bürger am Produktivvermögen“. Die versammelten Volksvertreter reagierten immer gleich: Sie applaudierten begeistert – und gingen zur Tagesordnung über. Doch plötzlich ist die alte Idee hochaktuell. „Endlich“, freut sich Vogt, „kommt Musik in das Thema.“

Seit die Aktienmärkte boomen und die Arbeitslosenzahlen immer neue Negativrekorde erreichen, machen sich auch die Politiker Gedanken über das wachsende Ungleichgewicht zwischen Arbeits- und Vermögenseinkommen. Sie fürchten den sozialen Sprengstoff, der droht, wenn sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnet.

Die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand soll das Problem lösen. Quer durch alle Parteien fordern Politiker einen neuen Volkskapitalismus.

„Der Übergang von der Mitbestimmung in die Miteigentümergeinschaft“, so Grünen-Vordenker Joschka Fischer, „wird die große sozialreformerische Antwort auf die Globalisierung sein.“ Ein „Teil künftiger Lohnzuwächse“ müsse daher in Unternehmensbeteiligungen umgewandelt werden, fordert er.

Dem SPD-Parteichef Oskar Lafontaine schwebt gar „eine neue Partnerschaft zwischen Kapital und Arbeit“ vor. Die Beteiligung der Beschäftigten „am Kapital und am Gewinn der Unternehmen“, orakelt er, werde für „mehr Motivation und damit auch für mehr Innovation“ sorgen.

Auch die Union müht sich, Entschlossenheit zu demonstrieren. Druck macht vor allem die Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA). „Sollte sich in der Koalition nichts bewegen“, so droht deren Bundesvorsitzender Rainer Eppelmann, werde die CDA spätestens im Frühjahr einen Gruppenantrag in den Bundestag einbringen – „um den Investivlohn notfalls mit Hilfe von SPD und Grünen anzuschieben“.

An der Oberfläche zeigte der Druck schon Wirkung: „Die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen“, so ließ CDU-Generalsekretär Peter Hintze in einem Leitantrag für den Parteitag Mitte Oktober in Leipzig festhalten, „fördert die Investitionsfähigkeit der Wirtschaft und ist damit ein Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen.“

Schöne Worte, doch was kann die Politik wirklich tun? Auch künftig wird der

mentzertifikaten oder Genußscheiden anlegen. Die Förderung ist freilich auf einen bescheidenen Rahmen beschränkt – das zu versteuernde Jahreseinkommen darf bei Ledigen 27000 Mark, bei Verheirateten 54000 Mark nicht übersteigen.

Daneben, so sieht es Paragraph 19a des Einkommensteuergesetzes vor, können Unternehmen ihren Mitarbeitern steuer- und sozialabgabenfrei Rabatte auf Beteiligungsaktien oder andere Beteiligungsformen einräumen. Allerdings muß sich der Preisvorteil wiederum in engen Grenzen bewegen – per annum maximal 300 Mark.

Kein Wunder also, daß Deutschlands Arbeitnehmer sich bisher kaum zu Beteiligungen an Unternehmen drängen ließen (siehe Grafik).

Schwung soll jetzt ein zwischen den Tarifpartnern vereinbarter Investivlohn bringen. Eifrig feilen Sozialdemokraten, Union und Grüne an Konzepten.

Schon im Mai legte eine SPD-Arbeitsgruppe unter Leitung von Hessens Ministerpräsident Hans Eichel ein Konzept zur „Beteiligung der ArbeitnehmerInnen am Produktivvermögen“ vor. Bei „der aktuellen wirtschaftlichen und politischen Lage“, so leitete die Kommission ihren Vorschlag nüchtern ein, gebe es jedoch keine Chance „für eine arbeitgeberfinanzierte Produktivkapitalbeteiligung der Arbeitnehmer“. Im Klartext: Die Beschäftigten

müßten Abstriche beim Barlohn akzeptieren.

Solche Aussichten mißfallen dem Wahlkämpfer Lafontaine „in einer Zeit, in der wir seit acht Jahren keine Reallohnzuwächse mehr haben“. Die „Ausarbeitung“ der Eichel-Kommission, befand der SPD-Chef vorvergangene Woche knapp, müsse „weiterentwickelt werden“.

Auch in der Union ist die interne Diskussion längst nicht abgeschlossen. Frak-

## Ein Stück vom Kuchen

Mitarbeiterbeteiligungen an Unternehmen in Deutschland 1996

	Summe in Milliarden Mark	Zahl der Unternehmen	Mitarbeiter
Belegschaftsaktien	13,0	350	1 600 000
Genußkapital	1,5	200	80 000
Mitarbeiter-Darlehen	0,8	500	100 000
Stille Beteiligung	0,7	1000	250 000
GmbH-Beteiligung	0,05	150	5000
Genossenschaftsanteile	0,045	300	15 000

DER SPIEGEL

finanzschwache Staat angesichts leerer öffentlicher Kassen die Beteiligung der Beschäftigten am Produktivvermögen allenfalls mit bescheidenem Einsatz fördern können.

Die Unterstützung, 1996 ganze 230 Millionen Mark, tröpfelt derzeit aus zwei Quellen: Einen Zuschuß von zehn Prozent gewährt die öffentliche Hand nach dem fünften Vermögensbildungsgesetz, wenn Arbeitnehmer bis zu 936 Mark pro Jahr etwa in Aktien, Invest-

tionschef Wolfgang Schäuble versicherte jedoch, daß ihm die Einführung des Investivlohns „am Herzen“ liege. Möglichst bald will er eine Initiative starten. Details sind derzeit noch völlig offen.

Gesprächsgrundlage bei CDU/CSU ist ein vertrauliches Papier „für eine allgemeine Kapitalpartnerschaft“ – verantwortlich zeichnen Heiner Geißler und Hans-Peter Repnik. Die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden schlagen als „Eckpunkte einer Gesetzesinitiative“ vor, tarifvertraglich vereinbarte Investivlöhne künftig nach dem Vermögensbildungsgesetz zu fördern – eine derartige „Lohnverwendungsabrede“ führt nach geltendem Recht zum Verlust der staatlichen Sparszulage.

Zugleich, so das Papier, sollen die jährlichen Einkommensgrenzen bei der Beteiligungsförderung auf 50 000 Mark für Ledige und 100 000 Mark für Verheiratete angehoben und der Höchstanlagebetrag von 936 auf 1200 Mark aufgestockt werden. Bisher scheiterte das Vorhaben freilich am Einspruch Theo Waigels. Der Finanzminister bezifferte die Ausgaben auf bis zu drei Milliarden Mark jährlich.

Einige deutsche Konzerne warten nicht ab, ob sich die Idee der Mitarbeiterbeteiligung in Bonn durchsetzt, sie entwickeln eigene Modelle. Lufthansa, Telekom oder der Reifenhersteller Continental beschreiten dabei völlig neue Wege. Die Unternehmen gewähren ihren Beschäftigten zinslose Kredite – die Mitarbeiter können dadurch mehr Belegschaftsaktien kaufen und um so stärker von Kursgewinnen profitieren. Der Clou dabei: Das Modell, „Leveraged Employee Stock Ownership Plan“ genannt, bietet eine mehrjährige Absicherung gegen Kursverluste.

In allen politischen Lagern wächst das Interesse an den modernen Formen der Mitarbeiterbeteiligung. Niedersachsens Ministerpräsident Gerhard Schröder und SPD-Fraktionschef Rudolf Scharping ließen sich vorige Woche von Fachleuten über den neuesten Stand der Diskussion informieren.

Nur die Freien Demokraten beobachten das Treiben der politischen Konkurrenz mit professionellem Desinteresse. Zwar veranstaltete die FDP schon vergangenen Oktober eine Expertentagung „Sparlohn statt Barlohn“, das Resultat fiel aber wenig mitreißend aus. Über die „Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen“, faßte FDP-Fraktionschef Hermann Otto Solms die gewonnenen Erkenntnisse zusammen, müsse „neu nachgedacht werden“.

Die Anregung dürfte CDU-Arbeitnehmer Vogt an alte Zeiten erinnern.



H. SCHWARZBACH / ARGUS

**Produktion im Ausland\*:** Die Jobs wandern ab, der technische Fortschritt tut ein übriges

der. Frohgemut arbeitete Ludwig Erhard, der „Vater der sozialen Marktwirtschaft“, an einer Gesellschaft der „Freien und Gleichen“. Und in der Tat: Mit Fleiß und viel Einsatz steigerten die meisten Deutschen ihr Einkommen binnen zehn Jahren um das Doppelte. Daß viele Unternehmer in derselben Zeit um das Drei- oder Vierfache zulegten – wen störte das schon? Die Wirtschaft wuchs anfangs mit traumhaften Raten von bis zu zwölf Prozent, und die meisten profitierten davon.

Mit dem neugewonnenen Geld kauften sich die Westdeutschen die lang vermißten Konsumgüter, und sie hatten bald schon genug, um sich in den fünfziger Jahren wieder auf ihre liebste Tugend zu besinnen: das Sparen. Und es entstanden die ersten größeren privaten Geldvermögen.

Erst als das Wirtschaftswunder in den sechziger Jahren an Schwung verlor, wurde den meisten bewußt, daß der Wohlstand doch nicht alle gleichermaßen erreicht hatte. Denn da gab es diejenigen, die trotz Zerstörung einen guten Teil ihres Vermö-

gewachsen im jungen Wohlstand, ausgebildet an noch nicht überlaufenen Universitäten, profitierten die begüterten Kinder von der Aufbauleistung ihrer Eltern.

Sie verdienten als Anwälte, Ärzte oder Ingenieure selbst nicht schlecht. Nun kamen Immobilien, Schmuck, Aktien und oft Mengen an Schwarzgeld hinzu.

Das große Erben setzt sich bis heute fort. In einer Gesellschaft, die im Durchschnitt immer älter wird, geht es dabei um immer größere Summen, um Häuser, Wertpapiere, Schmuck und mittelständische Firmen. Den über 65jährigen gehören inzwischen drei Viertel des bundesdeutschen Bar- und Immobilienvermögens. In den gut zwei Jahren bis zur Jahrtausendwende werden sie davon rund 2,7 Billionen Mark an ihre Kinder und Enkel weiterreichen. Jedem fünften Erben fallen mehr als 400 000 Mark zu, jeder vierzigste wird gar Millionär. Doch gerade Arbeiterfamilien bekommen von diesem Geldsegen nur wenig ab – die Kluft zwischen Arm und Reich wird noch größer.

Im Gefolge der Ölpreiskrise (1973/74) mußten viele Arbeiter erstmals erleben, daß ihre Jobs nicht auf ewig garantiert sind, während ihr mühsam Erspartes, das sich überwiegend auf Sparbüchern mit geringen Zinsen befand, von den hohen Inflationsraten der Siebziger kräftig entwertet wurde.

Die Vermögenden konnten sich schützen: Sie kauften jetzt Wertpapiere und Immobilien, um höhere Renditen als auf dem Sparkonto zu erzielen. Die Bundesbank registrierte unter den betuchteren Anlegern eine „Neuorientierung“: Mehr Risikobereitschaft und vor allem höhere Zinsansprüche setzten sich durch.

Die sozial-liberalen Regierungen unter Willy Brandt und Helmut Schmidt bemühten sich um einen Ausgleich der Interessen. Für diejenigen, die am unteren Ende der Wohlfahrtsskala standen, wurden zahlreiche neue Sozialgesetze verabschiedet oder aufgebessert: die flexible Grenze beim Rentenalter, eine starke Anhebung von Ar-

### Die Finanzierung aus den Sozialkassen hat vor allem den Mittelstand belastet

gens aus der Nazi-Zeit hinübergerettet hatten: die Flicks, die Krupps, die Thyssens.

Zu den Dynastien gesellte sich schnell ein neuer Typus des deutschen Unternehmers: Prominente Aufsteiger wie die Versandhauskönige Josef Neckermann und Gustav Schickedanz, der Autobauer Carl Borgward oder der Elektronikfabrikant Max Grundig nutzten die Boomjahre für den Aufbau ihrer Imperien.

Spätestens seit den siebziger Jahren folgte dieser ersten Generation der Reichen eine zweite: Das große Erben begann. Auf-

\* Chinesische Arbeiterinnen in einer Fabrik des Hamburger Chemiekonzerns Beiersdorf in Schanghai.

Werbeseite

Werbeseite

beitslosengeld und -hilfe, das Wintergeld am Bau und Vergünstigungen im Gesundheitsbereich. Doch seit die Massenarbeitslosigkeit grassiert und der Staat in der Schuldenfalle sitzt, ist es vorbei mit vielen staatlichen Wohltaten. Die Begünstigten von gestern zählen nun zu den Opfern der Rotstiftpolitik.

Die Finanzierung der Einheit hat die Ungleichheit weiter verschärft. Weil ein großer Teil der Lasten aus den Sozialkassen (Arbeitslosen- und Rentenversicherung) bezahlt wurde, blieben die Selbständigen weitgehend verschont.

Über eine Billion Mark flossen bisher von West nach Ost. Von 1991 bis 1995 mußten die privaten Haushalte jährlich 88 Milliarden Mark zusätzlich aufbringen, darunter 37 Milliarden über höhere Steuern, 28 Milliarden durch angehobene Sozialversicherungsbeiträge und 23 Milliarden durch Ausgabenkürzungen. Die Folgen der Einsparungen trafen meist das untere Drittel, die Finanzierung aus den Sozialkassen hat vor allem den Mittelstand belastet.

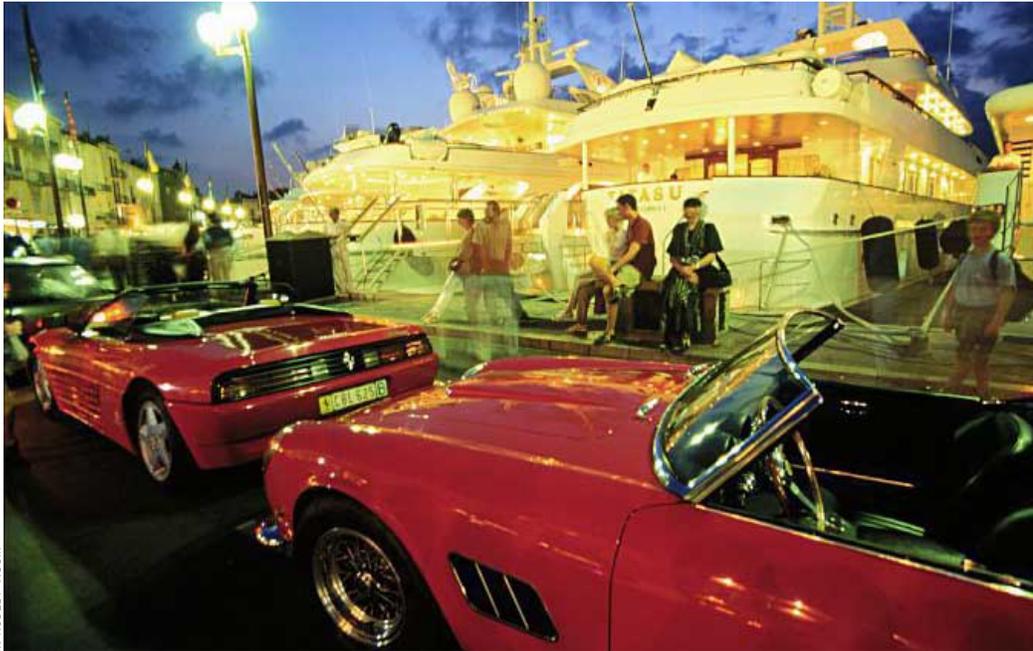
Parallel begann in Deutschland jene Kraft zu wirken, die weltweit für Verunsicherung sorgt: die Globalisierung. Immer stärker konkurrieren Werke und ihre Arbeiter hierzulande mit Werken und Arbeitern in Korea, Thailand und Brasilien. Die Folge: Arbeitsplätze wandern ab.

Längst müssen nicht nur schlecht bezahlte Näherinnen mit der Billigkonkurrenz in Fernost mithalten, in immer stärkerem Maße verfügen viele aufstrebende Staaten, die in ihr Bildungssystem investiert haben, über ein Heer von High-Tech-Kräften. Die machen nun verstärkt auch höherqualifizierten Arbeitnehmern am Standort Deutschland den Job streitig.

Der technische Fortschritt tat ein übriges. Zehntausende von Arbeitsplätzen wurden und werden noch durch die moderne Informationstechnologie wegrationalisiert: nicht nur in der Industrie, sondern auch bei Kreditinstituten, Banken, Versicherungen, Behörden und im Einzelhandel.

Diesen Trends kann sich kein westliches Industrieland entziehen. Auch in Frankreich, Italien und Großbritannien wächst die Kluft zwischen Arm und Reich. „30 fette Jahre“ lang, so der französische Ökonom Jean Fourastié, habe das europäische Sozialmodell funktioniert. In Europa herrschte eine gemeinsame politische Kultur, die von einem starken Wunsch nach sozialem Konsens geprägt war: Die Ausgrenzung wurde durch intensive Hilfe für die Schwachen gebremst, im sozialen Dialog wurden die Früchte des reichlich vorhandenen Wachstums verteilt.

Sind die guten Zeiten nun vorbei? Geplagt von Massenarbeitslo-



R. NOBEL / VISUM

**Luxus (in St. Tropez):** Die globalisierte Welt zerfällt immer mehr in Sieger und Verlierer

sigkeit und Maastricht-Kriterien, blicken die Europäer inzwischen auf ein „verlorenes Paradies“ zurück, so Michael Hansenne, Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf. Längst warnen Ökonomen davor, daß die globalisierte Welt immer mehr in Sieger und Verlierer zerfällt.

Die Sieger – das sind die Wissensarbeiter der Zukunft: Unternehmensberater, Ingenieure, Manager, oft hoch bezahlt und oft auch hoch bezahlt.

Die Verlierer – das sind in erster Linie die ungelerten Hilfskräfte, billig und doch teurer als Maschinen. Der amerikanische Ökonom Lester Thurow fürchtet: „Unsere Wirtschaft braucht eine große Gruppe unserer Bürger einfach nicht.“

Selbst in Schweden, einst der Wohlfahrtsstaat par excellence, ist das sozial fein austarierte System ins Rutschen geraten. „Zu Beginn der achtziger Jahre“, sagt

der Stockholmer Sozialforscher Johan Fritzell, „hatten wir die wohl ausgeglichene Einkommensverteilung im Westen. Seither ging es in die andere Richtung.“

Weil die öffentlichen Kassen nicht mehr hergaben, mußte die Regierung in Stockholm liebgezwungene Leistungen kürzen – und traf auch diejenigen, die ohnehin wenig haben. So büßten die Schweden in der untersten Gehaltsklasse innerhalb von sechs Jahren 30 Prozent ihres realen Nettoeinkommens ein.

Die Debatte um die Zukunft der Industriegesellschaft hat längst die akademischen Zirkel verlassen. Tony Blair, britischer Premier und Chef von New Labour, hat als einer der ersten gefragt: Wie kann aus einer Shareholder-Society, einer Gesellschaft, die sich vornehmlich um das Wohl der Aktionäre kümmert, eine Stakeholder-Society werden, eine Gemeinschaft, die sich um den gerechten Anteil aller Bürger bemüht?

In Deutschland spricht nun auch Gerhard Schröder, aussichtsreichster SPD-Kandidat für die Kanzlerschaft, von der „Teilhaber-Gesellschaft“, die neu austariert werden müsse. NRW-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement strebt eine „kooperative Wirtschaftspolitik“ an, die den Ausgleich zwischen Wirtschaft und Gesellschaft organisieren soll.

Clement, aber auch große Teile der Union, denken konkret an Belegschaftsaktien. So könnte der Lohnausfall zumindest teilweise durch Aktiengewinne und Dividenden ausgeglichen werden. Sparlohn statt Barlohn – diese Idee findet in Deutschland immer mehr Befürworter (siehe Kasten Seite 94).

Norbert Blüm hätte keine Probleme damit, die Arbeitnehmer zu kleinen Kapitalisten zu machen: „Die Arbeitnehmer sind



DPA

**Geschäft für Sozialhilfeempfänger (in Stuttgart)**  
„Autos kaufen keine Autos“

Werbeseite

Werbeseite



heute nicht mehr die Arbeitnehmer von vorgestern.“

Der Arbeitsminister stellt jedoch eine Bedingung: Es dürften nicht allein die Angestellten von Aktiengesellschaften von dieser neuen Form des Lohns profitieren. Er hält überbetriebliche Fonds für sinnvoll, vergleichbar den Investmentfonds, an denen alle Arbeitnehmer beteiligt werden: „Sonst gehen die Angestellten eines Finanzamtes leer aus.“

Die SPD in Bonn, von Oskar Lafontaine auf traditionellen Linkskurs getrimmt, fordert seit Monaten zusätzlich eine klassische Umverteilung von oben nach unten.

---

### **Der Erfolgskult der Reichen droht zur Quelle der Instabilität zu werden**

---

Die Sozialdemokraten würden gern die Vermögensteuer, die auf Geheiß des Bundesverfassungsgerichts Ende 1996 abgeschafft wurde, zumindest teilweise wieder einführen – als Sondersteuer für Millionäre. Gesondert besteuert werden sollen die ganz großen Privatvermögen. Die werden auf immerhin drei Billionen Mark geschätzt.

Je reicher der Steuerpflichtige, so das SPD-Ansinnen, desto höher der Steuersatz. Netto-Vermögen von einer Million Mark aufwärts sollen – nach Abzug hoher persönlicher Freibeträge – mit einem Prozent belastet werden, ab 10 Millionen mit zwei Prozent und ab 50 Millionen mit drei Prozent.

So könnten „endlich auch große private Vermögen, die gegenwärtig gar nichts mehr zur Finanzierung öffentlicher Aufkommen beitragen“, angezapft werden, heißt es in einem Papier der Arbeitsgruppe „Lastenausgleich“ des SPD-Präsidiums.

Die Niederlande und Großbritannien muten ihren Bürgern schon heute eine wesentlich höhere Besteuerung ihrer Vermögen zu, so das Ergebnis einer Studie der Uni Köln. Gemessen am gesamten Steueraufkommen, betrug der Anteil aller Ver-

mögensteuern in England 13,15 Prozent, in Holland 6,33 Prozent, aber in Deutschland 1996 nur 4,99 Prozent. Wenn 1998 die Gewerbesteuer nicht mehr erhoben wird, fällt Deutschland noch weiter zurück.

Mit Erstaunen wird im Kanzleramt registriert, wie die alten Parolen aufs neue verfangen. Womöglich hat sich der Soziologe Lord Ralf Dahrendorf, der ein „Ende des sozialdemokratischen Zeitalters“ prophezeit, gründlich geirrt.

Auch aufgeklärte Unternehmer und Wirtschaftswissenschaftler halten eine „The-Winner-Takes-All-Society“, wie die Amerikaner sagen, eine Gesellschaft nur für Siegertypen, für nicht akzeptabel. Sie fürchten um die Konsumkraft der Massen und um die politische Stabilität.

„Autos kaufen keine Autos“, hatte der amerikanische Autopionier Henry Ford schon zu Zeiten der Weltwirtschaftskrise erkannt. Prominente Wirtschaftsleute eifern ihm heute nach.

So wettete erst jüngst Finanzspekulant George Soros gegen „Sozialdarwinismus“ und „Laissez-faire-Denken“ und warnte: „Falls es keinen Mechanismus der Umverteilung gibt, erreicht die Ungleichheit irgendwann ein nicht mehr tolerierbares Maß.“ Der „Erfolgskult“, der die Reichen belohnt, drohe zur „Quelle der Instabilität“ zu werden – auch für das liebste Spielfeld des George Soros, die Finanzmärkte.

Diese Angst treibt viele um. Wieviel Ungleichheit halten die westlichen Gesellschaften aus? Wie wird sich der Unmut der abgestürzten Klasse eines Tages artikulieren?

US-Ökonom Stephen Roach, der einst wie kein anderer das Downsizing, die radikale Verschlinkung der Unternehmen, propagierte, warnt denn auch die Reichen vor einem allzu laxen Umgang mit dem sozialen Sprengstoff. Die Arbeiter könnten, so glaubt er, schon bald zurückschlagen, mehr Anteil am Wohlstand verlangen und so das Herzstück des heutigen Kapitalismus, den boomenden Aktienmarkt, beschädigen. Seine Warnung: „Das Paradies der Investoren ist in Gefahr.“

# Die globale Herausforderung

Wie läßt sich die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich überwinden? Für den SPIEGEL beschreiben Experten mögliche Wege aus der Krise.

## „An Wissen und Kapital beteiligen“

**Meinhard Miegel**, Professor am Institut für Wirtschaft und Gesellschaft in Bonn



Da sich Wissen und Kapital zu den wichtigsten Produktivfaktoren entwickeln, sind ihre Eigner die Gewinner, alle anderen die Verlierer der veränderten Produktionsweise. Daher müssen sich – soll die Zahl der Verlierer klein gehalten werden – möglichst viele an Wissen und Kapital beteiligen. Zwar sind der Beteiligung an Wissen natürliche Grenzen gesetzt. Der Zugang zu Kapital steht jedoch jedem offen. Nur ist er schwer zu finden.

Wie gelangen breitere Bevölkerungsschichten zu Kapital? Den vorhandenen Kapitaleignern etwas wegnehmen und so eine gleichere Vermögensverteilung bewirken zu wollen, ist zwecklos. Wer das versucht, wird ins Leere greifen, es sei denn, er mauert zu vor die Bevölkerung ein. Die Alternative: Breitere Schichten bilden aus eigener Kraft Vermögen. Manchen mag das zynisch erscheinen. Doch anders geht es nicht.

Voraussetzungen für eine breitere Vermögensbildung sind grundlegende Veränderungen von Sicht- und Verhaltensweisen und eine nicht minder grundlegende Umgestaltung der sozialen Sicherungssysteme, vor allem der gesetzlichen Alters- und Pflegeversicherung.

Die Fähigkeit der Bevölkerung zur Vermögensbildung wird zur Zeit bei vielen von den Beitragszahlungen an die gesetzliche Alters- und Pflegeversicherung absorbiert. Dort entstehen jedoch keine Vermögen, findet eine Beteiligung an der Wertschöpfung von Wissen und Kapital nicht statt. Immerhin hat selbst ein Durchschnittsverdiener die Vermögensbildungs-

kapazität von weit über einer Million Mark. Das jedenfalls ist die Summe, die er bei bescheidener Verzinsung in einem 45jährigen Erwerbsleben an die gesetzliche Alters- und Pflegeversicherung abführt. Würde durch die Umgestaltung dieser Systeme auch nur ein Teil dieses Betrages für Zwecke der Vermögensbildung verwendet, könnte die Bevölkerung den Schwund der Erwerbsarbeit ziemlich gelassen hinnehmen, zumal dann ihre Vermögensquellen sogar besonders kräftig sprudelten.

## „Löhne an der Produktivität ausrichten“



**Johann Eekhoff**, Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität in Köln, ehemaliger Staatssekretär

Die größte Ungerechtigkeit und das größte soziale Problem in Deutschland ist die Arbeitslosigkeit, die faktische Aussperung der rund sechs

Millionen Arbeitssuchenden vom Arbeitsmarkt. Die Ursache ist nicht in einer ungerechten Verteilung der Einkommen, sondern in der Lücke zwischen den Löhnen und der Produktivität zu suchen. Dabei ist es gleichgültig, ob man die Lohnkosten für zu hoch oder die Produktivität für zu niedrig hält. Selbstverständlich ist es vorzuziehen, die Arbeitslosigkeit durch eine Steigerung der Produktivität zu überwinden, statt die Löhne festzuzurren oder gar zu verringern. Da sich die Produktivität der Arbeit aber nicht so einfach schneller steigern läßt, muß wohl an beiden Seiten angesetzt werden.

Jeder Versuch, im Marktprozeß die Löhne aus verteilungspolitischen Gründen stärker oder auch nur so stark anzuheben, wie die Produktivität steigt, verringert die Beschäftigungschancen der Arbeitslosen. Länder wie die Niederlande und Neuseeland, in denen die Arbeitslosigkeit verringert wird, haben dies unter anderem mit Lohnzurückhaltung erreicht. In einem marktwirtschaftlichen System gibt es keine Alternative dazu, die Löhne

an der Produktivität der Arbeitnehmer und der Arbeitslosen auszurichten. Erst wenn die Beschäftigungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind, sollte die Frage gestellt werden, ob bestimmte Gruppen der Bevölkerung ein unzureichendes Einkommen erzielen. Erst dann sollte die Sozialpolitik beziehungsweise Verteilungspolitik einsetzen, zum Beispiel mit steuerlicher Entlastung, mit Sozialhilfe und Wohngeld, mit Kindergeld und Bafög.

## „Negative Steuer auf niedrige Einkommen“

**Roland Berger**, Vorsitzender der Geschäftsführung der Unternehmensberatung Roland Berger & Partner, München



Es gibt durchaus Möglichkeiten, die drohende Kluft zwischen Arm und Reich zu überwinden:

- ▶ Rückzug des Staates durch Privatisierung aus all den Zukunftssektoren, die er heute noch besetzt hält: Kommunikation, Verkehr, Gesundheit, Teile der Aus- und Weiterbildung, der Kultur- und Freizeiteinrichtungen. Dadurch entstehen Wachstum und Arbeitsplätze.
- ▶ Eine breite Qualifizierungsoffensive. Es bedarf eines besseren Zugangs für alle zum Faktor „Wissen“ – der eigentlichen Existenzbasis in der Informations- und Dienstleistungsgesellschaft.
- ▶ Eigentum an Produktivkapital als zusätzliche Einkommensquelle für jeden Bürger. Gangbare Wege: Steuerliche Begünstigungen für Aufbau und Erhalt von Mindestvermögen; Investivlohnmodelle; und man macht Teile der staatlichen Rentenversicherung (in die jeder Bürger durchschnittlich eine Million Mark einzahlt) der privaten Vermögensbildung zugänglich.

Werbeseite

Werbeseite

- ▶ Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe werden nicht mehr als Ersatz von Arbeitseinkommen, sondern als „Übergangshilfe zur Selbsthilfe“ gewährt – bei Wahrung des Lohnabstandsgebots, Aufhebung von Zumutbarkeitsbedingungen, degressiven Zuwendungen etc.
- ▶ Zusätzlich werden die Mindestlöhne gesenkt beziehungsweise aufgehoben – bei gleichzeitiger Einführung einer subjektbezogenen, die Armutsgrenze nach unten absichernden negativen Einkommensteuer.

Längerfristig bedarf es zudem einer Aufwertung von für die Gemeinschaft erbrachter, ehrenamtlicher Arbeit, sie muß zur Erwerbsarbeit gleichwertig anerkannt werden. Die öffentlichen Kassen könnten – neben anderen Teilen der Gesellschaft – zur Finanzierung dieser „Bürgerarbeit“ (Ulrich Beck) beitragen und würden gleichzeitig durch das wachsende gesellschaftliche Engagement der Bürger letztlich doch entlastet.

## „Schuften auf niedrigem Niveau“

Lothar Späth, Vorstandsvorsitzender der Jenoptik AG, Jena



F. BIERSEDT / OSTWESTFALISCHES

Es ist nicht paradox, daß ausgerechnet im legalitären Deutschland eine Debatte über „Gerechtigkeit“ geführt wird? In kaum einem anderen Land der Welt ist die Spannweite zwischen den höchst- und den niedrigstbezahlten Arbeitnehmern so gering wie bei uns. Gerade den Deutschen am unteren Ende der Einkommenskala, egal ob Arbeitnehmern, Sozialhilfeempfängern oder Rentnern, geht es stetig besser: Die Zahl der Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 1000 Mark ist in Westdeutschland zwischen 1992 und 1995 von 6,4 auf 5,2 Prozent gefallen,

in den neuen Bundesländern sogar von 13,9 auf 5,5 Prozent. Ist das nicht ein enormer Egalisierungsschub?

Doch gerade der ist für das Übel wachsender Ungleichheit verantwortlich. Zwischen 1990 und 1994 ist nämlich die Zahl der Ostdeutschen, die weniger als die Hälfte des landesüblichen Durchschnittseinkommens zur Verfügung hat und damit in „relativer Einkommensarmut“ lebt, von 3,5 auf 8,9 Prozent hochgeschwollen. Die Ursache dafür ist schnell gefunden: Im selben Zeitraum stieg das ostdeutsche Durchschnittseinkommen je Haushalt von 1500 auf 2800 Mark. Dasselbe spielt sich in den alten Ländern ab. Wir sind also um so mehr von Armut bedroht, je besser es uns geht.

Was soll dagegen getan werden? Das deutsche Sozialbudget war, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, noch nie so hoch wie heute. Wenn es damit nicht möglich ist, „Gerechtigkeit“ herzustellen, dann bleiben nur zwei Möglichkeiten: Entweder muß es uns allen wieder so schlecht gehen, daß die Gerechtigkeitsfrage dadurch ihren Sinn verliert (der ja darin besteht, „die Reichen“ zur Kasse zu bitten). Auf diese Lösung bewegen wir uns erkennbar zu. Oder es muß am Verteilungssystem etwas falsch sein, weil es nicht genug Wachstum und Wohlstand produziert. Dann wird es Zeit, die seit Jahrzehnten praktizierte Egalisierungspolitik durch eine Leistungs- politik zu ersetzen.

Ich bin für die zweite Lösung. Man darf bei aller Umverteilungsgerechtigkeit die Leistungsseite nicht völlig vergessen. Wir leben längst in einer Gesellschaft, in der arbeitende Menschen für sich und ihre Familien weniger ausgeben können als Versorgungsempfänger. In einem Haushalt, der von Sozialhilfe lebt, erhielt jedes Mitglied 1993 durchschnittlich 11 700 Mark netto, das waren 200 Mark mehr als in einem Haushalt, der von der Landwirtschaft leben muß. Auch Rentnerhaushalte stellen sich mit 24 000 Mark je Mitglied besser als solche von Arbeitern mit 19 800 Mark.

Darum muß man beim Thema Gerechtigkeit auch einmal fragen, von wem die wachsende Zahl gut versorgter Arbeitsloser, Sozialhilfeempfänger, Rentner und Pensionäre auf Dauer unterhalten werden will. Leistung muß sich wieder lohnen, denn nur die Leistungsstarken sind in der Lage, den Schwachen Unterstützung zu bieten. Das bedeutet auch, daß von den Leistungsfähigen mehr Einsatz für ihren Lebensunterhalt gefordert wird, damit für die wirklich Bedürftigen mehr übrigbleibt. Solange von 1,3 Millionen erwerbsfähigen Sozialhilfeempfängern gerade 90 000 einer Arbeit nachgehen, läuft in Deutschland etwas grundsätzlich falsch.

Wir Deutschen müssen wieder lernen, auch auf niedrigem Niveau zu schufteln, statt auf höchstem Niveau zu jammern. Darüber muß in Deutschland diskutiert werden.

## „Von amerikanischer Beweglichkeit lernen“



Siegmund Mosdorf, Wirtschaftsexperte der SPD-Bundestagsfraktion

In Westdeutschland gibt es heute 85 Milliarden und 131 000 Millionäre. Gleichzeitig gibt es 2,3 Millionen Sozialhilfeempfänger und bundesweit fast eine Million Obdachlose. Diese Spannung kann eine Gesellschaft nicht aushalten. Verschärft wird sie durch das Ost-West-Gefälle. Denn: Geteilt hatten wir Deutschen keine Probleme mit der Einheit. Vereint aber haben wir Probleme mit dem Teilen.

Die Menschen, die sich in der Lufthansa-Senator-Lounge begegnen, haben mit denen, die durch Suppenküchen versorgt werden, keine Berührungspunkte mehr. Und wenn doch, bricht nicht selten die unterdrückte Spannung auf.

Von Aristoteles stammt der Satz: „Armut ist die Mutter von Gewalt und Verbrechen.“ Deshalb spitzt sich die gesellschaftliche Entwicklung auf zwei Probleme zu: Arbeitslosigkeit und Kriminalität.

Drei Antworten auf die neuen wirtschaftlichen Fragen sind vordringlich:

- ▶ In der neuen Wettbewerbsarena einer globalen Wirtschaft ist Beschäftigung in Hochkostenländern nur durch Innovation zu sichern oder neu zu schaffen. Wir müssen uns deshalb neue ökonomische, technologische und – in Zukunft wichtiger denn je – auch ökologische Vorsprünge erarbeiten. Das setzt die Bereitschaft zu enormer Leistung, zu Kreativität und den Mut, Neues zu wagen, voraus. Unsere Gesellschaft, die in den letzten Jahren stationär geworden ist, muß sich wieder mehr bewegen. Hier können wir von der neuen amerikanischen Beweglichkeit lernen. Das gilt insbesondere für die hochproduktiven Dienstleistungen, mit denen Hunderttausende neue Jobs in den Wachstumsbranchen von morgen geschaffen wurden. Hingegen kann die Einkommensverteilung in den USA kein Vorbild für uns sein.
- ▶ Da wir einen hohen Sockel von zwei Millionen Langzeitarbeitslosen haben, die wir kaum in die ökonomisch-technologische Spitzengruppe der Unternehmen und Branchen vermitteln können, brauchen wir neue Brücken in den ersten Arbeitsmarkt. Auf diesem Arbeitsmarkt ist insbesondere bei Dienstleistungen der Faktor Arbeit zu teuer. Deshalb sind Kombi-Löhne eine Chan-

Werbeseite

Werbeseite

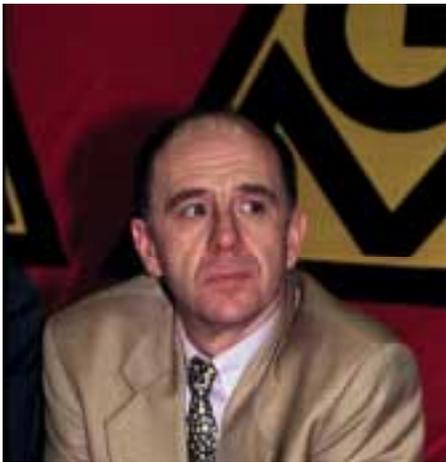
ce zur Rückkehr in die Arbeitsgesellschaft: Arbeit wird – befristet und degressiv auslaufend – von der Gemeinschaft mitfinanziert.

► In der Bundesrepublik verfügen drei Prozent der Bevölkerung über rund 80 Prozent des Produktivvermögens. Deshalb ist eine echte Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen heute wichtiger als die schlichte Verteilung der Zuwächse für den Konsum.

Innovation und Gerechtigkeit – das ist die Maxime für den Aufstieg aus dem Tal der Tränen.

## „Arbeit schützt nicht vor Armut“

Walter Riester, Zweiter Vorsitzender der IG Metall



ACTION PRESS

Deutschland ist ein reiches Land, dessen Wirtschaft wettbewerbsfähig und dessen Arbeitnehmerschaft hoch qualifiziert ist. Und doch leben in Deutschland immer mehr Menschen in Armut und Hoffnungslosigkeit.

Die Bevölkerung ist beunruhigt. Zu recht – denn auf strukturelle Veränderungen werden keine Antworten gesucht, es herrscht krasser Strukturkonservatismus vor. Besonders deutlich wird dies in der Sozialpolitik. Unsere Sicherungssysteme gehen von Menschen aus, die mindestens 45 Jahre in Arbeit und Brot stehen. Es kann der Regierung nicht verborgen geblieben sein, daß über ein Drittel der Erwerbstätigen diese Voraussetzungen nicht mehr erfüllt. Unser Sozialsystem schützt sie vor Armut im Alter kaum noch. Vorschläge zur Ergänzung unseres paritätisch finanzierten Sicherungssystems durch eine steuerfinanzierte, bedarfsorientierte Grundsicherung liegen vor. Sie müssen angepackt werden.

Es kann Politikern auch nicht entgangen sein, daß selbst Arbeit nicht immer vor Armut schützt. So diskussionswürdig die Dresdner Thesen von Gerhard Schröder

im einzelnen sein mögen: Sein Vorschlag, niedrig entlohnte Arbeit, Teilzeitarbeit und tarifvertraglich vereinbarte Lebensarbeitszeitmodelle beispielsweise durch die Übernahme von Teilen der Sozialversicherungsbeiträge zu entlasten, ist vernünftig.

Damit verbinde ich nun nicht die Hoffnung, daß im Niedriglohnbereich massenhaft neue Arbeitsplätze entstehen. Auch werden derartige Maßnahmen nicht Anlaß für die Gewerkschaften sein, eine Lohnspreizung nach unten zu akzeptieren. Denn weder sind unsere Löhne im internationalen Vergleich zu hoch, noch können die Gewerkschaften eine weitere Umverteilung zu Lasten der Beschäftigten akzeptieren. Der Beitrag der Gewerkschaften wird vor allem darin bestehen müssen, durch eine Weiterentwicklung des Flächentarifvertrages in den Betrieben das Fundament für eine zukunftsträchtige Produktion und Arbeitsorganisation und damit für sichere Arbeitsplätze zu legen.

## „Demokratie gerät in Gefahr“

Elmar Altvater, Professor für Politologie an der FU Berlin

Es gibt alarmierende Meldungen: 358 Milliardäre verdienen fast soviel wie die Hälfte der rund sechs Milliarden Menschen. Die 20 Prozent Reichsten der Welt waren 1960 nur 30mal reicher als die 20 Prozent Ärmsten. In der Mitte der Neunziger haben sie es glatt auf das 78fache gebracht.

Das wäre erträglich, und der von manchen konservativen Soziologen mit Erschrecken festgestellte „Sozialneid“ würde gar nicht erst aufkommen, wenn die öffentlichen Haushalte für sozialen Ausgleich sorgen würden. Der Sozial- und Wohlfahrtsstaat ist einst zu diesem Zweck



P. LANGROCK / ZEITUNG

erfunden, genauer: erkämpft worden. Doch die öffentlichen Einrichtungen, jene mit sozialer und kultureller Zwecksetzung zumal, sind arm. Am Ende des Jahrhunderts gilt wie in den fünfziger Jahren die Formel des US-amerikanischen Autors John Kenneth Galbraith: Privater Reichtum und öffentliche Armut sind die Kehrseiten der gleichen Medaille.

An die Armut scheinen sich die Gesellschaften zu gewöhnen. Zu Beginn des Kapitalismus in Deutschland war die öffentliche Wohlfahrt eine „polizeyliche“ Aufgabe. An der Wende zum 21. Jahrhundert

gibt es nicht wenige, die sich erneut eine Bewältigung der Probleme von Armut, Ungleichheit und fehlende Gerechtigkeit autoritär-polizeylich vorstellen. Der Hamburger Wahlkampf gibt den Vorgeschmack auf das, was noch kommen könnte.

Wenn die Ungleichheit zu groß wird, gerät die Demokratie in Gefahr. Autoritäre Gelüste der einen, die angenehm im Wohlstand leben, und Hoffnungen auf autoritäre Lösungen der anderen, die von der sozialen Demokratie in den letzten Jahren enttäuscht worden sind, treffen sich. Das ist eine brisante Mischung.

## „Fachleute auf die Wahllisten“

Martine Dornier-Tiefenthaler, Anwältin und Unternehmerin



J. ROETTER / VISUM

Welche Lösung ich sehe, um die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich zu überwinden? Schon die Frage ist ein Teil des Problems. Solche Pauschalbegriffe, die aus der Mottenkiste des Klassenkampfes stammen, sind gefährlich. Wir sollten nicht eine Gruppe gegen eine andere ausspielen. Wir sollten statt dessen alles versuchen zu erreichen, daß in unserem Land niemand in Armut leben muß.

Wenn jemand an der Börse in diesem Jahr sein Vermögen vermehrt hat – wunderbar. Wer das nicht getan hat, den bringt nicht der Neid weiter. Es könnte ihm aber helfen, wenn einer Vielzahl von Menschen ein seriöser Börsenzugang oder, besser noch, eine direkte Beteiligung an ihrem Unternehmen geboten würde.

Die Probleme sind zu lösen – vorausgesetzt, man hat gutausgebildete, intelligente Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie eine Organisationsform, die klare Führung, rasche Entscheidungen und deren anschließende Umsetzung ermöglicht. Solche Leute sind teuer, aber ihr Einsatz lohnt sich. Das zeigen die Erfolge vieler Unternehmen. Ein Mißtrauen gegen solche Eliten

Werbeseite

Werbeseite



ist völlig unangebracht. Wir sollten endlich lernen, sie zu fördern und ihre Leistungen dem Land zunutze zu machen.

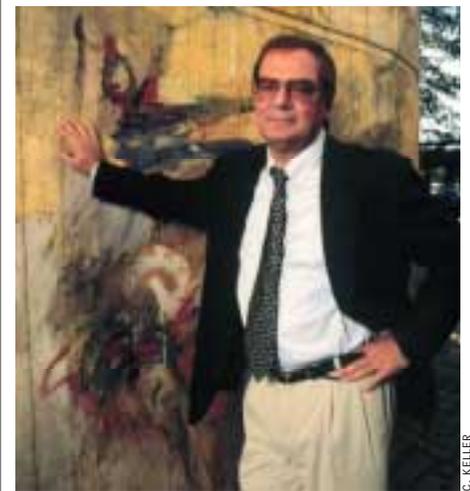
Doch wo sind solche Leute in der Politik? Ich habe meinen erheblichen Zweifel – um es höflich auszudrücken –, daß sich aus einer zufällig zusammengewürfelten Gruppe von Berufsbildern, mit dem Schwerpunkt Lehrer aufgrund nachmittäglicher Verfügbarkeit, die notwendige Qualifikation ergibt, die Probleme dieses Landes zu lösen. Ebenso bezweifle ich, daß mangelnde Qualifikation ersetzt werden kann durch möglichst lange Erfahrung im Umgang mit den bestehenden Strukturen – und fehlende im Umgang mit Inhalten.

Es ist nicht das Land, das nicht wettbewerbsfähig ist, es sind unsere Politiker, die im Verhältnis zu denen manch anderer Länder und im Verhältnis zu Managern der Wirtschaft nicht wettbewerbsfähig sind. Das zu ändern ist nicht einfach. Die Diktatur der Parteien verhindert, daß der Bürger die bestmöglichen Vertreter wählen kann.

Notwendig wäre es, Fachleute für die zu lösenden Sachprobleme auf die Wahllisten zu setzen. Denn es muß endlich damit begonnen werden, die Strukturen zu verbessern: die Blockademöglichkeiten zwischen Bundesrat und Bundestag aufzuheben, die Zahl der Abgeordneten zu reduzieren und die öffentliche Verwaltung zu straffen.

## „Renditeansprüche sind zu hoch“

**Rudolf Hickel**, *Professor für Wirtschaftswissenschaft an der Universität Bremen*



**I**st die Anpassung der deutschen Kooperationsökonomie an den weltweit expandierenden Turbokapitalismus unvermeidbar? Die Antwort lautet klar und deutlich: Nein! Denn die entscheidende Ursache der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich sind die Massenarbeits-

losigkeit und die katastrophale Politik der Reichtumspflege. Die Werkzeuge dieser neoliberalen Kapitalismuseinfesselung sind: Billiglöhne, Abbau staatlicher Regulierungen, Sozialstaatsdemontage und unternehmerische Steuerentlastungen.

Diese Politik nach dem „Roßäpfeltheorem“ ist gescheitert. Die Rosse wurden zwar durch staatlich geförderten besten Hafer gestärkt. Für die Spatzen blieb am Ende kaum etwas übrig. Gelingen ist die Operation Umverteilung zugunsten der Gewinne nach Steuern. Doch Investoren haben sich dadurch kaum beeindrucken lassen. Nur 63 Pfennig von einer Mark ihrer Finanzierungsmittel haben die Unternehmen für Investitionen im letzten Jahr im Inland ausgegeben. Der große Rest wird an den Spieltischen des internationalen Kasinokapitalismus eingesetzt. Offensichtlich sind nicht die Löhne, sondern die unternehmerischen Renditeansprüche zu hoch.

Es gibt durchaus einen, wenn auch beschwerlichen Pfad, diese demokratiefährende Fehlentwicklung zu korrigieren. Wesentliche Elemente dieser Erneuerungsstrategie sind:

- ▶ Das Humankapital ist die wichtigste Zukunftsressource Deutschlands. Der Bildungs- und Forschungspolitik kommt die entscheidende Bedeutung zu. Die vorherrschende Politik versagt hier.
- ▶ Produkt- und Prozeßinnovationen müssen gefördert, der ökologische Umbau muß – auch mit Hilfe der Steuerpolitik – vorangetrieben werden. Das schafft Arbeitsplätze.
- ▶ Zwei Drittel der deutschen Kostennachteile lassen sich auf Managementmängel zurückführen. Der erdrückende Zeitgeist übersieht, daß die Stärkung der Mitbestimmung zur Ausnutzung der Erkenntnisse der Ressource Arbeitskraft vor Ort durchaus sinnvoll ist.

Ohne intelligente Modelle der Arbeitszeitverkürzung wird die Massenarbeitslosigkeit und die mit ihr wachsende Armut nicht zu überwinden sein. Denn selbst bei optimaler Ausnutzung der Wachstumsmöglichkeiten führt die hohe Produktivitätsentwicklung nicht zu ausreichendem Jobwachstum.

## „Produktivkapital breit streuen“

Hubert Kleinert, Vordenker der Grünen

**K**eine Frage: Die Welt um uns herum hat sich in den vergangenen 15 Jahren dramatisch verändert – und damit auch die Bedingungen für das Sozialstaatsmodell des „rheinischen Kapitalismus“.

Einerseits schafft das neue Chancen, nicht nur in den neuen Wachstumsmöglichkeiten der Welt. Andererseits gerät der leidlich

gelungene Ausgleich zwischen Freiheits- und Gleichheitswerten aus den Fugen: Die Verteilung von Reichtum und Einkommen wird immer schiefer.

Warum soll eine Gesellschaft auf Dauer einen politischen Apparat akzeptieren, der gegen diese Wirkungen eines entfesselten Marktes nichts auszurichten vermag?



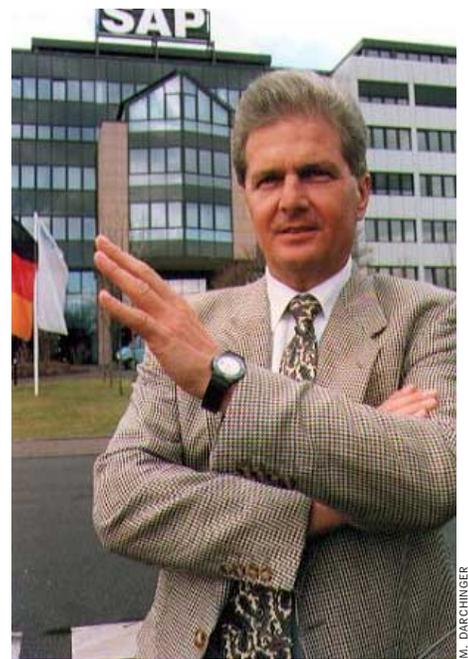
K.-B. KARWASZ / ARGUS

Zu tun sind vor allem fünf Dinge:

- ▶ Erstens: Die staatliche Förderpolitik muß radikal geändert werden. In der Vergangenheit sind zehnmal so viele öffentliche Gelder in perspektivlose Altindustrien geflossen wie in die Förderung neuer Produkte und Dienstleistungen. Die deutsche Umweltindustrie, obwohl eine Wachstumsbranche, hat ihre weltweite Spitzenposition verloren.
- ▶ Zweitens: Die Sozialsysteme sind reif für eine Strukturreform. Die lohnabhängigen Beiträge müssen sinken, die steuerfinanzierten steigen. Das wäre gerechter als bisher: Die Lasten würden von allen, auch von Selbständigen und Beamten, getragen, nicht nur von den Beitragszahlern.
- ▶ Drittens: Die Arbeitslosen brauchen wieder eine echte Chance zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und zur Selbstverwirklichung – und beides definiert sich weiterhin über Erwerbsarbeit. Warum also soll die Finanzierung von Arbeitslosigkeit besser sein als die Bezuschussung von niedrigen Einkommen?
- ▶ Viertens: Die Staaten müssen ihre Politik international besser abstimmen. Natürlich wird sich die alte Steuerungskraft der nationalen Politik nicht wiederherstellen lassen; gleichwohl müssen wir dem ruinösen Wettlauf um niedrigere Steuern und Sozialstandards soweit wie möglich entgegenwirken. Deutschland sollte sich auch um internationale Umweltstandards bemühen.
- ▶ Und fünftens: Der sozialistische Gedanke, daß sich der Wohlstand durch eine totale Kontrolle der Ökonomie mehren läßt, ist an der Realität gescheitert. Es gibt deshalb nur eine Antwort auf die drängend gewordene Verteilungsfrage: Aktien und Produktivkapital müssen möglichst breit unter den Menschen gestreut werden. Der Arbeitnehmer der Zukunft muß Anteilseigner und Aktionär zugleich werden – und auf diese Weise am wirtschaftlichen Erfolg beteiligt sein. Nur so wird sich jene Teilhabegesellschaft verwirklichen lassen, die eine entscheidende Voraussetzung für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft von morgen ist.

## „Mehr Mut zur Selbständigkeit“

Dietmar Hopp, Vorstandssprecher des Walldorfer Softwareunternehmens SAP



M. DARCHINGER

**I**ch halte die Arbeitslosigkeit für die derzeit drängendste Frage in Deutschland. Deshalb ist jeder der 4,4 Millionen Arbeitslosen, der wieder in das Erwerbsleben eingegliedert werden kann, ein Erfolg. Damit die Kluft zwischen Arm und Reich nicht noch größer wird und um soziale Konflikte zu verhindern, plädiere ich für eine „große Koalition der Vernunft“, in der alle gesellschaftlichen Gruppierungen mitarbeiten sollten.

Wir müssen akzeptieren, daß für tradierte Industriezweige das Lohnniveau in Deutschland viel zu hoch ist, um im Wettbewerb zu bestehen. Sie dürfen deshalb nicht weitere Jahrzehnte mit Subventionen künstlich am Leben gehalten werden. Vielmehr muß der Großteil der vielen Milliarden der Entwicklung zukunftsfähiger Technologien mit neuen Perspektiven für die Menschen zugute kommen.

Gefordert ist dabei auch mehr Mut zur Selbständigkeit. Der bei uns noch sehr unterentwickelte Dienstleistungssektor bietet dafür gute Chancen. Doch hier ist ein Umdenken der gesamten Bevölkerung nötig. Denn Selbständige, die mit einer Unternehmensgründung scheitern, sind gesellschaftlich geächtet. Sie erhalten kaum eine zweite Chance. Hier könnten wir von den USA lernen. Weil die staatlichen Programme für Existenzgründungen allein nicht ausreichen, wäre auch in Deutschland die Bereitstellung von Venture-capital ähnlich wie in den USA sehr wünschenswert. ◆

Werbeseite

Werbeseite

GRUNDIG

## Neue Großaktionäre

Bei seiner Suche nach neuen Investoren für die angeschlagene Grundig AG steht der bayerische Wirtschaftsminister Otto Wiesheu kurz vor dem Ziel. Die wichtigsten Partner der wahrscheinlich aus acht bis zehn Kapitalgebern bestehenden Investorengruppe, die zunächst 43 Prozent der Grundig-Anteile von der englischen Investmentfirma Botts übernehmen soll, sind der Rosenheimer Elektronunternehmer Anton Kathrein sowie die Bayerische Vereinsbank. Kathrein, 46, der als Hersteller von Antennen- und Satellitenanlagen sehr erfolgreich ist, verspricht sich durch das Engagement in Fürth eine weitere Ausweitung seines Geschäfts. Noch unklar ist, ob auch die geplante Beteiligung der Firma Laser Display Technologie (LDT), einer gemeinsamen Tochter von Daimler und den



Fernsehgeräte-Montage bei Grundig

Schneider Rundfunkwerken, zustande kommt. LDT will kein Kapital, sondern seine zum Patent angemeldete Laser-Technik für das Fernsehen der Zukunft einbringen und gegen Grundig-Anteile verrechnen. Ebenfalls noch nicht abgeschlossen hat Wiesheu die Verhandlungen mit der Grundig-Erbin Chantal Grundig-Dietze. Mit ihren Anteilen könnte die bayerische Investorengruppe dann 95 Prozent der Fürther Traditionsfirma übernehmen; 5 Prozent blieben vorerst bei Philips. Derweil ist der Aufsichtsratsvorsitzende Burkhard Wollschläger auf der Suche nach einem neuen Vorstandsvorsitzenden, nachdem der erst im Februar bestellte Vorstandssprecher Pieter de Jong am vergangenen Mittwoch überraschend von seinem Amt enthoben wurde. Aufsichtsräte hatten de Jong, dessen Amt vorerst von Grundig-Veteran Herbert Bruch, 59, übernommen wird, zu große Nähe zum früheren Großaktionär Philips vorgeworfen. Auch für Vertriebschef Stefan Kobold wird ein Nachfolger gesucht.

AFFÄREN

## Absprache auch in Wolfen?

In einem der größten Ausschreibungs- und Betrugs-Skandale in Ostdeutschland sind auch ehemalige Mitarbeiter der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) verwickelt. Die Bitterfelder Vermögensverwaltung Chemie (BVV), eine 100prozentige BvS-Tochter, hat nach Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Halle Millionenaufträge für Altlastensanierung an Unternehmen vergeben, deren Angebote zum Teil um das 3- bis 17fache über dem niedrigsten Gebot lagen. In dem Vergabeausschuß saß auch ein BvS-Mitarbeiter. Bei einer internen Untersuchung im vergangenen Herbst stellte die BvS Manipulationen im großen Stil bei

der Ausschreibung und Vergabe fest. Der BvS-Vertreter im Vergabeausschuß hat inzwischen die Behörde verlassen, ein leitender Angestellter der BVV wurde gefeuert. Die Ermittler gehen auch Hinweisen nach, wonach bei der Vergabe von Aufträgen für Abbrucharbeiten an der ehemaligen Filmfabrik Wolfen ebenfalls getrickt wurde.



Sanierungsarbeiten in Bitterfeld

TARIFPOLITIK

## Kombilohn entzweit DGB

Mehrere DGB-Gewerkschaften machen Front gegen den Vorstoß des DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte zur Einführung eines sogenannten Kombilohnes, der arbeitslosen Sozialhilfeempfängern Beschäftigung zu Niedriglöhnen verschaffen soll. In einem Schreiben an den DGB-Chef nennt die Vorsitzende der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Margret Mönig-Raane, dessen öffentliche Forderung zwar „sehr diskussionswürdig“, verwahrt sich aber gegen „Vereinbarungen oder öffentliche Festlegungen“, bevor innerhalb des DGB eine gemeinsame Strategie entwickelt sei. Mönig-Raane zeigte sich „sehr erstaunt“, daß es inzwischen „Verhandlungen“ über den Kombilohn mit der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gebe, ohne daß die im Dienstleistungsbereich arbeitenden Gewerkschaften je gefragt worden seien, welche Erfahrungen sie mit Niedriglöhnen und Arbeitsplatzentwicklung gemacht haben. Weitere kritische Stellungnahmen anderer Gewerkschaften werden beim DGB-Bundesvorstand im Laufe der Woche eingehen.

STEUERHINTERZIEHUNG

## Adenauer zahlt nach

Hans Günther Adenauer, 63, Vorstandsmitglied der Dresdner Bank, muß Steuern in Höhe von 400 000 Mark nachzahlen. Das bestätigte sein Anwalt auf Anfrage. Der Großneffe des ersten Bundeskanzlers hatte vor einem Jahr Selbstanzeige wegen Steuerhinterziehung gestellt. Damit verhinderte der promovierte Jurist eine Strafverfolgung, lieferte aber zugleich den

Beweis, daß die Steuermoral an der Spitze des zweitgrößten deutschen Geldhauses nicht besonders ausgeprägt ist. Die Dresdner Bank steht im Mittelpunkt großangelegter Ermittlungen der Düsseldorfer Staatsanwaltschaft und der Steuerfahndung. Im Haus des Aufsichtsratschefs Wolfgang Röller fanden die Ermittler verdächtige Unterlagen (SPIEGEL 38/1997), Röller trat inzwischen zurück. Auch Adenauers Wohnung wurde trotz der Selbstanzeige Anfang September von der Steuerfahndung durchsucht.



TV-Spot von Apollinaris

WERBUNG

## Tomato für Wasser

Mit einer Überraschung kehrt die Was-sermarke Apollinaris nach über einem Jahr Werbepause auf den Bildschirm zurück: Eine Künstlertruppe aus dem Londoner Stadtviertel Soho hat die neuen TV-Spots gestaltet. Die Hamburger Agentur Kolle Rebbe war, auf der Suche nach Kreativität, auf Tomato gestoßen, ein Zusammenschluß von Musikern der Band Underworld, Bildhauern und Grafikern. Die neunköpfige Künstlergruppe wird bereits mit der legendären New Yorker Factory

Andy Warhols verglichen. Rund 1,2 Millionen Mark kostete die Produktion von drei 20-Sekunden-Spots, in denen eine Frau, ein Mann und ein Baby in sprudelndem Naß für die „Queen of Table Waters“ werben. Die Produkte der Multimedia-Truppe, die auch schon im Dienst des japanischen Kosmetik-Konzerns Shiseido war oder für den Sportartikler Nike tätig wurde, haben mittlerweile Einzug ins Museum gehalten. Die Neue Sammlung München zeigt bis Januar einen Querschnitt der Arbeiten.

DESIGN

## Neue Fernsehfarben

Im Oktober legen sich viele TV-Sender ein Neues Outfit zu. Die On-Air-Promotion – das sind die Spots, mit denen Werbeblöcke eingeleitet oder auf Programme hingewie-

Jahre alte, von Stardesigner Neville Brody entwickelte, kantig bunte Senderdesign über Bord und setzt jetzt auf sanfte Klänge und transparente Optik. Bei Sat 1 planen die On-Air-Künstler zum 6. Oktober grundlegende Änderungen des Bildschirmauftritts. Der Ball bleibt als Markenzeichen erhalten, öffnet sich aber und zeigt dem Zuschauer künftig, was in ihm steckt. Pro Sieben hat – abgesehen von jahreszeitlicher Einfärbung mit Herbstlaub – am Auftritt nur wenig und für das Publikum kaum wahrnehmbar ge- feilt. Bei RTL gibt es neue „faces“, Drei-Sekunden-Spots mit Gesichtern, die sich quasi augenzwinkernd für Werbeunterbre-

chungen entschuldigen. Das ZDF will seine Zuschauer in den Grundfarben Orange, Grün, Blau und Gelb auf „emotionaler, menschlicher Ebene ansprechen“. Die ARD hat vorerst keine Design-Pläne.



Neues Design bei RTL, Sat 1



sen wird – wird neu gestaltet und soll den Sendern ein eigenes unverwechselbares Image geben. In diesem Jahr ist RTL 2 vorgedrescht. Der neue Kanalchef Josef Andorfer warf kurzerhand das noch nicht zwei

DATENDIENSTE

## Fixe Preise

Täglich verschicken die gut 400 000 deutschen Kunden des Multimedia-Dienstes America Online (AOL) mehr als eine Million elektronische Briefe. Damit übertrifft AOL so manches Großstadtpostamt und hat eine Größe erreicht, die die Eigentümer an neue Einnahmequellen denken läßt. Nach dem Vorbild der amerikanischen Muttergesellschaft sollen auch hierzulande neue Preise und vor allem Werbung den Umsatz von derzeit rund 160 Millionen Mark (reine Abonnemententnahmen) deutlich steigern. In den USA haben die Werbeeinnahmen in Höhe von circa 300 Millionen Dollar rund 15 Prozent des Umsatzes erreicht. Damit kann sich der Dienst erlauben, seinen Kunden Pauschalpreise von knapp 20 Dollar im Monat für unbegrenzte Nutzungszeit anzubieten. Auch in Deutschland, wo außer der Grundgebühr von 9,90 Mark nach 120 Freiminuten 6 Mark pro Stunde gezahlt werden müssen, wird mit Fix-Preisen zwischen 39,90 und 69,90 Mark experimentiert. Eine neue Preisstruktur könnte vom Frühjahr an greifen. Geschäftsführer Andreas von Blottnitz will jedoch noch abwarten, wie sich die Telefon-tarife entwickeln.



Blottnitz

DIGITAL-TV

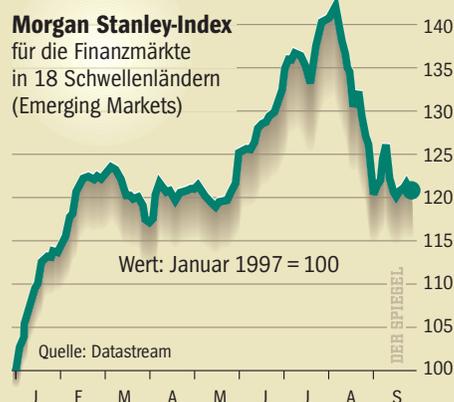
## Einigung rückt näher

Für die Markteinführung von digitalem Fernsehen in Deutschland wurden vergangenen Freitag weitere Hürden beiseite geräumt. Der Bertelsmann-Konzern, die Kirch-Gruppe und die Deutsche Telekom haben mit ARD und ZDF ein Papier zum künftigen Vorgehen erarbeitet. Am Montag wollen die noch uneinigten ARD-Intendanten auf ihrer Schaltkonferenz über die Vorschläge beraten. Die öffentlich-rechtlichen Sender hatten beklagt, daß der Digitaldecoder d-box weder ihren elektronischen Programmführer (EPG) noch Querverweise zu anderen Sendungen ermöglicht. Die jetzt angedachte Lösung sieht vor, daß Kirch, Bertelsmann und Telekom den Decoder umgehend technisch aufrüsten. Geschätzte Kosten für die bereits geordneten eine Million Geräte: 35 Millionen Mark. Außerdem soll die Benutzerführung, die bisher Kirchs DF1 bevorzugte, sofort neutralisiert werden und bis Ende 1998 eine neue Software vorliegen, die alle Anbieter digitalen Fernsehens zufriedenstellt.

SCHWELLENLÄNDER

## Gewinne mitnehmen

Die Schaukelbörsen in den Industriestaaten vertreiben viele Investoren in exotische Schwellenländer. Sie kaufen nun wieder Aktien der aufstrebenden Emerging Markets, kurz EmMa genannt, von Mexiko bis Malaysia. Die Spekulation geht oft, aber nicht immer auf. Am wichtigsten sei die richtige Auswahl der Länder, belehrt die Schweizerische Bankgesellschaft UBS in einer dicken Studie. Die zehn schlechtesten Aktien der besten



Länder hätten bisher stets besser abgeschnitten als die zehn besten Titel der schlechtesten Länder. Doch Investoren machen viele Fehler. Hohe Wachstumsraten etwa garantieren keineswegs auch hohe Kursgewinne. Die Russen schafften, im Gegenteil, sogar eine Hausse ohne Wachstum. Oft werden Währungsrisiken unterschätzt, wie zuletzt in Südostasien. Manche Fondsmanager streuen ihre Anlagen zudem viel zu breit. Gewinne in einem Land werden durch Verluste anderswo aufgeessen. Derzeit würden die Risiken in den Schwellenländern wachsen, warnt das Investmenthaus Merrill Lynch, die Anleger sollten schon mal Gewinne mitnehmen und bessere Zeiten abwarten.

### GEWINNER...

Börsen in	Veränderung seit Jahresbeginn
Rußland	+183%
Türkei	+91%
Mexiko	+79%

### ... UND VERLIERER

Thailand	-47%
Malaysia	-40%
Indonesien	-24%

AKTIEN

## Tips per TV

Ein Kurspotential von über 100 Prozent hat die Aktie des Autovermieters Sixt – zumindest nach Ansicht des Börsenexperten des Platow-Dienstes. Der junge Mann trug seinen Tip in der TV-Sendung 3sat Börse (freitags, 21.30 Uhr) so überzeugend vor, daß der Kurs des Autovermieters am nächsten Handelstag um 12 Prozent zulegte. Das beweist immerhin, daß die Sendung mit einer Mischung aus spekulativen – teilweise auch etwas windigen – Tips und harten Facts die Zielgruppe der Hobby-Börsianer und Privatanleger tatsächlich erreicht.

Mit dem jüngsten Börsenboom nahm die Sehbeteiligung der 3sat Börse sprunghaft zu, und ähnlich geht es allen Programmen, die Börseninformationen liefern. Die umfassendste Berichterstattung bietet n-tv – mit täglich zahlreichen Live-Schaltungen zur Frankfurter Börse und der Sendung Telebörse (an Börsentagen 19.15 Uhr und 22.15 Uhr). Um vom Börsenboom zu profitieren, wurde mit der jüngsten Programmreform des Nachrichtkanals die Spätausgabe der Telebörse unerträglich in die Länge gezogen. Demnächst droht den eingeführten Börsensendungen neue Konkurrenz: Die Zeitschrift BÖRSE ONLINE entwickelt derzeit ein eigenes TV-Magazin und verhandelt bereits mit mehreren Sendern.

WALL STREET

## „Say: Herkst“

Der US-Autovermieter Avis hat dem Chemieriesen Hoechst bei der Premiere an der Wall Street am vorigen Mittwoch die Schau gestohlen: Am ersten Börsentag von Avis wurden 14,6 Millionen Aktien gehandelt, der Umsatz von Hoechst-Papieren lag bei rund 650 000, am Folgetag waren es etwa 330 000. Damit ergeht es Hoechst wohl ähnlich wie den beiden anderen Dax-notierten Unternehmen, die bereits den Sprung auf den weltgrößten Kapitalmarkt gewagt haben. Das Interesse von US-Anlegern an Daimler und Deutsche Telekom ist bescheiden, die Umsätze sind gering. „Wer deutsche Werte haben will, geht in der Regel über europäische oder deutsche Broker“, sagt Manfred Piontke, Analyst beim Bankhaus Julius Bär. Trotzdem lohne sich die Präsenz der Global Player deutscher Herkunft in New York, denn auf diese Weise steigerten sie ihren Bekanntheitsgrad in den USA: „Für große Unternehmen ist es eine Imagefrage.“ So hat Hoechst den Börsengang mit Anzeigen in US-Tageszeitungen samt Aussprachehilfe („say: Herkst“) begleitet. Langfristig soll natürlich auch der Kurs profitieren. Seit verganginem Dienstag bereitet auch der Vorstand des Energieversorgers Veba mit einer Roadshow, die durch 20 amerikanische Städte führt, die Notierung am Big Board vor. Am 8. Oktober wird Veba-Chef Ulrich Hartmann die Glocke an der Wall Street läuten.



Börse New York



Spendenverteilung in Zaire (1996)

J. M. TURPIN / GAMMA / STUDIO X

SPENDENFONDS

## Not lindern

Geldanlagen für einen guten Zweck offerieren jetzt die Volksbanken und Raiffeisenbanken. Wer wenigstens 5000 Mark plus 2,5 Prozent Ausgabeaufschlag in den Pro Mundo Fonds steckt, kann die Not der Welt lindern. Das Geld soll überwiegend in festverzinslichen Wertpapieren angelegt werden, die Zinsen fließen an vier katholische Hilfswerke. Das Kapital bleibt erhalten, die Anleger dürfen ihre Anteile jederzeit zurückgeben. Die mildtätigen Investoren können sogar eine kleine Rendite einfahren: Sie erhalten eine Spendenquittung für das Finanzamt.

BUNDESBANK

# „Nicht bereit zum Dialog“

Das Verhältnis zwischen der Regierung und den Frankfurter Währungshütern ist gespannt. Jetzt droht ein neuer Konflikt: Bundesbankpräsident Tietmeyer scheint fest entschlossen, seine Unabhängigkeit zu beweisen – und die Zinsen zu erhöhen.

Gemächlich tuckerte die „Maurice Lacroix Phoenix“ durch den Victoria Harbour, der Hongkong Island vom Festland trennt. Auf dem Oberdeck spielte die Band der Deutsch-Schweizer Schule „In the Mood“, doch Theo Waigel kam nicht recht in Stimmung.

Eigentlich hatte sich der Bundesfinanzminister vor Beginn der Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank auf dem Schiff ein wenig entspannen wollen.

Nun saß Waigel, eingeladen von Commerzbank-Chef Martin Kohlhaussen, an einem Tisch mit einem Mann, den der Christsoziale inzwischen nicht mehr zu seinen politischen Freunden zählen mag: Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer, 66.

Nach dem Hauptgang suchte der Minister sogleich das Weite. Die abendliche Bootsfahrt vor der Kulisse von Hongkongs illuminiertes Skyline genoß er am vorvergangenen Freitag lieber im Kreis von Vertrauten.

Wer geglaubt hatte, nach dem Streit um die Goldreserven der Bundesbank würden der Finanzminister und der Notenbankchef auf internationalem Parkett eine wiedergewonnene Einigkeit demonstrieren, sah sich getäuscht – das Verhältnis der beiden ist schwer zerrüttet.

Während sich Waigel amüsierte, versorgte Tietmeyer auf schwankendem Boden die Reporter der internationalen Nachrichtenagenturen mit Hinweisen über die „falsche Richtung der deutschen Importpreise“.

Mit einem Anstieg von 5,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr hat die Teuerung bei den nach Deutschland eingeführten Gütern im August den höchsten Wert seit acht Jahren erreicht.

Zwar scheint die Inflationsrate, die die Entwicklung der Verbraucherpreise widerspiegelt, im September wieder unter die kritische Marke von zwei Prozent gefallen zu sein – doch niemand zweifelt, daß die Bundesbank eine Zinswende plant.

Gut ein Jahr vor ihrer geplanten Degradierung zu Filialdirektoren einer Europäischen Zentralbank wollen die Frankfurter Währungshüter keinen Zweifel an ihrem Streben nach Stabilität aufkommen lassen. Irritiert nehmen sie zur Kenntnis, daß ausländische Beobachter wie IWF-Chefvols-

wirt Michael Mussa die deutsche Geldpolitik als locker werten.

Den Konflikt mit den Regierenden in Bonn werden die Bundesbanker dabei nicht scheuen. Tietmeyer weiß, daß unverändert niedrige Zinsen in Deutschland die Mark schwächen, die Exporte stimulieren und damit das Wachstum erhöhen würden – zu einer Politik, die den Euro auf Kosten der Stabilität des deutschen Geldes befördert, ist er aber nicht bereit.

Die Unabhängigkeit der Bundesbank geht ihrem Präsidenten über alles. Von politischer Rücksichtnahme hält er wenig.

Obwohl es in der Sache keine Differenzen gab, ließ der Bundesbankpräsident bei den gemeinsamen Auftritten in Hongkong kaum eine Gelegenheit aus, dem Bonner Finanzminister in die Parade zu fahren. Dabei arbeitete CDU-Mitglied Tietmeyer mit Anspielungen und versteckten Seitenhieben.

Wertete Waigel etwa die auf der Tagung beschlossene Erhöhung des deutschen IWF-Anteils stolz als Beleg für eine höhere „Wirtschaftskraft“, bestritt der neben ihm sitzende Tietmeyer einen solchen Zusammenhang prompt. „Ich würde aus den Dingen nicht zuviel machen“, beschied er die Journalisten.

Als es um den für die höheren Quoten erforderlichen Beschluß des Zentralbankrats ging, mochte der Bundesbankpräsident nicht einmal darauf verzichten, auf den fast schon vergessenen Goldstreit anzuspielen. Die Zustimmung sei schnell möglich, erklärte er süffisant grinsend, „in diesem Fall ist das so“.

Zu den Aufgaben eines Bundesbankpräsidenten gehört es gewiß nicht, einem Finanzminister, der sich durch die Offenbarung seiner Amtsmüdigkeit „politisch



Bundesfinanzminister Waigel, Kontrahent Tietmeyer in Hongkong:

selbst fast vernichtet“ hat (FRANKFURTER ALLGEMEINE), den Rücken zu stärken. Doch wenn er kaum verblümt das Gegenteil dessen tut, entspricht dies nicht der Rolle, die dem Chef der Bundesbank im politischen System zugeteilt ist.

Bisweilen nahm das verbale Gerangel zwischen dem Minister und dem Währungshüter geradezu groteske Züge an. Als Waigel eine mit einer lateinischen Wendung versehene Journalistenfrage mit dem Hinweis beantwortete, auch er habe das „große Latinum“, konnte sich Tietmeyer die Bemerkung nicht verkneifen, er habe sogar das „Graecum“.

Der Schwabe revanchierte sich bei „Herrn Dittmeyer“ (Waigel) auf seine Art. Als der von einer „Ratifikation“ der IWF-Beschlüsse durch die Bundesbank sprach, demaskierte Waigel die in diesem Wort

steckende Amtsanmaßung mit dem Hinweis, es handele sich dabei um „eine vornehme Umschreibung“ für einen einfachen Beschluß. Tietmeyer schluckte und schloß den offenen rhetorischen Zweikampf mit der Zwischenbilanz: „Wir spielen unentschieden.“

Im Anschluß an die Pressekonferenz kam es auf den Fluren des Grand Hyatt Hotels beinahe zum Eklat. Ein US-Fernsehteam hatte ein gemeinsames Interview der beiden deutschen Finanzpolitiker vorbereitet.

Minister vor die Kamera zu zerren, stoppte Waigel den Bundesbanker wie ein ungezogenes Kind, das erst hört, wenn man es mit erhobener Stimme beim Namen nennt.

Die Szene illustriert nicht nur das gestörte Verhältnis zwischen dem Finanzminister und seinem einstigen Staatssekretär. Der Streit um die Goldreserven hat zwischen den Regierenden in Bonn und den Währungshütern in Frankfurt einen Graben aufgerissen, über den es auch Monate später noch keine Brücke gibt.

Koalitionspolitiker und Ministeriale geben der Bundesbank eine Mitschuld an dem Golddebakel. Der Anstoß zu dem Deal sei von Bundesbankvizepräsident Johann Wilhelm Gaddum (CDU) gekommen. Der soll die Bonner darauf hingewiesen haben, daß spätestens mit der Übertragung von Währungsreserven auf die Europäische Zentralbank eine Neubewertung des Goldschatzes notwendig werden würde.

Als der Plan vorzeitig bekannt wurde und so gleich auf öffentliche Kritik stieß, hätten die Währungshüter die Koalition ins offene Messer laufen lassen. Tietmeyer und sein Vize hätten sich im Zentralbankrat nicht durchsetzen können.

Bundesbanker weisen diese Darstellung als „Legende“ zurück. Den Bonnern habe jederzeit klar sein müssen, daß eine auf ihre Unabhängigkeit bedachte Notenbank eine schnelle Ausschüttung des Buchgewinns, ermöglicht nur durch eine per Gesetz

erzwungene Sonderbilanz, nicht kommentarlos hätte hinnehmen können.

Der offen ausgetragene Konflikt zwischen Bonn und Frankfurt überraschte, weil Bundesbankpräsident Tietmeyer bis dahin als ein enger politischer Vertrauter des Kanzlers galt.

Seit der Wende 1982 hatte der Westfale der Bonner Koalition als Staatssekretär im Bundesfinanzministerium gedient. Bei den jährlichen Wirtschaftsgipfeln war der arbeitswütige Spitzenbeamte Kohls Sherpa.

Auch nach Tietmeyers Wechsel in das Direktorium der Bundesbank mochte der Kanzler auf die Sachkunde des promovierten Ökonomen nicht verzichten. Er berief ihn zu seinem persönlichen Berater für die Verhandlungen mit der DDR über die Wirtschafts- und Währungsunion.

Nach dem Rücktritt des damaligen Bundesbankpräsidenten Karl Otto Pöhl hob Kohl aber nicht Tietmeyer, sondern den

### Beim Euro gilt der Bundesbankpräsident in Bonn als unsicherer Kantonist

damaligen Vizepräsidenten Helmut Schlesinger für eine kurze Amtszeit auf den Präsidentenposten. Die sofortige Berufung des Bonner Seiteneinsteigers hätte den Anschein erweckt, der Kanzler wolle sich die Bundesbank gefügig machen.

Aber als Marionette der Politik taugt ein Mann wie Tietmeyer ohnehin nicht. Der Aufsteiger aus dem Münsterland gefällt sich in der Rolle des intellektuellen Überfliegers, der den anderen immer ein Stück voraus ist.

Wenn der Notenbankchef nach dem Finanzminister anhebt, die Welt zu erklären („Ein paar kurze Bemerkungen ...“), dann klingt das immer so, als würde ein Seminarleiter die ungeordneten Argumente von Erstsemestern bereinigen.

Bescheidenheit gehörte nie zu den herausragenden Eigenschaften des Mannes, der in Bonn über viele Jahre die Wirtschaftspolitik geprägt hat. Daß er sich auf diese Weise keine Freunde macht, hat Tietmeyer nie gestört. Im Gegenteil.

Inzwischen wächst der Unmut über den Notenbankchef aber auch bei Leuten, die seinen fachlichen Fähigkeiten hohen Respekt zollen. Zunehmende „Papst-Allüren“ diagnostiziert etwa ein Spitzenbanker bei dem Währungshüter.

„Tietmeyer ist ein Egomane“, klagt ein Mitglied des Zentralbankrats, „und es wird immer schlimmer.“ Und ein Bonner Koalitionsabgeordneter, der den Bundesbankpräsidenten bei der IWF-Tagung in



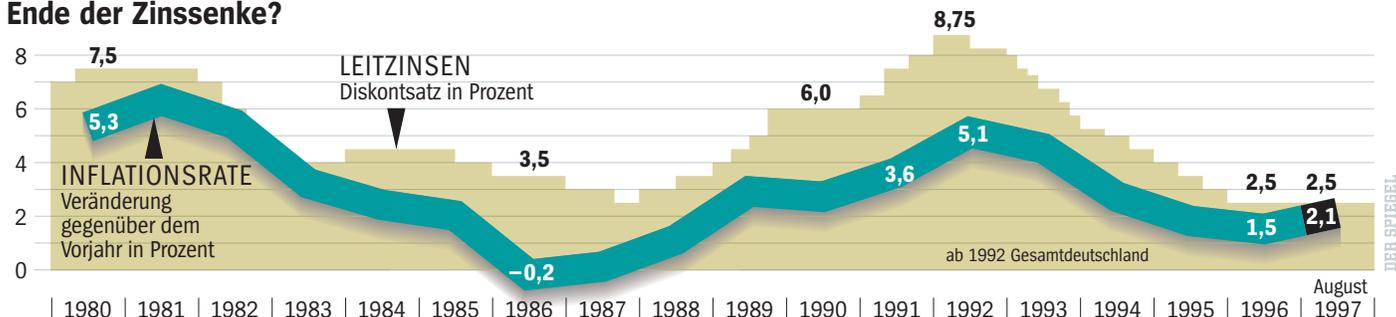
G. GERARD / AGENTUR FOCUS

Anspielungen und versteckte Seitenhiebe

Tietmeyer, der sich bereits im Scheinwerferlicht postiert hatte, winkte den Finanzminister mit ausgestrecktem Arm heran – und kassierte von Waigel eine schroffe Abfuhr: „Das mache ich nicht.“

Als der Notenbankchef nicht lockerließ und sich anschickte, den sich sträubenden

### Ende der Zinssenneke?



Hongkong erlebte, hält ihn gar für „völlig durchgeknallt“.

Richtig ist, daß in Tietmeyers Amtsverständnis die Verpflichtung der Bundesbank, „die allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstützen“, allenfalls eine untergeordnete Rolle spielt.

Sparkassenpräsident Horst Köhler, der 1990 Tietmeyer als Waigels Staatssekretär nachgefolgt war, sieht in der Bundesbank jedoch bisweilen eine „Nichtbereitschaft zum Dialog, die sich in der Europäischen Währungsunion nicht wiederholen sollte“. Vorbeugend warnt der einstige Maastricht-Unterhändler Köhler, es dürfe „nicht nur vom Urteil der Bundesbank abhängen“, ob der Euro komme.

Beim Projekt der Währungsunion gilt der machtbewußte Bundesbankpräsident den Regierenden in Bonn als unsicherer Kantonist. Ob Tietmeyer dafür oder dagegen ist, vermag niemand zuverlässig einzuschätzen. Seinem Naturell entsprechend profiliert er sich als Mahner und Skeptiker. Altbundeskanzler Helmut Schmidt nennt ihn deshalb den „wichtigsten Gegner der Währungsunion“.

Inzwischen scheut sich Tietmeyer auch nicht, dem amtierenden Bundeskanzler offen zu widersprechen. Hatte Kohl das Projekt der Währungsunion als eine Frage von „Krieg und Frieden“ gewertet, so erklärte Tietmeyer jüngst in einem Interview, er könne Argumenten, „wonach im Falle einer Verschiebung des Euro der europäische Himmel einstürzen“ würde, „einfach nicht folgen“.

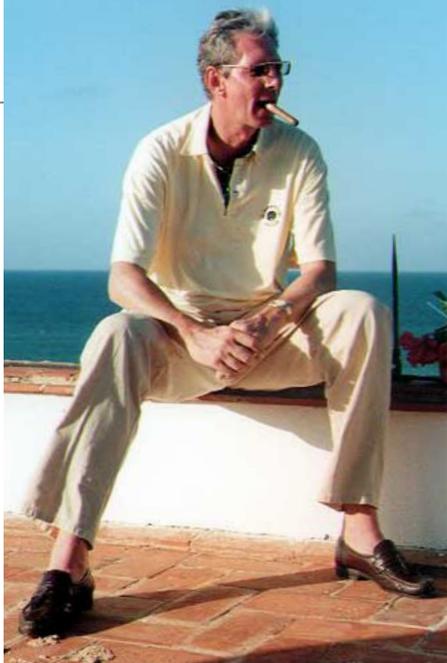
In Hongkong ließ der Ökonom mehrfach vernehmen, man dürfe nicht „Volkswirtschaften über einen festen Wechselkurs aneinanderbinden, die sich auseinanderentwickeln“. Das war zwar auf Asien gemünzt, zielte aber ebenso auf Europa.

Andererseits hat es Tietmeyer stets unterlassen, sich als offener Gegner der Währungsunion zu positionieren. Er sei ein nachhaltiger Befürworter des Euro, beteuert er immer wieder – wenn dessen Stabilität gesichert sei.

Daß das Defizitkriterium im Maastricht-Vertrag mit Drei-Komma-Null ausgelegt werden müsse, hat der Währungshüter auch dann nicht gefordert, als Finanzminister und Kanzler längst in diese politische Falle getappt waren. Im Vertrag stehe drei, lautet Tietmeyers Standardantwort auf entsprechende Fragen: „Zu Nullen äußere ich mich nicht.“

Als ihn das US-Magazin BUSINESS WEEK im vergangenen Jahr aufforderte, „ein Held zu sein“ und eine Union mit Weichwährungsländern zu verhindern, wollte Tietmeyer von einer solchen Rolle nichts wissen. Er weiß zu gut, daß aus Helden leicht Märtyrer werden.

Der Bundesbankpräsident hat ein anderes Ziel. Ob der Euro kommt oder nicht: Hans Tietmeyer will in jedem Fall zu den Siegern gehören. ◆



Touristikmanager Driessen, LTU-Maschine: *Peinliche Posse um Essensabrechnungen und Spesenquittungen*

F. ROGNER / NEZTHAUT

FLUGGESELLSCHAFTEN

# 50 Prozent Rabatt

Die Entlassung von LTU-Chef Hans-Joachim Driessen offenbart pikante Details: Haben WestLB und Landesregierung die Airline zum eigenen Vorteil genutzt?

Alle Jahre wieder, wenn in München das Oktoberfest beginnt, packt die Spitzenmanager des Düsseldorfer Touristikkonzerns LTU das Reisefieber. Dann zieht es sie zum Zweitsitz der Firma in die Bayernmetropole, um im Käfer-Zelt bei Bier und Hax'n Geschäftsfreunde zu bewirten.

Für die nötige Stimmung sorgte in den vergangenen Jahren stets LTU-Chef Hans-Joachim Driessen, 50. Als ehemaliger Faschingsprinz weiß der gebürtige Rheinländer, wie man eine Tischgesellschaft unterhält.

Dieses Jahr mußten die LTU-Oberen erstmals ohne ihre „Stimmungskanone“ (WIRTSCHAFTSWOCHE) auskommen. Driessen wurde im Frühjahr ohne Angabe von Gründen fristlos gefeuert. So was kommt in der deutschen Industrie nicht alle Tage vor. Immerhin hatte der LTU-Chef erst kurz zuvor von seinem obersten Boß, WestLB-Chef Friedel Neuber, einen neuen Fünfjahresvertrag bekommen.

Seither rätselt die Branche über die Gründe für den Rausschmiß. Insider spekulierten, Driessen habe zu viele verschiedene Flugzeugtypen gekauft, deren Wartung das Unternehmen teuer zu stehen kommt. Außerdem habe Driessen gegen den Rat von Fachleuten auf der Einführung eines neuen Reisebüro-Buchungsystems

bestanden, das nicht funktionierte und Millionenverluste verursachte. Doch das ist nur die halbe Wahrheit.

Der LTU-Chef und sein gleichzeitig gefeuerter Mitgeschäftsführer Thomas Wrede mußten gehen, weil sie auch gegen einen engeren Zusammenschluß ihres Unternehmens mit dem ebenfalls von der WestLB beeinflussten TUI-Konzern und der Hapag Lloyd opponierten (SPIEGEL 24/1997). Ob die Kündigung Rechtsens war, muß nun das Düsseldorfer Landgericht entscheiden.

Um den Rausschmiß zu rechtfertigen, haben die LTU-Eigner in Essensabrechnungen und Spesenquittungen nach Unregelmäßigkeiten gesucht. Außerdem überprüften sie wichtige Verträge, die der LTU-Chef in seiner Amtszeit unterschrieben

hatte. Die Ausbeute hält sich bislang in Grenzen. Driessen besteht auf Weiterbeschäftigung.

Ende Juni trafen sich die Kontrahenten bereits vor dem Düsseldorfer Arbeitsgericht – ohne Erfolg. Weil Driessen mehr als 400 000 Mark Jahressalär zuzüglich Tantieme und Dienstwagen erhielt, fühlten sich die Arbeitsrichter nicht zuständig. Nun muß sich das Landgericht mit dem Fall befassen.

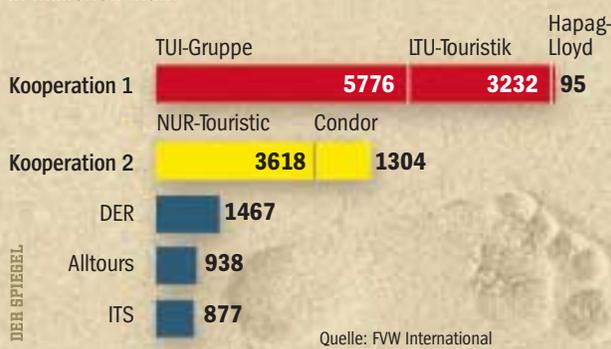
Die peinliche Personalposse könnte vor allem für die WestLB unangenehme Folgen haben. Am Rande des Rechtsstreits sickern immer neue, kompromittierende Details durch, die zeigen, in welchem Ausmaß Politiker und Manager den landesnahen Chartercarrier als Selbstbedienungsladen mißbrauchten.

In ihrer Begründung für Driessens Entlassung werfen die gegnerischen Anwälte dem Ex-LTU-Chef vor, Freunde und Bekannte ohne erkennbaren Anlaß bewirtet und nach Gutdünken Freitickets an Geschäftsfreunde verteilt zu haben. „Nach den internen LTU-Bestimmungen“, argumentieren die Anwälte, „dürfen Freiflüge nur an direkte Familienangehörige vergeben werden, d. h. an Ehepartner und Kinder.“ Durch seine Großzügigkeit, heißt es in dem Schriftsatz sinngemäß, habe Driessen der LTU einen Schaden von 9000 Mark zugefügt. Das Geld wollen die LTU-Eigner nun zurückhaben.

Driessen soll 135 000 Mark zurückerstatten, weil er in seiner Amtszeit mit Freitickets den Austausch von Faschingsjcken zwischen Düsseldorf und Teneriffa beförderte. „Diese karnevalistische Betätigung“, so Neubers Anwälte, „hatte keinerlei Bezug zur Geschäftstätigkeit, die Herr Driessen für die LTU-Gruppe ausgeübt hat.“ 25 Jahre lang hatte allerdings niemand Anstoß an den ge-

## Blockbildung an der Spitze

Umsätze großer Reiseveranstalter im Touristikjahr 1995/96 in Millionen Mark



Werbeseite

Werbeseite

gegenseitigen Werbeauftritten der Narren genommen. Auch daß die LTU neben Mercedes und der Stadtparkasse nebenlang zu den Hauptsponsoren des Düsseldorfer Karnevals zählte, wurde in der Vergangenheit nie kritisiert. Jetzt ist auch das auf einmal ein Thema.

Vor Gericht dürften die Vorwürfe nur schwer zu halten sein. Denn Driessen hatte für seine Freigebigkeit ein prominentes Vorbild: WestLB-Chef Friedel Neuber, den Vorsitzenden seines Ex-Verwaltungsrates.

Wenn der mächtige Bankier für Freunde und Geschäftspartner günstige Tickets benötigte, berichten LTU-Mitarbeiter, bediente er sich ebenfalls gern der Hotline zu seinem Fremdenverkehrsmanager und ließ über seine Sekretärin verbilligte Tickets anfordern. Auf diese Weise flogen zum Beispiel der Chef des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, Manfred Scholle, oder eine Bekannte des nordrhein-westfälischen Finanzministers Heinz Schleußer besonders kostengünstig. Beide sitzen im Verwaltungsrat der WestLB.

Wichtige Freunde und Gönner Neubers ließen die begehrten Tickets mitunter sogar direkt auf dem kurzen Dienstweg von

### Die LTU-Organisatoren mußten Tickets für Rau sogar auf dem Schwarzmarkt kaufen

Chefbüro zu Chefbüro ordern, darunter der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau.

Der SPD-Regierungschef bestellte über sein Sekretariat seit 1992 für sich selbst, seine Frau, seine Schwiegermutter, seine Kinder und seinen Bruder nebst Ehegattin insgesamt neun verbilligte Tickets. In der Regel erhielt der Regierungschef 50 Prozent Rabatt auf den Bruttopreis. Einen Flug für seine Frau nach Korfu im Oktober 1994 beglichen die Raus erst vor wenigen Wochen, nachdem mehrere Presseanfragen eingegangen waren.

Von Ministerpräsident Rau sei bekannt, daß er immer auf äußerste Korrektheit Wert gelegt habe, heißt es in einer Stellungnahme der Landesregierung: „Weder von seinem Büro noch von ihm selber wurden in der Vergangenheit Rabattanforderungen gestellt, noch entsprechende Erwartungen geäußert.“

Wie die LTU-Mutter WestLB auf die Dienste der Touristiktochter zurückgriff, zeigen zwei andere Trips. Auf Einladung der staatsnahen Großbank durften im Herbst 1993 und 1994 eine Handvoll hochbezahlter Industriemanager nach London zum Konzertspektakel „Last Night of the Proms“ fliegen, darunter Veba-Chef Ulrich Hartmann oder Preussag-Chef Michael Frenzel mit Gattin. Karten für das Konzert, bei dem die Zuschauer mitsingen und Fähnchen schwenken, sind bei Touristen sehr begehrt.

Die Teilnehmer der Vergnügungsreise erinnern sich heute nur noch vage an das Gemeinschaftserlebnis. „Wenn Herr Hartmann von Unternehmen oder Institutionen eingeladen wird, ist das stets dienstlich“, ließ der Veba-Chef vergangene Woche über seinen Sprecher bestellen. „Im übrigen sehen wir keinen Anlaß, die Öffentlichkeit über andere Reisen von Herrn Hartmann zu informieren.“ Preussag-Chef Frenzel verweigert jeden Kommentar zu dem Wochenendtrip.

Die Kosten für die knapp 50 000 Pfund (120 000 Mark) teuren Vergnügungstrips übernahm die WestLB. „Zu den Kundenveranstaltungen eines Unternehmens gehören auch Einladungen ihrer wichtigsten Kunden sowie von Vertretern aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft“, ließ die WestLB vergangene Woche zur Rechtfertigung der Promi-Reisen mitteilen.

Organisiert wurden die Trips vom haus-eigenen Touristikveranstalter LTU. Weil das Ehepaar Rau im September 1993 erst kurzfristig zusagte, mußten die LTU-Betreuer für den Regierungschef und seine Gattin auf dem Schwarzmarkt schnell noch zwei Eintrittskarten besorgen, Kostenpunkt: 750 britische Pfund.

„Die Einladung von Herrn Neuber, mit dem der Ministerpräsident seit 35 Jahren befreundet ist, zu der Veranstaltung ‚Last Night of the Proms‘“, ließ der SPD-Politiker über seinen Sprecher vergangene Woche mitteilen, „hat das Ehepaar Rau gerne angenommen.“

Driessens Anwälte wollen diese Spezl-Wirtschaft zum Gegenstand des Verfahrens machen. Die Juristen ärgert nicht nur, daß der Ex-Arbeitgeber ihrem Mandanten Praktiken vorwirft, die bei der WestLB selbst offenbar gang und gäbe waren. Sie nervt zudem, daß Neubers Anwälte dem Ex-LTU-Chef immer neue Nickeligkeiten vorhalten.

Unter anderem soll Driessen Leasingraten für seinen Dienstwagen in Höhe von 8636,34 Mark zurückzahlen. Hinzu kommen Gebühren für Ferngespräche von 523,66 Mark, die der gefeuerte LTU-Chef über firmeneigene Telefonkarten geführt haben soll. „Dabei ist noch gar nicht sicher“, empört sich Driessens Kölner Anwalt Ulrich Weber, „ob die Kündigung überhaupt rechtswirksam ist.“

Sollte der Streit zwischen Driessen und seinem Ex-Arbeitgeber weiter eskalieren, will der Jurist den Spieß umdrehen. Weber ist überzeugt, daß der Stuttgarter Reiseveranstalter Hetzel überlebt hätte, wenn WestLB-Chef Neuber die geplante Übernahme der Firma durch den LTU-Konzern nicht im letzten Moment verhindert hätte. „Dann werden wir aufzeigen“, droht er, „welch unrühmliche Rolle Neuber beim Konkurs des schwäbischen Traditionsunternehmens gespielt hat.“ ◆



Gewerkschafter Mai\*: „Wir werden eben um jede Stelle kämpfen müssen“

ÖFFENTLICHER DIENST

# „Schroffer Umgang“

Interview mit dem ÖTV-Vorsitzenden Herbert Mai über seine Niederlage im Streit um die Arbeitszeitverkürzung und seine Vorstellungen vom schlanken Staat

*Mai, 50, ist seit 1995 Vorsitzender der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV). Der Nachfolger von Monika Wulf-Mathies zählt innerhalb der Gewerkschaften zum Flügel der Modernisierer.*

**SPIEGEL:** Ihre eigene Organisation hat Ihnen gerade die Gefolgschaft verweigert: Ihrem Vorstoß für Arbeitszeitverkürzungen ohne vollen Lohnausgleich mag die Basis nicht folgen. Ist Ihnen nicht eher nach Rücktritt als nach Tarifverhandlungen zumute?

**Mai:** Nein. Bei uns wird eben hart um den richtigen Kurs gerungen. Ein ziemlich Schroffer Umgang gehört leider manchmal zur Kultur der ÖTV. Mich schreckt das nicht besonders. Insgesamt gehen wir gestärkt aus der Diskussion hervor.

**SPIEGEL:** Wie wollen Sie denn in der kommenden Woche für ein Konzept streiten, das Sie eigentlich nicht für richtig halten?

**Mai:** Mir wäre es natürlich lieber gewesen, wir hätten uns auf Arbeitszeitverkürzungen ohne vollen Lohnausgleich verständigt. Das wäre nicht nur im Interesse der Arbeitslosen, wir wären auch in einer strategisch günstigen Situation gewesen. Schließlich gab es zunächst breite Unterstützung der Öffentlichkeit.

**SPIEGEL:** Fehlt Ihnen das Gespür für die Stimmung an der Basis?

**Mai:** Da kam vieles zusammen. Ich habe sicher unterschätzt, wie groß die Ängste vor Einkommensverlusten inzwischen sind. In den vergangenen Jahren ist die Abgabenlast enorm gestiegen. Entscheidend war aber, daß es inzwischen ein riesiges Mißtrauen gegen die öffentlichen Arbeitgeber gibt, die massiv Arbeitsplätze

abbauen. Zudem belastet der Sozialabbau der Bonner Regierung das Klima.

**SPIEGEL:** Und jetzt bleibt es beim alten Selbstverständnis: Die Interessen der organisierten Jobbesitzer haben Vorrang vor den Nöten der Arbeitslosen?

**Mai:** So stimmt das nicht. In Ostdeutschland zum Beispiel haben wir für Teile der öffentlichen Verwaltung bereits die 32-Stunden-Woche ohne vollen Lohnausgleich, im Gegenzug wird niemand wegen Stellenabbaus gekündigt. Und da zeigt sich: Die Beschäftigten tragen das mit.

**SPIEGEL:** Im Osten Deutschland sind die Jobs besonders gefährdet. Ist im Rest Deutschlands die Arbeitsmarktlage noch nicht bedrohlich genug für soviel Solidarität?

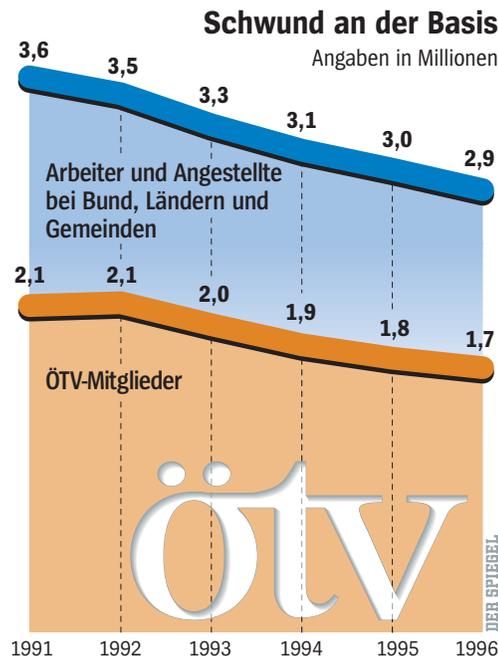
**Mai:** Uns geht es doch auch im Westen um Arbeitsplätze. Auch in dieser Tarifrunde wollen wir Arbeitszeitverkürzung, Altersteilzeit und andere flexible Arbeitszeitmodelle, um Beschäftigung zu sichern.

**SPIEGEL:** Mit vollem Lohnausgleich wird das kaum gelingen.

**Mai:** Das wird in der Tat ganz, ganz schwierig. Ich bin sicher, daß wir mit vollem Lohnausgleich eine wirklich spürbare Arbeitszeitverkürzung kaum bekommen werden. Davor habe ich bereits gewarnt. Wir werden eben um jede Stelle kämpfen müssen.

**SPIEGEL:** Angenommen, Ihre Vorstellungen ließen sich trotz aller Widerstände durchsetzen – wie würde der Öffentliche Dienst in 20 Jahren aussehen?

**Mai:** Er wird auf jeden Fall viel mehr Beschäftigte haben. Schließlich wachsen die Anforderungen ständig, zum Beispiel bei der Altenpflege, bei der Kriminalitätsbekämpfung, beim Umweltschutz. Gleichzeitig werden die internen Abläufe und Organisationsformen denen der Pri-



\* Am 1. Oktober 1996 auf einer Protestkundgebung gegen die Lohnkürzung im Krankheitsfall vor den Toren von Mercedes-Benz in Stuttgart.



vatwirtschaft immer ähnlicher werden müssen.

**SPIEGEL:** Mit dieser Vision stehen Sie ziemlich allein da. Vom schlanken Staat spricht nicht nur die Koalition, in Ländern und Gemeinden betreiben SPD und Grüne oft eine ähnliche Sanierungspolitik.

**Mai:** Das ist leider wahr. Im neuen SPD-Wirtschaftsprogramm heißt es sogar, immer mehr Dienstleistungen sollen künftig von immer weniger Menschen im Öffentlichen Dienst erbracht werden. Wie man dieses Kunststück fertigbringen will, ist mir schleierhaft.

**SPIEGEL:** In der Privatwirtschaft sinken die Beschäftigtenzahlen, und die Produktivität steigt. Warum soll das nicht auch bei öffentlichen Unternehmen möglich sein?

**Mai:** Wenn bei der Lufthansa die Passagierzahlen steigen, müssen auch die mehr Leute einstellen. Bei personennahen Dienstleistungen ist das eben so: Es geht nicht ohne Menschen, die qualifiziert und für die Bürger persönlich ansprechbar sind. Natürlich muß der Öffentliche Dienst wirtschaftlicher werden. Aber wer behauptet, was heute im Öffentlichen Dienst mit rund 5,3 Millionen Beschäftigten erledigt wird, könne in zehn Jahren mit 3,8 Millionen geleistet werden, weckt Illusionen.

**SPIEGEL:** Fast jeder Bürger hat schon erlebt, welche Wirtschaftlichkeitsreserven in Behörden stecken.

**Mai:** Das bestreite ich gar nicht. Ein Unternehmen, das sich im Wettbewerb befindet und den Gegenwind direkt spürt, muß schneller reagieren. Im Öffentlichen Dienst

sind solche Prozesse mühsam und zäh. Aber man darf den Mut nicht verlieren. Sonst stellt sich die Frage nach Veränderungen irgendwann nicht mehr, weil Private die Aufgaben übernommen haben. Aber den Politikern werfe ich vor, daß sie vom schlanken Staat sprechen und dennoch immer kompliziertere Gesetze erlassen, die erst zu den bürokratischen Hürdenläufen führen, die die Bürger verärgern. Versuchen Sie einmal, all die ganzen Umweltregeln anzuwenden.

**SPIEGEL:** Selbst die Behörden verlagern immer mehr Arbeiten nach außen, Scheinselbständige und Teilzeitkräfte ersetzen Vollzeitkräfte. Den sozialen Sicherungssystemen kommen dadurch immer mehr Beitragszahler abhanden. Was tun?

**Mai:** Schon heute funktioniert die Finanzierung über Beiträge angesichts von 4,4 Millionen Arbeitslosen nicht mehr. Zudem ist allein in der letzten Dekade die Teilzeitquote von 10 Prozent auf 18 Prozent gestiegen. Also müssen wir über andere Modelle nachdenken, wenn wir uns nicht auf Leistungskürzungen oder immer höhere Lohnnebenkosten einlassen wollen.

**SPIEGEL:** Sind Sie also für den Abschied vom klassischen Generationenvertrag?

**Mai:** Wir wollen eine steuerfinanzierte Grundrente für alle. Ergänzend dazu soll es auch in Zukunft ein Beitragssystem geben. Wer ein Leben lang arbeitet und Beiträge zahlt, soll davon im Alter über seine Rente profitieren. Aber wir brauchen die Grundversicherung als Sockel. Sonst ist das Rentensystem nicht mehr finanzierbar.

**SPIEGEL:** Auch die Arbeitgeber beklagen in harschen Tönen die steigenden Lohnnebenkosten. Sehen Sie Chancen für eine gemeinsame Lösung der Probleme?

**Mai:** Nach den Erfahrungen mit dem Bündnis für Arbeit bin ich skeptisch. Es gibt zur Zeit keine gemeinsame Basis, Regierung und Arbeitgeber haben einen Konfrontationskurs eingeschlagen.

**SPIEGEL:** Die Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst sollen schon in der kommenden Woche beginnen. Wollen Sie dem Bundeskanzler einen Streik über die Kürzung der Lohnfortzahlung im Wahlkampf ersparen?

**Mai:** Wir wollten nicht Helmut Kohl einen Gefallen tun, sondern haben an die dramatische Lage am Arbeitsmarkt gedacht, die schnelles Handeln erfordert. Uns geht es um Beschäftigungssicherung. Sollten allerdings die Arbeitgeber das Thema Lohnfortzahlung auf den Tisch bringen, ist es auch für uns besser, wenn darüber nicht in der heißen Phase des Wahlkampfes entschieden wird. Dann bewegt sich in der Politik nämlich gar nichts mehr, und Bundesinnenminister Kanther wird sich bewe-

gen müssen. Bleibt er bei seinem Ziel, die Lohnfortzahlung für Kranke zu senken, bedeutet das einen sehr harten Konflikt. Das machen wir nicht mit.

**SPIEGEL:** Bislang forderten die Gewerkschaften immer eine Korrektur der Bonner Entscheidungen zur Lohnfortzahlung vor einer neuen Gesprächsrunde. Würde das eigentlich auch für eine neue Bundesregierung nach 1998 gelten?

**Mai:** Wir würden auch Änderungen zum Kündigungsschutz und zur Gesundheitsreform einfordern. Aber nach meiner Erfahrung ist alles, was einmal per Gesetz geregelt ist, nach einer Wahl schwer zu korrigieren.

**SPIEGEL:** Vom sozialdemokratischen Kanzlerschaftsanwärter Gerhard Schröder versprechen Sie sich demnach nicht allzuviel?

**Mai:** Gerhard Schröder hat die Arbeitszeit der Beamten in Niedersachsen ohne Not auf 40 Stunden verlängert und damit ein vollkommen falsches Signal für den Arbeitsmarkt gegeben. Sollte Schröder nach dem September 1998 die Politik der Bundesregierung wesentlich mitbestimmen, werden wir mit ihm über diese Frage sicher noch eine heftige Diskussion führen. ♦

**„Immer kompliziertere Gesetze führen zum bürokratischen Hürdenlauf und verärgern die Bürger“**



Werbeseite

Werbeseite

GASINDUSTRIE

# „Wir sind ein süßes Stück“

Vor einem Jahr ging die russische Gasprom, der größte Gasförderer der Welt, an die internationale Börse. Nun müht sich der Gigant, das Image als undurchsichtiger und äußerst Kreml-naher Privilegien-Konzern abzuschütteln.

Die Rentierherde galoppiert auf und davon, als der russische Hubschrauber auf dem Tundramoos aufsetzt. Starr beobachten zwei in Hirschfell gehüllte Männer die Landung.

Die beiden gehören zum Stamm der Nenzen, einem indianischen Hirtenvolk. Meist sind sie wochenlang allein in den eisigen Weiten Sibiriens.

Die Nenzen wundern sich ein wenig. Dem firmeneigenen Gasprom-Helikopter entsteigen westlich gekleidete Menschen, auf deren neugierige Fragen sie bereitwillig Auskunft geben.



FOTOS: P. KASSIN

## Hirten in der Tundra

*Nur Statisten in einer Show*

„Natürlich wäre uns lieber, wenn wir die Tundra für uns allein hätten“, sagt einer der Hirten. Aber Ärger zwischen den Gasförderern und den Nomaden, den habe es nie gegeben.

Minuten später hebt der Helikopter wieder ab, die Indianer bleiben allein zurück – sie waren nur Statisten in einer Show, mit der der weltgrößte Gasproduzent sich einer staunenden Weltöffentlichkeit präsentieren will.

Den Startschuß gab tags zuvor Vorstandsmittglied Wiktor Iljuschin beim Diner-Empfang in der Moskauer Gasprom-Zentrale. „Wir werden Ihnen die Wahrheit über RAO Gasprom erzählen“, verkündete er, „das Wort Geschäftsgeheimnis werden Sie hier seltener hören als zu Hause.“

Das sind ungewohnte Töne vom mächtigen russischen Gasgiganten. Bisher galt die 1993 aus dem Gasministerium hervorgegangene Holding mit ihren fast 40 Tochterunternehmen als äußerst undurchsichtig, dafür mit besten Kreml-Beziehungen

ausgestattet. So war Iljuschin auf das Gelächter seiner Gäste gefaßt: Es gehe ja nicht um die volle Wahrheit, räumte er ein, vielmehr um dosierte Unwahrheiten.

In solchen Dingen ist der kleine Mann mit den wachen, dunklen Augen ein Meister: Bis zum April war er Chefberater von Präsident Boris Jelzin und davor bis zum Sommer 1996 Vizepremier. Er kennt den russischen Regierungschef Wiktor Tschernomyrdin beim Jagen und in Badehosen.

Trotzdem mußte er vor fünf Monaten bei einer Regierungsumbildung den Reformern weichen. Jelzin beorderte seinen langjährigen Parteisoldaten an die Gasprom-Front. „Wir sind ein süßes Stück, und jeder will einen Teil davon“, sagt Iljuschin.

Mit 40 Prozent ist der Staat am Haupt-Devisenbringer beteiligt. Kontrolle jedoch hatte er nie wahrgenommen. Gasprom und die Regierung lebten in einer Art Symbiose. Die Firma bekam Steuerprivilegien, Infrastruktur, Beistand bei Zollabkommen.

Im Gegenzug sorgte Gasprom für Devisen, versorgte die zahlungsunfähigen Städte mit Gas, vermehrte in kritischen Situationen mit Bareinflußnahme die Chancen von Regierungschef und Ex-Gasminister Tschernomyrdin und drosselte schon mal die Gaslieferung aufmüpfiger Nachbarstaaten.

Zum Dank durfte Gasprom-Chef Rem Wjachirew sich einen Energieminister aussuchen. Pjotr Rodionow war Leiter der Gasprom-Tochter Lentransgas, als Wjachirew ihm befahl, zusätzlich als Minister in Moskau zu dienen.

Doch nun attackieren die jungen Reformer, die Vizepremier Anatolij Tschubais und Boris Nemzow, das lauschige tête-à-tête der Vetternwirtschaft. Mit Häuser- und Kontobeschlagnahmungen und der vom Internationalen Währungsfonds unterstützten Drohung, Gasprom genauso zu zerschlagen wie die Ölmonopole, zwangen sie den Konzern, ausstehende Steuern von über vier Milliarden Mark zu zahlen – und



**Gasprom-Raffinerie in Sibirien:** „Besser, wir wären nicht in der Tundra“

das, obwohl der Staat Gasprom noch 5,8 Milliarden Mark schuldet.

„Wir wollten dem Präsidenten einen Gefallen tun“, spielt Iljuschin die Schlappe herunter, „damit er seine Renten bezahlen kann.“ In Wahrheit tobt Wjachirew, daß sein Kumpel Tschernomyrdin die Politiker nicht zähmen kann. Schließlich ist man nicht irgendwer.

Gasprom ist ein Imperium mit 375 000 Angestellten, und es hat ein Leitungssystem, das dreimal um den Erdball geht. Es verfügt über rund ein Drittel aller bekannten Gasreserven und produziert knapp ein Viertel des weltweiten Gasbedarfs. In Zeiten, da Rußlands Wirtschaft am Boden liegt, fiel der Reingewinn bei Gasprom vergangenes Jahr mit 9,91 Milliarden Mark um 197 Millionen höher aus als 1995.

Dennoch: Der Koloß braucht Geld – für Steuerschulden, für Reparaturen morscher Anlagen, für Investitionen in die Zukunft. Gasprom ging an die Börse. In London und New York können Ausländer sich ein Stück vom Staat im Staate kaufen.

Allerdings dürfen nur neun Prozent des Konzerns in ausländischer Hand sein, und davon höchstens drei in einer. Erst knapp zwei Prozent werden momentan gehandelt, so groß ist der Widerwille, gierigen amerikanischen Börsianern einen Teil vom Sahnestück abzugeben.

„Zum Verkaufen braucht man keine Vernunft“, sagt Walerij Remisow, der stellvertretende Gasprom-Chef, und orakelt: „Vielleicht wird ja auch der staatliche Anteil verkauft.“ Tritt dieser Fall ein, könnten auch Ausländer profitieren. Nur bis 1999 behält die Regierung die Papiere garantiert.

Doch zunächst muß die 40 Milliarden Dollar teure Pipeline von der sibirischen Halbinsel Jamal nach Europa finanziert werden. Deshalb bediente sich Gasprom am internationalen Finanzmarkt. Viele rissen sich um die Teilnahme: Zunächst gewährte der zur BASF gehörige deutsche Partner Wintershall einen Kredit von einer Milliarde Mark, verschiedene deutsche Bankenkonkordien stellten nacheinander Milliardenkredite bereit.

Die fast 5000 Kilometer lange Jamal-Linie, die vom Jahr 2005 an über Sibirien, Belorußland, Polen nach Frankfurt (Oder) führen soll, ist ein begehrtes Objekt. Experten schätzen, daß der Gasbedarf in Deutschland bis zum Jahr 2010 um ein Viertel steigen wird.

Schon jetzt liefern die Russen knapp 34 Milliarden Kubikmeter jährlich in deutsche Wohnstuben, 20 Prozent der jährlichen Gasprom-Produktion gehen nach Westeuropa. Wenn der Gasmarkt erst einmal liberalisiert ist, will der Zwerg Wintershall

zusammen mit seinem mächtigen russischen Partner den Riesen Ruhrgas angreifen. Sogar für die Steuerschulden fand Gasprom Finanziers – mit einer 1,7-Milliarden-Mark-Anleihe bei ABN Amro und Goldman, Sachs.

Doch die Unterstützung internationaler Finanziers hat ihren Preis – die Anleger wollen wissen, woran sie sind. Dieses Jahr muß der Konzern erstmals nach internationalem Standard bilanzieren, danach sogar zweimal jährlich.



Gasprom-Zentrale in Moskau: Dosierte Unwahrheiten

„Wir werden noch so transparent, daß man uns gar nicht mehr sieht“, spottet Remisow. Zur Pressekonferenz hat er alle seine Vorstände mitgebracht. „Meine Experten beantworten alle Fragen. Sie haben Glück.“

Tatsächlich stehen die sechs Manager zwei Stunden lang Rede und Antwort. Ob es nicht schädlich ist für die angespannte Soziallage Rußlands, 93 000 Arbeitsplätze auszulagern? Remisow müht sich um eine Erklärung. Als gute Tat, und um die Versorgung der Gasowiki, der Gasprom-Angestellten, zu sichern, habe man in den Wirren der frühen neunziger Jahre vom Straßenbauer bis zum Lebensmittelhersteller alles zusammengekauft. Jetzt müsse der Ballast wieder weg, die Produktivität muß erhöht, die Faulpelze müssen freigesetzt werden.

Warum aber kauft sich Gasprom gleichzeitig bei Tageszeitungen ein und beim

Fernsehsender NTW? Natürlich, um der Aufklärung zu dienen und den Gasprom-Arbeitern die News der Firmenfamilie in die Stube zu bringen.

Thema Umwelt? Kein Problem für Remisow. „Besser wäre es, wenn wir nicht in der Tundra wären“, sagt er. Aber nun sei man mal da, und nie wieder, verspricht er, will man so vandalisch vorgehen wie in der Sowjetzeit.

Wie Gasprom das Sozialleben in den Tundrastädten erhalten will, wenn sie die Arbeiter nur noch auf Zeit hinschicken? „Wir investieren in Kindergärten, in Schulen, in Gesundheit.“

Wer kann jetzt noch zweifeln am Perestroikawillen der alten Gasgarde? Zumal deren Politik, das mächtige Monopol zusammenzuhalten, vielen Russen vernünftig erscheint angesichts etwa des Schicksals der privatisierten Ölfirmen. Deren Produktion fiel in den Keller, und die Mitarbeiter verloren ihre Jobs.

Am Erfolg von Gasprom jedenfalls zweifelt kaum einer, der die Firmenzentrale inmitten Moskauer Plattenbauten sieht: Ein 35stöckiger, 150 Millionen Dollar teurer Turm aus Glas und weißem Marmor, ähnlich dem Frankfurter Messeturm, ist das Herzstück der schwerbewachten Gasprom-City. Unter mächtigen Kronleuchtern geht es ins konzern-eigene Fünf-Sterne-Hotel. Eine hochmoderne Klinik behandelt Kranke. Für Gesunde gibt es die Tennishalle, die Schönheitsfarm, das Schwimmbad und die Sauna mit nackter Venus vor dem Kamin.

Gasprom sponsert auch die luxuriösen Tagesstätten für die Kinder der Mitarbeiter im hohen Norden, wo bei Temperaturen von plus 40 bis minus 53 Grad Celsius das größte Gasvorkommen der Welt ausgebeutet wird. In riesigen Wintergärten

sind Pflanzen-Lehrwege angelegt, Vögel schwirren herum, Wasser rauscht unter winzigen Brücken hindurch. Das Kinderplanschbecken ist kunstvoll gefliest, das Kasperletheater mit rotem Samt tapeziert. Artig sitzen Kinder auf ergonomisch geformten Stühlchen. Ein Taschengeld kostet das für die Eltern, aber 1000 Mark pro Monat und Kind zahlt Gasprom.

Tue Gutes und rede darüber, Akt zwei: das „Profilaktikum“, eine Kuranlage für Erwachsene. Doch dann der einzige Schönheitsfehler in der perfekten Gasprom-Promotion-Welt: der Schuldirektor der Schule 8 will nicht spüren. Gasprom hat die Zahlung eingestellt, seither müssen die ohnehin überfüllten Klassen um Material betteln, klagt der Rektor. „Ohne uns gäbe es die Schule gar nicht“, sagt der Gasprom-Mann scharf. Die Audienz ist beendet.

Glasnost muß Gasprom noch üben. ♦

# Zwei Schritte weiter

Der Mann hinter Wirtschaftsreformer Gerhard Schröder heißt Alfred Tacke: Der frühere Gewerkschaftsfunktionär redet heute wie ein Manager.

Zum 45. Geburtstag hat er sich einen Kindheitstraum erfüllt. Im Büro des Staatssekretärs Alfred Tacke im niedersächsischen Wirtschaftsministerium steht neuerdings ein Perpetuum mobile, so groß wie eine Kommode.

Stahlkugeln gleiten die Holzbahn hinab, zwei Flügel schwingen auf und ab. Die hat sich Tacke extra einbauen lassen. „Sie erinnern mich daran, daß ich nicht abheben darf“, deutet er die Kunst im Bau. „Sonst verbrenne ich mir die Flügel.“

Daß es ihm wie Ikarus ergehen könnte, ist unwahrscheinlich. Egal, was er sagt und tut, er genießt – bisher zumindest – die Rückendeckung des Ministerpräsidenten. Er ist Gerhard Schröders engster Berater und sein, so schwärmt er, „Lieblings-Staatssekretär“.

Tacke hat 1995 den Autogipfel, das Treffen der Autobosse mit der Politik, eingefädelt und Schröder zum umstrittenen, aber erfolgreichen VW-Duo Piëch/López geraten. Wenn Schröder seine „moderne Wirtschaftspolitik“ formuliert, hat Tacke meistens vorformuliert. Unter einem Kanzler Schröder wäre ihm der Posten als Leiter der Wirtschaftsabteilung im Kanzleramt wohl sicher.

Bis dahin tut Tacke, was jeder Berater tut: Er liest viel, diskutiert mit Managern, formuliert Thesen, die über den Tag hinaus reichen sollen.

Als Berater des Beraters sind McKinsey und Roland Berger, die größten deutschen Unternehmensberater, ständig bei ihm zu Gast. Die Nähe färbt ab. Gern spricht der Politiker von „Benchmarking“, „Coaching“ oder „Change Management“.

Die neuen Erkenntnisse liegen oft jenseits der alten Gewißheiten. Der Ex-Gewerkschaftsfunktionär Tacke hat sich vom Traditionsmilieu der SPD weit entfernt.

Arbeitszeitverkürzung? Alles Quatsch, ob mit oder ohne Lohnausgleich. „Die Diskussion ist für mich abgehakt.“ Provokant fragt er zurück: „Warum soll ein Forscher, der ein gutes Produkt entwickelt, nicht sieben Tage die Woche arbeiten?“



Vordenker Tacke: „Günstigste Bedingungen bieten“



Reformer Schröder

Der Staat als Problemlöser? Ach was. Tacke fordert den „Rückzug des Staates auf Kernleistungen: Bildung, Sicherheit, Infrastruktur“. Privatisierung von Staatsfirmen mache „unheimlich viel Sinn“, sagt er.

Den privaten Firmen, auch das gehört bei Tacke zum Grundbestand an Erkenntnissen, darf das Leben nicht unnötig schwergemacht werden. Reisen nach Asien haben ihn gelehrt: „Der Staat muß für die global agierenden Un-

ternehmen die jeweils günstigsten Rahmenbedingungen anbieten, um sie am Standort zu halten.“

Die Provokationen haben System. Während sich Schröder mit seinem jüngsten Thesenpapier für eine moderne Wirtschaftspolitik in der SPD an die Grenzen der Erträglichkeit tastet, geht Querdenker Tacke stets ein, zwei Schritte weiter. Er fühlt vor, soll herausfinden, wie weit sich sein Chef wagen kann.

Ärger mit den eigenen Genossen gehört daher für Tacke zum Alltag. Als er vor einem Jahr die Verlängerung der Arbeitszeit für Landesangestellte auf 40 Stunden forderte, maulten einige Sozialdemokraten im Landtag vernehmbar: „Was will der bei uns, brauchen wir den?“

IG-Metall-Bezirksleiter Jürgen Peters hätte ihm damals am liebsten einen Maulkorb umgebunden. „Tacke läuft Amok“, entsetzte sich der DGB Niedersachsen.

Dabei stammt Tacke doch aus ihrem Stall. Nach dem Studium in Freiburg und Berlin arbeitete der promovierte Volkswirt als Referent für Wirtschafts- und Umweltpolitik beim DGB Niedersachsen.

Bei einer Podiumsdiskussion 1990 in Cuxhaven traf er den Ministerpräsidenten Schröder. Dem gefiel dessen zupackende Art. Er bot ihm einen Job als Koordinator für Wirtschaftspolitik an. „Ein Glücksfall“, sagt Tacke. Bereits ein Jahr später avancierte er zum Staatssekretär.

Er zeigte schnell Qualitäten als Macher. Schröders Feuerwehrmann rückt aus, wenn mal wieder ein Betrieb in Flammen steht. Mit Unternehmensführern und Gewerkschaftern verhandeln, Kompromisse ausloten – das ist Tackes tägliches Geschäft.

„Exzellente Managementfähigkeiten“ attestiert ihm Volker Müller, Vize-Hauptgeschäftsführer der niedersächsischen Unternehmensverbände.

Mal klappt die Sanierung wie im Fall der ehemaligen Dasa-Flugzeugwerft Lemwerder, mal geht sie daneben wie beim Nordhorer Textilbetrieb Nino. Doch Hauptsache, der Ministerpräsident und sein Wirtschaftsexperte kümmern sich um die Schicksale vor Ort.

Denn die Umbrüche der vergangenen Jahre, der ständige Stellenabbau, der dauernde Renditedruck der Konzernspitzen, haben an den Nerven von Arbeitern und Angestellten gezehrt. „Den Leuten wird eine Menge zugemutet, wir dürfen sie nicht allein lassen“, sagt Tacke.

Deshalb will er unnötige Provokationen vermeiden. Die Debatte um die Senkung des Spitzensteuersatzes stört ihn, für das Geschrei der Topverdiener hat er wenig Verständnis.

„Leute, die mehr als 500 000 Mark verdienen, sollen froh sein, die können sich jeden Tag sagen: Mir geht es verdammt gut“, sagt er, ganz der Sozialdemokrat.

Er und Schröder, das soll deutlich werden, wollen modernisieren, aber nicht mutwillig alle Gerechtigkeitsideale zerdepfern. Deutschland soll eine „Teilhabe-Gesellschaft“ (Schröder) bleiben, in der alle profitieren können.

Auch Tacke ist Politprofi genug, um seinen radikalen Erkenntnissen stets ein wenig Traditionelles hinzuzumischen.

So hält der Modernisierer Tacke in seinem Standardvortrag zur Globalisierung „eine generelle Änderung unseres anspruchorientierten Modells“ für zwingend. Doch Tacke, der Bewahrer, schiebt Beruhigendes gleich hinterher: „Soziale Sicherheit bleibt natürlich zentrales Element einer zukunftsorientierten Politik.“ ♦

Werbeseite

Werbeseite

GLOBALISIERUNG

# Härtetest im Paradies

Das indische Bangalore gilt als die Softwareschmiede der vernetzten Welt, doch inzwischen macht sich Ernüchterung breit: Die Investoren klagen über Schikanen und steigende Löhne. Und ihre besten Mitarbeiter wandern ab. Von Elisabeth Niejahr

Jeden Samstag liest Taraq Habibba, 27, die örtlichen Zeitungen, und was er da sieht, gefällt ihm gut: Sein Marktwert steigt. In großen Anzeigen wird im DECCAN HERALD oder INDIAN EXPRESS um „Software Professionals for USA“ geworben – Starttermin sofort, Gehalt fünfstellig, Einzelheiten im persönlichen Gespräch.

Bei seinem letzten Personalgespräch bot ein Headhunter dem Softwareprogrammierer aus dem südindischen Bangalore sogar ein Jahresalar von 44 000 Dollar. Das ist das Zwanzigfache seines bisherigen Gehalts, aber Habibba noch immer nicht genug.

„Ein paar Angebote warte ich noch ab“, erklärt er lässig, „und bei dem besten schlag' ich zu.“

An Interessenten ist kein Mangel, die weltweite Softwarebranche boomt. Jeder dritte indische Programmierer verläßt zur Zeit das Land, außer dem Gehalt lockt auch die Aussicht, den Lebenslauf durch einen USA-Aufenthalt aufzubessern. „Im

Moment vermitteln wir beinahe jeden“, sagt Headhunterin Shalima Sethi, die sich auf Führungskräfte spezialisiert hat. „Unsere Branche ist total durchgedreht.“

Doch bei den ausländischen Investoren in Bangalore breitet sich langsam Panikstimmung aus. Schon seit einiger Zeit klagen sie über die schlechte Infrastruktur in der weltweit berühmten Softwareschmiede, über die Bürokratie und die sonstigen Unannehmlichkeiten, die das Arbeiten in einem Dritte-Welt-Land beschwerlich machen. Das alles nahmen sie in Kauf, weil ein scheinbar unbegrenztes Reservoir an Programmierern mit konkurrenzlos niedrigen Löhnen lockte. Ist es damit nun vorbei?

„Wenn wir die Abwanderung nicht in den Griff bekommen, sind unsere Möglichkeiten hier ganz schnell ausgereizt“, klagt Horst Beinvogl, Siemens-Statthalter in Bangalore. „Sobald die Leute etwas gelernt haben, sind sie weg.“ Vom offiziellen Ziel, bis zum Jahr 2000 die Zahl der Mitarbeiter von jetzt 450 auf 1000 aufzu-

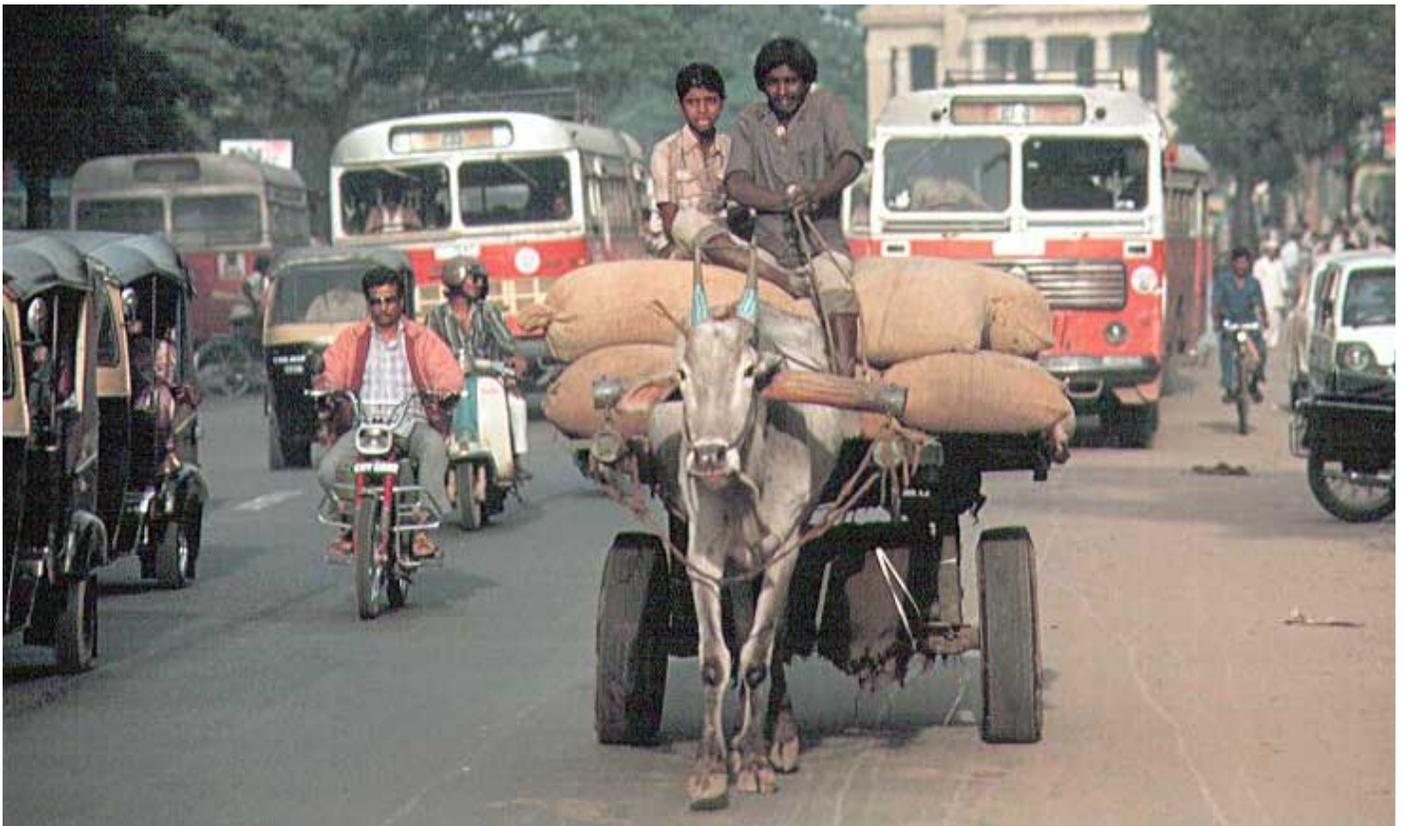


Headhunterin Sethi

„Unsere Branche ist total durchgedreht“

stocken, will bei Siemens niemand mehr etwas wissen.

Und Christian Rich, Chef der Deutschen Software in Bangalore, einer Tochter der Deutschen Bank, gibt zu, gegen die internationalen Headhunter und die manchmal irrationale Amerika-Begeisterung vieler



Verkehr in Bangalore: Schlechtere Luft als in Bangkok oder Mexiko-Stadt

Werbeseite

Werbeseite



Werbeseite

Werbeseite

Inder könne seine Firma manchmal wenig ausrichten. Mit 30 Prozent Abwanderung pro Jahr muß die Deutsche Software leben.

Inoffiziell geben viele Firmenvertreter zu, daß sie fast die Hälfte ihrer Leute verlieren. Und oft sind es die Besten, die gehen.

Auch die einheimischen Firmen bekommen zunehmend Schwierigkeiten. Schon

### Für Programmierer steigen die Gehälter pro Jahr um rund 30 Prozent

sehen sich indische Marktführer wie Infosys und Wipro nach neuen Standorten um, mal in China, mal in entlegenen indischen Unistädten, weil die Gehälter für Programmierer pro Jahr um rund 30 Prozent steigen.

Für den großangelegten Internationalen Technologiepark am Stadtrand, der schon im Oktober bezogen werden sollte, werden händeringend Mieter gesucht – meist vergeblich, die Auslastung liegt bei etwa 30 Prozent. „Der Park ist total überdimensioniert“, sagt Herbert Kroll, Berater für Roland Berger in Indien und bis vor kurzem Handelskammer-Präsident in Bangalore. „Mit diesem Prestigeprojekt haben die Planer sich kräftig übernommen.“

Ausgerechnet die „Boom Town“ Bangalore habe sich zur „Gloom Town“ gewandelt, schreibt die FAR EASTERN ECONOMIC REVIEW: „Indiens heißeste Industrie befindet sich in einem langsamen Zug auf dem Weg ins Nichts.“

Der Aufstieg begann Anfang der achtziger Jahre: Moderne Technik machte es möglich, daß auch Computerarbeit dort erledigt werden konnte, wo Arbeitskräfte besonders billig waren – im Süden Indiens.

Als erster Westkonzern heuerte der amerikanische Chiphersteller Texas Instruments Programmierer in Bangalore an und verband sie per Satellit mit der Firmenzentrale in Dallas. Die indische Regierung lockerte die Auflagen für ausländische Chip- und Computerfirmen, und allmählich kamen alle, die in der Branche Rang und Namen hatten: Hewlett-Packard und Motorola, IBM und Novell, aus Deutschland unter anderen Siemens und Bosch, SAP und die Deutsche Software.

Als in Deutschland die Diskussion über die Globalisierung der Märkte begann, wurde die Softwaremetropole plötzlich zum Symbol: Heute steht Bangalore für die Globalisierung fast so wie Manchester für Kapitalismus. „Hier sind die deutschen Arbeitsplätze“, titelte BILD AM SONNTAG. Microsoft-Chef Bill Gates feierte Indien bereits als neue „Software-Supermacht“ und mahnte Niedersachsens Ministerpräsident Gerhard Schröder bei dessen USA-Visite, die Deutschen sollten sich an den Indern ein Beispiel nehmen.



FOTOS: S. ZUDER / BILDBERG

**Auswahltest für Programmierer:** „Im Moment vermitteln wir beinahe jeden“

„Wir haben die industrielle Revolution einfach übersprungen“, behauptet Narayana Murthy, Chef des indischen Softwareanbieters Infosys, stolz. Tatsächlich wirkt es manchmal, als hätten einige Bewohner sich einfach ins Computerzeitalter gebeamt und ihre primitive Umgebung vergessen. Im Cyber-Café in der Innenstadt surfen junge Mittelschicht-Inder für zwei Mark pro Stunde durchs Internet und schlürfen Cappuccino; durch die getönten Fensterscheiben fällt ihr Blick auf klappri-

ge Dreirad-Rikschas, Kühe und abgemagerte Bettler. Manchmal ist auch ein Elefant zu sehen.

Noch krasser ist der Unterschied zwischen altem und neuem Indien im Südwesten der Stadt, wo der International Tech Park Bangalore entsteht. 3500 Tagelöhner arbeiten hier an glasverspiegelten Türmen, aus denen einmal die modernsten Bürogebäude Indiens werden sollen.

Einige Glitzerfassaden sind schon fertig, in ihnen spiegeln sich die bunten Saris von



**Baustelle in der „Electronic City“:** Die Arbeiter verdienen 2,50 Mark pro Tag

Werbeseite

Werbeseite



Wanderarbeiterinnen, die Holzschalen mit Beton auf den Köpfen balancieren. Manche von ihnen tragen Badelatschen aus Plastik, doch die meisten gehen barfuß.

„Wir haben es immer wieder mit Sicherheitsschuhen aus Gummi versucht“, beteuert Architekt Reginald Campbell, ein Engländer. „Aber am nächsten Tag waren die Schuhe weg. So etwas wird sofort verkauft.“ 40 bis 50 Rupien, etwa 2,50 Mark, verdienen die Arbeiter pro Tag. Jede Chance für einen kleinen Zuverdienst wird sofort genutzt. Der Architekt Campbell, aber auch einige Taxifahrer und die Bedienung im Cyber-Café kennen die Fragen nach Gehältern und Lebensstilen schon.

Inzwischen ist in Bangalore ein regelrechter Globalisierungstourismus entstanden. Regelmäßig kommen Journalisten und Politiker, um die indischen Datenkulis zu bestaunen; allein bei Siemens waren im vergangenen Jahr über 60 deutsche Journalisten zu Besuch.

Allmählich ist der Andrang selbst denen unheimlich, die ihn ausgelöst haben. „Gute Software kommt eigentlich auch aus anderen indischen Städten“, sagt Günter Krüger, Geschäftsführer der Deutsch-Indischen Handelskammer in Bombay. „Bangalore hat vor allem einen Image-Vorteil.“

Dieses Image hat sich bei vielen Investoren längst gewandelt. „Nach den ersten Beschreibungen dachte ich, das ist hier wie Nizza“, erinnert sich Karsten Brandt, der für den TÜV Rheinland ein Büro in Bangalore aufbaut. Reiseführer preisen die Stadt als „India's Yuppie Heaven“, Broschüren beschreiben Bangalore noch immer als friedliche Gartenstadt.

Brandt selbst betrachtet die Stadt inzwischen eher als eine Art Härtetest – zum Beispiel wegen der drohenden Krankhei-

### Sogar das Klima hat sich verändert, seit die Westkonzerne kamen

ten. Als vor zwei Jahren in Indien eine pestähnliche Seuche ausbrach, gab es auch in den Softwarebürogebäuden in Bangalores Innenstadt Tote. Siemens war damals kurz davor, die Niederlassung vorübergehend zu schließen.

Wenn Brandt sein Büro verläßt, riecht er nicht etwa Blumenduft, sondern Abgase; die Luft in Bangalore ist mittlerweile schlechter als in Bangkok oder Mexikostadt. Selbst im Gewerbepark „Electronic City“ liegen Müllhaufen am Straßenrand,

Obdachlose haben ihre Zelte aus schwarzen Plastikplanen auf der Straße aufgebaut.

Vor Brandts Büro steht ein Wachmann eines privaten Sicherheitsdienstes. „So etwas brauchen wir in keinem anderen Asien-Büro“, so Brandt. Gewaltkriminalität ist zwar relativ selten, doch gegen Restaurantketten wie Kentucky Fried Chicken oder Pizza Hut im gleichen Gebäude wächst der Groll in der Stadt. Regelmäßig werden Scheiben eingewor-



Cyber-Café: Für zwei Mark pro Stunde durchs Internet

fen, Wände beschmiert und Stromgeneratoren demoliert.

Der Unmut ist verständlich: Der normale Bewohner Bangalores spürt die Explosion von drei auf sechs Millionen Einwohner innerhalb von acht Jahren vor allem an Dreck, hohen Mieten sowie schlechterer Strom- und Wasserversorgung. Sogar das Klima hat sich verändert, seit die Westkonzerne kamen. Wegen der ständigen Stromausfälle nutzen daher viele Unternehmen eigene Generatoren – und die haben die Temperatur in der Stadt erhöht.

Als Bangalores Politiker im vergangenen Herbst ausgerechnet mit einem Miss-World-Schönheitswettbewerb ihre Weltläufigkeit demonstrieren wollten, eskalierte die Wut in Massenprotesten. Bei der größten Demonstration wurden 2000 Inder auf einmal festgenommen. „Man fühlt sich nicht unbedingt erwünscht“, findet Brandt.

Auch die indischen Behörden verhalten sich wenig einladend; über die Willkür der Beamten klagen auch auslandserfahrene Manager. Siemens-Statthalter Beinvogl denkt noch an die Zollabfertigung im Flughafen, bei der sein Besitz auf einem sandigen Fußboden verstreut wurde. „Das war extrem demütigend“, erinnert er sich. „Unsere privatesten Dinge lagen stundenlang im Dreck.“

Solche Widrigkeiten werden meist noch widerwillig ertragen, doch als echtes Investitionshemmnis erweist sich die schlechte Infrastruktur. Ausgerechnet im Silicon



Valley Indiens sind die Telefonleitungen oft so schlecht, daß E-Mails manchmal tagelang nicht abgerufen werden können. Die Straßen sind so verstopft, daß die Fahrt von der Innenstadt zur etwa 20 Kilometer entfernten „Electronic City“ eine Qual ist und meist länger als eine Stunde dauert.

Anfang des Jahres gingen hochrangige Konzernmanager aus dem Softwarepark sogar mit Schaufeln auf die Straße, weil die wichtigste Zufahrtsstraße von metergroßen Schlaglöchern durchsetzt war. Eigenhändig buddelten die Demonstranten ein paar Löcher zu, mit ihrer Mini-Demonstration wollten sie die Regierung des Bundesstaates Karnataka zum Handeln zwingen.

Die stellt sich meistens taub. So wird seit Jahren ein internationaler Flughafen angekündigt – doch in Bangalore glaubt niemand mehr an den Bau. Auch gegen die ständigen Stromausfälle hat die Landesregierung immer wieder Abhilfe versprochen. Doch ausreichend neue Kraftwerke sind nicht geplant, statt dessen rufen die Behörden die Bevölkerung in Anzeigen dazu auf, sich „ruhig, geduldig und kooperativ“ zu verhalten.

In ihren eigenen Kalkulationen geht die Regierung wegen des anhaltenden Wirtschaftswachstums sogar von noch schlimmeren Engpässen aus. Zwischen Angebot und Nachfrage wird demnach

noch lange eine Lücke von über 35 Prozent klaffen.

Schon maulen viele Unternehmer nicht nur über die Regierung des Bundesstaates Karnataka, sondern über das politische System schlechthin: Der Preis, den Indien für seine schwerfällige Demokratie bezahle, sei zu hoch; die sogenannten Erziehungsdiktaturen Südostasiens seien nicht nur für die Wirtschaft attraktiver, sie hätten auch den Ärmsten mehr Wohlstand beschert.

Dabei liegt es nicht nur an der Politik, daß sich in Bangalore die Probleme häufen. Der technische Fortschritt macht es einigen indischen Anbietern schwerer, ihre Position zu halten. Immer seltener lassen sich Unter-

---

**„Inzwischen kann man  
Software auch im  
Dschungel produzieren“**

---

nehmen für Finanzverwaltung, Rechnungswesen oder Serienbriefe maßgeschneiderte Software schreiben. Immer häufiger werden fertige Pakete gekauft, die auf spezielle Bedürfnisse der Kunden nur leicht angepaßt werden müssen. Hinzu kommt, daß neue Programmiersprachen den Arbeitsaufwand leicht um das Zehnfache senken können. Deshalb sinkt das Interesse an simplen, billigen Programmierarbeiten, die besonders häufig in Indien erledigt werden.

Noch sorgen die näherrückende Währungsunion und das Jahr 2000 dafür, daß viele Softwareprogramme, beispielsweise für Finanzverwaltungen, umgeschrieben werden müssen. Doch nach diesen Großaufträgen, so Infosys-Chef Murthy, werde sich in neuer Härte zeigen, „wer den Sprung geschafft hat“.

Murthy rechnet mit einer Zweiteilung des indischen Marktes: Diejenigen, die weiter einfache Auftragsarbeiten machen wollen, werden sich Mieten und Löhne in Bangalore auf Dauer nicht leisten können. Sie werden eher in andere Universitätsstädte ziehen, wo junge Absolventen noch billig zu haben sind. In Bangalore würden aber diejenigen bleiben, die mit neuen Ideen und Produkten Geld verdienen wollten.

„Hier sitzt nun mal die internationale Computer-Community, deshalb ist hier auch der richtige Ort für neue Ideen“, sagt er, „genau wie im richtigen Silicon Valley in Amerika.“

Doch die indischen Softwareunternehmer haben es heute ungleich schwerer als die ersten Garagen-Unternehmer aus Kalifornien, die mit Basteleien in der Garage Weltunternehmen wie Microsoft gründeten. Kredite sind teuer in Indien, Existenzgründer müssen im Schnitt 18 Prozent Zinsen zahlen. Außerdem fehlt es vielen Indern an Kenntnissen über Marketing und Arbeitsorganisation. „Die Leute wer-



**Programmierer in Bangalore:** „Hier sitzt die internationale Computer-Community“

den nicht zu Teamarbeit, Kreativität und selbständigem Denken erzogen“, klagt Vikram Shah, Chef des amerikanischen Softwarehauses Novell. „Das indische Schulsystem ist total antiquiert.“

Gerade kleine Betriebe leiden unter den ständigen Stromausfällen, sie können sich oft keine eigenen Stromgeneratoren leisten. Einige organisieren ihre Arbeit rund um die Uhr je nach Angebot – es muß gearbeitet werden, wenn Elektrizität da ist, notfalls mitten in der Nacht.

„Wir bekommen oft Anfragen von deutschen Firmen, die freiberufliche Program-

mierer in Indien suchen“, erzählt Audrey D’Souza, Leiterin der Deutsch-Indischen Handelskammer in Bangalore. „Aber solche Leute gibt es hier gar nicht. Ein normaler Programmierer hat für einen eigenen Computer gar nicht genug Geld.“

Anders als einst in Kalifornien dominieren in der Software- und Computerbranche heute große etablierte Anbieter. „Gegen die Marktmacht von Giganten wie Microsoft hat unsereins doch kaum eine Chance“, weiß Joe Vithayathiel, ein Inder, der nach über 20 Jahren in den USA nach Bangalore zurückkehrte.

Seine Begeisterung für das echte, kalifornische Silicon Valley ist geblieben. In seinem neuen Büro hängt eine Landkarte der alten Heimat; seine Mitarbeiter suchte er mit einer Anzeige, in der er fragte, wer mit ihm in einer Garage arbeiten und reich werden wolle.

Bislang hat Vithayathiel seinen Programmierern nicht viel mehr als durchschnittliche Gehälter plus Aktienoptionen geboten. Trotzdem hat noch niemand die Firma verlassen, was für den Inhaber beweist, daß offenbar alle an den Erfolg des beinahe marktreifen Produktes glauben: ein billiges Buchhaltungsprogramm, das zugeschnitten ist auf die speziellen Bedürfnisse indischer Kunden. Es reagiert beispielsweise besonders robust auf Stromausfälle. „Auf so was kommen die Amerikaner gar nicht“, glaubt Vithayathiel.

Die indische Konkurrenz sei zu verschlafen, ihr fehle die Markt- und Branchenerfahrung; von einer Softwaresupermacht sei Indien weit entfernt. „Bangalores Vorteil war, daß man Software inzwischen auch mitten im Dschungel produzieren kann, man braucht nur eine Satellitenschüssel und ein paar Köpfe“, sagt Vithayathiel.

Genau das sei aber auch Bangalores Schwäche: „Genauso schnell, wie die Firmen gekommen sind, können sie morgen schon wieder woanders sein.“ ◆

Werbeseite

Werbeseite



STANDORT

# Maschinen aus Schanghai

Ausgerechnet im Hochlohnland Deutschland lassen Chinesen Bleistifte produzieren – für den Aufdruck „made in Germany“.

Schon bei der feierlichen Fabrikeinweihung ließen die chinesischen Investoren keinen Zweifel an ihrer Entschlossenheit. Da schlug ein Kampfkünstler mit einem Hieb den Pflasterstein, den ein anderer auf dem Kopf balancierte, entzwei, und beide lächelten so zuvorkommend, als würden sie miteinander Tee trinken. Diese höflichen Kerle, das wurde deutlich, sollte man keinesfalls unterschätzen.

Der Bürgermeister des mecklenburg-vorpommerschen Dorfes Neustadt-Glewe, Uwe Menz, feiert die Neuansiedlung wie ein Geschenk des Himmels. Zwar arbeiten erst 20 Leute in der Norddeutschen Bleistiftfabrik (nbf), doch 75 Arbeitsplätze sind versprochen, wenn erst die maximal 100 Millionen Bleistifte pro Jahr übers Fließband rollen. Und außerdem: Wo ein Chinese ist, können bald schon viele sein. „Dies ist die erste Direktinvestition Chinas in Europa“, sagt er. „Wenn das klappt, ziehen möglicherweise andere Firmen nach.“

Ursprünglich wollten die Investoren China First Pencil Co. Ltd., Shanghai International Trust & Investment Corp. und Dayson Ltd. Hongkong ihr 17-Millionen-Mark-Projekt in Zarrentin vor Hamburg platzieren. Doch ein angrenzendes Lebensmittelwerk verbat sich Lackarbeiten. So wählten die Chinesen den 7800 Einwohner



Bleistiftproduktion in Neustadt-Glewe: „Bleistifte verkauft man nur noch übers Design“

sene Bauland für den deutsch-chinesischen Freundschaftspreis von 38,50 Mark pro Quadratmeter ab. Sogar die Umschulungskosten für die Langzeitarbeitslosen übernahm das Arbeitsamt.

„Wenn's ums Geld geht, sind die Chinesen äußerst talentiert im Ausnutzen sämtlicher Vorteile“, lobt nbf-Marketingchef Manfred Gau die Geschäftsführer. Seit 20 Jahren macht er in Bleistiften, aber noch nie zuvor habe er solch harte Verhandler erlebt wie die aus der kommunistischen Großmacht. „Chinesen feilschen bis direkt vor der Unterschrift. Der Preis, den die akzeptieren, ist vollkommen ausgelutscht.“

So ist auch der Stundenlohn der Bleistiftmacher mit 11,50 Mark nicht gerade üppig, aber regional üblich. Fürs Schlachten im benachbarten Geflügelhof Stolle gibt es in einer Gegend mit 16,6 Prozent Arbeitslosen auch nicht mehr.

Daß die Löhne noch weit über denen Chinas liegen, stört den Geschäftsführer Haomin Deng nicht. Er will stärker in den europäischen und amerikanischen Markenmarkt eindringen, und das, so sein Kalkül, kann er nur von Deutschland aus. Zwar sind die Chinesen mit drei bis vier Milliarden Blei- und Farbstiften jährlich größter Produzent, doch den Europäern gehört mit 1,6 Milliarden Stiften der Qualitätsmarkt.

Deutsche Bleistifte haben Welt Ruf. Marktführer Faber-Castell, Fabrikate wie Staedler, Schwan Stabilo und Lyra stehen für feinste Qualitätsgriffel.

Von diesem Image möchte Deng profitieren. Wenn „made in Germany“ auf der Ware steht, kann er, anders als mit „made in China“-Stempeln, ins mittlere Preissegment vordringen. Etikettenschwindel also?

Davon will Deng nichts hören. „Wir sehen uns als deutsches Unternehmen und wollen deutsche Qualität produzieren“, sagt er in tadellosem Englisch.

Daß die Maschinen aus Schanghai stammen und laut Branchenblatt BOSS „keinen deutschen Bleistifthersteller ängstigen“ müssen, läßt Deng ebensowenig als Nachteil gelten wie die Tatsache, daß Lindenholtz statt des erstklassigen Zedernholzes verwendet wird. „Heraus kommen gute Bleistifte, egal wie die Maschinen aussehen.“ Die Rohlinge allerdings stammen aus China, Grafitminen in Lindenholtzhülle. In Neustadt-Glewe wird momentan nur lackiert – Design „made in Germany“.

Der Industriedesigner Andreas Bartsch, der sonst eher Windkraftwerke entwirft, stylt die verschiedenen Modelle: europo, future, fashion, business, nature – mal gelbblau mit Europa-Sternen, mal phosphoreszierend für die Schulkids, mal mausgrau mit getauchter Kappe für Schlipsträger. „Ob sechseckig oder rund, Bleistifte verkauft man auf dem satten Markt nur noch übers Design“, glaubt Marketingchef Gau.

„Die Chinesen wissen, wie sie sich im Kapitalismus bewegen müssen“, hat der örtliche PDS-Fraktionschef Peter Warnicke erkannt, im Gegensatz zur verstorbenen DDR, die „leider vergessen hatte, eine Leistungsgesellschaft zu sein“.

Nostalgische Gefühle allerdings verspürt Warnicke nicht angesichts der Nähe alter Genossen, und auch die suchen keinen Kontakt. Nur einmal hat einer der chinesischen Manager bei ihm angerufen und gefragt, ob er vielleicht noch eine DDR-Ausgabe von Karl Marx' „Kapital“ hätte. Das war dann doch irgendwie nett. „Die Chinesen“, sagt Warnicke, „sind schon Exoten. Aber, ehrlich gesagt: Wir Ostdeutsche wissen über die mehr als über Westdeutsche.“



Bleistiftmanager Gau, Deng: Harte Verhandler

zählenden Ort auf halber Autobahnstrecke zwischen Hamburg und Berlin – Hauptsache in Mecklenburg-Vorpommern.

Denn hier war Unterstützung sicher: Das Land steuerte 2,5 Millionen Mark Subventionen bei. Das Dorf, gebeutelt vom Verlust von 3000 Arbeitsplätzen, gab das erschlos-



Werbeseite

Werbeseite

MODE

## Joppe im Aufwind

Es gab Zeiten, da verließen norddeutsche Menschen das Haus nicht ohne ihren Südwester von Helly Hansen. Nun scheint die Zeit der Helly-Hansen-Daunenjacke gekommen. Schuld daran ist ausnahmsweise nicht das kühle Wetter, sondern LL Cool J. Der US-Rapper verschaffte der Wind- und Wetterjoppe des norwegischen Traditionshauses in seinem Musikclip einen großen Auftritt. Kollegen wie die Coolen Säue und der Britpopper Noel Gallagher von Oasis zogen modisch nach und trieben damit die Teenies in aller Welt in die Segelläden. Besonders begehrt ist der Wendeanorak in Schwarz-Weiß und Blau-Rot. „Wir kommen mit der Lieferung gar nicht hinterher, seitdem das in der Szene ein absoluter Kult ist“, sagt Hansen-Vertreter Jörg Dohle. Besonders wichtig seien den markenfixierten Jugendlichen ein fettes Logo. Jetzt denken die Konzernmanager daran, sich aus der wasserfesten Nische herauszubegeben und noch mehr Mode zu machen. Erfahrung im Aufmotzen eher altmodischer Kleiderlinien hat die britische Investcorp, seit April Besitzer von Helly Hansen, bereits: Die Firma steckt hinter der Gucci-Renaissance. Wenn der Trend also nicht schnell wieder untergeht, weil sich die Modepuppen der Musikbranche auf neues Altes besinnen, schreiten vielleicht bald die ersten Models in Schwimmwesten über den Laufsteg.



H. SHEROMAS

Hansen-Jacke

tes Logo. Jetzt denken die Konzernmanager daran, sich aus der wasserfesten Nische herauszubegeben und noch mehr Mode zu machen. Erfahrung im Aufmotzen eher altmodischer Kleiderlinien hat die britische Investcorp, seit April Besitzer von Helly Hansen, bereits: Die Firma steckt hinter der Gucci-Renaissance. Wenn der Trend also nicht schnell wieder untergeht, weil sich die Modepuppen der Musikbranche auf neues Altes besinnen, schreiten vielleicht bald die ersten Models in Schwimmwesten über den Laufsteg.

TIERE

## Ein Hundeleben

Kinofilme sind nicht nur zum Ansehen da, sie sollen auch jede Menge anderer Produkte verkaufen: T-Shirts, Socken, Becher, Schlafanzüge, bedruckt mit den Filmhelden. Bei dem Disney-Film „101 Dalmatiner“ hat das großartig funktioniert, vor allem in den USA: Vergangenes Jahr saßen dort Tausende von kleinen Dalmatinern unterm Weihnachtsbaum. Allerdings unterscheiden sich Filmdalmatiner stark von Alltagshunden, wie die Eigentümer feststellen mußten. Dalmatiner sind nämlich absolut nicht lieb und süß, sondern sehr willensstark, sie schnappen gerne mal zu, und Kinder können sie oft gar nicht leiden.



McQueen im Ford-Puma-Spot

YOUNG &amp; RUBICAM / TEAM FORD

WERBUNG

## Er fährt und fährt und fährt

Detective Lieutenant Frank Bullitt, der 1968 in den Straßen von San Francisco Verbrecher jagte, ist in die Fänge von findigen Marketingstrategen geraten. Dafür gelang ihm eine bis heute in der Filmgeschichte unübertroffene Verfolgungsjagd. Der von Bullitt alias Steve McQueen gesteuerte moosgrüne Ford Mustang springt dabei über Straßenschancen, krallt sich aus irren Kameraperspektiven in den Asphalt und gurgelt mindestens 25 Liter durch seinen Vierfachvergaser. Am Ende steigt McQueen aus und tätschelt dankbar und mit Liebe im Blick das Heck. Das war amerikanische Sportlichkeit, vorgeführt von einem Mann, der tatsächlich etwas vom Autofahren verstand. Eine bessere Vermarktung seines damaligen Zugpferdes konnte sich Ford kaum vorstellen, und deshalb setzt der

Autokonzern in den Werbespots für sein neues Modell Ford Puma auch im Herbst '97 auf den bewährten Sixties-Klassiker. Gedreht und fotografiert wurde an Originalschauplätzen mit einem Double hinterm Lenkrad, das sich extra die Gesten des Hollywood-Schauspielers aneignete. Und Detective Bullitt sitzt dank „Matting“, einer speziellen Computertechnik, nun im Spot wieder am Gaspedal. Die Filmmusik von Lalo Schiffrin soll die Kopie perfekt machen. Der Film erhielt damals einen Oscar für den besten Schnitt, für die Ford-Produktmanager heute ist das Ergebnis ihrer Anstrengungen „Freiheit für den ungebändigten Geist“. McQueen, seit 17 Jahren tot, kann trotzdem weiter in Frieden ruhen; schließlich weiß jeder: Ein Puma wird nie die Größe eines Mustangs erreichen.

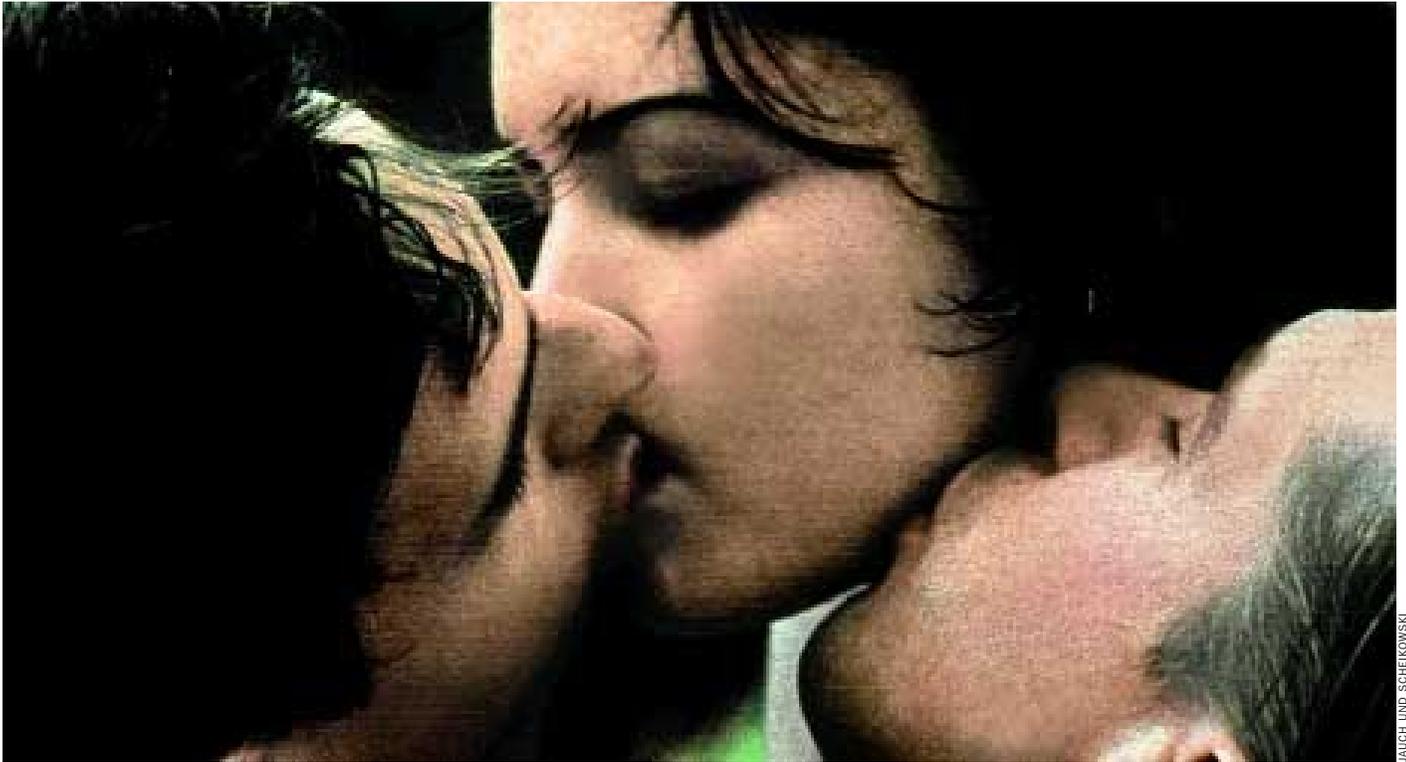


Szene aus „101 Dalmatiner“

STILIS / STUDIO X

Außerdem haaren sie. Nun hocken viele der lästig gewordenen Dalmatiner in Tierheimen – im Süden Floridas etwa wurden 35 Prozent mehr Tiere dieser Rasse dort

abgegeben als sonst. „Das ist genau, was wir befürchtet hatten“, sagt Leslie Isom von der „Humane Society of the United States“, die in einer Anzeigenkampagne vor dem Hunde-Spontankauf warnt. „Wir wollen den Leuten klarmachen, daß Dalmatiner sehr viel Zeit und Energie in Anspruch nehmen, und beides fehlt oft in Familien mit kleinen Kindern.“ Eine andere Organisation, die „American Humane Association“, will Disney in die Verantwortung nehmen. Weil der Film die gepunkteten Welpen erst populär gemacht und Disney prima an ihnen verdient habe, solle der Konzern nun den Tierheimen etwas vom Gewinn spenden.



**Polygamie im Film\***: „Nach wie vor ist es ein Tabu, mit mehr als einem Partner zusammenzusein“

PARTNERSCHAFT

# Das Modell der Zukunft

Eine neue sexuelle Subkultur formiert sich in den USA: Bekennende Polygamisten beider Geschlechter verlangen die Anerkennung ihrer Lebensform. Polyamory heißt die Bewegung, die das Familienleben des nächsten Jahrhunderts bestimmen möchte. *Von Henryk M. Broder*

**N**ancy und Darrell waren schon 15 Jahre miteinander verheiratet, als Darrell eines Tages, gleich nach dem Frühstück, plötzlich sagte: „Nancy, ich möchte nicht sterben, ohne vorher noch mit einer anderen Frau zusammengewesen zu sein.“ Worauf Nancy, für Darrell völlig unerwartet, erwiderte: „Ich auch nicht.“

Nancy, inzwischen 51, und Darrell, 53, waren beide unberührt in den Stand der Ehe getreten. Alles, was sie über Sexualität wußten, hatten sie sich miteinander erarbeitet. Bis zu jenem Tag, als sie beschlossen, ihre Ehe „zu öffnen“, hatten sie auch nicht darüber gesprochen, was ihnen fehlte und was sie gern ausprobieren würden.

Danach wurde alles schlagartig anders. „Ich hatte ein paar Dutzend Affären im Laufe eines Jahres“, erinnert sich Nancy, „mit Männern und mit Frauen.“

Seitdem sind 13 weitere Jahre vergangen, Nancy und Darrell sind noch immer

miteinander verheiratet, doch sie treiben es nicht mehr so wild wie früher. „Wir leben jetzt in einer festen Beziehung“, sagt Nancy, „in der es nicht nur auf Sex ankommt.“

Die feste Beziehung, von der Nancy spricht, das sind Ed, 57, und Marianne, 47, die ihrerseits einiges hinter sich haben. Ed war schon zweimal verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder, Marianne ist einmal geschieden und Mutter zweier Töchter. Ed, Professor für Soziologie an der State University of New York in Oswego, und Marianne, die aus der Pfalz stammt und bei einer karitativen Einrichtung beschäftigt ist, wohnen zusammen im Norden des Staates New York; Nancy, die als Therapeutin für „alternative lifestyles“ arbeitet, und ihr Mann Darrell, der an einer High School unterrichtet, leben in Rochester.

Die beiden Paare besuchen sich gegenseitig an Wochenenden und fahren gemeinsam in Ferien. „Wir führen eine stabile Gruppenehe“, sagt Ed, „der einzige Unterschied zwischen uns und monogamen Paaren ist der, daß wir mehr als eine inti-

me Beziehung zur selben Zeit haben. Aber wir sind keine Swinger, wir sind nicht auf schnellen Sex aus, wir sind füreinander da, jeder kümmert sich um die anderen.“

Das Kleeblatt kommuniziert sexuell über Kreuz, darüber hinaus sorgen ganz normale Interessen für den nötigen inneren Zusammenhalt. „Darrell und ich verstehen uns toll“, sagt Ed, „wir sind beide Macintosh-Fans.“ Als Soziologe kennt er natürlich auch das Umfeld seines privaten Experiments. „50 Prozent aller Ehen in den USA werden geschieden, die meisten Amerikaner praktizieren serielle Monogamie, haben einen festen Partner nach dem anderen und nebenbei noch Affären. Das ist falsch und verlogen. Wir praktizieren Polylove, offen und ehrlich. Wir sind das Familienmodell des nächsten Jahrhunderts.“

Eds Plädoyer für Polylove oder Polyamory, wie die neue Form der Vielweiberei bzw. Vielmännerei von ihren Anhängern genannt wird, klingt so, als ginge es ihm darum, die „family values“ zu verteidigen,

\* Stephen Baldwin, Lara Flynn Boyle, Josh Charles in „Einsam-Zweisam-Dreisam“, USA 1993.

die in der US-Kultur eine so große Rolle spielen.

In einer Gesellschaft, in der vorehelicher Sex noch immer verpönt ist und ein Seitensprung bei Berufssoldaten reicht, um aus der Armee entlassen zu werden, fühlen sich sogar praktizierende Polygamisten den geltenden Werten verpflichtet – Partnerschaft, Fürsorge und Verantwortung, oder wie es im Beziehungs-Amerikanisch heißt: to care, to share, to commit.

Ob es Ralph Reed ist, bis vor kurzem Führer der konservativen und homophoben Christian Coalition, der spricht, oder ein Aktivist der Schwulen- und Lesbenbewegung, der die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Beziehungen fordert, sie benutzen dieselben Begriffe, um als moralisch einwandfrei dazustehen. Doch während die Schwulenbewegung inzwischen offen auftritt und in Städten wie New York und San Francisco zu einer Kraft geworden ist, mit der jeder Politiker rechnen muß, geht Polyamory erst in Stellung.

Logistisches Zentrum der Bewegung ist die Stadt Boulder im Bundesstaat Colorado. Hier erscheint LOVING MORE – NEW MODELS FOR RELATIONSHIPS. Die rund 3000 Bezieher des professionell gemachten Magazins bilden ein „Polylove Network“, sie verkehren miteinander im Internet und treffen sich zu Konferenzen und Workshops, zuletzt bei der „Loving More's East Coast Conference“ Mitte September in den Catskills, 100 Meilen nördlich von New York, wo 150 Polylovers drei Tage lang Erfahrungen austauschten und den liebevollen Umgang miteinander und mit „radikaler Ehrlichkeit“ übten.

Wie alle potentiellen Massenbewegungen hat auch das „Polylove Network“ klein angefangen – 1984 mit einem fotokopierten Newsletter, den Ryam, Allen und Barry an Freunde verteilten, denen sie ihre polyamore Dreiecksbeziehung erklären wollten. Ryam, heute 43, und Barry, ebenfalls 43, waren miteinander ordentlich verheiratet und hatten Allen, 50, als Dritten in ihren Bund aufgenommen. Es war ihnen zu mühsam, alle Anfragen – „Wie macht ihr das?“ – einzeln zu beantworten.

Dazugekommen sind Brett und Ruth. Ryam, die in Los Angeles Psychologie und Soziologie studiert hat, ist noch immer mit



**Kongreß-Organisator Brett mit Partnern und Sohn: „Radikal ehrlich“**

FOTOS: A. SAHRI



**„Polylove“-Anhänger Sascha, Partnerinnen: „Revolutionäre Kraft“**

Barry verheiratet, hat aber mit Brett, der „interpersonal communication studies“ an der Universität von Oklahoma mit einem B. A. abgeschlossen hat, einen Sohn – den zweijährigen Zeke. Ryams Mann, Barry, ist mit Ruth zusammen, nur Allen, „der alles reparieren kann, was im Haus kaputtgeht“, ist derzeit allein. Am liebsten spielt er mit Zeke, während dessen Eltern, Ryam und Brett, an der nächsten Ausgabe von LOVING MORE arbeiten.

Im Laufe der Jahre ist aus der alternativen Lebensform und dem Bedürfnis, sie anderen mitzuteilen, ein Full-time-Job geworden. Und eine Mission, denn nach wie vor „ist es ein totales Tabu, mit mehr als einem Partner zusammenzusein, eine größere Sünde, als Sex mit einem Partner des gleichen Geschlechts zu haben“, sagt Brett.

Anders als bei den Schwulen habe sich noch kein Promi als „poly“ geoutet, gebe

es keine „poly support groups“, wie sie bei den „gay and lesbian communities“ ganz selbstverständlich seien. Eine „poly pride parade“ nach dem Vorbild der New Yorker „gay pride parade“ läge jenseits aller Wunschträume. „Dabei sind wir absolut pro Familie“, sagt Brett, „viel mehr als diejenigen, die überzeugt sind, daß man sich scheiden lassen sollte, bevor man eine neue Beziehung anfängt. Wir glauben nicht, daß man dafür erst die Familie zerstören muß, ganz im Gegenteil.“

Die „sozialen Kosten“ für den Erhalt der „Monogamie-Fassade“ seien enorm – Gewalt in den Familien, Unmengen von Scheidungen, beschädigte Kinderseelen. „In Wirklichkeit haben die meisten Menschen mehr als einen Partner. Wir nennen die Dinge beim Namen. Wir sagen: Hörst auf zu lügen, hörst auf, euch etwas vorzumachen!“

Wie alle Träger von missionarischen Ideen glauben auch die Polylove-Aktivisten an einen monokausalen Zusammenhang von Elend und Erlösung. Die Monogamie ist die Ursache allen Übels, ihre Abschaffung der Schlüssel zum allgemeinen Glück. „Wir repräsentieren eine revolutionär-evolutionäre Kraft“, sagt Ryam, „allein durch unsere Lebensweise werden wir den Kurs der menschlichen Zivilisation dramatisch und positiv beeinflussen.“

Doch bevor die ganze Menschheit auf den richtigen Weg kommt, müssen ein paar banale Probleme des polyamoren Alltags gelöst werden. „Wir haben einen Schlafplan aufgestellt, der genau regelt, wer mit wem nächtigt. Es läuft darauf hinaus, daß ich rotiere“, sagt Poozhen, 37, eine Buchhalterin, die mit ihren drei Männern Jeff, Steve und Sam in Albany lebt.

Poozhen heißt eigentlich Susan, sie hat sich aus „Pooh the bear“ und „Zen-Buddism“ einen neuen Vornamen geformt, mit dem sie in der Poly-Szene inzwischen recht bekannt ist. „Ich bin seit 21 Jahren polygam, ein Mann reicht mir nicht, ich brauche die Abwechslung, wer mit mir etwas anfangen will, muß akzeptieren, daß ich von Natur aus polygam bin, das ist es, was meine Persönlichkeit ausmacht.“

Zuerst war Jeff da, dann kam Steve, und als Sam sich um sie bemühte, da mußte er

sich der ganzen Poly-Gruppe vorstellen und alle zum Essen ausführen. „Wir sind keine Kommune“, sagt Poohzen, „wir sind eine richtige Familie, keiner kann kommen und gehen, wie es ihm paßt, wer mit uns leben will, muß uns heiraten.“

Steve, Poohzens zweiter Mann, der mit ihr zu der Konferenz in den Catskills gekommen ist, während Jeff und Sam ihren Jobs nachgehen und das gemeinsame Haus in Albany hüten, hat eine Weile eine Liebesbeziehung mit Sam gehabt; während ihn mit Jeff die Liebe zur Rockmusik verbindet. Folgerichtig spricht er von „unseren Ehemännern“. Jeff, sagt Poohzen, hat derzeit ein Problem, „er braucht mehr feminine Energie, als ich ihm geben kann“ – und sucht deswegen eine zweite Frau. „Wir werden alles durchsprechen, wir werden uns durch unsere Gefühle durcharbeiten.“

Das kann „ziemlich schmerzlich sein, aber am Ende sehr nützlich, denn Sex ist nur die Glasur auf dem Kuchen, der Kuchen selbst besteht aus Kommunikation“. Der Aufwand lohne sich, meint Poohzen, sie kenne nur „ganz wenige Ehen, die so lange gehalten haben wie unsere Gruppen-Ehe“, schließlich sei sie mit ihren Männern schon länger zusammen als ihre Schwester, zusammengerechnet, mit deren drei Männern, die sie nacheinander geheiratet hat. „Wir sind eine sehr stabile Familie.“

Kostet es schon viel Kraft und Disziplin, eine normale Zweierbeziehung zu organisieren, steigt der Aufwand bei Poly-Familien ins Gigantische. Der Terror der Intimität und der permanente Zwang zur Kommunikation lassen weder Raum für Geheimnisse noch für Unvorhergesehenes. Jeder Schritt muß im voraus bedacht und im nachhinein bewertet werden. Worin liegen die Vorteile einer Poly-Familie, wenn es nicht die sexuelle Abwechslung sein soll?

„Die Frage ist falsch gestellt“, sagt Dwight, 42, Computer-Techniker bei einem Internet-Provider, es komme nicht auf die Vorteile an, sondern darauf, „daß man erfolgreich und effektiv kommuniziert, das ist der Schlüssel“. Dwight ist seit über drei Jahren mit Stephanie, 23, zusammen, vor vier Monaten hat er beim Surfen im Internet Maria, 37, kennengelernt. Die drei sind zusammen 102 Jahre alt und 243 Kilo schwer. Meistens kommt Maria, die in Somerville bei Boston wohnt, nach Worcester, wo Dwight und Stephanie leben.

Gleich beim ersten Besuch gab es einen typischen Kommunikationsfehler. „Dwight kam zu mir und sagte, daß er mit Maria schlafen wollte“, erinnert sich Stephanie, „ich hatte angenommen, er würde bei mir schlafen.“ „Es war meine Schuld“, sagt

Dwight, „ich hab’ die Situation verkorkst, ich hätte mit den beiden vorher reden müssen.“ Die Krise endete damit, daß Dwight die Nacht auf dem Sofa verbrachte, ganz allein.

Dwight hat eine lesbische Schwester, die mit seinem Lebensstil nicht einverstanden ist. „Sie sagt, es komme mir nur auf Sex an, ich meine es nicht ernst.“ Die Unterstellungen kränken ihn. „Ich habe noch nie soviel in mich hineingehorcht, mich ständig gefragt, was tue ich und warum, wie jetzt.“

Man müsse viel Geduld haben und viel Ärger in Kauf nehmen, wenn man in einer

Poly-Beziehung bestehen wolle. Inzwischen wissen Dwight, Stephanie und Maria, was sie einander zumuten können. Auf Reisen teilen sie sich ein Zimmer mit zwei Doppelbetten, möchten aber über Details nicht reden.

„Wir sind alle älter und reifer geworden“, sagt Sascha, 57, der auf Hawaii lebt, die meiste Zeit aber in den USA unterwegs ist. „Wir legen auf die Qualität unserer Beziehungen mehr Wert und überlegen uns, mit wem wir

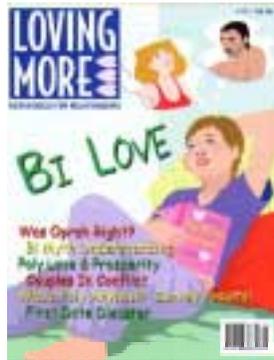
bis zum Ende unseres Lebens zusammenbleiben wollen.“

Auf Saschas Visitenkarte stehen sechs Berufe, darunter „holotropic breathworker“, „pastlife therapist“ und „tantra educator“. Eigentlich ist er aber ein „Beziehungsberater“, der sich auf Poly-Gruppen spezialisiert hat. Er hält Workshops über die richtigen Formen der „Poly-Etikette“ und verbreitet, wo immer er auftaucht, gute Laune. Kein Wunder, hat er doch „13 Primaries, die sich verschworen haben, mich glücklich zu machen“.

Fünf seiner „Primaries“ leben in Hawaii, drei in Los Angeles, die übrigen in New York und an der Ostküste. Daheim in Hawaii lädt er sonntags zu „Love-ins“ ein, zu denen alle seine lokalen „Primaries“ kommen, manche in Begleitung ihrer jeweiligen „Secondaries“, die wiederum ihre „Primaries“ mitbringen.

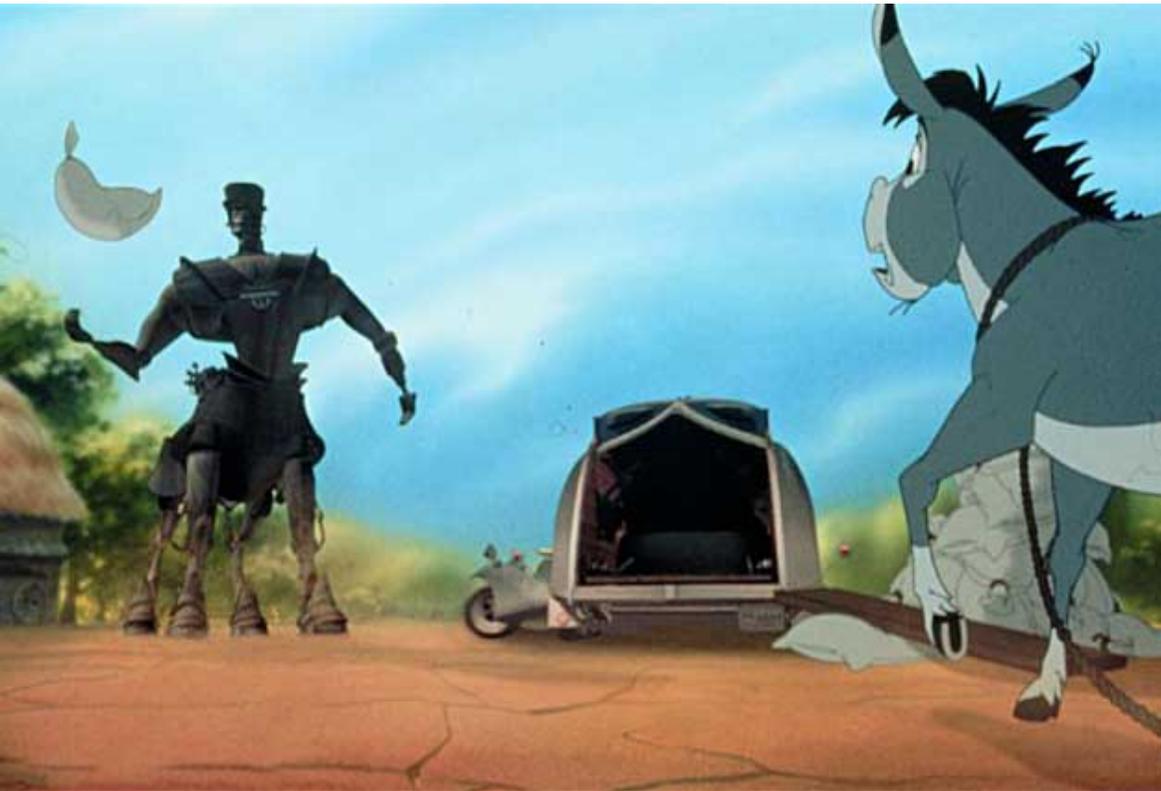
„Ganz normale Heterosexuelle, die keine Schwierigkeiten haben, Homosexuelle zu akzeptieren, freaken aus, wenn sie uns über den Weg laufen“, dabei sei Polyamory die natürlichste und gesündeste Sache der Welt. „Wenn man sich in jemanden verliebt, muß man diejenigen, die man bereits liebt, nicht aufgeben.“

Früher oder später, sagt Sascha, wird sich das Modell durchsetzen, wir leben schließlich in einer Kommunikationsgesellschaft, in der die Individuen aufeinander zugehen und ihr Wissen miteinander teilen. Und allen, die trotzdem an ihren monogamen Beziehungen festhalten wollen, ruft er zu: „Wir denken, ihr seid auch okay, und wir hoffen, daß ihr glücklich seid!“ ◆



Polygamisten-Zeitung





Esel Fred, Techno-Konkurrent „Power Tool“: Die Daumenkino-Helden zeigen Charakter

ZEICHENTRICK

## Terminator in Bremen

Unter dem Titel „Die furchtlosen Vier“ läuft die Kinoversion der „Bremer Stadtmusikanten“ an – ein technisch perfektes Grusical.

**L**aura berichtet atemlos, aber präzise, was sie gesehen hat: „Die vier Tiere singen vielleicht ein bißchen zu laut, aber die Geschichte ist spannend, und die Party am Ende hat mir am besten gefallen.“

Mit dieser Kritik kann der Filmproduzent Eberhard Junkersdorf zufrieden sein, denn Laura, 10, verkörpert seine Zielgruppe. Die Zeichentrickversion der Bremer Stadtmusikanten, die unter dem Titel „Die furchtlosen Vier“ diese Woche in den Kinos anlauft, hat mit dem Grimmschen Original nur noch Esel, Hund, Katze und Hahn gemein. Aber den Kindern der Techno-Generation, denen das Junkersdorf-Team den Film in einer Testreihe zeigte, gefällt die Videoclip-Fassung von den vier Tieren, die aus Not auf die Idee kommen, Popstars zu werden.

In Bremen, wo musizieren strengstens verboten ist, gerät das animalische Quartett in die Fänge des machtsüchtigen Dr. Gier. Der schickt sich an, die gesamte Fauna zu Würstchen zu verarbeiten und mit seinem



Stadtmusikanten in Bremen: Vorlage fürs Popmärchen

Mix-Max-Konzern zum Weltherrscher aufzusteigen. Da kommt ihm der Tiervierer gerade recht, den er mit einem Knebelvertrag verpflichtet, dümmliche PR-Jingles zu produzieren. Als die Band sich weigert, landen die Stadtmusikanten im Knast. Da helfen nur die grenzenlosen Kräfte der Phantasie, die allein die Trickfilm-Welt regieren.

200 Leute, 19 Millionen Mark und mehr als drei Jahre brauchte Produzent Jun-

kersdorf („Die Blechtrommel“), um in den Studios seiner Firma Munich Animation GmbH aus dem Märchen-Klassiker einen computergenerierten Abenteuer-Comic zu machen, der es an Effekten mit jeder Disney-Oper aufnehmen kann. Aufwendige 3-D-Grafik-Programme animieren und digitalisieren traditionell gezeichnete Figuren technisch auf Terminator-Niveau.

Damit die virtuellen Abenteuer auch zu Herzen gehen, hat Junkersdorf veritable Stars von Film und Fernsehen engagiert. Mario Adorf (Esel Fred), Sandra Schwarzhaupt (Katze Gwendolyn), Pur-Sänger Hartmut Engler (Hund Buster) und Humphrey-Bogart-Synchronstimme Joachim Kemmer als Tortellini hauchen den Daumenkino-Helden in der deutschen Fassung Stimme und Seele ein. Und die Münchner Philharmoniker konzertieren dazu.

Der Aufwand soll auch internationalen Erfolg zeitigen – schließlich wird sich die deutsch-amerikanische Koproduktion an den Kinokassen zwischen New York und Los Angeles mit den Vorbildern aus Hollywood messen. Die Helden aus der Schwabinger Trickfilm-Fabrik zeigen Charakter: Sie sind nicht so süßlich wie Pocahontas und kämpfen mit raffinierteren Waffen als der König der Löwen.

Seltsam nur, daß die Regisseure Junkersdorf, Jürgen Richter und Michael Coldey offenbar der Ansicht sind, dunkle Machenschaften müßten durchweg in düsterer Umgebung und in gedeckten Farben spielen. Sobald die Eule Samantha die vier Wanderer gewarnt hat: „Auf Bremen lastet ein Fluch“, senkt sich nächtliches Zwielicht über die Geschichte. Ob Tonstudio, Wurstmaschine oder Kitzelroboter: Im Reich des Dr. Gier

herrscht Finsternis. Auch im Theater, wo die Tiere mit ihrer Freiheitshymne das Böse in die Flucht schlagen, kommt keine helle Freude auf.

Und selbst das Happy-End wird ohne Sonnenschein gefeiert. Die Party, bei der sich Hund und Katze beinahe ineinander verlieben, findet nachts statt – sanft beleuchtet von romantischen Lampions. Ein echter Herbstfilm: Laterne, Laterne. ♦



Werbeseite

Werbeseite



Werbeseite

Werbeseite



Werbeseite

Werbeseite



Werbeseite

Werbeseite



Werbeseite

Werbeseite



Werbeseite

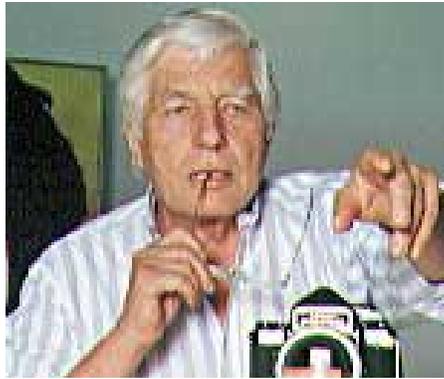
Werbeseite

SPIEGEL-GESPRÄCH

# „Nach den Sternen greifen“

Der Playboy und Fotograf Gunter Sachs über seine astrologischen Forschungen, die turbulente Ehe mit Brigitte Bardot, ein Sex-Triptychon von Salvador Dalí und sein schillerndes Leben

*Sachs, 64, ist in den fünfziger und sechziger Jahren als Paradiesvogel des Jet-sets populär geworden. Der fränkische Industriellensohn lebte nach der Scheidung der Eltern in der Schweiz, studierte Mathematik und leitete nach dem Tod des Vaters gemeinsam mit Bruder Ernst-Wilhelm die Fichtel & Sachs-Werke. 1975 verkauften die Partner ihre Anteile. Sachs, in dritter Ehe mit der gebürtigen Schwedin Mirja verheiratet, baute eine Boutiquen-Kette auf, drehte Dokumentarfilme und profilierte sich als Fotograf. Anfang Oktober erscheint sein Buch „Die Akte Astrologie“ im Goldmann Verlag (29,90 Mark).*



**Fotograf Sachs**  
„Legenden leben ewig“

**SPIEGEL:** Herr Sachs, haben Sie sich schon einmal ein Horoskop stellen lassen?

**Sachs:** Ja, einmal vor ungefähr 30 Jahren. Es brachte mir aber keine Erleuchtung. Ich wußte nicht, ob es bloß Humbug war oder doch ein Körnchen Wahrheit enthielt. Horoskope in Zeitschrif-

ten lese ich gelegentlich zum Amüsement.

**SPIEGEL:** Jetzt haben Sie ein Buch über die Sterneutung geschrieben und schwärmen von der Astrologie als einer „geheimnisvollen, schönen Gefährtin“. Wie kam es zu dieser Liaison?

**Sachs:** Angefangen hat das alles in den Schweizer Bergen, in einer sternklaren Neujahrnacht. Ich hatte Besuch von meinem Freund Claus Jacobi. Wir betrachteten den sternensäten Himmel und gerieten ins Philosophieren, ob die Gestirne wohl Einfluß auf unser Schicksal haben oder ob die Astrologie nur ein Mythos ist. Wir wunderten uns, daß noch niemand der Sache wissenschaftlich auf den Grund gegangen war. Nach einer Weile sagte Jacobi: „Du liebst doch solche Herausforderungen.“ Ich nahm diese an.

**SPIEGEL:** War das eine esoterische Anwendung?

**Sachs:** Ganz und gar nicht. Ich wollte nicht eintauchen in die nebulöse, mythische Astrologie, die beispielsweise Widern empfiehlt, den Donnerstag für berufliche Veränderungen zu nutzen. Mir ging es einzig und allein um die Frage: Gibt es einen Zusammenhang zwischen Sternzeichen und dem menschlichen Verhalten?



**Sachs-Fotowerk „Ascot“:** „Frauen als geheimnisvolle, erotische Wesen, die surreale Rätsel aufgeben“

Werbeseite

Werbeseite





G. SACHS

Künstler Dalí, Ehepaar Sachs\*: „Skurrile Scherze für die Freunde“

**SPIEGEL:** Kann man sich dem Wolkenkuckucksheim Astrologie überhaupt wissenschaftlich nähern?

**Sachs:** Durchaus, mit Mathematik und Statistik. Mein kleiner Stab und ich haben mit einer Fülle von Datenmaterial nachgewiesen, daß es zwischen Menschen verschiedener Tierkreiszeichen signifikante Unterschiede gibt und daß die Astrologie richtige Ansätze hat.

**SPIEGEL:** Das wird Spökenkiekern, Mond-süchtigen und anderen Kaffeesatzlesern ordentlichen Auftrieb geben. Fürchten Sie nicht den Beifall von der falschen Seite?

**Sachs:** Nein, mein Buch macht ja keine astrologischen Aussagen im landläufigen Sinne. Es liefert keine Orakel, kein Verhaltensprofil. Wir erklären nichts, sondern haben bloß brav und ehrlich gezählt und gerechnet, um beispielsweise herauszufinden: Der Löwe-Mann heiratet signifikant oft eine Widder-Frau.

**SPIEGEL:** Wo sind Sie noch fündig geworden?

**Sachs:** In allen möglichen Bereichen: Scheidungen, Verkehrsdelikte, Krankheiten, welche Studienfächer bevorzugt werden, daselbe bei der Berufswahl, bis hin zu der Feststellung, welche Zeichen häufiger Selbstmord begehen.

**SPIEGEL:** Hat das irgendeinen praktischen Nutzen?

**Sachs:** Das war nicht Sinn der Untersuchung. Aber wir wissen heute – zum erstenmal seit 4000 Jahren –, daß die Astrologie eine rationale Basis hat. Trotzdem geht es mir dabei immer noch wie beim Fliegen: Ich sehe, daß die Maschine fliegt, und wundere mich, daß der schwere Kasten nicht wie ein Stein vom Himmel fällt.

**SPIEGEL:** Welche Reaktion erwarten Sie aus der Gelehrten-Republik?



PANDIS

Liebhaber Sachs, Freundin Soraya „Leidenschaften vergehen“

**Sachs:** Hierzulande hat sich der Bäcker um seine Brötchen zu kümmern und um sonst nichts. Wer das Fach wechselt, wird immer argwöhnisch beäugt. Ich bin auf alles gefaßt und übe mich in kosmischer Gelassenheit.

**SPIEGEL:** Früher haben Sie sich mit anderen Sternen beschäftigt.

**Sachs:** Sie nehmen jetzt offenbar Kurs auf den irdischen Teil unseres Gesprächs.

**SPIEGEL:** Wie ist denn aus dem fränkischen Industriellensohn Sachs ein globaler Playboy geworden?

**Sachs:** Es begann Mitte der fünfziger Jahre, als ich das erstmal nach St. Tropez kam. Damals war es ein verträumtes Fischerdorf von romantischer Schönheit und ungewöhnlichem Flair. Man traf nur Künstler, Studenten und junge Leute, die Sartre und Juliette Gréco verehrten. Sartre und die Gréco traf man auch. Peu à peu interessierten sich le tout Paris und der internationale Jet-set für diesen Ort mit der magischen Aura, und man konnte plötzlich die schillerndsten Zugvögel der Welt.

**SPIEGEL:** Deutsche waren in diesen Nachkriegsjahren nicht gerade salonfähig. Hat man Sie vorbehaltlos akzeptiert?

**Sachs:** Deutsche waren natürlich durch ihre Vergangenheit belastet. Sie fuhrten nicht an die Riviera, sondern nach Österreich oder Südtirol. Ich lebte seit Mitte der dreißiger Jahre mit meiner Mutter in der Schweiz. Und weil ich fließend Schweizerdeutsch sprach, hielten mich viele für einen Eidgenossen. Bin ich später auch geworden. In Lausanne ging ich mit vielen internationalen Mitschülern und sicher einem Dutzend Königskindern zur Schule und später auf die Universität. Die kultivierte Region um den Genfer See war ein ideales Refugium für gekrönte Familien.

**SPIEGEL:** Eine kongeniale Grundausbildung für den klassischen Playboy. Wer war denn die führende Kraft unter diesen Leichtfüßen?

**Sachs:** So was gab's nicht – Playboys waren Individualisten. Der charismatischste war sicherlich Porfirio Rubirosa, einer der charmantesten und amüsantesten Männer jener Zeit. Für Frauen führte er zeitweise ein gefährliches Leben. Als er sich von der Tochter des dominikanischen Diktators Rafael Leonidas Trujillo scheiden ließ, um sich mit dem französischen Film-Idol Danielle Darrieux zu verheiraten, sah das der grimmige Schwiegervater mit Zorn. Er hatte seine Pistoleros schon aus geringfügigerem Anlaß losgeschickt. Zum Glück hat ihn der Zweite Weltkrieg daran gehindert: Rubirosa war, nachdem erstaunlicherweise auch Santo Domingo den Nazis den Krieg erklärt hatte, Gefangener des Deutschen Reiches.

**SPIEGEL:** Eine feine Familie.

**Sachs:** Kann man wohl sagen. Aber das Dollste war der Coup der beiden Trujillo-Söhne. Nachdem der alte Despot bei einem Attentat erschossen worden war, schickten sie ihren Ex-Schwager zu dessen Freund John F. Kennedy nach Washington. Und während Rubirosa als nichtsahnender Emissär über freie Wahlen in Santo Domingo verhandelte, plünderte die Familienbande die Staatskasse und türmte damit zu Schiff nach Spanien.

**SPIEGEL:** Kein Umgang für einen kultivierten Internatszögling.

**Sachs:** Ich verkehrte ja weder mit dem Vater noch mit den Söhnen.

**SPIEGEL:** Wie hat sich der umtriebige Playboy damals die Zeit vertrieben?

**Sachs:** Er liebte Sport, reiste ständig durch die Welt und lebte rasant. Fünf Playboys starben in ihren Ferraris.

**SPIEGEL:** Und die Erotik?

**Sachs:** Die Gedanken kreisten immer um schöne Frauen. Sie griffen oft nach den Sternen, und die fielen ihnen auch oft zu.

**SPIEGEL:** Die Krönung Ihres Vagabundenlebens war ein gutbürgerliches Ereignis – die Ehe mit Brigitte Bardot. Für BB ließen Sie rote Rosen regnen.

\* Auf einem Kostümfest zum 33. Geburtstag von Brigitte Bardot in Paris 1967.



**Sachs:** In den Gazetten besteht der Regen mal aus einer, mal aus 10 000 Rosen, die ich aus dem Helikopter über ihrem Garten abgeworfen habe. So genau weiß ich es selbst nicht mehr. Auf die Menge kam es nicht an.

**SPIEGEL:** Die Bardot behauptet in ihren Memoiren, Sie hätten mit Freunden gewettet, Frankreichs Venus im Sturm zu erobern.

**Sachs:** Brigitte flunkert mitunter ein bißchen in ihrem Buch. Nein, es war ganz einfach un amour fou. Nachts brausten wir mit dem Motorboot übers Meer – das Ruder auf Südkurs – und liebten uns auf dem Heck. Wir wußten, daß wir jederzeit auf eine Klippe rasen könnten. Vielleicht haben wir es sogar ersehnt – mourir d’amour.

**SPIEGEL:** Hatte der Star schon damals diesen ausgeprägten Tierfimmel?

**Sachs:** Von Kindheit an. Sogar die Karriere war ihr egal, wenn es um Tiere ging. Eines Tages kam der weltbekannte Regisseur Joseph Losey, um über ein Filmprojekt zu reden. Nun war just ein Hund krank, um den sie sich kümmern mußte. Während drei Stunden sah Losey keine Bardot und danach Bardot keinen Losey mehr

**SPIEGEL:** Hatten die Viecher auch Zugang zum Schlafzimmer?

**Sachs:** Ein paar Katzen, ja – ab und zu ein kränkelder Hund. Ich hab’ immer auf geschlossene Türen geachtet. Trotzdem gelang es dem Esel Cornichon und dem bockigen Widder Casimir manchmal, im Salon zu stehen. Es herrschten oft Zustände wie bei Noah.

**SPIEGEL:** Kein Ambiente, um eine ruhige Kugel zu schieben.

**Sachs:** Das war nicht das vorrangige Ziel unserer Ehe.

**SPIEGEL:** Flogen auch mal die Fetzen?

**Sachs:** Auch das. Zum Beispiel, als wir von de Gaulle zu einem Empfang in den Elysée-Palast eingeladen wurden. Brigitte hatte zunächst zugesagt, weigerte sich aber in letzter Minute mitzukommen. Sie tobte und fauchte: „Ich habe es satt, immer mit deinen Kumpels zu essen!“

**SPIEGEL:** Als Playboy hätte der große Gallier eine eher unglückliche Figur gemacht.

**Sachs:** Nun ja, er sah nicht gerade aus wie Rodolfo Valentino, war aber eine der eindrucksvollsten Gestalten, die ich kennengelernt habe. Kurz und gut: Brigitte kapitulierte doch noch und kam zu seinem Empfang in weißen Hosen mit Goldborten, was für das Elysée sehr unorthodox war. Sie sah aus wie ein wunderschöner Husar, schüttelte dem Präsidenten die Hand und sagte sehr artig: „Bon soir, mon Général.“ De Gaulle antwortete, von seiner olympischen Höhe herab: „Die richtige Begrüßung von einem Soldaten.“

**SPIEGEL:** Warum ging Ihnen der Husar von der Fahne?

**Sachs:** Wir wußten beide, daß Leidenschaft nicht ewig währt. Und als sie verfliegen war, trennten wir uns genauso spontan, wie wir uns getroffen hatten.

**SPIEGEL:** Haben Sie sich denn nur mit den Schönen und Extravaganten der Society umgeben? Mit Soraya, Ali Khan oder Giovanni Agnelli?

**Sachs:** Nein, auch mit alten, russischen Prinzen, Künstlern und dem bunten Völkchen der Haute Couture. Coco Chanel war eine meiner liebsten Freundinnen, eine herrlich witzige, boshafte alte Dame, die mit 73 noch ungeniert flirtete. Sie haßte Chi-Chi und alles Manierierte. Wir haben uns oft in Paris zum Essen getroffen. Einmal zog sie zwischen Hauptgang und Dessert eine Schere aus der Handtasche, schnitt mir die Zierknöpfe vom Blazer und sagte streng: „Jamais un bouton sans boutonnière“ – niemals ein Knopf ohne Knopfloch.

**SPIEGEL:** Wer waren Ihre bevorzugten Künstler?

**Sachs:** Die amüsantesten waren Dalí und César. Dalí inszenierte gerne skurrile Scherze für seine Freunde. Eines Tages lud

---

### „60 Nackte wälzten sich auf den Betten. Ich dachte: Walpurgisnacht im Meurice“

---

er mich ein zur Besichtigung eines Triptychons, das mir gewidmet sein sollte: „Cómp-ó-sí-tión fán-tás-tíque“, sagte er in seinem unverwechselbaren Franco-Katalanisch.

**SPIEGEL:** Was für ein Trip erwartete Sie?

**Sachs:** Realistischer Surrealismus. Dalí empfing mich im Hotel Meurice in Gesellschaft einer Dame, die ihre Haare nach Art des Sonnenkönigs wie eine Allongeperücke frisiert hatte und vom Maestro folglich „Louis XIV.“ genannt wurde. In Wirklichkeit hieß sie Kalaschnikow und war eine spanische Condesa, die in die russische Waffenfamilie eingeheiratet hatte. Beide sollten wir nun Hand in Hand und mit „és-sprit cúl-túrel“ durch die nächsten drei Zimmer der Suite pilgern.

**SPIEGEL:** Ein begehbares Kunstwerk?

**Sachs:** In der Tat. Im ersten Salon saßen ein Modell mit einer lebenden Boa um den Hals, ein Zahnarzt mit Bohrer und einige overdresste Herrschaften. Wir öffneten die Doppeltüren zum zweiten Zimmer – dort tobte eine Orgie, wie ich sie mir nie geträumt hätte. 40 oder 60 Nackte wälzten sich auf den Betten, stöhnten an Vorhängen und ringelten sich um Pfosten. Ich dachte: „Walpurgisnacht im Meurice“.

**SPIEGEL:** An Mitbeteiligung dachten Sie nicht?

**Sachs:** Sie werden sich wundern, ich bin manchmal recht prüde. Außerdem hatte ich ja Louis XIV. im Gefolge. Wir tappten also tapfer durch die erregten Körper

Werbeseite

Werbeseite

und betraten den dritten Teil des Triptychons. Da saß in vollkommener Ruhe Gala, die Muse und spätere Ehefrau des Meisters, und trank Tee mit einem englischen Colonel und seiner Lady.

**SPIEGEL:** Ein verblüffendes Stilleben. Wie hatte Dalí die Performance inszeniert?

**Sachs:** Die Leute in der Nummer zwei waren Testpersonen eines Forscher-teams, das mit elektronischen Meßgeräten sexuelle Stimulationen überprüfte. Dalí hatte die Gruppe mit dem Versprechen ins Hotel gelockt, heute dürften sie endlich mal drahtlos ...

**SPIEGEL:** Sie haben damals angefangen, moderne Kunst zu sammeln. Welche Künstler gehörten außer Dalí noch dazu?

**Sachs:** Max Ernst etwa, Picasso, Francis Bacon, de Chirico, aber der Schwerpunkt lag bei den Nouveaux Réalistes und den amerikanischen Pop-Künstlern.

**SPIEGEL:** Insider meinen, die Kollektion habe einen Wert von einigen hundert Millionen Mark.

**Sachs:** Die Schwankungen der Kunstpreise zu verfolgen ist wie Flöhe hüten. Sicher hat sich der Wert der Sammlung seit Ende der fünfziger Jahre vervielfacht.

**SPIEGEL:** Sie waren auch als Galerist aktiv – erfolgreich?

**Sachs:** Ich habe äußerst selten, weder als Sammler noch als Galerist, ein Bild verkauft. Zum Glück! In meiner Hamburger Galerie habe ich 1971 die erste umfassende Warhol-Ausstellung in Europa veranstaltet. Warhol war höchstpersönlich angereist. Obwohl fast die gesamte Hamburger Kunst-Society anwesend war, kaufte niemand ein Bild. Mir war das so peinlich, daß ich heimlich etwa die Hälfte der Exponate selbst kaufte. Hätte ich nur alle genommen! Die Warhol-Preise stiegen anschließend in schwindelnde Höhen.

**SPIEGEL:** Mit Kunst aus eigener Produktion haben Sie selber ordentlich Geld verdient.

**Sachs:** Meine Fotografie geht recht gut. Der Bildband „T“ brachte 1,4 Millionen Mark für die Kinderstiftung meiner Frau Mirja. Was mich aber besonders freut: Eine Kunstzeitschrift hat mich unlängst unter die zehn bedeutendsten zeitgenössischen Fotografen gewählt.

**SPIEGEL:** Frauen sind Ihre bevorzugten Kamera-Objekte.



**Familien-Mensch Sachs\*:** „Über Playboys schreibt man lieber als über Statistik“

**Sachs:** Ja, meine Modelle zeige ich oft als geheimnisvolle Wesen, die, in Landschaften oder Dekor verwoben, surreale Rätsel aufgeben. Irgendwo schwingt auch Erotik in den Bildern, aber ich würde Frauen nicht wie Helmut Newton als martialische Sex-Walküren zeigen. Umgekehrt kann er sicherlich wenig mit meiner verwunschenen Ästhetik anfangen.

**SPIEGEL:** Was immer Sie auch anpacken – beim Namen Gunter Sachs wird man wohl immer an den lustigen Luftikus denken. Irritiert Sie das?

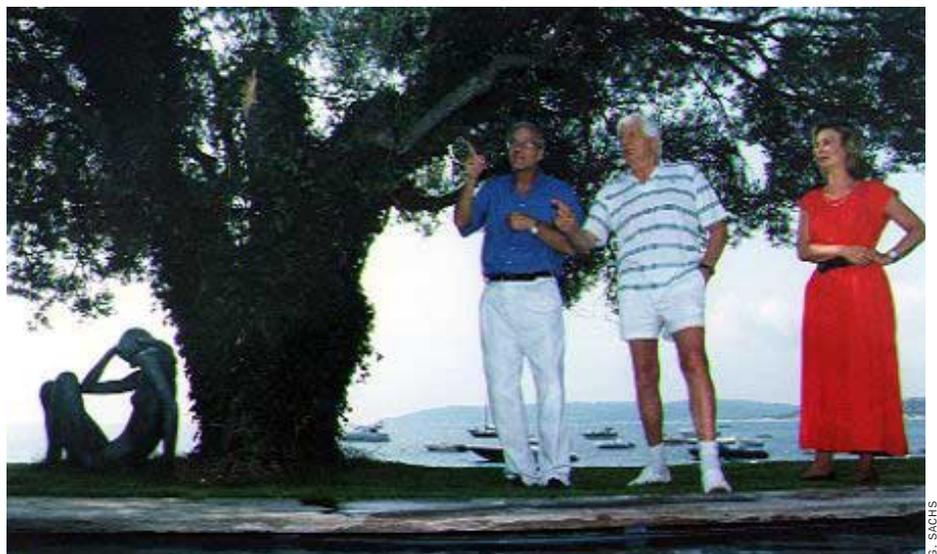
**Sachs:** Ach, Legenden leben ewig. Ich habe keine Probleme damit. Über Playboys schreibt man eben lieber als über Statistik. Und wenn ich ehrlich bin, macht es mir im Grunde auch Spaß.

**SPIEGEL:** Aber dieser Persönlichkeitstyp ist doch endgültig ein Anachronismus. In der

Spaßgesellschaft fühlt sich jeder wie eine kleine Jet-set-Leuchte.

**Sachs:** Klar, Zeit und Gesellschaft haben sich doch grundlegend gewandelt. Heute werden die Frauen von den Couturiers eher aus- als angezogen, und um Mitternacht kann jeder im Fernsehen miterleben, wie's beim Sex zur Sache geht. Neulich lief – auf irgendeinem TV-Kanal – ein Bericht über eine Kölner Erotik-Messe. Da sprang ein nackter Mann herum, der ein ums andere Mal posaunte, er könne „jeden Abend eine andere knacken“. Der Mann wurde als „Playboy“ vorgestellt. Wir leben in einer transparenten und anspruchsarmen Welt, die neue, schillernde Typen, aber bestimmt nicht mehr die klassischen Paradiesvögel hervorbringt. Die Playboys sind so mausetot wie die Musketiere oder Troubadoure.

**SPIEGEL:** Herr Sachs, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



**Sachs (M.), SPIEGEL-Redakteure\*:** „Die Paradiesvögel sind mausetot“

\* Oben: mit Sohn Rolf und dritter Ehefrau Mirja bei der Hochzeit in St. Moritz 1969; unten: Peter Stolle, Angela Gatterburg auf dem Sachs-Anwesen in St. Tropez.

**Terrorismus (III):** Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer noch in den Händen der RAF, die „Landshut“ von palästinensischen Terroristen gekidnappt – der Staat steht vor seiner schwersten Entscheidung. Die Unnachgiebigkeit kostet schließlich acht Menschen, Täter wie Opfer, das Leben. *Von Georg Bönisch*

# Der Herbst der Terroristen

Die erste Nachricht von der Entführung der Lufthansa-Boeing „Landshut“ mit 82 Passagieren und 5 Besatzungsmitgliedern erreichte die Bundesregierung am 13. Oktober um 14.38 Uhr. In diesem Augenblick wußte Helmut Schmidt, daß mit dem Schicksal dieser Menschen sein eigenes verbunden war.

In ihrem „ultimatum an den kanzler der brd“ verlangte das palästinensische Terrorkommando, das sich nun „martyr halimeh“

nannte, die Freilassung der elf „raf-genossen“ und zweier PFLP-Komplizen, die in türkischer Haft saßen. Jeder Versuch der Verzögerung, so drohten die Entführer, habe die „sofortige Exekution“ Schleyers, der Flugreisenden und der Crew zur Folge.

Und sie forderten Geld – jeweils sieben Millionen in vier verschiedenen Währungen: US-Dollar, holländische Gulden, Schweizer Franken und Mark. Das war der Preis, den PFLP-Chef Wadi Haddad mit

der RAF-Kommandantin Brigitte Mohnhaupt vereinbart hatte. Die insgesamt 35 Millionen Mark sollten der Volksfront zugute kommen.

Die Reaktion der RAF-Illegalen auf diesen „Terror über den Wolken“ war durchaus unterschiedlich. Während Susanne Albrecht „stolz darauf war, daß sich die Gemeinsamkeit mit den Palästinensern erstmals materialisierte“, konnten sich einige kaum damit identifizieren. Hijacking, kri-

## Der Schlußakt



Selbstmörder Andreas Baader

tisierten sie, stünde „zu den eigenen ideologischen Grundsätzen in Widerspruch“.

Sigrid Sternebeck, RAF-Frau aus dem zweiten Glied, erklärte, sie wolle nicht, „daß mein Name mit einer derartigen Aktion in Verbindung gebracht wird“. Aber dann sei ihr die Frage gestellt worden: „Wollt ihr, daß die Gefangenen nun freikommen oder nicht?“ Ihrer Erinnerung nach, sagt Sigrid Sternebeck, habe Stefan Wisniewski diese Position vertreten: „Damit war die Diskussion zu Ende.“

In Bonn gingen, weiß CSU-Politiker Friedrich Zimmermann, „beispiellos dringliche Botschaften“ von Frankreichs Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing und Englands Premier James Callaghan ein. „Es würde“, beschreibt Zimmermann die Kernaussage beider Depeschen, „zum moralischen Zusammenbruch der westlichen Welt führen, wenn die Häftlinge freigelassen werden.“

Auch Justizminister Hans-Jochen Vogel warnte vor Nachgiebigkeit. Sie werde zu einem „irreparablen Motivationseinbruch“ bei der Polizei führen. Kein Beamter werde mehr sein Leben oder seine Unversehrtheit aufs Spiel setzen, „um Verbrecher festzunehmen, die ja doch anschließend wieder herauskommen“.

Der Staat stand vor seiner schwersten Entscheidung.

Für Schmidt war klar, daß er auch der neuen Erpressung nicht nachgeben würde. Als die Teilnehmer des Krisenstabs noch über eine Befreiung der „Landshut“-Geiseln diskutierten, schob Hans-Jürgen Wischniewski dem Regierungschef einen Zettel zu: „Sollte ein Flug nicht schon technisch vorbereitet werden?“ Die Antwort mit grüner Tinte: „Ja, für Dich.“

Diesen Zettel mit dem „Marschbefehl für die schwierigste Mission meines Lebens“ hat Wischniewski aufgehoben. Er verließ sofort den Sitzungssaal und traf die Vorbereitungen für eine Verfolgung der entführten Lufthansa-Boeing.

Die „Landshut“ war inzwischen in Rom gelandet. Bundesinnenminister Werner Maihofer und Schmidt bedrängten den italienischen Innenminister Francesco Cossiga, den Weiterflug zu verhindern. Maihofer wollte die Reifen zerschießen lassen. Cossiga versprach Hilfe, ließ die Terroristen dann aber doch wieder abheben – aus Furcht vor einer innenpolitischen Krise.

Schmidt schimpfte, Wischniewski blieb ruhig: „Es wird bessere Plätze für eine Stürmung geben.“ Am 14. Oktober, spät-abends, landete er mit einem Lufthansa-Jet

in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Im Tower von Dubai ließ er eine Standleitung nach Bonn schalten.

Inzwischen hatte BKA-Präsident Herold mit Hilfe spanischer Polizeikollegen alle 70 000 Hotel-Meldezettel der letzten Tage von Palma de Mallorca per Flugzeug abholen lassen. In Wiesbaden speisten Programmierer rund um die Uhr die Personalien in den BKA-Computer ein. Dann ließ Herold ein Datenband gegenlaufen, auf

## „Die Kinder sind sofort tot, die Erwachsenen sollen noch länger leiden“

dem die Namen aller Flugpassagiere, die Mallorca in der fraglichen verlassen hatten, gespeichert waren.

Im Sieb der Kriminalisten blieben vier Namen hängen, die auch das weitere Kriterium „Araber mit iranischen Pässen“ erfüllten – es waren die der Hijacker.

An Bord der „Landshut“ wirbelte Anführer Akache, der sich den Kampfnamen Captain Mahmud zugelegt hatte, die Sitzordnung durcheinander. Die älteren Passagiere und die Frauen mußten am Gang oder in der Mitte Platz nehmen, die Männer, von ihm als gefährlicher eingeschätzt, wurden auf die Fensterplätze gesetzt.

Die Kinder, jüngstes war ein dreijähriger Junge, wurden zunächst von ihren Eltern getrennt und Richtung Cockpit gebracht. An der Trennwand zur Ersten Klasse deponierte Akache den eingeschmuggelten Sprengstoff, versah ihn mit einer Zündschnur und erklärte ungerührt, warum er die Kinder nach vorn geholt hatte: Dort seien sie „bei einer Explosion sofort tot, die Erwachsenen sollen noch länger leiden“.

Akache, sagt die Ex-Stewardess Gaby von Lutzu geborene Dillmann, sei der einzige gewesen, „bei dem ich nie einen menschlichen Zug sah. Das war einfach ein Wahnsinniger, ein Geisteskranker, ein Sadist“.

In Dubai, wo die entführte Boeing zwei Tage und zwei Nächte lang stand, befahl Akache die Passagierin Birgitt Röhl in die Erste Klasse und ließ sie vor sich niederknien. Im Handgepäck der Berlinerin hatte er einen Füllfederhalter der Marke Montblanc entdeckt. Das weiße, sechszackige Firmenlogo hielt Akache für den Davidstern.

„Du bist eine dreckige Jüdin.“  
„Ich bin nicht jüdisch, ich bin nicht jüdisch.“

„Du meldest dich morgen früh um 8.30 Uhr zum Erschießen, verstanden?“

„Lassen Sie mich am Leben, bitte.“  
Wenig später, Birgitt Röhl saß wieder an ihrem Platz, rannte Akache durch den Gang und schwenkte den Reisepaß seines Opfers.

„Das ist der Beweis“, schrie er, „dein Mädchenname ist Grünewald. Du bist eine



Selbstmörderin Gudrun Ensslin



Gestürzte Lufthansa-Boeing „Landshut“



Selbstmörder Jan-Carl Raspe



Entführungsoffer Hanns Martin Schleyer

ILLUSTRATION: SÜDD. VERLAG

Werbeseite

Werbeseite

Jüdin.“ Und vor den Augen ihres zehnjährigen Sohnes setzte Akache der Frau die Pistole an die Schläfe, ohrfeigte sie und spuckte ihr ins Gesicht. „Dreckige Jüdin.“

Die Berlinerin war damit zu einer Art Freiwild für die Terroristen geworden. Als sie einige Zeit später zur Toilette wollte, versperrte ihr Souhaila Andrawes, die von den Geiseln an Bord die „Dicke“ genannt wurde, den Weg: „No.“ – „I’m sorry, but I have to go to the toilet.“ – „Go back to your seat immediately, you bloody daughter of a bitch.“

Andrawes, eine im Libanon als Christin geborene Palästinenserin, hatte die Erschütterung über den Bürgerkrieg in ihrem Land und über den Blutzoll unter ihren palästinensischen Landsleuten zur Terroristin gemacht. „Ich habe gefühlt“, sagt sie, daß die Kämpfer „auch für mich und meine Familie gestorben sind“.

Zunächst sammelte sie in Kuwait, wohin sie vor dem Krieg geflohen war, Geld für den Roten Halbmond, das islamische Pendant zum Roten Kreuz. Dann lernte sie Wadi Haddad kennen – und war tief beeindruckt. „Er war ein Mann, der jedermann dazu bringen konnte, seinem Wunsch zu gehorchen.“ Und jetzt saß sie, auf Haddads Befehl hin, als Akaches Komplizin in der „Landshut“.

Vom Oberlandesgericht Hamburg wurde sie deswegen im November 1996 zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt. In der schriftlichen Begründung beschrieben die Richter sehr drastisch, welchen psychischen Belastungen die Geiseln in jenen schrecklichen Oktobertagen ausgesetzt waren:

*Die Toiletten konnten nicht mehr benutzt werden, da sie verstopft waren und überliefen. Jegliche Körperpflege war so gut wie ausgeschlossen. Besonders betroffen waren dadurch viele weibliche Passagiere, die mit ihrem Handgepäck auch Hygieneartikel und ihre Pille abgeben müssen und bei denen jetzt die Regel einsetzte.*

*Der Gestank im Flugzeug, hervorgerufen auch durch den angehäuften Müll, und die – soweit möglich – in den Toilettenräumen gestapelten Abfälle aller Art, durch die ein-*

## Eine Geburtstagsfeier soll die Geiseln ein wenig ablenken

*genästen und verschmutzten Sitze sowie durch die Ausdünstungen der vielen verschwitzten und verdreckten Menschen in eingnäster und verschmutzter Kleidung, war bestialisch und nahezu unerträglich.*

*Die Situation verschlimmerte sich dramatisch, als am 15. Oktober 1977 etwa für 24 Stunden die Generatoren des Flugzeugs wegen Treibstoffmangels ausfielen mit der*

## Die Befreier



GSG-9-Kommandeur Ulrich Wegener



Verhandlungsführer Hans-Jürgen Wischniewski

*Folge, daß die Klimaanlage und die Lüftung nicht mehr arbeiteten und die Temperaturen im Innern des Flugzeugs rasch bis auf 60 Grad anstiegen.*

Hinzu kam das Gefühl, jede unerwartete Situation bringe die Hijacker aus der Fassung – und gefährde das eigene Leben.

Neben der Studentin Iris R. saß zeitweise ein spanischer Pilot, der tagelang nur ein Wort herausbrachte: „Wasser.“ Iris R. gab ihm immer wieder von ihrem Vorrat, damit er sich beruhigte.

Zwei Reihen weiter hinten stahl ein junger Ehemann seiner Frau, die gerade eingedämmert war, das volle Glas Saft. Als später Akache der schimpfenden Frau mit Hinrichtung drohte, schaute der Mann weg und überließ es anderen Passagieren, die verzweifelt Schluchzende zu trösten; sie beschloß, sich sofort scheiden zu lassen, falls sie die Geiselnahme überleben würde.

An jenem 15. Oktober hatte die Stewardess Anna-Maria Staringer Geburtstag –

sie wurde 28 Jahre alt. Flugkapitän Jürgen Schumann schlug Akache vor, eine kleine Feier zu veranstalten, „um die Geiseln abzulenken“. Der Pilot orderte beim Tower eine Torte mit 28 Kerzen und Sekt.

Während der folgenden Funkkommunikation mit dem Tower gelang es Schumann, wichtige Informationen über das Entführungskommando zu geben. Er bestellte vier Packungen Servietten und vier Stangen Zigaretten und verlangte ausdrücklich jeweils zwei von unterschiedlichen Sorten sowie vier Säcke für Abfall.

Zunächst rätselten die Beobachter draußen, erinnert sich der damalige Innenstaatssekretär und spätere Innenminister Gerhart Baum, „warum der Schumann so was bestellt“. Aber dann sei allen schnell klargeworden, was die Botschaft sein sollte: Das Kommando besteht aus zwei Frauen und zwei Männern.

Die Torte und der Sekt für Anna-Maria kamen, und Akache entfernte kurzzeitig den Sprengstoff. Alle Geiseln mußten

„Happy birthday to you“ singen. Akache hielt einen langen Vortrag über die Geschichte Palästinas, die Leiden und den Freiheitskampf seiner Bürger.

Jede Geisel bekam zur Erinnerung eine Lufthansa-Postkarte mit dem Bild der „Landshut“, die in den Regalen am Ausgang steckten. Zwei Stewardessen hatten darauf geschrieben: „With compliments from the SAWIO – struggle against world imperialism organization“. Die Abkürzung SAWIO hatte das Kommando „martyr halimeh“ in ihrem Ultimatum benutzt.

„Das war eine Art Gehirnwäsche“, sagt Gaby von Lutzau, „am Schluß haben wir diesem Idioten sogar noch applaudiert.“

Rund 5000 Flugkilometer entfernt, in Bonn, faßte der Große Krisenstab den endgültigen Beschluß, die Geiseln zu befreien – gewaltsam. Die jungen Beamten der Grenzschutzgruppe 9 unter Führung von Oberstleutnant Ulrich Wegener, ehemals ein enger Mitarbeiter von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, schienen dafür geeignet.

Kurzzeitig war überlegt worden, ob nicht die Elitesoldaten der 1. Luftlanddivision aus Bruchsal den Job übernehmen sollten. „Aber das“, sagt Ex-Generalbundesanwalt Kurt Rebmann, „wäre ja eine Kriegshandlung gewesen, und die hat keiner gewollt.“

So gab es zum Einsatz der GSG 9 „keine echte Alternative“ (Rebmann). In St. Augustin bei Bonn, ihrem Hauptquartier, hätten sich „nach der Kunde eines finalen Einsatzes“, so der frühere BKA-Spitzenbeamte Wolfgang Steinke, „un glaubliche Szenen“ abgespielt: „Jeder wollte dabei sein, keiner zu Hause bleiben.“

Nach langem Streit habe man sich schließlich auf ein Losverfahren geeinigt, um „die Truppe auszuwählen, die die Befreiung trotz großer persönlicher Gefahren“ vornehmen durfte.

Kanzler Schmidt ordnete an, ein Flugzeug der Bundeswehr habe die GSG 9 aufzunehmen und sofort nach Larnaka auf Zypern zu bringen, einem der letzten Nato-Stützpunkte auf der Route gen Nahost oder Afrika. Etliche Stunden später fragte Schmidt bei Verteidigungsminister Georg Leber eher zufällig an, wann denn der Jet in Larnaka gelandet sei.

„Herr Bundeskanzler“, hob Leber an, „es hat da noch einige Schwierigkeiten gegeben.“

Schmidt: „Welche denn?“

Leber: „Die Maschine befindet sich auf einer Werft in Kiel, weil die Hoheitszeichen entfernt werden müssen.“

Schmidt stauchte seinen Verteidigungsminister zusammen: „Ich hatte den sofortigen Flug angeordnet. Ich glaube, ihr seid nicht ganz bei Sinnen. Ich bin doch nicht der Kanzler eines Kabinetts, bei dem der Krieg montags nicht stattfinden darf.“

Während die „Landshut“ unter glühender arabischer Sonne auf dem Flughafen

von Dubai stand, begab sich der BKA-Beamte Alfred Klaus in den siebten Stock des Gefängnisses von Stuttgart-Stammheim, in dem die RAF-Terroristen schon lange in Isolationshaft gehalten wurden. Klaus, Erster Kriminalhauptkommissar aus dem BKA Referat TE 13, kannte die Inhaftierten seit Jahren und pflegte auch Kontakt zu deren Angehörigen. Ulrike Meinhof nannte ihn „unseren Familienbullen“.

Klaus legte den Stammheimern einen Fragebogen mit folgendem Text vor:

*Die Entführer haben durch das Kommando „martyr halimeh“ vom 13.10. Vietnam, Süd-Jemen und Somalia als Zielländer genannt.*

### **„Auf welche Weise kann ein eventueller Selbstmord verhindert werden?“**

*Vietnam und Süd-Jemen haben die Aufnahme von Terroristen bereits strikt abgelehnt. Somalia wird im Augenblick befragt. Sind Sie bereit, sich nach Somalia ausfliegen zu lassen?*

Gudrun Ensslin und Verena Becker antworteten mit knappem „Ja“. Baader fügte an: „Nur, wenn das Kommando tatsächlich Somalia genannt hat.“

Der erfahrene Beamte und Analytiker Klaus bemerkte sofort, daß keiner der Gefangenen „die zu erwartende Frage“ stellte, „welche Bewandnis“ es denn eigentlich mit dem erwähnten Kommando habe. Klaus: „Daraus kann geschlossen werden, daß sie über die Tatsache der Flugzeugentführung informiert waren.“

Ihm fiel auch auf, daß Baader wie bei den Besuchen zuvor „nervös und unsicher“ wirkte. In diesen Tagen machte auch Jan-Carl Raspe, der sonst abweisend, kühl und vor allem beherrscht war, auf den Gefängnisarzt Henck einen vollkommen deprimierten Eindruck. Raspe klagte über Schlafstörungen, sprach schwer.

Die Gefangenen hatten ihre Zellen abgedunkelt. Auch dies schien Henck seltsam. Der Psychiater bewertete es als ein Zeichen für „Introvertiertheit, Regressivität, des Sich-Zurückziehens“.

Der Arzt konnte nachvollziehen, wie sich die seit Wochen geltende Kontaktsperre auf die Häftlinge auswirkte. Er formulierte einen Vermerk für die Anstaltsleitung. Sein „Gesamteindruck“ sei, daß bei Raspe „eine echte suizidale Handlungsbereitschaft“ vorliege. Er bat „um Kenntnisnahme und Mitteilung, auf welche Art und Weise ein eventueller Selbstmord verhindert werden kann“.

Hauptkommissar Klaus bewertete Reaktionen von Gudrun Ensslin und Baader ganz ähnlich. Baader hatte ihm anlässlich eines anderen Gesprächs hektisch erklärt: „Wenn das jämmerliche Spiel und die Po-



Werbeseite

Werbeseite

tenzierung der Isolation nicht bald ein Ende findet, werden die Gefangenen entscheiden.“ Das „polizeiliche Kalkül“ werde nicht aufgehen, und die Bundesregierung werde „in Zukunft nicht mehr über die Gefangenen verfügen können“.

„Nach Sachlage“, notierte Klaus bei der Rückkehr ins Bundeskriminalamt, könne Baader „nur die Selbsttötung der Gefangenen gemeint“ haben.

Nachdem Henck die Selbstmordgefahr bei Raspe diagnostiziert hatte, entschied die Gefängnisleitung, der Arzt solle ihn sicherheitshalber täglich aufsuchen. Doch die bis zur Kontaktsperre durchgeführten Nachtdienstkontrollen wurden nicht wieder aufgenommen. Dies geschah offiziell aus „Rücksicht auf die Gefangenen“.

Als sich nichts tat, holte sein Komplize Nabil Harb Diana nach vorn bis zur geöffneten linken Tür. Sie mußte sich, in Todesangst wie gelähmt, mit dem Gesicht in Richtung Tower stellen. Akache drückte ihr die Pistole an die Schläfe – und begann zu zählen.

Die 19jährige Diana hatte mit ihrem Leben abgeschlossen. Sie rechnete damit, jeden Augenblick erschossen zu werden. Plötzlich rief jemand: „Wir tanken auf.“ Diana fiel in Ohnmacht. Die Stelle, auf die Akache die Waffe aufgesetzt hatte, blieb noch jahrelang druckempfindlich.

Die „Landshut“ startete in Dubai um 11.18 Uhr (MEZ). Akache hielt einen Zettel in der Hand, auf dem die Namen verschiedener Landeorte notiert waren – Wadi

ser Operation war offenbar nicht, den Ur- lauber-Jet noch einmal starten zu lassen. Die Ablösung sollte, so sah es die Planung der Palästinenser vor, die „Landshut“-Geiseln in die Wüste verschleppen. „Dadurch“, sagt Peter-Jürgen Boock, „sollte auf Bonn zusätzlicher Druck ausgeübt werden.“

Doch die Terroristen hatten eine Besonderheit des Landes am Süzipfel der arabischen Halbinsel nicht berücksichtigt: Es war politisch gespalten.

Der Norden orientierte sich eher gen Westen und ließ sogar den deutschen Bundesnachrichtendienst (BND) mit Lauschergeräten Position beziehen. Den Süden dominierte, was Polizei und Sicherheit anging, die ostdeutsche BND-Konkurrenz, das Ministerium für Staatssicherheit (MfS).

## Die Geiseln



Lufthansa-Kapitän Jürgen Schumann



Fluggast Birgitt Röhl



Stewardess Gaby von Lutzu

Oder gab es inzwischen für die Justiz andere Möglichkeiten, die Stammheimer Gefangenen zu überwachen?

In den frühen Morgenstunden des 16. Oktober verlangte der Anführer der Landshut-Kidnapper ultimativ, die Boeing 737 aufzutanken. Bislang hatten die Airport-Verantwortlichen von Dubai seine Forde-

### Ein neues Kommando sollte die Geiseln in die Wüste verschleppen

rung bewußt verzögert. Akache wählte zwölf Geiseln aus und verteilte Nummern – von 001 über 01 und 1 immer höher.

001 war die junge Deutsche Diana M., 01 ein 24jähriger Holländer, 1 die Stewardess Gaby Dillmann und 2 Flugkapitän Schumann. Akache drohte, „alle fünf Minuten“ in der festgelegten Reihenfolge einen Menschen zu erschießen, falls sein Befehl nicht befolgt würde.

Haddad, der Palästinenserführer, hatte sie ihm diktiert.

Oman, eines der vorgegebenen Ziele, konnte nicht angefliegen werden. Die Landebahn war blockiert. Der Sprit aber ging zur Neige. Um 15.55 Uhr landete die Boeing 737 auf dem Flughafen der südjemenitischen Hauptstadt Aden direkt neben der Landebahn im Sand. Gepanzerte Fahrzeuge hatten die Piste gesperrt.

Aden, jene Stadt, die auf deutsch „Paradies“ heißt, und in der die PFLP-SC des Wadi Haddad bis dahin freizügig operieren durfte, wurde zum Wendepunkt der Schleyer-Entführung und des „Landshut“-Dramas.

Haddads Unterstützung für die RAF sah nicht nur die Bereitstellung der „martyr halimeh“-Leute vor. Südjemenitische Geheimdienstler hatten lange vor der „Landshut“-Entführung dem PFLP-Funktionär, Haddad-Vertrauten und Terroristentrainer Zaki Helou erlaubt, hier das Kidnapperquartett gegen ein frisches, schwerbewaffnetes Kommando auszutauschen. Ziel die-

Aden galt neben der kubanischen Hauptstadt Havanna als wichtigster DDR-Stützpunkt. Oberst Siegfried Fiedler, einer der einflußreichsten Offiziere des MfS-Spionageapparats „Hauptverwaltung Aufklärung“, hatte die ersten Einsatzgruppen der Stasi persönlich angeleitet.

„Dabei“, so ein hochrangiger Ex-MfSler, seien dem Adener Residenten „frühzeitig alle Informationen über die Zusammenarbeit von deutschen anarcho-extremistischen Kräften“ mitgeteilt worden – „sprich den Terroristen der Baader-Meinhof-Gruppe, der RAF, der Bewegung 2. Juni und zahlloser Kommandos“.

Von diesen Kontakten müssen die BND-Horcher gewußt haben und auch ihre Aufseher im Bonner Bundeskanzleramt. Jedenfalls telefonierte Außenminister Hans-Dietrich Genscher am 15. Oktober mit seinem DDR-Kollegen Oskar Fischer. Später vermeldete das NEUE DEUTSCHLAND offiziell, aber kryptisch, die DDR habe „ihre guten Dienste zur Verfügung gestellt, um die sich zu dieser Zeit auf dem Flugplatz

## „Bist du verrückt?“

Der ehemalige BKA-Beamte Alfred Klaus über seine These, daß damals mehr Nachgiebigkeit des Staates besser gewesen wäre

**D**ank seiner Eloquenz gelang es Horst Herold, dem Chef des Bundeskriminalamtes, auch die Politiker von der Notwendigkeit aller von ihm eingeleiteten und allmählich ausufernden Fahndungsmaßnahmen sowie des quälenden Zeitgewinn-Spiels zu überzeugen. Bei letzterem stand ihm insbesondere der Diplomspsychologe Wolfgang Salewski zur Seite, der für die Formulierung der Mitteilungen an die Entführer unentbehrlich war.

Die Entscheidung des Bundeskanzlers, den Forderungen der Entführer nicht nachzugeben, stand fest. Herold fühlte sich offenbar daran gebunden. Auch ich war anfänglich der Meinung, ein Gefangenenaustausch sei wegen des Präzedenzcharakters nicht angezeigt.

Nach zwei Wochen fand ich die Hängepartie allerdings unerträglich. Herold schien ähnlich zu empfinden. Er rief mich zu sich und sagte voller Emotion: „Stellen Sie sich den armen Schleyer vor, angekettet, in irgendeinem Verließ. Was können wir denn noch tun?“ Ich wußte es auch nicht, begann aber, darüber nachzudenken.

Am 28. September hatte Raspe mir gegenüber zum erstenmal die Möglichkeit eines kollektiven Suizids angedeutet (polizeiliche Lösung – politische Katastrophe – tote Gefangene). Ich fühlte mich zum Handeln verpflichtet und entwarf am nächsten Tag einen Alternativvorschlag. Meinen Aktenvermerk legte ich auf dem Dienstweg über den Abteilungsleiter Terrorismus Gerhard Boeden vor, weil der meine gelegentlichen Direktkontakte zum Präsidenten nur schwer ertragen konnte.

Der wesentliche Inhalt bestand darin, die Gefangenen, eventuell auch unter Einbeziehung des Ensslin-Verteidigers Otto Schily, an den Verhandlungen zu beteiligen und ihnen zu sagen, daß ein Austausch nicht in Betracht komme. Ihnen sollte anheimgestellt werden, darauf zu verzichten und die Entführer zur Freilassung Schleyers aufzufordern. Sie seien doch mit einem hohen politisch-mora-

lischen Anspruch angetreten und könnten auf diese Weise einen Sympathieerfolg erringen und politisch wieder an Boden gewinnen.

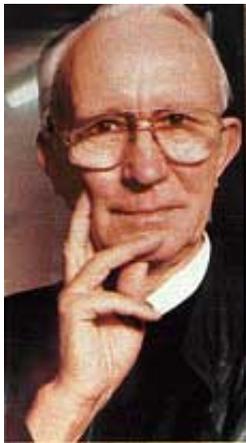
Als die Suiziddrohungen der Gefangenen immer massiver wurden und Baader am 8. Oktober von einer „irreversiblen Entscheidung in Stunden oder Tagen“ sprach, fragte ich noch einmal wegen meines Alternativvorschlags nach. Boeden fuhr mich an: „Bist du verrückt? Wir wollen die doch nicht noch politisch aufwerten!“ Ich konnte nur schwach erwidern: „Ich dachte, wir wollen Schleyers Leben retten.“ Mir wurde ausdrücklich untersagt, das Thema bei den Gefangenen anzusprechen.

Spätestens nach der „Landshut“-Entführung, mit 87 Geiseln, wäre der Zeitpunkt gewesen, ihnen eine goldene Brücke zu bauen und zu sagen, diese Form terroristischer Gewalt gegen Zivilisten hätte nie zur Politik der RAF gehört.

Auf der Fahrt nach Stammheim am 17. Oktober bat ich den vom Kanzler entsandten Ministerialdirigenten Hegelau inständig darum, an meiner Stelle mit den RAFlern zu reden, weil deren Suizid das Todesurteil für Schleyer bedeuten würde – vom Schicksal der „Landshut“-Insassen ganz abgesehen. Der Emissär des Kanzlers fühlte sich dazu nicht autorisiert.

Baader hat dann von sich aus dieses Thema angesprochen und sich genau in meinem Sinne geäußert, er fand aber keine Resonanz. Später erfuhr ich, daß Rechtsanwalt Heldmann und andere Verteidiger einen ähnlichen, noch weiter gehenden Vorstoß unternommen hatten, im Kanzleramt jedoch gar nicht erst vorgelassen worden waren.

Horst Herold hat meinen Vorschlag offenbar ignoriert, weil die Einbeziehung der Gefangenen in die Verhandlungen ihn der Möglichkeit beraubt hätte, seine Hinhaltenaktik fortzusetzen. Das aber hätte meines Erachtens in Kauf genommen werden müssen.



Klaus



Souhaila Andrawes



Nabil Harb

von Aden befindlichen Passagiere der von Terroristen entführten Lufthansa-Maschine zu retten“. Dies habe „der konstruktiven Haltung der DDR in dieser Angelegenheit“ entsprochen.

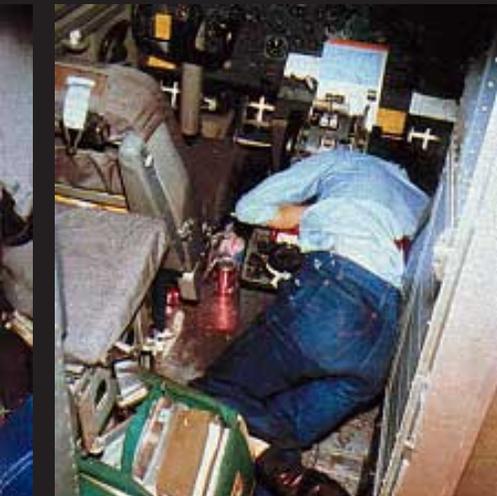
Außenminister Fischer hatte seinen Botschafter Günther Scharfenberg per Blitztelegramm zur Kooperation verpflichtet; auch Ost-Berlins Verteidigungsminister Heinz Hoffmann war in der Nähe, um den Umgang mit dem plötzlich gesamtdeutschen Anliegen kontrollieren zu können.

Schon die Barrikaden auf der Landepiste hatten Akache deutlich gemacht, daß die Südjemeniten trotz früherer Zusagen nicht mitspielen wollten. Nach der Landung umstellten schwerbewaffnete Soldaten das Flugzeug. Der Haddad-Vertraute Zaki Helou war zwar bis auf wenige hundert Meter an das deutsche Flugzeug herangekommen, bekam aber keine Möglichkeit, sich der „Landshut“ wirklich zu nähern oder Funkkontakt aufzunehmen.

Boock: „Damit war im Grunde genommen die weitere Planung über den Haufen geworfen und dem Kommando, das auf die Folgesituation in keiner Weise vorbereitet war, fehlte jedwede Orientierung.“



Nadia Shehadah Duaibes



Zohair Akache

Nicht nur das. Der frühere RAF-Terrorist hält es sogar für möglich, daß jemand aus Zaki Helous Umgebung einem DDR-Konfidenten verriet, daß die Entführer nur mit vergleichsweise harmlosen Plastik-Handgranaten ausgerüstet waren – und so den GSG-9-Troupiers später zu einem erheblichen taktischen Vorteil verhalf.

### Akache hob seine Pistole und schoß dem Kapitän direkt ins Gesicht

Akache befahl Flugkapitän Schumann und dessen Kopiloten Jürgen Vietor, sofort wieder zu starten. Auf dem Zettel hatte er ein weiteres Ziel notiert: Mogadischu in Somalia, 1200 Flugkilometer entfernt. „Die Entführer waren enttäuscht und ratlos“, schrieben die Hamburger Richter 19 Jahre später in ihr Urteil gegen Souhaila Andrawes. „Sie hatten fest damit gerechnet, daß die Entführung in Aden zu Ende gehen würde.“

Schumann verweigerte den unmittelbaren Start, weil sich im Inneren der „Lands-

hut“ ein Teil der Deckenverkleidung gelöst hatte. Er befürchtete, der Jet könnte durch die harte Landung im Wüstensand auch äußerlich beschädigt worden sein und bestand auf einer Inspektion.

Der Pilot erhielt die Erlaubnis. Als er nach 15 Minuten noch nicht zurückgekehrt war, wurde Akache ungeduldig und schrie wütend: „Come back, come back!“ Dem Tower teilte er mit, er werde die Maschine sprengen, wenn Schumann wegbliebe.

Wo sich der Flugkapitän aufhielt und mit wem er redete, gehört zu den ungelösten Rätseln der Entführung. Das Hamburger Gericht referierte, mangels anderer Erkenntnisquellen, die Version der Hijacker:

*Sie gingen jetzt davon aus, daß Schumann das Flugzeug verlassen habe, um mit Hilfe der jemenitischen Sicherheitsbehörden die erfolgreiche Durchführung der Entführungsaktion zu verhindern, möglicherweise sogar die Überwältigung der Entführer mit Unterstützung der Jemeniten bewerkstelligen wollte. Die Entführer waren sich einig und fest entschlossen, ein Scheitern ihres Plans um keinen Preis zuzulassen.*

Das Kommando beschloß Schumanns Tod. Alle Geiseln mußten, brüllte Akache, beim „revolutionären Tribunal“ zuschauen. „Wer schreit oder weint wird ebenfalls sofort erschossen.“ Als Schumann schließlich über die hintere Treppe das Flugzeug wieder betrat, mußte er vor Akache niederknien und die Hände hinter dem Kopf verschränken. Der Terrorist fragte mit schriller, sich überschlagender Stimme: „Are you guilty or not guilty?“

Der Flugkapitän konnte darauf nicht mehr antworten. Akache hob seine Pistole und schoß ihm direkt ins Gesicht. Schumann fiel vornüber. Er war sofort tot.

Um 2.02 Uhr startete die „Landshut“ am 17. Oktober aus dem Wüstensand heraus Richtung Mogadischu. Auch Wischniewski nahm Kurs auf Somalia, die Maschine mit den Nahkampfspezialisten der GSG 9 kreiste über Dschibuti. Wischniewski wurde zu Staatspräsident Siad Barre gebracht.

Des Kanzlers „Troubleshooter“ lockte: „Wenn Sie uns helfen, wird sich das auf unsere Beziehungen auswirken.“ Und: „Wenn wir Gefangene machen, sind das Ihre Gefangenen.“ Barre fragte erstaunt: „Gefangene wollen Sie auch machen?“

In Bonn ließ sich Helmut Schmidt von seiner Sekretärin Lilo Schmarsow mit dem zögernden Barre verbinden. Er brauchte unbedingt dessen Einverständnis für die GSG-9-Operation. Schmidt lobte in dem einstündigen Gespräch zunächst die Fähigkeiten der somalischen Elitepolizisten, fügte aber hinzu: „Sehen Sie, Herr Staatspräsident, die entführte Maschine ist eine deutsche, die Geiseln sind alles deutsche Staatsbürger, und die Entführer sind deutsche Terroristen. Sie sind zu allem

fähig. Wir können sie sogar beim Namen nennen.“

BKA-Chef Herold, der die Kidnapper nach dem Meldezettel-Abgleich tatsächlich namentlich kannte, rief dem Kanzler zu: „Nein, das ist so nicht richtig.“ Schmidt machte eine abwiegelnde Handbewegung, und Innenminister Maihofer gebot seinem Oberpolizisten Schweigen. So blieb der trickreiche Kanzler bei seiner Behauptung – und Barre stimmte schließlich dem Einsatz der GSG 9 zu.

Im Großen Krisenstab herrschte Bunkerstimmung. Einzelne, erinnert sich Zimmermann, hätten versucht, „ihre ins Unerträgliche gestiegene Spannung durch Witze zu lockern“. Aber niemand habe gelacht. Schmidt ließ einen elsässischen Riesling Jahrgang 1975 reichen. Um sich abzulenkten, begannen er und der Hamburger Bürgermeister Hans-Ulrich Klose eine Partie Schach. Verteidigungsminister Leber redete leise über Offiziersanwärter aus München, die sich im Suff geschmacklose Äußerungen über Juden geleistet hatten.

Immer wieder brachen die Leitung nach Mogadischu zusammen. Um 23.52 Uhr kam Wischniewski durch und teilte knapp mit, daß er sich in zehn Minuten wieder melden werde. Zimmermann: „Das ist die Entscheidung, so oder so.“

GSG-9-Kommandeur Wegener hatte den Angriff mit dem Decknamen „Feuerzauber“ auf null Uhr MEZ terminiert. In dieser Sekunde befand sich an jeder der vier Flugzeugtüren und an beiden Notausstiegen ein Sturmtrupp, der aus jeweils fünf

### **Wegen des Mülls ließ sich die Flugzeugtür nur einen Spalt öffnen**

Mann bestand – dunkelgekleidete Gestalten mit geschwärzten Gesichtern.

Die Grenzschilder hatten Leitern ans Flugzeug gelehnt, die unterhalb der Türöffnungen endeten. Auf ihnen standen drei Männer, jeder mit einer bestimmten Aufgabe beim zeitgleichen Öffnen der Tür und dem Eindringen; ihre Kollegen an den Notausstiegen lagen auf den Tragflächen.

Somalische Soldaten entfachten in geraumer Entfernung vor der „Landshut“ ein Feuer, um die Entführer zu irritieren und ins Cockpit zu locken. Fünf Minuten nach Mitternacht gab Wegener den Befehl zum Angriff – ausgerechnet in diesem Moment fiel das Funkgerät des Sturmtrupps 1 aus, der die Tür vorn rechts stürmen sollte.

Truppführer S. mußte binnen Zehntelsekunden reagieren. Er beschloß, sich am Verhalten des Sturmtrupps hinter ihm auf der Tragfläche zu orientieren, aber in der Dunkelheit wertete er eine Bewegung des einige Meter entfernten Grenzschilders falsch. Seine Order an den Kollegen H., die Tür zu öffnen, kam zu früh. H. versuchte, die Tür

weit aufzustößen. Aber wegen des dahinter aufgetürmten Mülls ließ sie sich nur einen 60 Zentimeter breiten Spalt öffnen und schlug dann wieder zurück. H., der als erster ins Flugzeug eindringen sollte, wurde mit der Hüfte eingeklemmt und lag mit dem Oberkörper am Boden.

Akache stand nur zwei Meter von ihm entfernt. Um den Angriff abzuwehren, feuerte er sofort Richtung Tür auf die dort eindringenden Kräfte. Grenzschilder L., der vor der „Landshut“ mit Sicherungsaufgaben betraut war, erlitt dabei einen glatten Halsdurchschuß.

Sein Kollege H. war immer noch eingeklemmt. Trotz der äußerst bedrängten Lage

schoß er – und traf Andrawes. Erst jetzt, und nachdem zusätzlich draußen Blendgranaten gezündet worden waren, drang Sturmtrupp 2 vorn links in das Flugzeug ein.

Was sich danach abspielte, haben die Hamburger Richter in ihrem rechtskräftigen Urteil gegen Souhaila Andrawes so festgehalten:

*Die zwei zunächst eingedrungenen Beamten wandten sich sogleich dem Cockpit zu und bekämpften in diesem Bereich Zohair Akache und Nadia Shehadah Duaibes, die sie außer Gefecht setzten. Als unmittelbar nach ihnen der Zeuge G. in das Flugzeug eindrang, lag die Angeklagte bereits*

kampfunfähig im Mittelgang auf dem Boden. G. blieb im Eingangsbereich stehen, um seine beiden kämpfenden Kameraden zu sichern ...

*In diesem Moment eröffnete Nabil Harb... in Erfüllung des gemeinsamen Tatplans das Feuer auf G. Dieser wurde auch von einer Kugel getroffen, die jedoch im Bereich der rechten Hüfte in der schußsicheren Weste steckenblieb, sie aber fast durchschlug. G. schoß sofort zurück und traf Nabil Harb... In diesem Moment erschienen hinter G. weitere Angehörige der GSG 9 und übernahmen die Bekämpfung dieses Täters.*

Dem angeschossenen Harb gelang es noch, eine Handgranate abzugeben und in Richtung Passagiere zu werfen. Sie konnte, weil aus Plastik, nur wenig Schaden anrichten.

Um 0.12 Uhr meldete sich Wischniewski wieder im Kanzleramt.

„Das Flugzeug ist geknackt“ lautete die knappe Botschaft.

Schmidt: „Nicht verstanden.“

Wischniewski: „Die Arbeit ist erledigt.“

Schmidt: „Wie viele Tote habt ihr?“

Wischniewski: „Keine.“

Das sei, glaubt Helmut Schmidt noch heute, „wohl der dramatischste Augenblick meines Lebens seit dem Krieg“

gewesen. Da habe er einfach heulen müssen.

26 Minuten später meldete der Deutschlandfunk: „Die von Terroristen in einer Lufthansa-Boeing entführten 86 Geiseln sind alle glücklich befreit worden.“

Gegen 2 Uhr hören die Justizbeamten in Stammheim zum letztenmal Geräusche aus den RAF-Zellen. Sie hätten geglaubt, geben sie später zu Protokoll, daß die Gefangenen „ganz normal“ zu Bett gegangen seien.

Statt dessen spielten sich in den Zellen im siebten Stock persönliche Dramen ab.

Baader holte aus seinem Plattenspieler, der nie richtig überprüft worden war, die eingeschmuggelte Pistole vom Typ FEG Kaliber 7,65. Erst feuerte er, um einen Kampf vorzutäuschen, im Stehen zwei Schüsse ab. Dann setzte er sich den Lauf der Waffe in den Nacken und drückte ab.

Raspe hatte die 9-Millimeter-Pistole vom Typ Heckler & Koch hinter der Fußleiste versteckt. Er setzte sich aufs Bett und schoß sich in die Schläfe. Gudrun Ensslin erhängte sich mit einem Lautsprecherkabel, und Irmgard Möller stach sich, so die Staatsanwaltschaft, mit einem Besteckmesser aus Anstaltsbeständen viermal in die Brust. Die Stiche trafen den Herzbeutel, verletzten ihn aber nicht – sie überlebte den geplanten kollektiven Selbstmord als einzige.

Kripobeamte fanden in Gudrun Ensslins Zelle ein Buch mit den „Lehrstücken“ Bertholt Brechts. Abgedruckt war darin auch „Die Maßnahme“, aus der die Ge-

## Wie konnten die Gefangenen den kollektiven Selbstmord absprechen?

fangenen in ihren Briefen immer wieder zitiert hatten. In der „Maßnahme“ heißt es:

*Furchtbar ist es, zu töten.*

*Aber nicht andere nur,*

*auch uns töten wir, wenn es nottut.*

*Da doch nur mit Gewalt diese tötende*

*Welt zu ändern ist, wie*

*Jeder Lebende weiß.*

Kurz vor acht Uhr entdeckte einer der Wachleute die drei Leichen und die verletzte Möller – und wenig später diskutierte die Nation eine Reihe von Fragen. War es Mord? War es Selbstmord, weil die RAFler nach der Stürmung der „Lands hut“ keine Chance auf Freilassung mehr sahen? Wenn ja, woher haben sie denn die Nachricht von der Befreiung der Flugzeuggeiseln erfahren? Und wie haben sie den kollektiven Selbstmord absprechen und den Zeitpunkt so schnell festlegen können?

Vielleicht hilft ein Blick zurück bei der Klärung. Im Frühjahr 1975 hatte das Stuttgarter Innenministerium Techniker des

Werbeseite

Werbeseite





Schleyer-Gedenkminute im Bundestag



Erschossener Schleyer im Kofferraum



RAF-Fahrzeug mit Schleyer-Leiche

Abhöraktion. Schon bald erklärte er sich nur noch „außerhalb des Protokolls“.

Zum Schluß seiner Einführung sagte Schiess: „Wenn dieselbe Situation auf uns zukäme, müßten wir wieder so handeln. Ob in derselben Form, ist eine andere Frage. Aber wir müßten wieder einschreiten.“

„Mich würde interessieren“, fragte der SPD-Abgeordnete Schäfer die beiden Stuttgarter Minister, „warum Anfang März das Landesamt für Verfassungsschutz das

## Die Technik machte einen Lauschangriff auf die RAF-Gefangenen möglich

Bundesamt um technische Hilfe angegangen ist und im Mai das Landeskriminalamt den Bundesnachrichtendienst. Weshalb diese Unterscheidung?“

Auch Manfred Schüler, Chef des Bundeskanzleramtes und Koordinator der Geheimdienste, mußte sich eindringliche Fragen Schäfers gefallen lassen: „Ist das Ersuchen an den BND ... zum Zwecke der Installation von Lausmitteln in Zellen oder in Vernehmungszimmern ergangen?“

Innenminister Schiess beantwortete die erste Frage: „Warum später, im Mai, auf den BND übergegangen wurde, möchte ich lapidar mit einem Satz beantworten: Weil die Zahl der Techniker, die von diesem Geschäft etwas verstehen, im öffentlichen Dienst relativ gering ist.“

Dann nahm er zur zweiten Stellung:

*Die Frage: Zelle oder Vernehmungszimmer? Im Vernehmungszimmer. Es ist nie in den Wohnzellen – das heißt Verkehr der Gefangenen untereinander – gewesen, sondern es war in den Besucherzellen, in Nicht-Wohnzellen, in den Besucherzellen, und nur, was zwischen den Häftlingen und den Vertrauensanwälten gesprochen wurde.*

Er drehte sich zu seinem Kollegen Bender um: „Stimmt es so?“

*Justizminister Bender: Ich kann nur sagen: In Nicht-Wohnzellen. Weitere Auskunft würde ich jetzt nicht geben. Aber Sie können davon ausgehen, daß es in Nicht-Wohnzellen war. Sonst können wir gleich die ganze Technik hier offenlegen. Ich weiß nicht, ob das eine gute Sache wäre.*

Nur auf den ersten Blick schien Benders Ergänzung zu den Schiess-Worten zu passen. Sie läßt aber auch eine Spekulation zu: Die Wohnzellen wurden akustisch überwacht – aber die reine Aufnahmetechnik fand woanders statt, eben in Nicht-Wohnzellen.

Was damit gemeint sein könnte, erklärt ein Blick auf das heimliche Kommunikationssystem, das sich die Gefangenen 1974 geschaffen hatten. Ein Insasse hatte nach Schluß des anstaltseigenen Radiopro-

Kölner Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) beauftragt, fünf Zellen im siebten Stock des Stammheimer Gefängnisses mit Abhörmikrofonen zu bestücken.

Die Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz und der Terroranschlag auf die Deutsche Botschaft in Stockholm hatten die baden-württembergischen Staatsschützer veranlaßt, die Wanzen zu installieren, um „einer gegenwärtigen Gefahr für Leben, Leib und Freiheit“ zu begegnen. Weil die BfV-Anlage angeblich nicht richtig funktionierte, gingen die Stuttgarter Beamten auch Techniker des Bundesnachrichtendienstes um Hilfe an. Ein BND-Experte installierte schließlich im Mai 1975 „zwei Lauschsysteme“.

Damit existierten in Stammheim sieben Möglichkeiten, die inhaftierten Terroristen akustisch zu überwachen – und ihre Gespräche auf Band aufzuzeichnen.

Als die Abhöraffaire im März 1977 aufflog, erklärten die beteiligten Behörden und Politiker, es seien „lediglich“ Verteidigergespräche über kurze Zeiträume ab-

gehört worden. Doch im Hochsicherheits-trakt gab es nur vier Zellen, in denen sich die Anwälte mit ihren Mandanten besprechen konnten.

Also müssen damals drei weitere Zellen präpariert worden sein – der Stammheimer Führungskader der RAF bestand aus drei Personen: Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe.

Am 23. März 1977 diskutierte der Innenausschuß des Deutschen Bundestages den Stammheimer Lauschangriff in einer Sondersitzung. Selten hatte das hochkarätige Gremium unter solch konspirativ-klandestinen Bedingungen getagt: Mikrofone wurden abgeschaltet, ein Zerberus bewachte die Eingangstür, der Stenograph durfte nur unvollständig protokollieren – Zettelchen, auf denen sich Teilnehmer Notizen gemacht hatten, wurden am Sitzungsende eingesammelt.

Baden-Württembergs Innenminister Karl Schiess, der ebenso wie sein Justizkollege Traugott Bender als Gast geladen war, referierte als erster Einzelheiten der

G. J. ULSTEIN, G. J. ULSTEIN

gramms die Leitungen angezapft und von einem Kassettenrekorder eine eigene Sendung eingespist. Der Piratenfunk „Stammheim III“ wurde entdeckt und lahmgelegt – der Anstaltselektriker Franz Halouska schloß die Lautsprecherkabel kurz, die von Zelle zu Zelle verliefen.

Drei Jahre später, im Sommer 1977, trennte Halouska auf Wunsch der Gefangenen im siebten Stock jene Kabelverbindungen, die auch hier von Zelle zu Zelle gingen, vom Kabelsystem des übrigen Gefängnisses ab. Die Terroristen hatten behauptet, sie würden über die Lautsprecheranlagen abgehört. Um dem den Boden zu entziehen, wurde Halouska tätig.

Nur: Damit war das System im Hochsicherheitstrakt wieder für heimliche Übertragungen zu nutzen. Mit kleinen Handgriffen – und Raspe war ein perfekter Tüftler – konnten diese Anlagen zu Gegensprechanlagen umgebaut werden. Schon bald konnten sich die Gefangenen von Zelle zu Zelle erstklassig verständigen.

Natürlich hätte es glänzende technische Möglichkeiten gegeben, sich als illegale Lauscher hier einzuklinken: Vor allem in den Leerzellen zwischen den Wohnzellen konnten die Lauscher vom BfV und BND ungestört agieren – also in Nicht-Wohnzellen.

20 Jahre danach antworten deutsche Behörden immer noch mit Formulierungen, die eher argwöhnisch machen als zufriedenstellen. „In den *vorhandenen* Akten“, schreibt Baden-Württembergs Innenminister Thomas Schäuble, habe es „keinerlei Anhaltspunkte dafür“ gegeben, daß die Häftlinge abgehört worden seien.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz mochte eine Abhöraktion nach internen Recherchen „nicht bestätigen“, aber auch nicht viel weiter dazu erklären: „Unterlagen, die darüber Aufschluß geben könnten, sind *nicht vorhanden*.“

Der Bundesnachrichtendienst bestätigte noch einmal die Amtshilfe von 1975. Die Frage, „ob die Gefangenen während der Schleyer-Entführung abgehört worden“ seien, könne nicht beantwortet werden – da die Anlage damals „nicht vom BND *betrieben oder gewartet* wurde“.

Fragen über Fragen. Der Maihofer-Nachfolger Baum will offiziell nie etwas von Abhöraktionen erfahren haben. Gleichwohl ist er persönlich davon überzeugt, daß die RAF-Gefangenen akustisch überwacht wurden, denn: „nicht abzuhören wäre ein fundamentaler Fehler gewesen“.

Hat Baum recht, müßten noch irgendwo in diesem Staat gut verwahrte Tonbänder existieren, welche die letzten Gespräche der Stammheimer aufgezeichnet haben – und die viele der Fragen klären könnten.

Die Illegalen der RAF erfuhren in Bagdad vom Sturm auf die „Landshut“ und dem Tod der Stammheimer aus dem Radio. „Die Leute saßen da wie betäubt“, erinnert sich Boock. „Einige haben geweint, die anderen gaben dem Staat die Schuld und sagten, nun haben die Schweine das wahrgemacht und sie umgebracht.“

Dann aber ergriff Brigitte Mohnhaupt, die vor der Entführung dem „Kutscher (Deckname Baaders) in einem Kassiber angeboten hatte, „jede 3. Woche (oder egal 2., 4.) wird sich einer von uns töten, so lange,

bis die Isolation für alle aufgehoben ist“, das Wort und stellte energisch und aggressiv alles klar.

Peter-Jürgen Boock hat noch heute parat, was sie damals sagte: „Ihr könnt euch wohl nur vorstellen, daß die Opfer gewesen sind. Ihr habt die Leute nie gekannt. Sie sind keine Opfer, und sie sind es nie gewesen. Sie haben ihre Situation bis zum letzten Augenblick selbst bestimmt.“

Niemand wollte glauben, was Brigitte Mohnhaupt gesagt hatte. Als sich nach einem eisigen Schweigen einige zu Wort meldeten, wehrte die Mohnhaupt ab: „Da gibt es jetzt keine Debatten drüber. Hört auf, sie so zu sehen, wie sie nicht waren.“

Die Entscheidung, ihre Geisel Hanns Martin Schleyer zu töten, fällten seine Bewacher in Brüssel. Boock im Refugium war dafür, „einfach aus Rache“. Andere wollten Schleyer gehenlassen.

Auf einer Lichtung in Frankreich, wo Kiefern, Birken und Ginster wuchsen, zerrten ihn seine Bewacher aus dem Auto. Er mußte niederknien. Drei Kopfschüsse, aus höchstens 50 Zentimeter Entfernung abgegeben, streckten ihn nieder.

Schleiers Leiche deponierten die Terroristen im Kofferraum eines Audi ins elsässische Müllhausen, wo er abgestellt wurde. Am 19. Oktober, zwischen 16.15 und 16.30 Uhr, rief beim Stuttgarter Büro der Deutschen Presse-Agentur eine junge Frau an – und meldete am Ende des Deutschen Herbstes einen Mord, den die Staatsräson scheinbar unabdingbar gefordert hatte.

ENDE

## Die Pannen von Stammheim



Miniradio mit Verkabelung



Selbstmordwaffe

Baader

hab den einfall den ich erstmal 1. dir Kitzcher  
2. u + j vorbringe

einfall war insof m als wir den ha anders machen  
Möchten

wir können schon die 3. woche (oder mal 2-4) mit sich einig  
von uns töten solange bis die isolation für alle aufgehoben  
ist (und erst dann europäischer ebene für alle - was ihm mal  
schon - das eigentlich schon, in gerade nur n. nach von  
guter arbeit)

was wie in jeder aktion: einer ist schon dringender notwendig und  
unsere treffen sichten, um uns zu nehmen und wir brauchen (die eig  
kraft)

ist ja auch nicht mal noch so dass wir es zu hoch 'j' auf die  
seit drücken - wie es war: man leant es immer mal - nicht.  
ich weiß es so - und so aber so - was ich weiß, dass es ist

'etwas anders' meint eben etwas besser - dass es nie (lieber  
sichtig, sollte wie diese bayerermordanschlagministerative  
dann nur noch angriffsmöglichkeit werden roll vor 'in akuter... conditio  
minimal + optimal einleimt

dann n a l: dass es doch nie zweifel, aber ungenügend große schritte  
richtigen gab - waren  
einfach das Gegenteil von zweifel, genug zu tun, weil uns es  
wirklich war (+ nicht ich bl'ibt) eben es muss schon die den m  
haben - es überhaupt zu tun ist - immer  
(also erst in 1. ich n e r z g r u e - schmi-richtig -  
habe ich es entdeckt:  
objektivität  
das gesamte)

1.  
diese will ändern

Mohnhaupt-Kassiber

U. FOTOS: B. HODIG

Werbeseite

Werbeseite

NATO

## Billiges Prestige

Beim neuen Nato-Rußland-Rat, der vergangenen Freitag in New York erstmals auf Ministeriebene tagte, gibt es Streit ums Geld. Nachdem es die Russen ablehnten, Nato-Generalsekretär Javier Solana zum alleinigen Vorsitzenden zu machen, führen Solana, ein Russe und ein Vertreter eines Nato-Landes durch die Sitzung. Bei jedem Tagesordnungspunkt wechselt dabei der Vorsitz. Als Gegenleistung verlangt die Allianz, daß sich die Russen an den Kosten für Dolmetscher, Mieten oder Bewirtungen beteiligen. Das Angebot Moskaus, in Naturalien – etwa Übersetzerdiensten – zu zahlen, lehnt die Nato ab. Einige Mitglieder-Staaten verlangen, daß Rußland die Hälfte aller Kosten trägt, andere wollen sich mit einem Drittel begnügen. Doch beim Begleichen der Rechnung wollen die sonst so prestigebewußten Russen nicht bedeutsamer sein als alle anderen Mitglieder des Gremiums: Ein Kostenschlüssel 1 zu 16 wäre ihnen am liebsten.

GEORGIEN

## Streit um Wodka

Ein bizarrer Grenzkonflikt belastet die Beziehungen zwischen Tiflis und Moskau. Seit zwei Monaten ist die wichtigste Kaukasuspassage verstopft, weil Rußland über tausend Lastzügen die Weiterfahrt Richtung Norden verwehrt. Sie haben Rohalkohol geladen – aus Moskauer Sicht Schmuggelgut. Die Billigware aus dem Westen geht offiziell nach Usbekistan und Kasachstan. In Wahrheit ist sie für Brenneren in Nordossetien bestimmt – Rußlands einzige Provinz, deren Machthaber Lizenzen zur Alkoholproduktion erteilen dürfen. Die Sonderregelung schwemmte bislang täglich acht Millionen Flaschen Wodka abgabefrei auf den russischen Markt; die ossetischen Behörden kassieren dabei monatlich rund 30 Millionen Mark ab.



Trauernde Angehörige von Terroropfern

FOTOS: AFP / DPA

ALGERIEN

## Neue Front im Bürgerkrieg

Die Serie von Massenmorden droht in einen ethnischen Konflikt zu eskalieren. Nach Erkenntnissen von Sicherheitsexperten gründeten die Bewohner zahlreicher Orte in den Bergregionen zwischen der Hauptstadt Algier und Tlemcen nahe der marokkanischen Grenze eine „Front zum Schutz der Heimat“. Die offiziell nicht anerkannte Untergrundarmee rekrutiert sich zum größten Teil aus Offizieren und Mannschaften dreier Militärregionen, deren Kommandeure sich vom Generalstab in Algier weitgehend unabhängig gemacht haben. Die Unfähigkeit der Regierung, den islamistischen Banden das Handwerk zu

legen, treibt der Front täglich neue Freiwillige zu. Doch die Erfolge der Truppe, die bereits mehrere Islamistengruppen zerschlagen konnte, sind zugleich Sprengstoff für den algerischen Einheitsstaat: Die Front besteht fast ausschließlich aus nichtarabischen Berbern, die über ein Drittel der Bevölkerung ausmachen und nur dann im algerischen Staatsverband bleiben wollen, wenn ihnen weitgehende Autonomie im Rahmen einer zweisprachigen Föderation zugestanden wird. Diese Forderung gilt in Algier als unannehmbar, weswegen Insider einen Bürgerkrieg zwischen Arabern und Berbern für möglich halten.

SERBIEN

## „Wir bauen auf Rußland“

Der Ultranationalist Vojislav Šešelj, 50, über seinen Wahlerfolg und seine Ziele

**SPIEGEL:** Sie treten am Sonntag in der Stichwahl um das Präsidentenamt gegen den sozialistischen Kandidaten Zoran Lilić an. Wie würde die Zukunft unter einem Präsidenten oder Premier Šešelj aussehen?

**Šešelj:** Wir wollen keinen weiteren Krieg. Doch die großserbischen Grenzen werden immer mein Ziel bleiben. Am schönsten wäre es, wenn Großserbien eines Tages an Großdeutschland grenzen würde.

**SPIEGEL:** Da hätten Sie aber viel zu schlucken, zuerst Kroatien. Woher rührt Ihr Haß auf die Kroaten?

**Šešelj:** Ist dieser Haß nicht verständlich? Wir liegen mit den Kroaten im Krieg. Sie okkupieren den westlichsten Teil unserer serbischen Heimat, die Krajina. Sie wird befreit werden.

**SPIEGEL:** Wann?

**Šešelj:** Wenn Rußland wieder auf beiden Beinen steht. Wir bauen auf Rußlands nationales Wiedererwachen. Denn der Westen unter dem Einfluß der USA hat alles getan, um die serbischen Interessen zu zerstören.

**SPIEGEL:** Und Ihre Partei will Bosnien als einheitlichen Staat vernichten?

**Šešelj:** Dieser bosnische Staat ist ein künstliches Gebilde, das keine Überlebenschancen hat. Eines Tages muß es zu einer Vereinigung der bosnischen Republika Srpska mit Serbien kommen.

**SPIEGEL:** Sie haben gedroht, einige hunderttausend Albaner aus der ehemaligen autonomen Provinz Kosovo auszuweisen.

**Šešelj:** Wenn Deutschland Kosovo-Albaner ausweisen kann, warum nicht wir? Glauben Sie ja nicht, daß wir Albaner aus Deutschland wieder aufnehmen. In 20 Jahren wird man im Westen nur noch fragen: Albaner in Jugoslawien? Wo leben die denn?



Šešelj



Giftschwaden (in der indonesischen Provinzhauptstadt Banjarmasin): Selbstgemachter ökologischer GAU

REUTERS

SÜDOSTASIEN

# Gefangene des Smogs

Indonesiens Wälder brennen, beißender Rauch dehnt sich über sechs Staaten aus. Eine Jahrhundertdürre hat die Ausbreitung der Flammen begünstigt. Doch Schuld an der Katastrophe ist der Raubbau an der Natur.

**T**rommeln und Zimbeln klingen durch dichten Dunst. Vor der Bühne eines Tempels hocken rund 30 Unverdrossene auf kleinen Stühlen. Viele pressen weiße Gesichtsmasken vor Mund und Nase. Geboten wird die chinesische Oper von der Nonne, die sich als Mönch verkleidet in ein Kloster schlich. Darsteller Bei, ein Transvestit, überfliegt hinter den Kulissen nervös ein letztes Mal den Text. Nein, sagt er, seine Stimme leide nicht unter der schlechten Luft.

Der Laienschauspieler ist nur enttäuscht, daß so wenige Besucher gekommen sind. Denn das Stammpublikum der traditionellen Opern, die Alten, sagt er, „bleibt bei dem Dreck lieber zu Hause“.

Der Auftritt der Operngruppe im malaysischen Kuching, einer 400 000-Einwohner-Stadt mit starker chinesischer Minderheit, hat etwas Gespenstisches. Denn der Sinn steht den Menschen nicht nach Un-

terhaltung. Die Schadstoffwerte erreichen zu dieser Stunde 540 Punkte auf dem Index für Luftverschmutzung. Mehr als 100 gelten als „ungesund“.

Kuching im malaysischen Teil der Insel Borneo liegt im Zentrum der südostasiatischen Umweltkatastrophe. Hier wurde der Negativrekord gemessen: Vor wenigen Tagen sprang der Wert auf 839 – ein atmosphärischer GAU.

Die Sicht reicht nicht weiter als 500 Meter. Die Lampen werfen ein fahles Licht. Durch die Straßen zieht ein Geruch von Rauch, der in den Augen brennt, in den Lungen kratzt und aufs Gemüt drückt.

Die giftigen Schwaden kommen von jenseits der Grenze, aus Indonesien. Dort brennen mittlerweile wie in einem unauslöschlichen Höllenfeuer an die 800 000 Hektar Wald. Der Rauch hat weite Teile Südostasiens in eine gigantische Smogküche verwandelt. Millionen Menschen haben seit

Wochen keinen blauen Himmel mehr gesehen, sechs Staaten sind betroffen: außer Indonesien und Malaysia noch Singapur, Brunei, Thailand und die Philippinen.

In den Metropolen mischen sich Industrie- und Autoabgase mit den giftigen Partikeln: Sie können nicht abziehen, weil die Rauchglocke jeden Luftaustausch verhindert. In Kuala Lumpur tauchten die Zwillingstürme des höchsten Gebäudes der Welt nur als schattenhafte Umrisse aus dem gelbbraunen Nebel. Flugzeuge mußten abdrehen, weil die Piloten die Landebahnen nicht mehr sehen konnten. Im Smog zerschellte vergangenen Freitag auf Sumatra ein Airbus A300 der indonesischen Fluggesellschaft Garuda, keiner der 234 Passagiere überlebte.

Für den Notfall erwog die malaysische Regierung sogar, die zwei Millionen Einwohner des Bundesstaates Sarawak zu evakuieren. Nur wußte niemand, wohin – eine

saubere Zuflucht hatten die Verantwortlichen weit und breit nicht zu bieten.

Zehntausende leiden an Asthma, Husten und Augenentzündungen. Schutz gibt es nur für die Wohlhabenden in ihren vollklimatisierten Büros und Wohnungen. Die meisten Menschen aber leben und arbeiten in Räumen, die zur Straße offen sind und nur über Rollgitter verfügen.

Im Krankenhaus von Kuching wartet Hasrul Azuan, 9, mit seinem Vater auf eine Sauerstoffdusche. Asthmatische Hustenanfälle schütteln den Kleinen, seitdem „Jerebu“ herrscht, wie die Einheimischen den Smog nennen. Die Zahl der Patienten mit Atemnot hat sich in den letzten Tagen, als der Schmutzpegel in die Höhe schnellte, mehr als verdoppelt.

Der Rauch von brennendem Holz, geschwängert mit krebserregenden Kohlenwasserstoffen wie Benzol und Benzpyren, bleibe in der Lunge 20 Minuten aktiv, der von Zigaretten dagegen nur 30 Sekunden, erläutert ein Arzt. „Waldbrand kann zerstörerischer und tödlicher sein als Tabakrauch“, heißt es am Schwarzen Brett des Krankenhauspersonals.

Auf den Straßen Kuchings gehören Gesichtsmasken mittlerweile zur Grundausstattung wie das Kopftuch der moslemischen Frauen. „Die Regierung informiert uns falsch. Sie gibt bewußt niedrige Schadstoffwerte bekannt, um Panik zu vermeiden“, glaubt die Gerichtsangestellte Sue, die sich mit ovaler Sonnenbrille und grüner Maske schützt.

Die Luft greift nicht nur die Gesundheit an. Seit die Behörden den Notstand in Kuching ausgerufen haben, mußten viele Industriebetriebe vorläufig schließen. Geld gibt es für die Arbeitslosen nicht.

Der Smog ist bereits die zweite Plage, die Sarawak dieses Jahr heimsucht: Im Mai raffte eine seltene Viruserkrankung viele Kinder dahin, Tausende Touristen blieben aus Angst vor Ansteckung weg. Nun stehen die Hotels erneut leer. Chris Kon vom Reisebüro Borneo Exploration Tours & Travel seufzt: „Ein schweres Jahr für Borneo.“

Die Katastrophe trifft Südostasien zu einem Zeitpunkt, da die Region in ihrem Selbstvertrauen ohnehin schwer erschüttert ist. Währungsturbulenzen und Kursstürze an den Börsen beendeten das Wirtschaftswunder der Tigerstaaten, der neu erworbene Wohlstand, der allmählich auch breitere Schichten umfaßte, bröckelt schon wieder.

Und nun die Umweltschäden, deren Folgekosten sich noch nicht beziffern lassen – aber diesmal können asiatische Politiker wie der hochfahrende malaysische Ministerpräsident Mahathir nicht ausländische „Schurken“ wie den Großspekulanten George Soros für die Misere verantwortlich machen. Sie ist eindeutig selbst gemacht.

Fest steht, daß die Brände zunächst von Bauern, Großgrundbesitzern und Unternehmern auf Borneo und Sumatra gelegt wurden. Sie roden Busch- und Waldland, um Boden für die Landwirtschaft zu gewinnen. Die Asche dient als natürlicher Dünger – chemische Mittel können sich die meisten Farmer nicht leisten.

Die Brandrodung dehnt sich immer weiter aus. Jedes Jahr verschwinden in Indonesien rund 900 000 Hektar Wald, das entspricht mehr als der dreifachen Fläche des Saarlandes. Nach Berechnungen der Uno sind nur noch 1,09 Millionen Quadratkilometer geschlossene Walddecke vorhanden. Die Insel Java ist schon kahlgeschlagen.

Dort wohnen 70 Prozent der 200 Millionen Indonesier. Mit ihrem „Transmigrasi“-Programm siedelte deshalb die Regierung bisher mehr als sechs Millionen Menschen von Java nach Borneo und Sumatra um. Bis zum Jahr 2000 sollten nach ursprünglichen Plänen sogar 65 Millionen Menschen an die Ränder des aus 13 600 Inseln bestehenden Archipels verpflanzt werden. Und die brauchten Platz, die Wälder sollen weichen.

Besonders skrupellos gehen professionelle Holzfällerkolonnen und

Plantagenbesitzer vor. Um an die wertvollen Stämme heranzukommen und neue Anbauflächen zu schaffen, roden sie jedes Jahr Tausende Hektar Unterholz und Dschungel per Zündholz. Vom Raubbau profitiert die indonesische Sperrholzindustrie, die den Weltmarkt beherrscht – sie gehört zu den einträglichen Pfründen der Präsidentenfamilie Suharto.

Der Monsun löscht gewöhnlich die Flammen. Doch dieses Jahr gerieten sie außer Kontrolle. Denn der Regen verspätet sich, wahrscheinlich eine Folge von El Niño, einer rätselhaften Erwärmung des Pazifikwassers. In diesem Jahr setzte El



Atemmasken gegen den Ruß: „Tödlicher als Tabakrauch“

Niño so früh und so heftig ein wie sonst kaum – für manche Experten eine Wirkung des Treibhauseffekts.

Schon Mitte August hatte sich eine mehrere tausend Kilometer große Blase erwärmten Ozeanwassers im Ostpazifik gebildet. Bis in 30 Meter Tiefe ist die Temperatur um ein paar Grad gestiegen – genug, um die Winde einer ganzen Region umzukehren und massive Wolkengebiete zusammenzuballen. Der Regen fiel über dem Meer, Borneo und Sumatra gingen leer aus.

Indonesien könnte einen ökologischen Alptraum erleben, wenn erst einmal große Torffelder, die unter dem dünnen Dschungelboden liegen, Feuer fangen. Selbst starker Regen kann die schwelende Glut kaum ersticken. Sie trägt das Feuer unterirdisch weiter, bis es im nächsten Waldgebiet wieder aufflackert. In Ostkalimantan brennt noch heute Torf, der sich während der Dürre von 1982 entzündete.

Indonesiens Umweltminister Sarwono Kusumaatmadja gibt zu, daß Fahrlässigkeit im Spiel ist: „Wir haben Gesetze gegen die Brandrodung erlassen, aber wir haben es versäumt, ihre Einhaltung durchzusetzen.“ Die Machthaber in der Provinz, oft selbst am Geschäft mit dem Holz beteiligt, nahmen es mit den

Inseln der Finsternis



Bestimmungen nicht so genau. Zudem halten einflußreiche Firmen enge Verbindungen zum Clan des Präsidenten Suharto und zum Militär.

„Wenn die Korruption wie in Indonesien wuchert, kann man kein Gesetz durchsetzen“, sagt Chefinspektor Wong. Der Polizist sitzt trotz der dicken Luft mit Freunden abends vor dem Tor des Tempels der Himmelskönigin von Kuching und trinkt Bier aus der Dose. „Riecht es nach Rauch, wird es gefährlich“, sagt er. „Die Indonesier nehmen mit ihrer Brandrodung auf Nachbarn keine Rücksicht.“

Damit trifft er die Stimmung von Millionen. Zwar bat Suharto die Anrainerstaaten um Entschuldigung. Aber egal wie ernst sie gemeint sei, klagte die BANGKOK POST, „sie hilft den anderen Gefangenen des Smogs nicht“.

Dabei vertritt Indonesiens Präsident eine unter Asiens Politikern weitverbreitete Haltung: Um die ökologischen Folgen ihres wirtschaftlichen Aufschwungs kümmerten sie sich bisher nicht. Noch auf dem Umweltgipfel in Rio 1992 verkündete Suharto: „Wir haben das Recht, mit unseren natürlichen Ressourcen zu machen, was wir wollen.“

Die südostasiatischen Tigerstaaten erkaufte ihren Wirtschaftsboom mit hemmungslosem Raubbau an der Natur. Städte wie Bangkok und Manila ersticken schon zu normalen Zeiten in Abgasen, die Flüsse sind zu stinkenden Kloaken verkommen. In den vergangenen 30 Jahren fällten Holzunternehmen ein Drittel der asiatischen Wälder.

Für den malaysischen Ministerpräsidenten Mahathir sind Umweltschützer gleichwohl „Linke, Spinner und Miesmacher“, die den sozialen Frieden stören und den Aufschwung kaputtreden wollen. Überall in Asien sehen sich Umweltgruppen an den Rand gedrängt, ihren Aktivisten drohen Verhöre und Gefängnis.

„Die Katastrophe dieses Jahres ist nur eine gigantische Wiederholung dessen, was jedes Jahr in kleinerem Ausmaß passiert“, beschwert sich Harrison Ngau von der Organisation „Freunde der Erde“ in der Stadt Miri in Sarawak. „Niemand tut etwas, weil alle vom Wirtschaftswachstum besessen sind.“

Bei den Bürgern von Kuching wächst derweil der Unmut über die eigene Führung. „Unsere Regierung hätte Suharto schon früher zwingen sollen, etwas gegen die Brandrodung zu unternehmen“, sagt ein Lehrer.

„Ich will nicht in fünf Jahren herausfinden, daß ich wegen des Smogs Lungenkrebs bekommen habe“, schrieb am Freitag voriger Woche ein Leser in der BORNEO POST. Man dürfe nicht länger zulassen, „daß die Eliten in der Gesellschaft alles tun dürfen, um sich zu beschaffen, was sie immer wollten – mehr Geld“.

GROSSBRITANNIEN

# Mit erhobenem Haupt

Auf ihrem Parteitag wollen die britischen Sozialdemokraten die Rückkehr an die Macht bejubeln. Mit beherzten Entscheidungen hat sich Premier Tony Blair darangemacht, das Regierungssystem radikal zu modernisieren.

Die Zahlen schildern das schiere Elend: Nur einer von 20 Briten ist stolz auf die wirtschaftlichen Erfolge des Vereinigten Königreichs. Lediglich einer von 10 hat Vertrauen in das Parlament von Westminster. Und kaum einer von dreien glaubt, daß noch in 50 Jahren ein Monarch über die kümmerlichen Reste jenes Empires herrschen wird, das in den vergangenen 50 Jahren von einem Riesenreich mit über 800 Millionen Untertanen auf knapp 60 Millionen Inselbewohner geschrumpft ist.

Großkonzerne, etwa British Telecom oder British Airways, geben sich neue Firmen-Logos, in denen ihre britische Identität schamhaft heruntergespielt wird. Die erfolgreiche Elektronik-Ladenkette Dixons taufte ihre Hausprodukte auf den Namen „Matsui“, weil der so schön japanisch und mithin moderner klingt. Großbritannien, so das Resümee des Londoner Instituts Demos, gilt weltweit als ein Land, dessen Glanzzeit verflissen sei wie das Empire.

Mit der Wirklichkeit haben die jetzt veröffentlichten Erhebungen auf den ersten Blick wenig zu tun. Gerade erst empfahl der Washingtoner Weltwährungsfonds Großbritanniens Aufschwung wieder einmal der ganzen Welt zur Nachahmung, ganz besonders den immer noch zu unbeweglichen Londoner EU-Partnern Frankreich und Deutschland.

Dennoch beherrschen die Demos-Zahlen derzeit die politische Diskussion. Auch aus ihnen leitet Premierminister Tony Blair die Notwendigkeit ab, sein Land gründlich umzukrempeln. Auf dem Labour-Parteitag in dieser Woche, auf dem die britischen Sozialdemokraten ihre Rückkehr an die Macht bejubeln, will er aufzählen, welche Reformen nötig sind, „um ein Land zu formen, das mit erhobenem Haupt als Vorbild für einen entwickelten Staat im 21. Jahrhundert dienen kann“. Modell Großbritannien?

Der Premier glaubt, daß er politisch vollenden muß, was die von ihm bewunderte Margaret Thatcher in der Wirtschaft begonnen hat – das Land radikal zu verjüngen und zu modernisieren. Als Premierministerin zwischen 1979 und 1990 hatte Thatcher die Deindustrialisierung des einstigen Vorreiters der industriellen Revolution vorangetrieben. Sie war überzeugt, daß alle staatlichen Eingriffe in die Marktwirtschaft

ein Verbrechen gegen die natürliche Ordnung der Dinge darstellten.

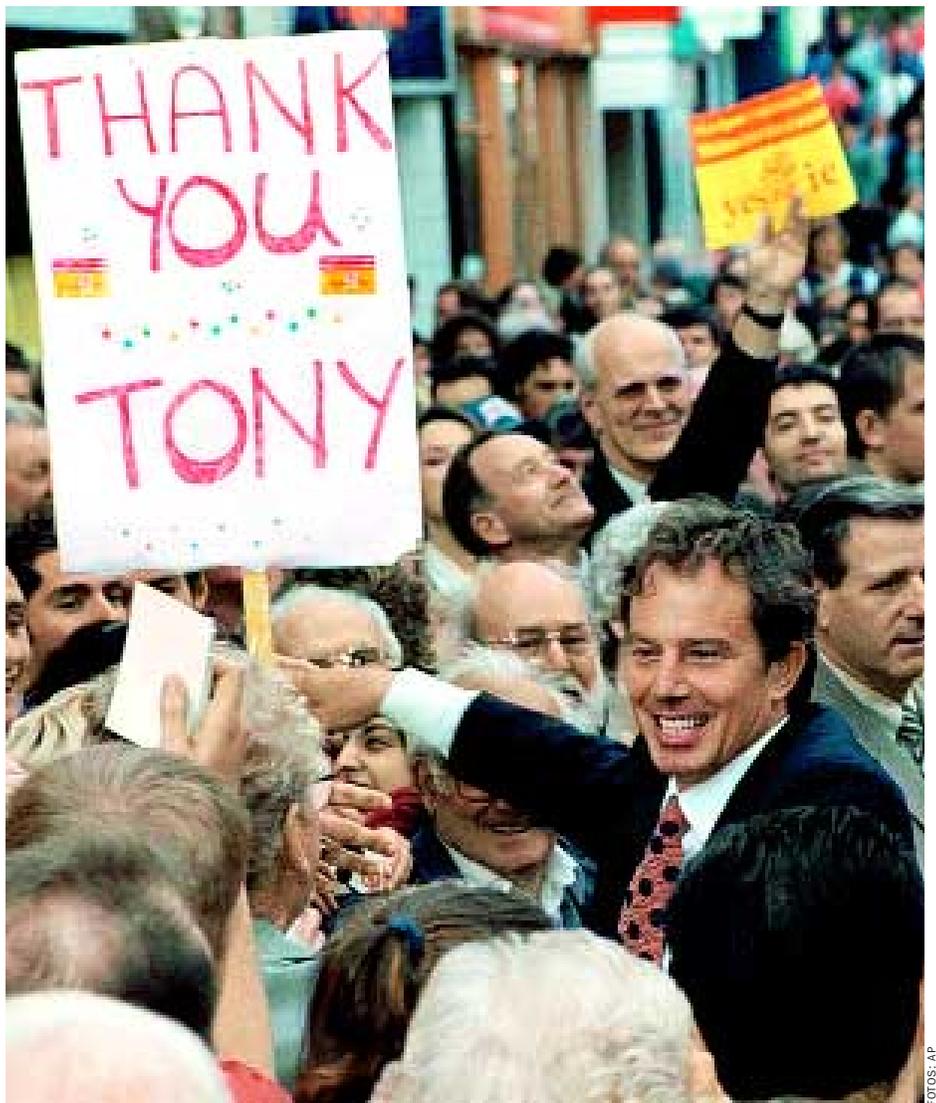
Das führte zu massiven Einbrüchen im Produktionssektor und einem Ausbau der Finanzmärkte sowie der Serviceindustrie. Seit 1992 sind in Großbritannien etwa zwei Millionen neue Jobs entstanden. Die Arbeitslosenquote ist mit offiziell 5,3 Prozent die niedrigste von allen großen Industriestaaten Europas.

Aber die ebenfalls erneuerungsbedürftigen politischen Institutionen Großbritanniens – das Parlament und die Monarchie – wurden davon kaum berührt. Denn That-

chers Vision war politisch eher rückwärtsgerichtet, bestimmt durch die Sehnsucht nach der verflissenen imperialen Größe. Daß die Propagandistin des ungehemmten Individualismus damit letztlich ihr eigenes Umbauwerk gefährdete, hatte kaum jemand so deutlich gespürt wie der ehrgeizige Labour-Politiker Tony Blair. Dessen Gemeinschaftssinn, der in der christlichen Soziallehre gründet, sträubte sich gegen einen seelenlosen Staat von puren Geschäftemachern.

Für Blair garantieren nicht so sehr niedrige Löhne die Wettbewerbsfähigkeit eines modernen Landes, sondern gutausgebildete Arbeitskräfte. Deshalb will er die begonnene Bildungsreform in den Mittelpunkt des Parteitags stellen – neben das Bemühen, die von den Konservativen preisgegebene Unterklasse in den einstigen industriellen Zentren wieder zu integrieren. Aber auch die weitere Privatisierung des Sozialstaats sowie der Ausbruch aus der von den Tories verschuldeten internationalen Isolierung gehören zu seinem Programm.

Die Voraussetzung für eine britische Perestroika, so glaubt Blair, ist die Umwand-



**Volksliebling Blair:** „Vorbild für das 21. Jahrhundert“

FOTOS: AP

lung des auf London ausgerichteten Staates in ein Gemeinwesen, das für die Bürger vor Ort wieder überschaubarer wird. Gefordert sei „eine Verfassung, in der Entscheidungen näher bei den Bürgern gefällt werden, damit das Vertrauen in die Politik wiederhergestellt wird“.

Das führt der dynamischste der europäischen Regierungschefs seit nunmehr vier Monaten mit nicht nachlassendem Tempo vor. Schon der Befreiungsschlag, mit dem er die Bank von England von den Anweisungen der Regierung unabhängig machte, wies die Richtung: Abgabe von Macht an die Ebene mit der höchsten Sachkompetenz. Es ist, als wolle Blair das gleiche Wahlversprechen einlösen, mit dem 1969 Willy Brandt den Ausbruch aus konservativer Erstarrung gefordert hatte: „Mehr Demokratie wagen“.

In zwei Volksbefragungen ließ er erfolgreich über eigenständige Parlamente für Schottland und Wales abstimmen. Wenn zur Jahrtausendwende die neuen Abgeordneten in Edinburgh und Cardiff zusammentreten, wird Großbritannien endlich das erfüllen, was es als EU-Mitglied in Brüssel immer anmahnte – die weitestmögliche Anwendung des Subsidiaritätsprinzips.

Im Mai stimmen die Londoner darüber ab, ob erstmals seit 1981 wieder ein Bürgermeister für die ganze Stadt gewählt werden soll – anstelle von 33 Bürgermeistern für einzelne Stadtteile. Ebenfalls per Referendum (einem Lieblingsinstrument des Populisten Blair, in dem viele Verfassungsexperten einen Affront gegen die traditionell uneingeschränkte Souveränität von Westminster, der Mutter aller Parlamente, sehen) sollen die Briten um die gleiche Zeit auch über die Ergebnisse der Friedensgespräche von Belfast befinden.

Zum erstenmal seit 70 Jahren nehmen ab Dienstag dieser Woche die beiden verfeindeten Seiten im Nordirland-Konflikt Plätze an einem Konferenztisch ein. Neben dem bereits existierenden nordirischen Parlament soll ein grenzübergreifendes Gremium gebildet werden, dem irische und nordirische Politiker gemeinsam angehören. Eine Friedenserlösung für Nordirland wäre zweifellos Blairs größter Triumph.

Erst in der nächsten Legislaturperiode möchte Blair den verschiedenen Regionen Englands größere Selbständigkeit gewähren – Großbritannien würde sich so Zug um Zug in einen föderalen Staat verwandeln: eine Revolution.

Zuvor gilt es allerdings, eine besonders starre Bastion britischen Beharrungsvermögens zu schleifen: das House of Lords. Schon im nächsten Jahr möchte Blair mit der Reform des Oberhauses beginnen. Stimmrecht sollen dann nur noch jene



Protestmarsch in Nordirland: Durchbruch zum Frieden?

Lords ausüben dürfen, die den Adelstitel nicht ererbt, sondern aufgrund eigener Verdienste erhalten haben.

Die verbleibenden stimmberechtigten Mitglieder werden sich dann früher oder später wohl auch mit der Einschränkung des britischen Mehrheitswahlrechts befassen müssen. Das hat Blair eine Mehrheit von 179 Sitzen im Unterhaus beschert, obwohl nur 43,2 Prozent aller Wähler für ihn gestimmt haben.

Eine „Wahldiktatur“ nannte der Verfassungsexperte Lord Hailsham ein solches Mißverhältnis zwischen Stimmenanteil und Fraktionsstärke. Nun sollen nach und nach Elemente des Verhältniswahlrechts eingeführt werden, zunächst bei den Abstimmungen zum schottischen und walisischen Parlament, dann – für alle Briten – bei den Wahlen zum Europaparlament.

Auch das Verhältnis zum Kontinent will Blair entspannen. Die wachsende Hysterie, mit der Thatcher die Eurokraten in Brüssel als Gefahr für Britanniens Souveränität verteuflte, hatte bitteren Streit in die Reihen der Tories getragen.

Mit seinen Verfassungsreformen wandelt Blair Großbritannien nun in einen Staat um, der sich den kontinentalen Partnerländern annähert. Wenn Westminster seine bisherige Allmacht einschränkt, könnte auch der Teilverzicht auf Souveränität zugunsten der EU leichter fallen.

Die beabsichtigte Verankerung der Europäischen Menschenrechtskonvention in britischem Recht wird dafür sorgen, daß auch britische Richter erstmals Kontrollvollmachten erhalten, falls sie die Rechte des einzelnen Bürgers durch Parlamentsbeschlüsse verletzt sehen. Und in einem weiteren Referendum wird der Premier –

insgeheim ein Euro-Befürworter – schließlich darüber abstimmen lassen, ob das Königreich die gemeinsame europäische Währung übernehmen wird.

Der Umbau der Institutionen muß zwangsläufig – auch ohne den Gefühlsausbruch nach Dianas Tod – die Monarchie mit einbeziehen. In einem föderalen Staatsgefüge wächst die Notwendigkeit für eine politische Schlichtungsinstanz bei Konflikten zwischen London und den regionalen Zentren. Ein Verfassungsgericht gibt es in Großbritannien nicht; aber auch der Erbmonarch könnte eine solche Aufgabe nicht übernehmen – wohl aber ein demokratisch legitimes Staatsoberhaupt.

Doch die größte Gefährdung der Monarchie droht, falls sich die Schotten nicht, wie von Labour versprochen, mit einem eigenen Parlament zufriedengeben. Sollten die Nationalisten auf Unabhängigkeit von England drängen, könnte ein solcher Wunsch das Ende des Ver-

einigten Königreichs einleiten – und damit auch des Königshauses.

Ob Blairs Traum von einem modernen, föderalen Großbritannien sich erfüllt, ist noch nicht entschieden. Bisher waren unbändiger Optimismus und unbeirrbarer Zielstrebigkeit die größte Stärke des Premiers. Seine Beliebtheitsquoten übertreffen alles bisher Dagewesene.

Während der glücklose Tory-Parteichef William Hague sich bereits gegen erste Rebellionen wehren muß, wird Blair auf dem Labour-Parteitag allenfalls Mini-Aufstände niederzuschlagen haben. Selbst die konservative Presse hat es einstweilen aufgegeben, ihn zu kritisieren; schon beklagt der *Economist*, daß solche landesweite Harmonie „wenig wünschenswert“ sei.

Sie wird nicht ewig anhalten. So sehr Blair an demokratischer Dezentralisierung gelegen ist, so sehr schätzt er Geschlossenheit in den eigenen Reihen – und ist bereit, diese auch mit harter Hand durchzusetzen. Labour-Abgeordnete, die sich etwa gegen größere Autonomie für Schottland oder Wales aussprachen, wurden gleich mit Parteiausschluß bedroht.

Ohne die Spur eines schlechten Gewissens preist der Blair-Intimus Peter Mandelson die eiserne Faust seines Chefs: „Unsere Regierung nimmt keinen Schaden, weil die Speichen aller Ministerien in einem starken Zentrum zusammenstreben.“

Der Modernisierungsschub, den Blair im eher betulichen Regierungsviertel von Whitehall ausgelöst habe, glaubt Blairs getreuester Parteisolddat, sei allenfalls mit den Anstrengungen zu vergleichen, die während der vergangenen hundert Jahre „in Kriegszeiten“ notwendig waren. ♦



SPIEGEL-GESPRÄCH

# „Die Demokratie wird kommen“

Die burmesische Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi über ihren Hausarrest und den Kampf gegen die Diktatur der Generäle



D. SCHWARTZ / LOOKAT

## Aung San Suu Kyi

wurde nach der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung 1988 zur Symbolfigur des Widerstands gegen die Militärjunta in Burma. Ihre Nationale Liga für Demokratie gewann 1990 mit klarem Vorsprung die Wahlen, doch die Generäle verhinderten den Machtwechsel. Die Friedensnobelpreisträgerin, 52, wohnt in der Hauptstadt Rangun – jahrelang unter Hausarrest, getrennt von ihrer im Ausland lebenden Familie.

**SPIEGEL:** Frau Suu Kyi, in Europa ist Burma vor allem mit Ihrem Namen verbunden. Dennoch ist nur wenig über Ihren Alltag bekannt. Wie sieht er aus?

**Suu Kyi:** Ich bin sehr beschäftigt. Ich bereite gerade unseren Parteikongress vor, obwohl ich nicht weiß, ob die Behörden zulassen werden, daß er stattfindet. Die beiden letzten Versammlungen wurden verboten, die Delegierten kamen ins Gefängnis.

**SPIEGEL:** Und wenn gerade kein Parteitag ansteht?

**Suu Kyi:** Dann kümmere ich mich um die tägliche Parteiarbeit. Außerdem haben wir eine Menge Aufgaben, die normale Parteien nicht haben. Beispielsweise sorgen wir für unsere Mitglieder im Gefängnis und deren Familien. Außerdem geben wir Rechtshilfe für unsere Leute, die ungerecht behandelt werden, und das betrifft eigentlich alle. Dazu kommt noch eine Menge Sozialarbeit. Obendrein müssen wir den Kontakt zur internationalen Gemeinschaft aufrechterhalten.

**SPIEGEL:** Dürfen Sie sich frei bewegen?

**Suu Kyi:** Ja. Ich kann unser Parteibüro in der Hauptstadt Rangun betreten. Aber völlig rechtswidrig hat die herrschende Slorc-Junta (*Slorc: Staatsrat zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung, oberstes Organ der Militärjunta* –Red.) Einschränkungen darüber verhängt, wer mich in meinem Haus besuchen darf. Die Straße ist abgesperrt. Gäste werden an der Schranke aufgehalten und zurückgewiesen. Die Machthaber mögen ausländische Journalisten nicht und auch nicht einige unserer gewählten Volksvertreter. Zeitweilig haben die Militärs sogar Diplomaten den Zugang verwehrt, aber das lassen sie nun bleiben.

**SPIEGEL:** Dürfen Ihre Parteifreunde zu Ihnen kommen?

**Suu Kyi:** Einige schon, andere nicht. Das ist stets so eine Balgerei. Es kostet mich jeden Tag eine Menge Zeit, Leute von außerhalb Ranguns zu treffen.

**SPIEGEL:** Können Sie Parteibüros außerhalb der Hauptstadt besuchen?

**Suu Kyi:** Als ich das letzte Mal nach Mandalay reisen wollte, haben die Behörden den Bus, in dem ich

saß, für verkehrsuntüchtig erklärt und abgeschleppt.

**SPIEGEL:** Verlassen Sie Ihr Anwesen für andere Zwecke? Gehen Sie einkaufen oder ins Kino?

**Suu Kyi:** Einkaufen macht mir nicht soviel Spaß, und ich bin auch kein großer Kinofan. Ich habe seit Jahren keinen Film mehr gesehen. Als ich neulich in ein Geschäft ging, bildete sich sofort eine größere Menschenmenge, das macht es noch etwas schwieriger. Ich habe für so etwas auch gar nicht viel Zeit. Ich gehe eigentlich nur weg, um zu arbeiten.

**SPIEGEL:** Informieren Sie die Behörden, wenn Sie außer Haus gehen?

**Suu Kyi:** Normalerweise schon. Dann eskortiert mich der militärische Geheimdienst – ein Wagen vor mir, ein Wagen hinter mir. Sie sagen, dies geschehe zu meiner eigenen Sicherheit. Manchmal ist die Überwachung sogar hilfreich, etwa wenn ich mich verfahren habe. Sie folgen mir wenigstens nicht in das Haus der Person, die ich besuchen will.

**SPIEGEL:** Also vermissen Sie nicht viel, obwohl Sie mehr oder weniger eingesperrt sind?

**Suu Kyi:** Nicht wirklich, ich bin ein anpassungsfähiger Mensch.

**SPIEGEL:** Trotz der widrigen Arbeitsbedingungen?

**Suu Kyi:** Nun ja, das Telefon ist höchst unzuverlässig. Natürlich ist es angezapft. Zudem wird es häufig abgestellt. Und wir dürfen uns keine Faxmaschine anschaffen, natürlich auch keinen Kopierer.

**SPIEGEL:** Woher beziehen Sie Ihre Informationen über die Außenwelt? Hören Sie



Studentendemonstrationen in Rangun: „Es geht bergab“

A. HERNANDEZ / GAMMA / STUDIO X



Radio, können Sie internationale TV-Programme empfangen?

**Suu Kyi:** Ich habe ein Fernsehgerät, benutze es aber selten, da ich keine Satellitenschüssel besitze. Also kann ich nur die burmesischen Programme empfangen, die sind nicht sehr hilfreich. Es ist völlig unmöglich, eine Genehmigung für eine Antennenanlage zu beantragen. Viele Leute kaufen sich einfach eine, dann beantragen sie hinterher die Lizenz dafür. Ich bin sicher, wenn das einer von uns täte, wären wir in großen Schwierigkeiten. Aber ich bin ohnehin kein begeisterter Fernsehzuschauer. Natürlich hören wir Radio. Und wir lesen ausländische Zeitungen, wenn Besucher uns welche mitbringen.

**SPIEGEL:** Wie halten Sie Kontakt zu Ihrer Familie im Ausland?

**Suu Kyi:** Sie ruft mich jeden Sonntag abend an. Aber manchmal funktioniert das Telefon für zwei, drei Wochen nicht.

**SPIEGEL:** Kommunismus und Diktaturen verschwinden auf der ganzen Welt. Nur nicht in Burma?

**Suu Kyi:** Es wird dazu kommen, es wird nur dauern. Auch in anderen Ländern sind die Unterdrücker nicht über Nacht verschwunden.

**SPIEGEL:** Die Junta will die Wirtschaft liberalisieren. Halten Sie es für möglich, daß die Sehnsucht Ihrer Landsleute nach Wohlstand größer ist als die nach Demokratie?

**Suu Kyi:** Nein, weil die Menschen in Burma nicht reich werden. Nur eine sehr kleine Elite hat es zu Wohlstand gebracht. Wir waren einmal stolz darauf, daß die Kluft zwischen Arm und Reich bei uns nicht sonderlich groß war. Das ist nun nicht mehr der Fall. All die reichen Leute haben ihre Verbindungen zu den Behörden. Aber die

**„Wir haben keine Wirtschaft der offenen Tür, nur eine kleine Elite profitiert“**

große Mehrheit meines Volkes wird ärmer und ärmer. Der beste Beweis dafür ist die steigende Zahl von Schulabbrechern. Vor allem in den ländlichen Gebieten können die Eltern die Schulgebühren nicht mehr bezahlen, oder sie brauchen die Kinder bei der Feldarbeit.

**SPIEGEL:** Läßt Kapitalismus ohne Demokratie die Kluft zwangsläufig immer größer werden?

**Suu Kyi:** Einer der Hauptgründe für den tiefen Graben zwischen Arm und Reich ist nicht die freie Marktwirtschaft, sondern die ineffiziente Wirtschaftsplanung; dazu

kommt die Korruption. Staatsdiener, etwa Polizisten, beginnen hier mit einem Anfangsgehalt von 600 Kyat ...

**SPIEGEL:** ... auf dem Schwarzmarkt zwei Dollar.

**Suu Kyi:** In Ihrem Hotel kostet eine Tasse Tee sechs Dollar. Minister verdienen so um die 3500 Kyat im Monat. Aber wenn sie deren Lebensstil sähen, wären Sie verblüfft. Die Korruption wuchert wild, schlimmer noch als in Rußland.

**SPIEGEL:** Die Junta will dem indonesischen Modell nacheifern – also Marktwirtschaft mit einer starken Armee.



**Suu Kyi, SPIEGEL-Redakteure\*:** „Ich bin anpassungsfähig“

**Suu Kyi:** Das behaupten die Militärs. Aber sie sollten auch wissen, daß wir unterschiedliche Länder mit unterschiedlichen Kulturen sind. Ich kann nicht sagen, daß das indonesische Modell die Lage in Burma verbessern würde. Wenn man ein fremdes System übernimmt und es nicht wirksam umsetzt, kann es zu schlimmen Folgen kommen. Wenn der Militärrat sich schon ausländische Vorbilder nimmt, warum sollten wir dann nicht gleich das deutsche oder das amerikanische Modell übernehmen?

**SPIEGEL:** Welches würden Sie bevorzugen?

**Suu Kyi:** Wir sollten unseren eigenen Weg entwickeln. Wenn die Junta über den burmesischen Weg zur Demokratie spricht, beunruhigt mich das sehr, denn wir litten schon unter dem burmesischen Weg zum Sozialismus, der aus einer der am schnellsten wachsenden Nationen Südostasiens eines der ärmsten Länder der Welt gemacht hat. Jede Demokratie muß gewisse Grundrechte unumstößlich garantieren. Erst wenn wir diese Rechte haben, können wir uns weiterentwickeln.

**SPIEGEL:** Viele asiatische Staatsführer behaupten, westliche Demokratie bringe Chaos und Anarchie in ihre Region. Schließen asiatische Werte und Demokratie einander aus?

**Suu Kyi:** Nein. Die Demokratie wurzelt in menschlichen Werten. Jeder von uns möch-

\* Andreas Lorenz, Joachim Preuß vergangenen Dienstag in Rangun.



te als wertvolles und würdevolles Individuum anerkannt werden. Die Grundlage der Demokratie sind die Menschenrechte, und die basieren auf der menschlichen Natur. Das ist ein universelles Konzept. Es gehört weder dem Westen noch dem Osten, weder dem Norden noch dem Süden. Indien ist möglicherweise eine der chaotischsten Nationen der Welt, aber seine Demokratie hat sich bewährt. Nicht trotz, sondern wegen der Demokratie haben Indiens Politiker es geschafft, eine Nation mit so vielen Völkern und Religionen zusammenzuhalten.

**SPIEGEL:** Was empfinden Sie, wenn etwa der malaysische Premier Mahathir über asiatische Werte spricht? Verstehen Sie das, oder kommt es Ihnen fremd vor?

**Suu Kyi:** Ich verstehe vollkommen, weshalb manche Führer auf asiatischen Werten bestehen. Das Argument lautet häufig, daß Demokratie für Asien fremd sei, weil sie im Westen entstanden ist. Aber lassen sich Burmesen, Malaysier oder Thailänder davon abhalten, Fernsehgeräte zu kaufen, nur weil sie nicht in Asien erfunden wurden? Versagen sie sich den Luxus von Autos oder Klimaanlage, nur weil die nicht im Osten ersonnen wurden?

**SPIEGEL:** Sogar manche Konservative im Westen sympathisieren mit autoritären Systemen in Asien, etwa mit Singapur, wo ein junger Amerikaner ausgepeitscht wurde, nur weil er mutwillig Autos beschädigt hatte.

**Suu Kyi:** Erziehung mit dem Schlagstock ist doch kein asiatischer Wert. In England wurde auch erst 1986 die Prügelstrafe abgeschafft. Wer sagt, daß strenge Gesetze asiatische Werte sind?

**SPIEGEL:** Auch die Wirtschaft betrachtet die sogenannten asiatischen Werte mit einigem Verständnis, weil das Investitionsklima in autoritären Staaten angeblich besser ist.

**Suu Kyi:** Das gilt ja wohl nicht mehr seit den letzten Monaten mit den Währungsturbulenzen. Dies ist das Gesetz des Wandels, an das wir Buddhisten glauben: Dinge verändern sich, ständig.

**SPIEGEL:** Jeder redet über Geschäfte und nicht über Menschenrechte.

**Suu Kyi:** In Burma hat eine kleine Elite profitiert. Wir haben ja keine Wirtschaft der offenen Tür. Nur einige wenige haben Zugang. Die reden über Business. Aber wenn Sie mit Geschäftsleuten sprechen, die Mut zur Ehrlichkeit haben, werden Sie erfahren, daß sie äußerst besorgt über die Situation im Lande sind.

**SPIEGEL:** Wie würden Sie die derzeitige Situation beschreiben?

**Suu Kyi:** Schlecht, es geht bergab. Die Wirtschaft ist auf Talfahrt, die Inflation galoppiert, der Handel ist träge. Unsere Exporte sind zurückgegangen. Die Devisenreserven sind extrem gering. Sehen Sie die leeren Hotels? Sie verlieren alle Geld. Das Wirtschaftsprogramm meiner Partei enthält einige Ideen, um das Problem zu lösen.

**SPIEGEL:** Fordern Sie weiterhin Geschäftsleute auf, nicht in Burma zu investieren?

**Suu Kyi:** Wir würden unsere Ansicht ändern, wenn wir sicher sein könnten, daß das investierte Geld auch zu den Menschen gelangt, die es wirklich brauchen. Daß es unserer Nation zugute kommt, nicht nur ein paar Leuten. Wenn das Geld nur eine Handvoll Menschen noch reicher macht, als sie ohnehin schon sind, fühlen die sich ermutigt, jeden Wandel zu verhindern. Der würde ihre Situation verschlechtern.

**SPIEGEL:** Aber auch einfache Leute können Nutzen haben, etwa vom Tourismus.

**Suu Kyi:** Die Wirtschaft gesundet nicht schon dadurch, daß ein paar am Überfluß

der Reichen partizipieren. Die allgemeine Lage bleibt verheerend. Wir betonen immer den Wert von Gesundheit und Erziehung. Tourismus ist Nebensache. Wir brauchen gesunde und ausgebildete Menschen, um eine entwickelte Nation aufzubauen.

**SPIEGEL:** Zuerst brauchen Sie Geld.

**Suu Kyi:** Es geht uns im Gesundheits- und Erziehungswesen erheblich schlechter als noch vor acht Jahren. Es herrscht schlechte Planung. All dem liegt der Mangel an Berechenbarkeit und Transparenz des Regimes zugrunde.

**SPIEGEL:** Die Generäle argumentieren, sie könnten Gesundheit und Ausbildung nicht verbessern, weil kein Geld da ist. Und an

Geld fehle es, weil eine gewisse Mrs. Suu Kyi den Westen zum Investitionsstopp auffordere.

**Suu Kyi:** Was haben sie denn mit dem Geld gemacht, das ins Land geflossen ist? Uns geht es schlechter als zu Zeiten des burmesischen Sozialismus, obwohl es damals gar keine Geschäfte mit dem Ausland gab. So ein Niedergang ist nur möglich, weil wir eine Diktatur haben.

**SPIEGEL:** Die Asean-Staatengruppe hat Burma als Vollmitglied aufgenommen. Ihr Appell, die Junta zu isolieren, scheint nicht gehört zu werden.

**Suu Kyi:** Wir haben nie verlangt, Burma nicht aufzunehmen. Wir sagten lediglich,

daß Burma und der regierende Staatsrat keine Zierde für Asean seien. Außerdem werde dieser Schritt das Regime wahrscheinlich ermutigen, härter gegen die Opposition vorzugehen, weil der Rat sich in seinem Selbstvertrauen bestätigt sieht. Wenn die inneren Angelegenheiten eines Landes die Asean-Staaten nicht interessieren, warum haben sie dann nicht Kambojscha aufgenommen? Das sind die Fragen, welche die Menschen sich hier stellen.

**SPIEGEL:** Warum also hat die Asean Burma aufgenommen?

**Suu Kyi:** Es gibt eine Reihe von Geschäftsleuten aus Asean-Staaten, die sich von Bur-

ma einen schönen Profit erhoffen. Wir argumentieren seit 1995, daß diese Hoffnung trägt, solange Burma sich nicht verändert. Unsere Priorität hat nicht der Gewinn ausländischer Investoren zu sein, sondern das Wohlbefinden unseres Volkes.

**SPIEGEL:** Der herrschende Staatsrat arbeitet an einer neuen Verfassung ...

**Suu Kyi:** ... sie haben letztes Jahr ein neues Gesetz beschlossen. Danach kann jeder, der etwas gegen die verfassunggebende Versammlung tut oder sagt, ins Gefängnis kommen. Wenn also jemand einen eigenen Verfassungsentwurf veröffentlicht, werden sie wahrscheinlich sagen, der habe eine saftige Haftstrafe verdient.

**SPIEGEL:** Seit ein paar Tagen wollen die Generäle wieder mit Ihrer Partei sprechen. Erste Zeichen einer Entspannung?

**Suu Kyi:** Es ist noch zu früh, um zu beurteilen, ob das in guter Absicht geschieht. Vielleicht legen sie es nur darauf an, uns zu spalten. General Khin Nyunt wünschte, daß ich von diesen Gesprächen ausgeschlossen bleibe. Monatelang erschienen in den offiziellen Zeitungen täglich ein

---

### „Wir wollen härtere und besser koordinierte Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft“

---

oder zwei Artikel mit unsinnigen Anschuldigungen gegen mich.

**SPIEGEL:** Wenn Kanzler Kohl Sie anriefe, was würden Sie ihm sagen?

**Suu Kyi:** Daß es eine konzertierte internationale Aktion geben müßte, um die Uno-Resolution durchzusetzen, die die Demokratisierung für Burma sowie einen Dialog zwischen dem herrschenden Staatsrat, meiner Partei und den ethnischen Gruppen fordert. Wir wollen härtere und besser koordinierte Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft.

**SPIEGEL:** Ein US-Embargo gibt es bereits. Würden Sie Europa besuchen, falls die EU Sie einlädt?

**Suu Kyi:** Nein, denn die Generäle würden mich nicht wieder einreisen lassen. Also muß ich warten, bis wir Demokratie haben.

**SPIEGEL:** Wie lange wird das noch dauern?

**Suu Kyi:** Hoffentlich nicht mehr lange. Aber ich bin keine Wahrsagerin. In der Politik können 24 Stunden einen großen Unterschied und 24 Jahre gar keinen bringen.

**SPIEGEL:** Dürfen Ihre Söhne Sie besuchen?

**Suu Kyi:** Mein Jüngster ist gerade bei mir, er feierte seinen 20. Geburtstag. Erstmals seit zwei Jahren durfte er mich wieder besuchen. Er wird demnächst in England studieren. Mein anderer Sohn studiert in den USA.

**SPIEGEL:** Sehen Sie für Ihre Kinder in Burma eine Zukunft?

**Suu Kyi:** Das müssen sie selbst wissen. Ich entscheide nicht für sie.

**SPIEGEL:** Frau Suu Kyi, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

POLEN

# Ab ins Konklave

Solidarność feiert die Rückkehr an die Macht – unter einem Erzkatholiken. Schon will auch Altpräsident Lech Walesa wieder mitmischen.

In der Küche vergißt Marian Krzaklewski gern alle vaterländischen Werte. Wenn sich der begeisterte Hobbykoch ans Werk macht, kommt nicht deftige polnische Schlackwurst auf den Teller, sondern zarter italienischer Prosciutto mit Melone, gefolgt von Pasta, über die der Vorsitzende der „Wahlaktion Solidarność“ (AWS) so sachkundig zu plaudern versteht, als gehöre er zur globalen Toskana-Fraktion: „Am wichtigsten ist die Qualität der Makkaroni. Achtet darauf, daß sie beim Durchmischen schön heiß sind.“

Politisch ist der Horizont des gelernten Computeringenieurs begrenzt: Da geht ihm nichts über Patriotismus und Tradition. Krzaklewski, 47, schwört auf Kirche und Familie; er verspricht, den Kampf gegen die Abtreibung wieder aufzunehmen, und würde am liebsten Jesus Christus zum König von Polen krönen. „Immer Polen, Freiheit, Familie“ lautete der Wahlkampflogan der AWS.

Das zog. Mit seinem simplen Programm errang das gewerkschaftlich und katholisch orientierte Bündnis, das insgesamt 39 Parteien und Gruppierungen vereint, einen unerwartet klaren Sieg. Die AWS gewann 33,8 Prozent der Stimmen, 201 von insgesamt 460 Mandaten. Solidarność, die 1989 die Demokratie in Polen erstritt und 1993 die Macht an die Sozialisten verlor, ist wieder da: selbstbewußt und populistisch wie eh und je – aber viel rechter.

Das Bündnis der Demokratischen Linken (SLD), angeführt von den Postkommunisten, die sich nun Sozialdemokraten nennen, konnte nach vier Jahren an der Regierung zwar noch einmal zulegen – von knapp 21 Prozent auf etwas über 27 Prozent. Aber der Weg in die Opposition bleibt ihm nicht erspart.

Dabei hat die linke Regierung Polen deutlich vorangebracht: Die Wirtschaft wächst kräftig, die Löhne steigen, Inflation und Arbeitslosenrate sinken kontinuierlich, gestreikt wird nur noch wenig, das Land gilt unter den osteuropäischen Reformstaaten als Musterschüler und Spitzenkandidat für den Beitritt zu Nato und EU.

Schon zum zweitenmal in den drei Wahlen seit dem Abschütteln des Kom-

munismus 1989 wechseln die Polen das Regierungslager – kein Zeichen der Instabilität, sondern ein Beleg dafür, daß die Demokratie feste Wurzeln geschlagen hat. Zugleich lichtet sich der Parteienwirrwarr:

Während 1991 über zwei Dutzend Gruppierungen im Warschauer Sejm saßen, haben jetzt nur noch fünf die Fünfprozenthürde geschafft. Dazu kommt die deutsche Minderheit, die mit zwei Abgeordneten vertreten ist.

Die Polen, so scheint es, beginnen sich um zwei große Volksparteien zu scharen; das verspricht klare Verhältnisse. Die Linke hat im SLD ihre Heimat gefunden, die jetzt eine starke Opposition bilden kann; die Rechte wird von der AWS repräsentiert, die freilich noch vom Wahlbündnis zu einer echten christlich-demokratischen Partei geformt werden muß. Zwischen diesen beiden Lagern festigte die liberale Freiheitsunion (UW) ihre Position als Zentrumsparterie (13,4 Prozent). Ohne sie läßt sich schwerlich eine tragfähige Regierungskoalition bilden.

Die Freiheitsunion wird von dem Wirtschaftsexperten Leszek Balcerowicz ge-

künftigen Koalitionsregierung. Doch der katholische Fundamentalist strebt nach Höherem: Er möchte in drei Jahren bei den Präsidentschaftswahlen gegen Aleksander Kwaśniewski antreten, mit dem ihn eine innige Feindschaft verbindet.

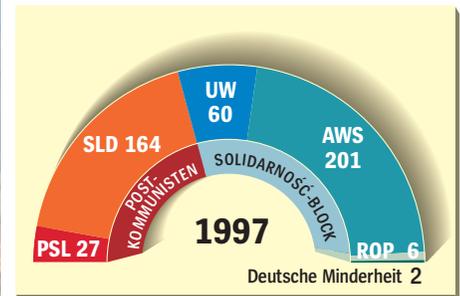
Die unvermeidliche Kohabitation zwischen linkem Präsidenten und rechtem Premier wird beide Seiten zu Kompromissen nötigen – auch in der Außenpolitik. Die betrachtete bislang Kwaśniewski als seine Domäne; eifrig betrieb er den Beitritt zu EU und Nato, was seine Popularität mehrte. Krzaklewski, der sich als „Eurorealist“ bezeichnet, gibt sich weniger enthusiastisch: „Auf den Knien“ werde er nicht in die EU rutschen, verkündet er selbstsicher.

Krzaklewskis Ehrgeiz fordert nicht nur den amtierenden Präsidenten heraus. Auch dessen Vorgänger Lech Walesa, der immer noch wie ein Irrlicht durch Polen geistert, mißfallen die hochfliegenden Pläne des neuen starken Mannes. Er kann es schwer ertragen, daß es in der Solidarność, die er einst mitbegründete und jahrelang führte, nunmehr einen Mächtigeren geben soll.



Sieger Krzaklewski, Walesa: „Freiheit, Familie“

## Sitzverteilung im polnischen Parlament



DER SPIEGEL

führt, Finanzminister in der ersten „Solidarność“-Regierung und Vater der liberalen ökonomischen Schocktherapie. Gegen den Professor haben sich seit dieser Zeit in manchen Kreisen der alten Solidarność-Gewerkschaft Mißtrauen und Ressentiments gehalten. Denn die zügige Privatisierung der großen Betriebe, die Balcerowicz verlangt, erfordert schmerzhaftes Schnitte, mit denen sich die Arbeitervertreter nicht so leicht abfinden können. Gerade deshalb gilt der Chef der Freiheitsunion auch im Ausland als Garant für die Fortsetzung des polnischen Wirtschaftswunders.

Als eindeutiger Wahlsieger wäre Krzaklewski der logische Kandidat für den Posten des Ministerpräsidenten in einer

Außerdem hat er schon erklärt, daß er gern selbst noch einmal gegen Kwaśniewski antreten würde.

Einstweilen beschränkt sich der grau gewordene Held der Danziger Werft darauf, seinen Nachfolger als Chef der „Solidarność“ zu beraten. Noch bevor die Koalitionsverhandlungen begannen, bot sich der ehemalige Arbeiterführer ungebeten als Vermittler an.

Zehn Tage gebe er der AWS und der Freiheitsunion, um sich zusammenzurufen, erklärte Walesa väterlich. „Wenn das nicht funktioniert, berufe ich ein gemeinsames Konklave ein. Ohne Essen und Trinken müssen die dann zusammensitzen und dürfen nicht hinaus, bevor sie sich einig sind.“



Werbeseite

Werbeseite





Gräber von Zwangsarbeitern in Workuta: Die Tundra holt sich die vom Menschen mißbrauchte Erde zurück

RUSSLAND

## In der erloschenen Hölle

Eine Großstadt am Polarkreis, im äußersten Nordosten Europas, ist auf den Gebeinen von Häftlingen gegründet: Workuta. Dorthin ließ Stalin zwei Millionen Sklaven deportieren und nach Kohle graben. Jetzt stirbt die Stadt. *Von Fritjof Meyer*

*Diese unermesslichen Weiten warten  
auf unsere Hände, unser Opfer, unseren  
Eifer, unsere Liebe.*

ALEXANDER SOLSCHENIZYN 1973

Selten dringt die Sonne durch Nebel und Wolken. In der Dämmerung wirft sie die Wunderfarben des Nordens, von Türkis bis Orange, rundum an den Horizont.

Dauernde Nacht und bis zu 60 Grad Kälte herrschen im Winter, Atem gefriert, die Wollmaske vor dem Gesicht kann dabei festkleben und beim Abstreifen die Haut zerreißen.

Jetzt aber war für einige Wochen Sommer, seit Juli hatte es nicht mehr geschneit, die Tundra blühte. Ein paar Grad plus noch – die Einwohner tragen schon wieder

Wintermäntel, junge Damen bevorzugen knöchellange aus Leder über ultrakurzem Minirock, dazu Blockabsätze.

Keine Straße führt durch die Sümpfe der Tundra nach Workuta, einer Stadt, gebaut für mehr als 100 000 Einwohner, 2000 Kilometer nordöstlich von Moskau, wo der Ural ans Eismeer reicht. Workuta gehört zur Komi-Republik, einem Bundesland der Russischen Föderation für die finnisch-ugrische Minderheit der Komi, die fast ein Viertel der Einwohner stellen.

Aber es gibt einen Flugplatz für die eigene Luftfahrtsgesellschaft Komi-Air, die während des Vier-Stunden-Flugs ab Moskau eine dürrtige staats- und privatkapitalistische Melange serviert: eine Plastiktasse Mineralwasser und eine Tafel Hershey's-Schokolade.

Ein Bahnhof ist da, frisch hellgrün gestrichen – 36 Stunden dauert die Zugfahrt bis Moskau –, ein siebenstöckiges, leeres Hotel und eine Kirche warten auf Besucher. Busse werden laufend aus dem Verkehr gezogen, um sie auszu-schlachten. In der Republikhauptstadt Syktywkar, 900 Kilometer weiter südwestlich, 230 000 Einwohner, rollen ausgemusterte Busse aus Berlin, die noch die Werbung für „Gelbe Seiten“ des deutschen Telefonbuchs tragen.

Auf dem Markt bieten Händler ihre aus Moskau herangeschafften Waren an. Der Preis von 12 000 Rubel (3,75 Mark) für ein Kilogramm Tomaten liegt unter den Produktionskosten des einzigen Gewächshaus-Sowchos im russischen Hohen Norden: Das Staatsgut züchtet das Kilo für 19 000 Rubel.



F. KASIN

Im Freien wachsen nur Radieschen, und dieses Jahr reiften nicht mal die.

Die Geschäfte zeigen sich – wie überall in Rußland – mit Importgütern aus dem Westen gut bestückt, ganze Paletten mit Fruchtejoghurt aus der Bundesrepublik sind dabei, das Verfalldatum ist überstempelt. Rentierfleisch im Privatladen wird auf Wunsch sofort vakuumverpackt, an der Straßenecke handeln Dealer mit Rauschgift. In den Büros stehen Computer. Wohlhabende lassen aus Moskau Rassehunde einfliegen, Arme betteln und durchstöbern den allgegenwärtigen Müll.

Oberstleutnant Iwan Gladkich, Stellvertreter des Polizeipräsidenten, eines Rußlanddeutschen, klagt über neuartige Verbrechen als Folge der Marktwirtschaft – Autodiebstähle (40 Fälle schon in diesem Jahr), Prostitution – hier ein Straftatbestand –, Jugendkriminalität und Mafia: Die Zivilisation des Westens dringt ans Eismeer vor. Eine fetzende Disko lärmt jede Nacht, ein Leutnant gab jüngst verückt an einem Abend einen Monatssold aus. Die Profis der Eishockeymannschaft am Ort verdienen mit ihrem Sport sogar Dollar in Kanada.

\* Ralf Stettner: „Archipel Gulag“, Stalins Zwangsarbeitslager – Terrorinstrument und Wirtschaftsgigant. Verlag Ferdinand Schöningh, 1996; 448 Seiten; 68 Mark.



Doch Lenin harrt auf seinem Denkmal aus, derweil auf dem Sockel, der einst Stalin trug, nun das Leningrader Stalin-Opfer Sergej Kirow posiert – mit dessen Tod begann der große Terror in den dreißiger Jahren.

Workuta war eine der übelsten Metastasen des Archipels Gulag. Die Stadt wurde seit den dreißiger Jahren von Gefangenen erbaut und ist, wie die Professorin Anna Fjodorowa ganz sachlich feststellt, „auf Knochen gegründet“. Eine Straße führt über den Gefangenenfriedhof „Berlin II“, der Asphalt deckt die Massengräber einen Meter tiefer zu.

Für Russen klingt der Name Workuta beinahe wie Auschwitz in Deutschland, obwohl niemand zu seiner Vernichtung hierher geschafft wurde, sondern zur maximalen Ausbeutung seiner letzten Kräfte. Aber „solange der Nachwuchs an Häftlingen konstant blieb“, schreibt Gulag-Experte Ralf Stettner, „wurde keine Rücksicht auf die Sterberate genommen“\*.

Workuta liegt auf Kohle, die Flöze reichen kilometertief. Als 1941 das ukrainische Kohlerevier Donbass in deutsche

Hand fiel, mußten polnische Kriegsgefangene die 1100 Kilometer lange Petschora-Bahn nach Workuta fertigt bauen, sehr viele starben. Ungefähr zwei Millionen Häftlinge wurden seit den dreißiger Jahren in die Kältekammer transportiert, anfangs kam jeder dritte ums Leben. Insgesamt forderte Workuta, so schätzt der Architekt Witalij Troschin von der lokalen „Memorial“-Gesellschaft, 200 000 Tote, 15 000 davon starben durch eine Kugel.

Reformer Nikita Chruschtschow, der nach Stalins Tod im Jahr 1953 Erster Sekretär der KPdSU geworden war, löste 1956 die Sklavengesellschaft auf; der letzte politische Häftling kam 1968 zurück. Manche Freigelassene mußten zwangsweise am Ort bleiben, doch üppige Lohnzuschläge zogen fortan freie Arbeiter in die Eiswelt.

Den Bergakademie-Absolventen Wladimir Schtrenzel lockte vor 20 Jahren auch ein romantisches Lied: „Ich suche den Nebel, ich suche den Schnee ...“ Der Abkömmling von Rußlanddeutschen wurde Steiger und ist heute Generaldirektor des Schachts Worgaschor, der erst nach der Gulag-Zeit niedergebracht wurde und nun einer Aktiengesellschaft gehört.

Seine 2500 Kumpel haben 1991 gestreikt, um Boris Jelzin zum Präsidenten zu machen, und sich hernach den achtfachen Durchschnittslohn eines russischen Arbeiters sowie 90 Tage Urlaub erkämpfte.

Doch die Worgaschor-Kohle, jeden Tag werden an die 18 000 Tonnen gefördert, ist zu teuer; sie kann mit dem sibirischen Kusbass-Revier nicht mehr konkurrieren. Eben erst konnte Schtrenzel die Dezemberlöhne des vorigen Jahres auszahlen.

Acht Schächte arbeiten noch in Workuta, zu Gulag-Zeiten waren es 34 mit jeweils ein bis zwei Lagern. Der Vortrieb einer nagelneuen Grube wurde – jetzt zählt



VIG ES MITTLER UND SOHN

Workuta-Lager in der Stalin-Zeit: Anfangs kam jeder dritte Häftling ums Leben

Werbeseite

Werbeseite



Rentabilität – abgebrochen und der Schacht unter Wasser gesetzt.

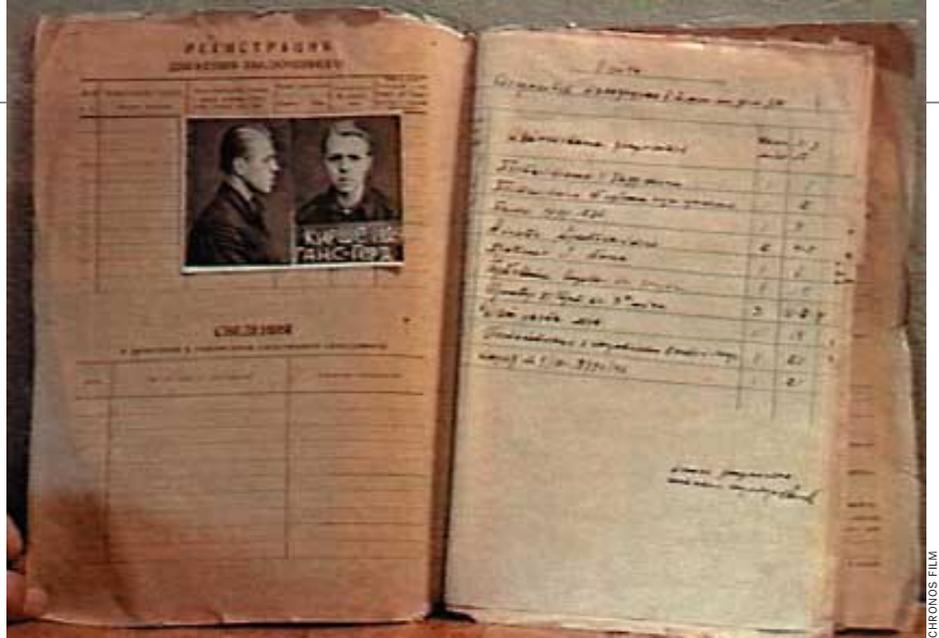
Einst war Workuta das schiere Sinnbild der erzwungenen Arbeitsleistung. Nur bei Sollerfüllung, die selten erreicht wurde, gab es nach zwölf Arbeitsstunden hinreichend Nahrung: Brot, wäßrige Suppe und einen Löffel Brei. Es galt eben, daß nicht essen soll, wer nicht arbeitet – so stand es in der Sowjetverfassung wie in der Bibel.

An jener Stätte, wo die Arbeit zum einzigen Lebensprinzip erhoben wurde, herrscht jetzt Arbeitslosigkeit. Fast jeder zweite ist ohne Job. Ein Jahr lang gibt es mindestens 133 000 Rubel Unterstützung im Monat, etwa 40 Mark, danach nichts.

Der Leiterin des Arbeitsamts, Olga Dunajewa, gelingt es meist, wenigstens diejenigen, die nicht wegen Bummelei oder Trunksucht entlassen wurden, für sechseinhalb Monate mit gemeinnützigen Tätigkeiten zu beschäftigen, danach gibt es wieder Stütze.

Die anderen fallen der Barmherzigkeit ihrer Mitmenschen anheim. Die Bewohner der eisigen Einöde, oftmals ehemalige Häftlinge oder deren Nachkommen, sind es gewohnt, einander zu helfen. Die Beziehungen zwischen den Menschen seien hier anders, offener und solidarischer, meint Sowchos-Direktorin Tatjana Fadejewa.

Workutas Bewohner haben eine Hölle hinter sich, deren Feuer erloschen ist. Hier läßt sich die Vergangenheit nicht bewälti-



**Lagerakte des Häftlings Kirche:** *Untergehakt vor die Maschinengewehre getreten*

gen, sie ist in fast jeder Familiengeschichte gegenwärtig. Die Holzbretter der Baracken sind zwar längst verheizt oder zu privaten Garagen verbaut, Wachtürme und Stacheldraht verschwunden. Nur hier und da tauchen jämmerliche Hinterlassenschaften der Häftlinge auf – ein Blechnapf, Reste einer Pritsche. Die Tundra hat sich die vom Menschen mißbrauchte Erde zurückgeholt.

Doch da ragt noch der Förderturm des Schachts 29, dessen Zwangsarbeiter sich beim großen Streik der Gefangenen von

Workuta bald nach Stalins Tod mit der Losung „Keine Freiheit – keine Kohle“ am 1. August 1953 unterhaken und so den Maschinengewehren entgegenstellten. 64 der ausgemergelten Gestalten wurden erschossen, darunter der deutsche Häftling Hans Georg Kirche, 24, der in der ersten Reihe stand.

Kirche kam aus der Urangrube Aue im Erzgebirge. Er hatte dem Berliner Rias die dortigen Zustände berichtet, zwei seiner Kumpel wurden für dieselbe Untat hinge-

richtet. Er selbst war mit 25 Jahren Haft davongekommen.

Insgesamt wurden in den elf Gruben, deren Arbeiter damals die Arbeit verweigerten, 481 Häftlinge getötet. Zu jener Zeit steckten in drei Dutzend Lagern über hunderttausend Häftlinge vielerlei Nationalitäten, darunter massenhaft repatriierte „Ost-Arbeiter“ und an die 20 000 Deutsche, die auf 15 oder 25 Jahre verdammt waren: deportierte Wolgadeutsche, verurteilte Kriegsgefangene, aus den Nachkriegslagern Buchenwald und Sachsenhausen überstellte Häftlinge, Oppositionelle aus der sowjetischen Besatzungszone.

Unter ihnen befanden sich der Berliner Stadtverordnete Richard Werner (KPD), der schon bei den Nazis einsaß, die Mutter des Kommunisten Wolfgang Leonhard („Die Revolution entläßt ihre Kinder“), der Vater des Stasi-Nachlaßverwalters Joachim Gauck. Die meisten lebten in „Speziallagern“ verborgen, deren vergitterte Baracken nur zur Arbeit verlassen werden durften, auch Briefe waren verboten.

Nahe der Grube 29 stecken noch einige Blechkreuze mit verschlüsselten Nummern in der Erde. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge hat auf diesem Friedhof ein Denkmal aufgestellt.

Der Tod kam in Workuta schnell: Hunger, Erschöpfung, Krankheit (fast alle Gefangenen hatten Skorbut, viele Ruhr, Er-

frierungen, Tuberkulose, Typhus), Prügel, ein selbstmörderischer Sprung an den Lagerzaun, eine Kugel brachten das Ende. Um sicher zu sein, daß einer sich nicht nur totstellte, zertrümmerten die Wachen regelmäßig jedem Leichnam noch den Schädel oder trieben eine angespitzte Eisenstange in die Brust, dann raubten sie Kleider und Goldzähne.

1938 sollen Gefangene in Workuta auch durch Gas umgebracht worden sein – vielleicht ein Gerücht, da sich in vielen Stollen Methangas entwickelte. „Für Gaskammern hatten wir kein Gas“, schrieb Gulag-Kenner Alexander Solschenizyn. Auch ein Krematorium fehlte, so konnten die Esten nach der Lostrennung von der UdSSR ihre ver-

---

**„Aus dem Häftling  
alles in den ersten drei Monaten  
herausholen“**

---

scharften Landsleute wieder ausgraben und in die Heimat überführen.

Die mörderische Richtschnur, die Essensrationen an die Sollerfüllung zu koppeln, hatte der Ingenieur Naftalij Frenkel erfunden, als Häftling auf den Solowezki-Inseln. Mit diesem Verbesserungsvorschlag stieg er zum Lagerfunktionär auf, empfahl Stalin die ökonomische Nutzung der Haftlager als Produktionsfaktor und wurde ei-

ner der Gulag-Chefs. Seine Losung lautete: „Aus dem Häftling müssen wir alles in den ersten drei Monaten herausholen – danach brauchen wir ihn nicht mehr.“

Über das Resultat beschwerte sich bei seinem Dienstantritt 1943 der Workuta-Lagerkommandant Michail Malzew, er hielt die Sklavenarbeit für unproduktiv: „Nach drei Monaten unter Tage ist der Häftling ein Skelett.“

Die Ehefrau des gnädigen Malzew, der die Überlebensbedingungen zu verbessern suchte und ein Gefangenen-Theater in Workuta einrichtete, war die Bezirksstaatsanwältin von Workuta. So hatte das Paar alle Macht vor Ort. Erfahren im Bergbau sowie im Umgang mit deutschen Leibeigenen, wurde Malzew nach dem Krieg mit einer Versetzung nach Deutschland belohnt: Er übernahm die Uranbergbau-AG Wismut mit 46 000 Arbeitskräften samt dem Techniker Kirche, der bald darauf den entgegengesetzten Weg ging.

In Aue, dessen Erz über die sowjetische Atomrüstung entschied, ließ Malzew aber auch 800 Alte, Kranke, gar Amputierte aus dem Flüchtlingslager Hoyerswerda in die Schächte schicken. Malzew: „Erz, Genossen, wir brauchen Erz und keine Moral.“

Das hat sich nun gewendet, auch in der Stadt Workuta steht ein Denkmal für die Opfer der „Repression“. Die Marmorplatten tragen spontane Inschriften mit Filz-

stift: „Ich war 1997 hier“, schreibt einer, „mein Vater 1944. Ewiges Angedenken.“

Darüber geht neuer Zeitgeist schon hinweg. Ein junger Mann hat seine Telefonnummer hinterlassen, er sucht die Bekanntschaft einer 17jährigen. Vier Mädchen haben festgehalten: „Hier rauchten wir am 17. Juli 1997 zum erstenmal Hasch.“

Mirosław Hentosz, 73, hatte in seiner Jugend andere Probleme. Er wohnt jetzt daheim im polnischen Wolomin, seine Straße heißt immer noch „Allee der Roten Armee“. Die Sowjets hatten ihn 1945, als er 21 war, in Lemberg verhaftet, weil er Transportzüge beschädigte, die zur Deportation von Polen bereitstanden. Seine Todesstrafe wurde in 20 Jahre Zuchthaus umgewandelt, er kam in einen der 14 Waggons nach Workuta; der 15. Wagen nahm die Leichen während der Reise auf.

Meist arbeitete Hentosz in einem schrägen Stollen, der 82 Zentimeter hoch war. Er konnte erst 1969 zurück nach Polen. Nun ist er wiedergekommen, ein Denkmal für seine in Workuta ermordeten Landsleute einzuweihen – ein Kreuz aus Beton. Bronze, sagt Hentosz, würde nur gestohlen.

Die bürokratische Hinterlassenschaft des Gulag findet sich im Keller eines Mietshauses in einer Nebenstraße: Dort lagern die Karteikarten und die meisten Personalakten all jener, die unter die gefrorene Erde Workutas gezwungen wurden, zur Arbeit und auch für die Ewigkeit.

Ein Papierbündel gibt unter der Nummer 013234 Auskunft über Kirche, Jahrgang 1929. Darin befindet sich das ärztliche Zeugnis, das Häftlinge in eine von drei Kategorien einteilte: harte körperliche Arbeit, leichte körperliche Arbeit, Arbeitsunfähigkeit. Kirche war kerngesund, Klasse I, und laut Attest sogar geeignet, in besonders stark mit Methangas verseuchten Stollen zu arbeiten. Seine Akte enthält zwei Totenscheine. Nach dem ersten wurde er am 1. August 1953 „getötet“, dem zweiten zufolge starb er am 5. August an „Herzversagen“.

Da ist ein Vergleich mit Auschwitz zulässig, wo fast alle Totenscheine eine falsche Todesursache angaben. Vorgesetzten Revisoren der Registratur in Workuta sollte offenbar verborgen bleiben, daß Kirche erschossen worden war.

Auch der Vorgang Nummer 054763 birgt eine Urkundenfälschung. Häftling Jürgen Hettwer, Jahrgang 1922, starb laut Attest an „Meningitis“. Ein Obduktionsprotokoll liegt dabei, wonach Hettwers Schädel durch Fremdeinwirkung zertrümmert worden war.

Ein Griff in das Archiv fördert die Karteikarte von Joseph Schölmerich zutage: Mitarbeiter der ostzonalen Zentralverwaltung für Gesundheitswesen, wegen Spionage verurteilt am 9. Dezember 1949, zu entlassen am 9. Dezember 1974. Er kam früher frei, nach Stalins Tod, brachte den ersten Bericht aus Workuta in den Westen und heiratete die schöne Berliner Film-

journalistin Ursula Rumin, die er im Lager kennengelernt hatte\*.

Es gibt noch immer drei Arbeitslager mit „besonders hartem Regime“ für Schwermisstraftäter; manche werden sogar aus Moskau herangeschafft: Mörder, Räuber, verurteilt zu 5 bis 15 Jahren Haft.

Mehrere hundert leben in zwei langgestreckten Betonbaracken mit Sichtblenden, zwei Quadratmeter stehen jedem Mann im Schlafsaal zu. Der jüngste ist 22, der älteste 63 Jahre alt.

Die Aufsicht führt Major Wjatscheslaw Udalow, 39, aus Worskuta gebürtig; er hat als Bergarbeiter angefangen. Auch er gilt als gnädiger Lagerkommandant: Wird einer in der Stadt verurteilt, bitten die Angehörigen, ihn bei Udalow büßen zu lassen.

Briefe und Pakete sind erlaubt, Verwandte kommen von fern angereist, um Häftlinge zu besuchen, Ehefrauen werden viermal



**Lagerkommandant Udalow**

im Jahr drei Tage lang mit ihrem Mann auch nachts allein gelassen. Jedes Jahr veranstaltet Udalow für die Angehörigen einen Tag der offenen Tür. Seit drei Jahren, bilanziert er zufrieden, gab es keinen Fluchtversuch, keinen Totschlag unter den Gefangenen, keine Rebellion.

Alkohol, Rauschgift, Selbstverstümmelung, Vergewaltigung sind denn auch Udalows Sorgen nicht, vielmehr der Mangel an Arbeit. Der nahe Schacht 33 ist aufgelassen, die Möbeltischlerei im Lager hat Aufträge, die nur ein Viertel der Häftlinge beschäftigen. Die aber brauchen Geld, um ihre Unterhaltskosten im Lager abzudecken, wie das Gesetz es befiehlt, und sich Lebensmittel dazuzukaufen.

Die Regierung im fernen Moskau hat das Interesse an Worskuta verloren und jegliche Subventionen eingestellt. Ohne Arbeit und ohne Lohnzuschläge möchten auch die freien Bürger von Worskuta es nicht mehr auf sich nehmen, in Nacht und Kälte auszuharren. Sie flüchten.

Seit dem Ausklingen der Gorbatschow-Ära vor sechs Jahren sind 30 000 Einwohner fortgezogen. Ganze Häuser stehen leer und verrotten; sind sie aus Holz gebaut, fallen sie einfach um. Die Tundra greift nach der Stadt, über der die Flüche von Millionen Gefangener hängen.

Die meisten Deutschen, die am leichtesten eine andere Heimat fanden, sind weg. Von der Worgaschor-Grube wanderte Schtrenzels bester Ingenieur nach Deutschland aus. Als das Bergwerk neue Ausrü-

\* Joseph Scholmer: „Die Toten kehren zurück“, 1954; „Arzt in Worskuta“, dtv-Dokumente, München 1963.

Werbeseite

Werbeseite





Private Händlerin auf einem Markt in Workuta: Im Freien wachsen nur Radieschen, und dieses Jahr reiften nicht mal die

stungen in der Bundesrepublik kaufte, kam er zurück – als deutscher Firmenvertreter.

Wer Verwandte im zentralen Rußland oder in der Ukraine hat oder sich dort eine Wohnung kaufen konnte, will nicht mehr am Polarkreis bleiben. Auch am Schrumpfen der Einwohnerzahl mag es liegen, daß Polizeichef Gladkich einen Rückgang der Verbrechensrate meldet, von 3098 Straftaten 1992 auf 2655 im vorigen Jahr, darunter 68 Mordfälle. In der Komi-Republik ergehen seit Jahren keine Todesurteile mehr.

Die Abwanderung schwächt sich neuerdings freilich wieder ab, weil sich bis zum Nordmeer herumgesprachen hat, daß die Lebensweise im übrigen Rußland auch nicht immer viel besser ist.

Der noch junge Lagerkommandant Udalow aber hat genug, er geht nach seiner baldigen Pensionierung (noch zählen Dienstjahre im Norden doppelt) südwärts. Die Sowchos-Chefin Fadejewa sehnt sich nach warmen Stränden, sie war schon mal auf Zypern im Urlaub. Vizebürgermeister Jurij Masanow erzählt von einer Frau, die statt einer Rente für den tödlichen Grubenunfall ihres Mannes 290 Tonnen Kohle bekam. Er selbst kommt aus Kasachstan und will dorthin zurück.

Die resolute Marlboro-Raucherin Anna Fjodorowa, die sich nur zu gern auf ihre in Bulgarien erworbene Datscha zurückziehen möchte, strahlt dennoch Optimismus aus: Sie leitet die Akademie für Verwal-

tung und Wirtschaft, die auf drei Etagen eines von deutschen Kriegsgefangenen gezimmerten Holzbaus Jura sowie Management mit Marktforschung und Börsenkunde lehrt, dazu noch ein Fach, das westlicher Betriebswirtschaftslehre fremd ist: „Ethik des Geschäftslebens“. Erziehungsziel ist, ein wenig rückwärts gerichtet, der ehrliche Kaufmann.

Fjodorowa will ihren 800 Studenten beweisen, daß man in Workuta leben kann und gerade im Norden qualifizierte Leute gefragt sind. Ihre Hochschule soll mit einer technischen Fakultät für Bergbau zur Universität zusammengelegt werden.

An der Bergakademie leitet Witalij Bek, Sohn des nach Workuta verbannten polni-

schen Diplomaten Beck (ein Verwandter des berühmten Außenministers), das Rechenzentrum. Das Studium ist für die meisten noch kostenlos, nur jeder zehnte Student entrichtet 1500 Dollar pro Semester: Die Selbstzahler kommen von außerhalb, zumeist aus St. Petersburg.

EDV-Experte Bek will bleiben, Stadtbauingenieur Troschin plant eine ganz neue Stadt mit breiten Parks zwischen restaurierten Gebäuden aus sieben Jahrzehnten russischer Baugeschichte und modernsten Denkfabriken: ein Arkadien im Eis.

Auch Grubendirektor Schtrenzel investiert, er setzt auf die hohe Qualität seiner Kohle und sinkende Frachtraten. Hat Workuta doch noch eine Zukunft?

„Der Nordosten, das ist der Schlüssel zur Lösung vieler, angeblich verwickelter russischer Probleme“, schrieb Solschenizyn, der Freigelassene des Gulag. Der Boden im Dauerfrost werde „unermeßliche Investitionen an Energie verlangen – aber, solange wir sie nicht verschleudern, bergen ja die Tiefen des Nordostens selbst diese Energiequellen“.

Der Nobelpreisträger wußte: „Nur freie Menschen können diese Räume beleben, sie wecken, heilen und bautechnisch ausschmücken.“ Als Häftling hatte Solschenizyn selbst das Nordlicht gesehen – und die Sonne, die im kurzen Sommer Workutas nach der langen Polarnacht niemals untergeht. ◆



Akademieleiterin Fjodorowa „Ethik des Geschäftslebens“

CHRONOS FILM



Werbeseite

Werbeseite

ITALIEN

# Augen aus Eis

Frauen machen bei der Mafia Karriere. Sie füllen die Lücken, die geschnappte Gangsterbosse in der Welt des organisierten Verbrechens hinterlassen.



**Mafia-Braut Marchese:** „Weibliche Stimmen sichern den Zusammenhalt der Clans“

**E**in schnelles, fast stimmloses Raunen. Blicke, Mimik und Gesten, kunstvolle Pausen: Wenn Giuseppina Sansone einmal im Monat eine Stunde lang ihren Mann im Zuchthaus von Palermo treffen durfte, in Anwesenheit von drei Wärtern und durch eine dicke Glasscheibe getrennt, war klar zu erkennen, daß die beiden intensiv kommunizierten. Zu verstehen war allerdings nichts.

Eine mühsame Analyse von Videobildern, die eine versteckte Kamera von den Begegnungen aufzeichnete, brachte für Experten schließlich Klarheit. Die beiden redeten übers Geschäft – Drogen, Waffen, Erpressung, Mord. Ende Juli wurde Giuseppina, 43, als „lady boss“ verhaftet.

Auch Maria Filippa Messina, 29, sprang für ihren Mann ein, nachdem der ins Gefängnis gekommen war. Die Polizei hörte mit, wie sie am Telefon knallhart Anweisung gab, Konkurrenten aus einem gegnerischen Clan umzulegen.

Sie wurde festgenommen. Weil sie aber aus ihrer Gefängniszelle ungeniert wei-

terregierte, ganz nach der Art, wie es die Bosse der Mafia seit jeher getan haben, wurde im vergangenen November Paragraph 41 bis auf sie angewendet – verschärfte Haftbedingungen, die bisher nur den gefährlichsten Mafiosi vorbehalten waren.

Nun lebt sie streng isoliert, darf nicht telefonieren und nur einmal im Monat eine Stunde lang von engsten Angehörigen besucht werden. Messina ist die erste Frau, die solch hartem Regiment unterzogen wird.

Die Mafia, von der Justiz heftig bedrängt, verändert sich. Frauen steigen auf in der Ehrenwerten Gesellschaft, sie arbeiten als Bosse im örtlichen Rauschgifthandel, verwalten kühl und kompetent Milliardensummen aus Drogen- und Waffengeschäften. 1990 wur-

\* Am 19. Juli 1992 in Palermo.

de nur eine einzige Frau unter Anklage gestellt. 1995 waren es bereits 89.

Dabei galten die Ehefrauen, Schwestern und Töchter der Gangster in den späten achtziger und den frühen neunziger Jahren eine Zeitlang als Hoffnung der aufkeimenden Anti-Mafia-Bewegung. Daß die „Frauen der Bosse die Mauern der Mafia sprengen“ könnten, so das enthusiastische Leitmotiv eines Kongresses in Palermo, hat sich jedoch als Illusion erwiesen.

„Weibliche Stimmen“, schreibt die deutsche Soziologin Renate Siebert in einem gerade erschienenen italienischen Bericht über „Mafia und Gesellschaft“, sichern „den Zusammenhalt der Clans“. Frauen seien in vielen Fällen die wahren Hardliner der Cosa Nostra geworden – sie sorgen dafür, daß die kriminellen Organisationen weiterarbeiten, wenn die Polizei glaubt, die Hintermänner dingfest gemacht zu haben.

Gnadenlos grenzen die Signore oft diejenigen aus, die den Geheimbund verraten. Viele sagen sich öffentlich los von Männern, Brüdern und Söhnen, die als „pentiti“ (Reuige) mit der Justiz zusammenarbeiten.

Natürlich wollen sie sich damit auch vor der Rache von Cosa Nostra schützen, die sich gern an der Familie von Abtrünnigen vergreift. Zugleich handeln die Frauen aber oft aus tiefer Überzeugung.

Vincenzina Marchese lebte jahrelang im hochgesicherten Versteck ihres Mannes Leoluca Bagarella, einer der Top-Bosse von Cosa Nostra. Als Bagarella verhaftet wurde, fand man von Vincenzina nur eine Fotografie mit einem Blumenstrauß davor – ein sicheres Anzeichen dafür, daß sie tot war. Ermittler meinen, daß sie sich umbrachte, um die Schande zu tilgen, die ein übergelaufener Bruder über die Familie ihres Mannes gebracht hatte.

Francesca Di Matteo opferte sogar ihren Sohn. Nachdem ihr Mann zum Verräter an der Mafia geworden war, mußte sie damit rechnen, daß der 11jährige Giuseppe zur Vergeltung ausgesucht würde. Aber sie schützte das Kind nicht. Sie ließ den Jungen weiterhin auf eine öffentliche Schule und regelmäßig zum Reiten gehen.

So bot sie ihn gleichsam als Sühneopfer dar – er wurde auch prompt entführt



**Attentat auf Fahnder Borsellino\*:** Rache der Gejagten

Werbeseite

Werbeseite

und nach zwei Jahren elender Haft von seinen Kerkermeistern erdrosselt und in Salzsäure aufgelöst. Die Mutter zeigte sich ungerührt. An einem Protestmarsch gegen den barbarischen Mord nahm sie nicht teil.

Die Erziehung zu perversen Mafia-Idealen, nach denen Mord zu einem gottesfürchtigen Werk werden kann, für dessen Gelingen der Killer vorher betet und dem Allmächtigen hinterher dankt, ist in den großen Familien immer Sache der Frauen gewesen. Und dazu mußten sie meistens nicht gedrängt werden.

So überreicht die Witwe eines ermordeten Mafioso ihrem Sohn nach alter Sitte die blutige Jacke des Vaters. Der weiß damit, daß er am Tag der Entlassung des Mörders vor dem Gefängnis zu stehen hat, gekleidet in ebenjene blutige Jacke, um seinen Vater zu rächen – ein gehorsamer Vollstrecker.

In die Irre geleitet von einem traditionellen Frauenbild, nach dem insbesondere Mütter nichts anderes sein könnten als herzensgute Menschen, hatte die italienische Justiz die Frauen der Mafia lange genug für unfähig gehalten, in der Welt des Verbrechens zu reüssieren. Die nutzten den Schutz dieses Vorurteils, um ihre Rolle in der Organisation zu verschleiern.

„Sehen Sie mich an, ich bin eine Frau, die liebt“, rief Ninetta Bagarella, Verlobte des obersten Mafia-Bosses Totò Riina, ihren Richtern zu. „Wollen Sie mich dafür bestrafen?“ Die Richter wollten nicht und ließen von ihrer Absicht ab, Ninetta als Komplizin Riinas in die Verbannung zu schicken.

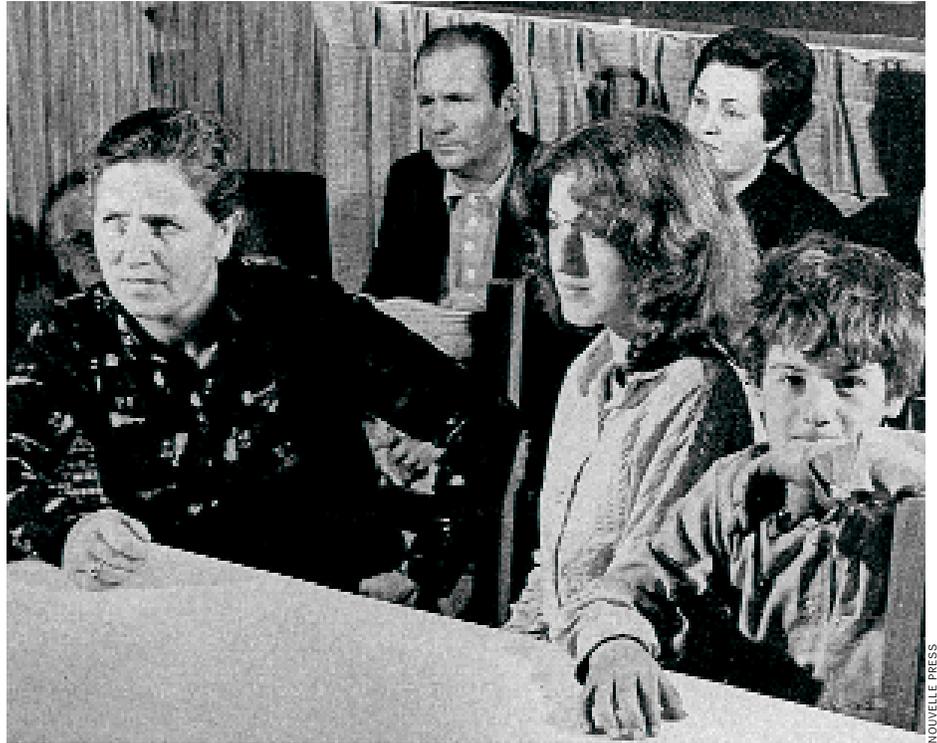
1982 standen Francesca Citarda und Anna Maria Di Bartolo in Palermo vor Gericht. Die Anklage hielt ihnen vor, gemeinsam mit ihren Männern Tarnfirmen zum Zweck der Geldwäsche betrieben zu haben.

Aber das Gericht traute ihnen solchen Geschäftssinn nicht zu. Frauen aus Mafia-Familien seien der „unterwürfigen und passiven Rolle noch nicht entkommen, die sie seit jeher im Verhältnis zu ihren Männern“ gehabt hätten, und „in der komplizierten Welt der Finanzen“ fänden sie sich nicht zurecht, so die Urteilsbegründung.



**Mafia-Boß Riina vor Gericht:** Die Verlobte blieb verschont

Solche Mißachtung weiblicher Fähigkeiten erregte in Italien lange nicht viel Aufsehen. Die englische Journalistin Clare Longrigg dagegen war empört. Im „Namen der Gleichbehandlung“ machte sie sich auf, den Frauen der Mafia den gebührenden Rang zu geben. „Ich wollte einfach nicht akzeptieren, daß Frauen nicht schlaue genug sein sollten, Verbrechen zu begehen, und daß Frauen den Männern moralisch überlegen sein sollten.“



**Camorra-Chefin Cutolo (l.), Kinder:** Anordnungen eisern abgehakt

Im Lauf ihrer Recherchen entstand ein farbenfrohes Gruppenporträt von Damen, das die kriminelle Persönlichkeit einer jeden angemessen zum Vorschein bringt\*.

Pupetta Maresca zum Beispiel, eine Frau der Camorra in Neapel, hatte einen Sinn für dramatische Präzision. Sie war seit 80 Tagen verheiratet und schwanger, als ihr Mann, ein angesehener Boß, von einem Gegner erschossen wurde. Sie spürte den Mörder auf und tötete ihn eigenhändig – genau 80 Tage nach dem Tod ihres Liebsten. „Exakt so wollte ich es“, sagte sie zu Clare Longrigg.

Rosetta Cutolo wiederum, genannt die „Frau mit den Augen aus Eis“, führte fast zwei Jahrzehnte lang die Nuova Camorra Organizzata für ihren Bruder Raffaele, der eine Haftstrafe verbüßt. Jede Woche brachte sie ihm einen Stapel schneeweißer, frisch gewaschener Hemden in den Knast. Während der Begeg-

nung notierte sie in säuberlicher, winziger Schrift seine Aufträge.

Die Anordnungen hakte Rosetta dann eisern ab, wobei es auch zu Todesfällen unter Angehörigen konkurrierender Clans kam.

Mit ähnlicher Kompetenz bewährt sich die wachsende Zahl von Mafia-Frauen, die jetzt in Führungspositionen aufsteigen. Das hat nicht unbedingt mit Emanzipation zu tun, sondern mit den verschärften Haftbedingungen für die großen Bosse, die nach

den Morden an den Mafia-Jägern Giovanni Falcone und Paolo Borsellino eingeführt wurden.

Ohne die Frauen der im Gefängnis isolierten Mafiosi ließe das Geschäft nicht mehr, denn sie sind die einzigen, die noch mit ihren Männern kommunizieren dürfen. Aber sie bleiben Stellvertreterinnen, auch als Chefmanager. Die eigenständige Mafiosa, die auf eigene Faust arbeitet, gibt es bisher kaum.

Emanuela Azzarelli, 27, hat es wenigstens versucht. Sie führte schon als 15jährige eine Gang von Jugendlichen im sizilianischen Gela an. Örtliche Mafiosi begannen, ihr Aufgaben anzuvertrauen – etwa einen Sprengsatz in einem Geschäft zu legen, dessen Besitzer sich der Schutzgeldzahlung widersetzt hatte.

Emanuela, heute in Haft, bewies ein äußerst sensibles Ehrgefühl. In einem Roman, den die italienische Journalistin Maria Rosa Cutrufelli um die Gestalt der Mafia-Emanze gesponnen hatte, kam sie ihrer Meinung nach nicht gut genug weg. Emanuela erschien zur Buchvorstellung und schlug die Autorin mit einem gekonnten Hieb nieder. ◆

\* Clare Longrigg: „Mafia Women“. Chatto & Windus, London; 16,99 Pfund.

Werbeseite

Werbeseite



Werbeseite

Werbeseite

BRASILIEN

# Wunderbares Alibi

Der Papst besucht das größte katholische Land der Welt. Sexaffären von Priestern haben die Kirche dort in Verruf gebracht.

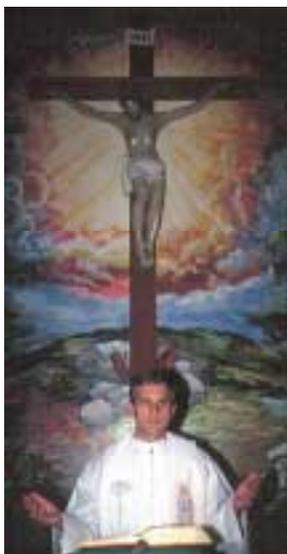
Im Musikzimmer wurde der Gottesmann zudringlich. Ob er schon sexuelle Erfahrungen mit Männern gesammelt habe, fragte Monsenhor José Alves Guedes den Priesterschüler Alexandre Wander de Almeida nach der Beichte. „Er streichelte meine Brust und faßte mir schließlich ans Geschlechtsteil“, erinnert sich Alexandre, damals 18.

Verstört flüchtete der Junge aus dem Zimmer. Andere Seminaristen berichteten ihm, daß Guedes bereits mehrere Schüler mißbraucht habe. Alexandre brach das Studium ab und wurde Krankenpfleger. Neun Jahre lang schwieg er aus Scham.

Jetzt vertraute er sich dem Padre José Osmar de Medeiros an, genannt Dé. Der für sein unkonventionelles Auftreten bekannte Seelsorger aus São Gonçalo, einem armen Vorort von Rio de Janeiro, hat mit Guedes seit längerem Ärger, weil er während der Messe Sandalen trägt. Das verstoße gegen die Würde des Priesteramts, meint Guedes, heute nach dem Erzbischof der zweitmächtigste Mann in der Diözese von Niterói bei Rio de Janeiro.

„Er will nur von den Vorwürfen ablenken“, vermutet Padre Dé, 35. Der Skandal, der zu einer nationalen Affäre zu werden droht, überschattet den Besuch des Papstes in Rio, wo in dieser Woche Millionen Gläubige aus dem ganzen Land erwartet werden. Dé hat die Diskussion über ein Problem angefacht, das die katholische Kirche Brasiliens seit Jahren totzuschweigen sucht: die weitverbreitete Homosexualität unter Priestern.

Sechzig Prozent aller Padres im größten katholischen Land der Erde sind schwul, behauptet der ehemalige Priesterschüler Paulo César Fernandes, Leiter der Schwulenorganisation Atobá in Rio. Viele seiner Aktivisten in Brasilien sind ehemalige Seminaristen, die gegen die „Heuchelei des Klerus“ protestieren, so Fernandes. Er macht die Kirche mitverantwortlich für die Gewalt und die Verachtung,



Padre Osmar de Medeiros



Geistlicher, Prozession in Salvador da Bahia: Protest gegen die Heuchelei des Klerus

der Homosexuelle in der brasilianischen Macho-Kultur ausgesetzt sind: „Wenn die Kirche die Homosexualität akzeptieren würde, gäbe es nicht so viele Morde an Schwulen.“

Todesschwadronen machen vor allem in den Vororten der großen Städte Jagd auf Homosexuelle und Transvestiten. Atobá droht jetzt mit Outing: Wenn die Kirche sich nicht endlich zu den Schwulen bekenne, würden alle homosexuellen Priester und Bischöfe beim Namen genannt.

Die Affäre um Monsenhor Guedes ist nur der letzte Fall in einer peinlichen Serie. Wenn ein Padre das Keuschheitsgelübde mit einem Mann oder Knaben bricht, drückt der Klerus meistens beide Augen zu – der Sünder wird höchstens in eine andere Gemeinde versetzt.

Doch in den vergangenen Jahren flogen zahlreiche Geistliche auf, die sich im Schoß der Kirche sicher wähnten. In Rio Grande im Süden des Landes ermordeten zwei Strichjungen einen Priester. Die Untersuchung ergab, daß der fromme Mann sich mit den beiden in seiner Wohnung ein Pornovideo angesehen hatte; dann fuhr er die Jungen nach Hause. Doch die hatten es auf sein Auto abgesehen und brachten ihn um, die Leiche steckten sie in einen Plastiksack.

Dom Sebastião Heber Vieira da Costa, Abbé im traditionsreichen Kloster São Bento in Olinda, pflegte jahrelang ein Liebesverhältnis zu einem verheirateten Lehrer, bis dessen Frau ihnen auf die Schliche kam: Sie entdeckte einen Stapel Liebesbriefe, die der Geistliche an ihren Mann geschrieben hatte. Die Umschläge waren mit Lippenstift bemalt. Der eitle und mächtige Dom Heber, ein Vertrauter des Gouverneurs von Pernambuco, hatte seinem Sexkumpfan zum Dank

den Posten des Schatzmeisters im Kloster zugeschanzt, wo er ungestraft in die Kasse griff. Der ertappte Dom Heber setzte sich nach Portugal ab.

Viele Geistliche sind in den vergangenen Jahren an Aids gestorben. Mindestens 27 Priester habe die Seuche allein in São Paulo dahingerafft, recherchierte das Nachrichtenmagazin VEJA. HIV-infizierte Geistliche werden diskret in spezielle Kliniken verlegt. „Offiziell sterben sie meist an Leukämie“, sagt der Schwulenaktivist Paulo Führo de Andrade, selbst ein ehemaliger Seminarist.

„Padre zu sein ist ein wunderbares Alibi für Homosexuelle“, meint Führo, 29. „Keiner klagt sie an, zugleich ermöglicht ihnen das Priesteramt ein vergleichsweise hohes Lebensniveau.“ Priester haben normalerweise eine schöne Wohnung und ein Auto. Viele junge Burschen aus den Armenvierteln lassen sich gern mit ihnen ein.

Die zunehmenden Eskapaden seiner Hirten nötigten Papst Johannes Paul II. erstmals 1993 zu einer Stellungnahme. Er sei „geschockt“, erklärte er während eines Besuchs in den USA, wo mehrere katholische Priester wegen Kindesmißbrauchs angeklagt waren. Er empfahl den Amerikanern zu „beten, auf daß solche Fälle sich nicht wiederholen mögen“.

In Brasilien dagegen schweigt der Klerus. Statt den Vorwürfen gegen Guedes nachzugehen, hat die Kirche eine Untersuchung gegen Padre Dé wegen Verleumdung eingeleitet. Der ehemalige Priesterschüler Wander de Almeida erhielt eine anonyme Morddrohung.

Die Affäre schwelt weiter. Zahlreiche Parlamentsabgeordnete aus Rio haben eine Erklärung für Dé verfaßt, die Gemeinde will einen Schweigemarsch für ihren beliebten Pfarrer organisieren.

Auch der prominente Befreiungstheologe Leonardo Boff hat Padre Dé öffentlich seine Unterstützung angeboten. Boff ist nicht nur ein Opfer des Streits um seine Lehren, sondern auch des Zölibats: Er legte vor fünf Jahren sein Priesteramt nieder, weil er seine Sekretärin heiraten wollte. ♦

Werbeseite

Werbeseite



Werbeseite

Werbeseite

LITERATUR

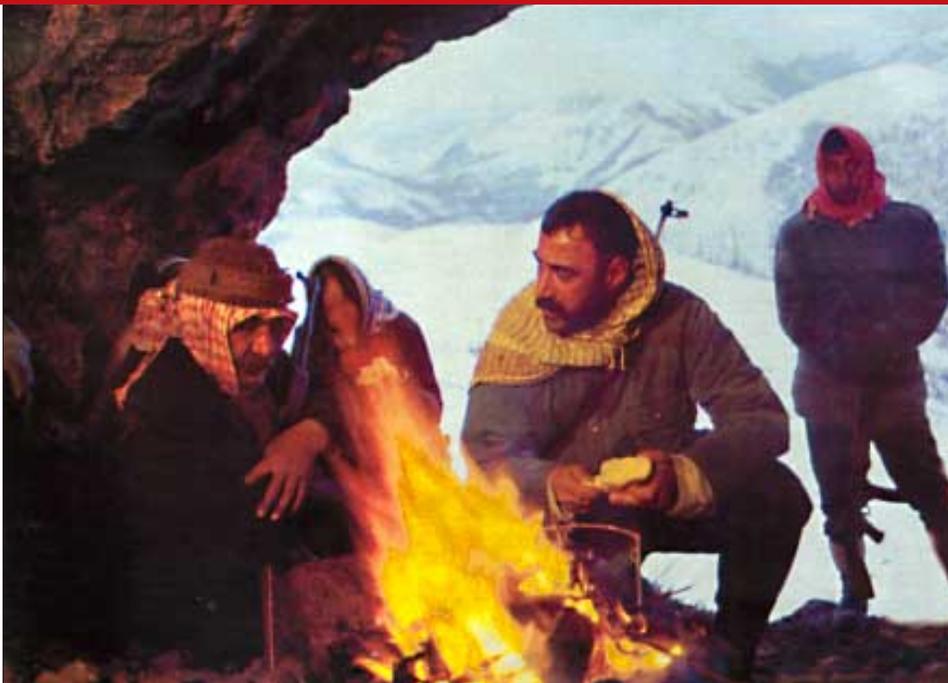
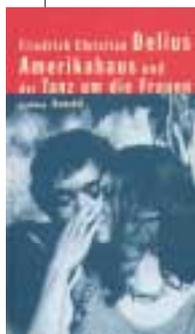
## Wenn Großvater erzählt

Kein zeitgenössischer deutscher Autor hat sich derart obsessiv der RAF gewidmet wie Friedrich Christian Delius. Ob im Roman „Ein Held der inneren Sicherheit“ (1981), in „Mogadischu Fensterplatz“ (1987) oder bei der „Himmelfahrt eines Staatsfeindes“ (1992) – stets obwaltet die akribische, geradezu liebevolle Darstellung des unermüdlichen Widerspiels von Staatsmacht und bewaffnetem Kampf. Deutschland, ein Terroristenmärchen. In seiner jüngsten Erzählung „Amerikahaus und der Tanz um die Frauen“ richtet Delius seine poetische Phantasie aufs politische Pleistozän der Vor-68er-Zeit, als noch

niemand wußte, was ein ordentlicher Sitzstreik ist und wie man korrekt einen Arbeitgeberpräsidenten entführt. Der junge Berliner Student Martin, ein unansehnlicher Gewohnheitsstotterer, liebt die Frauen, doch, o weh, die Frauen lieben ihn nicht. Auch bei Ellen und Franziska darf er allenfalls mal einen Blick auf die Kniescheiben riskieren, „die sich frech und

zart gegen den Nylonstoff hoben“, und im übrigen vom „Rätsel Vagina“, von der „Sphinx Vulva“ träumen. Von der kleinbürgerlichen Erziehung verklemmt, schüchtern und feige ins rauhe Leben gestoßen, entscheidet er sich am 5. Februar 1966 immerhin für die Teilnahme an einer deutschen Uraufführung: „Ich geh' demonstrieren, Vietnam“ – mehr war nicht zu sagen beim ersten Mal. Natürlich bleibt Martin, Held der inneren Unsicherheit, auch hier ein Zuschauer des wahren Lebens, in dem eine wilde Schöne mit wehenden schwarzen Haaren auf dem Weg zum Amerikahaus achtlos an ihm vorbeistürmt – und selbst in der Nacht des ersten Protests ereignet sich nicht mehr als ein vorzeitiger Samenerguß. Delius reicht es nicht, nichts zu erzählen zu haben: Seine buchhalterisch animierte Volkshochschulprosa schwadroniert derart gnadenlos über die schütterten Seiten, daß die deutsche Sprache einer harten Belastungsprobe unterworfen wird. Keine Verdichtung, keine Bilder, kein narrativer Sog, dafür jede Menge Phrasen, Klischees, Pseudo-Dokumentarisches. Fragmente für die Sozialkundestunde, die trotz aller feuchten Träume nichts verraten über die Erotik der Revolte. Delius' Eiertanz um die Frauen endet als glatte Bauchlandung.

Friedrich Christian Delius: „Amerikahaus und der Tanz um die Frauen“. Rowohlt Verlag, Reinbek; 160 Seiten; 29,80 Mark.



Szene aus „Und es werde Licht“

KULTURPOLITIK

## Kino-Import aus der Türkei

Eine separatistische Guerrillagruppe Ekämpft bei minus 25 Grad Kälte im Gebirge gegen ein Militärkommando. Eine Schneelawine löst sich und begräbt alle unter sich – nur eine Frau und die beiden Anführer überleben. Manchmal sprechen sie kurdisch, und auch deswegen rechnet der Regisseur dieses Films mit Schwierigkeiten in seinem Land, der Türkei. „Und es werde Licht“ ist einer von zehn Filmen der Initiative „Eyz. Türkischsprachiges Kino in Deutschland“. Bis vor kurzem waren sie nur in Berlin zu sehen, nun laufen sie auch in den Hamburger Zeise-Hallen. „Es gab kein

Kino, das regelmäßig Filme aus der Türkei zeigte, und das, obwohl in Deutschland mehr als 2,5 Millionen Menschen diese Sprache sprechen“, klagt Regisseur und Autor Ismet Elci, der das Projekt startete. Auch andere Kinobetreiber haben mittlerweile das türkischsprachige Publikum entdeckt. So läuft am 16. Oktober der in der Türkei mit 2,4 Millionen Zuschauern höchst erfolgreiche Film „Eskiya – Der Bandit“ an: Die Geschichte von Baran und seinem Leben in Freiheit nach 35 Jahren Gefangenschaft kommt dann in über 30 deutsche Kinos – in der Originalfassung.

POP

## Entspanntes Alterswerk

Es ist nicht leicht, im Rock'n'Roll-Geschäft würdig zu altern. So werden, wenn in dieser Woche „Bridges to Babylon“, das neue Album der Rolling Stones, erscheint, Spezialisten aller Art sich mit dem üblichen Gezeter zu Wort melden. Sie werden mehr Experimente fordern und mehr Was-auch-immer-Modernes. Mick Jagger sagt dazu nur: „Es gibt viele Möglichkeiten, einen Song zu spielen, aber was du immer brauchst, ist ein Groove.“ Auf der Suche danach haben sich die Stones von jungen Produzenten wie den Dust Brothers (Beck, Beastie Boys), Danny Saber (Garbage, U2) und Don Was auf die Sprünge helfen lassen. Dabei ist kein Drum'n'Bass entstanden und kein Techno-

Rock, sondern bloß eine verdammt gute Stones-Platte. Besonders vorzüglich ist das Werk, wenn der Rock ganz entspannt im Balladen-Tempo rollt. Eine Kunst, die keiner so gut beherrscht wie die Veteranen der größten Rock'n'Roll-Band auf Erden.



Keith Richards, Mick Jagger

Am Rande

## Wenn Männer zuviel schweigen



Woran denkst du gerade? Männer hassen diese Frage, weil sie, wie Franz Kotteder kürzlich in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG mitteilte, „den schönsten Zauber der Zweisamkeit zerstören kann“. Einmal gestellt, laue sie wie ein „großes, wildes Tier neben dir, bereit, dir an die Kehle zu springen“.

Nun beruht die Bedrohung auf einem uralten Mißverständnis, das sich aus einem einfachen Unterschied ergeben hat: Männer neigen zum inneren Monolog, Frauen zum äußeren Dialog. Es muß ein Ausgleich stattfinden, damit es friedlich bleibt. Der Frage „Woran denkst du gerade?“ ist meist minutenlanges Schweigen des Mannes vorausgegangen. Wenn sie kommt, ist es für die Frau an der Zeit, diesen Vorsprung einzuholen. Das Problem ist nun, daß Männer glauben, Frauen erwarteten auf ihre Frage irgend etwas Tiefes, emotional Bewegendes oder eine gänzlich neue, keineswegs banale Erkenntnis. Und darin liegt das Mißverständnis.

Frauen sind nämlich vollauf zufrieden, wenn sie jetzt hören, daß der Mann sich gerade gefragt habe, ob er morgen vormittag einen Tintenstrahl- oder einen Laserdrucker kaufen solle. Das Ziel ist ja erreicht, der Ausgleich hergestellt. Es gibt folglich nicht den mindesten Grund, der Frau den kleinen Einblick in die männliche Gedankenwelt zu verweigern. Die Frau wird sich beruhigt zurücklehnen, nachdem sich das Raubtier des männlichen Schweigens als freundlicher Goldfisch entpuppt hat. Sie wird jetzt ihrerseits eine Weile in Gedanken versinken, und das Gleichgewicht zwischen Redelaune und Schweigelust bleibt erhalten.

Demokratie, sprach vor langem der Publizist Dolf Sternberger, sei „nicht Einigkeit, sondern Einigung“. Ebenso verhält es sich mit dem Kampf der Geschlechter. Einigung aber will trainiert werden. Was lehrt uns Kotteders Rückfall ins panische Erschrecken? Wie sehr Herr K. aus der Übung ist. Frauen sind da oft besser trainiert. „Was will der Mann?“ fragt sich die Journalistin Eva Windmüller in ihrem Essay „Das Schweigen der Männer“. Und sie hat auch die Antwort parat: „Ich glaube, er will seine Ruhe haben.“ Es gibt also keinen Grund zur Panik, Männer – die Frauen wissen Bescheid.

FESTSPIELE

## „Die Politik soll sich der Kultur bedienen“

Ulrich Eckhardt, 63, seit 1973 Leiter der Berliner Festspiele und der wohl erfolgreichste Kulturmanager der Republik, über die Hauptstadtkultur, Spardebatten und das Erbe der DDR

**SPIEGEL:** Senator Radunski hat gerade die Kulturbetriebe der Stadt gerüffelt, weil sie nicht wirtschaftlich genug arbeiteten. Fühlen Sie sich angesprochen?

**Eckhardt:** Nein. Die Berliner Festspiele sind seit Jahrzehnten kaufmännisch als GmbH geführt, und ich achte schon darauf, daß wir genug einspielen. Alle Häuser im Kulturbetrieb sollten so arbeiten.

**SPIEGEL:** Und was ist mit dem staatlichen Kulturauftrag der Festspiele?

**Eckhardt:** Die Festspiele hatten bei ihrer Gründung 1951 sicher einen anderen Auftrag als heute. Zunächst waren sie eine Möglichkeit, die Insellage Berlins zu durchbrechen, indem sie Kulturprominenz hierherlockten. Aber sicher dienten sie auch dazu, die Überlegenheit des Westens und seiner Werte gegenüber dem Osten zur Schau zu stellen.

**SPIEGEL:** Als Sie 1973 die Leitung übernahmen, war Willy Brandt Bundeskanzler, und

**SPIEGEL:** Heute ist die SPD nicht zimperlich, wenn es um die Streichung des Kulturetats geht. Können Sie mit Kohl?

**Eckhardt:** Ja, er ist besser als sein Ruf. Kultur und SPD – das ist ein Trauerspiel. Schauen Sie sich doch um. Wo sind die Hilmar Hoffmanns geblieben?

**SPIEGEL:** Dessen Parole „Kultur für alle“ wirkt heute wie eine belächelte Antiquität. Das Pathos der Kulturmacher als Volkserzieher ist also endgültig dahin?

**Eckhardt:** Für mich nicht. Man muß Kultur einsetzen, um gesellschaftliche Erkenntnisprozesse zu fördern.

**SPIEGEL:** Jedes Künstlergenie, das auf Autonomie pocht, würde bei einem solchen Satz Krämpfe kriegen. Was meinen Sie genau, wenn Sie, wie jüngst in einem Vortrag, die Politik einladen, „sich der Kultur zu bedienen“?

**Eckhardt:** Die Politik kann auch heute mit Hilfe der Kultur ihre Ziele beschreiben. Ein Beispiel: Das Pathos kommt jetzt wieder ins Spiel, wo Berlin Hauptstadt wird. Von hier aus ist die Kultur als Korrektiv wichtig. Sie kann als Brückenschlag zu den östlichen Nachbarn genutzt werden, wo Deutschland immer noch mißtrauisch beäugt wird. Kunst ist international und ermöglicht Dialoge.

**SPIEGEL:** Ein aktuelles Großprojekt der Festspiele heißt „Deutschlandbilder“ und dreht sich um die Nachkriegsgeschichte der beiden Deutschlands ...

**Eckhardt:** ... ja, aber es geht nicht um Ausgewogenheit, sondern um Erklärungen, warum sich die Künste in einem zerrissenen Land so unterschiedlich entwickelt haben.

**SPIEGEL:** Liegt die Antwort nicht auf der Hand?

**Eckhardt:** Da darf man nicht zu leichtfertig urteilen. Die Kunst, die in der DDR entstand, war nicht automatisch eine opportunistische Beteiligung am System. Es gab auch Widerstand. Außerdem haben wir allzuoft unsere West-Maßstäbe angelegt. Die Maßstäbe müssen aus der Sache selber kommen und Lebenswie Arbeitsbedingungen berücksichtigen. Das ist ein Ziel unserer Ausstellung.

**SPIEGEL:** Also sind die „Deutschlandbilder“ auch eine Ehrenrettung, eine Bilanz der DDR-Kunst?

**Eckhardt:** Ja, auch für das, was bei uns an den Rand gedrängt wird. Das gebietet die Fairness. Mir wurde immer klarer bei diesem Projekt, daß es schließlich eine große historisch begründete Gemeinsamkeit unter Künstlern gibt. Und vielleicht haben wir mehr Übereinstimmungen, als uns klar ist.

**SPIEGEL:** Seit 25 Jahren stehen Sie den Festspielen vor. Wie lange wollen Sie noch weitermachen?

**Eckhardt:** Vielleicht bin ich ein unzeitgemäßer Kulturarbeiter mit altmodischen Ansichten; aber es ist nicht auszuschließen, daß das noch eine Weile gebraucht wird.



Eckhardt

Günter Grass war SPD-Wahlkämpfer. Die kulturelle Elite dachte links.

**Eckhardt:** Ja, das war so. In den siebziger Jahren wollte auch ich die Festspiele zur Entspannungspolitik nutzen. Mein Intendantenvertrag gab mir die Unabhängigkeit, die ich dazu brauchte, um die osteuropäischen Staaten, vor allem die DDR, zur Teilnahme zu bewegen. Schließlich kamen sie sogar zum Theatertreffen, was schwierig war, weil ja da ganze Ensembles in den Westen geschickt werden mußten und immer Fluchtgefahr bestand.

KUNST

## Kraftvolles Schweineweib

Immer, so empfand es der Mann mit der Rohrfeder und dem Tuschpinsel, drängten sich „die Leute von der Farbe“ vor und setzten „ihr ganzes Orchester“ ein; der Zeichner hingegen sei „bescheiden“, denn „seine Hirtenflöte hat wenig Töne“. Paul Holz (1883 bis 1938) entlockte diesem Instrument erstaunliche Nuancen. Der pommersche Köhlersohn, der als Autodidakt begann und bis zum Akademielehrer aufstieg, bevor sein Werk als „entartet“ diffamiert wurde, warf mit sicherer Hand und scharfem Beobachterblick, aber auch mit Sinn fürs Expressive und Grotteske ländliche Szenen ebenso kraftvoll aufs Papier wie Bizarrerien aus der Zirkuswelt oder dem Irrenhaus. Das Staatliche Museum in Schwerin, dank einem frühen Holz-Sammler seit langem im Besitz von 70 Zeichnungen und etlichen Druckgrafiken des Künstlers, stellt dieses Vermächtnis jetzt (bis 2. November) würdig aus – eine Wiederentdeckung. Der knappe „Briefstil“ (Holz) der Feder, ausnahmsweise der Zeichenkreide, beschwört

„Betrunkene Leichen-träger“, „Schlachter mit Strick“, „Schweineweib“ oder „Feuerfresser“ so suggestiv, daß schon Zeitgenossen hingerissen waren. Noch 1937 registrierte Holz „hervorragende Besprechungen“ für eine Berliner Galerie-Schau. Da belegten die Nazis ihn rasch mit Ausstellungsverbot.



Holz' „Feuerfresser“



W. STAHR

Surf-Band „Les Tura Satana Experience“ aus Berlin

HAPPENINGS

## Demokratischer Surfspaß

„We may never hear surf-music again“, befürchtete Jimi Hendrix 1967 beim Popfestival in Monterey, als Surf-Guru Dick Dale ins Krankenhaus mußte. Hendrix sollte sich täuschen: Dale griff bald wieder erholt zu seiner Gitarre und ließ sich auch von den launigen Vokal-Versionen der Beach Boys nicht allzusehr ins Bockshorn jagen. In den nächsten zwei Jahrzehnten hieß dann alles Surf, was nach Kalifornien, Strand und Sonnenöl roch. Anfang der neunziger Jahre plätscherten Instrumentalnummern im Stile von Dale auf der Easy-listening-Welle mit, und Dale selbst feierte mit seinem Instrumental „Misirlou“

von 1962 in Quentin Tarantinos Kino-Hit „Pulp Fiction“ (1994) ein furioses Comeback. Mit der standortüblichen Verspätung erreicht der Surfsound in diesem Herbst nun auch den Berliner Prenzlauer Berg. Am Sonntag feiert die dortige Surf-Gemeinde erstmals in der Kulturbrauerei, und dieses Treffen soll sich dann zweimal im Monat, immer sonntags, wiederholen. Und weil in Berlin jeder Spaß auch immer politisch sein soll, schwärmt Mitveranstalter Alex Klatt, Gitarrist der Surf-Band „Les Tura Satana Experience“, etwas bemüht von der Demokratie des Surf: „Alle Instrumente sind gleichberechtigt.“

### Kino in Kürze



Szene aus „Engelchen“

„Engelchen“ ist keine Erfolgsmieze, wie sie im neuen deutschen Gute-Laune-Kino gewünscht wird, vielmehr ein schwer bescheuertes, anrührendes, unwiderstehliches Mauerblümchen. Deshalb hat der Film „Engelchen“ von Helke Misselwitz wohl im Ausland etliche Festival-Trophäen gewonnen, aber hierzulande lange keinen

VENTURA FILM

Verleih gekriegt. Die Fördergelder schmeißt man lieber einer tumblenden Comic-Verfilmung wie „Prinz Eisenherz“ (über sechs Millionen Mark Zuschuß) hinterher. Wer will sich schon einlassen auf die Melancholie eines Hinterhof-Melodrams vom Berliner Ostkreuz, auf die närrische Liebe einer Hilfsarbeiterin zu einem Zigaretten-schmuggler polnischer Provenienz, der sich als Hallodri erweist? In pittoresken Nebenrollen paradieren ein paar der Power-Stars von Castorfs Ost-Berliner Volksbühne, und in der Titelrolle ist Susanne Lothar ein Naturereignis. Kurz: Engelchen ist die Hoffnungsträgerin eines neuen Kinos, doch Prinz Eisenherz wird sie plattmachen.

„Volcano“. Da schmilzt der Asphalt, es brodeln im städtischen Untergrund, und leise rieselt der Ascheschnee: Los Angeles gebiert einen Vulkan. Chef-Nothelfer Mike Roark (Tommy Lee Jones), eigentlich schon halb im Urlaub, muß, um Menschen zu retten, Häuser sprengen und glühende Magmaströme umleiten. Der Berg ruft auch die junge Seismologin Amy (Anne Heche), die den Zuschauern die geologischen Vorgänge darlegt. Schließlich zischt die Lava ins Meer, es regnet, und Roark fährt doch noch zur Erholung. Nach „Dantes Peak“ der zweite Vulkanausbruch in diesem Filmjahr – und da auch dieser außer einfalllosen Aneinanderreihungen von Katastrophen nichts zu bieten hat, kann der nächste durchaus ein paar Jahrzehnte auf sich warten lassen.

AUTOREN

# „Nobelpreis oder Malaria“

António Lobo Antunes attackiert in seinem neuen Roman „Das Handbuch der Inquisitoren“ nicht zum erstenmal die Oberschicht seines Landes. Im SPIEGEL-Gespräch erläutert der portugiesische Schriftsteller, warum die Vergangenheit nie erledigt ist, „sondern fortwirkt“.

Der Alte kann nicht mehr: Er ist außerstande, das Wasser zu halten und aufzustehen, er vermag niemanden mehr zu schikanieren. Und doch haben sie immer noch Angst vor ihm, dem „Herrn Doktor“, dem ehemaligen Minister unter Salazar, dem vom großen Diktator begünstigten Kleintyrannen.

Auf seinem portugiesischen Landgut hat er einst ein strenges Regiment geführt, das weibliche Dienstpersonal wie sexuelles Freiwild behandelt und geschwängert („Stillhalten Mädchen“), die Leute vom Hof gejagt, wie es ihm gerade paßte: Gegen seine Feinde hat er die Schergen der Geheimpolizei in Gang gesetzt – und an „dem Trottel von meinem Sohn“, einem unterdrückten und hilflosen Kerl, läßt

Lobo Antunes zusammen\*. Ein flirrend-verwirrender Chor, dessen Sänger und Sängerinnen sich gegenseitig ins Wort fallen und die Unterscheidung von Vergangenheit und Gegenwart bisweilen gegenstandslos werden lassen. Und doch liegt wie beim Zaubertrick im entscheidenden Moment die richtige Karte aus dem perfekt gemischten Stapel obenauf – vom Autor verlässlich inszeniert.

Er ist neben José Saramago derzeit der bekannteste Schriftsteller seines Landes: Lobo Antunes, 55, seit Jahren als Nobelpreiskandidat gehandelt und nunmehr mit sechs seiner Romane auf dem deutschen Buchmarkt präsent, wird von der Kritik hierzulande als meisterhafter Erzähler bejubelt und bewundert. Einhelliges Lob in der TV-Talkrunde „Literarisches Quartett“ machte den Autor zusätzlich populär.

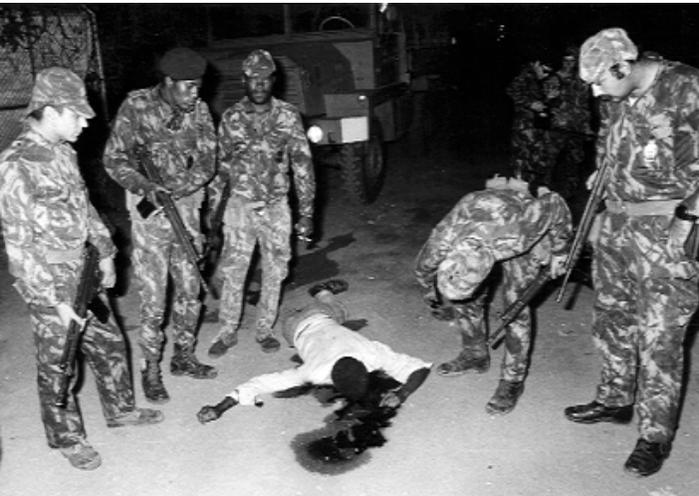
Auch sein neuer Roman – schon ein Jahr nach dem Erscheinen der Originalausgabe ins Deutsche übersetzt – findet auf Anhieb großen Beifall: Von einem „überwältigenden Leseerlebnis“ schwärmt die Kritikerin der Schweizer WELTWOCHEN, der Autor wolle „die Zeit zum Stillstand bringen, ihr auf den Tod hinauslaufendes Nacheinander aufheben“. Und für die FRANKFURTER ALLGEMEINE, die das „Handbuch“ als Fortsetzungsroman druckte, ist der Roman „eine surrealistische Farce über Portugals

alte und neue Eliten, ein psychoanalytisches Tribunal über die bürgerliche Familie und ein Traktat über die Unmöglichkeit der Liebe“.

Tatsächlich bündelt und umspielt das neue Werk noch einmal die Themen und Sujets, die die Romane des Portugiesen seit nun bald 20 Jahren bestimmen: die Beharrlichkeit der Patriarchen noch im Sterben, die Erinnerung an die Grausamkeiten der portugiesischen Kolonialkriege in Afrika und an die Folter unter der Dikta-

tur, die erst mit der Nelkenrevolution 1974 ein Ende fand. Akribisch schildert Lobo Antunes die zerstörten Beziehungen zwischen den Generationen – und zwischen den Geschlechtern: kaum eine weibliche Figur, die nicht von Männern gedemütigt wird oder ihrerseits die Männer quält, zu meist als Ehebrecherin.

So ist es auch die größte Schmach für den Ex-Minister und jetzigen Pflegefall (ihm wird erst im letzten Kapitel, nach knapp 400 Seiten das Wort erteilt), daß er einst die geliebte und abtrünnige Gattin nicht nach Art des Hauses hat bestrafen können: Die sonst so bereitwilligen Kollegen von der politischen Polizei „Pide“ konnten und wollten ihm in diesem Fall nicht zur Hand gehen.



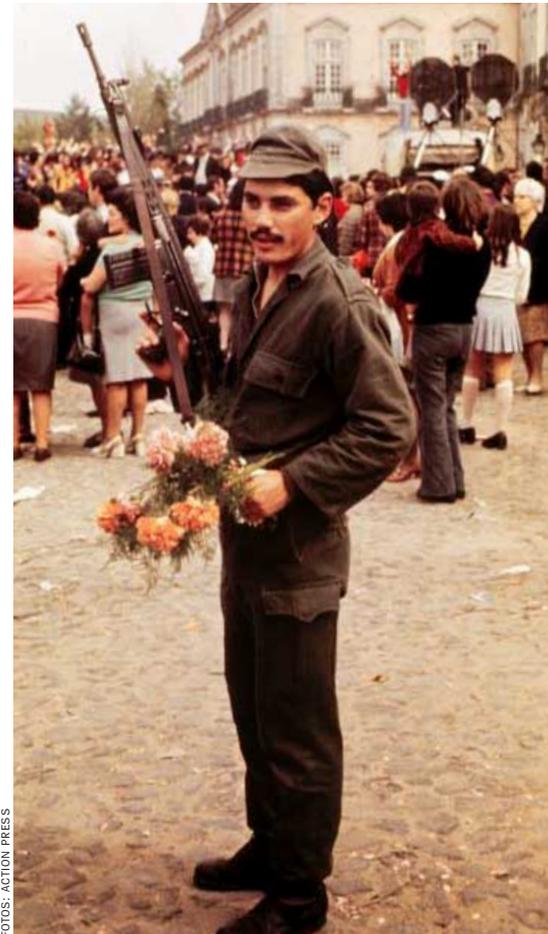
Romanthema Angolakrieg (1974): Koloniale Grausamkeit

er noch auf dem Sterbebett kein gutes Haar.

„Es wird ihm doch nicht etwa wieder bessergehen, können Sie mir garantieren, daß es ihm nicht bessergehen wird, stellen Sie sich vor, es geht ihm wieder besser, und er prügelt mich windelweich?“ So unterbricht eine der vom Hausherrn vor Zeiten vergewaltigten Frauen ihren Bericht, den sie einem anonym bleibenden Interviewer zu Protokoll gibt – während der Patriarch im Krankenhaus längst dahinvegetiert.

Aus solchen mosaikartig sich ergänzenden und widerstreitenden Stimmen setzt sich der neue Roman „Das Handbuch der Inquisitoren“ des Portugiesen António

\* António Lobo Antunes: „Das Handbuch der Inquisitoren“. Aus dem Portugiesischen von Maralde Meyer-Minnemann. Luchterhand Literaturverlag, München; 464 Seiten; 48 Mark.



Romanthema Nelkenrevolution (1974)  
Friedliches Ende von Folter und Diktatur

Ohne Punkt und Komma fällt den Alten im Krankenhaus die Erinnerung an: „Leider können wir nichts machen Herr Minister ausdrückliche Anweisungen des Herrn Präsidenten des Ministerrates die Schwierigkeit der Beziehung die Komplexität der Lage im Inneren die Verbindlichkeiten des Regimes“ – die Frau nämlich war zu einem anderen Günstling übergelaufen.

Das heimliche Zentralthema dieses Romans ist freilich einmal mehr der Krieg in Angola, der die Seelen nachhaltig zerstört hat – in Lissabon spricht man vom „Vietnam Portugals“: Der namenlose fiktive Zeugenbefrager des Romans fördert immer wieder Fetzen und Bruchstücke des Kriegsgreuels zutage.

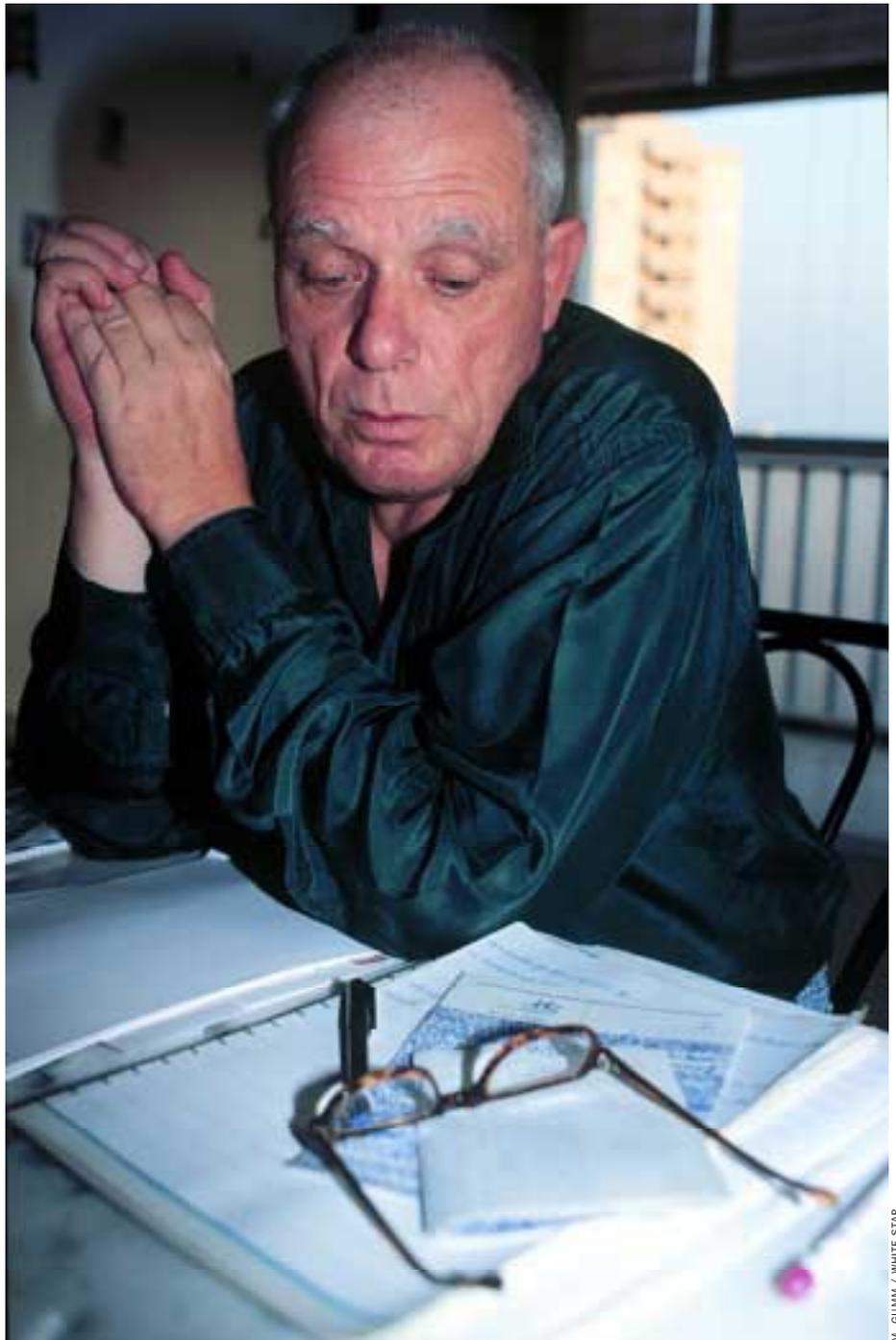
Lobo Antunes, der aus einer wohlhabenden Lissabonner Arztfamilie stammt und als junger Chirurg mehr als zwei Jahre am Krieg in Angola teilnehmen mußte, hat am eigenen Leib die Kluft erfahren, die zwischen den Kriegsheimkehrern und jenen Landsleuten bestand, die – daheim geblieben – das Desaster nur als ferne Nachricht erlebten.

Schon in seinen ersten beiden Romanen, die 1979 in Portugal erschienen, tauchten diese „zwischen Angola und Lissabon“ verlorenen Gestalten auf: In dem – nicht ins Deutsche übersetzten – Buch „Memória de Elefante“ (Elefantengedächtnis) ist es ein junger Psychiater, der sich das erlebte Inferno von der Seele redet, im „Judaskuß“ (als erster Lobo-Antunes-Roman 1987 in Deutschland erschienen) ein Veteran, der in der Bar und im Bett einer namenlosen Frau nur noch davon erzählen kann, wie er und seine Kameraden als „unfreiwillige Besatzer in einem fremden Land und Agenten eines provinziellen Faschismus“ mörderisch agiert haben.

Der Romancier zählt zu den ersten Autoren in seinem Land, die das Kriegstrauma literarisch zur Sprache brachten – und von Anfang an stieß er daheim nicht nur auf Zustimmung. „Wie kein anderer portugiesischer Gegenwartsautor wird Lobo Antunes mit seinem inzwischen auf elf Romane angewachsenen Werk begeistert gefeiert und heftig abgelehnt zugleich“, schreibt der Portugal-Spezialist Henry Thorau in einem von ihm herausgegebenen Sammelband zur portugiesischen Literatur, der in dieser Woche erscheint\*. „Die einen wünschen ihm den Nobelpreis, die anderen die Malaria.“

Lobo Antunes hat die heftige Kritik an seiner Heimat Portugal und ihrer einflußreichen Oberschicht von Buch zu Buch reicher instrumentiert. Und von den monologischen Anfängen ist er zu einer immer vielstimmigeren Schreibweise gelangt, die seinen neueren Romanen wie „Die Lei-

\* Henry Thorau (Hrsg.): „Portugiesische Literatur“. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main; 576 Seiten; 29,80 (gebunden 54) Mark.



**Schriftsteller Lobo Antunes:** *Gefeiert und angefeindet wie kein anderer Autor*

denschaften der Seele“, „Die natürliche Ordnung der Dinge“ und nun „Das Handbuch der Inquisitoren“ zu packender Gegenwartigkeit verhelfen.

Er selbst habe keine Alpträume, erklärt Lobo Antunes, der eine Zeitlang Chefarzt einer psychiatrischen Klinik war und sich seit 1985 – von der wöchentlichen Betreuung einiger Patienten abgesehen – daheim, häufig im Bett, ganz dem Schreiben widmet. Im SPIEGEL-Gespräch (siehe Seite 234) fragt er: „Wo hört eigentlich die Erinnerung auf, fängt die Phantasie an?“

Die Antwort des Arztes und Schriftstellers: „Unsere Einbildungskraft ist nichts

anderes als unsere Erinnerungen, die zur Gärung gekommen sind. Jemand, der sein Gedächtnis verloren hat, kann sich auch nichts mehr vorstellen.“

António Lobo Antunes wird – auf eigenen Wunsch – nicht zur offiziellen Landesdelegation auf der diesjährigen Frankfurter Buchmesse mit dem Schwerpunktthema „Portugal“ gehören, doch seiner wachsenden deutschen Lesergemeinde zuliebe will er einer Einladung seines deutschen Verlags an den Main folgen und in mehreren deutschen Städten lesen. „Ich habe eine große Dankeschuld abzutragen“, sagt er, „ich bekomme so viele Briefe aus Deutschland.“



Autor und Arzt Lobo Antunes (M.) mit Patienten in der psychiatrischen Klinik Miguel Bombarda: *Wie Seelenerforschung auf der Couch*

SPIEGEL-GESPRÄCH

# „Ohne Gedächtnis keine Phantasie“

Der portugiesische Schriftsteller António Lobo Antunes über seine Romane und seine Heimat zwischen Europa und Afrika

**SPIEGEL:** Herr Lobo Antunes, wo spielt der Roman, an dem Sie gerade arbeiten? Beschäftigt er sich wieder mit Portugals jüngster Vergangenheit?

**Lobo Antunes:** Ich nehme mir immer Zyklen vor. „Das Handbuch der Inquisitoren“, das gerade in Deutschland erschien, ist der erste Roman einer Tetralogie. Dabei interessiert mich die Frage der Macht.

**SPIEGEL:** Hauptfigur des „Handbuchs“ ist ein Minister zu Zeiten der Salazar-Diktatur, der den Umsturz der Nelkenrevolution 1974 und den Verlust seines Einflusses nicht verkraftete.

**Lobo Antunes:** Der Roman, den ich gerade fertigstelle, hat einen ironischen Titel, einen Vers aus unserer Nationalhymne: „Helden des Meeres, edles Volk, tapfere, unsterbliche Nation, erhebt von neuem Portugals Pracht“. Es erzählt von den weißen Siedlern in Afrika, ihren komplexen Beziehungen zu den Schwarzen, ihren noch schwierigeren Beziehungen zu den Weißen in Lissabon. Denn als sie nach der Unabhängigkeit der Kolonien ins Mutter-

land zurückkehrten, lebten sie in Portugal weiter so, als wären sie noch in Afrika. Das waren Menschen, die letztlich nirgendwohin gehörten.

**SPIEGEL:** Afrika spielt in Ihrem Werk eine große Rolle. Sind die Kolonialkriege noch immer Portugals Trauma?

**Lobo Antunes:** Das war eine so schreckliche Erfahrung, daraus könnte eine Dokumentation werden, eine Reportage oder ein Essay, aber keine Fiktion. Zumindest fühle ich mich nicht in der Lage, diesen Horror in einen Roman zu kleiden. Krieg ist entsetzlich, grausam, ungerecht.

**SPIEGEL:** Belasten Sie die Erinnerungen noch? Sie waren keine 30 und gerade mit Ihrer Arztausbildung fertig, als Sie nach Angola geschickt wurden.

**Lobo Antunes:** Man ist immer zu jung für den Krieg. Aber ich glaube, er hatte nicht mehr Gewicht als andere Erfahrungen – die Kindheit, das Leben überhaupt. Ich habe keine Alpträume. Aber: Wo hört eigentlich die Erinnerung auf, fängt die Phantasie an? Unsere Einbildungskraft ist nichts

anderes als unsere Erinnerungen, die zur Gärung gekommen sind. Jemand, der sein Gedächtnis verloren hat, kann sich auch nichts mehr vorstellen. Phantasie ist eine besondere Ausdrucksform unseres Lebens, unserer Erfahrungen.

**SPIEGEL:** Wie gehen die Portugiesen heute mit der Vergangenheit um – verdrängen sie die Greuel des Kolonialkriegs und die Düsternis der Diktatur?

**Lobo Antunes:** Das war in Portugal genauso wie in Deutschland. Die Menschen wollten die Zensur, die Geheimpolizei, die Konzentrationslager vergessen. Diese Verdrängung, der Wunsch, Entschuldigungen zu finden, tritt überall ein. Aber jeder Portugiese erinnert sich noch an die Diktatur, und die ganz Jungen haben Väter oder Onkel, die alles miterlebt haben. Deshalb kann bei uns in den nächsten 20 Jahren der Rechtsextremismus sicher nicht an Boden gewinnen. Le Pen oder Neonazis wären in Portugal unmöglich.

**SPIEGEL:** Ist es ein Mythos, daß die portugiesischen Kolonialherren verständnisvoll-



ler mit den Schwarzen umgingen als andere Nationen?

**Lobo Antunes:** Portugal hat eine rassisch sehr gemischte Bevölkerung. Hier leben seit dem 15. Jahrhundert Schwarze. Im Süden gibt es einen starken arabischen Einschlag, im Norden einen keltischen. Juden und Lateinamerikaner kamen. Mit den Entdeckungen und der Seefahrt öffnete sich das Land.

**SPIEGEL:** Gibt es denn heute die vielbeschworene multikulturelle Gesellschaft

gemeinschaft vor elf Jahren stark verändert. Es ist nicht mehr das Armenhaus Westeuropas. Glauben Sie nicht an diesen Wandel?

**Lobo Antunes:** Vor dem Beitritt hat die Regierung damals kein Referendum abgehalten, denn das hätte sie sicher verloren. In der ersten Zeit war alles wunderbar, aus Brüssel floß Geld in Strömen. Während der Diktatur hatten wir keinen Paß. Wer ins Ausland reisen wollte, mußte bei der Polizei Papiere beantragen und bei der Bank

**Lobo Antunes:** Wer in Europa bestimmt, ist die Bundesbank. Ich halte das weder für gut noch für schlecht. Wäre es nicht die Bundesbank, hätte ein anderes starkes Land das Sagen, jedenfalls nicht Portugal.

**SPIEGEL:** Im „Handbuch“ zeigen Sie, daß die Vergangenheit nie erledigt ist, sondern fortwirkt.

**Lobo Antunes:** Hier bin ich mit dem heiligen Augustinus einig, wenn er sagt, daß die Vergangenheit nicht existiert, weil sie schon nicht mehr da ist, und die Zukunft nicht existiert, weil sie noch nicht angebrochen ist. Es gibt nur eine Gegenwart in ständiger langsamer Bewegung, eine große elastische Gegenwart. Die Afrikaner empfinden das übrigens auch so.

**SPIEGEL:** Sie durchleuchten alle Gesellschaftsschichten. Jede Klasse hat ihre eigene Stimme im „Handbuch“.

**Lobo Antunes:** Wenn man verschiedene Stimmen einführt, in denen sich die Personen wie in Spiegeln gegenseitig reflektieren, kann man besser ihre inneren Widersprüche zeigen, tiefer gehen, ganz nah ans Leben herankommen.

**SPIEGEL:** Die „Berichte“ und „Kommentare“ der Personen im „Handbuch“ lassen an Beichtgespräche vor einem katholischen Priester denken oder an Seelenerforschung auf der Couch eines Psychoanalytikers. Hilft Ihnen Ihre Erfahrung als Psychiater an der Klinik Miguel Bombarda, so tief in die Menschen zu blicken?

**Lobo Antunes:** Als ich praktizierte, war ich so mit den Symptomen beschäftigt, daß ich häufig nicht die Zeit fand, eine wirklich menschliche Beziehung zu den Patienten aufzubauen. Aber es hat mir genützt, ein naturwissenschaftliches Studium absolviert zu haben. Mein Vater riet mir dazu. Er sagte, das diszipliniere das Denken.

**SPIEGEL:** Wie haben Sie sich die Weltliteratur erschlossen?

**Lobo Antunes:** Zuerst las ich die Bücher, die zu Hause standen: die großen Portugiesen, Amerikaner und die deutschen Klassiker. Meine Großmutter väterlicherseits war Deutsche. Mein Vater las uns Kindern Goethe vor. Ich wurde zu einem großen Bewunderer dieses Genies. Normalerweise findet man entweder einen Intellektuellen,

der Ideen produziert, oder einen Künstler, der schöpferisch ist. Sartre beispielsweise war nie Künstler. Goethe vereint beides. Und obendrein prägt eine überbordende Sinnlichkeit viele seiner Werke: Ein Mann von fast 80 Jahren, der empört ist, weil ein 20jähriges Mädchen ihn nicht heiraten will – dieser Appetit aufs Leben, auf die Liebe.

**SPIEGEL:** Hatten Sie noch andere Vorbilder, als Sie zu schreiben anfangen?

**Lobo Antunes:** Der Einfluß der Musik war bestimmend: Bach,



H. WESSEL

**Afrikaner aus den Ex-Kolonien in Lissabon:** „Rassismus entsteht, wo es Armut gibt“

wirklich in Portugal, ist Ihr Land Brücke zwischen Europa und Afrika?

**Lobo Antunes:** Wie kann die Vermischung der Rassen bei uns die Dollar-Kultur übertrumpfen? Selbst als hier nach der Revolution Bürgerkriegsklima herrschte, hat der amerikanische Präsident die Welt gleich beruhigt, er werde nie ein kommunistisches Regime in Portugal zulassen. Der US-Botschafter kam damals aus Chile, wo gerade Allende gestürzt worden war. Die Amerikaner hätten hier das gleiche gemacht.

**SPIEGEL:** In den Slums um Lissabon hausen Schwarze aus den ehemaligen Kolonien in miserablen Verschlagen. Viele haben keine Papiere. Sie fühlen sich als die neuen Sklaven der Portugiesen und beklagen sich über verdeckten Rassismus.

**Lobo Antunes:** Rassismus entsteht, wo es Armut gibt. Viele Leute hier leben schlecht. Sie verdienen wenig, arbeiten acht Stunden, verlieren vier Stunden in überfüllten öffentlichen Verkehrsmitteln. Ihre Wohnungen sind klein. Sie hängen abends vor dem Fernseher, bis sie einschlafen. Sie haben noch nicht mal Zeit für Sex.

**SPIEGEL:** Dennoch hat sich Portugal seit dem Beitritt zur Europäischen Wirtschafts-

Geld hinterlegen. Also kamen einfache Bürger nicht raus, heute fahren sie quer durch Europa bis nach Deutschland ohne Paß. Aber ob die Portugiesen sich als Europäer fühlen, weiß ich nicht. Denken Sie viel an das vereinigte Europa? Ich nicht. Wir stellen uns nur metaphysische Fragen, wenn wir genug zu essen haben. Hier können viele nicht einmal ihre elementarsten Bedürfnisse erfüllen, wir sind ein armes Land geblieben.

**SPIEGEL:** Die Regierung ist stolz darauf, daß Portugal gute Chancen hat, von Anfang an bei der Währungsunion dabeizusein.



M. GUJWA / WHITE STAR

**Lobo Antunes, SPIEGEL-Redakteurin\***  
„Denken Sie viel an Europa? Ich nicht“

\* Helene Zuber; vor der Wohnung des Autors in Lissabon.



die Sinfonien von Beethoven und Mahler. Ich lernte auch viel vom Kino. Ich gehöre zu der Generation, die McLuhan die erste post-gutenbergische des Wortes nannte. Uns prägten nicht nur Bücher, sondern Fernsehen, Radio, Presse und Telefon. Das Denken hat aufgehört, logisch oder diskursiv zu sein, es wurde synkretistisch, wie Slogans. Um zu schreiben, muß man alle Bücher vergessen, die man gelesen hat. Doch als Anfänger imitiert man oft.

**SPIEGEL:** In Ihren Büchern geht es um Tod, Leiden, die Unfähigkeit der Männer und Frauen, einander zu verstehen.

**Lobo Antunes:** Unser Traum ist, verstanden zu werden, ohne sprechen zu müssen. Wir hoffen, daß der andere uns versteht, obwohl wir nicht sagen, was wir fühlen, sondern manchmal sogar das Gegenteil. Es gibt immer dieses Spiel zwischen zwei Menschen. Wenn es gelingt, diese Spannung in Literatur umzusetzen, kommt man den Personen am nächsten.

**SPIEGEL:** Der Salazar-Minister im „Handbuch“ sagt immer wieder über Frauen, mit denen er sexuell verkehrt: „Ich mache alles was sie wollen aber den Hut nehme ich nie ab, damit klar ist wer das Sagen hat.“

**Lobo Antunes:** Es gab diesen alten Mann mit Hut wirklich, der sich immer mit jungen Frauen umgab, die aus einer niedrigeren sozialen Schicht stammten. Er sagte genau diesen Spruch. Ein solcher Typ sucht Frauen, die untertänig sind, ihn nicht in Frage stellen.

**SPIEGEL:** Die Frauen im „Handbuch“ sind entweder geknechtet, oder sie sind Luxusgeschöpfe. Karrierefrauen werden als liebestoll lächerlich gemacht. Interessieren Sie die modernen Portugiesinnen nicht?

**Lobo Antunes:** Ganz am Schluß zeige ich doch in einem Kapitel, daß der Mann nicht durch und durch schlecht ist. Der Innenminister Salazars wird gepackt von der Leidenschaft für eine politische Gefangene, die sich aus dem Fenster stürzt und stirbt. Sonst zeigt dieser Roman snobistische Frauen. Ich habe da nichts, aber auch gar nichts erfunden. Ich habe die Figuren aus der sozialen Schicht hervorgeholt, aus der ich stamme. Das ist ein Porträt der portugiesischen Oberschicht, diese Männer, diese leeren Frauen.

**SPIEGEL:** Eine Abrechnung mit der Klasse, in die Sie hineingeboren wurden?

**Lobo Antunes:** Was hat meine Brüder und mich wohl dazu gebracht, in linken Parteien zu kämpfen, uns verhaften zu lassen? Das war auch das Schuldbewußtsein, aus diesem Milieu zu kommen. Es gab dort wenig Raum für Zuneigung, es ging nur darum, Geld zu machen. Die Oberschicht sah die Nelkenrevolution als ein schreckliches Unglück. Der Großvater meiner Mutter war ein bedeutender Bankier. Diese Familie Espírito Santo hatte vor der Revolution eine Bank. Doch mit ihrem Riecher für Geld haben sie es geschafft, jetzt sieben

Banken zu besitzen, in der Schweiz, den USA, in Frankreich und Brasilien. Sie bekamen auch zurück, was verstaatlicht worden war. Der Bankier im „Handbuch“ ist vom Holz dieser Familie.

**SPIEGEL:** Das „Handbuch“ führte lange Portugals Bestsellerliste an, obwohl Sie einen sehr bösen Blick auf Ihr Land werfen.

## Bestseller

### Belletristik

**1 (1) Fredriksson** Hannas Töchter

W. Krüger; 39,80 Mark

**2 (2) George** Denn sie betrügt man nicht

Blanvalet; 46,90 Mark

**3 (3) Høeg** Die Frau und der Affe

Hanser; 39,80 Mark

**4 (4) Grisham** Das Urteil

Hoffmann und Campe; 48 Mark

**5 (5) Roy** Der Gott der kleinen Dinge

Blessing; 42,90 Mark

**6 (6) Leon** Vendetta

Diogenes; 39 Mark

**7 (8) McCourt** Die Asche meiner Mutter

Luchterhand; 48 Mark

**8 (12) le Carré** Der Schneider von

Panama Kiepenheuer & Witsch; 45 Mark

**9 (7) Walters** Dunkle Kammern

Goldmann; 42,80 Mark

**10 (10) Bauby** Schmetterling und Taucherglocke

Zsolnay; 24 Mark

**11 (-) Jacq** Ramses – Der Tempel der Ewigkeit

Wunderlich; 42 Mark

**Pharao im Kampf gegen Verrat, Verschwörung und Intrigen**



**12 (9) Jacq** Ramses – Der Sohn des Lichts

Wunderlich; 42 Mark

**13 (11) Gaarder** Sofies Welt

Hanser; 39,80 Mark

**14 (14) Noll** Kalt ist der Abendhauch

Diogenes; 36 Mark

**15 (-) Cornwell** Trübe Wasser sind kalt

Hoffmann und Campe; 39,80 Mark

**Lobo Antunes:** Während der Diktatur durften die Schriftsteller nicht frei schreiben, sonst wurden sie verhaftet, ihre Bücher beschlagnahmt. Die wenigen Romane, die damals verfaßt wurden, spielen im antiken Griechenland oder in imaginären Räumen. Deshalb wartete das Publikum nach der Revolution auf die Meisterwerke aus den

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin BUCHREPORT

## Sachbücher

**1 (1) Ehrhardt** Gute Mädchen kommen in den Himmel, böse überall hin

W. Krüger; 32 Mark

**2 (2) Carnegie** Sorge dich nicht, lebe!

Scherz; 46 Mark

**3 (3) Drosnin** Der Bibel Code

Heyne; 38 Mark

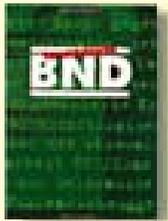
**4 (4) Rabin** Ich gehe weiter auf seinem Weg Droemer; 44 Mark

**5 (5) Dönhoff** Zivilisiert den Kapitalismus DVA; 36 Mark

**6 (6) Ulfkotte**  
Verschlußsache BND

Koehler & Amelang; 48 Mark

Report aus dem  
Schlapphut-Archiv –  
mit einigen  
umstrittenen Stellen



**7 (8) Krämer/Trenkler**  
Lexikon der populären Irrtümer

Eichborn; 44 Mark

**8 (7) Goeudevert** Wie ein Vogel im Aquarium Rowohlt Berlin; 38 Mark

**9 (10) Magnani** Mein Italien

Kiepenheuer & Witsch; 45 Mark

**10 (9) Kelder** Die Fünf „Tibeter“

Integral; 19,80 Mark

**11 (12) Martin/Schumann**  
Die Globalisierungsfalle Rowohlt; 38 Mark

**12 (11) Frister** Die Mütze oder Der Preis des Lebens

Siedler; 49,80 Mark

**13 (14) Forrester**  
Der Terror der Ökonomie

Zsolnay; 36 Mark

**14 (15) Wolf** Spionagechef im geheimen Krieg List; 44 Mark

**15 (13) Hildebrandt**  
Gedächtnis auf Rädern

Blessing; 36,80 Mark

Schubladen. Doch die gab es nicht. Die Autoren hatten sich das Laster angewöhnt, Zensoren auszuweichen. Als 1979 mein erstes Buch erschien, hatte es eine völlig neue Sprache, spielte in Portugal vor und nach der Nelkenrevolution.

**SPIEGEL:** Ein glückliches Zusammentreffen mit der Erwartung der Leser ...

**Lobo Antunes:** ... in einem Land, in dem weniger als 0,3 Prozent der Leute mehr als 30 Bücher besitzen, ist es schwierig, 50.000 Exemplare zu verkaufen. Im Augenblick gilt es als schick, ein Buch von mir zu Hause zu haben. Aber anfangs bin ich sehr heftig angegriffen worden.

**SPIEGEL:** Sie waren früher verärgert über die Kritik in Ihrer Heimat und drohten, nicht mehr in Portugal zu veröffentlichen.

**Lobo Antunes:** Das Prestige in diesem Land kommt immer von außen. Es ist natürlich schwierig, mich jetzt zu ignorieren, da ein Portugiese zum erstenmal den Preis für das beste ausländische Buch in Frankreich bekommen hat. Meine Romane sind in 50 Sprachen übersetzt. Von allen Literaturkritikern schätze ich die deutschen am meisten. Sie sind ehrlich und ernsthaft, versuchen, ein Buch zu verstehen. Ich glaube, derzeit sind Deutschlands Kritiker besser als seine Romanautoren.

**SPIEGEL:** Würden Sie gern im Ausland leben?

**Lobo Antunes:** Ich war schon in New York, in Paris, habe mit einem DAAD-Stipendium in Berlin gelebt. In Deutschland hat mich genervt, daß die Städte um zehn Uhr abends tot sind. Ich mag Diskos, ich tanze gern. In Lissabon gehen die jungen Leute auch unter der Woche bis morgens um fünf aus. Aber der Ort ist nicht wichtig, manchmal habe ich Sehnsucht nach dem Meer. Das Problem ist die Sprache, denn die ist mein Handwerkszeug. Ich bin in einem Haus aufgewachsen, wo mehrere Sprachen gesprochen wurden, es gab bei uns Brasilianer, Deutsche, Italiener. Alle trafen sich in Lissabon, weil mein Großvater als Patriarch die Familie dort vereinte. Wir kannten keinen Nationalismus.

**SPIEGEL:** Nehmen Sie aktiv an der Politik teil? Suchen Politiker manchmal Ihren Rat?

**Lobo Antunes:** Politiker haben mich sehr enttäuscht, mit Ausnahme Willy Brandts. Politiker mögen die Menschen nicht. Sie haben nur ein persönliches Projekt: an die Macht zu kommen – und nehmen utopischerweise an, daß es dem Wohl der Menschen dient. Portugals Drama ist, daß es keine demokratische Tradition hat. Die Parteien wurden nach ausländischem Vorbild gegründet. Die Abgeordneten fühlen sich nicht den Wählern verantwortlich, sondern nur der Partei, die sie aufstellt. Programme sagen den Portugiesen wenig. Sie haben gelernt, den Worten Vaterland, Ehre, Ruhm zu mißtrauen, auf die sich auch die Tyrannei berief.

**SPIEGEL:** Herr Lobo Antunes, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Werbeseite

Werbeseite



POP

# Hartgekochte Eier

Der legendäre US-Sänger Bob Dylan verblüfft seine Fans durch Auftritte an seltsamen Orten – und veröffentlicht nun ein sensationelles neues Album.

Wenn nicht ein Wunder geschieht, wird der Mann demnächst heiliggesprochen. Erst lag er auf den Tod darnieder, lebensgefährlich an einer Herzbeutelinfektion erkrankt (manche raunten, wie in solchen Fällen neuerdings üblich, von Aids), und dann erstand er doch wieder von den Toten. Leichenblasser Kommentar des Meisters: „Ich glaubte schon, ich würde demnächst Elvis sehen.“

Aber auch hienieden ist für seinen ewigen Ruhm gesorgt. Ein Professor an einer amerikanischen Militärakademie schlug ihn vergangenes Jahr für den Literaturnobelpreis vor, weil er „ein nahezu unbegrenztes Universum der Kunst geschaffen“ habe.

Und am vergangenen Samstag sollte er beim Eucharistischen Kongreß in Bologna wenn nicht Elvis, so wenigstens dessen irdischem Stellvertreter, seiner Heiligkeit Johannes Paul II. ins himmelblaue Auge sehen und dazu die Gitarre schlagen. Für Bob Dylan ist kein Ding unmöglich.

In den letzten Jahren hat der inzwischen 56jährige „song and dance man“ (Selbstauskunft) nichts ausgelassen, was seine Anhänger heftig verstörte. Er ist in der US-amerikanischen Militärakademie Westpoint aufgetreten, hat sein einstiges Protest-Lied „The Times They Are A-Changin'“ der Bank of Montreal als Werbe-Jingle überlassen; und er hat, weil's grad Mode war, den Stecker aus der elektrischen Gitarre gezogen und „unplugged“ auf MTV gespielt. Bloß eine Platte mit neuem Material blieb er schuldig.

Seit „Under the Red Sky“ (1990) hatte Dylan keine neuen Songs mehr veröffentlicht. Statt dessen war er auf eine „Never Ending Tour“ durch die ganze Welt gezogen. Bei seinen Auftritten (in Deutschland zuletzt 1996) nuschelte er vorwiegend seine erfolgreichen Lieder aus den Sechzigern und Siebziger ins Mikro und freute

sich, wenn die Zuschauer sie gar nicht wiedererkannten.

Seine Fans mußten sich mit Best-of-Kompilationen, Raubpressungen und einem Kunstband mit Skizzen begnügen, die der Meister auf seinen Tourneen zusammengekritzelt hatte. Dazu kam eine Kompilation aus Cover-Versionen seiner Stücke, die andere Interpreten wie die Leningrad Cowboys oder José Feliciano neu eingespielt hatten („May Your Song Always be Sung“).

Doch jetzt hat die Not ein Ende, soeben ist die neue CD „Time Out Of Mind“ erschienen. Und Dylans 41. Album übertrifft beinahe alles, was er in den vergangenen zwei Jahrzehnten herausgebracht hat.

Vor allem klingt Bob Dylan erstaunlich anders als je in seiner langen Laufbahn. Allenfalls an „New Morning“ erinnert seine Stimme, an jene Platte, auf der er vor 27 Jahren das naturnahe Leben auf dem Land pries.



Popstar Dylan: „So was wie mich habt ihr noch nie gesehen“

Sei es, daß sein Produzent Daniel Lanois, der auch schon U2 und Peter Gabriel betreut hat, gelegentlich energisch wurde, sei es, daß Bob Dylan sich selber zu einer weiteren Häutung entschließen konnte: Er hat jedenfalls seinen bewährten Dilettantismus und damit auch gleich das Singen aufgegeben, beschränkt sich auf einen rauchigen Sprechgesang à la Mark Knopfler und klingt damit besser als je zuvor.

Zehn Stücke lang beschwört Dylan bluestypisch Liebeskummer, die Freuden des Autofahrens, die Einsamkeit der Landstraße und die Veränderung, die sich ankündigt. Bei aller Grämlichkeit bleibt er sich und seinem Selbstbewußtsein treu: „So was wie mich habt ihr überhaupt noch nie gesehen.“

Um „Erlösung“ betet er und beeilt sich, „in den Himmel zu kommen, ehe sie die Tür zumachen“. Einen so frommen Diener liebt der päpstliche Herr ganz gewißlich.

Die Erlösung kommt freilich nie, unendliche Melancholie verdüstert die Szene, und der Songwriter „spaziert über den einsamen Friedhof in meinem Kopf“. Beständig orgelt dazu der Studiomusiker Jim Dickinson auf dem Klavier, pickt Duke Robillard auf der Gitarre, so daß es manchmal klingt, als probiere der längst verewigte Doors-Sänger Jim Morrison Stücke von Bert Brecht und Kurt Weill.

Die düstere Stimmung steigert sich im elften und letzten Stück „Highlands“, einem mehr als 16 Minuten langen Talking Blues. Anders als in den legendären Erzählgedichten auf seinen ersten Alben (zum Beispiel „Bob Dylan's 115th Dream“) protzt Dylan nicht mehr mit seinen zusammengesuchten Lese Früchten, sondern erzählt einfach eine so belanglose wie traurige Geschichte aus seinem Leben.

Sie handelt von hartgekochten Eiern und wie man sie nicht bekommt. Wie er einmal in Boston strandete, ein leeres Café betrat und auf verquere Art mit der Kellnerin zu flirten begann, sie schließlich zeichnete, was das Modell sehr ungnädig aufnahm, worauf das Gespräch auf Frauenliteratur übergegangen sei. Der Erzähler bekennt sogar, daß er schon mal etwas von Erica Jong („Angst vorm Fliegen“) gelesen habe. Aber natürlich finden sie doch niemals zusammen, die Kellnerin und der einsame Wolf.

Es ist ein ganz und gar ergreifendes Stück, kunstlos, verzweifelt ernst und auch wieder komisch wie der Dialog in einem alten W.-C.-Fields-Film.

Beim Nationalen Eucharistischen Kongreß in Bologna war fürs vergangene Wochenende auch ein einheimischer Troubadour namens Adriano Celentano angekündigt. Die Heilige Dreifaltigkeit hätte sich also zu einer satansmäßigen Jam-Session zusammuntun können: der Papst und seine zwei frömmelnden Meßdiener mit Engelszungen fleißig beim Lobpreisen des Allerhöchsten.

Großer Bob, wir loben dich. ◆



Werbeseite

Werbeseite



HAUPTSTADT

# Elegant im Regen

In seinen Erinnerungen geißelt der ehemalige Berliner Kultursenator Ulrich Roloff-Momin die Hauptstadtpolitiker als ignorante Banausen.

Als bei der Premiere der „Entführung aus dem Serail“ in der Deutschen Oper ein paar sparsam bekleidete und schwarz geschminkte Statisten die Bühne betreten, regt sich hinter dem Rücken des Berliner Kultursenators Ulrich Roloff-Momin gesundes Volksempfinden. „Und die bezahle ich alle!“, raunt der Kabinettskollege und Finanzsenator

seinen Ende Oktober erscheinenden Memoiren skizziert er ebenso plastisch wie drastisch, auf welch vorzugsweise unterirdischem Niveau Berliner Politiker über Kultur debattieren und entscheiden\*.

Der vormalige Präsident der Hochschule der Künste zieht nicht nur Bilanz über den schwierigen Umgang mit den Kulturinstitutionen Ost-Berlins, sondern plaudert auch hübsch indiskret aus dem Nähkästchen der seit bald sieben Jahren Berlin verwesenden Großen Koalition. Mit der Offenheit eines Mannes, der keine politischen Ambitionen mehr hegt, konsolidiert er dabei die schlimmsten Vorurteile über den Provinzialismus der Hauptstadtpolitik.

Die erste Lektion, die Roloff-Momin schon unmittelbar nach seinem Amtsantritt lernt: Dem Senat kann kein kultur-fremdes Problem unbedeutend genug sein, als daß es nicht ausführlichst erörtert werden müßte. So diskutieren seine Kabinettskollegen eine knappe Stunde engagiert über die weltbewegende Frage, ob

Für den Regierenden Bürgermeister sind Kulturtermine offenbar pure Fron. Als Eberhard Diepgen bei der Uraufführung der vom Neutöner Aribert Reimann komponierten Oper „Das Schloß“ Claudio Abbado, den Chef der Berliner Philharmoniker, entdeckt, hört Roloff-Momin Diepgen murmeln: „Daß der sich das antut!“

Obleich Berlin bislang allein mit Kultur Metropolitanen zu bieten hat, steht sie in der Hierarchie der Hauptstadtpolitiker ganz unten. Während Roloff-Momin der CDU immerhin attestiert, daß sie „Kunst, die ihrem konservativen Weltbild entspricht“, ernst nimmt, erlebt er die Sozialdemokraten als klassische Kulturbanausen. „In der Prioritätenskala der SPD“, konstatiert er, „rangierte Kultur weit abgeschlagen nach dem Sozialen, nach der Wirtschaft und öffentlicher Sicherheit.“ Die Genossen empfänden sie schlicht als Luxus, „der in finanziell engen Zeiten als erstes geopfert werden könnte“.

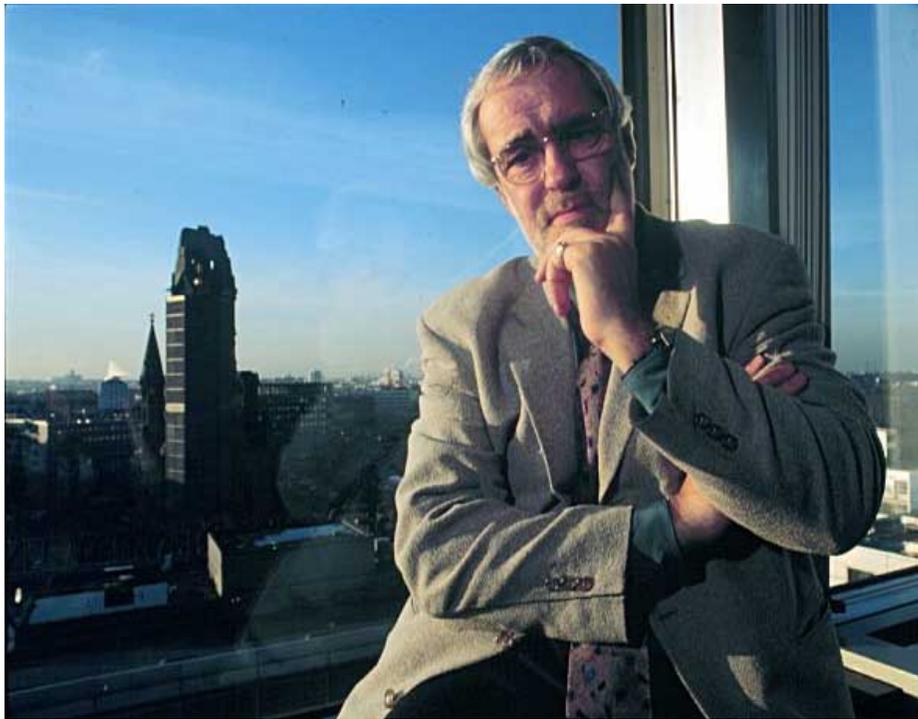
In den SPD-Fraktionssitzungen sind Kulturthemen verhaßt, zur komplizierten Zusammenführung der beiden Berliner Akademien Ost und West etwa fällt den Sozis außer Obstruktion nichts ein. Jede Sitzung der SPD-Fraktion, in der nicht über Kultur diskutiert wurde, berichtet Roloff-Momin, „erschien mir schließlich als Gewinn“.

Wenn sich Berliner Lokalmatadore doch einmal in der Kulturpolitik engagieren, handelt es sich um eher obskure Interventionen. So bedrängt während der Verhüllung des Reichstags durch Christo und Jeanne-Claude der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion den Kultursenator, doch bitte auf die eigensinnigen Künstler Einfluß zu nehmen. Die beiden hatten es kategorisch abgelehnt, die weltberühmten drei Tenöre vor ihrem Kunstwerk singen zu lassen.

Für die Hauptstadtpolitiker ist das nahezu einzige Kriterium in Kulturfragen die Kaufkraft, die das Treiben der Künstler in die wirtschaftlich anämische Stadt bringen soll. Diese kenntnisferne Standortpolitik frustriert den Kultursenator zunehmend. Richtig ernst für ihn wird es jedoch erst bei der Schließung des Schiller-Theaters.

Bei einer der notorischen Berliner Spar-klausuren fordert der CDU-Finanzsenator Piroth kurz vor Mitternacht: „Herr Roloff, Sie müssen das Schiller-Theater schließen.“ Der Kultursenator leistet Widerstand – bis ihm unerwartet ein SPD-Senator in den Rücken fällt. Nachdem sich sofort ein Sturm heuchlerischen Protestes gegen die Schließung des künstlerisch heruntergewirtschafteten Hauses erhebt, lassen ihn die Kollegen aus dem Senat elegant im Regen stehen – und Roloff-Momin gilt fürderhin als heimtückischer „Schiller-Killer“.

„Die Kultur ist für die Entwicklung unseres Gemeinwesens zu wichtig“, lautet das bittere Fazit des gescheiterten Kultursenators, „um sie weiterhin von den Politikern ausdörren zu lassen.“



F. ZIMMERMANN / OSTKREUZ

**Ex-Senator Roloff-Momin:** *Verdruß über den Provinzialismus der Senatskollegen*

Elmar Piroth erbot seiner Gattin zu. „Aber das wird sich ändern!“

Solche Prachtbeispiele für Geschmacks-sicherheit und kulturpolitischen Verstand sind für Roloff-Momin keine Überraschung mehr. Der bärtig-barsche Jurist, der von Januar 1991 bis Anfang 1996 als parteiloser, von der SPD nommierter Kultursenator eine vergleichsweise gute Figur machte, durfte solche Szenen mehr als einmal erleben. Und er behält sie nicht für sich.

Von der Großen Koalition als „Schiller-Theater-Mörder“ stigmatisiert und am Ende schnöde durch den Christdemokraten Peter Radunski ersetzt, hat Roloff-Momin die Zeit zum Schreiben genutzt: In

eine im Brandenburgischen absolvierte Führerscheinprüfung in Berlin anerkannt werden soll.

Der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen vergnügt sich monoton damit, schulmeisterlich jede Vorlage bis ins kleinste Detail – die Interpunktion inklusive – zu kommentieren. Kultur wird entsprechend der Numerierung der Einzelhaus-haltspläne im Senat immer als Punkt 17 von insgesamt 18 Punkten der Tagesordnung aufgerufen. Und sobald dies geschieht, setzt allgemeine Unruhe ein.

\* Ulrich Roloff-Momin: „Zuletzt: Kultur“. Aufbau-Verlag, Berlin; 248 Seiten; 39,90 Mark.



Werbeseite

Werbeseite



KINO

# Gift und Galle

Was Hollywood kann, kann der neudeutsche Unterhaltungsfilm schon lange: Bestseller verfilmen. Jetzt hat es den Krimi „Die Apothekerin“ erwischt.

Daß Nolls Erfolgskrimi eine ausgesprochen fiese Weiberfarce ist, so schwarz wie die Trauerkleidung, die Hella am Grab ihrer Opfer trägt, hat Regisseur Rainer Kaufmann in seiner Leinwandfassung der Geschichte immerhin gemerkt. Und er gibt sein Bestes, um die Macht entfesselter Biederkeit in schaurig verzerrten Bildern zu illustrieren.

Nur ist der neudeutsche Unterhaltungsfilm, zu dem Kaufmann die Komödie

ruchtheit und Verrufenheit, endlich auch wieder die gute alte Verquickung von Geilheit, Gewalt und Geld.

So jedenfalls ist das geplant, und so sind auch die weiteren Hauptdarsteller der „Apothekerin“ ausgewählt: Mit ihren schiefen Visagen bewähren sich Jürgen Vogel (als treulos raffgieriger Charmeur und Erstgatte Hellas) und Richy Müller (als ihr unzuverlässiger Liebhaber) auch hier wieder als neudeutsche Animaliker.



Filmpaar Vogel, Riemann: Die Frauen wissen nicht, was sie wollen, und die Kerle wissen nicht, was sie sollen

W ehe, wenn ihr Kinn sich entschlossen nach oben reckt, ihre Pupillen sich verengen und ihre Augenbrauen sich zum Bermudadreieck hochziehen: Dann sollte man dieser Frau nicht in die Quere kommen – nur merkt das niemand, denn leider guckt wieder kein Mensch.

Die Apothekerin Hella, erfunden von der Weinheimer Krimi-Autorin Ingrid Noll, ist Inbegriff all jener deutschen Frauen, nach denen sich kein Mann mehr umdreht. In Anfangdreißigerinnen wie Hella, etwas verkiffen, aber gar nicht unattraktiv und eigentlich eine gute Partie, schwelt die Rachgier, weil sie das Wenige nicht kriegen, was sie vom Leben wollen: „Einen Mann, ein Haus, ein Kind. Die Reihenfolge war mir egal.“ Sagt Hella. Und sorgt mit ihrem Bermudadreiecks-Blick dafür, daß sie Mann, Haus, Kind und eine satte Erbschaft doch noch kriegen wird.

Vorher werden zwar ein paar Leute an vergifteten Zahnprothesen sterben, aus dem Fenster in den Tod fallen oder schwer betrunken in einem Dachgeschoß verkoken – aber was soll's. Der Weg zur bourgeoisen Idylle ist halt ein Kriegspfad.

„Stadtgespräch“ beitrug, derzeit selbst so bieder wie die säuerliche Hella (ideal besetzt: Katja Riemann). Nehmen wir etwa den Sex: Trotz aller Beziehungs- und Geschlechterwirren fehlt es dem heimischen Filmschaffen der letzten Jahre an jenen aufgeladenen Begegnungen, die auch im Zuschauer fleischliches Begehren wachrufen. Die glatten Figuren schaffen gerade mal einen Quickie zwischendurch, oder sie liegen gleich ratlos in den Betten, die Decken keusch bis unter die Achseln hochgezogen, weil es partout nicht klappen will mit dem Orgasmus. Die Frauen wissen nicht, was sie wollen, und die Kerle wissen nicht, was sie sollen: Der Sex steckt in der Krise.

Aus der will ihm Kaufmann jetzt heraushelfen. Nichts stachelt die Triebe seiner zickigen Heldin so an wie der Gedanke an drohende Gefahren: Ihre besten Orgasmen hat die Apothekerin aus Leidenschaft – „Ich liebe Menschen, denen es schlechtgeht“ – immer dann, wenn sie mit ihren Liebhabern über die Wirksamkeit einzelner Gifte fachsimpelt („Ist es tödlich?“ „Ja, aber erst ab zwei Gramm“) oder von ihnen als Killerin entlarvt wird. Endlich wieder mal schmutziger Sex, Ver-

Bloß sieht der Zuschauer dummerweise der „Apothekerin“ ihre Patentrezepte in fast jeder Einstellung an. Schwarz und stark soll der Film sein, schurkisch, sexy und von glitzernd hinterhältigem Witz. Aber auch wenn sich Kaufmann noch so redlich anstrengt, Gift und Galle auf die Leinwand zu speien: Er erinnert stets an einen Klassenstreber, der nach Schluß entschlossen den wilden Max abgibt.

Ihre Boshaftigkeit teilt „Die Apothekerin“ in so vorsichtig homöopathischen Dosen aus, daß Risiken und Nebenwirkungen nicht zu verspüren sind. Nur ein leichter Druck im Kopf stellt sich ein, wenn der Zuschauer die diversen Albernheiten der Dramaturgie verschmerzen muß – und wenn er daran denkt, wie berauschend ein toxikologisch bewandertes Film wirken kann, der wahren Gefallen am Schurkischen (zuletzt „Das Tagebuch des jungen Giftmischers“) findet.

Die chronische Krankheit des neudeutschen Films, das Konventionell-bis-zum-Kopfschmerz-Syndrom, kann auch „Die Apothekerin“ nicht kurieren. Ein Aspirin, bitte. ♦





Star McGregor in „Brassed Off“: „Ich mag keinen Kaffee“



Herman-Film „Brassed Off“: Klassenkampf im Kohlenpott

STARS

## Desperado mit Glamour

Power und frecher Charme haben den Schotten Ewan McGregor zum Kino-Idol gemacht. Nun beginnt die Weltkarriere.

**D**er schicksalsschwere Augenblick kommt bald nach Beginn der Geschichte: Er hat sie nach ihrem ersten abendlichen Drink im Pub bis vor die Haustür begleitet, und da fragt sie ihn, ob er noch zu einer Tasse Kaffee raufkommen wolle in ihre möblierte Bude.

Er stammelt: „Ich mag keinen Kaffee“ und macht sich hastig davon: Angst des Provinzproleten vor der attraktiven, selbstbewußten, gebildeten Großstädterin, Klassenkrampf also. Da wir uns aber im Kino befinden, in dem britischen Grubenarbei-

ter- und Arbeitslosigkeitsfilm „Brassed Off“, gehen natürlich beide in Revision, denn im Grunde fliegen sie doch seit dem ersten Blick-in-Blick aufeinander, daß es raucht. Die Krisen kommen später.

Im sogenannten wirklichen Leben, nicht nur in London, ist er nicht der Typ, der sich aus dem Staub macht, doch es beengt ihn die Unannehmlichkeit, daß er nicht einfach und ungestört im Pub um die Ecke ein Bier zischen kann: Er ist nun mal Ewan McGregor, die Rakete von Kerl, die mit dem Film „Trainspotting“ hochging, und also nach den Oasis-Brüdern das umschwärmteste Jugendidol der Nation.

Er ist 26, er ist ein Provinzprolet aus dem hinteren Schottland, doch es konnte nicht sein, daß er nicht bald auffiel, nachdem er den Weg auf eine Schauspielschule in London gefunden hatte: bei diesem Aussehen, dieser elektrisierenden Vitalität, die ihn strahlen läßt, und dabei alle Verwundbarkeit tief in den grauen Augen. Er muß ein Arbeitsbesessener sein, denn er hat sich kaum Verschnaufzeit gegönnt, seit er 1992 von der Schule weg einen Part in der TV-Bürokratie-Satire „Lipstick On Your

Collar“ bekam und rasch hinterher die Hauptrolle in einer britischen Fernsehfassung von Stendhals „Rot und Schwarz“.

Das schottische Erbe und eine Glasgow-Connection haben ihn in die Kino-Karriere katapultiert: Der Regisseur Danny Boyle drehte mit ihm 1994 die maliziöse Farce „Shallow Grave“ („Kleine Morde unter Freunden“) und dann die Junkie-Ballade „Trainspotting“, von deren Riesenerfolg niemand geträumt hatte. So eröffnete das Tauchbad in einer verdreckten Toiletenschüssel dem Draufgänger McGregor den Weg in den internationalen Glamour.

Er wurde mit Lockenperücke in dem amerikanischen Jane-Austen-Film „Emma“ von Gwyneth Paltrow umschwärmt, er ließ sich nackt in Peter Greenaways Hongkong-Erotikum „Die Bettlektüre“ von Kopf bis Zeh mit japanischen Schriftzeichen bemalen, er stolzierte in Irland als Kunst-Gärtner in barocken Kniehosen durch die schwerfällige Kostümkomödie „The Serpent's Kiss“ – in „Brassed Off“ nun endlich hat er wieder handfeste Kino-Realität und die heimlich schwere Erde des Nordens unter den Füßen.

„Brassed Off“ spielt in Yorkshire, dem einst blühenden britischen Kohlenpott, den Zechenschließung um Zechenschließung in ein kahles Depressionsland verwandelt haben, und der Autor-Regisseur Mark Herman, der aus Yorkshire stammt, hat in einem phantasievollen Kraftakt zustande gebracht, daß – gegen alle Wahrscheinlichkeit – ein Arbeitslosigkeitsdrama nicht flüggellahm und mit Kummerfalten daherkommt, sondern von einer störrischen, geradezu wütenden Überlebenslust erzählt.

Das ist nicht nur Ewan McGregors Sache, der als Kumpel Andy den Kaffee der flotten Blondine Gloria (Tara Fitzgerald) zu schätzen lernt. Um sie herum baut Mark Herman einen scharf geprägten Kleinstadt-Mikrokosmos auf und entwickelt besonders eindringlich ein Vater-Sohn-Drama (zwischen Pete Postlethwaite und Stephen Tompkinson), das, sehr kohlenpott-typisch, das örtliche Amateur-Blasorchester in den Mittelpunkt rückt: Während die Zeche abgewickelt wird und der Ort in Trübsal sinkt, macht die lokale Blech-Band wunderbar Furore – einer der schönen kleinen Siege der Kunst über die Wirklichkeit.

Ewan McGregor, der Rastlose, hat inzwischen schon wieder ein paar Filme gedreht (als Rockstar in „Velvet Goldmine“ oder, zum drittenmal mit dem Regisseur Danny Boyle, als schottischer Desperado im Wilden Westen in „A Life Less Ordinary“), und nun stürzt er sich in ein Abenteuer, das ihn in die fernsten Galaxien und bis ins nächste Jahrtausend befördern wird: Mit ihm als Star hat George Lucas in London die Dreharbeiten zu seiner neuen „Star Wars“-Trilogie begonnen. Vom Hauptdarsteller der ersten hat man danach nie mehr viel gehört, doch einem Feuerkopf wie Ewan McGregor wird das nicht passieren. ♦





I. JONES / GAMMA / STUDIO X

Harvey-Gemälde „Myra“ (vor dem Attentat)

„Sensation“-Werke in der Londoner Royal Academy: Ein provokantes Gegenbild zu den Ikonen der Models und Royals

AUSSTELLUNGEN

## Unter den Augen der Mörderin

Londons Kunstszene zelebriert einen Skandal: In der Nachwuchs-Schau „Sensation“ floß Tinte und flog ein Ei. Ist die coole Weltsicht der Jungen nur zynische Masche?

Interessseloses, entspanntes Wohlgefallen – gut und schön. Für alte Meister und Impressionisten läßt sich behaglich schwärmen. „Aber die Hauptaufgabe neuer Kunst“, so sieht es Norman Rosenthal, Ausstellungsleiter der Royal Academy in London, „ist es, dieses Gefühl des Behagens zu stören.“

Diesmal scheint das tadellos zu klappen. Die Schau junger britischer Kunst, die nun bis zum 28. Dezember in den noblen Aka-

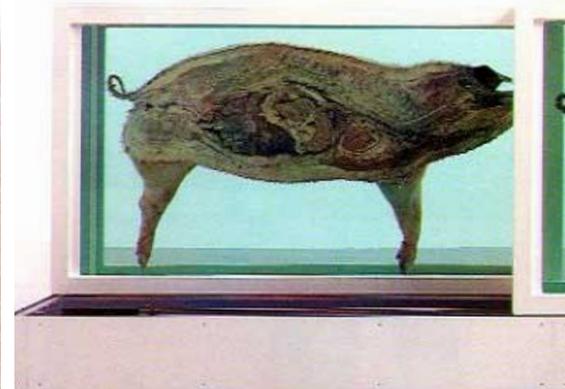
demieräumen am Piccadilly gezeigt wird, hatte schon im voraus viele Gemüter erhitzt. Und kaum war sie vorletzte Woche eröffnet, da machten entschlossene Besucher den Ausstellungstitel „Sensation“ auch handgreiflich wahr.

Einem von ihnen war es gelungen, je einen Behälter mit blauer und mit roter Tinte an den Wachen vorbeizuschmuggeln; im passenden Moment ergoß er das Zeug über ein provokantes Bild. Wenig später warf



I. JONES / GAMMA / STUDIO X

Chapman-Skulptur „Große Taten gegen die Toten“



Hirst-Installation „Dieses kleine Schwein ...“

ein anderer noch ein rohes Ei nach. Die Polizei nahm beide Vandalen in Gewahrsam. Seitdem stehen Interessenten Schlange wie sonst nur für Monet oder Cézanne, und die Lokalpresse macht sich – so das amerikanische Magazin NEWSWEEK – „mit hervorquellenden Augen und bebenden Mandeln“ über das Thema her.

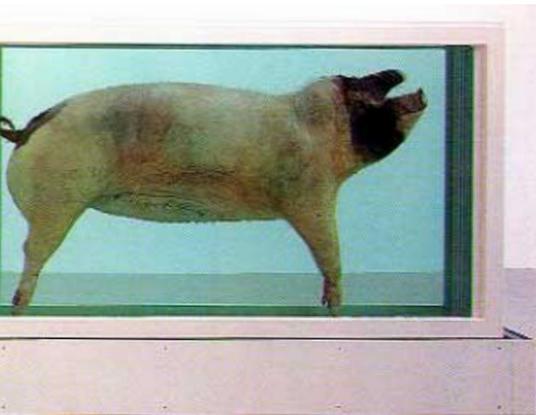
Derart lebhaft, sogar rabiate Anteilnahme wie jetzt in London ist der zeitgenössischen Kunst nur noch ausnahmsweise beschieden. Der Protest der Traditionshüter gegen künstlerische Regelverstöße ist weithin erlahmt, die meisten Avantgarde-Schauhäuser stehen unbehelligt im Schatten des Publikumsinteresses.

Bei „Sensation“ aber trifft der Geist der 229 Jahre alten Royal Academy, deren Künstler-Mitgliedschaft ihre Schöpfungen Sommer für Sommer in eine „deprimierende Parade der Mittelmäßigkeit“ (so das Szeneblatt TIME OUT) einzubringen pfllegt,

auf eine häufig unbekümmert vulgäre Nachwuchsgeneration. Und die begnügt sich nicht mit ästhetischen Neuerungen, sondern schockt immer wieder auch mit brutalen oder obszönen Motiven.

Jenes jetzt mit Tinte und Ei bekleckerte Gemälde – „Myra“ von Marcus Harvey – hat freilich auf den ersten, uneingeweihten Blick nichts Abstoßendes und wirkt allenfalls durch sein Format (3,96 mal 3,20 Meter) bedrohlich. Doch der Künstler hat eine landesweit bekannte Verbrecherin porträtiert: die mehrfache Kindermörderin Myra Hindley, die, seit Jahrzehnten zu lebenslanger Haft verurteilt und hinter Gittern, britischen Zeitungslesern ein Horror-Begriff geblieben ist.

Maler Harvey, 34, stellt sie nach einem alten, in vielen Medien abgedruckten Polizeifoto als jugendliche Blondine dar. Das Thema erinnert an Andy Warhols Steckbrief-Bilder der „Most Wanted Men“, die Technik eher an die Raster-Porträts des Hyperrealisten Chuck Close, nur daß die Malfläche mit Abdrücken von (Kinder-) Händen übersät ist. Eine Gesellschaft, die sich sonst an den Ikonen von Models und Royals labt, müßte wohl auch dieses Pro-



minentenbild anderer Art aushalten können. Bei „Sensation“ war das Werk bis zum Attentat schon von weitem, durch eine ganze Saalflucht hindurch, sichtbar. Demnächst soll es – gereinigt – in die Ausstellung zurückkehren.

Das dürfte, gewiß zugunsten der Besucherstatistik, die Diskussion neu anfachen, ob Harvey mit seiner Malerei nicht etwa nur zynisch demonstrieren wolle, daß er „cooler“ in die Welt blickt als andere Leute (THE INDEPENDENT). Es wird eine „Anti-Myra-Brigade“ (THE DAILY TELEGRAPH) unter den Akademikern, die angeblich schon die Abwahl des amtierenden Präsidenten plant, zusätzlich erbittern; einzelne sind schon ausgetreten.

Und das restaurierte Werk wird auch die Mutter eines Hindley-Opfers abermals kränken, die schon am ersten Ausstellungstag schlangestehende Besucher zum Boykott aufrief – ohne das Haus betreten und das Bild sehen zu wollen. Dabei hatte die Royal Academy frühzeitig die Selbst-

Werbeseite

Werbeseite

verständlichkeit beteuert, ihr „Abscheu“ vor Hindleys Taten stehe nicht in Frage.

Laut DAILY TELEGRAPH wäre „Myra“ einen Monat vor der Eröffnung fast noch aus der Auswahl geflogen; nur an dem schon weit gediehenen Katalog mit der entsprechenden Abbildung sei das Zugeständnis gescheitert. Ausstellungsmacher Rosenthal freilich will nichts davon wissen, daß Harveys „bewegendes“ Kunstwerk jemals zur Disposition gestanden habe.



Emin-Zelt bei „Sensation“: Auflistung der Beischlafpartner

Unbestritten hingegen: Das ganze Ausstellungsvorhaben „Sensation“ war zunächst eine unter Zeitdruck beschlossene Notlösung. Rosenthal, 52, in Deutschland vor allem als Partner des Berliner Schau-impresario Christos Joachimides bekannt, mit dem er auch „Die Epoche der Moderne“ (SPIEGEL 19/1997) organisiert hat, wollte ebendieses vielkritisierte Renommierprojekt im Herbst nach London übernehmen. Doch, so sagt er, die Unsicherheit, welche Leihgaben dafür zur Verfügung gestanden hätten, stimmte das zuständige Academy-Komitee skeptisch.

Der Ersatz lag buchstäblich nahe. Denn in der Tat ist die Frage berechtigt, die Rosenthal im „Sensation“-Katalog aufwirft: ob nämlich London nicht als das werdende Welt-Kunstzentrum zu gelten habe. Seit rund einem Jahrzehnt rumort die dortige junge Szene heftiger als die in Köln, Paris und sogar wohl New York. „Young British Art“ (YBA) ist längst kein Geheimtip mehr, sondern international schon weit herumgezeigt worden, etwa vor einem Dreivierteljahr im Kunstmuseum Wolfsburg. Nur London selbst hatte noch kein Panorama dieser Art zu Gesicht bekommen.

Aber die Bilder und Objekte waren griffbereit im Lager. Der Londoner Werbezar Charles Saatchi hatte sich von Anfang an bei den jungen Künstlern umgetan, hatte ihre Werke in riesigen Mengen gesammelt und damit die Strömung wohl auch entscheidend gefördert. Daß er Bestände aus früheren Ankauf-Schüben – etwa Minimal Art oder Neue Wilde – inzwischen wieder

abgestoßen hat, macht ihn für viele Kritiker als Spekulanten verdächtig; doch ob er dabei Geld verdient oder verliert, weiß niemand so genau.

„Sensation“ bedient sich ausschließlich aus dieser einzigen, dafür freilich unentbehrlichen Privatsammlung – eine weitere Angriffsfläche, mag Rosenthal auch behaupten, gerade dadurch bekomme seine Schau ihren Biß. Gemeinsam mit Saatchi hat er aus geschätzten 1500 Stücken 110

Werke von 44 im Durchschnitt 35jährigen Künstlern ausgesucht.

So zeigt die Ausstellung einen Querschnitt durch eine bunte, vitale und oft genug beherzt geschmacklose Kunstproduktion. Keineswegs gibt Harveys „Myra“ einen verbindlichen Ton an. Neben den Formaldehyd-Aquarien, in denen der Szene-Primus, Schockmeister Damien Hirst, seine halbierten oder gevierteilten Kühe, Schafe und Schweine darbietet, stehen die Negativ-Formen aus Gips und buntem Kunststoff, die Rachel

Whiteread von Hockern, Badewannen und ganzen Räumen abgießt. Marc Quinn läßt den Betrachter vor einer Selbstporträtbüste aus tiefgekühltem Eigenblut frösteln, Tracey Emin dekoriert ein Zelt ausführlich-autobiographisch mit den Namen „aller, mit denen ich jemals geschlafen habe“.

Wer nimmt da Anstoß? Die Brüder Jake und Dinos Chapman können sich für ihr Motiv grausig Verstümmelter auf das Vorbild Goya berufen. Und selbst ihre monströs zusammengewachsenen Puppenmädchen mit den überraschend plazierten Genitalien würden – in ihrem für Minderjährige gesperrten Kabinett – wohl keinen Besucher zum Kindesmißbrauch verleiten.

### Monströse Mißbildungen im Sonderkabinett für reife Ausstellungsbesucher

So jedenfalls räsoniert wohlwollend der Kritiker Adrian Searle im GUARDIAN, der „Sensation“ insgesamt als „überfällige Ausstellung“ einstuft.

Aber die coole Masche bleibt ein Risiko: Was für sich noch akzeptabel wäre, kann durch den Zusammenhang schon in schiefes Licht geraten. Daß bei „Sensation“ der Blick der gemalten Myra Hindley, sofern das Bild gerade an seinem Platz hängt, sich – inszeniert oder zufällig – ausgerechnet auf eine der alptraumhaften Chapman-Szenarien zu richten scheint, das nennt Searle denn doch eine „billige und mitleidlose Verbindung“.

Werbeseite

Werbeseite



JAZZ

# Hüpfender Kobold

Als hervorragende Jazzsängerin gilt Dee Dee Bridgewater schon lange. Nun liefert sie mit einer Ella-Fitzgerald-Hommage ihr Meisterstück ab.

In den ersten Herbstwochen werde sie verschwunden sein, sie werde sich verstecken, sagt Dee Dee Bridgewater. Eine dunkle Wolke schwebte über ihrem Kopf, und sie habe fürchterliche Angst.

Doch Bridgewater sieht nicht aus wie eine Frau, die sich so leicht schrecken läßt. Sie spielt nur ein bißchen Theater.

Was die Sängerin angeblich zittern läßt, ist in Wahrheit etwas, auf das sie stolz ist. Gerade ist ihre neue CD „Dear Ella“ erschienen. Gemeint ist die First Lady of Jazz, Ella Fitzgerald, die im vergangenen Jahr starb, verehrt und geliebt von Kollegen und Millionen Fans.

Ein wenig kokett ängstigt sich Bridgewater vor ablehnenden Reaktionen auf ihre Hommage. „Wenn den Leuten die Platte nicht gefällt, dann werden sie alle schreien: Wie kann sie es wagen?“ Das sieht sie ganz richtig. Es gehört Mut dazu, die Songs zu singen, mit denen Ella die Menschen begeistert hat: „How High The Moon“, „Lady Be Good“ oder „Mack The Knife“ mit improvisiertem Text.

Doch Bridgewater ist nicht nur mutig, sondern längst auch eine der besten lebenden Jazzsängerinnen. Deshalb versucht sie auch gar nicht, wie Ella zu singen. „Das kann sowieso niemand“, sagt sie.

Nur einmal hat sie sich bei den Aufnahmen im Studio wohl zu sehr in ihr großes Vorbild versetzt. Sie sang gerade eine Scat-Passage, also einen Melodiefetzen mit bedeutungslosen Silben, als mit einemmal ihr Bassist Ray Brown, der ein paar Jahre mit Ella verheiratet war, große Augen machte. „Baby, es lief mir kalt den Rücken runter“, sagte Brown hinterher zu Dee Dee, „das war, als ob sie singt.“

Dee Dee steht für Denise. Aber einen so fremdländischen Namen konnte wohl niemand in Memphis, Tennessee, wo Denise geboren wurde, richtig aussprechen.

In der Schule sang sie mit ein paar anderen Mädchen. Ihre ersten Soloauftritte hatte sie mit 16 in Clubs in Flint, Michigan, wo sie aufwuchs. Das war der Beginn ihrer Karriere. Den klingenden Künstlernamen legte sie sich ein paar Jahre später zu: Sie heiratete den Trompeter Cecil Bridgewater.

Die Ehe hielt nicht lange, aber den Namen behielt sie. Der nächste Ehemann hieß



Sängerin Bridgewater: Zeichen vom lieben Gott

Moses, der dritte ist ein Monsieur Durant, mit dem sie in Paris lebt.

Von jedem ihrer Ehemänner hat sie ein Kind. Es gibt also eine Tulani Bridgewater, eine China Moses und den fünfjährigen Gabriel Durant. Bridgewater ist inzwischen 47, ein Bündel an Energie, voller Lebensfreude, immer zu Witzeleien aufgelegt, und auch auf der Bühne spielt sie den herumhüpfenden Kobold.

Als Kind schon hatte sie Ella Fitzgerald bewundert, deren Schallplatten ihre Mutter oft auflegte. Heute, sagt sie, höre sie kaum noch andere Sänger oder Sängerinnen. Sie lausche lieber den Geräuschen in der Natur und auf den Straßen. „Ich mag Stille“, behauptet sie außerdem.

Bridgewater färbt sich ihre krausen, sehr kurzen Haare blond, was gut zu ihren schönen braunen Augen und ihrem glatten Milchkaffee-Teint paßt. Sie hat im Laufe ihrer Karriere erfolgreich mit hervorragenden

den Musikern zusammengearbeitet. Sie hat mehrere Jahre in der Big Band von Thad Jones und Mel Lewis gesungen, später dann trat sie mit Sonny Rollins, Dizzy Gillespie oder Dexter Gordon auf. „Ich bin durchaus in der Lage, die Tradition weiterzutragen“, sagt sie, „aber ich füge meine eigenen Erfahrungen hinzu.“ Und das heißt auch: Ein bißchen Show, ein wenig Theater muß sein.

Sie hat in Musicals mitgespielt, in „The Wiz“, „Carmen Jazz“, „Cabaret“ und in „Lady Day“, einem Stück über das Leben der Jazzsängerin Billie Holiday.

Der Mann, den sie außer ihren Ehemännern am meisten bewundert, ist offensichtlich der Jazzpianist und Komponist Horace Silver. Sie ging mit Songs von Silver („Nica's Dream“, „Doodlin'“) auf Tournee und verewigte die Musik auf einer CD. Danach, sagt sie, habe sie sich erst richtig wie eine Musikerin gefühlt.

Nun hofft Bridgewater, daß die CD mit den Ella-Songs ihr Meisterstück wird. Verdient hätte sie es, und es hat auch lange genug gedauert, bis die Aufnahmen, bei denen ihr Ex-Ehemann Cecil und alte Freunde wie Milt Jackson und Ray Brown mit-spielen, zustande kamen. Erst sollte der Pianist Lalo Schiffrin dabei sein. Aber Schiffrin wollte alles allein machen: Leute aussuchen,

arrangieren, Piano spielen, Public Relations. Da wollte Dee Dee nicht mehr, aber die Plattenfirma drängte.

Als sie nicht mehr ein noch aus wußte, besann sich Bridgewater auf ihre katholische Erziehung. Sie betete am Abend, der liebe Gott möge ihr ein Zeichen geben. Am nächsten Morgen rief Ray Brown an („Er ist wie ein Vater zu mir“) und sagte, die Aufnahmen müßten nun endlich gemacht werden. Und endlich ging's los.

Damit nichts schiefgeht, haben sich die Produzenten für die deutschen Fans etwas ausgedacht, das zwar nicht besonders originell, aber doch immer wieder erfolgreich ist. Bridgewater singt den Song „Mack The Knife“, Kurt Weills Moritat von Mackie Messer, auch auf deutsch. Das macht sie ganz beachtlich und frech, und weil ihr die deutsche Sprache fremd ist, hat sie den Text dreieinhalb Stunden lang üben müssen. ◆





Darstellerinnen Camilla Renschke, Hoger in „Tod eines Mädchens“: „Die Wirklichkeit ist schrecklicher als das, was wir im Film zeigen“

FERNSEHEN

## „Bella will einen Liebhaber“

Interview mit der Schauspielerin Hannelore Hoger über ihre Erfolgsfigur Bella Block, Arroganz am Theater, Männer und Sex

Hoger, 56, ist eine der renommiertesten Theater- und Fernsehschauspielerinnen Deutschlands. Auf der Bühne arbeitete sie unter anderem mit Peter Zadek und Claus Peymann, international bekannt wurde sie mit Alexander Kluges Film „*Artisten in der Zirkuskuppel: ratlos*“, den „*Bertinis*“ (Egon Monk) und „*Zweite Heimat*“ (Edgar Reitz). Dieses Jahr spielte sie in Helmut Dietls Komödie „*Rossini*“ eine männerjüngende Klatschkolumnistin. Ihre derzeit erfolgreichste Fernsehrolle ist die Kriminalkommissarin Bella Block. Die Reihe, die unter anderem mit dem Grimme-Preis ausgezeichnet wurde, hat bis zu sieben Millionen Zuschauer.

**SPIEGEL:** Frau Hoger, im Bella-Block-Film „*Tod eines Mädchens*“, der am Samstag läuft, gerät Kommissarin Block in einen ausweglosen Schlamassel: Kinderprostitution, korrupte Kollegen, Mord. Wie verhindert Bella, daß sie Depressionen bekommt?

**Hoger:** Tja, wie verhindern wir, daß wir depressiv werden? Was machen Sie zum Bei-

spiel dagegen? Wer sich umschaute und ein bißchen wach ist, was Kinderprostitution angeht, kann nur depressiv werden. Denken Sie an die Geschichte in Belgien und an Handelspraktiken im Internet. Die Wirklichkeit ist schrecklicher als das, was wir im Film zeigen.

**SPIEGEL:** Anders als viele ihrer männlichen Kollegen hält Bella sich die Geschehnisse nicht vom Leib, sie läßt sich ein auf die Welt des Bösen.

**Hoger:** Ja, sie ist voller Anteilnahme. Aber mir gefällt auch an dieser Figur, daß sie nicht festgelegt ist. Manchmal schnauzt sie rum, manchmal ist sie eher leise. Bella ist unberechenbar.

**SPIEGEL:** Auch für Sie? Sie haben die Figur nach den Romanvorlagen von Doris Gercke doch auf dem Bildschirm entscheidend mitgestaltet.

**Hoger:** Sicher. Ich versuche, meine Person einzubringen. Aber da gibt es natürlich Grenzen. Schließlich schreibe ich mir die Drehbücher nicht selbst.

**SPIEGEL:** Welche Eigenschaften würden Sie Bella denn gern noch geben?

**Hoger:** Ich wünschte mir, Bella hätte mehr Privatleben. Ich würde sie gern mal im Gespräch sehen, mit ihrer Nachbarin oder ihrem Liebhaber. Und warum hat Bella eigentlich keine Freundin?

**SPIEGEL:** Ja, warum nicht?

**Hoger:** Weil die Autoren es nicht in die Bücher schreiben. Es wäre doch schön, wenn der Zuschauer mehr über sie wüßte, wie sie denkt, welche politischen Ansichten sie hat, welche literarischen Vorlieben.

**SPIEGEL:** In der Vorlage von Doris Gercke ist Bella sehr sinnlich: Sie schätzt jüngere Liebhaber, Wodka und russische Lyrik.

**Hoger:** Genau das gefällt mir. Bella könnte abends auch mal ein Gläschen trinken und sagen: „Was für ein beschissener Tag.“ Sie könnte einem Friseur eine kleben, weil er ihr die Haare verschnitten hat. Sie könnte sogar mal im Dienst trinken, wenn es der Wahrheitsfindung dient. Sie muß auch mal Regeln verletzen, das ist ja das Interessante an der Figur. Und sie muß eine Meinung zu Frauenfragen haben.

**SPIEGEL:** In den früheren Filmen war Bella lebendiger und lebensfroher.



Werbeseite

Werbeseite

**Hoger:** Och. Na ja, in dem ersten Film hatte ich ja auch einen jüngeren Liebhaber. Den hat mir der Regisseur Max Färberböck im zweiten Film gleich wieder weggenommen. Warum soll man als Frau, auch wenn man keine 30 mehr ist, eigentlich keinen Spaß an Männern und am Sex haben? Also, Bella braucht einen neuen Liebhaber, aber bitte einen, der ein bißchen älter ist, nicht so einen Schlabberbubi.

**SPIEGEL:** Wäre das nicht alles in den nächsten Filmen zu machen?

**Hoger:** Ich hoffe es. Wissen Sie, Autoren, die Krimis schreiben, denken nicht an die sorgfältige Entwicklung eines Charakters. Sie denken sich raffinierte, komplexe Plots aus. Die anderen, die Charakterrollen gut entwickeln können, scheitern an den Plots. Die Figur der Bella trägt diese Erfolgsserie, also muß sie klare, vielseitige Konturen haben. Wenn sie nur herumgeht und sagt: „War die Spurensicherung schon da?“, das ist doch öde.

**SPIEGEL:** Bella stellt sich nie über die Opfer und auch nicht über die Täter. Ist sie nicht moralisch?

**Hoger:** Eigentlich nicht, dazu ist sie zu flexibel. Sie ist häufig solidarisch mit Frauen, aber sie kann auch solidarisch mit Männern sein. Sie sagt nicht: „Alle Männer sind doof.“ Sind sie ja übrigens auch nicht.

**SPIEGEL:** Nein, nein.

**Hoger:** Sehen Sie, wie schön einig wir uns da sind.

**SPIEGEL:** Sie mögen es nicht, wenn man Bella als „starke Frau“ bezeichnet. Und Sie mögen auch nicht, wenn man Sie so charakterisiert. Warum?

**Hoger:** Eine starke Frau, das ist eine Projektion von Männern. Was soll das überhaupt bedeuten? Handelt es sich dabei um eine Frau, die ihr Geld selbst verdient, die ihren Chef auch mal anpfeift? Solche Frauen sind gleichzeitig auch empfindsam, bedürftig, sehnen sich nach Zuneigung und Liebe. Und das vergißt man immer bei dem Begriff „starke Frau“.

**SPIEGEL:** Nun sind Sie sicher für viele eine typische starke Frau.

**Hoger:** Ja, leider. Die „starke Frau“ ist eine Art Freibrief für Zumutungen aller Art. „Du hast ein breites Kreuz, du kannst das doch locker wegstecken“, wurde mir immer vorgehalten – privat, aber auch beim Theater und beim Drehen. Und so war es nun weiß Gott nicht. Frauen werden mit diesem Etikett übrigens auch enterotisiert. Viele Frauen machen Männern ja auch angst, beispielsweise wenn sie mehr Geld

verdienen oder erfolgreicher sind. Umgekehrt verunsichert das gar nicht. Aber so ist das halt bei uns in der Gesellschaft: Man denkt, der Mann muß die Frau beschützen. Ich fände es übrigens sehr schön, wenn mich mal einer beschützt.

**SPIEGEL:** Haben Sie denn keinen?

**Hoger:** Doch, doch, aber ich kenne das schon, dieses Vorurteil: Weil sie so stark und selbständig ist, kann man ihr ruhig auf die Füße treten. Max Färberböck hat mal gesagt: „Dich muß man als Bella Block hart fotografieren, Hannelore.“ Mich hat das



Szene aus „Rossini“: „Man weiß ja nicht, wann man stirbt“

sehr geärgert, weil das bei einer selbstbewußten Person wie Bella eine Verdopplung ist. Sie ist tough, und jetzt muß sie auch noch vierschrotig sein und richtig schlecht ausgeleuchtet werden, mit möglichst harten Falten. Was soll das?

**SPIEGEL:** Hat sich Ihr Verhältnis zum Fernsehen in den vergangenen 20 Jahren verändert?

**Hoger:** Ich achte darauf, daß ich mich nicht verschleife. Aber ich muß manchmal einfach auch ein bißchen Geld verdienen. Über 25 Jahre habe ich in festen Engagements am Theater gearbeitet. Glauben Sie bloß nicht, daß mir das eine Villa in der Toskana eingebracht hat. Dabei habe ich gearbeitet wie ein Pferd. Jetzt verdiene ich ein bißchen mehr Geld und bin so alt, daß ich nicht ununterbrochen so weiterschuffen will. Man weiß ja nicht, wann man stirbt. Ich will vorher noch ein bißchen spazieren gehen, reisen, was lesen.

**SPIEGEL:** Der Jammer der Theater ist derzeit, daß viele Schauspieler ins Fernsehen drängen, weil sie dort besser verdienen. Deshalb hat etwa die Regisseurin Andrea Breth ihr Ensemble entlassen, weil sie so nicht mehr arbeiten kann.

**Hoger:** Ja, das habe ich gelesen, aber es wird unterschätzt, daß viele dieser Theaterleute

20 Jahre jeden Tag zusammengehockt, gequatscht, gespielt haben wie die Wahnsinnigen. Vielleicht möchten die auch noch mal etwas anderes sehen. Kirsten Dene und Claus Peymann wissen doch schon voneinander, welche Unterhosen sie tragen.

**SPIEGEL:** Sie raten also zum Wechsel vom Theater zum Fernsehen?

**Hoger:** Das will ich so nicht sagen. Aber mich regt schon auf, mit welcher Arroganz die Theaterleute auf Schauspieler, die beim Fernsehen ihren Lebensunterhalt verdienen, schauen. Die bilden sich ein, daß das Theater besser ist. Ich muß Ihnen sagen, dafür gibt es zu viele schlechte Aufführungen in den deutschen Theatern und ganz gute Fernsehstücke.

Die bilden sich ein, daß das Theater besser ist. Ich muß Ihnen sagen, dafür gibt es zu viele schlechte Aufführungen in den deutschen Theatern und ganz gute Fernsehstücke.

**SPIEGEL:** Heißt das, Sie haben die Nase voll vom Theater?

**Hoger:** Manchmal. Ich brauche Abstand. Ich kann nicht 50 Jahre meines Lebens immer denselben Quatsch hören. Was glauben Sie, was am Theater für ein Unsinn geredet wird. Die sind doch nicht alle ununterbrochen mit Geistesblitzen gesegnet.

**SPIEGEL:** Sie haben aber doch immer für Abwechslung gesorgt und auch mal die Seiten gewechselt. Sie inszenierten Wedekinds „Frühlings Erwachen“ an der Wiener

Josefstadt oder „Maria Magdalena“ am Staatstheater Darmstadt. Haben Sie vom Inszenieren auch schon genug?

**Hoger:** Nein, das macht mir großen Spaß, aber ich habe ein paar Fehler gemacht. Ich hatte viel Ärger mit Schauspielern, weil ich dazu neige, mit dem Fuß an der falschen Stelle aufzustampfen. Und glauben Sie nicht, daß ich mich als große Theatererneuerein verstehe. Dafür reicht meine Phantasie nicht. Trotzdem waren meine Inszenierungen immer sehr anständig, auch erfolgreich, und ich bin stolz darauf.

**SPIEGEL:** Was machen Sie anders als Ihre Regiekollegen?

**Hoger:** Das weiß ich gar nicht so genau. Jeder hat seine Auffassung. Aber ich mag zum Beispiel nicht, wenn sich Schauspieler auf der Bühne bei Liebeszenen so lieblos anfassend. Die fummeln rum, stoßen und schieben sich weg. Also, das lasse ich sicher nicht durchgehen.

**SPIEGEL:** Wo werden Sie künftig Ihre Hauptarbeit tun – als Regisseurin, als Theateroder als Fernsehschauspielerin?

**Hoger:** Das ist alles ganz offen. An der Bella hänge ich sehr. Aber wenn ich irgendwann keine Lust mehr aufs Fernsehen habe oder das Fernsehen nicht mehr auf mich, überstehe ich das auch. Ich kann auch von 20 Mark am Tag leben. ◆

\* Mit Jan Josef Liefers und Veronica Ferres.

Werbeseite

Werbeseite



Werbeseite

Werbeseite

KLATSCH

# Rauschhaftes Gebaren

Während Großbritanniens Boulevardpresse noch Besserung gelobt, ergießt sich aus Büchern neuer Schmah über das Königshaus.

**D**iana war noch nicht unter der Erde, als Charles ihr dorthin voranging. Tief und tiefer schritt der Prince of Wales in die große Höhle von Somerset und dann, in der Überzeugung gestärkt, daß es auch im Erdinneren von England finster ist, wieder aus ihr heraus: „Da unten ist es“, murmelte er schuldversunken, „so dunkel wie in meinem Herzen.“

Die Geschichte ist zu schön, um wahr zu sein, weshalb die Munkelrüben von der Journaille sie ebenso erfinden mußten wie die von dem Kind, das Diana mutmaßlich unter dem Herzen trug, welches aber nicht für Dodi, sondern für dessen Daddy, 68, geschlagen habe.

Gegen solchen „piffle“, wie im Idiom der englischen Aristokratie die üble Nachrede heißt, will die Queen in Zukunft mit allen Mitteln der Rechtspflege vorgehen – so jedenfalls drohte vorletzte Woche der Palast, den die Lords und Gentlemen im White's und den anderen Londoner Clubs der Upperclass, für Außenstehende mysteriös, neuerdings als „Ruckingham Palace“ veralbern.

Liebhaber des Klatschs brauchen dennoch nicht zu befürchten, ohne die Sottisen auskommen zu müssen, mit denen sie die Gerüchterstatter von der Insel-Presse so lange und ausgiebig gelobt haben.

Im Gegenteil, die mediale Produktion, die sich seit dem Verkehrstod der Königin der Herzen über das Haus Windsor ergießt, ist ehrfurchtgebietend – ein Schwall an Schmähung, größer als alles, was die armen Royals jemals ertragen mußten.

Dafür sorgen fast zwei Dutzend Bücher, zumeist eilends wiederaufgelegte Machwerke, die sich vornehmlich mit den wechselnden Konstellationen im königlichen Liebesgewirr beschäftigen. Dazu kommen Millionen Quatschbasen im Inter-

net, die derart ausdauernd Dianieren, daß immer wieder die Netz-Server abstürzen.

Doch weitaus schlimmer, übler noch als der gesamte Paparazzischwarm es jemals vermochte, müssen sich die Königshäusler von der amerikanischen Giftnatter Kitty Kelley quälen lassen.

Die dotterblumenblonde Star-Autorin, von der vorher unter anderen schon Nancy Reagan und Jacky Onassis biographisch gefleddert wurden, hat eine Familiengeschichte der Windsors verfaßt, die kein Gerücht ungeplündert läßt – ein Meisterwerk der Kolportage, das auf über 500 Seiten jede royale Körperöffnung der letzten 80 Jahre einer tiefgehenden Analyse unterzieht\*.

Das Blut der Queen dürfte zu blauem Eis erstarren, wenn sie jetzt erfahren muß, daß

- ▶ ihr Geschlechtsgebaren in jungen Jahren derart rauschhaft gewesen sei, daß ihr Mann stöhnte: „Sie will immer, ich kriege sie gar nicht mehr aus dem Bett“;
- ▶ ihr jüngster Sohn Edward nicht nur das Theater, sondern vor allem dessen Schauspieler schätze – aber auch, offenbar in Erfüllung ödipaler Phantasien, ab und an Frauen reiferen Alters beiwohne;
- ▶ ihr Vater, König Georg VI., nicht hinreichend erektionstüchtig war, weshalb

sie und ihre Schwester Margaret das Licht Britanniens nur durch assistierte Fertilisation erblicken konnten;

- ▶ ihre Mutter das Kind einer walisischen Magd sei und ihr Sohn Charles seinen Erstverkehr in einem Pariser Edel-Bordell absolviert habe.

Nicht minder an den Haaren herbeigezogen ist, was die Amerikanerin von einem trojanischen Ohr innerhalb der Königsfamilie erfahren haben will: daß nämlich Andrew nicht von Prince Philip, sondern vielmehr aus dem Genpfluß eines Höflings stammt.

Mit dem habe die Queen das gehabt, was der Oberschicht-Engländer einen „quick ruck“ nennt – ganz offensichtlich macht das Schandbuch, das aufgrund der Klagedrohungen aus dem Königshaus in Großbritannien nicht erscheint, in den Gentlemen-Clubs sozusagen als Samisdat die Runde.

Denn die britische Publizistik, juristisch bedroht, erging sich nur in Andeutungen über den Inhalt von Kelleys Konvolut, das in den USA auf dem Weg zum Bestseller im King-Size-Format ist.

„Ich möchte daran glauben“, freute sich Charles über die ungewohnte Diskretion, „daß diese Zurückhaltung von Dauer ist.“ Da hofft er wohl vergebens. ◆



Autorin Kelley



Kolportage-Opfer Prinzessin Margaret, Mutter: Der Palast droht den Quatschbasen

CAMERA PRESS

\* Kitty Kelley: „The Royals“. Warner Books, New York; 504 Seiten; 27 Dollar.

Werbeseite

Werbeseite

## GEOLOGIE

## Zukunft auf schwankem Boden

Das Glitzerding, das Beirut, die Hauptstadt des Libanon, noch in den fünfziger Jahren war, soll aus den Ruinen der im jahrzehntelangen Bürgerkrieg verwüsteten Stadt schöner, größer und höher wieder entstehen – das jedenfalls ist die Absicht der Investoren und Bauherren in der ehemaligen Perle des Orients. Doch der britische Geologe Rob Butler und seine Kollegen von der University of Leeds fürchten, wie sie im JOURNAL OF THE GEOLOGICAL



Wiederaufbau in Beirut

SOCIETY OF LONDON schreiben, daß diese Zukunft auf schwankem Grund gebaut wird. Nach den Untersuchungen der Briten

liegt das Zentrum Beiruts über einer tektonischen Verschiebung, der „Roum Störung“. Ob sich die unterirdischen Spannungen, die sich dort seit Jahrhunderten aufgebaut haben, in absehbarer Zeit in vielen kleinen Erdstößen oder einem großen Beben entladen, das lasse sich, so die Briten, „mangels eines Netzwerks seismischer Detektoren unmöglich sagen“. Immerhin haben Butler und seine Kollegen im Untergrund der Stadt zahlreiche Beweise dafür gefunden, daß Beirut im Jahre 551 nicht, wie bislang angenommen, durch eine große Flutwelle, sondern durch ein gewaltiges Erdbeben vollständig zerstört worden ist.

## NUTZPFLANZEN

## Superreis aus Afrika

Durch Kreuzung einer asiatischen mit einer fast schon vergessenen afrikanischen Reissart haben Wissenschaftler eines Instituts für Pflanzenzucht in Bouaké, Elfenbeinküste, eine Reissorte entwickelt, die afrikanischen Reisbauern helfen soll, ihre Erträge zu verdreifachen. Wie David Johnson, einer der beteiligten Forscher, auf einer Tagung im malaysischen Malacca mitteilte, gelang die Kreuzung der beiden Arten *Oryza sativa* und *Oryza glaberrima* mit Hil-

fe von sogenannten Antheren-Kulturen, bei denen aus den pollenproduzierenden Staubbeutel Pflänzchen mit einem einfachen Chromosomensatz gezogen werden. Nach einer chemischen Behandlung verdoppeln die Pflänzchen den Chromosomensatz in jeder Zelle und lassen sich dann mit den Ursprungsarten so lange kreuzen, bis sie die erwünschten Eigenschaften haben. Bei ersten Freiland-Versuchen mit der neuen Pflanzensorte lagen die Hektarerträge nach Angaben der Forscher bei drei Tonnen Reis. Demgegenüber können afrikanische Reisbauern derzeit nur mit etwa einer Tonne Reis pro Hektar rechnen.

## LUFTFAHRT-SICHERHEIT

## Flugwacht durch Falken

Um die Zahl der mitunter nicht nur für die beteiligten Vögel tödlich endenden Kollisionen zwischen startenden Jets und dem Fluggetier zu verringern, setzen die Sicherheitsexperten vom Kennedy International Airport in New York seit einiger Zeit auf die Jagd mit Falken. Zwar bedienen sich auch andere Flughäfen



Falke am Kennedy-Airport

der 4000 Jahre alten Methode, doch das Kennedy-Projekt ist das bislang umfang- und erfolgreichste. Das Problem mit den gefährlichen Zusammenstößen, die allein in den USA jährlich Schäden in einer Höhe von 400 Millionen Dollar verursachen, war für den verkehrsreichen Kennedy-Flughafen stets besonders drängend, da ein großes Vogelschutzgebiet, das Jamaica Bay National Wildlife Refuge, fast bis an die Start- und Landepisten reicht. Im ersten Jahr, in dem die „Falken-Polizisten“ von Kennedy nun voll im Einsatz waren, sank die Zahl der registrierten Vogel-Flugzeug-Kollisionen um 61 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum, in dem man versucht hatte, die Eindringlinge mit Böllern abzuschrecken oder durch Scharfschützen zu erlegen.

## AIDS

## Fragwürdige Ethik

Die Behandlung schwangerer, HIV-infizierter Frauen mit dem Anti-Aids-Medikament AZT verringert das Risiko der Übertragung des Aids-erregers von der Mutter auf das Kind auf ein Drittel. Seit drei Jahren ist die AZT-Behandlung von HIV-infizierten Schwangeren in westlichen Industrieländern daher Standardtherapie. Doch bei mehreren großen klinischen Studien, die derzeit in Afrika, Thailand und der Karibik durchgeführt werden, müssen zahlreiche schwangere Frauen auf den möglichen Nutzen dieser Behandlung verzichten, da sie zu einer Kontrollgruppe gehören, deren Mitglieder statt der wirksamen AZT-Therapie nur ein Scheinmedikament erhalten. In einem Beitrag für das NEW ENGLAND JOURNAL OF MEDICINE haben nun zwei US-Ärzte die meist von amerikanischen und anderen



Schwangere in Uganda

staatlichen Gesundheitsbehörden finanzierten Studien als „unethisch“ verurteilt. 15 solche AZT-Studien an Schwangeren in Ländern von Uganda bis zur Dominikanischen Republik „verstoßen“, wie Peter Lurie und Sidney Wolfe schreiben, „eindeutig gegen die Richtlinien, die ethische Standards bei klinischen Studien in den Entwicklungsländern gewährleisten sollen“. Die Redakteurin der angesehenen Fachzeitschrift, Marcia Angell, rückte die Versuche, an denen mehr als 12 000 Schwangere beteiligt sind, in einem Kommentar gar in die Nähe des Tuskegee-Experiments, bei dem US-Ärzte an 400 farbigen Syphilis-Kranken 40 Jahre lang, von 1932 bis 1972, studierten, wie sich die Krankheit entwickelte und wie sie ihre Opfer tötete – das seit den vierziger Jahren erfolgreich eingesetzte Syphilis-Medikament Penicillin enthielten die Ärzte den Kranken vor.



Gruselfilm „Anaconda“: „Der Schauspieler weiß – die Bestie kann ihn wirklich töten“

ROBOTER

# Monster unter Hochdruck

Für Hollywood-Produktionen wie den Dinosaurierschocker „Jurassic Park“ erschaffen Ingenieure mechanische Tiere, deren Komplexität die Raffinesse von herkömmlichen Robotern weit übersteigt. Für die so entwickelte Technik interessiert sich auch die Industrie.

**D**ruck auf 1000“, scheppert die Stimme aus dem Sprechgerät. „O.k., Öl fließt“, gibt der Ingenieur zurück. „Druck auf 2000“ – „Integratoren stabil“ – „Druck auf 3000“. Zuckend erwacht die zwölf Meter lange Riesenschlange zum Leben. Drohend krümmt sie ihren Körper und mustert mit starrem Blick ihre Umgebung, die hervorschnellende Zunge nimmt Witterung auf.

Unwillkürlich halten die Umstehenden den Atem an. Jeden Moment, so scheint es, könnte sich das Reptil auf einen von ihnen stürzen. Nur das heulende Hydraulikaggregat macht die Illusion zunichte: Die mächtige Würgeschlange ist eine mechanische Attrappe.

Walt Conti, 37, der Schöpfer dieses vermutlich kompliziertesten Roboters, der je gebaut wurde, strahlt: „Das gibt es wohl

nur im Filmgeschäft, daß jemand mehrere Millionen Dollar ausgibt, um innerhalb einiger Monate so etwas zu entwickeln.“ Als Star des Thrillers „Anaconda“ wand sich sein Technikreptil jüngst durch die trüben Wasser des Amazonas und dezimierte die Mitglieder einer Forschergruppe.

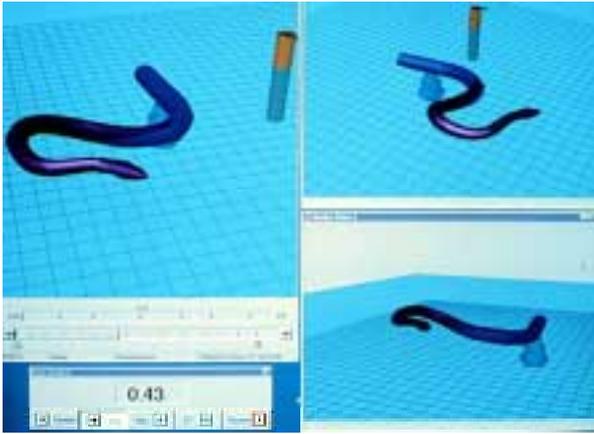
Noch vor wenigen Jahren schien es ausgemacht, daß die Fortschritte der Computeranimation klassische Tricks wie Masken und Puppen bald überflüssig machen würden. Eine Fehleinschätzung: Für Hollywood-Produktionen ersinnen hochqualifizierte Tüftler inzwischen Techniktricks, die Raumfahrtingenieure und Konstrukteure von Industrierobotern vor Neid erblassen lassen.

Conti hat seine Firma Edge Innovations im kalifornischen Mountain View, im Herzen des Silicon Valley, gegründet. Hier fin-

det er die Experten, die er für seine ungewöhnlichen Entwicklungen braucht, vorzugsweise Absolventen der Stanford University wie er selbst.

Nach dem Maschinenbaustudium hatte er zunächst Spielzeugroboter und technische Hilfen für Behinderte konstruiert. Für den Kinofilm „Star Trek IV“ bekam er 1986 seinen ersten Filmauftrag. In dem Science-fiction kehren Captain Kirk und seine Mannschaft aus der Zukunft auf die heutige Erde zurück, um einen inzwischen ausgestorbenen Wal in ihre Zeit zu transportieren. Für die komplizierten Unterwasser- und Meeresraufnahmen galt es, die Meeresriesen durch Doubles zu ersetzen.

Conti löste das Problem mit rund 1,20 Meter großen Modellen. Die Imitation gelang so gut, daß sich die ferngesteuerten Mechaniktiere naturgetreu mit Flossen-



Simulation und Steuerung der Schlangenbewegung am PC



Innenleben der hydraulischen Anaconda, Konstrukteur Conti: Tricks, die Raumfahrtgenieure vor Neid erblassen lassen

schlagen fortbewegen konnten. „Das waren die ersten schwimmenden Roboter der Welt“, erinnert sich der Bastler stolz.

Lebensechte Wassertiere sind bis heute Contis unangefochtene Domäne. Kaum jemand traut sich, für die Funktion solcher filigraner Konstruktionen auf offener See zu garantieren, wo Salzwasser jede Chance zur zerstörerischen Korrosion nutzt und eine durch technische Pannen verursachte Verzögerung bei den Dreharbeiten Unsummen an Folgekosten nach sich zieht.

In der Werkhalle liegt der Delphin Flipper, der letztes Jahr im Kino zu sehen war, bleich und leblos in einem Glasfaserbett. Das Seewasser hat die Farbe aus seiner Kunsthaut gelöst. Schon bald werde er wieder aufpoliert, verrät Conti, ebenso wie sein Gegenspieler, ein Hammerhai, der halb zerlegt auf den Einbau neuer Maschinenteile wartet.

Beeindruckendstes Schaustück ist der lebensgroße Killerwal „Willy“. Der über sechs Tonnen schwere Koloß hängt schlaff an einem Kran. Gerade hatte „Free Willy 3“ seine US-Premiere. Das Rührstück über die Freundschaft eines kleinen Jungen zu dem Riesentier wird Anfang Februar nächsten Jahres in unsere Kinos kommen.

Unsichtbar für die Filmzuschauer verbindet eine 90 Meter lange Nabelschnur den Roboter mit einer 300 PS starken Hydraulikpumpe. Über Schläuche preßt sie Öl in den Wal, der Druck treibt Zylinder

an, deren Kolben die Körperteile des Riesen bewegen. „Die Schwanzflosse ist stark genug, um einen Menschen an die Decke zu schleudern“, warnt Conti.

Willy ist ein mechanischer Wal der dritten Generation. Die Experten von Edge Innovations haben ihre Vorbilder in Aquarien genau vermessen und durch die Analyse von Filmaufnahmen am Computer ein mechanisches Modell des Körpers entwickelt. Nach den Konstruktionen am Bildschirm fabrizierten sie komplizierte Hebel- und Gelenkverbindungen, die sie im Wassertank harten Belastungstests unterwarfen.

„Wenn man nach Ingenieurmethoden die Kräfte berechnet, die auf diese Flossen wirken, bekommt man einen Heidenrespekt vor der Natur“, meint Conti. Die Kombination aus Festigkeit, Gewicht und Elastizität von Knochen sei mit Kunststoffmaterialien nicht zu erreichen.

Die Ingenieure vereinfachten das Walskelett auf 16 „Freiheitsgrade“, wie die Bewegung von Brustflossen, Schwanzflosse, Kopf und Kiefer. Das stählerne Innenleben ist dementsprechend eine verhältnismäßig klobige Konstruktion. Zum anmutigen Unterwasserstar wird Willy erst durch die lebensechte wirkende Haut.

Sie besteht aus Polyurethan. Über zwei Tonnen der Kunststoffmasse gossen die Techniker zur Herstellung dieses Überzugs in riesige Formen. Ausgehärtet hat die meh-

rere Zentimeter dicke Schicht eine ähnliche Konsistenz wie Walspeck. Ihr Verhältnis aus Masse und Elastizität verleiht den Maschinenbewegungen natürlichen Fluß.

Im neuesten Willy-Film tritt gleich eine ganze Walfamilie auf. Je fünf Puppenspieler lassen einen Meeressäuger mit Hilfe eines Joysticks agieren. „Wir versuchen, jedem Tier einen eigenen Charakter zu geben“, erklärt Conti, „die großen Tiere bewegen sich majestätisch, das Baby schwimmt verspielt und zappelig.“

Auf der Leinwand sind dressierte Wale von ihren mechanischen Doubles kaum zu unterscheiden. Auch der echte Wal Keiko, der mit einem künstlichen Partner vor der Kamera agierte, war keineswegs irritiert, wie das Team befürchtet hatte. Vielmehr beobachteten ihn die Filmemacher bei eindeutigen Balzversuchen.

Manche Aufnahmen entstanden wiederum mit verkleinerten Modellen. Diese Wesen können inzwischen völlig losgelöst, von Batteriestrom gespeist, schwimmen. Ohne Versorgungsleitungen folgen sie den Kommandos per Funk. Um das zu erreichen, mußten die Ingenieure die meisten Bauteile von Grund auf neu entwickeln. Konventionelle Servomotoren erwiesen sich zum Beispiel als zu groß und schwer für einen Schwimmroboter.

Die mechanische Anaconda stellte die Tüftler vor ganz neue Probleme: Wie konnten sie genügend Technik in den schlauch-

förmigen Körper von maximal 30 Zentimeter Durchmesser hineinstopfen? „Eine Schlange ist eigentlich ganz einfach“, erklärt Conti, „sie besteht praktisch nur aus Wirbelsäule, und jeder Wirbel kann sich lediglich in zwei Richtungen gegen seinen Nachbarn bewegen.“ Erst die Vielzahl von Wirbeln ergibt ein biomechanisches System von verblüffender Komplexität.

Die Kunstschlange kommt mit 60 Wirbeln aus, ihr natürliches Vorbild hat rund fünfmal so viele. Die Glieder mußten aus hochfestem Edelstahl gefräst werden, sonst könnte die Konstruktion ihr eigenes Gewicht von über zwei Tonnen nicht tragen.

von etwa 50 PC. Nur solch geballte Maschinenintelligenz kann die komplexen Wechselwirkungen der zahlreichen Gelenke vorausberechnen und den Schauerroboter mit ruckfreien Bewegungen in die vorbestimmten Positionen bringen. Auf vier Monitoren können Techniker jedes Gelenk feinabstimmen, um der Bewegung Attribute wie bedrohliches Ringeln oder aggressives Hervorschnellen zu verleihen.

Die totale Kontrolle ist lebenswichtig: Der Kopf der Schlange kann mit bis zu 60 Stundenkilometern durch die Luft peitschen, vor laufender Kamera zertrümmert sie Mobiliar. Szenen, in denen die Kil-

geles. Besucher versinken in tiefen Lederesseln, die kaum den Blick über die Tischkante erlauben.

Im Stan Winston Studio entstanden Klassiker der Animatronic wie das menschenfressende Science-fiction-Monster aus „Alien“ oder der mechanische Killer „Terminator“. Im Atelier zwingt sich ein Schauspieler gerade in ein voluminöses Gorillakostüm. Nebenan probiert ein Darsteller einen Latexanzug, der ihn in ein Zwitterwesen aus Mensch und Hai verwandeln soll.

Die Grenzen zwischen Puppenspielerei und Robotik sind fließend. Für Spiel-

bergs Dinosaurier-Hit „Jurassic Park“ schuf Winston die Velociraptoren, die über lange Seilzug-Bündel von Animatoren bewegt wurden. In der Fortsetzung „Vergessene Welt“ strampelt ein vollständig elektromechanisch gesteuertes Baby der Gattung Tyrannosaurus in den Armen der Urzeit-Forscher.

In etwa der Hälfte der Saurierszenen sind solche Mechaniktiere zu sehen. Die geschickte Kombination mit Synthetikwesen aus dem Computer macht die Illusion perfekt.

Im Film sind die Eltern der Knuddelechse von der Fürsorge der Forscher gar nicht angetan und legen deren Camp in Schutt. Das Zerstörungswerk besorgt ein sechs Meter hoher T-rex-Roboter. Mit seinen acht Tonnen Gewicht ist das hydraulisch betriebene Urtier nur mit einem Bagger zu vergleichen. An der Nasenspitze kann der Saurier die zweifache

Erdbeschleunigung entfalten. Mit dieser Kraft reißt er das Dach eines präparierten Jeeps ab, zerrt einen Stuntman aus dem Wrack und hebt ihn in die Luft.

Derselbe Koloß läßt sich jedoch feinfühlig genug steuern, um seinen Kopf neugierig in ein Zelt mit vor Angst bibbernden Expeditionsteilnehmern zu stecken. „Können sie sich vorstellen, was ein Schauspieler fühlt, wenn dieses Monster über ihm schwebt?“ malt sich Winston die Szene aus.

„Wenn sich irgendwas mit Robotern realisieren läßt, werden wir es tun“, meint Conti. „Schauspieler und Regisseure lieben das unmittelbare Zusammenspiel.“ Er träumt davon, eines Tages ein naturgetreues Fluchtgerät zu bauen. Vielleicht erreichen bis dahin auch die Drehbuchschreiber das Niveau der mechanischen Darsteller. Die Handlung von „Anaconda“ und „Vergessene Welt“ benoteten fast alle Kritiker als hirnrissig. Das Prädikat „sehenswert“ gab es nur für die Spezialeffekte. ♦



Tyrannosaurus-rex-Roboter aus „Vergessene Welt“: Effekte sehenswert, Handlung hirnrissig

Nur in der Körpermitte ruht das Gruseltier auf einem soliden Betonfundament.

Jeder einzelne Wirbel ist ein ausgeklügeltes Aggregat aus über 250 Komponenten. Elektronisch gesteuerte Ventile leiten Hydrauliköl in die Zylinder, elektronische Sensoren messen die Position jedes Gelenks. Über Details redet Conti nur ungern – vielleicht lassen sich einige der Neuerungen auch bei Industrierobotern anwenden. Der Effektspezialist will einen Mitarbeiter einstellen, der entsprechende Lizenzverträge aushandeln soll.

Ein Ingenieur war nur damit beschäftigt, herauszufinden, wie sich die zahlreichen Schläuche und rund 60 Kilometer Kabel so durch die Zwischenräume der Stahlkonstruktion verlegen lassen, daß sie die Bewegungsfreiheit der Schlange nicht einschränken.

Das Kunstreptil benötigt einen Schaltschrank zur Steuerung. Die selbst entwickelte Elektronik hat die Rechenleistung

leranaconda menschliche Widersacher einwickelt, wurden per Computeranimation realisiert – zu groß war das Risiko, daß die 150 PS starke Hydraulik das Opfer tatsächlich zerquetscht.

Wenn Untier und Mensch im Clinch liegen verbirgt ein Kameratricks, daß der Schauspieler nur von hohlen Kunststoffschläuchen umwunden ist. Das Entsetzen, mit dem die Akteure dem züngelnden Monster ins Auge sehen, dürfte dennoch nur zum Teil gespielt sein.

„Das macht den Reiz von Robotern aus“, erklärt Contis Konkurrent Stan Winston. „Anders als Computertricks, die man sich am Drehort nur vorstellen kann, sind die Kunstwesen echte Partner für die Schauspieler. Er weiß: Die Bestie kann ihn wirklich töten.“

Winston, 51, gilt als Altmeister der mechanischen Tricks. Vier Oscars glänzen hinter dem imposanten Schreibtisch in seinem Büro nahe den großen Studios von Los An-



Werbeseite

Werbeseite

ANATOMIE

# Furche neben Mamma

Mediziner haben ihr anatomisches Vokabular reformiert. Ergebnis: tausend neue Unworte, ein paar Grammatikfehler und ein Name für ein namenloses Organ.

Wohin schneidet der Operateur, wenn er sein Skalpell in den Ventriculus setzen soll? Ungewiß bleibt die Antwort, denn der Vermummte am Messer rätselt selbst: Ventriculus nennt der Mediziner den Magen, die Herzkammer, einen Teil des Gehirns und außerdem ein Stück vom Kehlkopf.

Mit der Sprache der Mediziner ist es ein Elend. Kein Patient soll das Brimborium aus Latein und Griechisch enträtseln, aber Eingeweihte verstehen es bisweilen auch nicht: Mitunter fachsimpeln Experten babylonisch aneinander vorbei, denn ihrem ohnehin fehlerbeladenen Geheimjargon fehlt es an Eindeutigkeit.

Das Fingerproblem zum Beispiel macht den Wirrwarr offenbar: Wird der *Digitus primus* der Amputation empfohlen, hat im OP der Irrtum leichtes Spiel. Als „erster Finger“ gilt Ärzten in einigen Ländern der Daumen, in anderen der Zeigefinger, und manchenorts würden sich die Mediziner ohne Zögern am kleinen Finger vergreifen.

Solcher Mißstand schrie nach Reform. Acht Jahre lang haben sich 20 führende Anatomen aus 16 Ländern die Köpfe frakturiert über eine einheitliche Terminologie für das nächste Millennium. Sie tagten in Rio de Janeiro, Southampton, Costa Rica und New Orleans und unterzogen jede Sehne, jeden Muskel und Knochenhöcker einer Terminus-Diskussion oder gar -Revision.

Jetzt haben sie ihr *Opus magnum* zur Anatomie des Menschen im brasilianischen São Paulo beendet. Entstanden ist ein Mammutwerk, das den seziierten Körper auf mehr als 6000 Begriffe auswälzt, erstmals nicht nur in Latein, sondern auch in Englisch, der *Lingua franca* der modernen Wissenschaft. Überdies sind in dem Kompendium mehr als 1000 neue Wörter zu ent-

decken zu Körperteilen, die jeder hat und doch fast keiner kennt.

Erstmals offiziell benannt wurde etwa das „*Organum juxtaorale*“. Hinter diesem Begriff verbirgt sich das rätselhafteste Organ im menschlichen Leibe. Jeweils eines davon liegt versteckt in den Wangen; niemand weiß, wofür sie gut sind, und kaum ein Doktor kennt sie. Weil die Knubbel jetzt nicht mehr namenlos herumliegen, so hofft Lutz Vollrath, Mainzer Anatom und stellvertretender Kommissionsvorsitzender, werden Chirurgen künftig zögern, sie in anatomischer wie begrifflicher Unkenntnis als Tumoren aus den Gesichtern zu schneiden.

Auf der bedeutendsten Reformkonferenz seit der *Nomina Anatomica* von Paris im Jahre 1955, genau 478 Jahre nach Leonardo da Vinci, einem der Urväter der modernen Anatomie, wurde aber auch so Grundlegendes wie der Busen sprachlich erstmals eingefasst. Den hatten alle Mediziner bislang schlicht übersehen.

Nach alter Sitte bezeichnet „Busen“ den Platz zwischen den Brüsten, ein lateinisches und seziiertaugliches Wort dafür haben die Römer jedoch mit ins Grab genommen. Nun ist eines gefunden: *Sulcus intermammarius* heißt die Stelle, zu deren Linker und Rechter jeweils eine Mamma

prangt – oder auch nicht, denn den *Sulcus* (lat. für Furche, Graben) gestehen die Mediziner fortan auch dicken Männern zu.

Als sehr unterschiedlich erwiesen sich die nationalen Vorlieben für Körperteile. Dem Russen unter den Konferenzteilnehmern lag vor allem das Immunsystem am Herzen, während die nach Kopfstärke überlegenen Amerikaner das Gehirn und andere Teile des Zentralnervensystems im Auge hatten. Ihnen ist zu danken, daß nun zahlreiche Zellarten im Gehirn eigene Namen tragen und der Erkenntnisgewinn der Neuroanatomien auch ihren Wortschatz bereichert.

Ein Haufen Nervenzellen im verlängerten Mark des Gehirns zum Beispiel trägt jetzt den klangvollen Namen „*Nucleus paragigantocellularis lateralis medullae oblongatae*“. Nach Ansicht ihrer Verfechter verstößt diese Begrifflichkeit nur scheinbar gegen die goldene Anatomenregel, wonach neue Worte einprägsam, belegend und beschreibend sein sollten.

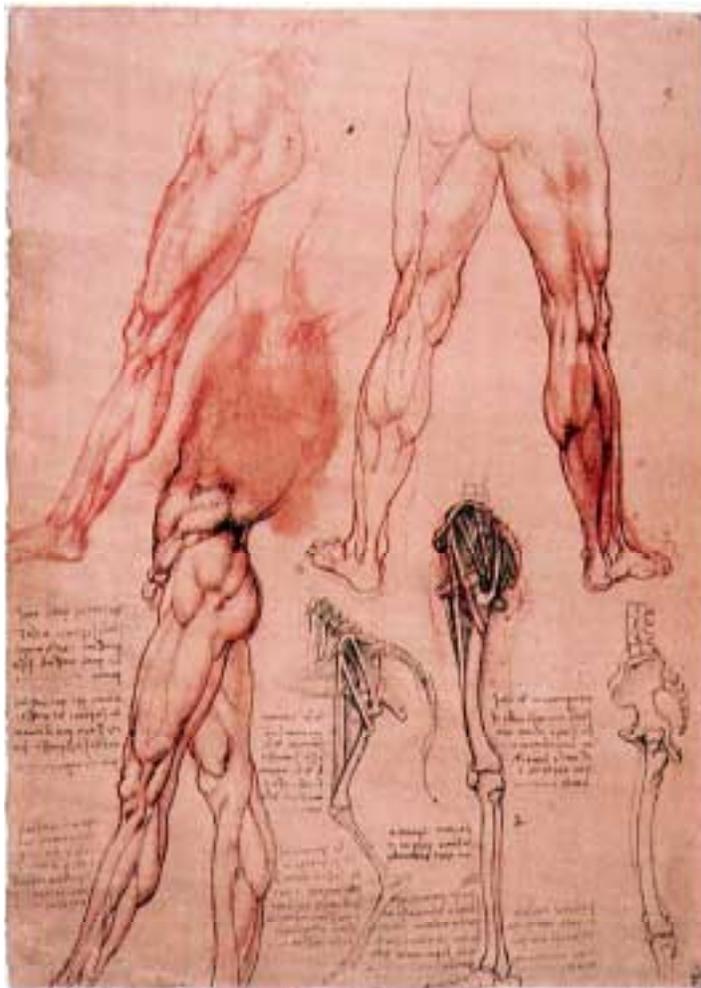
Weniger Eindruck hinterließen der Franzose und der Japaner. Sie waren des Englischen nicht in ausreichendem Maße mächtig. Der Franzose, Angehöriger einer Nation von beträchtlichem Argwohn gegenüber linguistischen Fremdeinflüssen, setzte sich gegen seine reformerischen Kollegen zudem mit häufiger Abwesenheit zur Wehr.

Die übrigen Europäer aber glänzten bei den Verhandlungen mit ihrer Kenntnis des Lateinischen. Beherzt tilgten sie manchen ärztlichen Kunstfehler an der Grammatik, der sich in früheren Anatomenkonferenzen eingeschlichen hatte. Die Augenhöhle, bisher *Cavitas orbitale*, ist damit von ihrer Adjektiv-Verstümmelung genesen und darf künftig grammatikalisch korrekt *Cavitas orbitalis* heißen.

An andere Fehler hingegen haben sich die Ärzte schon so gewöhnt, daß sie trotz besseren Wissens am Irrtum festhalten wollen. Die *Glomeruli*, kleine Knäuel in der Niere, bleiben maskulin, obwohl sich alle Römer einig waren, daß Knäuel geschlechtslos sind und damit *Glomerula* heißen müßten.

Eher zaghaft rückten die Anatomen auch den *Ventriculus*-Wucherungen zu Leibe. „Uns waren die Hände gebunden“, klagt Vollrath, denn die Experten sollten den Jargon nur so wenig wie unbedingt nötig reformieren.

Drei von vier *Ventriculi* werden weiter Verwirrung stiften, nur der Magen nicht: Der heißt jetzt nur noch „Gaster“. ♦



Leonardo-da-Vinci-Studien: Der Busen wurde schlicht übersehen

Werbeseite

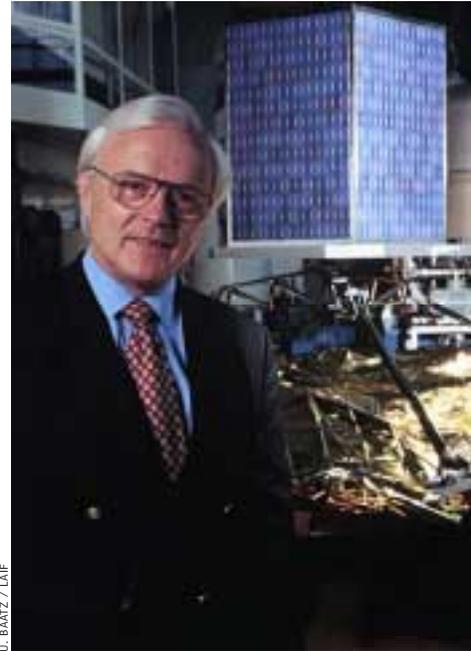
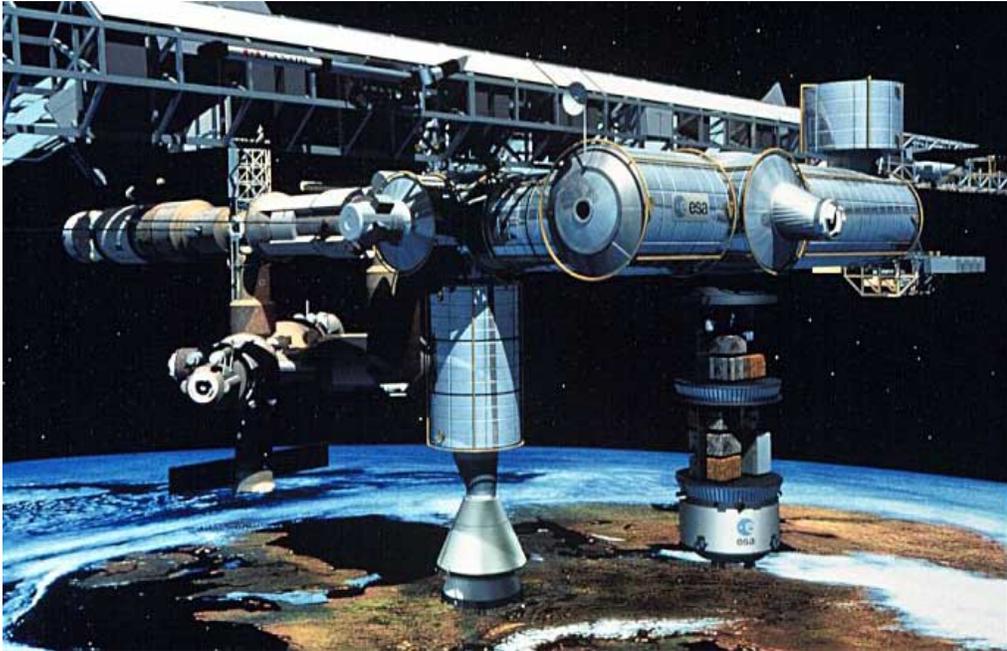
Werbeseite



SPIEGEL-GESPRÄCH

# „Auf der Erde ist mir wohler“

Der deutsche Raumfahrtchef Walter Kröll über Flüge zum Mars, den Bau der internationalen Raumstation und Touristen im Weltall



Internationale Raumstation „Alpha“ (Zeichnung), Raumfahrtmanager Kröll: „Ein milliardenteures Museumsstück wäre ein Ärgernis“

Der Physiker Kröll, 59, ist der neue deutsche Raumfahrtchef. Bislang behinderten sich zwei Weltraum-Organisationen gegenseitig. Ab Oktober wird die Deutsche Agentur für Raumfahrt-Angelegenheiten (Dara) aufgelöst. Damit ist das von Kröll geleitete Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) in Köln-Porz allein verantwortlich für den nationalen Aufbruch ins All – nach dem Vorbild der Nasa in den USA.

**SPIEGEL:** Herr Professor Kröll, der Chef der Nasa hat versprochen, bis zum Jahre 2012 einen Menschen zum Mars zu bringen. Würden Sie auch eine solche Ankündigung wagen?

**Kröll:** Nein. Ich war ja gerade bei Dan Goldin. Bei meinem Besuch habe ich ihm erklärt, daß wir bei der Verwirklichung seines Vorhabens nicht dabei sind. Insbesondere das genannte Datum finde ich zu kühn. Uns ist die Mission zum Planeten Erde auch erst einmal wichtiger. Von Kommunikations- und Umweltsatelliten haben die Menschen mehr als von Flügen zum Mars.

**SPIEGEL:** Sind die Äußerungen von Goldin leichtsinnig?

**Kröll:** Das ist ein ehrgeiziges Ziel, aber die Nasa hat auch ganz andere Möglichkeiten als wir. Und die Raumfahrt braucht Visionen, die die Menschen faszinieren. Denn ich bin sicher, daß irgendwann im nächsten Jahrhundert Menschen zum Mars aufbrechen werden.

**SPIEGEL:** Wäre ein bemannter Flug der erste Schritt zur Besiedlung des Nachbarplaneten?

**Kröll:** Wenn ich die Bilder aus dieser eisigen Wüste sehe, fühle ich mich auf der Erde ehrlich gesagt sehr viel wohler. Der Mars ist auch keine zweite Erde, wie einige Schwärmer glauben. Wir sollten uns darauf konzentrieren, unseren eigenen Planeten lebenswert zu erhalten.

**SPIEGEL:** Mit der Landung der „Pathfinder“-Sonde auf dem Mars hat die Nasa einen beispiellosen PR-Erfolg errungen. Sind Sie neidisch darauf?

**Kröll:** Über mangelndes Interesse können auch wir uns nicht beklagen. Bei einem Tag der offenen Tür kommen über 40 000 Besucher zu uns. Einen solchen Ansturm gibt es bei keiner anderen Forschungseinrichtung.

**SPIEGEL:** Die Fahrten des Sojourner wurden von der Nasa im Stil eines Hollywood-

Thrillers inszeniert. Wird die Raumfahrt zunehmend zu einem Zweig der Unterhaltungsindustrie?

**Kröll:** Die Amerikaner geben ein halbes Prozent ihres Bruttosozialprodukts für die Weltraumfahrt aus, im Verhältnis zehnmal mehr als wir. Show und Spektakel gehören bei ihnen einfach dazu, um in der Bevölkerung für breite Akzeptanz zu sorgen.

**SPIEGEL:** Sie kommen nicht aus der Raumfahrt, sondern sind langjähriger Wissenschaftsmanager. Der jetzige Nasa-Chef Goldin hingegen träumte schon als Kind von Flügen zum Mars; als junger Ingenieur baute er an den Raketen des „Apollo“-Programms mit. Braucht die Raumfahrt solche charismatischen Chefs?

**Kröll:** Ich kann Ihnen nicht mit Kindheitsträumen von Flügen zum Mars dienen. Aber seit Beginn meiner Tätigkeit hier im DLR bin ich von der Raumfahrt fasziniert. Ich hoffe, daß man mit einem solchen Lebenslauf ein guter Raumfahrtchef sein kann. Gelegentlich entwickeln ja auch Spätberufene Charisma.

**SPIEGEL:** Auch unter Ihren Vorstandskollegen gibt es, neben Juristen und Informatikern, keinen einzigen Raumfahrtexperten. Hat das DLR ein Kompetenzproblem?

**Kröll:** Ob Sie es glauben oder nicht, auch Juristen und Informatiker können hervor-

Das Gespräch führten die Redakteure Johann Groll und Olaf Stampf.

ragende Raumfahrtmanager sein. Aber ich hätte nichts gegen einen erfahrenen Raumfahrt-Ingenieur im Vorstand. Nur waren alle bisherigen Versuche leider erfolglos.

**SPIEGEL:** Ab Oktober gibt es nur noch eine deutsche Raumfahrtagentur, deren Chef Sie sind. Hat Ihnen Nasa-Chef Goldin bei Ihrem Antrittsbesuch ein paar Tips mit auf den Weg gegeben?

**Kröll:** Goldin hat erläutert, wie er Flüge ins All „schneller, besser und billiger“ machen will. Dafür habe ich viel Sympathie. Wir brauchen nicht mehr Geld für die Raumfahrt, sondern müssen mehr Raumfahrt fürs Geld verwirklichen.

**SPIEGEL:** Wie wollen Sie das hinkriegen?

**Kröll:** Viele Forschungssonden oder Fernerkundungssatelliten können einfacher und damit billiger gebaut werden. Gerade entwickeln wir einen kleinen Infrarot-Satelliten, der bei Waldbränden oder Vulkanausbrüchen frühzeitig Alarm schlagen soll. Bei diesem „Bird“ haben wir auf vorhandene Bauteile zurückgegriffen und auf jeglichen technischen Schnickschnack verzichtet. So konnten wir die Entwicklungskosten von 50 auf 20 Millionen Mark drücken.

**SPIEGEL:** Ihre Sparsamkeit nützt natürlich nur wenig, wenn bei der europäischen Raumfahrtagentur Esa weiter Verschwendung betrieben wird. Schließlich fließen fast 70 Prozent der deutschen Raumfahrtmittel direkt an die Esa.

**Kröll:** In Europa insgesamt müssen wir unsere Kräfte bündeln, Überkapazitäten abbauen und den Wettbewerb stärken. Um hier mal einen Vorschlag zu machen: Weshalb nicht eine Union nationaler Raumfahrtagenturen und Forschungszentren bilden? Und auch die Esa muß schneller, besser und billiger werden.

**SPIEGEL:** Die europäisch-amerikanische Raumsonde „Cassini“, die Mitte Oktober zum Saturn fliegen soll, ist nicht gerade ein Beispiel für Sparsamkeit. Diese teuerste Raumsonde aller Zeiten hat 3,4 Milliarden Mark gekostet.

**Kröll:** Das stimmt; aber dieser Dinosaurier unter den Forschungssonden ist ja auch schon vor vielen Jahren konzipiert worden. Heute würde man vieles anders und günstiger machen.

**SPIEGEL:** Das Cassini-Projekt ist auch deswegen umstritten, weil die Sonde zur Stromversorgung 32 Kilogramm Plutoniumoxid an Bord hat. Falls es zu einem Unfall kommt, so fürchten die Kritiker, könnte das radioaktive Ultragift über der gesamten Erde abregnen. Wie groß ist die Gefahr?

**Kröll:** Sehr gering. In Zukunft sollten aber möglichst keine Sonden mehr gestartet werden, die Plutonium an Bord haben. Mit Einsatz modernster Solarzellen wird das auch gelingen. Bei der „Rosetta“-Landesonde etwa, die im Jahre 2011 auf dem Kometen Wirtanen aufsetzen soll, haben wir ganz auf

den Einsatz von Plutoniumbatterien verzichtet – aus Sicherheitsgründen.

**SPIEGEL:** Das größte Weltraumprojekt aller Zeiten ist die internationale Raumstation „Alpha“, die vom kommenden Jahr an in der Erdumlaufbahn errichtet werden soll. Vor wenigen Wochen hat das Bundeskabinett beschlossen, sich mit 2,5 Milliarden Mark am Bau der Sternenstadt zu beteiligen. Ist der Aufwand nicht übertrieben?

**Kröll:** Unser Anteil an der Raumstation, das Weltraumlabor „Columbus“, ist seit Beginn der Planungen vor zehn Jahren beträchtlich geschrumpft. Die Hauptlasten bei diesem größten Technologieprojekt der Menschheit tragen Amerikaner und Russen. Für mich wäre es unvorstellbar, daß sich neben diesen großen Raumfahrtnationen Italiener, Schweden oder Schweizer daran beteiligen und wir Deutschen abseits stehen.

**SPIEGEL:** Sie finden kaum Wissenschaftler, die den Bau einer Raumstation befürworten. Mit dem vielen Geld könnten sie in ihren Labors auf der Erde weit mehr anfangen.

**Kröll:** Die Raumstation Alpha ist, nach Abwägung aller Argumente, beschlossene Sache. Nun sollten die Forscher auch ihre faszinierenden Möglichkeiten nutzen. Im übrigen dient die Alpha nicht nur wissenschaftlichen Zwecken, sondern ist für viele Menschen die Verwirklichung einer Vision.

**SPIEGEL:** Welche wissenschaftlich verwertbaren Erkenntnisse haben denn die bisherigen bemannten Weltraumflüge gebracht?

**Kröll:** Nehmen Sie nur die Telemedizin. Der Gesundheitszustand unserer Astronauten im Orbit muß ständig aus großer Entfernung überwacht werden. Diese wertvollen Erfahrungen helfen nun den Ärzten auf der Erde bei der Betreuung von Risikopatienten. So haben wir Geräte entwickelt, die Tag und Nacht die Herz- und Atemwerte gefährdeter Säuglinge messen und per Funk an eine Kinderklinik übertragen. Geraten die Körperfunktionen in einen kritischen Bereich, gibt es Alarm. So kann der plötzliche Kindstod verhindert werden. Das ist doch eine fantastische Sache.

**SPIEGEL:** Längst widerlegt ist aber, daß man nur im Weltall reine Kristalle züchten oder neue Werkstoffe gewinnen kann. „In der Materialforschung spielen Raumflüge keine Rolle“, sagt der renommierte Festkörperphysiker Hans Warlimont.

**Kröll:** Herr Warlimont irrt. Während der D-2-Mission mit der US-Raumfähre beispielsweise haben unsere Astronauten in der Schwerelosigkeit die Erstarrung von Schmelzen studiert. Ihre Erkenntnisse helfen nun auf der Erde, neue Gleitlager für Automotoren zu produzieren, die viel besser und billiger sind als herkömmliche. Deutsche Motorenhersteller sind sehr in-

teressiert. Die High-Tech-Gleitlager könnten schon in wenigen Jahren auf den Markt kommen.

**SPIEGEL:** Bislang hat die Bundesregierung nur die finanzielle Beteiligung am Bau des Himmelslabors beschlossen. Woher später das Geld für die wissenschaftlichen Geräte und die laufenden Kosten kommen soll, weiß noch niemand. Die Deutsche Physikalische Gesellschaft warnt, daß das europäische Columbus-Modul eine „leere Hülse“ bleiben könnte.

**Kröll:** Ein milliardenteures Museumsstück wäre in der Tat ein großes Ärgernis. Das muß unbedingt verhindert werden.

**SPIEGEL:** Ihr Optimismus in allen Ehren. Aber einen ähnlichen Reifall hat es doch schon einmal gegeben. Vor 15 Jahren wurde beim Dasa-Werk in Bremen das europäische Raumlabor „Spacelab“ gebaut, das dann mit US-Raumfähren ins All flog. Doch schon nach wenigen Flügen ging den Deutschen das Geld aus. Seither wird das Spacelab fast nur noch von den Amerikanern genutzt.

**Kröll:** Spacelab war ein Erfolg für die gesamte Raumfahrt. Wir haben dabei gelernt, wie man ein Raumlabor entwickelt und baut. Wenn Sie aber meinen, wir Deutschen hätten das Spacelab viel häufiger fliegen sollen, widerspreche ich nicht.

**SPIEGEL:** Die Industrie klagt, die Entwicklung und der Bau kommerzieller Satelliten

werde vernachlässigt, weil ein Großteil der staatlichen Gelder in die bemannte Raumfahrt fließt. Erstickt das Großprojekt Raumstation viele andere Vorhaben?

**Kröll:** Richtig ist, daß die Amerikaner den expandierenden Markt kommerzieller Satelliten beherrschen. Die europäische Industrie muß sich diesen Zukunftsmarkt im wesentlichen mit eigenen finanziellen Mitteln erschließen. Eine staatliche Raumfahrtagentur kann nur flankierend helfen.

**SPIEGEL:** Führend sind die Europäer immerhin beim Transport von Satelliten. Mit der Ariane haben sie einen Marktanteil von über 50 Prozent erobert. Aber amerikanische Konsortien entwickeln bereits Trägersysteme, die voll wiederverwendbar sein sollen. Überlassen die Europäer den Amerikanern kampflos dieses Feld?

**Kröll:** Hoffentlich nicht. Aber Sie haben recht, um wiederverwendbare Raumfahrzeuge kümmern wir uns in Europa noch viel zu wenig.

**SPIEGEL:** Welche anderen Möglichkeiten sehen Sie, mit Weltraumflügen Geld zu verdienen?

**Kröll:** Erdbeobachtung aus dem Weltall beispielsweise liefert eine Flut von Daten, die bisher kaum genutzt werden – etwa zur Erschließung von Ressourcen.

**SPIEGEL:** Sie meinen Ölsuche aus dem All?

**Kröll:** Zum Beispiel. Eine weitere Möglichkeit wäre die satellitengestützte Überwa-



AFP / DPA

### 100. Start einer Ariane-Rakete\* *Mission zum Planeten Erde*

chung von Äckern und Feldern, um Ernteaufträge zu verhindern.

**SPIEGEL:** Wird es irgendwann auch Fabriken im Weltall geben?

\* Am letzten Mittwoch vom Weltraumbahnhof in Kourou.

**Kröll:** Einige Asteroiden verfügen in der Tat über wertvolle Rohstoffe, etwa seltene Metalle. Aber diese werden in den nächsten 30 Jahren wohl kaum in Bergwerken gefördert und in Fabriken verarbeitet. Allein die Transportkosten wären viel zu hoch.

**SPIEGEL:** Wie steht es mit Weltraumtourismus? Nach einer Umfrage wären fünf Prozent der Deutschen bereit, ein Jahresgehalt für einen Trip ins All zu opfern.

**Kröll:** Japanische Firmen planen ja bereits, Weltraumhotels um die Erde kreisen zu lassen. Aber ich würde Ihnen nicht empfehlen, Aktien dieser Unternehmen zu kaufen. Massentourismus wird das auf absehbare Zeit wohl kaum. Eine Reise in die Karibik ist erholsamer. Keiner unserer Astronauten schwärmt von der touristischen Erfahrung. Flüge ins All sind eine harte Sache – von der Landung in der kasachischen Steppe ganz zu schweigen.

**SPIEGEL:** Eine Weltraum-Reise wäre sicher nur was für jemanden, der Lust auf einen richtigen Abenteuerurlaub hat.

**Kröll:** Ich würde dafür nicht 100 000 Mark hinblättern. Was soll denn für einen Urlauber so aufregend daran sein, auf einem öden Gesteinsbrocken wie dem Mond herumzuhüpfen – außer, einmal im Leben da gewesen zu sein?

**SPIEGEL:** Herr Professor Kröll, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

ÄRZTE

# Harte Zeiten

Mit ambulanten Operationen könnten die Krankenkassen Milliarden einsparen, doch die Honorare sind zu niedrig. Berliner Ärzte drohen mit Streik.

**F**ast vollständig hatten sich Berlins niedergelassene Narkoseärzte am Montag letzter Woche im überfüllten Konferenzraum der Kassenärztlichen Vereinigung versammelt. Über „Punktwertverfall“, „Verarmung“ und „Konkurse“ wurde geschimpft. Einhelliges Fazit: Streik. Nur so, erklärt die Anästhesistin Christel Stoeckel-Heilenz, werde die Berliner Medizinbürokratie begreifen: „Wir haben die Schnauze voll und sind kampfbereit.“

Den Entschluß hielten viele Berliner Kranke schon am folgenden Tag in Hän-

Schonende Narkoseverfahren und neue chirurgische Techniken haben in den letzten Jahren den Alltag vieler Ärzte grundlegend verändert: Bei einer Vielzahl von Eingriffen, bei denen sie ihre Patienten bisher ins Krankenhaus überweisen mußten, können sie nun selbst zum Skalpell greifen. Dem Kranken wird so die Tristesse der Klinikflure erspart, den Kassen die hohen Liegekosten, die je nach Krankenhaus zwischen 300 und 1000 Mark pro Tag betragen.

„Soviel ambulant wie möglich, soviel stationär wie nötig“, lautete daher eine der Forderungen Seehofers. Sie blieb nicht unerfüllt: Bundesweit bauten Narkosefachärzte in alten Villen und modernen Bürofluchten vollfunktionsfähige Operationsräume, in denen niedergelassene Fachärzte ihre Patienten operieren und abends wieder nach Hause schicken können.

Augenärzte etwa entfernen trübe Linsen (Grauer Star) und richten schielende Augen; Orthopäden reparieren Kreuzbandrisse am Knie und leuchten mit win-

Beispiele bestätigen die Rechnung: Für einen Patienten etwa, der sich in Baden-Württemberg im Krankenhaus das gerissene Kreuzband im Knie flicken läßt, zahlt die Ersatzkasse 10 150 Mark, der ambulante Eingriff kostete sie im letzten Jahr nur rund 1250 Mark.

„Mit solchen Honoraren könnten wir gut leben“, sagt der Berliner HNO-Arzt Wolfgang Pfeufer. Seither aber seien die Honorare im Sturzfall. Eine Operation der Nasenscheidewand, errechnete Pfeufer, kostet einschließlich siebentägigem Klinikaufenthalt rund 5000 Mark. Für den ambulanten Eingriff durfte er im letzten Jahr etwa 1200 Mark kassieren. Inzwischen jedoch bekommt er nur noch knapp 600 Mark, etwa ein Drittel davon entfällt auf den beteiligten Narkosearzt.

Ursache derartiger Honorarkürzungen ist der rapide Verfall der Punktwerte, nach denen die Ärzte ihre Leistungen mit den Kassen abrechnen. Der Wert dieser Punkte schwankt von Quartal zu Quartal: Das Gesamthonorar für alle Kassenärzte ist eingefroren; je mehr die Ärzte insgesamt in Rechnung stellen, um so geringer fällt das Honorar pro einzelner Leistung aus.

Tatsächlich kurieren Deutschlands Ärzte so eifrig wie nie: Vor allem die Schwemme neuer Ärzte, die sich noch schnell vor dem Zulassungsstopp 1993 niederließen, führte dazu, daß die Zahl der Behandlungen explodierte, der Punktwert schrumpfte entsprechend.

Am ärgsten betroffen sind Narkoseärzte wie der Berliner Anästhesist Rudolf Hansen. Auch er war „Seehofers Schalmeienklängen gefolgt“ und hatte sich mit einem Kredit von 1,5 Millionen Mark ein OP-Zentrum eingerichtet. Seither fallen jeden Monat 60 000 Mark Fixkosten an.

Im vergangenen Jahr hatte Hansen noch einen Gewinn von knapp 90 000 Mark erwirtschaftet. Nach der ihm nun avisierten Abrechnung für das erste Quartal wäre er „froh, wenn ich in diesem Jahr wenigstens die Hälfte verdiene“ – der Vorjahrespunktwert von knapp sechs Pfennig war auf vier Pfennig gefallen.

Den ambulanten Operationszentren „stehen sehr, sehr harte Zeiten bevor“, erklärt auch die in Köln ansässige Kassenärztliche Bundesvereinigung. Mit den Kassen führe sie seit langem „intensive Gespräche“. Doch nur in drei Landesverbänden, wie etwa in Hessen, sei ein Durchbruch gelungen. Dort werden Ärzte für bestimmte ambulante Operationen mit einem festen Punktwert von elf Pfennig entlohnt.

Das sei „ein Wert“, sagt der zum Streik entschlossene Hansen, „von dem wir nur träumen können“.



Narkosefacharzt Hansen: „Seehofers Schalmeienklängen gefolgt“

den. In einem Flugblatt wurde der „Lieben Patientin“ und dem „Lieben Patienten“ mitgeteilt, daß in knapp einem Dutzend spezialisierter Medizinpraxen der Hauptstadt „ambulante Operationen und Anästhesien nur noch auf der Basis einer Privatliquidation oder gegen zusätzliche Erstattung von Sach-/Personalkosten erbracht werden“. Im Klartext: Wer sich auf Krankenschein an Nase, Knie oder Gebärmutter operieren lassen will, wird in die Klinik geschickt – oder er muß aus der eigenen Tasche zuzahlen.

Die Berliner Aktion markiert den vorläufigen Höhepunkt einer mißlichen Entwicklung, die so alt ist wie die von Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer angezettelte Gesundheitsreform.

zigen Sonden das Innere von Schultergelenken aus; Chirurgen schneiden Krampfadern, Blinddärme, Gallenblasen und Tränensäcke heraus; Hals-Nasen-Ohrenärzte begradigen Nasenscheidewände.

Rund dreimillionenmal operierten deutsche Ärzte im letzten Jahr in den etwa 1000 deutschen Ambulatorien – eine Zahl, die sich nach Ansicht des Berliner Frauenarztes Ansgar Pett sogar noch erheblich steigern ließe. So würden in der Gynäkologie derzeit nur etwa 20 Prozent der Patientinnen ambulant operiert; „möglich aber sind 80 Prozent“, sagt Pett.

Bei konsequenter Nutzung der OP-Zentren, so das Ergebnis einer Studie der Innungskrankenkassen, ließen sich pro Jahr mehr als drei Milliarden Mark einsparen.



AUTOMOBILE

# Syndikat der Narren

Vor 40 Jahren beglückte Ford die Welt mit dem größten Flop der Automobilgeschichte – nur eine von vielen Mißgeburten auf Rädern.



DETROIT PUBLIC LIBRARY

**Octo-Auto:** Erbitterter Widerstand gegen die Wirklichkeit

Monsieur Cugnot hatte das Herz am rechten Fleck, offenbar aber nicht das Hirn. Nur so ist zu erklären, daß er anno 1763 ein feuerstiebendes Monstrum bestieg, um damit durch eine der belebteren Straßen von Paris zu karriolen.

Freunde hatten ihn bestürmt, den Unfug zu lassen, doch Cugnot war ebensowenig zu bremsen wie sein dampfgetriebenes Gefährt. Ohne Rücksicht auf fremdes Eigentum sowie sein körperliches Wohlergehen zerspaltete er etliche Marktstände und am Straßenrand parkierende Kutschen. Denn so richtig lenken konnte der Armee-Ingenieur die von ihm konstruierte Maschine nicht.

Die Kleinholzorgie endete in der Wand eines Hauses, das unter der Wucht des Aufpralls kollabierte. Nachdem Cugnot von Passanten tatangemessen durchgeprügelt worden war, sperrte man ihn erst einmal weg – ein Los, das manch einer auch jenem Industriellen gewünscht hätte, der seine Untergebenen anzuraunzen pflegte: „Ich brauche keinen von Euch Arschlöchern, um ein Automobil zu bauen, das einzigartig ist.“

Das aus dieser Hybris resultierende Desaster jährt sich jetzt zum 40. Mal: die Geburt des Edsel, eines Fahrzeugs, das sich, von Henry Ford II. im September 1957 der Öffentlichkeit präsentiert, als in der Tat beispiellos erwies.

Sein Heck gemahnte an das Maul eines Ochsenfroschs. Der Kühlergrill erinnerte manche an eine Toilettenbrille nach einem Auffahrunfall, weniger Phantasiereiche hingegen an das weibliche Geschlechtsteil – wie auch immer: Henry Ford hatte den



P. TRIEVOR / THE TIMES

**Ford Edsel:** Geschmacksverirrt designt



THE NATIONAL MOTOR MUSEUM / BEAULIEU

**Tatra Modell 77:** Hoher Blutzoll unter deutschen Offizieren

Edsel so geschmacksverirrt designt, daß kaum ein Amerikaner in ihm gesehen werden mochte, vom Rest der Welt ganz zu schweigen.

Vom Walzgefährt des Monsieur Cugnot, welcher vor bald 200 Jahren der Welt entrischen wurde, bis hin zum Jubilär Edsel, der noch heute die Spitzenposition unter

den Flop-Ten der Kfz-Historie hält, spannt sich ein Bogen grandioser Fehlkonstruktionen, der in der Geschichte der Technik seinesgleichen sucht.

Schier endlos ist dieser Korso der automobilen Kuriosa, groß und erhaben die Kollektion der Absurditäten, in denen sich das ganze Ausmaß menschlichen Mechanikergeistes spiegelt. Wie von einem Syndikat der Narren konstruiert, erscheinen daher viele der Gefährte, die der amerikanische Kfz-Historiker Timothy Jacobs in seinem Werk über die vielen Mißgeburten der Automobilgeschichte präsentiert\*.

Da gab es etwa:

- ▶ das Octo-Auto (1911 bis 1920). Es rollte auf acht Rädern, weil sein Schöpfer gegen den erbitterten Widerstand der Wirklichkeit darauf beharrte, daß nur so eine laufruhige Fahrt möglich sei – tatsächlich aber hatten die Insassen schon bei der kleinsten Bodenunebenheit das Gefühl, daß ihnen die Schädeldecke wegflög;
- ▶ den Tatra 77 (1934 bis 1938). Er sah aus wie ein mit einem Saurier gekreuzter

Mistkäfer, ähnlich bizarr war sein Fahrverhalten – er fiel infolge hoher Instabilität schon bei kleinsten Kurven jählings um. Nur Angstarme und völlig Blöde fuhren mit ihm schneller als 70 Stundenkilometer – entsprechend hoch war der Blutzoll unter deutschen Offizieren, deren Lieblingsfahrzeug der 77er war, bis ihnen die Wehrmachtsführung das Tatra-Fahren verbot;

- ▶ den Voisin (1934), dessen „Zwölf-Topf-Zerknalltriebbling“ – so die damals politisch korrekte Nazi-Verdeutschung für einen 12-Zylinder-Explosionsmotor – derart lang geraten war, daß er zwischen die Sitze von Fahrer und Beifahrer ragte. Diese verdampften schier in der von dem gewaltigen Aggregat abgestrahlten Hitze, so

\* Timothy Jacobs: „The World's worst Cars“; Smithmark Publishing, San Francisco; 160 Seiten; 12,98 Dollar.



Werbeseite

Werbeseite

fern sie nicht für Erleichterung von oben sorgten – was nicht ganz einfach, aber möglich war, indem sie das auf Gleitschienen geführte Riesendach nach hinten schoben;

- ▶ den Fulton FA-3 und den Hall Flying Car (1946 bis 1952), beide ein Mix aus Auto und Aeroplan, mit denen Flugzeugfirmen wie die amerikanische Convair versuchten, den Autofahrern die Freuden der Aviatik nahezubringen. Stückpreis: 1500 Dollar; Flügel und Leitwerk, die wie ein Rucksack an das Straßenfahrzeug angeflanscht wurden, mußten als Extra bezahlt werden.

tragen wurde; wenn sie riß, was etwa beim Tamplin (1920 bis 1927) häufig geschah, dann perforierten die Kettenglieder entweder den Rücken des Automobilisten oder den Tank, woraufhin sich die Rappelkästen aus Holz und Pappe (Höchstgeschwindigkeit: 120 km/h) in rasende Brandsätze verwandelten. In beiden Fällen waren die Folgen meist final.

Doch auch Autobesitzern, die oberhalb der Grenzen minimaler Existenzsicherung lebten, drohte mitunter Gefahr: etwa im Davis (1947 bis 1949), einem flugzeugartig gestalteten Wagen mit nur einem Vorderrad, der bei abrupten Lenkbewegun-

ten Spinnereien – eine Folge modernen Konzern-Managements, das selbst hochgradig piechoman Veranlagten jede Chance nimmt, ihr Ingenium so frei und hemmungslos zu entfalten, wie dies einst Henry Ford II. beim Edsel möglich war.

Udenkbar etwa, daß ein heutiger Konzernherr seine Designer anwies, die Rückleuchten bei einem neuen Automodell so zu gestalten, daß sie an einen „höhnisch grinsenden Mund“ erinnerten; dadurch würden, glaubte Ford, von einem Edsel überholte Autofahrer sich in ihrer Potenz geduckt und – damit ihnen solche Schmach nicht öfter widerfahre – unter-



THE FREE LIBRARY OF PHILADELPHIA

**Hall Flying Car:** Traum vom freien Flug für Schlechtere verdienende

Doch der Traum vom freien Flug für Schlechtere verdienende scheiterte. Dabei flogen die Mühlen ganz ordentlich – oft allerdings auch runter: Einer der Auto-Piloten hatte das Tanken vergessen, ein anderer bohrte sich in ein Hochhaus, das sich ihm in den Flugweg stellte. Einen dritten fand man, in den Boden gerammt wie einen Zelthering, am Strand von Florida. Als schließlich ein Schlamper in 600 Meter Höhe seine unzureichend angeschraubten Flügel verlor, erbarmten sich die Behörden und verboten diese Gruffhansa aus Jedermann-Fliegern, von denen immerhin einige Dutzend gebaut wurden.

Ebenfalls wie ein Komplott zur Eliminierung der unteren Einkommensschichten muteten die sogenannten Cycle Cars an – rasante Zwitter aus Motorrad und Auto, die so gefährlich waren wie ein Benzinkanister auf der Suche nach einem Zündholz: Wer in einem der fossil befeuerten Särge saß, hatte den Tod buchstäblich im Nacken.

Denn hinter dem Fahrer rasselte die Kette aus minderwertigem Stahl, mittels deren die Motorkraft auf die Hinterräder über-

gen in einer nach oben gezogenen Steilkurve von der Fahrbahn abhob. Aber auch im Nash Airflyte (1949 bis 1954), der für zwei Varianten des Verkehrsunfalls berücksichtigt war.

Zum einen ließen sich bei dem Wagen, der aussah wie ein blechgewordenes Plüschsofa, die Vorderräder infolge der schabrackenartige um die Radkästen gezogenen Verkleidungen nur zur Hälfte einschlagen, was vielfach zu Kollisionen führte; andererseits konnte man in dem automobilen Dickschiff die Vordersitze mit der klappbaren Rückbank zur Liegewiese vereinen – eine ständige Einladung zum Schläferstündchen, die sich in den Zeiten vor der Pille ebenfalls als unfallträchtig erwies.

Inzwischen jedoch ist die beeindruckende Fruchtbarkeit versiegt, mit der Konstrukteure und Designer vergangener Jahrzehnte automobiler Spottgeburten in die Welt setzten.

Spätestens mit dem Ford Pinto (1970 bis 1976), der immerhin noch explodierte, wenn man mit Schmackes hinten in ihn reinfuhr, endete die Ära der denkwürdigen Fehlkonstruktionen und lebenswer-

bewußt zum Erwerb eines Edsel animiert fühlen.

Ebenfalls tief im Laienpsychologischen gründete Fords Idee, dem Kühlergrill des Edsel die Form einer Vagina zu geben – wenn sich Tote, törichter Redensart folgend, wirklich im Grabe umdrehen könnten, dann hätte Henrys Vater, der so prude war wie nur je ein Puritaner, mit der Geschwindigkeit einer Kurbelwelle rotiert.

Die des Edsel-Motors schaffte an die 4000 Umdrehungen – weit mehr als der Wagen, in dem sie sich drehte, in seinem dritten und letzten Produktionsjahr Abnehmer fand: Obwohl weit unter Entstehungskosten angeboten, wurden 1959 nur noch 3008 Edsel verkauft.

Henry quittierte das Edsel-Fiasko mit demselben Unverständnis, in dem fast alle, die sich für Bewegter des automobilen Weltgeschicks hielten, Trost und Zuflucht suchten – meist allerdings mit ebensowenig Erfolg wie der Trümmerrfahrer Joseph Cugnot. Der nämlich hatte dem auf ihn niederprasselnden Volkszorn mit dem Ausruf Einhalt zu gebieten versucht: „Was erregt Ihr Euch, Messieurs? Mein Gerät ist doch gefahren!“

Werbeseite

Werbeseite





Gladbach-Star Effenberg (r.), Kollege Pflipsen (l.): „Wer mich einmal tritt, den trete ich zweimal zurück“

M. GILLIAR / GES

FUSSBALL

# Der Querulant vom Dienst

Während in England Rebellen wie Eric Cantona als Helden gefeiert werden, plagt sich Borussia Mönchengladbachs Star Stefan Effenberg mit dem Zweifel der Fans und der Ablehnung seiner Kollegen – daran ändert auch sein jüngster Sieg vor Gericht nichts. *Von Thomas Hüetlin*

Es ist ein ganz normaler Trainingsnachmittag am Bökelberg in Mönchengladbach, und der beginnt hier, wie in jedem Fußballclub, wo junge Männer einen Haufen Geld verdienen, auf dem Parkplatz.

Weil die Autos über die Jahre immer größer geworden sind, der Parkplatz aber noch so aussieht, als sollten Fußballspieler mit dem Fahrrad kommen, gibt es Probleme. Der Mittelfeldspieler Karlheinz Pflipsen zum Beispiel ist einer der ersten, damit er seinen Porsche ohne Schwierigkeiten abstellen kann. Der Torhüter Uwe Kamps ist einer der letzten, weil er den Schlüssel seines Opel sowieso steckenläßt und es ihm anscheinend auch nichts ausmacht, das Auto nach dem Training irgendwo am Stadion zu suchen.

Als die Wagen der Mannschaft sauber ineinander verkeilt sind, donnert ein schwarzer Jeep Cherokee die Einfahrt hoch und stoppt vor einem Schild, auf dem steht: „Reserviert für das Präsidium.“ Es steigt aus Stefan Effenberg, der Regent, Kapitän und Star der Mannschaft.

Das Gel in seinen Haaren glänzt ebenso in der Sonne wie das Gold in seinem rechten Ohrläppchen. Unterm Arm trägt Effenberg etwas, das schwarz ist, halb so hoch wie ein Aktenkoffer, aber doppelt so breit und von der Firma MCM – eine Art Beauty-case für Kicker.

Der Mann setzt sich auf eine Bank, auf der vorher ein paar alte Mitarbeiterinnen des Vereins Brötchen mit Blutwurst gegessen haben, und phantasiert von einer Zukunft, die nicht mehr viel gemeinsam

hat mit muffigen Sporttaschen, kleinen Parkplätzen und Brötchen mit Blutwurst, aber um so mehr mit Geld. Den Bökelberg, eines der sagenumwobenen deutschen Stadien, abreißen und irgendwo anders ein neues, größeres bauen; nicht mehr mit dem Bus zu den Spielen, sondern mit dem Flugzeug. „Fußball ist Entertainment“, sagt Effenberg, „am besten vor dem Spiel große Showeinlagen und nach dem Spiel.“ So wie in Las Vegas beim Boxen.

Natürlich macht man sich nicht viele Freunde mit solchen Ansichten, schon gar nicht in einer Stadt wie Mönchengladbach, wo Fußball vor allem eins nicht sein darf: so wie bei Bayern München. Also die Arbeit einer Truppe, die ohne sichtbare Leidenschaft durch Stadien zieht und trotz-

dem Titel wie Kontoauszüge in die Sammlung heftet.

Noch kritischer wird es, wenn man als der große Querulant des deutschen Fußballs gilt; wenn man eine Akte hat, die anfängt mit Luftgewehrschießereien im Trainingslager, deren Höhepunkt ein gestreckter Mittelfinger bei der Weltmeisterschaft 1994 in den USA ist, und die nicht geschlossen wird, weil die Reporter von Boulevardzeitungen den Mann alle paar Monate dabei beobachten, wie er in Diskotheken mit andern Gästen rumrangelt.

Richtig lustig wird das alles zusammen aber erst, wenn, wie vor einem dreiviertel Jahr, der Präsident Karl-Heinz Drygalski auf die Idee kommt, herumzuerzählen, daß der Star die in Mönchengladbach schwer vorstellbare Summe von fünf Millionen Mark im Jahr bekomme. Soviel verdienen in der Bundesliga nur noch Matthias Sammer, Andreas Möller und Lothar Matthäus.

Fünf Millionen. Seitdem ist Effenberg für viele Fans nicht mehr die „Diva“, sondern nur noch das „Arschloch“. „Jede Woche“, klagt Effenberg, „wird diskutiert, ob ich dieses Geld wirklich wert bin. Jetzt, wo der Erfolg ausbleibt, kommen sie aus ihren Löchern und hauen noch drauf.“

Aus diesen Gründen traf es sich für viele Menschen bestens, daß der Fußballprofi letzte Woche in Mönchengladbach zusammen mit seiner Frau wegen „schwerer Körperverletzung“ vor Gericht stand. Acht Kamerateams warteten fünfeinhalb Stunden darauf, daß der Anmaßende endlich die gerechte Strafe erhalten sollte. Und wenn schon nicht für schwere Körperverletzung, dann für den Umstand, Effenberg zu sein.

Einem wie ihm trauen die Leute anscheinend alles zu. Selbst daß er nach dem Besuch eines teuren Restaurants einen Arbeiter weit nach Mitternacht in seiner Garageneinfahrt findet und dem Mann, der zu besoffen ist, um noch weitergehen zu können und am Boden liegt, in die Rippen tritt. 10- bis 15mal, bei minus 10 Grad.

Da stört es auch nicht weiter, daß das Opfer sich in einem Zustand befand, den



Ehepaar Effenberg nach dem Prozeß: „Wir waren alles, von angeekelt bis belustigt“

selbst der Staatsanwalt als „komatös“ bezeichnet. Es irritiert nicht, daß sich das Opfer selbst an absolut nichts erinnert – außer an „ein paar schwarze Schuhe“. Und es läßt niemanden stutzen, daß der angeblich Zusammengetretene den Polizisten, die ihn am Ende seiner Safttour nach Hause führen, sagte: „Jungens, mir ist nichts passiert, könnt ihr mir denn nicht glauben, daß ich nur auf die Schnauze gefallen bin. Habt ihr denn kein Verständnis, daß ich zuviel gesoffen habe? Was soll dieser Quatsch? Ich hab’ nichts, und mir tut auch nichts weh.“

Erst Tage später erfährt das Opfer, daß eine Nachbarin Tritte gesehen haben will, und auf einmal glaubt es zu wissen, woher die Rippenprellung auf seiner linken Seite kommt. „Da hab’ ich Familienrat gehalten, und meine Tochter hat gesagt: ‚Papi, wenn die Zeugin so tapfer ist, dann kannst du sie jetzt nicht im Stich lassen.‘“ Eine Zeugin, die in der Tatnacht ebenfalls einige Mariacron intus hatte und deren Erinnerungen sehr widersprüchlich sind.

Dafür weiß Effenberg genau, was los war. „Der war voller Kot und Urin – daß ich den nicht anpacke, ist ja wohl klar. Wir waren so ziemlich alles, von angeekelt bis belustigt.“ Aber zugetreten habe er nicht. Er habe den Mann nur ange-ditscht mit der Fußsohle. „Wenn ich zomal zutrete mit der Kraft eines Fußballprofis, dann bewegt der sich nicht mehr.“ Als der Mann auf allen vieren von seinem Grundstück gekrochen war und erst von einem Nach-

barn, schließlich von der Polizei versorgt wurde, sei er zurück zu seinen Gästen ins Haus gegangen und habe bis vier Uhr früh weitergefeiert.

Ein Freispruch entlastete Effenberg zwar vom Verdacht, ein brutaler Schläger zu sein. Aber Leuten, die einmal die Weihnachtsgeschichte nachspielen wollen, muß trotzdem geraten werden, sich dafür einen anderen Platz auszusuchen als die Garageneinfahrt des Fußballstars.

Nach dem Freispruch wechselte die Gesichtsfarbe des Kickers zwischen Rot und Weiß. Menschen, die den Fehler begingen, ihm zu gratulieren, herrschte er an: „Das hör’ ich nicht gern. Dieses Verfahren hätte es nie gegeben, wenn ich nicht Stefan Effenberg wäre.“

Der Star leidet unter einem Image, das er sich über Jahre hinweg aufgebaut hat. Er gilt als kalt und egoistisch, und das einzige, wofür er sich wirklich interessiere, glauben viele, sei Geld und seine Familie. Da half auch wenig, daß er vor Jahren einmal in der Kirche predigte und jetzt Bürgermeister seines Dorfes werden will. Bei vielen Deutschen ist Effenberg so beliebt wie King Kong.

Es stimmt schon, Stefan Effenberg war nie einer von den Kickern, die sich dafür begeistern konnten, nur Zweiter zu sein. Im Haus seiner Eltern, das sein Vater, ein Maurer, Stein für Stein in Hamburg-Niendorf gebaut hatte, schlief er in der Bettwäsche vom FC Bayern, weil das die Farben der Sieger waren.

Schon damals, erinnert sich ein Mitspieler von früher, schrie er seine Kameraden an und wurde fast hysterisch, wenn eine Niederlage anstand. Als 13jähriger ließ sich der schwächliche Junge von einem Onkel so fotografieren, daß er daraus Autogrammkarten machen konnte.

Als er mit 17 einen Profivertrag bekam, hatte Effenberg die erste Station eines



Nationalspieler Effenberg\*: Mit dem Kopf gegen die Wand

\* Mit Bundestrainer Vogts 1992 in Brasilien.

Werbeseite

Werbeseite

eisernen Karriereplans erreicht, der da hieß: 1. Ein Bundesligaclub. 2. Der FC Bayern. 3. Nationalmannschaft. 4. Der Wechsel nach Italien. „Es ging mir nie darum, dreimal Deutscher Meister zu werden“, sagt Effenberg heute, „dafür kann ich mir in zehn Jahren nichts kaufen.“

Spätestens beim FC Bayern lernte er, daß im Fußball der Stärkere und der Gewinner immer recht haben. „Wer sich keinen Respekt verschafft, steigt ab“, heißt seitdem eine seiner Grundüberzeugungen. Eine andere heißt: „Wer mich einmal tritt, den trete ich zweimal zurück.“

Aber nicht mal darauf wollte er warten. Effenberg dopte sich mit der Droge Aggression. „Bereits beim Auflaufen muß ich irgendwie Zank mit den Linienrichtern haben. Nach fünf Minuten muß ich einmal den Schiedsrichter angeschrien und mich mit dem Publikum angelegt haben.“

Besonders letzteres klappte ganz hervorragend – vor allem bei der WM in den USA, als Zuschauer „Effenberg raus“ forderten und er ihnen einen erigierten Mittelfinger zeigte.

Bundestrainer Vogts erwartete einen Kniefall und bekam ihn nicht, und als er dann noch sagte, er möchte noch einmal eine Nacht überlegen, ob er Effenberg weiter beschäftigen, konterte der Star: „Geben Sie mir aber vor dem Training Bescheid. Denn wenn ich nach Hause fahren soll, habe ich keine Lust mehr, das Training noch mitzumachen.“

Ein Showdown nach Fußballerart, ohne Zwischentöne, ohne Gnade, mit dem Kopf gegen die Wand. Franz Beckenbauer sagte: „Effenberg ist in Deutschland erledigt.“ Der Sünder durfte nie mehr für Deutschland spielen, war schwer getroffen und wollte seine Karriere beenden.

Die Person, die so etwas nicht zuläßt, heißt Martina und ist seit neun Jahren mit Effenberg verheiratet. Getreu ihrem Motto: „Mit Ellenbogen kommt man am besten durchs Leben“, handelt sie die Verträge des Kickers aus. Und wenn er wieder vor dem Zusammenbruch steht, wird sie sauer und sagt: „Du beweist diesen Typen jetzt, was du drauf hast.“ Also muß Effenberg weiter hinter dem Ball herrennen und bekommt wenig Chancen herauszufinden, ob die Gesetze des Fußballs auch denen des Lebens entsprechen.

Vielleicht ist das ja Liebe, vielleicht ist Frau Effenberg nur eine Frau von heute, vielleicht ist der Mann auch, wie Bayern-Manager Hoeneß sagt, ferngesteuert. Fest steht auf jeden Fall, daß Stefan Effenberg, der Rächer und Tiger vom Bökelberg, die Hausaufgaben mit den Kindern macht, weil, so seine Frau, „mir die Geduld da zu fehlt“; daß er bei der Wahl seiner Hosen ebensowenig zu melden hat wie bei der Wahl des Autos; daß er dafür nur alle zwei Monate zum Geldautomaten gehen muß, weil sich seine Frau um so was kümmert.

Am liebsten, so scheint es, würde Effenberg seine Familienfestung überhaupt nicht mehr verlassen. In der Mannschaft, von der er vor drei Jahren wie ein Retter empfangen wurde, steht er ziemlich alleine da, so daß sogar sein Trainer Hannes Bongartz sagt: „Um Leistung zu bringen, muß Harmonie her, und die haben wir hier zur Zeit nicht.“ Er habe Gespräche geführt, die Aufstellung immer wieder geändert, viel hat es nicht gebracht. „Die Leute denken ja schon, ich bin verrückt.“

Möglich, daß in Zeiten, wo Harmonie in vielen Teams durch das Credo „Die Mannschaft ist der Star“ hergestellt wird, das Gladbacher Modell mit zehn Mitläufern und einem Superstar ein wenig verstaubt ist. Möglich, daß Effenberg es leid ist, seinen Mitspielern dauernd Anweisungen zu geben, weil „das schließlich erwachsene Menschen sind“.

Sicher ist, daß Typen wie er nicht besonders in den deutschen Fußball passen, wo von einem Spieler seiner Klasse erwartet wird, daß er die Nationalhymne laut mitsingt, im Fernsehen ein Hemd mit dem Sponsornamen auf dem Kragen trägt und beteuert, die Millionen, die er jetzt verdient, hätten ihn überhaupt nicht verändert – er sei ganz normal geblieben.

Querulanten wie er bekommen in angelsächsischen Ländern bestdotierte Werbeverträge. Die Firma Nike zum Beispiel verdankt ihren Erfolg auch dem Umstand,

---

**„Wenn mal einer anders tickt, wird voll gnadenlos draufgehauen“**

---

daß sie mit sperrigen Rebellentypen wie Eric Cantona, Andre Agassi oder Dennis Rodman wirbt. „Ein echtes Individuum hat es schwer im deutschen Fußball“, sagt Gladbach-Manager Rolf Rüssmann. „Erst wird immer geklagt, daß wir zu viele konforme Typen haben. Und wenn mal einer anders tickt, wird voll gnadenlos draufgehauen.“

Effenberg jedenfalls hat sich und Gladbach ein Ultimatum gesetzt. Auf welchen Tag es datiert ist, will er nicht sagen. Nur soviel: „Mein Ziel ist es nicht, in den nächsten Jahren um Platz 11 oder 12 in der Bundesliga zu spielen. Das wird es nicht geben.“

Manchmal scheint es, als spiele er nur noch Fußball, weil er sonst wirklich nicht weiß, was er mit seinem Leben anfangen soll. Als er vor dem Stuttgarter Spiel noch schnell seinen neunjährigen Sohn Etienne-Noël im schwarzen Mercedes-Kombi zu seiner Jugendmannschaft fährt, fragt er seine ältere Tochter Nastassia, warum ihr Bruder jetzt im Tor stehe.

„Der hat keine Lust mehr, dauernd über den ganzen Platz zu laufen“, antwortet das Mädchen. „Was soll ich sagen?“ entgegnet der Vater und seufzt. „Manchmal geht es mir genauso.“ ♦

BODYBUILDING

# Zu Tode gepilt

Eine Serie von Dopingfällen in München belegt die Gefährlichkeit von Anabolika: Die Leber wird vergiftet.

Andreas Münzer, 31, war das Vorbild der deutschen Bodybuilder. Wenn der Münchner seine mächtigen Muskelstränge anspannte, wirkten die Bizepse seines Freundes Arnold Schwarzenegger im Vergleich dazu schlaff wie alte Luftballons. Der blonde Kraftprotz präsentierte sich auf der Bühne stets überlegen, fidel und kerngesund.

Doch wenige Tage nach seinem letzten Auftritt klagte Münzer über starke Magenschmerzen. Er wurde ins Krankenhaus eingeliefert. Eine Notoperation kam zu spät. Aus einem Schockzustand wachte der Muskelheld nicht mehr auf.

„Es war wohl seine Zeit, Gott zu treffen“, kommentierte Aaron Baker lakonisch den Tod seines Kollegen. Als Münzers Ableben mit Doping in Verbindung gebracht wurde, geißelte Albert Busek, der einflussreichste deutsche Funktionär, die Berichte flugs als „widerlichen Sensationsstil“. Und der Düsseldorfer Sportmediziner und Bodybuilding-Präsident Friedhelm Beuker verstieg sich zu einer besonders abstrusen These. „Der SPIEGEL wirbt für Doping“, meinte er, nachdem Münzers Medikamenten-Mix (SPIEGEL 17/1996) enthüllt worden war.

Rechtsmediziner der Uni München ließen sich nicht beeindruckt. Gewissenhaft suchten Pathologen und Toxikologen nach der Todesursache. Und während sie noch Münzers Gewebeproben unterm Mikroskop hatten, landeten drei weitere

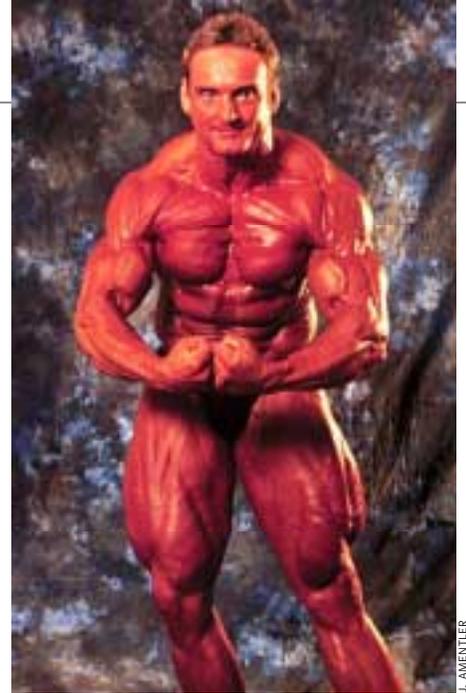
Bodybuilder auf dem Autopsie-Tisch – allesamt junge und scheinbar vor Gesundheit strotzende Athleten.

Sensibilisiert durch den Fall Münzer, unterzogen die Wissenschaftler die drei Neuzugänge einer intensiven Prüfung und kamen dabei zu wichtigen Ergebnissen. Schon lange wird der Zusammenhang zwischen der Einnahme von Anabolika und Schäden an Herz und Leber diskutiert. Die eigenartige Häufung von Dopingtoten in München liefert nun neue Beweise für die lebensbedrohende Wirkung der chemischen Starkmacher.

„Wir haben gesehen“, sagt der Münchner Toxikologe Hans Sachs, „welches gefährliche Spiel die Bodybuilder mit ihrem Körper betreiben.“ Mehr noch: Vermutlich sind weitere Todesfälle von aktiven oder zurückgetretenen Athleten auf Anabolikakonsum zurückzuführen.

Bei Münzer war laut Obduktionsbericht die Todesursache eindeutig: „Anabole Steroide sind als Ursache für Lebertumore anzusehen.“ Die künstlichen Sexualhormone hatten zahlreiche tischtennisballgroße Geschwulste in der Leber hervorgerufen, sogenannte Adenome, wie sie von anderen Anabolikatoten bekannt sind. Als die Tumore das Gewebe gänzlich zerstört hatten, kapitulierten weitere innere Organe.

Ähnliche Defekte fanden die Rechtsmediziner auch bei den drei anderen toten Muskelmännern. Ein 31-jähriger Bodybuilder aus München hatte sich mit Hilfe anaboler Steroide eine Oberarmdicke von 46 Zentimetern antrainiert. Bei der Sektion ermittelten die Pathologen Spuren von Deca-Durabolin und Testosteronester. Neben den Anabolika hatte der Kraftsportler das Kälbermastmittel Clenbuterol geschluckt. Infolgedessen war das Herz auf abnorme 536 Gramm (normal: rund 300 Gramm) vergrößert, in der Leber fanden sich Geschwulste, der Stoffwechsel war gestört.



Münzer



Pfützte

## Gestorbene Sportler

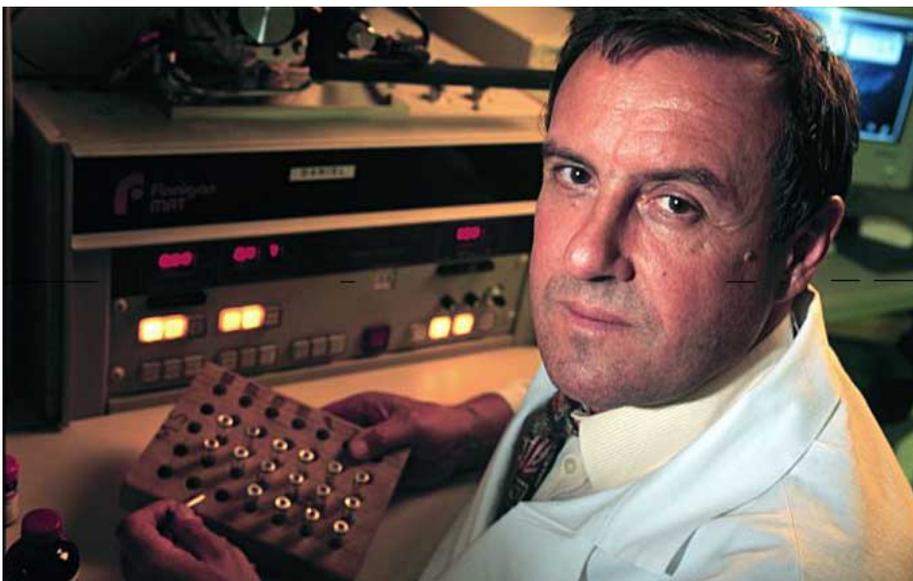
„Es war wohl seine Zeit, Gott zu treffen“

Ein 32-jähriger Athlet aus Bayern starb wie vom Schlag getroffen. Durch sein Tagebuch erfuhren die Rechtsmediziner die Ursachen für die Veränderungen an Herz und Leber. Der Verstorbene hatte versucht, seine Muskeln zu erhalten, obwohl er das Training reduzieren mußte. In den 20 Tagen vor seinem Tod hatte der Bodybuilder insgesamt 114 Tabletten Dianabol eingenommen, dazu 200 Gramm Stanozolol gespritzt. Irgendwann gab das Herz auf. „Todesursache: Frischer Verschluss der linken Herzkranzarterie durch einen Thrombus“, heißt es im Obduktionsbericht.

An einem Herzversagen starb schließlich im August ein 33-jähriger Bodybuilding-Trainer beim Basketballspiel. Das bereits vorgeschädigte Herz war stark verquollen. Die Freundin gab an, daß sich der Kraftsportler mit Anabolika fit gemacht hatte.

Im Normalfall beseitigt die Leber wie eine Entgiftungsanlage vielfältige toxische Einflüsse. Wenn aber Hormone in extrem hoher Dosierung wie beim Bodybuilding eingenommen oder wie im DDR-Sport über viele Jahre verabreicht werden, nimmt das Organ selbst Schaden.

Renate Baumgarten, Chefärztin am Berliner Krankenhaus Prenzlauer Berg, berichtet von Lebererkrankungen durch Arzneimittelmisbrauch in der DDR: Von sechs



W. M. WEBER

Toxikologe Sachs: „Bodybuilder betreiben ein gefährliches Spiel mit ihrem Körper“

beschriebenen Fällen hatten fünf Patienten Oral-Turinabol eingenommen, das Hausmittel der ostdeutschen Doper.

Ist die Leber durch anabole Steroide erst einmal angegriffen, arbeitet sie nur noch unzulänglich. Sie gibt keine fettbindenden Eiweiße mehr ins Blut ab. Der Cholesterinspiegel steigt an, das Blut verfettet. Gefäße drohen zu platzen. Es kommt zu Arteriosklerosen oder gar zu Herzinfarkten und Schlaganfällen. Eine Vielzahl von Studien aus der ganzen Welt beschreiben zudem direkte Nebenwirkungen der Anabolika aufs Herz: Sie können die gesamte Architektur des Herzens zerstören, bisweilen verstopfen Blutgerinnsel auch Zu- und Abläufe. Zwei solche Fälle von Anabolika-Toten aus der Rechtsmedizin Köln werden in der Fachliteratur beschrieben.

Nach den Ergebnissen aus München und Köln müssen auch einige Todesfälle ehemaliger DDR-Athleten, die gegenwärtig von der Zentralen Ermittlungsstelle Regierungs- und Vereinigungskriminalität (Zerv) in Berlin untersucht werden, neu bewertet werden. So starb

- ▶ am 1. Februar 1988 Jens Ränger, 22, an akutem Herzversagen. Der Bobfahrer aus Zinnwald war, wahrscheinlich nach Anabolikakonsum, kurz zuvor wegen rätselhafter Herzbefunde in zwei Spezialkliniken stationär behandelt worden.
- ▶ am 20. Januar 1991 Frank Pfütze, 32. Der ehemalige Schwimm-Europameister hatte eine Thrombose am Herz – wie einer der Bodybuilder aus München.
- ▶ am 24. Januar 1993 Detlef Gerstenberg, 35. Der Hammerwerfer hatte 1975 angefangen, Anabolika zu schlucken. Selbst als die Leberwerte des Olympiateilnehmers schlechter wurden, setzte er die Dopingkuren bis 1984 fort. Bei der Autopsie zeigten sich Veränderungen, wie sie bei einer anabolikageschädigten Leber bekannt sind.

Schon zu DDR-Zeiten hatte sich der ansonsten nicht zimperliche Sportmediziner Manfred Höppner über Leberschäden gedopter Sportler Sorgen gemacht – besonders, wenn Athleten auch noch „saufen“ oder Sportlerinnen „die Pille“ nahmen. Zwei „Körperkulturisten“ (DDR-Sprachgebrauch für Bodybuilder), so berichtete ein Verbandsarzt der Stasi, hätten sich sogar „zu Tode gepillt“. Trotzdem wurden selbst vorbelastete Athleten angehalten, zur Ehre der Republik weiter zu schlucken.

Einen besonders klaren Fall von Körperverletzung untersucht jetzt die Zerv. Der Kugelstoßer Hubert Grabsch war trotz einer durch Gelbsucht geschädigten Leber gezwungen worden, Anabolika einzunehmen. Im Trainingslager kollabierte er. Die verabreichten Schmerzmittel waren so hoch dosiert, daß Grabsch Halluzinationen bekam. Daraufhin steckten ihn die ratlosen Mediziner für ein Jahr in eine Nervenheilanstalt. Der Fall wurde dem Zentralkomitee der SED mitgeteilt ◆

Werbeseite

Werbeseite



**HERAUSGEBER** Rudolf Augstein

**CHEFREDAKTEUR** Stefan Aust

**STELLV. CHEFREDAKTEURE** Joachim Preuß, Dr. Dieter Wild

**DEUTSCHE POLITIK** Dr. Martin Doerry, Dr. Gerhard Spörl; Karen Andresen, Manfred Ertel, Bernd Kühnl, Michael Schmidt-Klingenberg, Hans-Ulrich Stoldt, Klaus Wiegrefe

**DEUTSCHLAND** Heiner Schimmöller, Ulrich Schwarz; Gunther Latsch; Bert Gamerschlag, Doja Hacker, Merle Hilbk, Ulrich Jaeger, Sebastian Knauer, Ansbert Kneip, Susanne Koelbl, Georg Mascolo, Joachim Mohr, Sylvia Schreiber, Thilo Thielke, Dieter G. Uentzelmann

**WIRTSCHAFT** Armin Mahler, Gabor Steingart; Dr. Hermann Bott, Dietmar Hawranek, Peter Heinlein, Hans-Jürgen Jakobs, Alexander Jung, Klaus-Peter Kerbusk, Ulrich Schäfer, Michaela Schießl, Thomas Tuma

**AUSLAND** Dr. Erich Follath, Dr. Romain Leick, Fritjof Meyer; Dieter Bednarz, Bernd Dörler, Adel S. Elias, Hans Hielscher, Joachim Hoelzgen, Wulf Küster, Dr. Christian Neef, Roland Schleicher, Dr. Stefan Simons, Helene Zuber

**WISSENSCHAFT UND TECHNIK** Johann Grolle, Jürgen Petermann; Marco Evers, Dr. Stefan Klein, Dr. Renate Nimtz-Köster, Rainer Paul, Alexandra Rigos, Matthias Schulz, Dr. Jürgen Scriba, Olaf Stampf, Christian Wüst

**KULTUR UND GESELLSCHAFT** Hans-Dieter Degler, Wolfgang Höbel, Dr. Mathias Schreiber; Anke Dürr, Nikolaus von Festenberg, Angela Gatterburg, Dr. Volker Hage, Dr. Jürgen Hohmeyer, Dr. Joachim Kronsbein, Klaus Madzia, Reinhard Mohr, Bettina Musall, Anuschka Roshani, Dr. Johannes Saltzwedel, Peter Stolle, Klaus Umbach, Susanne Weingarten, Marianne Wellershoff

**SPORT** Alfred Weinzierl; Klaus Brinkbäumer, Matthias Geyer, Udo Ludwig, Helmut Schümann

**SONDERTHEMEN** Dr. Rolf Rietzier; Heinz Höfl, Dr. Walter Knips, Mareike Spiess-Hohnholz

**SONDERTHEMEN GESTALTUNG** Manfred Schniedenharn

**PERSONALIEN** Dr. Manfred Weber; Petra Kleinau

**AUTOREN/KOLUMNISTEN/REPORTER** Ariane Barth, Peter Bölke, Henryk M. Broder, Uwe Buse, Dr. Thomas Darnstädt, Klaus Franke, Gisela Friedrichsen, Henry Glass, Dr. Hans Halter, Werner Harenberg, Thomas Hüetlin, Urs Jenny, Christiane Kohl, Jürgen Leinemann, Matthias Matussek, Gerhard Mauz, Walter Mayr, Hans-Joachim Noack, Dr. Fritz Rumler, Marie-Luise Scherer, Cordt Schnibben, Hans Joachim Schöps, Bruno Schrep, Hajo Schumacher, Alexander Smoltczyk, Barbara Supp, Carlos Widmann, Erich Wiedemann

**CHEF VOM DIENST** Horst Beckmann, Thomas Schäfer

**BILDREDAKTION** Michael Rabanus; Werner Bartels, Manuela Cramer, Josef Csallós, Christiane Gehner, Rüdiger Heinrich, Peter Hendricks, Antje Klein, Monika Rick, Heidi Russbütt, Karin Weinberg

**GRAFIK** Martin Brinker; Renata Biendarra, Ludger Bollen, Tiina Hurme, Cornelia Pfauter, Julia Saur

**LAYOUT** Rainer Sennewald, Volker Fensky; Christel Basilon-Pooch, Sabine Bodenhausen, Katrin Bollmann, Regine Braun, Wolfgang Busching, Ralf Geilhufe, Petra Gronau, Ria Henning, Barbara Rödig, Detlev Scheerbarth, Doris Wilhelm

**PRODUKTION** Chris Riewerts; Wolfgang Küster, Frank Schumann, Christiane Stauder

**TITELBILD** Thomas Bonnie; Stefan Kiefer, Ursula Morschhäuser, Oliver Peschke, Monika Zucht

**REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND**

**BERLIN** Michael Sontheimer, Harald Schumann; Wolfgang Bayer, Stefan Berg, Petra Bornhöft, Markus Dettmer, Jan Fleischhauer, Uwe Klufmann, Claus Christian Malzahn, Peter Wensierski, Friedrichstr. 79, 10117 Berlin, Tel. (030) 203874-00, Fax 203874-12

**BONN** Dr. Olaf Ihlau, Hans-Jürgen Schlamp; Winfried Didzoleit, Annette Großbongardt, Ursula Kossler, Dr. Paul Lersch, Dr. Hendrik Munsberg, Elisabeth Niejahr, Hartmut Palmer, Olaf Petersen, Rainer Pörtner, Alexander Szandar, Klaus Wirtgen, Dahlmannstraße 20, 53113 Bonn, Tel. (0228) 26703-0, Fax 215110

**DRESDEN** Christian Habbe, Andreas Wassermann, Königsbrücker Str. 17, 01099 Dresden, Tel. (0351) 8020271, Fax 8020275

**DÜSSELDORF** Richard Rickelmann; Ulrich Bieger, Georg Bönisch, Karl-Heinz Büschemann, Frank Dohmen, Karlplatz 14/15, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 8 66 79-01, Fax 8 66 79-11

**ERFURT** Almut Hielscher, Löberwallgraben 8, 99096 Erfurt, Tel. (0361) 3 74 70-0, Fax 3 74 70-20

**FRANKFURT A. M.** Dietmar Pieper; Peter Adam, Wolfgang Bittrner, Felix Kurz, Rüdiger Jungbluth, Christoph Pauly, Wilfried Voigt, Oberlindau 80, 60323 Frankfurt a. M., Tel. (069) 9712680, Fax 97126820

**HANNOVER** Hans-Jörg Vehlewald, Georgstraße 50, 30159 Hannover, Tel. (0511) 36726-0, Fax 3672620

**KARLSRUHE** Dr. Rolf Lamprecht, Postfach 5669, 76038 Karlsruhe, Tel. (0721) 22737, Fax 9204449

**MÜNCHEN** Dinah Deckstein, Stuntzstraße 16, 81677 München, Tel. (089) 418004-0, Fax 41800425

**SCHWERIN** Ralf Klassen, Spielordamm 9, 19055 Schwerin, Tel. (0385) 5574442, Fax 569999

**REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND**

**BANGKOK** Andreas Lorenz, 49 Soi Inthamara 13, Suthisarn Road, Bangkok 10400, Tel. (00662) 2711712, Fax 6169669

**BASEL** Jürg Bürgi, Spalenring 69, 4055 Basel, Tel. (004161) 2830474, Fax 2830475

**BELGRAD** Renate Flottau, Teodora Dražnera 36, 11000 Belgrad, Tel. (0038111) 669987, Fax 660160

**BRÜSSEL** Dirk Koch; Heiko Martens, Marion Schreiber, Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (00322) 2306108, Fax 2311436

**JERUSALEM** Jürgen Hogrefe, 29, Hatikva Street, Yemin Moshe, Jerusalem 94103, Tel. (009722) 6245755, Fax 6240570

**JOHANNESBURG** Birgit Schwarz, P. O. Box 2585, Parklands, SA-Johannesburg 2121, Tel. (002711) 8806429, Fax 8806484

**KAIRO** Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. (00202) 3604944, Fax 3607655

**LONDON** Hans Hoyng, 6 Henrietta Street, London WC2E 8PS, Tel. (0044171) 3798550, Fax 3798599

**MOSKAU** Jörg R. Mettke; Reinhard Krumm, Krutizkij Wal 3, Korp. 2, k.w. 36, 109044 Moskau, Tel. (007095) 2740009/52, Fax 2740003

**NEW DELHI** Christian Kracht, C-110 South Extension II, New Delhi 110049, Tel. (009111) 6481853, Fax 6481853

**NEW YORK** Dr. Jürgen Neffe, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N Y 10036, Tel. (001212) 2217583, Fax 3026258

**PARIS** Lutz Krusche, Helmut Sorge, 17 Avenue Matignon, 75008 Paris, Tel. (00331) 42561211, Fax 42561972

**PEKING** Jürgen Kremb, Qijayuan 7. 2. 31, Peking, Tel. (008610) 65 32 35 41, Fax 65 32 35 43

**PRAG** Jilská 8, 11000 Prag, Tel. (004202) 24220138, Fax 24220138

**RIO DE JANEIRO** Jens Glüsing, Avenida São Sebastião 157, Urca, 22291-070 Rio de Janeiro (RJ), Tel. (005521) 2751204, Fax 5426583

**ROM** Valeska von Roques, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (00396) 6797522, Fax 6797768

**STOCKHOLM** Hermann Orth, Scheelegatan 4, 11223 Stockholm, Tel. (00468) 6508241, Fax 6529997

**TOKIO** Dr. Wieland Wagner, Chigasaki-Minami 1-3-5, Tsuzuki-ku, Yokohama 224, Tel. (008145) 941-7200, Fax 941-8957

**WARSCHAU** Dr. Martin Pollack, Krzywickiego 4/1, 02-078 Warschau, Tel. (004822) 251045, Fax 258474

**WASHINGTON** Mathias Müller von Blumencron, Clemens Höges, Siegesmund von Ilsemann, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20 045, Tel. (001202) 3475222, Fax 3473194

**WIEN** Dr. Hans-Peter Martin, Herrengasse 8 Top 100, 1010 Wien, Tel. (00431) 5323232, Fax 5323232-10

**SCHLUSSREDAKTION** Rudolf Austenfeld, Reinhold Bussmann, Dieter Gellrich, Hermann Harms, Bianca Huneck, Rolf Jochum, Karl-Heinz Körner, Katharina Lützen, Reimer Nagel, Dr. Karen Ortiz, Gero Richter-Rethwisch, Ingrid Seelig, Hans-Eckhard Segner, Tapio Sirikka, Kirsten Wiedner, Holger Wolters

**DOKUMENTATION** Dr. Dieter Gessner; Jörg-Hinrich Ahrens, Sigrid Behrend, Dr. Helmut Bott, Lisa Busch, Heiko Buschke, Heinz Egleder, Dr. Herbert Eger, Johannes Erasmus, Cordelia Freiwald, Dr. André Geicke, Silke Geister, Ille von Gerstenberg-Heldorff, Hartmut Heidler, Gesa Höppner, Christa von Holtzapfel, Bertolt Hunger, Joachim Immisch, Hauke Janssen, Michael Jürgens, Ulrich Klötzer, Angela Köllisch, Anna Kovac, Sonny Krause, Peter Kühn, Hannes Lamp, Marie-Odile Jonot-Langheim, Walter Lehmann, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lubbett, Sigrid Lüttich, Rainer Mehl, Ulrich Meier, Gerhard Minich, Wolfhart Müller, Bernd Musa, Anneliese Neumann, Werner Nielsen, Thorsten Oltmer, Andreas M. Peets, Anna Petersen, Peter Philipp, Axel Pult, Ulrich Rambow, Dr. Mechthild Ripke, Constanze Sanders, Petra Santos, Christof Schepers, Rolf G. Schierhorn, Ekkehard Schmidt, Thomas Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Margret Spohn, Rainer Staudhammer, Anja Stehmann, Stefan Storz, Rainer Szymm, Dr. Wilhelm Tappe, Dr. Eckart Teichert, Jutta Temme, Dr. Iris Timpke-Hamel, Heiner Ulrich, Hans-Jürgen Vogt, Carsten Voigt, Peter Wahle, Ursula Wamser, Peter Wetter, Andrea Wilkens, Karl-Henning Windelbandt

**BÜRO DES HERAUSGEBERS** Irma Nelles

**INFORMATION** Heinz P. Lohfeldt; Karl-H. Schaper (Leserdienst), Peter Zobel

**SPIEGEL ONLINE** Ulrich Booms, Kai Brauer, Bettina Koch, Lorenz Lorenz-Meyer

**NACHRICHTENDIENSTE** AP, dpa, Los Angeles Times/Washington Post, New York Times, Reuters, sid, Time

Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.

Nachdruckgenehmigungen Deutschland, Österreich, Schweiz: Tel. (040) 3007-2972, Fax 30072971; übriges Ausland: New York Times Syndication Sales, Paris: Tel. (00331) 47421711, Fax 47428044.

Fotos: Tel. (040) 3007-2869

**SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG**

Verantwortlich für Vertrieb: Mathias Bonn

Abonnement-Service: Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg, Tel. 0130-863006, Fax (040) 3007-2898,

E-Mail: 100432.2737@compuserve.com

Abonnement-Service Schweiz: DER SPIEGEL, Postfach, CH-6002 Luzern, Tel.: (041) 3173399, Fax: (041) 3173389

Abonnementpreise: Normalpost Inland: sechs Monate DM 130,00, zwölf Monate DM 260,00, für Studenten (nur Inland) DM 182,00.

Europa: zwölf Monate DM 369,20; außerhalb Europas: zwölf Monate DM 520,00; Schweiz: zwölf Monate sfr 260,00.

Verantwortlich für Anzeigen: Christian Schlottau

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 51 vom 1. Januar 1997

Postbank AG Hamburg Nr. 7137-200 BLZ 200 100 20

Druck: Gruner Druck, Itzehoe; maul belsler, Nürnberg

**VERLAGSLEITUNG** Fried von Bismarck

**MÄRKTE UND ERLÖSE** Werner E. Klatten

**GESCHÄFTSFÜHRUNG** Rudolf Augstein, Karl Dietrich Seikel



## GESTORBEN

**Jimmy Witherspoon**, 74. „Money (too little), liquor (too much) and women (too few)“ – mit den Dauerthemen des Blues verdiente er sein erstes Geld im Zweiten Weltkrieg in Kalkutta. Dorthin hatte es Witherspoon als Schiffskoch verschlagen; ein Pianist in einem Grand Hotel heuerte den Landsmann aus Arkansas als Sänger an; er war immerhin schon mit Kirchenchören aufgetreten. Sein neues Metier meisterte „Spoon“ anschließend im Orchester von Jay McShann in Kalifornien. Als Blues-Star produzierte er mehrere Hits, doch in den fünfziger Jahren ging Witherspoon in den Rock'n'Roll-Wellen unter. Die Organisatoren des Monterey Jazz Festivals spürten den Vergessenen 1959 im tiefsten Kentucky auf. Witherspoon feierte ein triumphales Comeback an der Seite von Jazz-Größen wie Ben Webster und Coleman Hawkins. Als Sänger und Stimmungskanone erfreute er bis in die achtziger Jahre Festival-Besucher in vielen Ländern. Jimmy Witherspoon starb am 18. September in Los Angeles.



JAZZ ARCHIV

**Tschiang („Wego“) Wei-kuo**, 80. Sein Vater Tschiang Kai-schek, Führer der nationalchinesischen Kuomintang-Partei, schickte ihn mit 21 Jahren nach München, um die Kriegskunst zu erlernen, auch die Praxis: Mit dem deutschen 98. Jäger-Regiment zog er 1938 in Österreich ein. Als seine chinesische Heimat 1949 kommunistisch wurde, half er als Chef eines Panzerregiments, die Insel Taiwan zu besetzen, deren Bewohner sich dem Festland so fremd fühlen wie Österreicher gegenüber Deutschland. Während Bruder Tsching-kuo nach dem Tod des Vaters zum Präsidenten der „Republik China“ auf Taiwan avancierte, begnügte Wego sich mit der Leitung der Generalstabsakademie. Er schrieb Ratgeber über das Kriegführen und genoss seine Villa, einen Schwarzbau im Naturschutzgebiet, die Taipehs Bürgermeister jüngst abreißen ließ. Tschiang Wei-kuo starb vergangenen Montag in Taipeh.



AP

**Jean Françaix**, 85. Unter den zeitgenössischen Tonsetzern war er, mit Witz und aus Überzeugung, der radikale Unzeitgemäße.

Schönbergs Zwölftonschule ließ er links liegen, serielle Techniken blieben ihm fremd, schrilles Klanggekluppe ging ihm gegen den Gusto: Statt dessen hielt er auf bon ton, stilisierte sich zum Spieler der Tonkunst und verfaßte unermüdlich seine melodie- und redseligen Galanteriewaren – einfach im Satz, pointillistisch in der Struktur, ironisch im Flair, kunterbunt wie ein Kaleidoskop und nicht selten am Rande der Banalität. Was immer der Maître de Clarté auch zu Notenpapier gebracht hat: etwa ein „Katzenballett“, das „Kolloquium der zwei Perücken“ oder „Die Apokalypse nach dem Heiligen Johannes“ – fast alle seine (mehr als 150) Werke wirkten wie der rührende, rührend untaugliche Versuch, die Anmut eines Mozartschen Divertimentos im Zeitalter der Postmoderne wiederzubeleben. Jean Françaix starb vorigen Montag an einem Gehirntumor in Paris.

**Shoichi Yokoi**, 82. Weil er dem Prinzip der kaiserlichen japanischen Armee, „Niemals ergeben“, treu bleiben wollte, verbarg sich der Offizier 26 Jahre lang im Dschungel von Guam, der kleinen, abgelegenen Pazifikinsel, die die USA 1944 erobert hatten. Nach seiner Entdeckung durch zwei Jäger 1972 wurde Yokoi, der sich jahrelang von Ratten, Schlangen, Fröschen, Nüssen und Beeren ernährt hatte und ein Hemd aus Baumrinde trug, ein Nationalheld. Der Einsiedler konnte sich nur schwer wieder in die Zivilisation einleben, war aber häufig Gast bei Talkshows. Shoichi Yokoi, der auch einen Roman über sein Überleben im Dschungel schrieb, starb vergangenen Montag im japanischen Nagoya.



AP

**Kurt Gloor**, 54. Er machte Filme in der Schweiz für die Schweiz, und durch sie wurde er einer jener kämpferisch-widerpenstigen Künstler, die in den siebziger Jahren die Selbstzufriedenheit ihrer Nation zu erschüttern begannen. Nicht als Volkstribun verstand sich Gloor, vielmehr als einfühlsamer Anwalt der kleinen Leute, die immer zu kurz kommen: Im Mittelpunkt seiner Spielfilme „Die plötzliche Einsamkeit des Konrad Steiner“ (1976), „Der Erfinder“ (1980) oder der „Mann ohne Gedächtnis“ (1983) stehen Einzelgänger, Eigenbrötler, gescheiterte Träumer. Vor den geringen ökonomischen Chancen der Kinoarbeit kapitulierte Gloor schließlich und arbeitete nur noch als Dokumentarfilmer für das Fernsehen. Kurt Gloor hat sich am 20. September in Zürich das Leben genommen.





ACTION PRESS

Mädchengruppe „Spice Girls“

**Peter Lee**, 54, Funktionär der britischen Liberalen, prüfte einen Parteifreund auf dessen Wissen um Kultfiguren der britischen Jugend. Dazu hielt Lee – auf dem Parteitag der Liberalen während der Debatte zur Situation der britischen Jugendlichen – ein Poster der Mädchengruppe „Spice Girls“ in die Höhe: Der Sprecher für Jugendfragen, Lembit Opik, möge doch die Namen der Sängerinnen aufsagen. Opik, gleichzeitig Unterhausmitglied, bestand den Test glänzend. Er wußte die Namen aller abgebildeten Gewürzmädchen. Daß er die Namen falsch zuordnete, ging dann schon in den anerkennenden Jubelrufen der Parteitagsteilnehmer unter.

**George Clooney**, 36, amerikanischer Film- und TV-Star („Batman and Robin“, „Emergency Room“), machte eine Erfahrung, die Batman-Gegenspieler Mr. Freeze hoch erfreut hätte: Die 60 Fotografen, die zur Premiere von Clooneys neuem Film „The Peacemaker“ ins New Yorker Ziegfeld Theater gekommen waren, zeigten ihm die kalte Schulter. Die Fotografen empfangen den Star schweigend und weigerten sich – bis auf einige wenige –, Clooney beim Gang durchs Theater zu fotografieren. Der Schauspieler hatte nach dem tödlichen Autounfall von Prinzessin Diana Paparazzi mit Crack-Dealern verglichen. „Wir boykottierten ihn,



REUTERS

Clooney

um ihm zu zeigen, daß wir keineswegs eine Bande von Idioten sind, die mit Kameras herumlaufen und Autounfälle verursachen“, sagte Paparazzo Stephen Trupp. Clooney ist nach Sylvester Stallone und Fran Drescher der dritte Filmschaffende, dem internationale Fotografen ihre Aufmerksamkeit versagten. Auf die gleiche Weise boykottierten am vergangenen Mittwoch 75 Fotografen die französische Ministerrunde, als sie nach der Kabinettsitzung den Elysée verließ – wegen der Ermittlungen der französischen Behörden gegen mehrere Pariser Paparazzi.

**Gerhard Mayer-Vorfelder**, 64, Finanzminister in Baden-Württemberg (CDU), korrigierte einen sprachlichen Ausrutscher. Auf dem Tag der Heimat in Karlsruhe hatte der Minister, abweichend vom Manuskript, vor Vertriebenenfunktionären schwadroniert, Deutschland könne durchaus wieder über die Oder-Neiße-Grenze hinauswachsen. „Der Minister legt Wert auf die Feststellung“, teilte der Sprecher Meyer-Vorfelders umgehend mit, „daß er versehentlich das Wort Deutschland nannte, in Wirklichkeit aber Europa meinte, wie sich unzweifelhaft aus dem Zusammenhang ergibt.“



**Mutter Teresa**, vor vier Wochen im Alter von 87 Jahren in Kalkutta gestorbene Gründerin des katholischen Ordens der Missionarinnen der Nächstenliebe und Friedensnobelpreisträgerin, soll demnächst als Büste bei einem Hindufestival gezeigt werden. Die Skulptur der Nonne, an der ein indischer Bildhauer bereits arbeitet, wird dann neben den Statuen der Gottheiten Kali oder Durga verehrt werden. Durga ist von zweierlei Charakter: Schöpferin und Zerstörerin. Als gute Gottheit verkörpert sie Nahrung und Fruchtbarkeit, als böse Rachegöttin verlangt sie nach Tier- und Menschenopfern. Auch als Lebende wurde die „Mutter“ in Kalkutta nicht nur verehrt, sondern auch gefürchtet. Schließlich verdanke diese Stadt, so manche der Bewohner, ihren schlechten Ruf der Nonne aus Europa. Durch Mutter Teresas medienträchtiges Wirken erfuhren viele erst, daß dort Sterbende auf der Straße liegen.

Mutter-Teresa-Skulptur

DPA

**Chelsea Clinton**, 17, gerade dem Elternhaus entflohenes Erstsemester, hat als Tochter des US-Präsidenten eine den Sicherheitsrisiken eines Präsidentenkindes entsprechend stark befestigte Studentenbude bezogen – mitleidige Seelen sprechen von einem „Unterstand“. Die Fensterscheiben der Unterkunft in der Stanford University bestehen aus schuhsicherem Glas. Die Tür ist aus Stahl gefertigt. Unter dem Fußboden und über der Zimmerdecke wurden Platten aus demselben Material eingezogen. Das Ganze sei so behaglich und bequem wie ein „Banktresor“, weiß die amerikanische Klatschkolumnistin Cindy Adams, die überdies ganz genau weiß, daß „Hitlers Bunker nicht so sicher war“.



Chelsea Clinton, Vater

**Heide Moser**, 54, SPD-Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Schleswig-Holstein, sah sich intimen Fragen ausgesetzt. Das Ministerium hatte bekanntgegeben, daß „im Rahmen der Aidsprävention“ ab sofort Kondome „in der Geschmacksrichtung ‚Citrus‘ zu haben“ seien. Die Mitteilung war Anlaß für die FDP-Abgeordnete Christel Aschmoneit-Lücke zu einer „Kleinen Anfrage“. Wissen wollte die Liberale, welche „Gremien“ bei der „Entscheidung zugunsten der Geschmacksrichtung ‚Citrus‘ beteiligt“ gewesen seien. Die Sozialministerin bekannte: „Hierfür war kein offizielles Gremium“ notwendig, „Fachkompetenz war entscheidend“. Ob „frauenspezifische Belange bei der Auswahl“ berücksichtigt worden seien, erkundigte sich die Freidemokratin. Die Ministerin, oberlehrerhaft: „Kondome schützen, unabhängig vom Aromatyp, auch Frauen vor Aids.“ Freilich: „Sofern darüber hinaus frauenspezifische Belange besonders berücksichtigt werden können, wurde dies durch die Farbwahl erzielt.“ Ein Teil der Präservative sei „lila“.

**Rudolf Kraus**, 56, Parlamentarischer Staatssekretär (CSU) im Bundesarbeitsministerium, rüstet zur Jagd. Zumindest ist dies einem Papier zu entnehmen, das in einem Tagungsraum des Bundestages zwischen zwei Sitzungen liegengeblieben ist.

In dem „Vermerk für Herrn PStS Kraus“ mit dem „Betreff: Jagdhemden“ berichtet die Vorzimmerdame von Kraus mit dem Kürzel „St“ über ihre vergeblichen Versuche, für den Politiker privat ein Hemd in einem Bonner Jagdausrüstungsgeschäft zu besorgen: „Es ist nur ein Hemd in der Größe 48 (= entspricht dem Halsumfang, Körpervolumen 148) vorrätig.“ Es gebe zwar noch „einige Hemden in der Größe 45“, doch die Ehefrau des Politikers „teilte mir mit, daß diese Hemden zu klein seien“, das Hemdenproblem werde man am Urlaubsort erledigen. Schlußsatz des Vermerks: „Ihre Frau läßt noch in Sachen Munition fragen, ob Sie Patronen für Ihre Flinte brauchen?“

**Oskar Lafontaine**, 54, SPD-Vorsitzender, Ministerpräsident des Saarlandes und auch möglicher SPD-Kanzlerkandidat, läßt das Tanzen nicht. Wie bereits beim SPD-Jugendparteitag im November 1996, zuckte der Vorsitzende beim SPD-Kulturfest in Berlin mit der Jugend zu Techno-Rhythmen oder was auch immer. Auch diesmal hat sich „kein Spalt in der Erde auf-



Lafontaine auf SPD-Kulturfest

getan, kein Blitz ist herniedergefahren“, wie die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG damals juxte. Gleichgeblieben ist, so zeigt es das Foto, auch die Haltung des ungelenk jugendheischenden Tänzers. Die Arme angewinkelt, der Kopf in Schiefelage, das Gesicht in ernster Konzentration erstarrt – ein einziges Bemühen, inmitten der lachenden Twens mit den Jungen mitzuhalten. Ein Vorsitzender der alten Tante SPD darf nicht Techno tanzen mit der Jugend? Er darf.

## Fernsehen

Montag, 29. September

14.00 – 15.00 UHR PRO SIEBEN

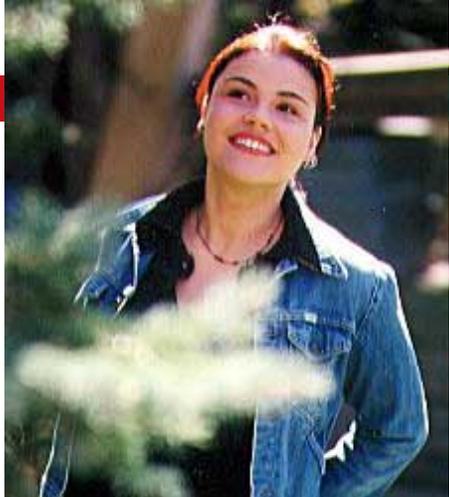
### Arabella Kiesbauer

„Mein Weg zum Traumbus“. Könnte der Titel für den Entwicklungsroman des narzisstischen Zeitalters sein: Wilhelmina Masters Leerjahre.

18.55 – 19.52 UHR ARD

### Tanja

Berengar Pfahl, Regisseur und Autor dieser neuen, auf 13 Folgen angelegten Serie, hat vor allem in den siebziger Jahren beachtete Filme über Träume und Ausbruchswünsche von jungen Menschen gemacht. Dann verdunkelte er sein Schaffen mit dem Animatour-Endloswurf „Sterne des Südens“. Mit „Tanja“ kehrt er zum Thema Jugend zurück: Ein Mädchen (Katharina Wackernagel), Tochter eines aus dem Westen nach Warnemünde gekommenen Fremdenverkehrsdirektors (Michael Kausch) und einer Mutter, die im Job nicht zufrieden ist (Verena Plangger), scheint zielstrebig auf dem vorgeschriebe-



„Tanja“-Darstellerin Wackernagel

nen Weg zum Abitur zu gehen. Doch wie aus heiterem Himmel lassen ihre schulischen Leistungen nach, bekommt sie Ärger mit ihrem strebsamen Freund – Tanja verläßt zum Entsetzen der Eltern das Gymnasium, um, wie sie verkündet, einfach zu leben. Pfahl ist klug genug, kein Alt-68er-Aussteigerpathos in die Geschichte aus den späten Neunzigern zu projizieren. Was Tanja treibt, bleibt ein Rätsel, in dem medusenhaften Gesicht und der stupenden Natürlichkeit der Darstellerin Wackernagel bestens verwahrt. Tanja kann nicht deut-

lich sagen, was sie will, dafür weiß sie, was sie nicht will: die Fesseln der Eifersucht, die freundliche Vereinnahmung durch die Eltern, aber auch nicht deren Verletzung. Die Passagen zum Erwachsenwerden, macht die Serie klar, sind heute keine herrlichen Ritte auf dem Motorrad in offene Welten, sondern ein Manövrieren um Klippen. Ob das Vorabpublikum den Mut zu dieser um Authentizität bemühten Serie belohnt, wird sich zeigen.

20.15 – 21.45 UHR ZDF

### Verwirrung des Herzens

Italien ist schön, Deutschland ist schön, deutsch-italienische Koproduktionen wie diese schrecklich schön. Aber, man darf den Chianti-Wein entkorken, heute der letzte Teil.

21.15 – 22.15 UHR SAT 1

### Katrin ist die Beste

... langsam nicht mehr: Nach Aids, Kollegeneifersucht und Amore satt erscheint die Serie um die blonde Professorentochter (Michaela Merten) ausgereizt.

Dienstag, 30. September

13.45 – 22.30 UHR ARD/ZDF

### Fußball

Der Ball ist rund, der Kopf wird wund: Sechs Netto-Stunden Fußball – hängt das Wort Uefa-Pokal irgendwie mit uff zusammen? Die Marathonstrecke: Famagusta – Karlsruher SC (Hinspiel 1:2, Anstoß: 14.00 Uhr); Hajduk Split – Schalke 04 (Hinspiel 0:2, Anstoß: 16.00 Uhr); 1860 München – Jazz Pori (Hinspiel 1:0, Anstoß: 18.00 Uhr) und VfL Bochum – Trabzonspor (Hinspiel 2:1, Anstoß: 20.30 Uhr im Zweiten).

20.15 – 22.30 UHR VOX

### Nachrichtenfieber

Die Produzentin einer Nachrichtensendung (Holly Hunter) kann sich weder für den aalglatten Moderator (William Hurt) noch für den sensiblen Reporter (Albert Brooks) entscheiden. Also gibt sie sich mit voller Kraft dem Beruf hin und erlebt hier die glänzendsten Höhepunkte. Die Erotik des Nachrichtengeschäfts ist es auch, die James L. Brooks' Film (USA 1987) besonders deutlich zeigt: Wenn die drei News-Profis nach einer gelungenen Live-Sendung Lustschreie von sich geben, ist das ohne weiteres nachvollziehbar.

0.30 – 2.35 UHR ZDF

### Identifikation einer Frau

Niccolo (Tomas Milian), aus dessen Sicht der Film von Michelangelo Antonioni (Italien 1982) wie in der ersten Person erzählt wird, ist auf der Suche nach einer „ungewöhnlichen Liebesgeschichte“, nach einem „Gesicht“, das ihn inspirieren könnte, und nach einer Frau – ob mehr für sich selbst oder mehr für seinen nächsten Film, bleibt absichtsvoll ungewiß. Das Verhältnis zu der schick emanzipierten Aristokratin Mavi (Daniela Silverio), das spielerisch-zufällig (kurze Rückblende) zustande gekommen ist, erscheint wacklig und nicht nur, weil ein Erpresser dazwischenfunkelt. Mavi schaut in zögernden Gesprächen wie in stumm-heftigen Liebesakten öfter als ihn sich selbst im Spiegel an. Der Versuch einer gemeinsamen Flucht endet in undurchdringlichem Nebel, Mavi ist verschwunden. Es braucht eine andere Frau – sie heißt Ida (Christine Boisson), ist junge Schauspielerin und läuft dem Mann zufällig über den Weg –, um den Regisseur aus seinem Verlustschmerz wachzurütteln. Niccolo entbrennt in Liebe, macht der Neuen einen Heiratsantrag, doch sie hat schon einen anderen: Zu den tränenden Klängen Griechischer Klaviermusik lehnt Ida unter verhangenem venezianischen Himmel das Ansinnen des Mannes ab. Der überläßt sich wieder seinen Phantasien. „Identifikation einer Frau“ zeigt Antonionis virtuose Kunst der Inszenierung, das zärtlich-strenge Spiel mit Räumen, Lichtern, Figuren: So schön kann Leere sein.



Brooks, Hunter, Hurt in „Nachrichtenfieber“

Mittwoch, 1. Oktober

14.00 – 15.00 UHR PRO SIEBEN

Arabella Kiesbauer

„Frauen sind Freiwild.“ Deshalb trägt der Oberförster ein so schönes Geweih.

20.15 – 0. 40 UHR RTL

Fußball

Champions League: Monaco – Leverkusen (Anstoß: 20.45 Uhr). Als Zusammenfassungen: Göteborg – Bayern und Dortmund – Sparta Prag.

22.15 – 23.00 UHR ZDF

Kennzeichen D

Themen: Stürmer – der rechtsradikale Multimillionär / Ans Messer geliefert – Abschiebung und Folterhaft / Dornenvögel – milliarden schwer und museumsreif / Dumpinglöhne in Deutschland.

23.00 – 0.25 UHR ARD

Edward II.

Von Derek Jarman, dem britischen Kinoregisseur, der 1994 an Aids starb, stammt

diese Verfilmung (1991) des gleichnamigen Theaterstücks aus der Feder des Shakespeare-Zeitgenossen Christopher Marlowe. Es ist die Geschichte von Edward II., den die Liebe zu einem brillanten Halodri um Krone und Leben gebracht hat. Bei Jarman ist kein Historiensinken daraus geworden, sondern eine scharfe, stürmisch dahinjagende Schauerballade hohen Stils. Nur einmal läßt Jarman durch ein Stück Musik die Zeit scheinbar innehalten: Annie Lennox singt Cole Porters Liedzeile „Everytime we say goodbye, we die a little“, dann sinkt der König in die Arme seines zärtlichen Mörders.

Donnerstag, 2. Oktober

18.55 – 21.00 UHR ARD

Fußball

Spannend wie ein Geysir in der Flasche: Das Hinspiel zwischen dem VfB Stuttgart und Islands KBV Vestmannaeyjar haben die Schwaben auf der Feuerinsel mit 3:1 gewonnen, nun – bezahlt ist bezahlt, denkt die ARD – darf der Zuschauer mit dem Rückspiel im Pokal der Pokalsieger gequält werden.

20.15 – 22.00 UHR 3SAT

Peppermint Frieden

In Marianne Rosenbaums autobiographischem Film (BRD 1983) erlebt die kleine Marianne das Kriegsende in einem böhmischen Dorf nahe dem Konzentrationslager Theresienstadt und den Neubeginn im Bayerischen Wald. Als amerikanischer Be-



„Peppermint“-Stars Cleo Kretschmer, Fonda

freier und „Mister Frieden“ mit von der Partie: Peter Fonda.

20.15 – 22.10 UHR KABEL 1

Eine Leiche zum Dessert

Auf Einladung eines exzentrischen Herrn (Truman Capote) finden sich in einer Gotik-Villa Kriminalexperten zu vertraulich-schauerlicher Runde ein. In Robert Moores

Neil-Simon-Verfilmung (USA 1975) treten sich die Stars auf die Füße.

21.00 – 22.40 UHR ARD

Guten Abend Deutschland

Noch eine Leiche? Nein: Der Schnulz- und Deutschmeister Dieter Thomas Heck führt durch eine Gala zum Einheitstag.

23.15 – 1.00 UHR WEST III

Der Garten

... liegt mit Häuschen in slowakischen Landen, noch so richtig idyllisch. Da will der junge Schulmeister Jakob einen Aussteiger-Urlaub erleben, skurrile Passanten treten auf, und das Erscheinen eines Nachbarkindes, das als „wundertätige Jungfrau“ gilt, bringt Entzücken. Eine lebenswürdige Nostalgie-Rarität ist dieser slowakische Film (1995) von Martin Šulík: nix Postsozialismus, vielmehr Spätromantik.

Freitag, 3. Oktober

21.15 – 22.55 UHR ZDF

Der Skorpion

Vier Menschen werden in diesem grandiosen Sucht-Film – neben Breloers RAF-Stück „Todesspiel“ gewiß das TV-Ereignis des Jahres – umgebracht, aber die Tat, die den Zuschauer am meisten schreckt, ist die Ermordung der Wirklichkeit. Die Kamera ist auf Droge, in der Linse wie in den Figuren fließt Drachenblut: das benebelnde Gift aus den „coloured dragons“, Amphetamintabletten. Dominik Graf (Regie), Benedict Neuenfels (Kamera) und Günter Schütter (Buch) lassen den Zuschauer in dieser Geschichte vom verlorenen Drogenfahnder (Heiner Lauterbach) und dessen verlorenem Sohn (Marek Harloff) bewußt im Stich. Die Bilder, durch eine raffinierte Kreuzung von Film-Zelluloid mit Digitaltechnik lichtempfindlich wie die Augen eines Berauschten, haben die Seite gewechselt: Sie stehen nicht mehr dem voyeuristischen Betrachter zu Diensten, son-

dern sind angeturnte Insassen der Drogenhöhle. Derealisierung prägt auch die Zeichnung der Handelnden (aber was heißt schon handeln, wenn sich die Wirklichkeit auflöst?). Der Sohn verliert, angestiftet von einer süchtigen Porno-Darstellerin (Birge Schade), den Drogendrachon im Kopf, jeden Halt, nachdem seine Mutter (Renate Kröbner) ins Koma gefallen ist – die Drogenmafia hat ihr Gift ins Essen gemischt. Das eigentliche Ziel seiner Sehnsucht kann der Junge auf dem Trip nicht finden, es wäre eine echte Beziehung zu seinem Vater, dem vielbeschäftigten Bullen, der sich nie um ihn gekümmert hat. Doch dieser Polizemann – schreien die Bilder – ist seinerseits



„Der Skorpion“-Darsteller Harloff

Chimäre. Wie süchtig hängt er an seiner Arbeit, den Fahndungscomputern und einer ihm ergebenden Kollegin. Das zur selben Zeit auf RTL konkurrierende Actionstück „Sieben Feuer des Todes“ spielt mit dem Schrecken, Grafs „Der Skorpion“ ist Schrecken.

Samstag, 4. Oktober

20.15 – 22.40 UHR RTL 2  
**Eine Wahnsinnsfamilie**



Martin in „Eine Wahnsinnsfamilie“

Die US-Komödie zeigt eine 18köpfige neurotische Großfamilie, in der Steve Martin den Vater aller Nervenbündel spielt.

20.15 – 21.45 UHR ZDF  
**Bella Block: Tod eines Mädchens**

Sie ist eine Ausnahme in der deutschen Fernsehlandschaft – die dickköpfige Kom-

missarin Bella Block (siehe SPIEGEL-Interview mit Hannelore Hoger auf Seite 262), erfunden von der Schriftstellerin Doris Gercke. Bella hat ein großes Herz hinter rauher Schale. In früheren Folgen der Reihe war Bella trinkfreudig und fiel durch amouröse Betriebsamkeit auf, aber damit ist es vorbei. Das neue Bella-Block-Stück erzählt eine verschlungene, beklemmende Geschichte: In einem trostlosen Hochhausviertel am Stadtrand von Hamburg stürzt ein Mädchen aus dem Fenster und stirbt. Bella glaubt zu Recht nicht daran, daß Claudia Selbstmord begangen hat, und ermittelt auf eigene Faust. Sie versucht, das Vertrauen der Claudia-Freundin Manuela zu gewinnen, die einiges weiß, sich aber verstockt und ruppig gibt. Bella dringt in den Alltag der Siedlung ein, erfährt, daß Manuelas Mutter eine verstörte Trinkerin ist (hervorragend: Martina Gedeck), und bekommt Kontakt zu einer Jugendgang, die antritt gegen skrupellose Zuhälter, die junge Mädchen an geile Bauarbeiter vermieten. Der Krimi (Regie: Markus Imboden) erzählt seine ungeheure Geschichte in gespenstisch ruhigen Bildern und schildert – wie alle Bella-Block-Filme – eine beschädigte Gesellschaft, in der Erwachsene oft verwirrt und hilflos sind als Kinder und Teenager. Schade nur, daß Bella neben ihrer früheren Vitalität zunehmend auch ihren detektivischen Spürsinn einbüßt – wo sie ermitteln und kombinieren sollte, ahnt und fühlt sie nach tiefen Blicken furchtbar viel. Natürlich führt soviel weiblicher Instinkt schließlich zur Wahrheit – nur: Der thrillsüchtige Zuschauer und die Logik bleiben dabei auf der Strecke.

haben nicht nur in der Bibel die besseren Karten. Der bullige Freddy ist wenig begeistert, aber als eine Leiche im Rhein treibt, heißt es für beide zusammenzuarbeiten. Kaspar Heidelberg inszenierte diesen ersten Krimi (Buch: Nikolaus Stein von Kamienski) in der Post-Schiman-ski- und Post-Lüttge-Ära.

20.15 – 22.05 UHR RTL

### Richie Rich

US-Familienkomödie mit Claudia Schiffer. Für Lacherfolg ist – so oder so – gesorgt.

22.30 – 0.20 UHR KABEL 1

### Das Condor-Komplott

Die WELT rühmte an Ernest Days Film (USA 1981), daß diese Geschichte vom unbekümmerten Elektroingenieur (Ryan O'Neal), der den Tresor eines zwielichtigen Smaragdschiebers mit einer kühnen Rififi-Variante knacken will, ohne den üblichen Action-Schnickschnack auskomme.

Sonntag, 5. Oktober

20.15 – 21.45 UHR ARD  
**Tatort: Willkommen in Köln**

Max Ballauf (Klaus J. Behrendt), der ewig außerdienstlich engagierte Untergebene des in Pension gegangenen Kommissars Flemming (Martin Lüttge), arbeitet, nach kurzer Aussteigerphase in Kanada, als Kontaktbeamter des Bundeskriminalamtes bei der US-Drogenfahndung. Als seine Kollegin und Geliebte bei einem Einsatz ums



Fahnder Behrendt, Bär

Leben kommt, betrinkt sich Ballauf, bedroht angeblich Polizisten und muß die USA verlassen. Er kehrt nach Köln zurück und hat Glück im Unglück: Nicht der ihn auf seiner alten Stelle vertretende Haudegen Freddy (Dietmar Bär), sondern er, Ballauf, wird befördert – verlorene Söhne

## SPIEGEL TV

DONNERSTAG  
 22.10 – 22.40 UHR VOX

### SPIEGEL TV EXTRA

Alpha 66 –

#### Die Rächer der Schweinebucht

Fast 40 Jahre nach Castros Revolution kämpfen Exilkubaner in Miami noch immer für eine Rückkehr nach Havana.

FREITAG

22.10 – 24.00 UHR VOX

### SPIEGEL TV THEMA

#### Deutschland: Wendezeiten – 1945/1989

Stefan Aust und Michael Kloft haben Szenen zweier Zeitwenden deutscher Geschichte zusammengestellt. Der Bilderbogen zum Tag der Deutschen Einheit aus einzigartigen Aufnahmen von 1945 bis 1989 dokumentiert Anfang und Ende der Teilung.

SAMSTAG

22.15 – 0.15 UHR VOX

### SPIEGEL TV SPECIAL

#### Deutschland im Formel-1-Fieber

Ralph Quinke berichtet über das Geschäft mit der Formel 1 und den Boom, den Schumi & Co. bei Fans, Fernsehen und Industrie ausgelöst haben.

22.05 – 22.55 UHR RTL

### SPIEGEL TV MAGAZIN

Aktuelles politisches Magazin

23.00 – 23.30 UHR SAT 1

### SPIEGEL TV REPORTAGE

#### Der eiskalte Krieg – 50 Jahre CIA

Ein halbes Jahrhundert lang stürzten die Spione des US-Geheimdienstes Regierungen, bewaffneten Rebellen und kämpften gegen das vermeintlich Böse. Doch die besten Zeiten der Kalten Krieger sind vorbei. Karin Assmann berichtet über einen Geheimdienst in der Krise.



CIA-Ausbildung im Vietnamkrieg



Aus der RHEIN-NECKAR-ZEITUNG: „Professor Lubichs scharfsichtiger Analyse zufolge sind Elisabeth Alexanders Romane nicht allein mit Herzblut, sondern gar ‚mit Monatsblut geschrieben‘: ‚Scheide als Scheideweg zwischen Diesseits und Jenseits, diese kulturelle Urahnung einer menschlichen Transzendenz, in Elisabeth Alexanders Werk figuriert sie als letzte metaphysische Engführung durch eine zunehmend entzauberte Welt.“

Aus dem Buch „Selbst-Management“ von Rolf Wabner (Falken Verlag 1997): „In einer Zeit, in der materielle Sorgen in Deutschland fast kein Thema mehr sind, könnte man meinen, daß alle Menschen im Prinzip zufrieden sind.“

**Frisch geschlachtete Kaninchen aus Hobbyzucht abzugeben. Auch sehr gut zur Zucht verwendbar. Tel. [REDACTED] nach 17 Uhr**

Aus der BILD-Zeitung

Aus dem WESTFALEN-BLATT: „Seit 1995 mit den Stimmen der CDU/CSU die Abtreibung in den ersten drei Monaten für straflos erklärt wurde, ging es mit ihr bergab. Bei den Bürgern natürlich nicht deswegen. Aber: Könnte es nicht sein, daß auch hier der Satz gilt, daß Gott sich nicht spotten läßt, wenn seine Gebote so massiv übertreten werden?“

Aus der FAZ zu einer Diskussion über globale Ökonomie: „Kaum hatten sich zwischen den meterhohen Fensterverglasungen rund fünfhundert Interessierte eingefunden, darunter allerlei Frankfurter Prominenz, da tat sich der Himmel auf. Sturzbäche rannen am Glas entlang, so als sollte das Mesopotamien des Geistes geradewegs in der Oase des Geldes entstehen. Als wenig später die Sonne wieder schien, versiegte auch der Brunnen, nun sollten die Quellen der Inspiration fließen.“

## Besorgte Mediziner schlagen Alarm im Darm

Appelle zur Erdbeberkennung vor dem Weltkongreß

Aus dem MANNHEIMER MORGEN

Aus der GENTHINER VOLKSSTIMME: „Tiere dulden eher militärischen Lärm als stille Spaziergänger! In Mecklenburg, so Wichert (Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Red.), habe sich die Bundeswehr aus einigen naturbelassenen Gebieten zurückgezogen, und ‚seitdem ist das Wild dort ganz verstört.“

## Zitate

*Die Medizinzeitschrift DIABETES UND STOFFWECHSEL über den SPIEGEL-Bericht „Medizin – Millionen Diabetes-Kranke werden falsch behandelt“ (Nr. 33/1997):*

Die verharmloste, verschwiegene und von den Medien oft vergessene Krankheit Typ 2 Diabetes hat kürzlich auf sieben Seiten die Weihen des SPIEGEL erhalten. Mit dem wohl an Typ 2 Diabetes verstorbenen Politiker Franz Josef Strauß als Aufmacher wurde zum Teil mit drastischen, aber oftmals zutreffenden Formulierungen ein insgesamt beeindruckendes Bild der Volkskrankheit Typ 2 Diabetes gezeichnet und die schwerwiegende Problematik an das Licht der Öffentlichkeit gebracht. Beeindruckend ist auch die Reaktion der Leser, zu Hunderten wollen sie sich auf Diabetes testen oder ihren Diabetes besser einstellen lassen. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß Ärzte viel – ungehört – sagen können, aber wenn es der SPIEGEL sagt, dann ist es ernst!

*Der Frankfurter Orientalist Hugo von Greifenklau in der Herbstausgabe der arabischsprachigen Halbjahreszeitschrift FIKRUN WA-FANN („Geistesgut und Kultur“) zum SPIEGEL-Gespräch mit Scheich Mohammed Sajjid Tantawi „Es gibt nur einen wahren Islam“ (Nr. 3/1997):*

Klärende und der Sache gerecht werdende Worte über den Islam sind selten. Darum gewinnen solche Worte besonderes Gewicht, wenn sie von einer im sunnitischen Islam anerkannten Autorität wie Tantawi, dem Scheich der Al-Azhar, stammen. Seine (im SPIEGEL-Gespräch enthaltenen) Richtigstellungen und Erläuterungen in bezug auf den islamischen Glauben, den politischen Islam und die Beziehungen zwischen Islam und dem Okzident können der Zivilisation in Deutschland und anderswo nur nützen.

*Die BERLINER ZEITUNG zu einer ARD-Verfilmung von Erwin Strittmatters Romantrilogie „Der Laden“, die mit dem SPIEGEL-Artikel „Literatur – Im Osten läuft der Laden“ gewürdigt wurde (Nr. 45/1992):*

„Im Osten läuft der Laden“, titelte der SPIEGEL vor fünf Jahren und beschrieb „das Ereignis“, „die Sensation“ Strittmatter, bei dessen Lesungen das Publikum zusammenrücken würde wie beim Familienfest. Als der „Nationalschriftsteller einer halben Nation“ (SPIEGEL) 1994 starb, war das den Tagesthemen keinen Nachruf wert, wofür sich Ulrich Wickert später entschuldigte. Im Herbst 1998 wird „Der Laden“ in drei Teilen auf den Bildschirmen der ganzen Nation zu sehen sein.